

Reflexive Responsibilisierung: Verantwortung für nachhaltige Entwicklung

Henkel, Anna (Ed.); Lüdtke, Nico (Ed.); Buschmann, Nikolaus (Ed.); Hochmann, Lars (Ed.)

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerk / collection

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

transcript Verlag

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Henkel, A., Lüdtke, N., Buschmann, N., & Hochmann, L. (Hrsg.). (2018). *Reflexive Responsibilisierung: Verantwortung für nachhaltige Entwicklung* (Sozialtheorie). Bielefeld: transcript Verlag. <https://doi.org/10.14361/9783839440667>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

ANNA HENKEL,
NICO LÜDTKE,
NIKOLAUS BUSCHMANN,
LARS HOCHMANN (HG.)

REFLEXIVE RESPONSI- BILISIERUNG

VERANTWORTUNG
FÜR NACHHALTIGE
ENTWICKLUNG

Anna Henkel, Nico Lüdtke, Nikolaus Buschmann, Lars Hochmann (Hg.)
Reflexive Responsibilisierung

ANNA HENKEL, NICO LÜDTKE, NIKOLAUS BUSCHMANN,
LARS HOCHMANN (HG.)

Reflexive Responsibilisierung

Verantwortung für nachhaltige Entwicklung

[transcript]

Gedruckt mit Unterstützung des Niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kultur und der VolkswagenStiftung.



This work is licensed under the Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivatives 4.0 License (CC BY-NC-ND 4.0)

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2018 transcript Verlag, Bielefeld

Die Verwertung der Texte und Bilder ist ohne Zustimmung des Verlages urheberrechtswidrig und strafbar. Das gilt auch für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und für die Verarbeitung mit elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Kordula Röckenhaus, Bielefeld
Satz: Francisco Bragança, Bielefeld
Druck: Majuskel Medienproduktion GmbH, Wetzlar
Print-ISBN 978-3-8376-4066-3
PDF-ISBN 978-3-8394-4066-7

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

Besuchen Sie uns im Internet: <http://www.transcript-verlag.de>

Bitte fordern Sie unser Gesamtverzeichnis und andere Broschüren an unter: info@transcript-verlag.de

Inhalt

**Einleitung – Reflexive Responsibilisierung. Beiträge
kulturwissenschaftlicher Perspektiven zum Nachhaltigkeitsdiskurs**

Anna Henkel, Nico Lüdtke, Nikolaus Buschmann und Lars Hochmann | 9

**I NORMATIVITÄT ODER NEUTRALITÄT DER WISSENSCHAFT? –
REFLEXIONEN AUF DIE PRAXIS
NACHHALTIGKEITSORIENTierter FORSCHUNG**

**Klimaverantwortung und Energiekonflikte. Eine klimaethische
Betrachtung von Protesten gegen Energiewende-Projekte**

Florian Braun und Christian Baatz | 31

**Macht und soziale Ungleichheit als vernachlässigte Dimensionen
der Nachhaltigkeitsforschung. Überlegungen zum Verhältnis von
Nachhaltigkeit und Verantwortung**

Björn Wendt und Benjamin Görden | 49

**Forschen im Spannungsfeld von Wissenschaft und Aktivismus.
Verantwortungsübernahme am Beispiel einer lokalen
zivilgesellschaftlichen Initiative**

Jessica Hoffmann | 67

**Transdisziplinäre Nähe oder soziologische Distanz?
Responsibilisierung einer Polemik**

Jeremias Herberg | 81

**Transdisziplinarität und Verantwortung. Wissenschaftssoziologische
Perspektiven auf projektförmig organisierte Forschung**

Nico Lüdtke | 105

**Verantwortung kommt mit Nähe. Vorspiel einer
Unternehmenstheorie der Zukunft**

Lars Hochmann und Reinhard Pfriem | 123

Reflexion der Beiträge:

Große Transformation?

Philosophische Bemerkungen zur Nachhaltigkeit

Reinhard Schulz | 141

**II. GESELLSCHAFTLICHE VERANTWORTUNGSVERHÄLTNISSE –
WIRKUNGEN VON NACHHALTIGKEIT AUF DAS VERHÄLTNIS
VON STRUKTUR UND INDIVIDUUM**

**Partizipation: ein intrinsisches, dennoch relatives Gut
nachhaltiger Entwicklung**

Paul Burger | 159

»Eingebaute Verantwortungslosigkeit«.

Über Systembedingungen mangelnder Nachhaltigkeit

Falko Schmieder | 181

**Ökologie der Subjekte. Zum Responsibilisierungsverhältnis
zwischen Umweltsoziologie und Umweltpolitik**

Katharina Block | 195

**Zukunftsverantwortung. Zur Diagnostifizierung des Verhältnisses
von Mensch und Natur nach 1945**

Nikolaus Buschmann | 211

**Verantwortung als systemspezifische Reflexion
ökologischer Gefährdung**

Nikolai Drews | 233

Reflexive Responsibilisierung – feldtheoretisch ausgeleuchtet

Stefan Böschen | 247

Reflexion der Beiträge:

Individuum und Gesellschaft

Anna Henkel und Gesa Lindemann | 267

III. PRAKTIKEN UND PROZESSE DER RESPONSIBILISIERUNG – INDIVIDUELLE UND GEMEINSCHAFTLICHE VERANTWORTUNGSATTRIBUTIONEN

**Von »Verantwortung« zu »doing Verantwortung«.
Subjektivierungstheoretische Aspekte nachhaltigkeitsbezogener
Responsibilisierung**

Nikolaus Buschmann und Jędrzej Sulmowski | 281

**Nachhaltiger Konsum im Alltag – Verantwortungsübernahme
zwischen Politisierung und Agency**

Jana Rückert-John und Melanie Jaeger-Erben | 297

**Farmer, farmer, put away this DDT now. Umweltkonflikte und
Verantwortungsdiskurse im Spiegel des populären Liedes**

Thorsten Philipp | 315

**Eigenverantwortung als neoliberale Regierungstechnologie und/
oder emanzipatorische Selbst-Ermächtigung? Über die Vielfalt
von Responsibilisierungsweisen in einem sozial-ökologischen
Gemeinschaftsprojekt**

Jędrzej Sulmowski | 331

**Geteilte Verantwortung als Bedingung für eine ökologisch
nachhaltige, sozial gerechte, geschlechtergerechte
Postwachstumsgesellschaft**

Sabine Carl | 351

**Geplanter Verschleiß oder Wegwerfkonsum?
Verantwortungsdiskurse und Produktverantwortung
im Kontext kurzlebiger Konsumgüter**

Melanie Jaeger-Erben und Tamina Hipp | 369

**Moralisierung der Marktsphäre? – Verantwortungszuschreibungen
in der Inszenierung von Fairtrade**

Michael Jonas | 391

**Reflexion der Beiträge:
Verantwortung als Komplizenschaft
oder als gesellschaftskritischer Gegen-Entwurf?**

Thomas Alkemeyer | 411

IV. STANDPUNKTE

**Warum Konsumentenverantwortung allein die Umwelt nicht rettet.
Ein Beispiel fehllaufender Responsibilisierung**

Armin Grunwald | 421

**Überforderte Politik – warum nur individuelle
Verantwortungsübernahme die Ökosphäre rettet**

Niko Paech | 437

Autorinnen und Autoren | 455

Einleitung

Reflexive Responsibilisierung.

Beiträge kulturwissenschaftlicher Perspektiven
zum Nachhaltigkeitsdiskurs¹

Anna Henkel, Nico Lüdtke, Nikolaus Buschmann und Lars Hochmann

1. NORMATIVE FAKTIZITÄT DER »NACHHALTIGKEIT« ALS REFLEXIONSDESIDERAT

Nachhaltigkeit hat sich in vielfältigen politischen, zivilgesellschaftlichen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Diskursen als regulative Idee für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung etabliert. Angesichts der anfänglichen Opposition auf breiter Front ist die zunehmende allgemeine Akzeptanz von dem, was mit Nachhaltigkeit als positiv-normative Kategorie gemeint sein könnte, durchaus nicht selbstverständlich: Seit den Erfolgen wissenschaftsbasierter und wirtschaftlich verwertbarer Technologien, die unter der Flagge des Fortschritts nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche – von Arzneimittelversorgung über Landwirtschaft bis hin zu städtischer Infrastruktur und Kriegstechnologie – revolutionierte, korrespondiert eine Fokussierung auf Technologie und wirtschaftlicher Effizienz mit der begründeten Erwartung einer allgemeinen Wohlstandssteigerung. Erst unter dem Eindruck massiver ebenso negativer wie nicht-intendierter Effekte, die unter Stichworten wie ökologische Gefährdung und technisches Risiko breite Beachtung fanden, wurde dieser Fortschrittsoptimismus hinterfragt und zum Teil gar in Frage gestellt. Die Vor-

1 | Der hier vorliegende Sammelband geht auf die Konferenz »Reflexive Responsibilisierung. Verantwortung für nachhaltige Entwicklung« zurück. Die Konferenz war die wissenschaftliche Kernveranstaltung des gleichnamigen Projekts, das von Mai 2015 bis April 2018 im Rahmen der Förderreihe »Wissenschaft für nachhaltige Entwicklung« vom Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kultur und der VolkswagenStiftung gefördert wird.

stellung von Wechselwirkungen zwischen ökonomischen, ökologischen und sozialen Aspekten hat sich als Topos unterdessen etabliert. Doch gerade diese allgemeine Akzeptanz bringt paradoxerweise ihrerseits eine Problemlage mit sich. Indem »Nachhaltigkeit« zu einer allgemeinen positiven Leitformel avanciert ist, verliert die Idee an Prägnanz und gewinnt zugleich als unhinterfragte normative Faktizität selbst einen ideologischen Charakter. Kultur- und sozialwissenschaftliche Auseinandersetzungen mit Nachhaltigkeit – sei es als Soziologie der Nachhaltigkeit (vgl. etwa Henkel et al. 2017), als kulturalistische Ökonomik (vgl. etwa Pfriem 2016; Antoni-Komar et al. 2009), als Subjektivierungsforschung (Alkemeyer et al. 2013) oder als Sozialtheorie der Weltzugänge (Lindemann 2014) – können angesichts dieser Konstellation den Nachhaltigkeitsdiskurs um reflexive Dimensionen erweitern. Die positiven Intentionen dieses Diskurses vermögen die verschiedenen Perspektiven gerade dadurch zu stärken, dass sie ihn in unterschiedlichen Hinsichten relativieren. Eine Stärke derart kulturwissenschaftlicher Reflexion mag dabei darin liegen, dass sie ebenso vielseitig und multiperspektivisch ist wie der Nachhaltigkeitsdiskurs selbst.

Obwohl »Nachhaltigkeit« als Begriff sich unterdessen etabliert hat, ist damit keineswegs ein einheitliches Konzept bezeichnet. Im Gegenteil. Während ursprünglich im Bericht des Club of Rome relativ eindeutig auf Ressourcen und deren Endlichkeit fokussiert wird (Meadows et al. 1972), so wird bereits im Brundtland-Bericht die Verbindung ökologischer, ökonomischer und sozialer Aspekte angestrebt (Hauff 1987). Nachhaltigkeit ist schon hier nicht nur auf ein isoliert Ökologisches bezogen, sondern gerade auch auf den Aspekt der globalen Gerechtigkeit und der intergenerationalen Gerechtigkeit und damit auf einen Aspekt der sozialen Nachhaltigkeit. In der weiteren Entwicklung kommt der Begriff der Nachhaltigkeit im Mainstream von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft an – allerdings um den Preis einer Pluralisierung der Zielsetzungen, wie dies in den *Sustainable Development Goals* deutlich wird (Stevens und Kanie 2016), und um den Preis einer paradigmatischen Pluralisierung. Der Vorteil der Definition von Nachhaltigkeit im Brundtland-Bericht, nach der nicht mehr verbraucht werden sollte als langfristig zur Verfügung stehe, liegt darin, dass sie eine Konkretisierung von Nachhaltigkeit als Transformations-szenario ermöglicht, und zwar sowohl für Ansätze, die einen insgesamt geringeren Gebrauch fordern, als auch für Ansätze, die über technische Lösungen den Ressourcenverbrauch verändern oder auch die Geschwindigkeit des Wachstums erhöhen. Solche Ansätze – plakativ mit Begriffen wie Postwachstum, *Green Economy* oder *Geo-Engineering* besetzt – implizieren aber geradezu diametral entgegengesetzte Transformationsziele, Transformationspraktiken und verantwortliche Transformationsakteure (Henkel 2016; Pfister et al. 2016).

In dem Maße, in dem diese Vielfalt der Deutungen sowie die damit einhergehenden Dilemmata der Nachhaltigkeit offensichtlich werden, entsteht

ein Reflexionsdesiderat, für deren Aufnahme sich kulturwissenschaftliche Perspektivierungen in besonderer Weise eignen. Im Folgenden soll dieses Potenzial solcher kulturwissenschaftlichen Perspektivierung als plurales Reflexionsangebot in den beiden Dimensionen skizziert werden, die sowohl in das Projekt »Reflexive Responsibilisierung« als auch in den daraus hervorgegangenen und hier vorliegenden Sammelband zentral eingegangen sind. Es handelt sich dabei zu einem um die Reflexion auf Nachhaltigkeit als Diskurs und zum anderen um die Reflexion auf Nachhaltigkeit als Praxis. In beiden Dimensionen ergeben sich spezifische Perspektiven und Herausforderungen einer kulturwissenschaftlichen Reflexion auf Nachhaltigkeit.

Der Band »Reflexive Responsibilisierung« bietet damit erstmals in der Debatte einen Überblick über die vielfältigen im weitesten Sinne kulturwissenschaftlichen Ansätze zur Reflexion des Verhältnisses von Nachhaltigkeit, Verantwortung und Gesellschaft. Der Band schließt an die Beiträge der wissenschaftlichen Konferenz »Reflexive Responsibilisierung. Verantwortung für nachhaltige Entwicklung« an, die im Rahmen des gleichnamigen Projekts (Leuphana Universität Lüneburg und Carl von Ossietzky Universität Oldenburg) organisiert wurde und im Februar 2017 in Lüneburg stattfand. Die vorliegende und um zusätzliche Beiträge erweiterte Publikation dokumentiert die während dieser Veranstaltung geführten Debatten und nimmt die aufgeworfenen Fragen und konzeptuellen Angebote auf. Insgesamt führt der Band die Beiträge als Vorschlag zur Weiterführung und Etablierung kulturwissenschaftlicher Reflexion auf Nachhaltigkeit zusammen.

2. SOZIOLOGIE UND KULTURALISTISCHE ÖKONOMIK ALS PLURALE REFLEXIONSANGEBOTE

Während insbesondere naturwissenschaftliche Disziplinen jeweils eine spezifische eigene Rolle im Nachhaltigkeitsdiskurs einnehmen, beschränkte sich die Soziologie bislang weitgehend auf eine Art Dienstleistungsfunktion. So wurden zwar beispielsweise Akzeptanzstudien durchgeführt, doch nicht Nachhaltigkeit als ein soziologisch disziplinär spezifischer Gegenstand bestimmt. Für diese Abstinenz der Soziologie, aber auch weitere Teile der Kulturwissenschaften insgesamt, gegenüber dem Nachhaltigkeitsdiskurs mögen systematische Gründe diskutiert werden, etwa die Materialitätsorientierung der verhandelten Fragen oder der stark normative Charakter des Diskurses (Brand 1997; Wehling 1997). Ein Blick auf die Entwicklung der Soziologie zeigt jedoch, dass Materialität seit jeher und mit dem *material turn* in besonderer Weise konzeptionell in soziologische Untersuchungen einbeziehbar ist. Deutlich wird ebenfalls, dass mit der »sozialen Frage« als Gründungsszene der Soziologie als Disziplin dieser seit Beginn an eine normative Komponente innewohnt,

wie sie beispielsweise in der starken Bedeutung der Ungleichheitsforschung bis heute zum Tragen kommt (Henkel 2017).

Gibt es also keine systematischen Gründe, warum sich die Soziologie nicht mit Nachhaltigkeit beschäftigen sollte, bietet sie ganz im Gegenteil eine Vielfalt von Ansätzen, um »Nachhaltigkeit« als sozialem Phänomen nachzugehen – und gerade aus der kritischen Distanz, die der Soziologie habituell-disziplinär zu eigen ist, zugleich einen Beitrag in diesem Diskurs zu leisten (darin die ebenfalls fachspezifische Paradoxie aufnehmend, dass die Soziologie stets Teil des Gegenstands ist, den sie untersucht). Lässt man die soziologischen Bemühungen im Bereich der Nachhaltigkeit Revue passieren, so werden unterschiedliche theoretische Ressourcen, empirische Methoden und zentrale Leitfragen deutlich. Insbesondere lässt sich differenzieren zwischen stärker auf gesellschaftliche Reflexion gerichtete Fragestellungen, wie sie sich etwa in der Wissenschaftssoziologie finden, und stärker selbst auf Anwendung in einer Praxis der Transformation für nachhaltige Entwicklung gerichtete Fragestellungen, wie sie sich etwa in der sozialökologischen Forschung finden (Henkel et al. 2017). Einige dieser Ansätze, insbesondere die Praxistheorie Bourdieus, wurden bereits in Debatten außerhalb der Soziologie produktiv für eine Reflexion auf Nachhaltigkeit fruchtbar gemacht. Insbesondere die nicht zuletzt wirtschaftsethisch orientierte kulturalistische Ökonomik verbindet ökonomische Perspektiven mit im weitesten Sinne kulturwissenschaftlichen Ansätzen, um Nachhaltigkeit komplexer in den Blick zu nehmen, als dies allein aus ökonomischen Theorien heraus möglich wäre (Pfriem 2015; FUGO 2004, 2017; Antoni-Komar et al. 2009; als Vergleich zu soziologischen Ansätzen vgl. Henkel 2015).

Aus dieser Vielfalt soziologischer Perspektiven mit Blick auf Nachhaltigkeit sollen im Folgenden zwei Ansätze näher in den Blick genommen werden, die im Rahmen des Projekts »Reflexive Responsibilisierung. Verantwortung für nachhaltige Entwicklung« eine besondere Rolle spielten: zum einen die gesellschaftstheoretische Perspektive einer Reflexion von Nachhaltigkeit als Diskurs sowie die stärker auf der Mikroebene ansetzende Perspektive einer Reflexion von Nachhaltigkeit als Praxis. Mit Blick auf die Frage nach Konstellationen von Verantwortungsattributionen werden diese konzeptionellen Perspektiven mit Bezug auf empirische Fragen hinsichtlich der Untersuchung von Schwierigkeiten und Herausforderungen im Sinne einer Transformation für Nachhaltigkeit zusammengeführt.

2.1 Reflexion von Nachhaltigkeit als Diskurs

Nachhaltigkeit kann im zivilgesellschaftlichen, politischen oder wirtschaftlichen Diskurs als normativ anzustrebende Zielsetzung, als Rahmenbedingung oder als ethischer Imperativ behandelt werden. Die Soziologie hat analytische

Instrumente entwickelt, um zu solchen »Tatsachen« auf Distanz zu gehen und nach ihren Entstehungsbedingungen, ihrer Genealogie, zu fragen. Die Grundidee dieser Herangehensweise geht auf Friedrich Nietzsche zurück (Nietzsche 1887/1991): Sie besteht darin, dass Bewertungen, wie etwa die der moralischen Unterscheidung von Gut und Böse, mit spezifischen gesellschaftlichen Machtstrukturen korrespondieren, indem sie diese sowohl hervorbringen als auch stützen und legitimieren können. Machtstrukturen und Wissensstrukturen sind so betrachtet nicht unabhängig voneinander, sondern bringen sich in einem reflexiven Verhältnis wechselseitig hervor.

Diese Grundidee findet sich in soziologischen Theorien in verschiedener Weise aufgegriffen. Am direktesten schließt Michel Foucault an Nietzsche an (Foucault 2002). So geht Foucault davon aus, dass Wissens Elemente bestimmte Herrschaftsverhältnisse infrage stellen können und umgekehrt eine Änderung der Herrschaftsverhältnisse auch andere Wissens Elemente zur Geltung kommen lässt. Macht und Wissen befinden sich so in einem veränderlichen und stets umkämpften Kräftefeld, in dem auch eine noch so positiv besetzte Wahrheit niemals wertfrei, sondern stets in Machtstrukturen verwoben ist. Bei Niklas Luhmann findet sich ebenfalls der Gedanke einer Korrespondenz zwischen semantischen und gesellschaftlichen Strukturen (Luhmann 1981). Im Anschluss an Kosellecks, Brunners und Conzes Konzept der Geschichtlichen Grundbegriffe (Koselleck 1972) geht Luhmann davon aus, dass im gesellschaftlichen Wandel sich sowohl verändern kann, was mit einem selben Begriff bezeichnet wird, als auch sich die Begriffe zur Bezeichnung eines Selben verändern können. Die gepflegte Semantik, die Begriffe also, die als bewahrenswert in der Regel schriftlich fixiert werden, unterliegt einem Wandel. Dieser Wandel, so Luhmann, wird ausgelöst durch einen Wandel in den gesellschaftlichen Strukturen. Im Übergang von einer stratifizierten zu einer funktional differenzierten Gesellschaft verändern sich also auch die Begriffe – und diese Begriffe sind es, die soziologisch untersucht werden können, um Rückschlüsse auf gesellschaftlichen Strukturwandel zu ziehen.

Die Ansätze Foucaults und Luhmanns lassen sich potenziell aufschlussreich auf »Nachhaltigkeit« anwenden. In beiden Fällen wird Nachhaltigkeit als sich sprachlich manifestierende soziale Tatsache behandelt, die Fragen nach ihrer Funktion in einem Macht-Wissens-Komplex einerseits, in einer spezifischen gesellschaftsstrukturellen Konstellation andererseits eröffnet:

Mit Foucault lässt sich die Frage stellen, in welcher konkreten Macht-Wissens-Konstellation der Begriff der Nachhaltigkeit entsteht und welche spezifischen Machtstrukturen er stärkt beziehungsweise schwächt. Thomas Pfister zeigt etwa auf, wie der Bericht des Club of Rome nicht zuletzt deshalb eine gewisse Prominenz erlangte, weil er neue Wissenstechniken, nämlich diejenigen der Modellierung verwendete (Pfister et al. 2016). Man sieht dabei, dass auf Wissenstechniken zurückgegriffen wird, die dann eine spezifische Aussage

innerhalb des Gesamtdiskurses validieren – nämlich diejenige einer Ressourcenknappheit. Es geht dann weniger um die Frage, ob es wirklich Ressourcenknappheit gibt oder nicht, sondern es geht darum, welche auch politischen und wirtschaftlichen Machtstrukturen durch eine solche Überlegung gestärkt oder geschwächt werden. So betrachtet kann weiter gefragt werden, welche Institutionen sich um den Nachhaltigkeitsbegriff herum bilden, wie diese ihrerseits mit ihren Machtinteressen den Bedeutungsinhalt dieses Begriffs verändern und wie auf diese Weise insgesamt ein Macht-Wissens-Komplex der Nachhaltigkeit entsteht. Die Heterogenität der Akteure und die Heterogenität der Bedeutungskonnotationen des Nachhaltigkeitsbegriffs lassen sich aus einer solchen genealogischen Perspektive nachzeichnen, verstehen und erklären. Dies eröffnet kritische Perspektiven auf die normative Implikation des Nachhaltigkeitsbegriffes, werden damit doch stets soziale Machtpositionen in Stellung gebracht. Auf dieser Grundlage ist es möglich, Anforderungen, normative Konnotationen und heterogene Bedeutungszuweisungen zu relativieren (in diesem kritischen Sinn, wenn auch ausgehend von etwas anderen theoretischen Perspektiven, vgl. etwa auch Neckel 2017).

Mit Bezug auf Luhmanns semantische Analyse stellt sich die Frage des Verhältnisses von Nachhaltigkeit als Semantik und Gesellschaftsstruktur auf einer mehr die gesellschaftliche Gesamtentwicklung betreffenden Ebene. So ist mit Luhmann die Entstehung eines konkreten Begriffes oder einer konkreten sozialen Tatsache angesichts der Fülle anderer Möglichkeiten zunächst einmal unwahrscheinlich. Damit stellt sich die Frage nach der Funktion, die eine solche semantische und – damit verbunden – gesellschaftliche Struktur erfüllt, welche die Unwahrscheinlichkeit einer Semantik oder Struktur in Wahrscheinlichkeit transformiert. Während bei Foucault also nach einer Funktion für konkrete Machtpositionen innerhalb eines umkämpften Macht-Wissens-Feldes gefragt wird, geht es bei Luhmann um die Funktion innerhalb eines gesamtgesellschaftlichen Gefüges.

Gerade aus der systemtheoretischen Perspektive bieten sich zudem teilsystemspezifische Beobachtungsperspektiven an. Beispielsweise ließe sich aus einer wissenschaftssoziologischen Perspektive Nachhaltigkeit als spezifische Herausforderung der Wissenschaft beobachten, oder auch als spezifische Herausforderung innerhalb des Wirtschaftssystems. In gewisser Weise handelt es sich hier um eine dem Risikobegriff analoge Semantik, wird doch bei Nachhaltigkeit ebenso wie im Falle von Risiko der Begriff über ganz unterschiedliche teilsystemische Codierungen hinweg und dabei zum Teil unterschiedlich verwendet. Reflexive Perspektiven auf Nachhaltigkeit als Diskurs könnten zudem den Diskurs selbst auf seine Funktion hin befragen. Diese könnte möglicherweise darin liegen, angesichts einer voranschreitenden gesellschaftlichen Selbstgefährdung einen Raum zur rationalen Reflexion von jenen Rationali-

täten zu bieten, die aus einem rationalen Fortschrittsdenken heraus entstehen (Henkel 2018).

Insgesamt erlauben reflexive Perspektiven auf Nachhaltigkeit als Diskurs aus soziologischer Perspektive, eine Distanz gegenüber dem Nachhaltigkeitsdiskurs einzunehmen, ihn gesellschaftlich zu verorten, auf Machtstrukturen zu beziehen und hinsichtlich seiner Funktion zu befragen. Nachhaltigkeit wird so zu einer sozialen Tatsache, die zu einem spezifischen historisch-gesellschaftlichen Zeitpunkt erscheint und Teil der sozialen Realität ist, die sie selbst hervorbringt. Zwar bietet dies nicht aus sich heraus bereits Anregungen für eine »bessere« Transformation in Richtung nachhaltiger Entwicklung; doch gibt dies die Grundlage für eine kritische Reflexion von Diskursen, die gerade mit ihrem normativen Gehalt dazu tendieren, sich ineinander zu verstricken.

2.2 Reflexion von Nachhaltigkeit als Praxis

Eine zweite grundlegende soziologische Reflexionsperspektive ist diejenige auf Nachhaltigkeit als Praxis. Während auf der Ebene des Diskurses die Semantik und die Begrifflichkeiten zentral gestellt sind, geht es mit Blick auf Praxis um konkrete Handlungen, die in Situationen aufeinander bezogen sind.

Die Praxistheorie ist anders als etwa die Systemtheorie oder die Rational Choice Theorie kein einheitliches Paradigma. Vielmehr handelt es sich um eine, mit Reckwitz (2003) gesprochen, Theoriefamilie, die sich durch einige analytische Prämissen verbindet. Die theoriegeschichtlich zentrale Prämisse der Praxistheorie oder der Praxistheoriefamilie ist, dass sie weder eine subjektivistische noch eine strukturalistische Perspektive zentral stellt, sondern vielmehr beide miteinander verbindet und damit zu einem eigenständigen dritten Zugang gelangt. Während beispielsweise Weber (1921/1984) oder auch Schütz (2004) vom Individuum und seinem Handeln bzw. Sinnverstehen ausgehen und damit paradigmatisch am subjektivistischen Theoriepol zu verorten sind, gehen Durkheim (1895/1961) oder Parsons (1949) von einem Primat gesellschaftlicher Institutionen bzw. Strukturen aus, die das Handeln des Einzelnen weitestgehend vorgeben. Praxistheoretische Perspektiven, wie etwa bei Bourdieu (1979), Giddens (1995), Schatzki (1996), Shove (2014) oder – auch wenn die Selbst- und Fremdzunordnung hier wohl in der Regel eine andere ist – die Systemtheorie bei Luhmann, gehen hingegen davon aus, dass Strukturen zwar Rahmenparameter bilden, das Handeln des Einzelnen diese Strukturen aber verändert, sodass es zu einem Wechselspiel zwischen Handlung und Struktur kommt. Darüber hinaus zeichnen sich praxistheoretische Ansätze dadurch aus, dass sie auf die Situation als das praktische Hervorbringen einer bestimmten sozialen Realität analytisch fokussieren und dabei neben menschlichen Akteuren und sozialen Sinnstrukturen auch die in die Situation involvierten Gegenstände und damit materialen Strukturen analytisch einbeziehen.

Mit Blick auf Nachhaltigkeit bietet sich die praxistheoretische Perspektive in vielfacher Hinsicht an. In den vergangenen dreißig Jahren wurden nicht nur verschiedene Ansätze der Nachhaltigkeit und damit verbundene Transformationsziele entwickelt, sondern auch konkrete Interventionen, die mit Blick auf eine nachhaltigere Entwicklung umgesetzt wurden. Dazu zählen bestimmte finanzielle und regulatorische Anreizmechanismen, etwa zur Dämmung von Häusern oder zur Verwendung von Solarstrom. Dazu zählt aber auch die Einführung bestimmter Ökosiegel, die Einführung einer Anforderlichkeit von Nachhaltigkeitsberichterstattung in Unternehmen, die Auflage staatlicher Förderprogramme zur Forschung im Nachhaltigkeitsbereich oder die Unterstützung von Initiativen mit Blick auf nachhaltige Entwicklung. Solche konkreten Interventionen bedienen sich unterschiedlicher Mechanismen, etwa mittels finanzieller oder symbolischer Anreize, regulatorischer Verpflichtungen oder Erleichterungen; sie richten sich mit Verbrauchern, Unternehmen, zivilgesellschaftlichen Gruppen oder auch Staaten an unterschiedliche Adressaten; und sie begründen sich mehr oder weniger explizit aus unterschiedlichen Transformationszielen und Nachhaltigkeitsverständnissen heraus. Die Praxistheorie bietet eine soziologische Perspektive, um derartige Interventionen nicht nur im Sinne einer auf Umsetzung ausgerichteten Wirkungsanalyse zu untersuchen, sondern vor allem Interventionen umfassender und unter Umständen kritisch hinsichtlich ihrer Auswirkungen hin zu befragen.

So kann im Sinne der Praxistheorie durchaus im ersten Schritt nahe an einer Wirkungsanalyse gefragt werden, was konkret sich in der jeweiligen Praxis verändert, wenn eine spezifische Intervention mit Blick auf nachhaltige Entwicklung erfolgt. Im Unterschied zu einer rein auf Handlungen mutmaßlich rationaler Akteure ausgerichteten Perspektive wird dabei nicht nur das Kalkül des jeweiligen Akteurs einbezogen – beispielsweise bestimmte Fördermittel zu nutzen –, sondern es kann eine jeweilige Gesamtpraxis mit ihren verschiedenen involvierten Akteuren und Materialität in den Blick genommen werden. Elisabeth Shove hat die Relevanz dieser praxistheoretischen Perspektive für die Untersuchung von Nachhaltigkeitspraktiken beispielsweise an der Praxis des Duschens exemplifiziert. Nicht nur eine Präferenz für einen bestimmten Wasserverbrauch ist hierbei in den Blick zu nehmen, sondern auch kulturelle Wertpräferenzen, soziale Erwartungen und die Mitwirkung der Materialität der Dusche selbst am Wasserverbrauch (Shove 2014).

Darüber hinaus bieten praxistheoretische Perspektiven die Möglichkeit, über die konkrete Wirkung einer Intervention in eine konkrete Praxis hinauszugehen. So kann beispielsweise gefragt werden, inwieweit bestimmte Praktiken von sich aus bereits der Anforderung der Nachhaltigkeit gerecht werden, ohne dass sie sich selbst mit diesem Begriff belegen. Aus dieser Perspektive lässt sich auch die Frage stellen, inwieweit bestimmte Interventionen ursprünglich nachhaltige Praktiken gegebenenfalls sogar stören. Diese eher

kritisch reflexive Perspektive involviert auch die Frage, inwieweit bestimmte Praktiken die sie performierenden Akteure selbst hervorbringen. Diese Figur der Subjektivierung, auf die Thomas Alkemeyer und andere hinweisen (Alkemeyer et al. 2013), verweist sowohl auf die verändernde Kraft bestimmter Praktiken, als auch darauf, wie Praktiken und bestimmte Subjekthaltungen voneinander abhängig sind. Eine Bildung für nachhaltige Entwicklung, die bestimmte Subjekte normativ hervorzubringen beansprucht, wäre aus dieser Perspektive einerseits theoretisch zu verorten, andererseits aber auch in ihrer das Subjekt manipulierenden Intention kritisch zu reflektieren.

Schließlich bietet sich eine praxistheoretische Perspektive an, um die im Nachhaltigkeitsdiskurs zentrale Dimensionen von Lokalität und Globalität sozial- und gesellschaftstheoretisch aufzunehmen. In konkreten Praktiken sind globale Dimensionen involviert. Indem kulturelle Werte ebenso in konkreten lokalen Praktiken involviert sind und indem Objekte in Praktiken gehandhabt werden, die durch lange Wertschöpfungsketten einen im Wortsinn globalen Charakter haben, verbindet sich in der Praxis das Lokale mit dem Globalen. Dies erlaubt, die Wirkung globaler Strukturen auf die lokale Praxis ebenso konkret empirisch analytisch aufzunehmen, wie es umgekehrt möglich ist, die Situationsgebundenheit der Praxis zu untersuchen. So kann gerade aus dieser Perspektive deutlich werden, wie in konkreten Praktiken durchaus (im Sinne der Nachhaltigkeit) positive Intentionen handlungsleitend sein mögen, diese Praktiken aber gleichwohl negative unintendierte Konsequenzen auf globaler Ebene haben können. Die in den Beiträgen von Niko Paech und Armin Grunwald diskutierten Fragen, ob nämlich Individuen notwendig postwachstumsorientiert handeln sollten (Paech) oder dies systematisch strukturellen Einschränkung unterliegt, die sich je konkret in der Praxis manifestieren können (Grunwald), ließe sich hier in konkreten empirischen Studien praxistheoretisch untersuchen.

Insgesamt erlaubt eine Reflexion von Nachhaltigkeit als Praxis somit, gerade aus einer empirischen Orientierung heraus normative Semantiken zu dekonstruieren und unterschiedliche Wirkungsbezüge aufzudecken.

3. PERSPEKTIVEN UND HERAUSFORDERUNGEN EINER KULTURWISSENSCHAFTLICHEN REFLEXION AUF NACHHALTIGKEIT

Als das Projekt »Reflexive Responsibilisierung. Verantwortung für nachhaltige Entwicklung« vor etwa vier Jahren beantragt wurde und vor knapp drei Jahren seine Arbeit aufnahm, stand speziell die Soziologie noch eher skeptisch zu der Frage, ob und wenn ja wie sie sich »Nachhaltigkeit« als einem spezifischen soziologischen Gegenstand annähern könne. Während die Ökonomik

bereits einen Mainstream und mit der kulturalistischen Ökonomik einen spezifisch-kritischen Zugriff entwickelt hatte, fand in der Soziologie bestenfalls ein sporadischer Meta-Diskurs statt. Diese Konstellation hat sich unterdessen verändert. Der Bedarf nach einer reflexiven und durchaus auch kritischen Verortung des Nachhaltigkeitsdiskurses hat an verschiedenen Stellen zu einer intensiveren auch soziologischen Befassung mit Nachhaltigkeit geführt. Dies zeigt sich etwa an dem explizit soziologisch-sozialwissenschaftlich ausgerichteten Forschungscluster an der Universität Hamburg, an den seit einem guten Jahr laufenden DFG-Rundgesprächen zu Klimawandel und Nachhaltigkeit aus sozialwissenschaftlicher Perspektive, der Befassung der DGS-Sektion Umweltsoziologie mit dem Gegenstand Nachhaltigkeit oder dem DFG geförderten wissenschaftlichen Netzwerk »Soziologie der Nachhaltigkeit«. Diese jüngeren Entwicklungen zeigen auf, wie eine erweiterte kulturwissenschaftliche Perspektive im Nachhaltigkeitsdiskurs spezifische Beiträge leisten kann. Drei Aspekte seien – zusammenfassend und ausblickend – hervorgehoben:

Dilemmata der Nachhaltigkeit: Eine kulturwissenschaftlich-reflexive Perspektive ist geeignet, spezifische Herausforderungen von »Nachhaltigkeit« zu identifizieren, zu verstehen und zu erklären. Die Vielfalt der Nachhaltigkeitsbegriffe und Transformationsziele mag nicht zuletzt daher rühren, dass Nachhaltigkeit von paradoxalen Zielsetzungen spezifisch und unhintergebar geprägt ist. Dazu gehört klassischerweise, dass globale Herausforderungen auf lokaler Ebene angegangen werden sollen. Dazu gehört aber auch die in der Schneidewind-Strohschneider-Grunwald-Debatte geführte Diskussion über den Stellenwert wissenschaftlichen Wissens (Schneidewind und Singer-Brodowski 2014; Schneidewind 2015; Strohschneider 2015; Grunwald 2015). Notwendig disziplinär orientiert scheint Wissenschaft nicht immer in der Lage, »grand challenges« als solche überhaupt zu benennen. Ein weiteres Dilemma manifestiert sich im Drei-Säulen-Modell der Nachhaltigkeit, stehen doch ökonomische, ökologische und soziale Nachhaltigkeit in einem Verhältnis der Konkurrenz. Dilemmata wie diese zu benennen, dabei epistemische und kulturwissenschaftliche Kategorien aufeinander zu beziehen und in konkreter empirischer Forschung zu verdichten, kann eine der zentralen Leistungen sein, die die Kulturwissenschaften einschließlich der Soziologie in einen notwendig interdisziplinären und – vielleicht gar ebenfalls notwendig: transdisziplinären – Diskurs einbringt.

Differenziertere Einordnungen: Während die Methoden der empirischen Sozialforschung bereits seit den 1970er Jahren eingesetzt wurden, um die Akzeptanz bestimmter Maßnahmen zu untersuchen und ggf. zu fördern, kann eine kulturwissenschaftliche Perspektive auf Nachhaltigkeit – nicht zuletzt vor dem Hintergrund einer Befassung mit Nachhaltigkeitsdilemmata – eine größere Distanz einnehmen. Vor dem Hintergrund gesamtgesellschaftlicher Konstellationen – wie dies oben anhand der Diskurstheorie und der Systemtheorie

angedeutet wurde und mit den Perspektiven der Kritischen Theorie oder den Ansätzen der neuen Wirtschaftssoziologie noch erweitert werden könnte – sind insbesondere kulturwissenschaftliche Auseinandersetzungen geeignet, Konzepte und Interventionen von »Nachhaltigkeit« zu verorten und in einer angemessenen Komplexität hinsichtlich ihren Wirkungen zu untersuchen. Gerade indem es sich hier zum Teil um kritische Ansätze handelt, kann es gelingen, implizite normative Anrufungen in ihren unterschiedlichen Facetten zu reflektieren. Eine kulturwissenschaftliche Perspektive auf Nachhaltigkeit besitzt damit die wichtige Funktion, eine Instrumentalisierung des Diskurses jedenfalls offenzulegen und den Diskurs gerade dadurch zu stärken.

Meta-Kriterien: Auf der Grundlage einer poly-perspektivischen Untersuchung spezifischer Dilemmata der Nachhaltigkeit und auf der Grundlage einer kulturellen, sozialen und gesellschaftstheoretischen Rückverortung von Nachhaltigkeit als Diskurs und Praxis kann schließlich nach Meta-Kriterien der Nachhaltigkeit gefragt werden. Ausgangspunkt der hier angestellten Überlegungen war, dass Nachhaltigkeit ein in sich höchst vielfältiger und mit geradezu gegenläufigen Zielsetzungen belegter Begriff ist. Die Bestimmung von Nachhaltigkeit wird selbst Element in einer Auseinandersetzung um die Richtung gesellschaftlicher Transformation. In diesem Kontext kann eine reflexive, kritische und historische Verortung helfen, nach spezifischen Unterscheidungsmerkmalen von »Nachhaltigkeit« zu fragen. Ein solches spezifisches Meta-Kriterium könnte beispielsweise die Frage nach dem Grad der Pfadabhängigkeit einer technischen oder sozialen Institution sein. Wenn Nachhaltigkeit dem Umstand von Zeitlichkeit und Rekursivität Rechnung trägt, käme es darauf an, Lösungen mit einem hohen Niveau der Reversibilität zu schaffen. Mit Blick auf Responsibilisierung wäre auch entscheidend, dass eine Zurechnung von Verantwortung in zumutbarer Weise erfolgt, die Konstruktion von (Eigen-)Verantwortung also nicht überstrapaziert (Henkel 2013, 2014). Es ergeben sich daraus Ansätze, jenseits der Frage, wer verantwortlich sein soll oder welche Lösung die Beste ist, »Nachhaltigkeit« als Diskursraum zu nutzen, um über kaum bestreitbare Nebeneffekte von Modernisierung neu nachzudenken – ohne die Errungenschaften aufzugeben, aber doch negative Entwicklungen als Aufforderung zum Weiterdenken nehmend.

4. EINFÜHRUNG IN DEN SAMMELBAND

Der vorliegende Sammelband greift die Beiträge und Diskussionen auf, wie sie auf der Konferenz »Reflexive Responsibilisierung. Verantwortung für nachhaltige Entwicklung« im Februar 2017 in Lüneburg stattfanden. Im Zentrum der Konferenz stand die Diskussion, welche Einsichten der analytische Fokus auf Responsibilisierungsverhältnisse hinsichtlich gesellschaftspolitischer Inter-

ventionen eröffnet und welche Erkenntnisse über die Umsetzungsschwierigkeiten von nachhaltigkeitsorientierten Modellen sich gewinnen lassen. Außerdem wurde ausgelotet, inwieweit sich ausgehend von solchen Einsichten mögliche Wege in eine nachhaltige Gesellschaft entwickeln lassen. Vor diesem Hintergrund umfasst der Band sowohl konzeptionelle Beiträge darüber, wie die Analyse von Verantwortungsverhältnissen ein Verstehen gesellschaftlich relevanter und wirksamer Nachhaltigkeitsverständnisse und -initiativen ermöglicht, als auch empirische Beiträge zu Responsibilisierungen in unterschiedlichen Praxisfeldern der Nachhaltigkeit. Einbezogen sind ebenfalls Beiträge, die die Entstehung und Wandlung von Verantwortungsverhältnissen in einer historischen und gesellschaftstheoretischen Perspektive reflektieren.

Die Beiträge sind durch drei übergreifende Fragestellungen eingerahmt: 1) inwiefern Wissenschaft Verantwortung im Rahmen eines nachhaltigkeitsorientierten Wandels übernehmen sollte – und welches Wissenschaftsverständnis damit jeweils verbunden ist, 2) wie das Verhältnis von Nachhaltigkeit und Verantwortung auf der Ebene der Gesellschaft zu reflektieren ist und 3) welche Responsibilisierungen wie in welchen Praxisfeldern und Konzeptionen der Nachhaltigkeit wirksam werden. Zu jeder dieser Fragen ist eine Vielzahl von Beiträgen versammelt. Die thematisch gebündelten Beiträge werden jeweils durch eine Reflexion aus dem Kreis der Projektbeteiligten abgeschlossen. Welche kontroversen Einschätzungen sich ergeben können hinsichtlich der für die Nachhaltigkeitsdebatte zentralen Frage, welche Verantwortung Individuen bzw. Konsument/-innen für eine Transformation in Richtung Nachhaltigkeit plausibel zugerechnet werden kann, zeigen im Anschluss die Beiträge von Armin Grunwald und Niko Paech.

Der erste thematische Block des Sammelbandes »Normativität oder Neutralität der Wissenschaft? – Reflexionen auf die Praxis nachhaltigkeitsorientierter Forschung« nimmt die in der oben erwähnten Schneidewind-Strohschneider-Grunwald-Debatte prominent verhandelte Frage auf, welche Rolle die Wissenschaft im Kontext nachhaltiger Entwicklung spielt oder spielen sollte. Im ersten Beitrag »Klimaverantwortung und Energiekonflikte. Eine klimaethische Betrachtung von Protesten gegen Energiewende-Projekte« verbinden Florian Braun und Christian Baatz normativ-deduktive Überlegungen der Klimaethik mit einer empirisch-induktiven Herangehensweise. Am Gegenstand der Proteste gegen die deutsche Energiewende wird aufgezeigt, inwieweit das Konzept globaler Klimaverantwortung auf nationaler und lokaler Ebene noch oder nicht mehr handlungsleitend ist. Daran schließt der Beitrag »Macht und soziale Ungleichheit als vernachlässigte Dimensionen der Nachhaltigkeitsforschung. Überlegungen zum Verhältnis von Nachhaltigkeit und Verantwortung« von Björn Wendt und Benjamin Görden an. Am Gegenstand der nachhaltigen Stadtentwicklung zeigen die Autoren, dass sowohl individuelle als

auch kollektive zivilgesellschaftliche Akteure an enge Grenzen stoßen, wenn es um prospektive Verantwortungsübernahme geht. Ebenfalls an einem empirischen Fall verhandelt Jessica Hoffmann »Forschen im Spannungsfeld von Wissenschaft und Aktivismus. Verantwortungsübernahme am Beispiel einer lokalen zivilgesellschaftlichen Initiative«. Am Beispiel einer Begleitforschung wird nach den Möglichkeiten der Übernahme von Verantwortung der (Sozial-)Wissenschaft im Kontext nachhaltiger Entwicklung gefragt. Auch die beiden folgenden Beiträge nehmen den im Nachhaltigkeitskontext wichtigen Aspekt der Transdisziplinarität auf. In seinem Beitrag »Transdisziplinäre Nähe oder soziologische Distanz? Responsibilisierung einer Polemik« geht Jeremias Herberg darauf ein, wie soziologische und transdisziplinäre Problemverständnisse aufeinander reagieren. Vor diesem Hintergrund sei es angezeigt, das Verhältnis von Nähe und Distanz, das diesen Ansätzen innewohnt, im Hinblick auf gemeinsame Problemlagen, statt – wie dies häufig geschieht – polemisch zu diskutieren. Auch der Beitrag von Nico Lütke »Transdisziplinarität und Verantwortung. Wissenschaftssoziologische Perspektiven auf projektförmig organisierte Forschung« reflektiert Transdisziplinarität: sowohl mit Blick auf die Bedeutung von Verantwortungsverhältnissen innerhalb der Konstruktion wissenschaftlichen Wissens als auch hinsichtlich der Frage, inwieweit transdisziplinäre Forschung als ein neuer Typus projektförmig organisierter Forschung angesehen werden kann. Der letzte Beitrag in diesem Block »Verantwortung kommt mit Nähe. Vorspiel einer Unternehmenstheorie der Zukunft« von Lars Hochmann und Reinhard Pfriem nimmt eine wirtschaftsethische Perspektive ein. Verhandelt wird die These, dass es gerade mit einer zunehmenden Selbst-Responsibilisierung des Menschen zu einer Unterwanderung und Ausblendung damit verbundener Verantwortungsverhältnisse komme. Reinhard Schulz schließlich reflektiert auf die Beiträge des ersten Blocks in dem Text »Große Transformation? Philosophische Bemerkungen zur Nachhaltigkeit«.

Der zweite thematische Block des Sammelbandes »Gesellschaftliche Verantwortungsverhältnisse – Wirkungen von Nachhaltigkeit auf das Verhältnis von Struktur und Individuum« legt den Fokus auf das Verhältnis von Gesellschaft und Individuum. Der Text »Partizipation: ein intrinsisches, dennoch relatives Gut nachhaltiger Entwicklung« von Paul Burger verbindet eine ethische mit einer empirischen Untersuchungsdimension. Seine zentrale These ist, dass Partizipation nur ein Gut von vielen ist – mit Blick auf Nachhaltige Entwicklung geht es gerade darum, diese Vielzahl von Gütern auszubalancieren. Falko Schmieder wendet sich im nächsten Text »Eingebaute Verantwortungslosigkeit. Über Systembedingungen mangelnder Nachhaltigkeit« den Umsetzungsschwierigkeiten von Interventionen für Nachhaltigkeit zu. Er fokussiert dabei auf die Grenzen, an die Verantwortung konkreter gesellschaftlicher Akteure und Akteursgruppen im Handeln stoßen. Im Beitrag »Ökologie der Subjekte. Zum Responsibilisierungsverhältnis zwischen Umweltsociologie und

Umweltpolitik« von Katharina Block wird der Schwerpunkt auf das Verhältnis von Umweltsoziologie und Umweltpolitik gelegt. Die These ist, dass in diesem Verhältnis eine Ökologie der Subjekte hervorgebracht wird, deren Funktion darin liegt, über Verantwortungszuschreibungen im Bereich des Konsums die Kluft zwischen Umweltbewusstsein und Umwelthandeln zu schließen. Nikolaus Buschmann wählt in seinem Beitrag »Zukunftsverantwortung. Zur Diagnostifizierung des Verhältnisses von Mensch und Natur nach 1945« einen historisch-genealogischen Zugriff. Die in den 1970er Jahren erfolgte Umstellung der gesellschaftlichen Umweltwahrnehmung auf die Diagnose einer Pathogenese des westlichen Zivilisationsmodells erweist sich in dieser Perspektive als eine Reformulierung bereits vorhandener, aber bis dahin voneinander getrennt debattierter Problemdiagnosen. Die neo-malthusianische Modellierung gesellschaftlicher Entwicklungen im Zeichen der »ökologischen Krise«, so lautet die These des Beitrags, bildete die epistemische Einsatzstelle für ein neues Konzept von »Zukunftsverantwortung«. Diesem historisch argumentierenden folgt ein gesellschaftstheoretisch ansetzender Beitrag. Nikolai Drews fragt in seinem Beitrag »Verantwortung als systemspezifische Reflexion ökologischer Gefährdung« nach der gesellschaftlichen Funktion der Nachhaltigkeit. Aus dieser Perspektive wird Verantwortung als Phänomen systemischer Selbstbeobachtung und -steuerung in Bezug auf ihre je spezifischen ökologischen Problemstellungen gefasst, was Einsichten in den Umgang mit ökologischen Gefährdungen unter Bedingung funktionaler Differenzierung eröffnet. Stefan Bösch schließt mit seinem Beitrag »Reflexive Responsibilisierung – feldtheoretisch ausgeleuchtet« die Beiträge dieses thematischen Blocks ab. Der Text entfaltet eine von Bourdieu ausgehende prozessorientierte Weiterentwicklung feldtheoretischer Ansätze zur Untersuchung der Umordnung von Verantwortungsverhältnissen, deren gegenwartsanalytische Tragkraft er am Beispiel der Reallabore verdeutlicht. Die abschließende Reflexion der Beiträge dieses thematischen Blocks unternehmen Anna Henkel und Gesa Lindemann in dem Beitrag »Individuum und Gesellschaft«.

Der dritte thematische Block des Bandes »Praktiken und Prozesse der Responsibilisierung – individuelle und gemeinschaftliche Verantwortungsattributionen« wendet sich schließlich der Reflexion konkreter Praktiken zu. Im ersten Beitrag »Von ›Verantwortung‹ zu ›doing Verantwortung‹. Subjektivierungstheoretische Aspekte nachhaltigkeitsbezogener Responsibilisierung« schlagen Nikolaus Buschmann und Jędrzej Sulmowski vor, Responsibilisierung als ein praktisches Geschehen zu betrachten, das Menschen normativ – und somit machtvoll – in gesellschaftliche Ordnungen einbindet. Diese Perspektivierung erlaubt es, die Hervorbringung von Verantwortung in Nachhaltigkeitspraktiken und -diskursen in den Blick zu bringen, um die Möglichkeitsbedingungen für unterschiedliche Formen und Weisen der Subjektwerdung in spätmodernen Gesellschaften zu thematisieren. Der im Nachhaltigkeits-

diskurs zentralen Praxis des Konsums wendet sich der Beitrag »Nachhaltiger Konsum im Alltag – Verantwortungsübernahme zwischen Politisierung und Agency« von Jana Rückert-John und Melanie Jaeger-Erben zu. Chancen der Veränderung von Alltagspraktiken und dem entgegenstehende strukturelle Hemmnisse werden mit Blick auf die Frage untersucht, wie sich innovative Praktiken strukturell stabilisieren. Inwieweit das populäre Lied als Medium politischer Kommunikation und ökologischer Responsibilisierung genutzt werden kann, ist die Leitfrage des Beitrags »Farmer, farmer, put away this DDT now. Umweltkonflikte und Verantwortungsdiskurse im Spiegel des populären Liedes« von Thorsten Philipp. Auf eine Annäherung an den Begriff der politischen Musik folgt eine exemplarische Untersuchung des populären Liedes auf seine politischen Dimensionen hin. Jędrzej Sulmowski untersucht in seinem Beitrag »Eigenverantwortung als neoliberale Regierungstechnologie und/oder emanzipatorische Selbst-Ermächtigung? Über die Vielfalt von Responsibilisierungsweisen in einem sozial-ökologischen Gemeinschaftsprojekt« die Praxis einer sozial-ökologischen Gemeinschaft. Der Beitrag schlägt vor, ein auf Nachhaltigkeit ausgerichtetes Handeln zumindest auch als besondere Form des Regierens zu begreifen. Dem Phänomen der Obsoleszenz wenden sich Melanie Jaeger-Erben und Tamina Hipp zu in ihrem Beitrag »Geplanter Verschleiß oder Wegwerfkonsum? Verantwortungsdiskurse und Produktverantwortung im Kontext kurzlebiger Konsumgüter«. Es erfolgt dies entlang der Frage nach »nachhaltiger Produktverantwortung«, die hier verstanden wird nicht als politisch-rechtlicher Begriff, sondern als Praxis, die mit einem Produkt und den hierfür eingesetzten Ressourcen verantwortlich umgeht, das Produkt weitgehend sachgemäß nutzt, in seiner Funktionsfähigkeit erhält und so die hier eingesetzten Ressourcen effizient (aus)nutzt. Der letzte Beitrag dieses thematischen Blocks »Moralisierung der Marktsphäre? – Verantwortungszuschreibungen in der Inszenierung von Fairtrade« von Michael Jonas wählt wiederum eine ethische Perspektive. Verhandelt werden die beiden Fragen, ob die Inszenierung des freien Handels als Beleg für eine Moralisation der Marktsphäre zu verstehen sei und welche Praktiken und praktikenspezifische Leitmotive der Verantwortungszuschreibung in dieser Inszenierung eine Rolle spielen. Thomas Alkemeyer reflektiert die Beiträge dieses thematischen Blocks in seinem Text »Verantwortung als Komplizenschaft oder als gesellschaftskritischer Gegen-Entwurf?«.

Die Frage nach der Verantwortung im Nachhaltigkeitskontext involviert unterschiedliche Dimensionen – von der Verantwortung der Wissenschaft über gesellschaftliche Meta-Diskurse bis hin zu einer Vielzahl heterogener Praktiken. Gleichwohl ist eine Frage in diesem Diskurs besonders prominent. Es ist dies die Frage, ob und wenn ja inwieweit der/die einzelne Konsument/-in Verantwortung für eine Transformation in Richtung Nachhaltigkeit hat oder sich doch zurechnen und übernehmen lassen sollte. In mehreren der in den

drei thematischen Blöcken dieses Sammelbands zusammengestellten Beiträge klingt diese Frage explizit oder implizit durch. Beispielsweise kann Paul Burgers Diskussion des Stellenwerts von Partizipation als Beitrag zu dieser Debatte gesehen werden. Um die Prominenz und Vielschichtigkeit dieser Frage zu unterstreichen, werden darüber hinaus zwei prominente Standpunkte in dieser Debatte abschließend nebeneinander gestellt: Niko Paech vertritt in seinem Beitrag »Überforderte Politik – warum nur individuelle Verantwortungsübernahme die Ökosphäre rettet« prononciert die These, dass ausschließlich individuelle Verantwortungsübernahme eine Transformation in Richtung Nachhaltigkeit bewirken könne. Paech steht damit für eine Strömung innerhalb des Nachhaltigkeitsdiskurses, der etwa auch im Sinne einer Bildung für nachhaltige Entwicklung den Begriff und das Konzept der Nachhaltigkeit prägt. Armin Grunwald steht demgegenüber für einen Vermittlungsversuch. In seinem Beitrag »Warum Konsumentenverantwortung allein die Umwelt nicht rettet. Ein Beispiel fehllaufender Responsibilisierung« zeigt Grunwald Grenzen reiner Konsumentenverantwortung auf und bettet diese – ohne freilich eine Verantwortung von Konsument/-innen abzustreiten – in einen breiteren institutionellen und gesellschaftlichen Kontext. Beide Positionen spiegeln schließlich Diskussionen wieder, wie sie auch im Zuge der vorausgegangenen Konferenz immer wieder geführt wurden und wie sie die Debatte um Verantwortung für nachhaltige Entwicklung – hoffentlich! – weiter bestimmen wird. Die hier versammelten Beiträge dokumentieren, dass diese Debatte davon geleitet ist, gerade nicht für technizistische Lösungen zu plädieren, gerade nicht rein staatlich-institutionelle Lösungen anzustreben und gerade nicht auf eine individuelle Verantwortung zu verzichten. Die Fragen, wie eine solche individuelle Verantwortung aussehen kann, unter welchen Bedingungen die Zurechnung von Verantwortung auf Konsument/-innen plausibel ist und wie weit sie gehen kann bzw. sollte, sind in diesem Sinne ein zentraler Kristallisationspunkt kulturwissenschaftlicher Reflexion von Nachhaltigkeit als Diskurs und Praxis.

LITERATUR

- Alkemeyer, Thomas, Gunilla Budde und Dagmar Freist, Hg. 2013. *Selbst-Bildungen. Soziale und kulturelle Praktiken der Subjektivierung*. Bielefeld: transcript.
- Antoni-Komar, Irene, Marina Beermann, Christian Lautermann, Joachim Müller, Niko Paech, Hedda Schattke, Uwe Schneidewind und Reinhard Schulz, Hg. 2009. *Neue Konzepte der Ökonomik – Unternehmen zwischen Nachhaltigkeit, Kultur und Ethik*. Marburg: Metropolis.

- Bourdieu, Pierre. 1979. *Entwurf einer Theorie der Praxis – auf der ethnologischen Grundlage der kabyliischen Gesellschaft*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Brand, Karl-Werner, Hg. 1997. *Nachhaltige Entwicklung. Eine Herausforderung an die Soziologie*. Opladen: Leske und Budrich.
- Durkheim, Emile. 1895/1961. *Regeln der soziologischen Methode*. Neuwied am Rhein: Luchterhand.
- FUGO, Hg. 2004. *Perspektiven einer kulturwissenschaftlichen Theorie der Unternehmung*. Marburg: Metropolis.
- FUGO, Hg. 2017. *Unternehmen der Gesellschaft. Interdisziplinäre Beiträge zu einer kritischen Theorie des Unternehmens*. Marburg: Metropolis.
- Foucault, Michel. 2002. Nietzsche, die Genealogie, die Historie. In *Schriften in vier Bänden. Dits et Ecrits*, Bd. 2, 166-191. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Giddens, Anthony. 1995. *Die Konstitution der Gesellschaft*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Grunwald, Armin. 2015. Transformative Wissenschaft – Eine neue Ordnung im Wissenschaftsbetrieb? *GAIA* 24(1):17-20.
- Hauß, Volker, Hg. 1987. *Unsere Gemeinsame Zukunft. Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung*. Greven: Eggenkamp.
- Henkel, Anna. 2013/2014. Gesellschaftstheorie der Verantwortung. Funktion und Folgen eines Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität. *Soziale Systeme* 19(2):471-501.
- Henkel, Anna. 2015. Konturen einer soziologischen Nachhaltigkeitsforschung: Im Gespräch mit dem Konzept der kulturellen Kompetenzen im nachhaltigkeitsorientierten Management. In *Die Kultivierung des Ökonomischen. Kulturelle Prozesse, kulturelle Praktiken, kulturelle Kompetenzen*, Hg. Reinhard Pfiem, Lars Hochmann, Nina Gmeiner, Karsten Hurrelmann, André Karczmarzyk, Christian Lautermann und Christine Lenz, 119-140. Marburg: Metropolis.
- Henkel, Anna. 2016. Natur, Wandel, Wissen. Beiträge der Soziologie zur Debatte um nachhaltige Entwicklung. *SuN Soziologie und Nachhaltigkeit* 1(2):1-23.
- Henkel, Anna. 2017. Soziologie der Nachhaltigkeit. *Soziologie* 46(3):306-321.
- Henkel, Anna. 2018. Transdisziplinarität in der Nachhaltigkeitsforschung. In *Symposium: Soziale Nachhaltigkeit*, Hg. Michael Opielka und Ortwin Renn, München: oekom (im Erscheinen).
- Henkel, Anna, Stefan Bösch, Nikolai Drews, Louisa Firnenburg, Benjamin Görgen, Matthias Grundmann, Nico Lüdtke, Thomas Pfister, Simone Rödder und Björn Wendt. 2017. Soziologie der Nachhaltigkeit – Herausforderungen und Perspektiven. *SuN Soziologie und Nachhaltigkeit, Sonderausgabe* 1:1-37.
- Koselleck, Reinhart. 1972. Einleitung. In *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 1, Hg.

- Otto Brunner, Werner Conze und Reinhart Koselleck, XIII-XXVII. Stuttgart: Klett.
- Lindemann, Gesa. 2014. *Weltzugänge. Die mehrdimensionale Ordnung des Sozialen*. Weilerswist: Velbrück.
- Luhmann, Niklas. 1981. Gesellschaftliche Struktur und semantische Tradition. In *Gesellschaftsstruktur und Semantik. Studien zur Wissenssoziologie der modernen Gesellschaft*, Bd. 1, Hg. Niklas Luhmann, 9-71. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Meadows, Donella H., Dennis L. Meadows, Jørgen Randers und William W. Behrens, Hg. 1972. *The Limits to growth. A report for the Club of Rome's Project on the Predicament of Mankind*. New York: Universe Books.
- Neckel, Sighardt. 2017. The Sustainability Society: A Sociological Perspective. *Culture, Practice and Europeanisation* 2(2):46-52.
- Nietzsche, Friedrich. 1887/1991. *Zur Genealogie der Moral. Eine Streitschrift*. Frankfurt a.M.: Insel Verlag.
- Parsons, Talcott. 1949. *The Structure of Social Action*. Glencoe, Illinois: The Free Press.
- Pfister, Thomas, Martin Schweighofer und André Reichel. 2016. *Sustainability*. London: Routledge.
- Pfriem, Reinhard. 2016. *Ökonomie als Gemengelage kultureller Praktiken*. Marburg: Metropolis.
- Pfriem, Reinhard. 2015. Kulturalistische Unternehmensethik. Ein theoretischer Bezugsrahmen für Unternehmen als Akteure möglicher gesellschaftlicher Transformation. In *Theorien der Wirtschafts- und Unternehmensethik*, Hg. Dominik van Aaken und Philipp Schreck, 187-208. Berlin: Suhrkamp.
- Reckwitz, Andreas. 2003. Grundelemente einer Theorie sozialer Praktiken. Eine sozialtheoretische Perspektive. *Zeitschrift für Soziologie* 32(4):282-301.
- Schatzki, Theodore. 1996. *Social Practices. A Wittgensteinian Approach to Human Activity and the Social*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Schneidewind, Uwe, und Mandy Singer-Brodowski. 2014. *Transformative Wissenschaft. Klimawandel im deutschen Wissenschafts- und Hochschulsystem*. Marburg: Metropolis.
- Schneidewind, Uwe. 2015. Transformative Wissenschaft – Motor für gute Wissenschaft und lebendige Demokratie. Reaktion auf A.Grundwald. *GAIA* 24(2):88-91.
- Schütz, Alfred. 2004. *Der sinnhafte Aufbau der sozialen Welt*. Konstanz: UVK.
- Strohschneider, Peter. 2014. Zur Politik der Transformativen Wissenschaft. In *Die Verfassung des Politischen*, Hg. André Brodacz, Dietrich Herrmann, Rainer Schmidt, Daniel Schulz und Julia Schulze Wessel, 175-192. Wiesbaden: Springer.

- Shove, Elisabeth. 2014. Putting Practice into Policy: Reconfiguring Questions of Consumption and Climate Change. *Contemporary Social Science* 9(4):415-429.
- Stevens, Casey, und Norichika Kanie. 2016. The transformative potential of the Sustainable Development Goals (SDGs). *International Environmental Agreements: Politics, Law and Economics* 16(3):393-396.
- Weber, Max. 1921/1984. *Soziologische Grundbegriffe*. Tübingen: UTB.
- Wehling, Peter. 1997. Sustainable development – eine Provokation für die Soziologie? In *Nachhaltige Entwicklung. Eine Herausforderung an die Soziologie*, Hg. Karl-Werner Brand, 35-50. Opladen: Leske und Budrich.

**I Normativität oder
Neutralität der Wissenschaft? –
Reflexionen auf die Praxis
nachhaltigkeitsorientierter Forschung**

Klimaverantwortung und Energiekonflikte

Eine klimaethische Betrachtung von Protesten gegen
Energiewende-Projekte

Florian Braun und Christian Baatz

1. EINLEITUNG: PROTESTE GEGEN DIE ENERGIEWENDE ALS NORMATIVES PROBLEM

Das klassische Ideal der industriellen Energiekultur geht davon aus, dass in unserer Gesellschaft zu jeder Zeit und an allen Orten ausreichend Endenergie verfügbar sein sollte. Die dazu notwendigen Produktions- und Veredlungsprozesse spielen sich im Hintergrund in wenigen Industriezentren ab. Die meisten Bürgerinnen und Bürger kommen nur mit relativ sauberen und qualitativ hochwertigen Energieprodukten wie elektrischem Strom, Benzin oder Erdgas in Berührung (vgl. Quaschnig 2010, S. 13-38; Droste-Franke 2015, S. 5-34). Diese Form der Energiekultur ist so selbstverständlich, dass uns die damit verbundenen Risiken und Schief lagen allenfalls bei Havarien, Reaktorunglücken etc. bewusst werden. Mit der Energiewende soll sie sich nun ändern. Das komplexe sozio-technische System soll auf erneuerbare Energien (EE) umgestellt werden, wodurch Veränderungen in der Energieerzeugung und -verteilung, der Energievermarktung und des Verbrauchsverhaltens notwendig werden. Zwar waren die Vordenker des alternativen Energienarrativs bemüht, kein fundamentales Gegenbild zur modernen Industrielwelt zu propagieren (s. Krause 1982). Ihre grüne Wachstumsstrategie sollte technischen Fortschritt und die planetaren Grenzen der Erde in Einklang bringen. Doch mittlerweile zeigt sich, dass die Realisation der Energiewende das alltägliche Leben stärker beeinflusst als erahnt. Insbesondere durch den erhöhten Flächenbedarf der EE-Anlagen werden viele Bürgerinnen und Bürger mit den Vor- und Nachteilen der neuen Energiekultur konfrontiert. Nicht alle von ihnen akzeptieren die Veränderungen vorbehaltlos, weshalb es durchaus zu öffentlicher Kritik und Protesten – kurz Energiekonflikten – kommt. Es ist zu erwarten, dass das Konfliktpotenzial sogar zunehmen wird, je mehr Bürger/-innen und Energiesekto-

ren von den Änderungen betroffen sind (also Strom, Wärme, Mobilität). Daher ist es wichtig, Energiekonflikte als solche zu verstehen und daraus konstruktive Schlüsse für eine erfolgreiche Umsetzung der Energiewende abzuleiten.

In diesem Beitrag wollen wir uns dieser Aufgabe aus einer *klimaethischen Perspektive* stellen, also aus einer *normativ-analytischen Sichtweise* auf das Klimawandelproblem. Dieser Ansatz bietet sich an, da im aktuellen Energiewende-Narrativ die Rede von der Klimaverantwortung eine wesentliche Begründungsfunktion übernimmt. Vor dem Hintergrund empirisch untersuchter Energiekonflikte wollen wir aufzeigen, warum das normative Konzept globaler Klimaverantwortung in der allgemeinen Begründung der Energiewende eine wesentliche, aber in den konkreten Projekten häufig nur eine untergeordnete Rolle spielt. Ferner argumentieren wir dafür, dass die Proteste als Indikatoren für notwendige Anpassungen der Energiewende dienen können. Wir sehen die Kombination aus normativ-deduktiven Überlegungen (klimaethische Begründung der Reduktion von Treibhausgasen [THG]) und einer empirisch-induktiven Herangehensweise (qualitative Analyse von Energiekonflikten als »Signale« für die Anpassung des Energiewende-Narrativs) als eine Besonderheit dieses Beitrages an.

Wir skizzieren dazu im *zweiten Abschnitt* unser Konzept der Klimaverantwortung sowie die entsprechende Begründung der Energiewende. Nach unserer Rekonstruktion dieses klimaethischen Standardarguments tragen der deutsche Staat sowie dessen Bürger/-innen eine Teilverantwortung für den Klimawandel und müssen ihre THG-Emissionen deutlich reduzieren. Im *dritten Abschnitt* erörtern wir aus einer technikphilosophischen Perspektive, dass unterschiedliche Entwicklungspfade offenstehen, um dieses Ziel zu erreichen. Unter Rückgriff auf Bryan Nortons *Umweltpragmatismus* unterstreichen wir, dass theoretische Konzepte wie die Klimaverantwortung lediglich experimentell angewendet werden können und basierend auf den gewonnen Praxiserfahrungen adaptiert werden müssen. Aus unserer Sicht bietet das Standardargument durchaus eine allgemeingültige Begründung für eine THG-Reduktion und somit für die Energiewende. Zugleich unterstreichen wir jedoch, dass die praktische Realisation dieser Zielsetzung einer fortlaufenden Evaluation bedarf, da im Vorfeld nicht sicher gewusst werden kann, welche der Handlungsoptionen sich langfristig als zielführend erweisen. Daher legen wir im *vierten Abschnitt* zunächst dar, dass es zu kurz greift, Energiekonflikte pauschal als egoistisches Verhalten auf Kosten der Allgemeinheit zu diskreditieren. Vielmehr können die darin zur Sprache gebrachten Argumentationen als Signale für eine konstruktive Anpassung genutzt werden. Im *fünften Abschnitt* zeigen wir auf Basis einer argumentationstheoretischen Analyse der Ablehnungsmotive auf, warum individuelle Abwägungen unabhängig von Umfang und Art der Partizipationsverfahren zu Ungunsten der Projekte ausfallen können. Im *sechsten Abschnitt* erläutern wir mögliche Konsequenzen der Ablehnung. Wir

argumentieren zum einen dafür, dass Abwägungen zwischen grundsätzlichen Wertvorstellungen (THG-Reduktion, Naturschutz, Versorgungssicherheit etc.) nur angemessen auf überregionaler oder nationaler Ebene verhandelt werden können. Zum anderen meinen wir aber auch, dass auf lokaler und regionaler Ebene basisdemokratische Verfahren zumindest dann sinnvoll sein können, wenn sich Bürgerpartizipation nicht nur auf die Spezifizierung bereits beschlossener Projektpläne beschränkt. Vielmehr sollte sie bereits zur Planung konkreter Handlungsoptionen etabliert werden, etwa zur Planung eines spezifischen Maßnahmenkatalogs zur THG-Reduktion auf regionaler/lokaler Ebene.

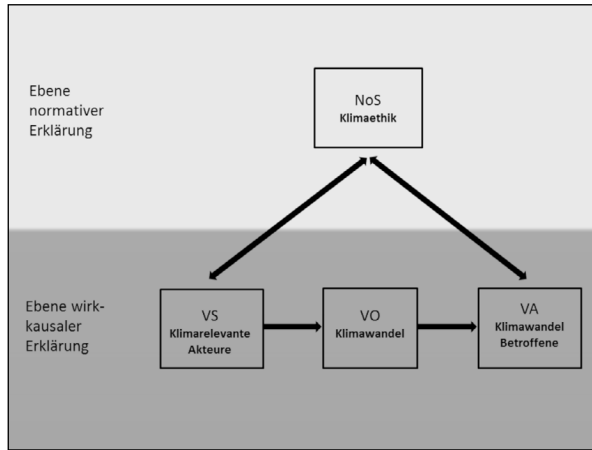
2. KLIMAETHISCHE BEGRÜNDUNG DER ENERGIEWENDE

Im Allgemeinen wird die bisherige Energiekultur als nicht nachhaltig angesehen (vgl. Leprich und Rogall 2014). Eines der gewichtigen Argumente für deren Änderung besagt, dass die Energiewende einen entscheidenden Baustein in unserem Bemühen um THG-Reduktion darstellt. Die Reduktion erscheint verantwortungsethisch erforderlich, weil der zunehmende THG-Ausstoß zu langfristigen klimatischen Änderungen führt, von denen gegenwärtige und zukünftige Menschen negativ betroffen sind bzw. sein werden. Auch der deutsche Staat und die deutschen Bürgerinnen und Bürger tragen daher eine Teilverantwortung für den Klimawandel und sollten ihre THG-Emissionen reduzieren. Diesen klimaethischen Ansatz werden wir folgend fundieren.

Der Verantwortungsbegriff ist im Kontext des sozialen Handelns angesiedelt: Verantwortungsübernahme und -zuschreibung erfolgen im normativ strukturierten Raum sozialer Interaktionen (s. Abb. 1).¹ Entsprechend kann eine Verantwortungshandlung zunächst als der individualistische Akt, Rede und Antwort zu stehen, verstanden werden (s. Braun und Baatz 2016, S. 859). Das *Verantwortungssubjekt* (VS) steht vor einer *Verantwortungsinstanz* bezüglich des *Verantwortungsobjekts* (VO) Rede und Antwort. Die Funktion der Verantwortungsinstanz besteht darin, die Verantwortungszuschreibung über ein anerkanntes allgemeines *Normensystem* (NoS), etwa die Grundgesetze oder Menschenrechte, zu rechtfertigen. Das fünfte Relationselement ist der *Verantwortungsadressat* (VA), gegenüber dem man sich gemäß einem Normensystem verantwortlich zeigen sollte. Ohne das reale oder potenzielle Vorhandensein eines VA, eines NoS (also einer normativ wirksamen Erklärung) sowie einen wirkkausal begründeten Bezug zwischen VS und VA lässt sich nicht sinnvoll von Verantwortung reden (Braun und Baatz 2016, S. 859).

1 | Folgende Ausführungen beziehen sich auf unsere ausführliche Darstellung der Klimaverantwortung in Braun und Baatz (2016).

Abb. 1: Schema der Klimaverantwortung



Vor dem Hintergrund dieses allgemeinen Verantwortungsbegriffs werden wir nun wesentliche Aspekte unseres Verständnisses von *Klimaverantwortung* an zwei Aspekten näher erläutern. Erstens folgt, dass individuelle oder kollektive Subjekte nur etwas gegen die negativen Auswirkungen des Klimawandels unternehmen müssen, wenn sie über ein Handlungspotenzial in Bezug auf den Klimawandel verfügen (Braun und Baatz 2016, S. 859). Solch ein Potenzial realisiert nicht nur, wer THG reduziert, sondern auch, wer Maßnahmen zur Anpassung an klimatische Veränderungen durchführt oder finanziert. Da fast jede/-r Bürger/-in und jeder Staat grundsätzlich dazu in der Lage ist, THG zu reduzieren oder sich an den Klimawandel anzupassen, ist der Kreis potenzieller Verantwortungssubjekte im Fall des Klimawandels sehr groß.

Als eigentliche Verantwortungsadressaten sehen wir zweitens die von den negativen Folgen des Klimawandels potenziell betroffenen Menschen an. Insofern ist unsere klimaethische Begründung anthropozentrisch ausgerichtet. In dieser stellt das Klimasystem als VO lediglich das wirkkausale Verbindungsstück zwischen Verursachern und Betroffenen des Klimawandels her. Dass konkrete Menschen oder die durch sie gebildeten Kollektive Verantwortungsadressaten sind, da ihnen durch den Klimawandel eine nicht zu rechtfertigende Schlechterstellung droht oder sie diese bereits erlitten haben, wird jedoch erst durch konkrete (klimaethische) Normen verständlich. Nur durch ein solches Normensystem kann die (potenzielle) Veränderung der Lebensbedingungen eines Verantwortungsadressaten als Übel begriffen werden, das es zu vermeiden gilt. Gleichzeitig identifiziert das klimaethische Normensystem die Verantwortungssubjekte. Die normativ wirksame Verknüpfung von Subjekt und Adressat/-in wird über die Erklärung gemäß dem Normensystem geleistet (Braun und Baatz 2016, S. 863). Aber welcher Zusammenhang besteht zwi-

schen diesem Verständnis globaler Klimaverantwortung und der deutschen Energiewende?

Dazu sind zunächst einige Bemerkungen zu den unterschiedlichen Handlungsoptionen angebracht. Neben der THG-Reduktion werden mit fortschreitendem Klimawandel auch Anpassungsmaßnahmen sowie die Handlungsoptionen des Climate Engineering (CE) in Betracht gezogen.² Allerdings sind die letztgenannten Alternativen aufgrund ihrer geringen Wirksamkeit oder möglichen Anwendungsrisiken sehr schlechte oder nur komplementäre Optionen zur THG-Reduktion (Barrett et al. 2014). Im klimawissenschaftlichen Diskurs ist mittlerweile auf breiter Front akzeptiert, dass der globale THG-Ausstoß radikal reduziert werden und eine weitgehende Dekarbonisierung der weltweiten Wirtschaft innerhalb des 21. Jahrhunderts erfolgen muss (IPCC 2015, S. 125-137). Wer ist aber nun für die notwendige THG-Reduktion verantwortlich?

Verantwortlich sind in erster Linie (aber keinesfalls ausschließlich) Nationalstaaten bzw. die entsprechenden Legislativen und Exekutiven, da sie einen vergleichsweise großen Einfluss auf den THG-Ausstoß haben (Ott 2012). Gemäß dem derzeitigen Sachstand des klimaethischen Diskurses haben Nationalstaaten, die wohlhabend sind und gegenwärtig einen hohen pro-Kopf THG-Ausstoß aufweisen, eine besonders große Verantwortung (s. Braun und Baatz 2016, S. 877-879). Erstens sind diese Kollektive als Verursacher mitverantwortlich für die negativen Auswirkungen des Klimawandels. Zweitens verfügen die Mitglieder des Kollektivs über das Wissen und die finanziellen sowie technologischen Mittel, um die THG-Reduktion zeitnah umzusetzen. Demzufolge sind u.a. sowohl die bundesdeutsche Regierung als auch deren Bürgerinnen und Bürger Verantwortungssubjekte und als solche moralisch verpflichtet, die THG-Emissionen auf dem Gebiet der BRD um 80-100 % in den nächsten 80 Jahren zu reduzieren (s. Baatz und Ott 2016). Ohne die Reorganisation der Energiekultur im Sinne der oben beschriebenen Energiewende ist dieses Ziel praktisch nicht zu erreichen.

Die bisherigen Ausführungen lassen sich zu einem klimaethischen Standardargument zusammenfassen (vgl. Braun und Baatz 2016, S. 867):

Wirrkasale Erklärungsebene: Seit dem Beginn der Industrialisierung sind anthropogene THG-Emissionen massiv angestiegen. Dies führt zu erhöhten atmosphärischen THG-Konzentrationen, die eine globale Erwärmung und klimatische Änderungen hervorrufen (bspw. Zunahme von Extremwetterereignissen).

2 | CE ist ein Sammelbegriff für sehr unterschiedliche, größtenteils noch nicht existierende Technologien, die in der Regel in die Rubriken *Carbon Dioxide Removal* (CDR) und *Solar Radiation Management* (SRM) eingeteilt werden.

Normative Erklärungsebene: Die klimatischen Veränderungen beeinflussen die Lebensbedingungen gegenwärtiger und zukünftigen Menschen (VA) in moralisch unzulässiger Weise. Daher ist es geboten, nach Handlungsoptionen zu suchen, welche die unzulässigen Beeinflussungen der VA minimieren.

Handlungsoptionen: Eine solche Minimierung ist nur über eine drastische Reduktion der THG-Emissionen zu erreichen; unabhängig davon, welche sonstigen Handlungsoptionen hinsichtlich des Klimawandels ergriffen werden.

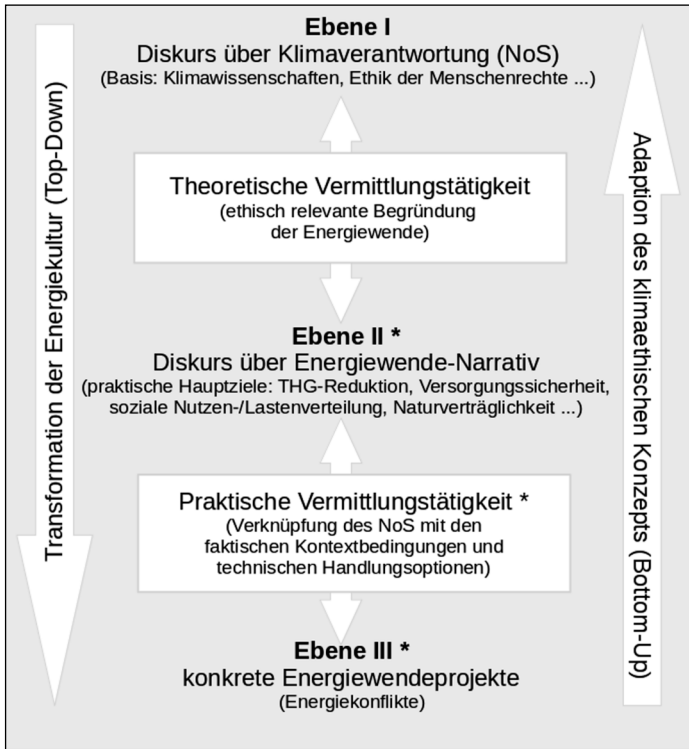
Potenzialanalyse: Die meisten THG werden bei der Bereitstellung und dem Verbrauch von Endenergie verursacht (s. UBA 2017). Ohne eine Dekarbonisierung der Energieerzeugung ist die erforderliche THG-Reduktion nicht zu erreichen.

Lösungsansatz (Energiewende): Die gesamte Energiekultur wird an die alternativen EE-Systeme unter Nutzung aller Effizienzpotenziale angepasst.

3. TECHNIKPHILOSOPHISCHE EINSCHÄTZUNG DES HANDLUNGSPOTENZIALS

Die Energiewende erfährt in Deutschland seit Jahren eine hohe Zustimmung (Scheer et al. 2014, S. 194). Ebenso wird meist das obige Standardargument geteilt, dass die BRD zum Klimaschutz verpflichtet ist und die Energiewende einen erheblichen Beitrag dazu leisten kann. Diese allgemeine klimaethische Überlegung in die Realität umzusetzen, erweist sich jedoch als ein tückisches Problem. Denn weder die Bundesregierung noch alle anderen involvierten Akteure können auf eine theoretische Blaupause und auf konkrete Praxiserfahrungen zurückgreifen (vgl. Braun 2017, S. 164, 186). Zudem besitzen sozio-technische Systeme wie die Energiekultur eine gewisse Trägheit und sind darüber hinaus in viele Richtungen formbar – es stehen also verschiedene Entwicklungspfade zur THG-Reduktion offen (vgl. Droste-Franke 2015, S. 23). Aber nicht alle Pfade lassen sich in jedem Land – und keiner lässt sich ohne Hindernisse – umsetzen. So wäre der französische Weg über Atom- oder Wasserkraft in Deutschland kaum realisierbar (vgl. Scheer et al. 2014, S. 12). Das tückische Problem besagt also, dass mit Blick auf die kulturell bedingten Einschränkungen zwischen unterschiedlichen Entwicklungspfaden gewählt werden muss, ohne zu wissen, welcher von ihnen langfristig zielführend ist. Folgend wollen wir mithilfe von Nortons *umweltpragmatischen Ansatz* eine Lösung dieses technikphilosophischen Problems rekonstruieren (s. Abb. 2; Norton 2015, S. 38-60).

Abb. 2: Normative Argumente in der Praxis



Im vorherigen Abschnitt thematisierten wir bereits die Top-Down-Bewegung von Ebene I zu Ebene II: Überlegungen zur Klimaethik (Ebene I) und zum grundlegenden Narrativ der Energiekultur (Ebene II) führen zur normativen Schlussfolgerung, das Energiesystem mittels der *Energiewende* zu dekarbonisieren. Aus der geschilderten technikphilosophischen Sicht ergibt sich das Problem, dass unser Wissen unterbestimmt hinsichtlich der zu gehenden Entwicklungspfade bleibt. Jedoch müssen für die begründete Wahl von einem dieser Pfade belastbare Kriterien gefunden werden. Die Tücke dieser Wahl besteht darin, dass sich gewählte Kriterien – etwa das Unterziel, zunächst so viele EE-Anlagen wie möglich zu installieren – in der kontextualisierten Planung und Entwicklung sowie im konkreten Ausbau und Gebrauch der alternativen Energietechniken als nicht zielführend erweisen können. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn die Kriterien in den konkreten Fällen in Konflikt mit anerkannten Wertvorstellungen geraten (etwa über den Natur- oder Gesundheitsschutz). Das Problem verschärft sich zudem dadurch, dass die normative Zielvorgabe der THG-Reduktion möglichst zeitnah erreicht sowie der finanzielle und technische Aufwand für die Etablierung der einzelnen Ent-

wicklungspfade immens sind. Aus umweltpragmatischer Sicht bedarf die Realisierung der Energiewende daher einer fortlaufenden Evaluation (s. Braun 2017, S. 166-168). Das heißt, dass neben der top-down-gerichteten normativen Begründung der THG-Reduktion eine bottom-up-gerichtete Anpassung der Realisation auf Basis der konkreten Praxiserfahrung erfolgen muss. Aber was ist unter solch einem Anpassungsprozess genau zu verstehen?

Im Grunde bedeutet dieser, dass das auf einer klimaethischen Begründung aufbauende Energiewende-Narrativ adaptiert wird, ohne das übergeordnete Ziel der THG-Reduktion aufzugeben. Vielmehr müssen mit Blick auf die Praxiserfahrung in den bisher eingeschlagenen Entwicklungspfaden die politischen, ökonomischen und technischen Mittel, aber auch die verwaltungs- und verfahrensrechtlichen Abwägungskriterien geprüft und angepasst werden. Die kontroversen Diskussionen um die Novellierungen des *Erneuerbaren-Energien-Gesetzes* (EEG) können als Beispiele für derartige Adaptionsprozesse herangezogen werden (vgl. Gawel et al. 2017; Ohlhorst 2017). Es handelt sich dabei um Prozesse des sozialen Lernens auf der Ebene II, die wiederum ohne ein kritisch-konstruktives Klimabewusstsein – also ein Grundverständnis über die Gründe der THG-Reduktion – kaum möglich erscheinen (vgl. Norton 2015, S. 39-60; Reusswig et al. 2016b, S. 215). Kurz: Eine pragmatistisch ausgerichtete Problemlösung verlangt einerseits eine konsequente Orientierung der Energiewende an der klimaethisch begründeten Primärzielsetzung der THG-Reduktion. Andererseits unterstreicht sie die Notwendigkeit eines fortwährenden und praxisbezogenen Lernprozesses, der mit einer größeren Offenheit in der Wahl von Handlungsoptionen auf der Ebene der konkreten Projekte einhergeht (Ebene III).

Welche Herausforderung der fortwährende Lernprozess darstellt, zeigt sich insbesondere in den sozialen Konflikten, die im Zuge konkreter Projekte entstehen. Denn in ihnen werden brennpunkthaft naturwissenschaftliche, technische, umwelt- und verfahrensrechtliche sowie gesellschaftsrelevante Auswahlkriterien der in Anschlag gebrachten Lösungsansätze und deren situative Eignung thematisiert. Initiativen gegen konkrete Projekte suchen häufig gezielt nach den Schwachstellen dieser Kriterien. Die Energiewendekritikerinnen und -kritiker inszenieren sich oft als die wissenschaftlich verfahrenen Antagonisten der eher pragmatisch orientierten Energiewende-Macher/-innen, die »technisch-wissenschaftlich unbegründet« argumentieren würden (Dahm 2016, S. 252). Dennoch zeigt die argumentationstheoretische Analyse der Konfliktfälle, so unsere These, dass die ablehnende Haltung meist aus kontextspezifischen und sehr individuellen Abwägungen resultiert. Diese erschweren den Versuch, aus den Kontra-Argumenten belastbare Abwägungskriterien für die jeweiligen Kontexte zu entwickeln, mit denen das allgemeine Energiewende-Narrativ konstruktiv angereichert werden kann.

4. INDIVIDUELLE ABWÄGUNGEN ALS KLIMAETHISCHE HERAUSFORDERUNG

Die klimaethische Analyse von individuellen Abwägungen kann sich nicht auf eine empirische Abfrage individueller Meinungsbilder beschränken (vgl. Droste-Franke 2015, S. 24). Denn diese können sich wie auch Mehrheitsentscheidungen aus ethischer Sicht als unmoralisch herausstellen. Jedoch scheint es ebenso schwierig, bei den relevanten Fragestellungen das Feld reinen Technik- und/oder Moralexpertinnen und -experten zu überlassen. Dies betrifft insbesondere die Suche nach Handlungsoptionen in lokalen und regionalen Kontexten. Denn die Bürgerinnen und Bürger werden die normative Standardargumentation der Expertinnen und Experten umso kritischer prüfen, desto stärker die auf jenen basierenden rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ihre Privatsphäre beeinflussen (vgl. Droste-Franke 2015, S. 25). Prima facie wird die/der Klimaethiker/-in die Tragweite der projektspezifischen Kritik in Bezug zum Standardargument und die dort anklingenden Handlungsalternativen auf ihr THG-Reduktionspotenzial prüfen. Wie wir folgend erläutern, verkompliziert sich diese Aufgabe jedoch in demokratischen Gesellschaften aufgrund des Phänomens der individuellen Abwägung.

Moderne demokratische Gesellschaften sind versucht, technokratische Top-Down-Lösungen zu vermeiden. Politische Entscheidungen zu komplexen gesellschaftlichen Fragestellungen wie der Energiewende sollen über eine verstärkte soziale Debatte und durch basisdemokratische Beteiligungsformen eine höhere Legitimität erhalten. Deren Etablierung soll auch die Akzeptabilität und die faktische Akzeptanz für konkrete Energiewendeprojekte stärken: Wenn Bürger/-innen, Wirtschaftsakteure, Verwaltungsleute und Politiker/-innen gemeinsam agieren und gegebenenfalls eine breite lokale Wertschöpfung etabliert wird, so der Tenor, erhöht dies die Identifikation der betroffenen Bürgerinnen und Bürger mit den Projekten im Konkreten und der Energiewende im Allgemeinen (s. Ohlhorst 2017). Basisdemokratische Maßnahmen können also – bei Übertragung auf Abb. 2 – zur Adaption des Energiewende-Narrativs beitragen und die Ausgestaltung der Energiewende im Konkreten beeinflussen. Durch diesen Prozess wird das Standardargument mit weiteren Unterzielen angereichert. Infrage kommen beispielsweise: die Beibehaltung des bestehenden Versorgungsstandards, die Dezentralisierung der Wertschöpfung innerhalb der Energiekultur, die Erhöhung der Anzahl der wirtschaftlichen Profiteure etc.

Aber trotz des verstärkten Einbezugs der Bürger/-innen in die Planungsprozesse und den Möglichkeiten der finanziellen Beteiligung kommt es zu Protestinitiativen und somit zu Konflikten (Reusswig et al. 2016b, S. 215). Vor diesem Hintergrund wird protestierenden Bürger/-innen häufig vorgeworfen, ihre moralische Haltung sei inkonsistent. Ein Teil der Bürger/-innen lehne lokale Projekte ab, obwohl sie die normative Standardargumentation als angemessen

bewerten. Zur Erklärung dieses Verhaltens wird häufig auf das *Not-In-My-Backyard-Phänomen* (NIMBY) verwiesen: Die Protestler/-innen wollen die potenziellen Lasten und Beeinträchtigung etwa beim Bau eines lokalen Windparks aus eigennützigen Motiven nicht tragen (bspw. Scheer et al. 2014, S. 20; Wolsink 2000, S. 52). Demgegenüber betonen wir, dass der Protest gegen ein Bauvorhaben nicht schon deswegen moralisch illegitim ist, weil die Protestierenden aufgrund der Wohnortnähe davon persönlich betroffen sind (s. auch Feldman und Turner 2010). Die aus klimaethischer Perspektive entscheidende Frage hierbei ist, ob der Protest gerechtfertigt ist oder nicht, d.h. ob die Protestierenden gute Gründe gegen das Projekt vorbringen können. Es ist aber aus argumentationstheoretischer Sicht nicht einfach, gute Gründe als solche auszumachen.

5. ARGUMENTATIONSTHEORETISCHE DIFFERENZ ZWISCHEN GENERALISIERTEN UND INDIVIDUELLEN ABWÄGUNGEN

Martin Wolsink hat bereits vor einiger Zeit darauf hingewiesen, dass die NIMBY-Erklärung zu einem verengten Blick auf die Argumentationen und somit auf die Handlungsmotive führt, unter denen Bürger/-innen Projekte ablehnen (s. Wolsink 2000, S. 52-53; Feldman und Turner 2010). Für eine klimaethische Durchdringung dieser Einschätzung lohnt ein argumentationstheoretischer Blick darauf, welche Art von Argumentationen und somit auch Ablehnungsmotiven auf welcher Diskursebene geäußert und auch anerkannt wird. Dabei geht es uns gerade nicht darum, bestimmte Ablehnungsmotive anhand eines apodiktisch geltenden normativen Bewertungskriteriums von vornherein zu disqualifizieren. Vielmehr setzen wir voraus, dass der Diskurs über Klimaverantwortung als ein mehrschichtiges soziales Phänomen rekonstruiert werden sollte. Dessen Ebenen lassen sich jeweils als differenzierbare Anerkennungsverhältnisse rekonstruieren. In diesen gestehen sich die Akteure wechselseitig Rechte und Pflichten zu, welche über die vorgebrachten Argumentationen analysiert werden können. Dieser Aufgabe wurde im Rahmen des FONA-Projekts ›Energiekonflikte‹ mithilfe einer Analyse von qualitativen Umfragen und leitfadengestützten Interviews nachgegangen (s. Reusswig et al. 2016a, S. 22). Im Folgenden wollen wir mit Rückgriff auf die Ergebnisse klären, warum das auf nationaler Diskursebene anerkannte, generalisierte Standardargument bei individuellen Abwägungen in konkreten Energiewendeprojekten häufig nicht trägt.

Zunächst lassen sich die Argumentationen danach differenzieren, welche Ablehnungsmotive vorgebracht werden: a) allgemeine Gründe (z.B. der Vorwurf der Wirtschafts- oder Sozialunverträglichkeit), b) kontextspezifische Gründe (z.B. erhöhtes Brandrisiko bei Windkraftanlagen in Wäldern) und c) individuelle Wertvorstellungen (z.B. Bevorzugung traditioneller Kultur- vor mo-

derner Industrielandschaft). Mit Bezug zur Abb. 2 lassen sich die vorgebrachten Argumentationen einer spezifischen Diskursebene zuordnen. Denn es macht beispielsweise keinen Sinn, die Sozialverträglichkeit eines bundesweiten Projektes wie der Energiewende nur im Kontext eines einzelnen Dorfes (Ebene III) zu diskutieren. Dieser Diskurs sollte auf Ebene II erfolgen, also mit Blick auf das Energiewende-Narrativ und die Frage, wie die Lasten verteilt werden sollen.

Vielfach beruht der Protest, der auf den ersten Blick eine gemeinsame Haltung vieler Bürgerinnen und Bürger zum Ausdruck bringt, auf einer Vielzahl unterschiedlicher Wertvorstellungen, die wiederum aus individuellen Abwägungen resultieren. Die genauere Betrachtung individueller Abwägungen zeigt, dass generalisierte normative Argumentationen in konkreten Kontexten (Ebene III) häufig nicht als apodiktisch gültig anerkannt und daher persönlich geprüft werden (Norton 2015, S. 160-162). Dieses Phänomen äußert sich bspw. darin, dass man eine Handlungsnorm in einer bestimmten Situation nicht anwendet (z.B.: *Du sollst nicht lügen.*), obwohl man ihr grundsätzlich zustimmt. Kontextualisierte individuelle Abwägungen setzen den Gültigkeits- und Gewissheitsanspruch von Standardargumenten für einen bestimmten Kontext außer Kraft. Diese Abwägungen lassen sich wiederum nicht pauschal nach einem generalisierten, normativen Kriterium beurteilen (etwa dem NIMBY-Vorwurf). Dies liegt nicht zuletzt daran, dass die Standardargumentationen, über die man Handlungsziele wie die THG-Reduktion begründet, aus einer kontextunabhängigen *objektiven Sichtweise* entwickelt werden. Aus der Perspektive einer Klimaethikerin oder eines Klimaethikers urteilt man in anderer Weise über die allgemeine Wohlfahrt als in dem Fall, in dem man von einem Projekt in der eigenen Lebenswelt betroffen ist. In diesen Situationen werden von den beteiligten Akteuren durchaus individuelle Motive als abwägungsrelevant anerkannt, die aus einer *objektiven Sichtweise* kaum tragfähig sind, etwa diffuse Ängste. Hingegen wird zurecht kritisiert, wenn auf politischer oder wissenschaftlicher Ebene (II + III) mit derartigen Motiven argumentiert wird. Wenn etwa diffuse Ängste als Gründe politischen Handelns aufgebaut werden, obwohl eine objektive Technikfolgenabschätzung diese Ängste nicht bestätigen kann. Die jeweiligen Abwägungsmotive besitzen also nicht auf allen Diskursebenen den Status von anerkennungswürdigen Gründen.

Weiterhin offenbarte die argumentationstheoretische Analyse der Kontra-Argumentationen, dass insbesondere auf der Ebene der individuellen Abwägungen das klimaethische Standardargument mit einer Vielzahl an alternativen Begründungsstrukturen konkurriert. In diesen spielen individuelle Wertvorstellungen eine besondere Rolle.³ Der Raum für individualisierte Mo-

3 | Dazu passend heben Scheer et al. hervor, »dass sich die vorhandenen Einstellungsmuster auf eine äußerst heterogene Mischung von leistungs-, konsum-, natur- und lebensqualitätsbezogenen Werten« beziehen (Scheer et al. 2014, S. 199).

tive und die damit verbundenen alternativen Wertvorstellungen entsteht in demokratischen Gesellschaften, indem die Bürger/-innen ihre rechtlich zugesicherten Freiheiten zur individuellen Entscheidungsfindung und Wahl wahrnehmen (etwa in Partizipationsprozessen). Diese beiden Rechte verpflichten aber nicht zwangsläufig dazu, die je individuelle Abwägung aus einer kontextunabhängigen *objektiven Sichtweise* zu entwickeln. Im Gegenteil: Bei den lokalen Konfliktdiskursen, die die individuelle Abwägung maßgeblich beeinflussen, handelt es sich häufig um rein rhetorische Diskurse. In diesen steht nicht die objektive Abwägung von (guten) Gründen im Vordergrund, sondern die Beeinflussung der individuellen Abwägungen, um bestimmte Überzeugungen auf kollektiver Ebene durchzusetzen. So können klassische, konsensorientierte Mediationsverfahren durchaus die Positionen verstärken, die nach weitgehend neutraler Abwägung nicht haltbar sind (s. Reusswig et al. 2016b). In solchen rhetorischen Diskursräumen greifen viele der involvierten Akteure auf das persönliche Wertesystem zurück, da es eine tradierte Sicherheit bietet. Die Anerkennung des obigen Standardarguments verlangt damit eine Verhältnisbestimmung zu diesem Wertesystem. Die dazu herangezogenen Kriterien sind häufig lebensweltliche Gewissheiten, die mitunter auf moralischen, aber – wie erwähnt – nicht selten auf *rein subjektiven* Wertvorstellungen beruhen (vgl. Wingert 2007, S. 914).

In den Tiefeninterviews mit Windkraftgegnerinnen und -gegnern wurden beispielsweise unterschiedliche Kriterien vorgebracht, aufgrund derer die allgemeine Klimaverantwortung im konkreten Fall nicht wahrgenommen werden sollte: Eine Person sieht eine zu große Gefahr für die einheimische Vogelwelt, eine andere verbindet mit Windkraftanlagen im Wald eine tiefgreifende Zerstörung des Ökosystems Wald, eine andere vermutet starke gesundheitliche Beeinträchtigungen für Patient/-innen einer nahe gelegenen Nervenklinik. Der Vogelschutz, der Erhalt des bestehenden Waldes und die Abwehr gesundheitlicher Beeinträchtigungen besitzen für die jeweiligen Personen einen hohen Stellenwert in ihrem individuellen Wertesystem.

Natürlich könnte man aus einer allgemeinen klimaethischen Position erwidern, die Ablehnung des Windparks aufgrund solcher Kriterien zeuge eher von unzureichender Sachkenntnis. Sie halte einer Prüfung an objektiven Kriterien nicht stand. So könnte man der vogelliebenden Person entgegen, dass eine Reduktion der THG-Emissionen, zu denen die Energiewende einen Beitrag leisten soll, auch zum weltweiten Vogelschutz beiträgt, da der Klimawandel die biologische Vielfalt und damit auch die Existenz vieler Vogelarten bedroht (Field et al. 2014). Zudem wiegt die Gefährdung einiger heimischer Arten weniger schwer als die Gefährdung aller möglichen Arten sowie des Lebens, der Gesundheit und des Wohlergehens vieler heutiger und in Zukunft lebender Menschen. Diese Gegenargumentation basiert allerdings auf einem voraussetzungsreichen Bedingungsgefüge, dessen einzelne Wissensbausteine

und Wertvorstellungen ein hohes Maß an Expertise voraussetzen. Als Vornahmen zu nennen wären mindestens: die Auswirkungen des Klimawandels auf Menschen sowie die Tier- und Pflanzenwelt, das normative Ideal global gültiger Menschenrechte und die sich daraus ableitende Pflicht zur Nichtschädigung anderer Menschen etc. Möchte der Staat die von Energiewendeprojekten betroffenen Bürgerinnen und Bürger nicht durch gesetzliche Regelungen zum Einlenken zwingen, müssten seine Vertreter/-innen diese Vornahmen kommunizieren. Aber selbst, wenn ein solcher gesellschaftlicher Lernprozess erfolgreich initiiert wird (etwa über umfangreiche Informationsveranstaltungen) und die Bürger/-innen ein entsprechendes Klimabewusstsein entwickelt haben, bleibt in demokratischen Gesellschaften das Grundrecht bestehen, in partizipativen Verfahren nach individuellen Wertvorstellungen abzuwägen und sich gegen generalisierte (Standard-)Argumente zu entscheiden. Dies ist insbesondere in denjenigen Fällen denkbar, in denen individuelle Wertvorstellungen zur Disposition stehen, die die Opponenten nicht zu kompensieren bereit sind. Bezogen auf die obigen Beispiele wären die betroffenen Personen in einem solchen Fall nicht bereit, den Schutz der heimischen Vogelwelt, des lokalen Waldes oder die Gesundheit der betroffenen Bürger/-innen für die mit der Klimaverantwortung verbundenen Werte aufzugeben (den Schutz der globalen Biodiversität, weit entfernt lebender Menschen oder den Erhalt finanzieller Entschädigung etc.). Dies gilt vor allem dann, wenn die betroffenen Werte eine zentrale Orientierungsfunktion im persönlichen Leben übernehmen. Der über Jahre liebgewonnene Wald kann als der zentrale Orientierungspunkt angesehen werden, auf den sich das eigene Leben im Dorf bezieht und der unter keinen Umständen *preisgegeben* werden darf.

6. SCHLUSS: KONSEQUENZEN AUS DER KLIMAETHISCHEN ANALYSE VON ENERGIEKONFLIKTEN

Was bleibt aber zu tun, wenn normative Bildung an ihre Grenzen stößt und man in individuellen Abwägungen mit Kompensationsausschlüssen konfrontiert wird? Am Ende des Beitrages werden wir unsere bisherigen Gedanken mit Bezug zu dieser Frage zusammenfassen und unsere Antwort darauf thesenartig skizzieren.

Aus klimaethischer Perspektive ist eine zeitnahe und drastische Reduktion globaler THG-Emissionen zwingend. Dies gilt gleichermaßen für die BRD. Eine solche Reduktion ist nur durch eine Dekarbonisierung des Energiesystems und einen Wandel der Energiekultur mit dem Ziel der drastischen THG-Reduktion möglich. In der praktischen Umsetzung, auf dem Weg vom allgemeinen Energiewende-Narrativ zu den lokalen Projekten, erfolgt von den demokratisch legitimierten Instanzen eine Abwägung des Ziels der THG-

Reduktion mit weiteren gesellschaftlich relevanten Wertsetzungen sowie die Wahl geeigneter Entwicklungspfade. Der dennoch bestehende Widerstand gegen konkrete Energiewendeprojekte sollte vornehmlich als Ergebnis einer Vielzahl ähnlicher Abwägungen interpretiert werden, die allerdings auf lokaler Ebene (III) und aus einer subjektiven Perspektive getroffen werden.

Als Klimaethiker/-in ist man natürlich angehalten, diese Abwägungen mit Blick auf die Regeln der entsprechenden Diskursebene hinsichtlich ihrer argumentativen Angemessenheit zu prüfen. Im Falle der Energiewende entsteht dabei jedoch folgendes Problem: Einerseits wird die Energiewende als bürgernahes Projekt inszeniert. Betroffene Bürger/-innen sollen sich bei der Planung konkreter Projekte einbringen und deren Ausgestaltung in Grenzen mitbestimmen. Dadurch erhofft sich der Gesetzgeber eine konfliktärmere und bessere Umsetzung der Energiewende. Andererseits interpretieren viele Bürger/-innen derartige Partizipationsveranstaltungen häufig als Möglichkeit zur basisdemokratischen Pro- und Kontraabwägung. Daher sehen sie sich in ihrer individuellen Abwägung weder dazu verpflichtet, in allen Fällen für die Projekte zu votieren, noch dazu, ihre Abwägung auf Argumentationen zurückzuführen, die über das konkrete Projekt hinaus gültig sind. Vielmehr spielen in diesen Abwägungen – wie beim Gros alltäglicher Abwägungen – subjektive und kontextgebundene Wertvorstellungen wichtige Rollen. Diese anhand des von uns im Beitrag rekonstruierten Standardarguments zu prüfen, erweist sich aus zwei Gründen als problematisch. Erstens kann es nicht mehr als das übergeordnete normative Ziel sowie die Begründung der Notwendigkeit der Energiewende auf einer allgemeinen Ebene aufzeigen. Zweitens kann dieses Ziel über unterschiedliche Entwicklungspfade erreicht werden. Aufgrund der Komplexität und der Einzigartigkeit der Aufgabe gibt es jedoch bisher keine standardisierte Patentlösung. Der Vorzug bestimmter Mittel und Pfade bedarf der Angabe weiterer (Unter-)Ziele.

Für den Umgang mit diesem Problem legen wir zwei allgemeine Schlussfolgerungen nahe: Erstens sehen wir nicht die Möglichkeit, dass die Ablehnung eines Projektes, die aus einer individuellen Abwägung anhand subjektiver Überzeugungen resultiert, durch einen auf dem Standardargument beruhenden sozialen Lernprozess generell überwunden werden kann. Die individuelle Abwägung sollte vielmehr als grundsätzliches Phänomen demokratischer Verfahren und der damit einhergehenden partizipativen Prozesse erachtet werden; und zwar auch dann, wenn sie zum Widerstand gegen gesamtgesellschaftlich wünschenswerte Projekte führt. Zudem können die in den Protesten vorgebrachten belastbaren Ablehnungsgründe für eine Bottom-Up-Adaption des Energiewende-Narrativs herangezogen werden. So weisen beispielsweise die in den Tiefeninterviews angetroffenen Argumentationen darauf hin, dass es einer verbesserten Regionalplanung bedarf, um den Ausbau der Windkraft vernünftig zu koordinieren (s. Reusswig et al. 2016a, S. 22).

Anstatt Windkraftanlagen in allen Regionen Deutschlands zu verteilen, könnte der Gesetzgeber beispielsweise sogenannte *Verdichtungsräume* schaffen, d.h. neue Anlagen vornehmlich dort bauen, wo bereits Anlagen vorhanden sind. Außerdem wäre zu überlegen, ob der Ausbau der EE-Anlagen nicht viel stärker als bisher mit einer Suffizienzpolitik gekoppelt werden sollte, um deren Anzahl zu begrenzen (Spengler 2016). Derartige Abwägungen können aber nicht auf lokaler Diskursebene (III) getroffen werden, da die darin ausgedrückten Wertkonflikte nur auf überregionaler bzw. bundesweiter Ebene abgewogen werden können. Zur Verhandlung der Konflikte halten wir insgesamt einen Willensbildungsprozess im Rahmen repräsentativer Demokratie für angemessener.

Zweitens erinnern wir mit Bezug zu unseren technikphilosophischen Erörterungen daran, dass die Energiewende kein Selbstzweck ist. Vielmehr wird sie aus klimaethischer Sicht zum Zwecke der THG-Reduktion durchgeführt und sollte strikt daran gemessen werden. In der technischen Umsetzung dieses Ziels gibt es weiterhin eine Vielzahl an Optionen. Die im Text geforderte Offenheit bezüglich der Entwicklungspfade verlangt zweierlei: Zum einen müssen die bisher gewählten Pfade, fortwährend auf ihren gegenwärtigen und (!) zukünftigen Beitrag zur THG-Reduktion geprüft werden. Zum anderen könnte das Konfliktpotenzial der Energiewende reduziert werden, wenn den Ländern, Gemeinden und auch den Bürger/-innen eine größere Autonomie in der Wahl der technischen Handlungsoptionen eingeräumt wird. Bürgerbeteiligung sollte sich also nicht nur darauf beschränken, wie bereits beschlossene Projekte am besten umgesetzt werden können, sondern es sollte auch zur Debatte stehen, wie ein bestimmtes THG-Reduktionsziel auf lokaler oder regionaler Ebene am besten erreicht werden kann. Dies erfordert eine ganzheitliche Planung bezüglich der EE-Anlagen auf regionaler und kommunaler Ebene. Diese Planung sollte wiederum frühzeitig mit Bürgerinnen und Bürgern diskutiert werden und möglichst viele Alternativen zur Wahl stellen (Reusswig et al. 2016a, S. 22). Diese größere Autonomie in der lokalen und regionalen Planung der Energiewende müsste zugleich durch ein Set an verpflichtenden Zielvereinbarungen zur Reduktion der THG-Emissionen und durch ein vielseitigeres Fördersystem als das auf Stromproduktion zugeschnittene EEG flankiert werden. Die starke Fokussierung auf wenige Handlungsoptionen greift mit Blick auf die Dringlichkeit der Klimaverantwortung aus unserer Sicht zu kurz. Die dazu notwendige Erweiterung der Toolbox an Handlungsoptionen dient letztendlich auch dazu, die Klimaverantwortung über das mit ihr verbundene Ziel der THG-Reduktion im System der gesellschaftsprägenden Werte zu etablieren.

LITERATUR

- Baatz, Christian, und Konrad Ott. 2016. Why Aggressive Mitigation Must be Part of Any Pathway to Climate Justice. In *Climate justice and geoengineering*, Hg. Christopher J. Preston, 93-108. Lanham, MD: Rowman & Littlefield.
- Barrett, Scott, Timothy M. Lenton, Antony Millner, Alessandro Tavoni, Stephen Carpenter, John M. Anderies, Chapin III, F. Stuart, Anne-Sophie Crepin, Gretchen Daily, Paul Ehrlich, Carl Folke, Victor Galaz, Terry Hughes, Nils Kautsky, Eric F. Lambin, Rosamond Naylor, Karine Nyborg, Stephen Polasky, Marten Scheffer, James Wilen, Anastasios Xepapadeas und Aart de Zeeuw. 2014. Climate engineering reconsidered. *Nature Clim. Change* 4:527-529.
- Braun, Florian. 2017. Naturwert und Praxis. Zur Begründungsfunktion der Praxiserfahrung in Bryan Nortons umweltethischem Pragmatismus. In *Jahrbuch Praktische Philosophie in globaler Perspektive. Schwerpunkt: Pragmatische Impulse*, Hg. Michael Reder, Alexander Filipovic, Dominik Finkelde und Johannes Wallacher, 162-196. Freiburg: Karl Alber.
- Braun, Florian, und Christian Baatz. 2016. Klimaverantwortung. In *Handbuch Verantwortung*, Hg. Ludger Heidbrink, Claus Langbehn und Janina Loh, 855-886. Heidelberg: Springer.
- Christopher B. Field, Vicente R. Barros, David Jon Dokken, Katherine J. Mach, Michael D. Mastrandrea, T. Eren Bilir, Monalisa Chatterjee, Kristie L. Ebi, Yuka Otsuki Estrada, Robert C. Genova, Betelhem Girma, Eric S. Kissel, Andrew N. Levy, Sandy MacCracken, Patricia R. Mastrandrea und Leslie L. White, Hg. 2014. *Climate Change 2014: Impacts, Adaptation, and Vulnerability. Part A: Global and Sectoral Aspects. Contribution of Working Group II to the Fifth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Dahm, Klaus-Peter. 2016. *Vom Klimawandel zur Energiewende. Eine umfassende Prüfung der zugrundeliegenden Annahmen*. Berlin: Verlag Dr. Köster.
- Droste-Franke, Bert. 2015. *Improving energy decisions. Towards better scientific policy advice for a safe and secure future energy system*. Cham: Springer.
- Feldman, Simon, und Derek Turner. 2010. Why Not NIMBY? *Ethics, Place & Environment* 13:251-266.
- Gawel, Erik, Klaas Korte und Kerstin Tews. 2017. Thesen zur Sozialverträglichkeit der Förderung erneuerbarer Energien durch das EEG – eine kritische Analyse. In *Die Energiewende verstehen – orientieren – gestalten: Erkenntnisse aus der Helmholtz-Allianz ENERGY-TRANS*, Hg. Jens Schippl, Armin Grunwald und Ortwin Renn, 305-330. Baden-Baden: Nomos.

- IPCC. 2015. *Climate change 2014. Synthesis report. Contribution of Working Groups I, II and III to the Fifth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change*. Geneva, Switzerland: IPCC.
- Krause, Florentin. 1982. *Energieversorgung der Bundesrepublik ohne Kernenergie und Erdöl*. Kurzfassung der Energiestudie des ÖKO-Instituts. Freiburg: Öko-Institut.
- Leprich, Uwe, und Holger Rogall. 2014. Die Energiewende als gesellschaftlicher Transformationsprozess. In *4. Jahrbuch Nachhaltige Ökonomie. Im Brennpunkt: Die Energiewende als gesellschaftlicher Transformationsprozess*, Hg. Holger Rogall, Hans-Christoph Binswanger und Felix Ekarde, 15-30. Marburg: Metropolis.
- Norton, Bryan G. 2015. *Sustainable values, sustainable change. A guide to environmental decision making*. Chicago: The University of Chicago Press.
- Ohlhorst, Dörte. 2017. Akteursvielfalt und Bürgerbeteiligung im Kontext der Energiewende in Deutschland: Das EEG und seine Reform. In *Die Energiewende verstehen – orientieren – gestalten: Erkenntnisse aus der Helmholtz-Allianz ENERGY-TRANS*, Hg. Jens Schippl, Armin Grunwald und Ortwin Renn, 161-188. Baden-Baden: Nomos.
- Ott, Konrad. 2012. Domains of Climate Ethics. *Jahrbuch für Wissenschaft und Ethik* 16:95-114.
- Quaschnig, Volker. 2010. *Erneuerbare Energien und Klimaschutz. Hintergründe – Techniken – Anlagenplanung – Wirtschaftlichkeit*. München: Hanser.
- Reusswig, Fritz, Florian Braun, Eva Eichenauer, Katrin Fahrenkrug, Jochen Franzke, Ines Heger, Thomas Ludewig, Michael Melzer, Konrad Ott und Teike Scheepmaker. 2016a. *Energiekonflikte. Akzeptanzkriterien und Gerechtigkeitsvorstellungen in der Energiewende. Kernergebnisse und Handlungsempfehlungen eines interdisziplinären Forschungsprojektes*. http://energiekonflikte.de/fileadmin/template/Daten/Ergebnisse/Arbeitspapiere/Reusswig_et_al_-_Energiekonflikte_Handlungsempfehlungen.pdf (Zugegriffen: 14.08.2017).
- Reusswig, Fritz, Florian Braun, Ines Heger, Thomas Ludewig, Eva Eichenauer, und Wiebke Lass. 2016b. Against the wind. Local opposition to the German ›Energiewende‹. *Utilities Policy* 41:214-227.
- Scheer, Dirk, Wilfried Konrad, Ortwin Renn, und Oliver Scheel. 2014. *Energiapolitik unter Strom. Alternativen der Stromerzeugung im Akzeptanztest*. München: Oekom.
- Spengler, Laura. 2016. *Sufficiency as Policy. A Theoretical Analysis of the Necessity, Possibilities and Limitations of a Political Implementation of the Sufficiency Strategy*. Doktorarbeit, Leuphana Universität Lüneburg.
- UBA. 2017. *Treibhausgas-Emissionen in Deutschland*. www.umweltbundesamt.de/daten/klimawandel/treibhausgas-emissionen-in-deutschland#textpart-1 (Zugegriffen: 10.06.2017).

Wingert, Lutz 2007. Lebensweltliche Gewissheit versus wissenschaftliches Wissen? *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 55:911-927.

Wolsink, Maarten. 2000. Wind power and the NIMBY-myth: institutional capacity and the limited significance of public support. *Renewable Energy* 21:49-64.

Macht und soziale Ungleichheit als vernachlässigte Dimensionen der Nachhaltigkeitsforschung

Überlegungen zum Verhältnis von Nachhaltigkeit
und Verantwortung

Björn Wendt und Benjamin Görgen

EINLEITUNG: NACHHALTIGKEIT, VERANTWORTUNG UND MACHT

Nachhaltigkeit ist ein normatives Leitbild, das in Reaktion auf die sozialen und ökologischen Krisen der Weltgesellschaft die Ziele menschlicher Entwicklung im Lichte inter- und intragenerationeller Gerechtigkeitsüberlegungen aufscheinen lässt (Görgen und Wendt 2015). Nachhaltige Entwicklung kann somit als *sozial-ökologische Utopie*¹ bestimmt werden, die inhaltlich sehr unterschiedlich ausgestaltet sein kann (Brand 2014, S. 54ff.). Entlang der Frage nach der Substituierbarkeit des Naturkapitals lassen sich zur Ordnung des Nachhaltigkeitsdiskurses etwa *schwache, starke* und *ausgewogene* Nachhaltigkeitsverständnisse voneinander unterscheiden (Steurer 2001).² Schwache Nachhaltig-

1 | Utopien werden im Alltagsverständnis pejorativ als übersteigerte und irrationale Vorstellungen betrachtet. In der Utopieforschung werden sie hingegen unter anderem als regulative Leitideen definiert, denen in der Regel zwei funktionale Merkmale zugeschrieben werden. Sie üben einerseits Gesellschaftskritik und intendieren oder entwerfen andererseits wünschenswerte Alternativen. Utopien sind als unmöglich zu verwirklichende Ideen nicht auf eine direkte Umsetzung im Sinne eines Plans angelegt. Sie setzen im Sinne einer offenen Zielgerichtetheit vielmehr Impulse für Wandlungsprozesse (Wendt 2017).

2 | In der Regel wird der Nachhaltigkeitsdiskurs anhand der Positionen zur ökologischen Dimension der Nachhaltigkeit strukturiert. Die soziale Dimension der Nachhaltigkeit, die neben Fragen der Gerechtigkeit auch unterschiedliche Vorstellungen sozialen Wandels umfasst (Görgen und Wendt 2015), wird dabei weitestgehend vernachlässigt

keitskonzepte zielen darauf, durch Effizienz und technologische Innovationen Verluste des Naturkapitals zu kompensieren. Programmatisch wird eine Lösung der Umweltkrise durch *Green-Technology* und *Green-Economy* anvisiert. Starke Nachhaltigkeitskonzepte, wie sie beispielsweise im Postwachstumsdiskurs diskutiert werden (Eckart 2016; Paech 2012), intendieren hingegen eine Abkehr von zentralen Institutionen der Gegenwart. Sie stellen infrage, dass sich das Naturkapital durch technische Innovationen innerhalb der bestehenden institutionellen Arrangements ersetzen lässt. Zwischen diesen beiden Polen verortet Steuerer schließlich noch Konzepte einer *ausgewogenen* Nachhaltigkeit. Diese Programme, etwa das Konzept des *Green-New-Deals*, verbinden technologische und ökonomische Strategien mit staatlichen Regulationen und Veränderungen der Lebensweisen der Menschen. Sie gehen demnach davon aus, dass das Naturkapital in Grenzen durch soziale, politische und technische Innovationen kompensiert werden kann. Die gesellschaftliche Debatte um Nachhaltigkeit kann somit als ein komplexes und zugleich konfliktträchtiges Diskursfeld bestimmt werden, innerhalb dessen unterschiedliche Akteure mit ihren Problemdeutungen, Zielhorizonten und Strategien der Umsetzung miteinander konkurrieren.

Auch der Begriff der Verantwortung ist mit ethischen Fragen und Gerechtigkeitsvorstellungen verbunden. Grundsätzlich verweist Verantwortung auf die Zuständigkeit einer Person für die Folgen und Nebenfolgen der eigenen Handlungen oder Unterlassungen (*Handlungsverantwortung*) und im Speziellen auf die Zuständigkeit einer Person für die Erfüllung ihrer Rollen, Ämter, Aufgaben oder Funktionen (*Aufgabenverantwortung*). Neben dieser sogenannten *Primärverantwortung* werden zwei darauf aufbauende Stufen der Verantwortung unterschieden (Holderegger 2006, S. 398f.; Höffe 2008, S. 326). Die *Sekundärverantwortung* zielt auf die Rechenschaft vor einer Instanz, sei es das eigene Gewissen, Mitmenschen, Gerichte oder Gott (*Rechenschaftsverantwortung*). Die *Tertiärverantwortung* meint schließlich die Konsequenzen (Schadenersatz, Wiedergutmachung oder Strafen), die aus der Zuschreibung der Verantwortung durch die Instanz erwachsen (*Haftungsverantwortung*). Verantwortungsverhältnisse bestehen dabei aus mindestens drei aufeinander bezogenen »Relata« (Buddeberg 2009, S. 11ff.): Das *Verantwortungssubjekt* bezeichnet die handelnde oder unterlassende Person, der Verantwortung zugeschrieben wird. Das *Verantwortungsobjekt* sind die durch die Person ausgeführten oder unterlassenen Handlungen. Als *Verantwortungsinstanz* können schließlich die bereits genannten Instanzen der Rechenschaftsverantwortung (etwa das Gewissen oder Gerichte) gelten. Neben diesen drei Relata der Verantwortung wird zudem der *normative Bezugsrahmen* bzw. die Maßstäbe und Kriterien der

(Grundmann 2016; Opielka 2016), wenngleich sie gerade hinsichtlich der Fragen von Ungleichheit und Macht von zentraler Bedeutung ist.

Verantwortungszuschreibungen als viertes Element von Verantwortungsverhältnissen diskutiert (Buddeberg 2009, S. 38ff.).

In Bezug auf das Verhältnis von Verantwortung und Nachhaltigkeit ist aus unserer Sicht ein Rückgriff auf Hans Jonas *Verantwortungskonzept* hilfreich. Jonas betont, dass sich mit der Ausweitung der Macht der Menschheit »auch das Wesen menschlichen Handelns geändert hat; und [...] daß die veränderte Natur menschlichen Handelns auch eine Änderung in der Ethik« (Jonas 1989, S. 15) erfordert. Diese führe wiederum zur Notwendigkeit einer erweiterten Konzeption des Verantwortungsbegriffs. Hierzu führt Jonas in Abgrenzung zum klassischen Verantwortungsverständnis, der *Verursacherverantwortung* (ex-post-Verantwortung), also der kausalen Zurechnung begangener Taten, die Dimension der *prospektiven Verantwortung*, d.h. des Zu-Tuenden, ein (Jonas 1989, S. 172ff.). Prospektive Verantwortung zielt auf die *Bestimmung* dieses Zu-Tuenden, ist auf eine *Sache* gerichtet und »verpflichtet zu *Taten* [...]. Das »wofür« liegt außer mir, aber im Wirkungsbereich meiner Macht, auf sie angewiesen oder von ihr bedroht [...]. Die Sache wird meine, weil die Macht meine ist und einen ursächlichen Bezug zu eben dieser Sache hat« (Jonas 1989, S. 174f.). Diese Sache, d.h. die langfristigen Bedingungen auf dem Planeten, etwa der Erhalt von Ökosystemen, verlange eine *kollektive* Globalverantwortung.

Da Nachhaltigkeit zumeist als umfassender gesellschaftlicher Wandel beschrieben wird, der die ganze Welt und alle gesellschaftlichen Funktionssysteme berührt, wollen wir bezüglich der Frage nach der Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung zunächst auch von der Annahme einer kollektiven Universalverantwortung ausgehen, d.h. *dass alle Menschen und Organisationen als Teil des sozial-ökologischen Krisen- und Lösungszusammenhangs Verursacher/-innenverantwortung für diesen Problemzusammenhang tragen als auch die Chance haben, prospektive Verantwortung zu übernehmen*. Von dieser These ausgehend wollen wir schrittweise zeigen, dass diese zwar den stets ganzheitlich ausgerichteten Konzepten der Nachhaltigkeit und den damit verbundenen globalen Krisenzusammenhängen (bspw. Klimawandel und globale Armutsbekämpfung) Rechnung trägt, aber den Zusammenhang zwischen Verantwortung, Macht und sozialer Ungleichheit ausblendet.

Im Rahmen unseres Beitrages werden wir die Fragen nach dem Verantwortungssubjekt und der Verantwortungsinstanz vor dem Hintergrund des normativen Bezugsrahmens der Nachhaltigkeit und vor dem Hintergrund sozialer Ungleichheits- und Machtstrukturen explorativ ausleuchten. Hierzu skizzieren wir zunächst den Versuch einer prospektiven Verantwortungsübernahme für eine nachhaltige Stadtentwicklung durch eine zivilgesellschaftliche Nachhaltigkeitsinitiative. Wir argumentieren in Anschluss an Forschungen über die Wirkungen zivilgesellschaftlichen Engagements, dass sowohl individuelle als auch kollektive zivilgesellschaftliche Akteure in Bezug auf ihre Ziele auf enge Grenzen stoßen (Abschnitt 1). Es stellt sich somit die Frage,

ob, und ggf. welche, Akteure über die Möglichkeit verfügen, eine nachhaltige Entwicklung substantiell zu fördern oder zu behindern. Bedeutsam sind aus unserer Perspektive hierbei jene Akteure, die über die meisten ökonomischen, politischen und kulturellen Machtressourcen und damit auch über das größte Handlungsvermögen verfügen (Abschnitt 2). Gleichzeitig argumentieren wir, dass auch diese Akteure, die sogenannten Machteliten, vor dem Hintergrund jener Strukturen zu analysieren sind, in die sie eingebunden sind und die ihnen nicht nur Machtmittel und Freiheitsgrade bereitstellen, sondern auch Restriktionen und Handlungszwänge auferlegen (Abschnitt 3). Schließlich wollen wir betonen, dass trotz dieser Einschränkungen, nicht alle Akteure *in gleicher Weise* für eine nachhaltige Entwicklung Verantwortung tragen, sondern die Gestaltungsmöglichkeiten und Verantwortungsverhältnisse in dem Maße variieren, in dem auch die Machtressourcen (prospektive Verantwortung) und die verursachten sozial-ökologischen Schäden streuen (Verursacher/-innenverantwortung) (Abschnitt 4).

1. VERANTWORTUNGSÜBERNAHME LOKALER NACHHALTIGKEITSINITIATIVEN

Im Nachhaltigkeitsdiskurs wird zivilgesellschaftlichen Initiativen eine zentrale Funktion für die »große Transformation« der Gesellschaft zugesprochen (WBGU 2011, 2016). Als »Pioniere des Wandels« bzw. »Change Agents« sollen sie in »Reallaboren« bereits im Kleinen nachhaltige Formen des Zusammenlebens erproben und Impulse in die Gesellschaft senden (Schneidewind und Singer-Brodowski 2013). Mit dem Begriff der Zivilgesellschaft ist in diesem Sinne die prospektive Verantwortungsübernahme für eine nachhaltige Entwicklung verbunden.

Am Beispiel einer von uns untersuchten städtischen Nachhaltigkeitsinitiative kann beispielhaft nachgezeichnet werden, wie zivilgesellschaftliche Akteure im urbanen Raum den Versuch machen, für eine nachhaltige Stadtentwicklung Verantwortung zu übernehmen (Görge et al. 2016; Görge et al. 2017 sowie Hoffmann in diesem Band). Über die Veranstaltung eines »Tages der Nachhaltigkeit« sollten hierbei bestehende Initiativen vernetzt und die Sichtbarkeit der lokalen Nachhaltigkeitsbewegung gefördert werden. Sowohl wissenschaftliche als auch zivilgesellschaftliche Aktivist/-innen haben sich in der Initiative zusammengeschlossen und prospektive Verantwortung übernommen und können dabei als eine Instanz der öffentlichen Verantwortungszuschreibung betrachtet werden.

Um die Potenziale der Verantwortungsübernahmen zivilgesellschaftlicher Initiativen im lokalen Raum zu analysieren, ist es sinnvoll, beispielhaft die Wirkungen näher zu betrachten, die das Engagement der untersuchten Initia-

tive im städtischen Raum entfaltete. Dabei lassen sich Wirkungen auf verschiedenen Ebenen unterscheiden (für alle folgenden Punkte: Görger et al. 2017):

- Das gemeinsame Engagement wirkte zunächst vor allem auf die Aktivist/-innen innerhalb des Bündnisses. Es bildeten sich neue Beziehungen zwischen den Individuen, sie tauschten ihre Wissensbestände miteinander aus und beeinflussten sich auf diese Weise in ihrer Persönlichkeitsentwicklung und Handlungsfähigkeit. Infolge dessen konstituierte sich aus dem Teilnehmer/-innenkreis ein kollektiver Akteur, später sogar institutionalisiert als Verein, der zuvor noch kein Teil der sozialen Wirklichkeit des städtischen Raumes war.
- Darüber hinaus wirkte die Initiative in ihr soziales Umfeld, indem sich Netzwerke zwischen verschiedenen bereits existierenden Initiativen bildeten, die zuvor nicht bestanden. Auf diese Weise konnte eine Vernetzung der lokalen Nachhaltigkeitsbewegung forciert werden. Inzwischen besteht ein Netzwerk von über 50 Organisationen, die gemeinsam zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung beitragen wollen.
- Ferner konnte eine wesentliche Zielsetzung, die Veranstaltung ›Tag der Nachhaltigkeit‹, in den Jahren 2015, 2016 und 2017 verwirklicht werden. Durch diese mehrtägige Veranstaltung wirkte die Initiative über ihre Interaktionen mit den Besucher/-innen des Tages der Nachhaltigkeit, indem einerseits Aufklärung über die mit dem Nachhaltigkeitsdiskurs verbundenen Problemlagen geleistet und Praxisbeispiele aufgezeigt wurden, welche nachhaltigeren Handlungsoptionen bereits in der Gegenwart möglich sind.
- Durch ihre Öffentlichkeitsarbeit und zahlreiche Presseartikel war die Initiative ferner an der Entwicklung des öffentlichen Nachhaltigkeitsdiskurses in der Stadt beteiligt und schließlich wirkte sie sogar in die Stadtpolitik hinein. So reichte sie gemeinsam mit der lokalen Agenda 21 einen Antrag beim Rat der Stadt ein, sich beim Projekt ›Global Nachhaltige Kommune‹ zu bewerben. Durch ihre Mitwirkung in dem inzwischen realisierten Projekt sind einige Mitglieder der Initiative mit daran beteiligt, ein kommunales Handlungsprogramm für nachhaltige Entwicklung zu entwerfen, das sowohl Beteiligungs- als auch Steuerungsinstrumente beinhaltet.

Aus individuellen Verantwortungssubjekten bildete sich zunächst ein überindividuelles Verantwortungssubjekt. In der Initiative wurde darüber hinaus eine weitere übergeordnete Ebene sichtbar, die städtische Nachhaltigkeitsbewegung als kollektiver Akteur der Verantwortung übernimmt und als Instanz der Verantwortungszuschreibung im städtischen Raum agiert, um die eigenen Handlungen genauso wie die Handlungen der Bürger/-innen, Wirtschaftsvertreter/-innen oder Politiker/-innen vor dem Hintergrund der Nachhaltigkeit zu verändern. Insgesamt lässt sich daher zunächst festhalten, dass die Initiative

durch ihre Verantwortungsübernahme einen deutlichen Impuls in die Zivilgesellschaft und Stadt sendete und das Thema der Nachhaltigkeit auch durch sie wieder stärker in den Fokus der Stadtgesellschaft rückte.

Aber wenngleich die Entwicklung der Initiative somit zunächst durchaus als eine *Erfolgsgeschichte* erzählt werden kann, so heißt die Frage nach den Wirkungen dieses Engagements zu stellen, zugleich, all diese Bemühungen in Bezug auf ihre Ziele – die Durchführung der Veranstaltung, die Vernetzung der lokalen Nachhaltigkeitsbewegung und die Förderung einer nachhaltigen Stadtentwicklung – hin zu betrachten. Auf diese Weise werden nicht nur die Grenzen des zivilgesellschaftlichen Engagements der Initiative sichtbar, sondern auch, dass die Chancen der Verantwortungsübernahme für Veränderungen zur Nachhaltigkeit mit Fragen der Macht zusammenhängen.

Schon zu Beginn wurde die Begrenztheit des Handlungsspielraums der Initiative deutlich. So wurden einige Ideen sofort mit dem Verweis verworfen, sie seien unrealistisch oder Ziele gerieten aus den Augen, da die Kapazitäten nicht ausreichten, um sie weiter zu verfolgen. Sie stieß aber auch bei ganz konkreten planerischen Aspekten für den »Tag der Nachhaltigkeit« auf Widerstände, etwa *verwaltungsrechtliche* (eine untersagte Flächennutzung), *juristische* (ein fehlender Trägerkreis) oder *finanzielle* (eine beschränkte Möglichkeit zur Einwerbung von Geldern). Diese Grenzen und Freiheitsgrade zur Gestaltbarkeit der eigenen Umwelt lagen einerseits in der Initiative selbst begründet (etwa über die Menge des überschaubaren ökonomischen, kulturellen und sozialen Kapitals, über das die Initiative verfügte). Gleichzeitig wurde aber auch deutlich, dass andere Akteure und Strukturen den Handlungsspielraum für die Durchführung der Veranstaltung beeinflussten. Dies geschah jedoch zunächst vornehmlich nicht durch konkrete Interventionen *von außen*, sondern vielmehr durch die Antizipation voraussichtlicher Widerstände in der Initiative selbst.

Wenngleich es ihr gelang, einen großen Teil der lokalen Nachhaltigkeitsbewegung zu vernetzen, so ist mit Bezug auf die Grenzen ihres Handlungsvermögens auch relevant, wer nicht an ihr beteiligt war oder mit ihr kooperierte. Getragen wurde die Initiative vor allem von zivilgesellschaftlichen und wissenschaftlichen Akteuren mit überwiegend bildungsbürgerlichem Hintergrund. Auf der anderen Seite waren kaum Akteure aus klassischen *linken* bzw. Arbeitermilieus und -organisationen (Gewerkschaften, Parteien, Initiativen) in ihr vertreten. Führende Vertreter/-innen der städtischen Wirtschaft, der Verwaltung oder der Kommunalpolitik waren ebenfalls nicht oder nur in Ausnahmefällen mit der Initiative verbunden. Auch die niedrigen Schranken bezüglich des Nachhaltigkeitsverständnisses³ ermöglichten keine dauerhafte

3 | Die Initiative verzichtete bewusst auf eine Definition des Nachhaltigkeitsbegriffs, um für alle Akteure der Stadtgesellschaft (auch jene mit schwachem Nachhaltigkeitsverständnis) anschlussfähig zu sein.

Kooperation mit städtischen Funktionseleiten. Wenngleich zwar durchaus Kontakte zu einzelnen Entscheidungsträger/-innen der Stadt aufgebaut wurden, so zeigte sich zugleich eine geringe Vernetzung der Initiative mit den zentralen Machtstrukturen der Kommune. Dies wäre jedoch notwendig gewesen, um die Potenziale für Veränderungen, die im Rahmen lokalen Engagements möglich wären, auszuschöpfen.

Abstrahiert man von der lokalen Ebene, so bleiben auch die technologischen, ökonomischen, rechtlichen oder politischen Rahmenbedingungen, die überhaupt erst die Probleme verursachten, mit deren Beseitigung sich das Nachhaltigkeitskonzept befasst, außerhalb des Zugriffs der Initiative. In Bezug auf zahlreiche Kernkonflikte verblieb sie in einem Partikular- bzw. Nischendiskurs, der die eingespielten politischen und wirtschaftlichen Verwaltungs- und Verwertungsabläufe in der Stadt und der Gesellschaft unberührt ließ.

Wie ist dieser Befund nun aber einzuschätzen? Die Initiative schwebt, ebenso wie jede/-r Aktivist/-in, nicht im luftleeren Raum. Sie ist eingebettet in soziale Strukturen eines sozialen Systems. Wenngleich dieses soziale System von Akteuren hervorgebracht und reproduziert wird, so erscheint es doch als autonomes und stabiles Äußeres (Berger und Luckmann 2001), das den Rahmen dessen absteckt, was an Veränderung überhaupt möglich ist. Auf diesen Zusammenhang verweisen auch sozial-ökologische Überlegungen. Ihnen liegt die Annahme zugrunde, dass alle Akteure, seien es individuelle oder kollektive, in sozial-ökologische Umwelten eingebunden sind, von denen sie beeinflusst werden, die sie jedoch zugleich auch reproduzieren und (eingeschränkt) mitgestalten (Grundmann und Lüscher 2000; Grundmann 2015). Analysiert man die Einbettung und Wirkung zivilgesellschaftlicher Initiativen mithilfe einer aus diesen Überlegungen abgeleiteten Heuristik (Görgen und Wendt 2017; Firnenburg et al. 2017), so lassen sich vier Ebenen der sozial-ökologischen Einbettung unterscheiden: 1. das Innenleben der Akteure und das Beziehungsgefüge der Mitglieder zueinander (*Mikroebene*), 2. der soziale Nahraum, in den sie eingebunden sind (*Mesoebene*), 3. Akteure und Aktanten, die zwar einen Einfluss auf die Praxis der zivilgesellschaftlichen Akteure haben, mit denen sie selbst jedoch nicht direkt interagieren (*Exoebene*) sowie 4. die gesellschaftlichen Systeme und Diskurse, die für die Entwicklung zivilgesellschaftlicher Initiativen von Bedeutung sind (*Makroebene*).

Auf Grundlage dieser Überlegungen nach den Möglichkeiten einer Transformation zur Nachhaltigkeit zu fragen, führt wiederum zu der Frage nach den Eingriffsmöglichkeiten und der möglichen Eingriffstiefe von Akteuren auf den skizzierten sozial-ökologischen Ebenen und in die gesellschaftliche Entwicklung im Allgemeinen. Die auf spezifischen Funktionslogiken beruhenden Entwicklungsdynamiken, Strukturen und Verhältnisse der Gesellschaft grundlegend zu verändern, ja sogar zielgenau auf ein weitreichendes politisches Ziel (Nachhaltigkeit) hin steuern zu können, das erscheint unter

Berücksichtigung differenzierungstheoretischer Überlegungen ein abwegiger Gedanke zu sein (Nassehi 2015). Nicht nur für eine einzelne Initiative, sondern auch für die Zivilgesellschaft und selbst die Politik als Ganzes, scheint eine solche Kontrollvorstellung im Umfeld von unkalkulierbaren Nebenwirkungen von Entscheidungen und Bedingungen des Nicht-Wissens sowie Nicht-Wissen-Könnens (Beck 2007) eine unmöglich zu realisierende Idee zu sein.

2. DIE ZWEI DIMENSIONEN DER MACHT- UND VERANTWORTUNGSFRAGE

Ist die Utopie der Nachhaltigkeit also von vornherein zum Scheitern verurteilt, da sie an der Existenz und Komplexität der Gesellschaft bzw. der Wirklichkeit und Wirkmächtigkeit der sozial-ökologischen Welt sowie der Machtlosigkeit der Menschen scheitern muss? Wir wollen uns als einen ersten Zugang zum Zusammenhang von Macht und Verantwortung im Rahmen dieses erkundenden Beitrags zunächst an den Überlegungen des Soziologen C. Wright Mills orientieren. Mills thematisiert Verantwortung und Macht, indem er danach fragt, inwiefern unterschiedliche Akteursgruppen die Chance haben, die eigenen gesellschaftlichen Verhältnisse aktiv mitzugestalten und den *main-drift* der Gesellschaft zutugend zu beeinflussen.⁴

Hinsichtlich dieser Frage könnten einerseits grundsätzlich alle Menschen als ohnmächtig betrachtet werden, durch ihre Entscheidungen und Handlungen auf die gesellschaftliche Entwicklung und den Lauf der Geschichte Einfluss zu nehmen. Würde man dieser Annahme folgen, wäre es im Hinblick auf die Verursacher/-innenverantwortung nicht möglich, Menschen für die mit ihrem Handeln verbundenen Konsequenzen verantwortlich zu machen (Mills 1959, S. 57). Diese Vorstellung, so Mills, verstelle jedoch ebenso den Blick auf die soziale Wirklichkeit, die Möglichkeit ihrer Gestaltung und die politische Verantwortung wie die gegenteilige Vorstellung, dass die Geschichte das Ergebnis der Entscheidungen und Handlungen einiger angesehenen und mächtiger Eliten sei und diese die volle Verantwortung für die Gesellschaftsentwicklung tragen:

4 | Zur Ordnung von verschiedenen Zugängen zu Machtphänomenen kann im Allgemeinen zwischen Konzepten der *Positionsmacht* und der *persönlichen Macht* unterschieden werden (Hradil 1980). Während Positionsmacht auf die relativ beständigen und stabilen Momente von Machtverhältnissen verweist, auf die auch Mills abhebt, zielen Begriffe der persönlichen Macht eher auf die Flüchtigkeit und situative Einbettung von Macht und legen den Fokus auf einen handlungstheoretischen und interaktionistischen Zugang zu Machtphänomenen.

»Die Vorstellung, daß alles einem blinden Zwange folge, ist weithin nur eine fatalistische Auslegung der eigenen Machtlosigkeit oder – sofern man schon in verantwortlicher politischer Stellung tätig gewesen ist – eine Form, das eigene Versagen zu bemänteln. Die andere Auffassung, daß alles auf die Verschwörung einiger unschwer feststellbarer Schurken oder auf die Taten großer Männer zurückzuführen sei, ist eine ebenso voreilige Interpretation des Tatbestandes, daß Veränderungen im Gesellschaftsgefüge bestimmten Eliten geschichtliche Chancen eröffnen, die sie wahrnehmen oder nicht wahrnehmen.« (Mills 1962, S. 43)

Mills vermittelt – mit Rückgriff auf Marx⁵ – zwischen den beiden Extrempositionen. Der Mensch sei demzufolge weder nur der Gefangene noch der allmächtige Gestalter der gesellschaftlichen Verhältnisse.⁶ Gerade die modernen westlichen Industriegesellschaften seien dadurch gekennzeichnet, dass jene Akteure, die an der Spitze der Großbürokratien der Gesellschaft auf die Machtressourcen dieser Organisationen zugreifen, auf der Grundlage ihrer Position die *Chance* zugewiesen wird, gestaltend in die Entwicklung der Gesellschaft einzugreifen (Mills 1962, S. 36). Der Begriff der *Machtelite*, als Schlüsselbegriff zur Bestimmung jener Gruppen, die in der Regel an Entscheidungen von nationaler und internationaler Reichweite beteiligt sind, meint bei Mills die Beobachtung, dass die Großbürokratien des Staates, der Wirtschaft und des Militärs in den USA bereits in den 1940er und 1950er Jahren eine vernetzte Machtstruktur ausgebildet haben, an deren Spitze relativ wirkmächtige Akteure auf die in den Großorganisationen eingebetteten Machtressourcen zugreifen können. Die Reichweite ihrer Macht unterscheide den Aktionsradius der Machteliten grundlegend von den Möglichkeiten einfacher Bürger/-innen, die nur in einem sehr eingeschränkten Maße die Möglichkeiten besitzen, ihre eigene Umwelt zu gestalten.

Mills verweist also auf das Verhältnis zwischen Mächtigen und weniger mächtigen Akteuren in einer Gesellschaft und versteht unten den Mächtigen mit Bezug auf Weber, »jene Menschen, die imstande sind, ihren Willen auch gegen den Widerstand anderer durchzusetzen« (Mills 1962, S. 22). Er wählt also einen konflikttheoretischen Zugang, bezieht diesen allerdings weniger auf konkrete Interaktionssituationen, sondern vielmehr auf die strukturellen Machtasymmetrien beim Zugang zu Machtpositionen in Großorganisationen,

5 | Bei Marx heißt es bezüglich dieser Frage: »Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen.« (Marx 1960, S. 115)

6 | Diese Position ist auch für spätere Theorieentwürfe charakteristisch, die auf die strukturierte und strukturierende Struktur des Sozialen verweisen (Giddens 1997; Berger und Luckmann 2001; Bourdieu 2013).

denn nur »in und mit ihnen kann Macht einigermaßen von Dauer und Bedeutung sein« (Mills 1962, S. 23). Das Verfügen über die in diesen Organisationen eingelagerten Arten von Kapital »oder, was auf dasselbe herauskommt, [...] verschiedenen Arten von Macht« (Bourdieu 1983, S. 184) bzw. in unseren Sprachgebrauch *Machtressourcen*, verweist ebenfalls auf die relativ stabilen Momente des Machtphänomens, die über ihre generative Weitergabe auch wesentlich zur Reproduktion sozialer Ungleichheitsstrukturen und damit Machtasymmetrien beitragen.⁷

Mills folgert aus seinen Überlegungen in der Summe schließlich hinsichtlich der Verantwortungsfähigkeit und Macht des Menschen:

»Der Gedanke der politischen Verantwortlichkeit steht dem Gedanken der historischen Unvermeidlichkeit gegenüber. Wenn man begreift, daß der geschichtliche Ablauf [...] nicht unentrinnbar ist, sieht man seine Ursachen als ein geistiges Problem und als eine Kette politischer Fragen, nicht aber als ein dunkles und furchterregendes Geschick, das die braven kleinen Männer überwältigt.« (Mills 1959, S. 60)

Bei Mills scheinen zwei Dimensionen der Macht und damit verknüpft auch der Verantwortung auf. Erstens, indem er bezüglich des *Verhältnisses von Struktur und Handlung* eine vermittelnde Position einnimmt, die dem Menschen eine begrenzte Handlungsmacht für den Verlauf der gesellschaftlichen Entwicklung zuweist, womit die Grundlage dafür gelegt ist, überhaupt jemanden für ein gesellschaftliches Ereignis verantwortlich zu machen. Verantwortlichkeit setzt also ein gewisses Quantum an Macht über das Verantwortungsobjekt voraus (Jonas 1989, S. 222). Zweitens verweist Mills auf soziale Ungleichheit, indem er das Verhältnis zwischen jenen sozialen Gruppen an den Spitzen der Großbürokratien, denen Machtressourcen und damit auch Verantwortlichkeiten zugewiesen werden und jenen, die nicht über diese Machtressourcen verfügen, thematisiert.

Auch bezüglich der prospektiven Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung wären es in diesem Sinne somit insbesondere die Machteliten, die für die Konsequenzen ihrer Entscheidungen und Unterlassungen Verantwortung tragen, da sie über die meisten Machtressourcen verfügen, gestaltend auf die gesellschaftliche Entwicklung Einfluss zu nehmen.

7 | Zu diesen, auch in informellen Strukturen konzentrierten, Machtressourcen zählen nicht nur harte (militärisches und wirtschaftliches Kapital), sondern auch weichere Formen von Machtressourcen (kulturelles und soziales bzw. wissenschaftliches oder politisches sowie symbolisches Kapital) (Bourdieu 2013; Wendt 2016; Wendt et al. 2016).

3. DIE SOZIALÖKOLOGIE VON MACHTELITEN

Auch die Machteliten sind nun aber Teil einer sozial-ökologischen Welt, die ihnen zwar auf der einen Seite Machtressourcen bereitstellt, die ihnen aber zugleich auch zahlreiche Handlungsrestriktionen auferlegt. Der Begriff der Funktionseleiten verweist etwa gerade auf die Eigenlogik der verschiedenen sozialen Systeme und die auf das eigene Subsystem begrenzte Macht der Eliten, relevante Entscheidungen zu treffen (Kaina 2009). Auch für sie gilt, dass ihr Handeln an soziale Normen, Rollen und Institutionen gebunden ist. Durch »die bloße Tatsache ihres Vorhandenseins halten gesellschaftliche Institutionen menschliches Verhalten unter Kontrolle. Sie stellen Verhaltensmuster auf, welche es in eine Richtung lenken, ohne Rücksicht auf die Richtungen, die theoretisch möglich wären.« (Berger und Luckmann 2001, S. 58f.) Auch die möglichen Handlungsoptionen der Mächtigen sind demnach über ihre Positionen in der Sozialstruktur der Gesellschaft, in Organisationen und in spezifischen Milieus sowie ihren Habitus, ihre Einstellungen und Lebenspraktiken vorgeprägt (Bourdieu 2013). Die Machteliten sind also von strukturellen, sozialen, situativen und psychologischen Bedingungen abhängig, die ihre Freiheitsgrade, Macht und damit auch Verantwortung beschränken. Durch ihre Einbindung in die Gesellschaftsstruktur und ihre Sozialisation ist demnach auch ihnen eine Partikularität des Verhaltens und Denkens durch ihre Stellung in der Gesellschaft auferlegt (Mannheim 1985). Auch sie agieren in einem gesellschaftlichen, sozialen und biografischen Entwicklungsprozess, und ihre Persönlichkeitsentwicklung (Ontogenese) ist eng an die Entwicklung der Sozialbeziehungen und die Gesellschaftsentwicklung (Soziogenese) geknüpft, die die Handlungsvermögen der Akteure strukturieren (Grundmann 1999).

Folgt man dem bisher entwickelten Argumentationsgang, so stellt sich demnach erneut die Ausgangsfrage, jedoch in einer anderen Weise: Ist wirklich jede/-r für Nachhaltigkeit verantwortlich? Oder vielleicht doch eher niemand, da gesellschaftliche Großtrends außerhalb des Zugriffs gesellschaftspolitischer Interventionen liegen? Oder: Liegt die Antwort vielmehr in der *Mitte* zwischen den Extremen, also in einer abgestuften Macht- und daher auch Verantwortungsstruktur?

4. VERANTWORTUNG UND SOZIALE UNGLEICHHEIT

Wir folgen erneut Mills und geben zu bedenken, dass sich Verantwortungszuschreibungen sehr wohl über die soziale Ungleichheit in Bezug auf die Verteilung der gesellschaftlichen Machtpotenziale begründen lassen. Das Verfügen oder Nicht-Verfügen über Machtressourcen weist gewissen Akteuren die mit dieser Macht verbundene Verantwortung zu:

»Denn wenn im Gefüge unserer historischen Epoche die Machtmittel solcher Art sind, daß ihre Anwendung oder Nichtanwendung wahrhaft schwerwiegende Konsequenzen hat, dann werden die Entscheidungen über ihre Anwendung zu historischen Angelpunkten, und diejenigen, welche in der Lage wären, sie mit Weitblick anzuwenden, diejenigen, welche Entscheidungen fällen oder sich der Entscheidung entziehen, dürfen von den anderen, die keinen Zutritt zu diesen Mitteln besitzen, zur Verantwortung gezogen werden.« (Mills 1959, S. 57)

Insofern, so Mills weiter, sei es »soziologisch realistisch, moralisch gerecht und politisch erforderlich an die Machthaber bestimmte Ansprüche zu stellen und sie für bestimmte Ereignisse und Abläufe verantwortlich zu machen« (Mills 1959, S. 134). Im Rahmen einer öffentlichen Soziologie (Buroway 2015; Mills 2016; Lessenich 2017) schreibt Mills Sozialwissenschaftler/-innen und anderen Intellektuellen die Aufgabe zu, die Konsequenzen der Handlungen der Machteliten zu untersuchen und sie in der Öffentlichkeit mit ihrer Verantwortung zu konfrontieren:

»Jene, die Macht ausüben und die sich dessen bewusst sind, konfrontiert er [der Sozialwissenschaftler] mit ihrer Verantwortung für die von ihm herausgearbeiteten strukturellen Konsequenzen ihrer Entscheidungen und Unterlassungen. Jene, deren Handeln strukturelle Konsequenzen hat, die sich dessen aber nicht bewusst zu sein scheinen, informiert er über alles, was er über diese Konsequenzen herausgefunden hat. Er versucht, pädagogisch zu wirken und konfrontiert danach auch sie mit ihrer Verantwortung. Jene schließlich, die normalerweise keine solche Macht haben und deren Bewusstsein auf ihre Alltagsmilieus beschränkt ist, klärt er durch seine Arbeit über die Bedeutung struktureller Entwicklungen und Entscheidungen für diese Milieus und darüber auf, wie persönliche Schwierigkeiten mit öffentlichen Problemen zusammenhängen; im Zuge dieser Bemühungen legt er ihnen auch dar, was er über die Aktivitäten jener herausgefunden hat, die mehr Macht haben.« (Mills 2016, S. 275)

Er fordert also dazu auf, dass kritische Sozialwissenschaftler/-innen die Machtausübung und ihre Folgen vor dem Hintergrund sozialer Ungleichheit offenlegen und Verantwortungsfragen stets vor dem Hintergrund von Macht beurteilen.

In Erweiterung dieser Überlegungen gehen wir davon aus, dass nicht nur die Machtelite, sondern alle Akteure über ein gewisses Quantum an Macht und somit auch Verantwortung verfügen. Überlegungen zur sozialen Ungleichheit führen neben den Machtasymmetrien zwischen verschiedenen Akteuren und Gruppen innerhalb von Gesellschaften auch zur Berücksichtigung des Reichums- und Machtgefälles zwischen den Armen und den in Wohlstand oder sogar Reichtum lebenden Teilen der Menschheit. Zunächst könnten mit Blick auf Macht und soziale Ungleichheit demnach jene Schichten der Weltbevölke-

rung im klassischen Sinne für die Folgen und Nebenfolgen ihrer Handlungen verantwortlich gemacht werden, die durch ihre »imperialistische Lebensweise« (Brand und Wissen 2017) besonders viel zur Verursachung der Probleme beigetragen haben. Sowohl zivilgesellschaftliche Akteure als auch wissenschaftliche Disziplinen (etwa im Rahmen der Nachhaltigkeitsforschung) und Journalisten adressieren als moralische Verantwortungsinstanz die historische Verantwortung des Westens. Diese Zuschreibungen durch öffentliche Verantwortungsinstanzen sind in Bezug auf Nachhaltigkeit vor dem Hintergrund der Macht- und Ungleichheitsfrage bisher jedoch noch nicht analysiert worden.

Hinsichtlich der prospektiven Verantwortungsübernahme und der globalen Ungleichheitsstrukturen sind in absoluter Armut lebende Menschen kaum in der Lage, Verantwortung für die Bekämpfung des Klimawandels oder die globale Armut zu übernehmen, da ihnen schlichtweg die notwendigen Machtressourcen fehlen. Die Armen der Welt haben, entgegen den Menschen, die bereits in Wohlstand leben, – und das ist auch Teil von Nachhaltigkeit! – Anspruch darauf, dass ihr *materieller Wohlstand wächst*. Anzunehmen, dies sei nicht der Fall, würde bedeuten, die diskutierten Verantwortungs- und Nachhaltigkeitskonzepte ad absurdum zu führen. Verantwortung, soziale Ungleichheit und Macht stellen vielmehr einen unlösbaren Zusammenhang dar. Jene, die so gut wie keine Verantwortung für die Verursachung der ökologischen Krise tragen und nur geringe Möglichkeiten haben, prospektiv Verantwortung zu übernehmen, können nicht legitimerweise für die Umstände verantwortlich gemacht und dazu angehalten werden, durch Verzicht Verantwortung für die Lösung der Krise zu übernehmen. Verantwortungsübernahmen wären hier demnach lediglich über Selbstzuschreibungen denkbar.

FAZIT UND AUSBLICK: MACHT UND SOZIALE UNGLEICHHEIT ALS BLINDE FLECKEN DER NACHHALTIGKEITSFORSCHUNG

Eine Soziologie der Nachhaltigkeit sollte nicht darauf verzichten, soziale Ungleichheit und gesellschaftliche Machtverhältnisse zum Thema zu machen. In Bezug auf Machtphänomene – so unser Eindruck – existiert jedoch eine gravierende Forschungslücke in der Nachhaltigkeitsforschung.⁸ Eine mehrdimensionale Machtanalyse ist allerdings als »Voraussetzung dafür zu verstehen, wie Transformation tatsächlich bewirkt oder verhindert wird« (Partzsch 2015, S. 55).

8 | Auch die wenigen Beiträge, die sich explizit mit der Verbindung von Macht und Nachhaltigkeit auseinandersetzen (Massarrat 2006; Avelino und Rotmans 2011; Partzsch und Weiland 2015; Fuchs et al. 2016), stützen diesen Eindruck.

Hinsichtlich des Zusammenhangs von Nachhaltigkeit, Verantwortung und Macht haben wir zwischen Verursacher/-innenverantwortung und prospektiver Verantwortung unterschieden. Verursacher/-innenverantwortung – so wollten wir zeigen – streut in dem Maß der sozial-ökologischen Schäden, die ein Individuum, eine soziale Gruppe, eine Organisation oder eine gesamte Gesellschaft trägt. Das Verantwortungssubjekt wird also über das Verantwortungsobjekt vor dem Hintergrund des normativen Bezugsrahmens der Nachhaltigkeit abgeleitet. Die prospektive Verantwortung hingegen variiert – so wurde ferner argumentiert – in dem Maße, in dem auch die Verteilung des Reichtums und der gesellschaftlichen Machtressourcen streut. Dass Verantwortung im Kontext von Nachhaltigkeit etwas mit gesellschaftlichen Machtverhältnissen und sozialer Ungleichheit zu tun hat, dies mag zunächst als triviale Erkenntnis erscheinen, sie geht allerdings mit weitreichenden Konsequenzen für Verantwortungszuschreibungen und die Nachhaltigkeitsforschung einher. Eingedenk dieser Ungleichheiten erscheinen somit zahlreiche in der Nachhaltigkeitsdebatte häufig zu findende Verallgemeinerungen, wie *die Menschen*, *die Konsument/-innen*, *die Bürger/-innen* oder *wir alle*, als zu undifferenziert, da sie die thematisierten Machtasymmetrien einebnen und damit verschleiern.

Durch die Thematisierung von Ungleichheit und Macht gerät hingegen nicht nur die soziale Ungleichheit in Bezug auf den Zugang zu zentralen Entscheidungspositionen in den Blick, sondern zugleich die ungleiche Verteilung von Machtressourcen zwischen verschiedenen Schichten und Regionen der Welt. Wenngleich daher in erster Linie die Bewohner/-innen der Wohlstandsgesellschaften angehalten sind, jene Problemzusammenhänge anzuerkennen und den Großteil der Verursacher/-innenverantwortung für die kritische Welt-situation zu übernehmen, so schließt dies nicht ein, jene Gruppen bei der Bearbeitung der Probleme auszuschließen, die diese nur wenig (oder nicht) mitverursachen. Eine nachhaltige Entwicklung beinhaltet viel stärker als bisher, dass die Benachteiligten selbst Machtressourcen und Wohlstandszuwächse aufbauen, auf deren Grundlage sie sich ermächtigen und Freiheiten gewinnen, gestaltend auf ihre sozial-ökologische Umwelt und die Welt als Ganzes Einfluss zu nehmen (Sen 2007).

Eine empirische Konkretisierung der Machtanalyse durch Studien zur Sozialökologie verschiedener sozialer Gruppen und ihrer Praktiken unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit könnte dazu beitragen, die Verursacher/-innenverantwortung genauer zu fassen, und helfen, die Fähigkeiten verschiedener Gruppen zur Gestaltung ihrer sozial-ökologischen Umwelt näher zu bestimmen. Auf diese Weise wäre es möglich, Hinweise auf Bedingungen und Hemmnisse (nicht-)nachhaltiger Entwicklungen zu identifizieren. Nicht nur Machtfragen, auch die damit verbundene Dimension sozialer Ungleichheit würden auf diese Weise in den Blick geraten. Es bleibt bis heute eine Inkonsistenz der Nachhaltigkeitsforschung, dass der Abbau sozialer Ungleichheit

in der Gegenwartsgesellschaft (vor allem der absoluten Armut) zwar einen Kernaspekt des Nachhaltigkeitskonzeptes darstellt, dass soziale Ungleichheit gleichzeitig jedoch nach wie vor als ein relativ blinder Fleck der Nachhaltigkeitsforschung bestimmt werden kann.

LITERATUR

- Avelino, Flor, und Jan Rotmans. 2011. A dynamic conceptualization of power for sustainability research. *Journal of Cleaner Production* 19:796-804.
- Berger, Peter L., und Thomas Luckmann. 2001. *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie*. Frankfurt a.M.: Fischer.
- Beck, Ulrich. 2007. *Weltrisikogesellschaft. Auf der Suche nach der verlorenen Sicherheit*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre. 1983. Ökonomisches Kapital, soziales Kapital, kulturelles Kapital. In *Soziale Welt, Sonderband 2, Soziale Ungleichheit*, 183-198. Göttingen: Verlag Otto Schwarz.
- Bourdieu, Pierre. 2013. *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Brand, Karl-Werner. 2014. *Umweltsoziologie. Entwicklungslinien, Basiskonzepte und Erklärungsmodelle*. Weinheim: Beltz Juventa.
- Brand, Ulrich, und Markus Wissen. 2017. *Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur in Zeiten des globalen Kapitalismus*. München: oekom.
- Buddeberg, Eva. 2009. *Verantwortung im Diskurs. Grundlinien einer rekursiv-hermeneutischen Konzeption moralischer Verantwortung im Anschluss an Hans Jonas, Karl-Otto Apel und Emmanuel Lévinas*. Berlin: De Gruyter.
- Buroway, Michael. 2015. *Public Sociology. Öffentliche Soziologie gegen Marktfundamentalismus und globale Ungleichheit*. Weinheim: Beltz Juventa.
- Eckart, Felix. 2016. Suffizienz: Politikinstrumente, Grenzen von Technik und Wachstum und die schwierige Rolle des guten Lebens. *Soziologie und Nachhaltigkeit – Beiträge zur sozial-ökologischen Transformationsforschung* 4/2016. <https://www.uni-muenster.de/Ejournals/index.php/sun/article/view/1755/1689> (Zugegriffen: 07.08.2017).
- Firnenburg, Louisa, Benjamin Görden, Matthias Grundmann und Björn Wendt. 2017. Doing Sustainability – Die soziale Konstruktion der Nachhaltigkeit zwischen mikro- und makrostruktureller Praxis. In *Geschlossene Gesellschaften. Verhandlungen des 38. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Bamberg 2016*, Hg. Stephan Lessenich.
- Fuchs, Doris, Antonietta di Giulio, Katharina Glaab, Sylvia Lorek, Michael Maniates, Thomas Princen, und Inge Røpke. 2016. Power: the missing link in

- sustainable consumption and absolute reduction research an action. *Journal of Cleaner Production* 132:298-307.
- Giddens, Anthony. 1997. *Die Konstitution der Gesellschaft. Grundzüge einer Theorie der Strukturierung*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Görgen, Benjamin, Matthias Grundmann, Niklas Haarbush, Jessica Hoffmann, Dieter Hoffmeister und Björn Wendt. 2017. *Nachhaltige Stadtentwicklung durch zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse und lokale Bewegungen? Ergebnisse einer soziologischen Begleitforschung*. Münster: MV Wissenschaft.
- Görgen, Benjamin, Jessica Hoffmann und Björn Wendt. 2016. *Impulse für eine nachhaltige Stadtentwicklung. Der Tag der Nachhaltigkeit 2015 in Münster*. https://repositorium.uni-muenster.de/document/miami/64162d65-2058-46c8-99ac-e1b0c6580c08/bericht_g%C3%B6rgen%20hoffmann_wendt_2016.pdf (Zugegriffen: 07.08.2017).
- Görgen, Benjamin, und Björn Wendt. 2015. Nachhaltigkeit als Fortschritt denken. Grundrisse einer soziologisch fundierten Nachhaltigkeitsforschung. *Soziologie und Nachhaltigkeit – Beiträge zur sozial-ökologischen Transformationsforschung* 1/2015. <https://www.wwu.de/Ejournals/index.php/sun/article/view/1443> (Zugegriffen: 07.08.2017).
- Görgen, Benjamin, und Björn Wendt. 2017. Formierungsprozesse zivilgesellschaftlicher Initiativen. Impulse aus sozialisationstheoretischer Perspektive. In *Geschlossene Gesellschaften. Verhandlungen des 38. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Bamberg 2016*, Hg. Stephan Lessenich).
- Grundmann, Matthias, und Kurt Lüscher. 2000. *Sozialökologische Sozialisationsforschung. Ein anwendungsorientiertes Lehr- und Studienbuch*. Konstanz: UVK.
- Grundmann, Matthias. 1999. Dimensionen einer konstruktivistischen Sozialisationsforschung. In *Konstruktivistische Sozialisationsforschung – Lebensweltliche Erfahrungskontexte, individuelle Handlungskompetenzen und die Konstruktion sozialer Strukturen*, Hg. Matthias Grundmann, 20-34. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Grundmann, Matthias. 2015. Das Modell der Sozialisation als Beziehungspraxis. In *Handbuch Sozialisationsforschung*, Hg. Klaus Hurrelmann, Ulrich Bauer, Matthias Grundmann und Sabine Walper, 162-179. München: Beltz.
- Grundmann, Matthias. 2016. Gemeinsam – nachhaltig. Argumente für eine sozialisationstheoretische Bestimmung sozialer Nachhaltigkeit. *Soziologie und Nachhaltigkeit – Beiträge zur sozial-ökologischen Transformationsforschung* 5/2016. <https://www.uni-muenster.de/Ejournals/index.php/sun/article/view/1756/1690> (Zugegriffen: 07.08.2017).
- Höffe, Ottfried. 2008. Verantwortung. In *Lexikon der Ethik*, Hg. Ottfried Höffe, 326-327. München: C.H. Beck.
- Holderegger, Adrian. 2006. Verantwortung. In *Lexikon der Ethik*, Hg. Jean-Pierre Wils und Christoph Hübenthal, 394-403. Paderborn: Schöningh.

- Hradil, Stefan. 1980. *Die Erforschung der Macht. Eine Übersicht über die empirische Ermittlung von Machtverteilungen durch die Sozialwissenschaften*. Stuttgart: K. Kohlhammer.
- Jonas, Hans. 1989. *Das Prinzip Verantwortung. Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Kaina, Viktoria. 2009. Eliteforschung. In *Politische Soziologie. Ein Studienbuch*. Hg. Viktoria Kaina und Andrea Römmele, 385-418. Wiesbaden: VS Verlag.
- Lessenich, Stephan. 2017. Soziologische Phantasie – heute. Die Welt zu Gast bei »Freunden«. *Soziologie* 46 (2):160-172.
- Marx, Karl. 1960. Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte. In *MEW*, Bd 8., Hg. Karl Marx und Friedrich Engels, 111-207. Berlin: Dietz.
- Mannheim, Karl. 1985. *Ideologie und Utopie*. Frankfurt a.M.: Vittorio Klostermann.
- Mills, Charles Wright. 1959. *Die Konsequenz. Politik ohne Verantwortung*. München: Kindler Verlag.
- Mills, Charles Wright. 1962. *Die amerikanische Elite. Gesellschaft und Macht in den Vereinigten Staaten*. Hamburg: Holsten Verlag.
- Mills, Charles Wright. 2016. *Soziologische Phantasie*. Wiesbaden: Springer VS.
- Massarrat, Mohssen. 2006. *Kapitalismus – Machtungleichheit – Nachhaltigkeit. Perspektiven Revolutionärer Reformen*. Hamburg: VSA.
- Nassehi, Armin. 2015. *Die letzte Stunde der Wahrheit. Warum links und rechts keine Alternativen mehr sind und Gesellschaft ganz anders beschrieben werden muss*. Hamburg: Murmann.
- Opielka, Michael. 2016. Soziale Nachhaltigkeit aus soziologischer Sicht. *Soziologie* 45 (1):33-46.
- Paech, Niko. 2012. *Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie*. München: oekom.
- Partzsch, Lena. 2015. Kein Wandel ohne Macht. Nachhaltigkeitsforschung braucht ein mehrdimensionales Machtverständnis. *GAIA* 24/1:48-56.
- Partzsch, Lena, und Sabine Weiland, Hg. 2015. *Macht und Wandel in der Umweltpolitik*. Baden-Baden: Nomos.
- Sen, Amartya. 2007. Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft. München: dtv.
- Schneidewind, Uwe, und Mandy Singer-Brodowski. 2013. *Transformative Wissenschaft. Klimawandel im deutschen Wissenschafts- und Hochschulsystem*. Marburg: Metropolis.
- Steurer, Reinhard. 2001. Paradigmen der Nachhaltigkeit. *Zeitschrift für Umweltpolitik und Umweltrecht* 24/4:537-566.
- WBGU. 2011. *Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation*. Berlin: WBGU.
- WBGU. 2016. *Der Umzug der Menschheit: Die transformative Kraft der Städte*. Berlin: WBGU.

- Wendt, Björn. 2016. *Die Bilderberg-Gruppe. Wissen über die Macht gesellschaftlicher Eliten*. Göttingen: Optimus.
- Wendt, Björn. 2017. *Nachhaltigkeit als Utopie. Können Utopien einen Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung leisten?* Münster: Dissertation.
- Wendt, Björn, Marcus B. Klöckner, Sascha Pommrenke und Michael Walter, Hg. 2016. *Wie Eliten Macht organisieren. Bilderberg und Co.: Think Tanks, Lobbying und Mediennetzwerke*. Hamburg: VSA.

Forschen im Spannungsfeld von Wissenschaft und Aktivismus

Verantwortungsübernahme am Beispiel
einer lokalen zivilgesellschaftlichen Initiative

Jessica Hoffmann

EINLEITUNG: ZUR BEDEUTUNG VON WISSENSCHAFT IM RAHMEN DER GROSSEN TRANSFORMATION

Der 2011 veröffentlichte und breit diskutierte Jahreshauptbericht des ›Wissenschaftlichen Beirates der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen‹ (WBGU) unter dem Titel »Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation« verdeutlichte, dass es in Anbetracht der Erderwärmung und weiterer menschlich verursachter Umweltprobleme notwendig sei, dass der angestrebte Veränderungsprozess alle gesellschaftlichen Ebenen (Infrastrukturen, Produktionsprozesse, Regulierungsmodelle, Lebensstile) erfasst (WBGU 2011, S. 1). Anknüpfend an diese Überlegungen wurde die These aufgestellt, dass durch das Zusammenwirken von Politik, (Zivil-)Gesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft die Gesellschaft grundlegend umgestaltet werden könne, um einen globalen, an der Natur und an den Menschen ausgerichteten Entwicklungspfad einzuschlagen (Norck 2015, S. 243). Einer Vernetzung und Kooperation dieser gesellschaftlichen Akteure wurde dabei das Potenzial zugeschrieben, eine breite gesellschaftliche Akzeptanz und Legitimation sowie die Teilhabe der Bevölkerung bei der Umgestaltung der Gesellschaft gewährleisten zu können.

Anschließend an diese Überlegungen gilt es, die Frage zu stellen, welche Bedeutung Wissenschaft im Rahmen dieser ›großen Transformation‹ sowie der Vernetzung gesellschaftspolitisch relevanter Akteure konkret zukommt: Welche genaue Aufgabe können und sollten wissenschaftliche Akteure und Forschungen im Rahmen des Transformationsprozesses übernehmen? Sind sie in erster Linie Wissensproduzent/-innen oder kommt ihnen auch eine ak-

tivistische und damit politische Aufgabe zu? Inwiefern können und sollten Wissenschaftler/-innen also Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung übernehmen?

Verantwortung, das meint in diesem Beitrag ein Handlungsprinzip, welches die Konsequenzen des Handelns und des möglichen Unterlassens von Handlungen berücksichtigt und die Minimierung unerwünschter oder destruktiver Folgen anstrebt, insbesondere wenn der Akteur über umfassende Informationen verfügt (Hillmann 2007, S. 929f.). Im Kontext nachhaltiger Entwicklung ist verantwortungsbewusstes und -ethisches Handeln zur Minimierung multipler soziokultureller und natürlicher Umweltveränderungen normativ besonders geboten, um die Folgen und Konsequenzen des individuellen und ökonomischen Handelns im Sinne inter- und intragenerationaler Gerechtigkeit zu minimieren sowie ökologische und soziale Krisen zu vermeiden.

Wird dieses Handlungsprinzip auf die wissenschaftliche Praxis bezogen, ermöglicht es ein erweitertes Verständnis der Verantwortung von Wissenschaft für die Gesellschaft. Uwe Schneidewind weist der Wissenschaft im Kontext der ›großen Transformation‹ die Aufgabe zu, dass »Transformationsprozesse analysiert und Impulse zur Veränderung [an die soziale Praxis] zurückgespiegelt werden sollen« (Schneidewind 2015a, S. 19). Die damit einhergehende enge Verzahnung zwischen Wissenschaft und Akteuren aus der Praxis (Zivilgesellschaft, Unternehmen, Verwaltung usw.), also die sogenannte *transformative Forschung*, wird aktuell kontrovers innerhalb der Nachhaltigkeitswissenschaften diskutiert (Strohschneider 2014; Grundwald 2015; Schneidewind 2015b).

Der Diskurs um die transformative Forschung kann als Modus der Selbstreflexion wissenschaftlicher Praxis vor dem Hintergrund sich zuspitzender sozialer oder ökologischer Krisentendenzen beschrieben werden. Er eröffnet die Möglichkeit, sich mit den Potenzialen und Grenzen eines erweiterten Konzeptes von Wissenschaft zu beschäftigen, das über den klassisch-wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn bzw. den epistemischen Wissenschaftsanspruch hinausweist, um auf neuen Wegen Erkenntnisse und Alternativen für eine nachhaltige Entwicklung zu generieren. Transformative Forschung will gezielt eine Veränderung in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung, durch die Förderung wirtschaftlicher, technischer oder sozialer Innovationen, unterstützen (WBGU 2011, S. 23f.). Transformative Wissenschaft ist als eine Form der Wissenschaft zu verstehen, die als Katalysator für gesellschaftliche Veränderungsprozesse wirkt und verschiedene gesellschaftliche Wissensbestände integriert: im Konkreten *Systemwissen*, *Zielwissen* und *Transformationswissen*. Systemwissen meint die klassische Form wissenschaftlichen Wissens bzw. die Analyse des aktuellen Status quo. Zielwissen umfasst hingegen die Entwicklung von Szenarien für eine wünschenswerte Zukunft durch die Erzeugung von Visionen, während Transformationswissen auf das Verständnis der

Gelingensbedingungen von Veränderungsprozessen zielt (Schneidewind und Singer-Brodowski 2013, S. 69ff.).

Um diese Integration verschiedener Wissensformen sicherstellen zu können, wies bereits das 2011 vom ›WBGU‹ entwickelte Konzept transformativer Forschung der Wissenschaft die Aufgabe zu, »in Kooperation mit Politik und Gesellschaft klimaverträgliche Gesellschaftsvisionen aufzuzeigen [und] unterschiedliche Entwicklungspfade zu beschreiben« sowie »Transformationsprozesse [...] durch die Entwicklung von Lösungen sowie technischen und sozialen Innovationen [zu unterstützen]« (WBGU 2011, S. 341, 374). Durch die Verknüpfung und Stärkung von Praxisakteuren und Wissenschaft sollen bereits in der Gegenwart Lösungsmöglichkeiten für die Gestaltung der ›großen Transformation‹ im Rahmen von Reallaboren und Realexperimenten erarbeitet werden (WBGU 2011, S. 220).

Die mit der ›großen Transformation‹ zusammenhängenden komplexen Veränderungen von Infrastrukturen, Produktionsprozessen, Regulierungsmodellen und Lebensstilen bedürfen Laboren und Experimenten im Kleinen, um in ihrer Pluralität besser verstanden und gestaltet werden zu können. Reallabore entwickeln also Musterlösungen für konkrete und kontextspezifische Probleme und erzeugen im Rahmen ihrer Experimente gesellschaftlich relevantes Transformationswissen für eine gelingende Transformation in Richtung Nachhaltigkeit (Schneidewind und Singer-Brodowski 2013, S. 125f.).

Der vorliegende Artikel thematisiert am Beispiel der Entstehung und Entwicklung einer zivilgesellschaftlichen Initiative und einer damit verbundenen soziologischen Begleitforschung eine spezifische Form der Verantwortungsübernahme von Sozialwissenschaften im Rahmen der Nachhaltigkeitsforschung (Abschnitt 1). Die untersuchte Initiative wird dabei als Realexperiment interpretiert und veranschaulicht exemplarisch eine Möglichkeit der Teilhabe von Sozialwissenschaftler/-innen an gesellschaftlichen Transformationsprozessen im lokalen Raum.

Daran anschließend werden zentrale wissenschaftstheoretische und -politische Konfliktlinien einer jüngeren Debatte um die transformative Forschung rekonstruiert, in der u.a. die Frage im Zentrum stand, welche Aufgabe die Wissenschaft in und für die Gesellschaft hat und haben sollte (Abschnitt 2). Schließlich werden die Erkenntnisse der Begleitforschung und der Debatte um die transformative Forschung miteinander in Beziehung gesetzt, um die Möglichkeiten und Grenzen wissenschaftlicher Verantwortungsübernahme aufzuzeigen und mögliche Potenziale transformativer Forschung für eine nachhaltige Entwicklung herauszuarbeiten (Abschnitt 3).

1. VERANTWORTUNGSÜBERNAHME DURCH WISSENSCHAFT – EIN ERFAHRUNGSBERICHT AUS DER KOOPERATION MIT EINER ZIVILGESELLSCHAFTLICHEN NACHHALTIGKEITSINITIATIVE

Für die konkrete Umsetzung der ›großen Transformation‹ zur Nachhaltigkeit ist es von zentraler Bedeutung, sie auf regionaler und lokaler Ebene zu verankern (Norck 2015, S. 307). Bereits seit der Rio-Konferenz 1992 und ihrer Ausgestaltung in lokalen ›Agenda-21-Prozessen‹ wurde die Notwendigkeit einer Implementierung von lokalen Projekten erkannt (UNCED 1992, S. 291f.). Die Transformation in Richtung einer nachhaltigen (Stadt-)Entwicklung erfordert die praktische Vernetzung von Akteuren und ihrer Ressourcen (Hoffmeister et al. 2014). In diesem Kontext wird besonders die Bedeutung zivilgesellschaftlicher Initiativen als *Pioniere des Wandels* und Multiplikatoren für lokale Transformationsprozesse hervorgehoben, die exemplarisch Möglichkeiten zur Gestaltung des Wandels aufzeigen, vorleben und andere dadurch motivieren können, sich ebenfalls zu engagieren (Norck 2015).

Der folgende Abschnitt beschreibt, wie sich eine zivilgesellschaftliche Initiative im stadtpolitischen Raum konstituierte, und fokussiert dabei insbesondere die Rolle der Wissenschaftler/-innen im Rahmen dieses Engagements. Am Beispiel der Initiative und der damit verbundenen Begleitforschung wird somit eine praktizierte Möglichkeit aufgezeigt, wie die Verantwortungsübernahme durch die Sozialwissenschaften für eine nachhaltige Stadtentwicklung in Zusammenarbeit mit einer lokalen Nachhaltigkeitsinitiative erfolgen kann.

1.1 Einbindung der Wissenschaft in die Nachhaltigkeitsinitiative

Die vorgestellte Begleitforschung wurde vom Arbeitskreis Gemeinschafts- und Nachhaltigkeitsforschung am Institut für Soziologie der Universität Münster in den Jahren 2013 bis 2017 in Kooperation mit einer zivilgesellschaftlichen Initiative durchgeführt, die sich im lokalen Raum für eine nachhaltige Stadtentwicklung engagiert (Görgen et al. 2017)¹. Die Entwicklung der Initiative lässt sich in vier Phasen einteilen, entlang derer im Folgenden zunächst die Ein-

1 | Der Begleitforschung liegt dabei die Methodik der reflexiven *Grounded Theory*, kombiniert mit Methoden ethnografischer Feldforschung zugrunde, wodurch eine mikrosoziologische Analyse der Prozesse der Entstehung und Entwicklung der begleiteten Initiative fokussiert wurde. Mit der Verbindung der Methodenstränge wurde auf eine analytisch orientierte Theorieentwicklung mittlerer Reichweite abgezielt, die sich vor allem durch einen prozesshaften Charakter der Darstellung auszeichnet. Die Ergebnisse beruhen auf Interviews, Feldbeobachtungen und der Analyse von Dokumenten (Görgen et al. 2017, S. 14-17).

bindung des Arbeitskreises im Spannungsfeld von Aktivismus und Forschung rekonstruiert wird.

In der ersten Phase, der Initiierungs- und Visionierungsphase, war die Forscher/-innengruppe eine tragende Kraft der Initiative. Die untersuchte Initiative ging maßgeblich auf eine von Wissenschaftler/-innen des Arbeitskreises in Zusammenarbeit mit der Stadt Münster organisierte Tagung im Herbst 2013 zurück. Die Ausgangsfrage der Tagung lautete, inwieweit es möglich sein würde, dass sich über die Vernetzung von Wissenschaft, Wirtschaft, Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft eine zivilgesellschaftliche Initiative etabliert, die zu einer Verstärkung einer nachhaltigen Stadtentwicklung beiträgt (Hoffmeister et al. 2014). Im Verlauf der Tagung stellte sich bereits in Einzelgesprächen und Workshops heraus, dass unter den Teilnehmenden der Wunsch bestand, weiter aktiv an einer zukünftigen Stadtentwicklung mitzuwirken. Hierzu wurde vom Arbeitskreis (im Folgenden AK) sowohl ein Emailverteiler eingerichtet, welcher die Kommunikation im Anschluss an die Tagung ermöglichen sollte, als auch zu zwei Nachtreffen eingeladen, aus denen eine Initiativgruppe hervorging, die im Jahr 2015 eine Vernetzungsveranstaltung für die städtische Nachhaltigkeitsbewegung durchführen wollte. Die sich konstituierende Initiative und der AK sahen dieses Projekt als Möglichkeit, eine nachhaltige Stadtentwicklung durch das Zusammenbringen von weiteren zivilgesellschaftlichen Initiativen zu fördern und dadurch die lokale Nachhaltigkeitsbewegung zu stärken. Der AK ermöglichte, vor allem durch die Bereitstellung von Infrastrukturen (Setzung von Impulsen, Räumlichkeiten, Organisation und Finanzierung des Moderators) sowie das Anstoßen eines Visionsentwicklungsprozesses, dass die Initiative Gestaltungsideen zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung sowie für die Vernetzungsveranstaltung entwerfen konnte. Diese Phase wurde offen und partizipativ durch den AK gestaltet und führte dazu, dass er, neben weiteren am Prozess beteiligten Institutionen aus Stadtmarketing, Fachhochschule und Umweltbewegung, von Mitgliedern der Initiative als *Ermöglicher* verstanden wurde, der in der Frühphase des Formierungsprozesses viel Verantwortung übernahm, indem er Impulse setzte, organisatorische Infrastrukturen bereitstellte und so die Realisierung eines Visionierungsprozesses innerhalb der Initiative unterstützte. Dadurch konnte der Gruppenprozess der Initiative vorangetrieben werden sowie sich eine kollektive Idee entwickeln. Diese wirkte motivierend für die Akteure, da sie ihnen Gestaltungskraft und Wirksamkeit durch ein Gemeinschaftsgefühl vermittelte (Görgen et.al. 2017, S. 48-60).

Im Anschluss an diese Initiierungsphase begannen sich im Herbst 2014 die Mitglieder des Arbeitskreises zunehmend aus ihrer aktiven Rolle innerhalb der Organisation zurückzuziehen. Mit diesem Rückzug und dem Übergang zur zweiten Entwicklungsphase der Initiative, der Strukturierungs- und Institutionalisierungsphase, wurde das weitere Bestehen der Initiative bewusst zur

Disposition gestellt. Der Rückzug der Forscher/-innen aus der Initiative wurde bereits zuvor wiederholt angekündigt. Er stellte sich in der Reflexion als wichtiger Schritt heraus, damit sich die Initiative in der Zivilgesellschaft verankern konnte, wodurch neue Akteure in Verantwortungspositionen einrückten und Infrastrukturen aus dem sich entwickelnden Netzwerk genutzt wurden. Mit dem Rückzug des Arbeitskreises aus aktivistischen Positionen wurde die offene teilnehmende Beobachtung und Dokumentation des Formierungsprozesses durch die Begleitforschung zunehmend systematisiert, was auch durch die zunehmende Distanzierung zum Feld möglich wurde.

Die anschließende dritte Phase, die Etablierungs- und Durchführungsphase, war gekennzeichnet durch eine stärkere Strukturierung der Arbeitsorganisation innerhalb der Initiative, angestoßen von einem Projektmanagementteam² (im Folgenden PM-Team), welches die Verantwortung für die Organisation und Kommunikation der Initiative übernahm und damit die wissenschaftlichen Akteure in ihren operativen Verantwortungspositionen ablöste. Dieses PM-Team bestand aus acht Mitgliedern. Einige waren bereits seit der Tagung Teil der Gesamtgruppe, weitere stießen im Verlauf hinzu. Das PM-Team etablierte sich als organisatorische Kerngruppe der Initiative und arbeitete ehrenamtlich.

Die Mitglieder des Arbeitskreises nahmen in dieser Zeit weiterhin an den öffentlichen Plenarsitzungen teil, standen der Initiative beratend zur Seite und unterstützten ihre internen Prozesse durch eine Rückspiegelung erster Ergebnisse in die Initiative (Görgen et al. 2016). Auch an der Durchführung der Vernetzungsveranstaltung ›Tag der Nachhaltigkeit‹ selbst war der Arbeitskreis sowohl finanziell als auch durch die Rekrutierung von Studierenden als Helfer/-innen am Tag selbst beteiligt. Er war darüber hinaus eine von 36 Gruppen, die sich auf einem ›Markt der Möglichkeiten‹ mit einem Stand präsentierten.

1.2 Erkenntnisse der Begleitforschung im Rahmen transformativer Forschung, der Förderung einer nachhaltigen Stadtentwicklung sowie die Einbettung wissenschaftlicher Akteure in den Forschungsprozess

In Bezug auf die Initiative selbst kann der wissenschaftliche Beitrag zur Verstetigung des Engagements für eine nachhaltige Stadtentwicklung durch die Initiierung eines zivilgesellschaftlichen Formierungsprozesses als wirksam beschrieben werden. Die Initiative hat sich in der vierten Phase, der Reflexions- und Verstetigungsphase, als eingetragener Verein gegründet und versteht sich als Vernetzungsplattform und lokalpolitischer Akteur, der den städtischen

2 | Das Projektmanagementteam verstand sich als Strukturgeber der Initiative, welche es nicht inhaltlich, sondern formell in ihrem Fortkommen unterstützen wollte.

Nachhaltigkeitsprozess revitalisiert. Neben der Planung und Durchführung des ›Tages der Nachhaltigkeit‹ als zentrale öffentliche Veranstaltung ist die Initiative auch am Modellprojekt ›Globale nachhaltige Kommune NRW‹ beteiligt, in der die Umsetzungsmöglichkeiten der durch die ›Vereinten Nationen‹ (UN) 2015³ entwickelten *Sustainable Development Goals* (SDGs) für Münster ausgearbeitet werden⁴.

In Bezug auf die Begleitforschung ermöglichte die zweijährige Prozessdokumentation vertiefende Einsichten in die Formierungsprozesse einer zivilgesellschaftlichen Initiative im Allgemeinen. Insbesondere ist hierbei die Erkenntnis von Bedeutung, dass die zu Beginn offene und partizipativ angestrebte Arbeitsweise nur von Teilen der Initiative mitgetragen wurde. Vielmehr strukturierten die zivilgesellschaftlichen Aktivist/-innen die Initiative – nach dem Rückzug des Arbeitskreises – mithilfe ihres Erfahrungswissens neu, wodurch zunehmend auf klassische Mechanismen der Projektkoordination zurückgegriffen wurde. Ein durch den AK vorgeschlagenes Projektmanagementtool ›Trello‹, welches partizipierende Akteure dazu anhalten sollte, sich selbst für die Übernahme von Aufgaben einzutragen, wurde etwa durch einen ›Projektstrukturplan‹ in Form einer Excel-Tabelle abgelöst, die durch eine Person verwaltet und auf den Plenumsitzungen zentralisiert ausgefüllt wurde. Die zuvor vorgeschlagene Arbeitsgrundlage hat sich demnach nicht als praktikabel erwiesen, da sie als unübersichtlich wahrgenommen wurde und sehr pflegeaufwändig war. Mit der Etablierung des PM-Teams wurde die Aufgaben der Projektsteuerung in der Folge zentralisiert, was von den anderen Mitgliedern der Initiative aufgrund klar zugeteilter Verantwortlichkeiten als Entlastung empfunden wurde.

Darüber hinaus produzierte die Begleitforschung System-, Ziel- und Transformationswissen. Die erfolgte Prozessanalyse der Initiative produzierte Systemwissen über die Formierungsbedingungen einer zivilgesellschaftlichen Initiative. So zeigte sich, dass die Form der Strukturbildung insbesondere durch Veränderungen in der Personalstruktur, Erfahrungen aus vergangenen Projekten und die tragenden Normen und Werte der beteiligten Akteure bedingt war. Basierend auf internen und externen Erwartungshaltungen bildeten sich im Inneren klassische Funktionshierarchien heraus, welche durch Strukturlogiken in Bezug auf finanzielle, rechtliche und soziale Ansprüche bedingt waren (vgl. Görden et al. 2017, S. 71-75). Zielwissen wurde vor allem in der Visionierungsphase generiert, etwa der Wunsch nach einer autofreien Innenstadt, einer Tauschökonomie oder auch in Bezug auf ihr Verständnis von

3 | Vgl. www.un.org/sustainabledevelopment/sustainable-development-goals/ (Zugegriffen: 14.09.2017).

4 | Vgl. www.stadt-muenster.de/fileadmin//user_upload/stadt-muenster/67_umwelt/pdf/gnk_projektbeschreibung.pdf (Zugegriffen: 09.08.2017).

Nachhaltigkeit. Dieses Zielwissen ist als handlungsleitend für die Aktivist/-innen anzusehen (Görgen et al. 2017, S. 48-57). Ebenfalls konnte Transformationswissen über Gelingensbedingungen und Hemmnisse der Etablierung der Initiative im stadtpolitischen Diskurs um eine nachhaltige Stadtentwicklung erarbeitet werden. So zeigte sich, dass der Impuls zur Förderung einer nachhaltigen Stadtentwicklung eines engagierten und gesellschaftskritischen Milieus bedarf, um wirksam werden zu können (Görgen et al. 2017, S. 99-103)

In Bezug auf die Einbettung der Wissenschaftler/-innen in die Initiative kann ein zunehmender Rückzug der wissenschaftlichen Akteure aus der aktiven Mitgestaltung der Initiative beschrieben werden, der mit einer Typisierung der verschiedenen Forschungsrollen⁵ im Prozess verdeutlicht werden kann. Zu Beginn oszillierte die Partizipation der Wissenschaftler/-innen zwischen der Rolle *eines/-r Aktivist/-in*, welche/-r die Initiative durch Wissen und Erfahrungen bereicherte und gestaltete und *eines/-r forschenden Aktivist/-in*, welche/-r sich aktiv in die Initiative einbrachte, aber ebenfalls am Forschungsprozess bzw. an seiner Reflexion beteiligt war. Im späteren Verlauf des Forschungsprozesses variierten die Rollen durch die zunehmende Distanzierung zum Feld stärker zwischen einer/einem *aktivistischen Forscher/-in*, welche/-r sich nur noch punktuell an den Entwicklungen der Initiative beteiligte und stärker auf den Forschungsprozess bzw. an seiner Reflexion konzentrierte sowie *Forscher/-innen*, deren Fokus sich nur noch auf die Forschungskonzeption sowie den Forschungsprozess und seine Reflexion konzentrierte, während keine aktive Beteiligung an der Initiative auszumachen war. Diese Rollen waren dabei im Vorfeld nicht festgelegt, sondern entwickelten sich dynamisch im Prozess. Insbesondere die Erwartungshaltungen von Seiten der Initiative, der Arbeitsaufwand sowie das Forschungsinteresse, die Initiative in der Zivilgesellschaft zu verankern, bedingten den stetigen Rückzug der Forscher/-innengruppe. Die vorgestellte Typisierung kann Forscher/-innen im Rahmen transformativer Forschungsprozesse helfen, ihre Position im Forschungsfeld zu verorten und die Dynamiken eigener Projekte zu reflektieren.

2. FORSCHUNG FÜR DIE TRANSFORMATION – TRANSFORMATION DER FORSCHUNG?

Anknüpfend an die deskriptive Darstellung des Fallbeispiels, einer Form der wissenschaftlichen Verantwortungsübernahme im Rahmen transformativer Forschung durch die Initiierung, (Mit-)Entwicklung und Begleitung einer zi-

5 | Diese Typisierung ist angelehnt an Golds (1958) Typologie zur Unterscheidung von Beobachter/-innenrollen. Sie ist als Positionierung der Wissenschaftler/-innen im Forschungsfeld und -prozess zu verstehen.

vilgesellschaftlichen Initiative, wird im Folgenden eine konfliktreiche Debatte skizziert, in deren Rahmen gefragt wurde, ob Wissenschaft sich überhaupt auf diese Weise in politische Prozesse einbringen sollte.

Die sogenannte *GAIA-Debatte* knüpft an die Ausführungen des bereits thematisierten WBGU-Berichtes an, der transformative Forschung als eine Möglichkeit ansieht, gesellschaftspolitisch relevante Akteure zu versammeln, damit diese sich mit den notwendigen Gesellschaftsvisionen, Entwicklungspfaden und Innovationen beschäftigen und auf diese Weise auch die Teilhabe der Gesellschaft an der ›großen Transformation‹ zu fördern (WBGU 2011, S. 23).

2.1 Die Kritik an der transformativen Forschung

2014 verfasste Peter Strohschneider in Reaktion auf den oben genannten WBGU-Bericht sowie ein Buch von Uwe Schneidewind und Mandy Singer-Brodowski (2013) zur »Transformativen Wissenschaft«, eine scharfe Kritik an den dort vorgestellten Konzepten. Die Kritik zielte insbesondere auf das durch die *transformative Wissenschaft* vermittelte Wissenschaftskonzept, das eine Verwertung wissenschaftlichen Wissens im Sinne der ›großen Transformation‹ anstrebt (Strohschneider 2013, S. 184, 190). Insbesondere die der Wissenschaft vom ›WBGU‹ zugeschriebene Aufgabe, in Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren nachhaltige Gesellschaftsvisionen aufzuzeigen, vielfältige Wissenschaftspfade zu beschreiben und die notwendigen sozialen und wirtschaftlichen Innovationen zu entwickeln (WBGU 2011, S. 341f.), betrachtet Strohschneider als problematisch. Seine Kritik richtet sich insbesondere auf den *Solutionismus* (Schema von Problem und Lösung), die *Transdisziplinarität*, die *Faktengewalt* (Nützlichkeit wissenschaftlichen Wissens) sowie die *Entdifferenzierung* durch die transformative Wissenschaft (Strohschneider 2014, S. 179-182). Im *Solutionismus* sieht Strohschneider eine Verkürzung der Dualität der Wissenschaft von Weltverstehen und Weltgestaltung auf eine ausschließliche Nützlichkeit des Wissens. *Transdisziplinarität* führe dazu, dass die im Zuge funktionaler Differenzierung entwickelte Prozessordnung durch einen außerwissenschaftlichen Referenzrahmen ersetzt würde. So etwa, wenn transformative Wissenschaft den Anspruch vermittelt, Lösungen für gesellschaftliche Probleme entwickeln zu wollen. In der *Faktengewalt* sieht er eine Veränderung des epistemologischen wissenschaftlichen Wahrheitsdiskurses zu Gunsten gesellschaftsrelevanter Handlungszusammenhänge. Die »Wissenschaftlichkeit von Wissen« (Strohschneider 2014, S. 181) entstehe erst durch die prinzipielle Selbstinfragestellung, eine erkenntniskritische Grundeinsicht sowie das Prinzip des methodischen Zweifels. Erst auf diese Weise könne wissenschaftliches von nicht-wissenschaftlichem Wissen unterschieden werden. Letztendlich befürchtet Strohschneider durch *Entdifferenzierung* die Aufhebung der Tren-

nung von Wissenschaft und Gesellschaft und damit ihre Vergesellschaftung. Dies würde die Autonomie der Wissenschaft aufheben, worin das eigentliche wissenschaftstheoretische Problem der transformativen Forschung bestünde.

Ein weiterer Strang seiner Kritik bezieht sich auf die politiktheoretischen Implikationen transformativer Wissenschaft. Sie resultiere aus der grundsätzlichen Kritik wissenschaftlicher Arbeit, wissenschaftliche Werturteile explizit und dadurch verhandelbar zu machen. In dem damit zusammenhängenden Anspruch, neues Wissen für die Transformation zu produzieren und gleichzeitig die Welt normativ gerechter zu gestalten, sieht Strohschneider sowohl eine Überforderung der Wissenschaft als auch eine »konzeptionelle Regression des Politischen« (Strohschneider 2013, S. 186), wenn zivilgesellschaftliche Akteure direkt an wissenschaftlicher Forschung partizipierten. Vielmehr seien die Wissenschafts-, Hochschul- und Förderpolitik die Orte der Vermittlung von Wissenschaft und Gesellschaft, welche durch zivilgesellschaftliche Partizipation bereichert werden könnte, damit politische demokratische Mehrheitsentscheidungen nicht durch eine wissenschaftliche Expertengemeinschaft ersetzt werden würden. Denn letztendlich produziere Wissenschaft keine letzten Gewissheiten, sondern allein zuverlässiges und methodisch abgesichertes Wissen. Strohschneider sieht die politischen Aushandlungen von Werten und Konflikten ohne Privilegierung von Wahrheitsansprüchen als zentrale Errungenschaft demokratischer Staaten an. Diese Grenze gelte es nicht durch den aktuellen Diskurs zu verwischen. Vielmehr sei es innerhalb des gesellschaftlichen Diskurses um *nachhaltige Entwicklung* von Bedeutung, eine Vielstimmigkeit von Wissenschaft und damit ihre prinzipielle Offenheit zu bewahren, anstatt »das wissenschaftlich Wahre, das politisch Nützliche und das normativ Gute« (Strohschneider 2013, S. 190) im Sinne der Nachhaltigkeit zu vereinen.

2.2 Die Verteidigung der transformativen Forschung

2015 positionieren sich zunächst Armin Grundwald und im Anschluss Uwe Schneidewind zur Kritik Peter Strohschneiders in der Zeitschrift ›GAIA‹. Beide setzen sich dezidiert mit Strohschneiders Kritik auseinander und sehen in der transformativen Wissenschaft eine Erweiterung und Ergänzung epistemischer Wissenschaften (Grundwald 2015, S. 20; Schneidewind 2015b).

Grundwald orientiert sich in seiner Stellungnahme insbesondere an der von Strohschneider geäußerten Befürchtung, die transformative Wissenschaft würde in ihrer Konzeption den wissenschaftlich-methodischen Zweifel abschaffen und zu einer gesellschaftlichen Entpolitisierung durch eine Expertokratie führen. Bezogen auf die von Strohschneider analysierten zentralen Eigenschaften transformativer Wissenschaft (Solutionismus, Transdisziplinarität, Faktengewalt und Entdifferenzierung), nimmt Grundwald eine Differenzierung vor. Solutionismus sowie Transdisziplinarität beschreibt er als Ziele transformativer

Wissenschaft. Diese resultieren aus ihrer Kritik epistemischer Wissenschaft, dass bisher aus zentralen Erkenntnissen keine Problemlösungen hervorgegangen seien, sondern häufig lediglich Publikationen (Grunwald 2015, S. 18). Für die Transformation in Richtung einer nachhaltigen Gesellschaft sei es vielmehr von Bedeutung, bspw. in Reallaboren Transformationsprozesse anzustoßen und wissenschaftlich zu begleiten. Hierdurch würden die *Pioniere des Wandels* direkt mit in den Erkenntnis- und Problemlösungsprozess in den spezifischen Kontexten einbezogen. Dadurch werde eine Sensibilität für fehlende letzte Gewissheiten sowie die Bereitschaft des Lernens, Beobachtens und Umsteuerns im Sinne der Nachhaltigkeit als »Suchprozess« (WBGU 2011, S. 9) innerhalb wissenschaftlicher Analysen erhöht. Hierin sieht Grunwald den grundsätzlichen methodischen Zweifel innerhalb der transformativen Wissenschaft und damit eine breitere Partizipation und Öffnung wissenschaftlicher Erkenntnis für gesellschaftliche Problemlagen (Grunwald 2015, S. 17). Letztendlich sei Strohschneiders Kritik für die Konzeptionalisierung transformativer Wissenschaft hilfreich, indem sie auf zentrale Aspekte der Rolle von Expert/-innen, Wissenschaftler/-innen und Politik innerhalb partizipativer Prozesse aufmerksam mache und den kritischen Zweifel als zentrales Analysekriterium herausstelle (Grunwald 2015, S. 19f.).

Uwe Schneidewind ergänzt Grunwalds Ausführungen, indem er eine verdichtete Konzeption transformativer Wissenschaft vorstellt und sie als Verbindungsglied zwischen Wissenschaft, Gesellschaft und Politik erweitert. Sie sei als eine Wissenschaft zu verstehen, die gesellschaftliche Transformationsprozesse innerhalb konkreter gesellschaftlicher Zusammenhänge (bspw. Reallabore) anstoße. Zusammen mit den partizipierenden Akteuren generiere diese Forschung über die reine Beobachtung und distanzierte Analyse hinaus anhand der lebensweltlichen Praxis handlungsrelevante Erkenntnisse. Die durch die Kooperation von Praxisakteuren und Wissenschaftler/-innen hergestellte Transdisziplinarität sei als eine Form der Wissensproduktion zu verstehen, bei der disziplinäres, interdisziplinäres und praktisches Wissen miteinander in Beziehung gesetzt werden. Es werde intersubjektiv nachvollziehbares, methodisch abgesichertes, kritisierbares und damit revidierbares Wissen als Kriterien »guter Wissenschaft« produziert (Schneidewind 2015b, S. 88ff.).

3. POTENZIALE TRANSFORMATIVER FORSCHUNG IM KONTEXT NACHHALTIGER ENTWICKLUNG

Transformative Forschung wurde in diesem Beitrag als eine Form der Wissensproduktion definiert, die an konkreten gesellschaftlichen Problemen ansetzt, sich in den inter- und transdisziplinären Austausch mit Praxisakteuren für die Transformation begibt und diese aktiv einbindet. Der daraus resultierende ko-

operative Forschungsprozess ermöglicht soziale Dynamiken und Prozesse im Konkreten zu verstehen und zu gestalten (WBGU 2011, S. 23).

Anhand des dargestellten empirischen Beispiels führte ein Impuls aus der Wissenschaft sowohl zur Etablierung eines zivilgesellschaftlichen und lokalpolitisch relevanten kollektiven Akteurs als auch zu wichtigen Erkenntnissen in Bezug auf eine Möglichkeit der Umsetzung transformativer Forschung. Es wurde mit und durch die Initiative Systemwissen in Bezug auf ihre Formierung, Zielwissen ihrer handlungsleitenden Visionen sowie Transformationswissen der Schwierigkeiten und Möglichkeiten ihrer Etablierung generiert.

Die dargestellte Debatte um Strohschneider, Grunwald und Schneidewind verdeutlicht, dass die Perspektive transformativer Forschung zu einer Pluralisierung von wissenschaftlichen Erkenntnissen führen kann, indem nicht nur Wissen aus unterschiedlichen Fachrichtungen miteinbezogen wird, sondern die gewonnenen Erkenntnisse und Innovationen ebenfalls an der konkreten sozialen Praxis erprobt werden. Dadurch wird nicht nur eine kritische Reflexion der Forschungsergebnisse ermöglicht, sondern ebenfalls steigt die gesellschaftliche Akzeptanz für notwendige Veränderungen durch ihre vermittelte und erfahrene Machbarkeit. In diesem Verständnis ist die transformative Forschung als eine Ergänzung und Stärkung des Wissenschaftssystems zu verstehen. Die Kritik Strohschneiders kann im Zusammenhang dieser Ausführungen als notwendig und hilfreich erachtet werden, da seine Impulse insbesondere in Bezug auf die »Wissenschaftlichkeit von Wissen« (Strohschneider 2014, S. 181) zu einer Schärfung des Konzeptes transformativer Forschung geführt haben.

In Bezug auf die Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen wissenschaftlicher Verantwortungsübernahme ist anhand des Fallbeispiels festzustellen, dass durch die Initiierung eines zivilgesellschaftlichen Partizipationsprozesses die Vernetzung lokaler Initiativen in Bezug auf eine nachhaltige Stadtentwicklung gefördert werden konnte. Hierfür war das Zusammenbringen von lokalen Akteuren von zentraler Bedeutung, da sowohl durch die wissenschaftliche Expertise als auch die ihr zur Verfügung stehenden Ressourcen die Etablierung der Initiative als lokalpolitischer Akteur erleichtert wurde. Bezüglich der Grenzen dieser Verantwortungsübernahme ist herauszustellen, dass sich die am Prozess beteiligten Akteure zu Beginn sehr stark an den wissenschaftlichen Impulsen orientierten und eine Übernahme von Organisationsaufgaben zu erwarten schienen. Die Aktivierung weiterer zivilgesellschaftlicher Akteure für eine nachhaltige Stadtentwicklung erfolgte verstärkt erst nach dem Rückzug des Arbeitskreises. Eine kritische Distanz zum Feld bei gleichzeitiger Einbindung in den Prozessverlauf unterstützte dabei das Fortkommen des Projektes.

Hieraus ist abzuleiten, dass der Anstoß partizipativer Transformationsprojekte durch wissenschaftliche Akteure, und damit die Verantwortungsübernahme wissenschaftlicher Akteure im Kontext einer nachhaltigen Entwick-

lung, sich insbesondere dann als fruchtbar gestaltet, wenn er auch an eine breite aktivistische zivilgesellschaftliche Basis anknüpfen kann, die den Prozess mitträgt und schließlich am Leben halten kann. Damit wissenschaftliche Reflexion als hilfreiche Unterstützung des Transformationsprozesses genutzt werden kann, bedarf sie einer gewissen Distanz zur zentralen Organisation des Transformationsprojektes bei gleichzeitiger Beteiligung am und Reflexion des Gesamtprozesses.

Somit lässt sich abschließend durch die Verbindung der Erkenntnisse der Begleitforschung sowie der Debatte um die transformative Forschung in Bezug auf die Möglichkeiten und Grenzen der Verantwortungsübernahme von Wissenschaft im Kontext nachhaltiger Entwicklung herausarbeiten, dass der Anstoß transformativer Forschungsprojekte in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft den Akteuren Ressourcen zur Verfügung stellen kann, über die sie vorher nicht verfügt haben. Diese Ressourcen beziehen sich nicht nur auf Infrastrukturen und Wissensbestände, sondern auch auf verfügbare Netzwerke. Ebenfalls können durch diese Kooperationen Akteure in einen Austausch gebracht werden, der ohne diese Netzwerke nur schwerlich zustande kommt. Transformative Forschungsprojekte können damit nicht nur die Förderung von Grundlagenforschung bewirken, indem sie Systemwissen produzieren, sondern darüber hinaus ebenfalls zu einer Generierung von Ziel- und Transformationswissen über Ziele und Wege hin zu einer nachhaltigen Entwicklung beitragen. Darin ist das besondere Potenzial dieser Realexperimente zu sehen. Wichtig ist in diesem Kontext zu beachten, dass wissenschaftliche Akteure diese Prozesse ermöglichen und begleiten sowie durch ihr verfügbares Wissen zusammen mit den Projekten reflektieren. Dafür sind jedoch – so zeigte das Fallbeispiel – eine kritische Distanz zum Feld sowie die Reflexion über die Zuschreibung von Aufgaben im Feld hilfreich.

In Zukunft gilt es, transformative Forschungskonzeptionen durch die Implikationen der dargestellten Debatte zu erarbeiten, die eine Zusammenarbeit von Wissenschaft und gesellschaftlichen Akteuren im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung fördern, sie ermuntern, nachhaltigere Lebensstile zu erproben, und damit langfristig zu einer Transformation beizutragen. Hierin ist die besondere Aufgabe von Wissenschaftler/-innen im Rahmen einer nachhaltigen Entwicklung in Bezug auf die inter- und intragenerationale Gerechtigkeit zu sehen.

LITERATUR

- Gold, Raymond L. 1958. Roles in Sociological Field Observation. *Social Forces* 36(3):217-223.
- Görgen, Benjamin, Matthias Grundmann, Niklas Haabus, Jessica Hoffmann, Dieter Hoffmeister und Björn Wendt. 2017. *Nachhaltige Stadtentwicklung durch zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse und lokale Bewegungen? Ergebnisse einer soziologischen Begleitforschung*. Münster: MV Wissenschaft.
- Görgen, Benjamin, Jessica Hoffmann und Björn Wendt. 2016. *Impulse für eine nachhaltige Stadtentwicklung. Der Tag der Nachhaltigkeit 2015 in Münster*. https://repositorium.uni-muenster.de/document/miami/64162d65-2058-46c8-99ac-e1b0c6580c08/bericht_g%C3%B6rgen%20hoffmann_wendt_2016.pdf (Zugegriffen: 31.05.2017).
- Grunwald, Armin. 2015. Transformative Wissenschaft – eine neue Ordnung im Wissenschaftsbetrieb? *GAIA* 24(1):17-20.
- Hoffmeister, Dieter, Björn Wendt und Luigi Droste. 2014. *Nachhaltigkeit in Münster. Studierende und Normalbürger: Ressource für eine zukunftsfähige Stadtentwicklung?* Münster: Lit.
- Norck, Sebastian. 2015. Pioniere des Wandels – Katalysatoren der Transformation zur Nachhaltigkeit. In *Regionale Nachhaltigkeitstransformation. Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft im Dialog*, Hg. Sabine Hafner und Manfred Miosga, 243-256. München: oekom.
- Schneidewind, Uwe. 2015a. Verantwortung für die Gesellschaft – Wissenschaft in der Großen Transformation. *Politische Ökologie* 140:18-23.
- Schneidewind, Uwe. 2015b. Transformative Wissenschaft – Motor für gute Wissenschaft und lebendige Demokratie. *GAIA* 24(2):88-91.
- Schneidewind, Uwe, und Mandy Singer-Brodowski. 2013. *Transformative Wissenschaft. Klimawandel im deutschen Wissenschafts- und Hochschulsystem*. Marburg: Metropolis.
- Strohschneider, Peter. 2014. Zur Politik Der Transformativen Wissenschaft. In *Die Verfassung des Politischen: Festschrift für Hans Vorländer*, Hg. André Brodacz, Dietrich Herrmann, Rainer Schmidt, Daniel Schulz und Julia Schulze Wessel, 175-192. Wiesbaden: Springer VS.
- UNCED. 1992. *Bericht der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung, Rio de Janeiro (Brasilien): Agenda 21*. www.un.org/depts/german/conf/agenda21/agenda_21.pdf (Zugegriffen: 26.04.2017).
- WBGU. 2011. *Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation*. Berlin.

Transdisziplinäre Nähe oder soziologische Distanz?

Responsibilisierung einer Polemik

Jeremias Herberg

EINLEITUNG

Wie könnte man soziologisch auf das wissenschaftspolitische Postulat der *Transdisziplinarität* reagieren? Begrifflich scheinbar kein Problem: *Modus-2 Wissenschaft*, *Triple Helix*, *Realexperimente*, *Grenzobjekte* oder *Koproduktion* sind zugleich transdisziplinäre und wissenschaftssoziologische Grundbegriffe. Den beschriebenen soziologischen Befund legen transdisziplinäre Forscher/-innen allerdings normativ aus: Die Nähe der Wissenschaften zu politischen Problemlagen führe auch soziologische Forschungen in die zusätzliche Verantwortung, sich an kollaborativen Problemlösungsprogramme zu beteiligen (Groß und Heinrichs 2010; Lever-Tracy 2008; kritisch dazu: Maaßen und Lieven 2006). Der soziologische Befund zur Nähe von Wissenschaft und Politik wird als wissenschaftspolitische Verantwortung zurückgespielt.

Schon vor der Suche nach Reaktionsmöglichkeiten ist damit klar: Soziologische und transdisziplinäre Problemverständnisse reagieren aufeinander. In der einen Richtung sind interessierte Wissenschaftssoziolog/-innen mit einer methodologischen Schwierigkeit konfrontiert: Der *Forschungsgegenstand* verweigert sich der distanzierten Beobachtung. *Not my problem*, könnte ein/-e Soziolog/-in entgegnen und den reaktanten Gegenstand mit methodologischen Kniffen einhegen. Diese Distanznahme liefert womöglich eine Neuperspektivierung und damit jenen transdisziplinären Forscher/-innen eine (Selbst-)Beschreibung, die längst über den Topos von *Modus-2* hinausgehen (vgl. Felt et al. 2016); sie blockiert aber eine wechselseitige Auseinandersetzung, die, wie Stauffacher (2011) argumentiert, wissenschaftspolitisch erforderlich und für die soziologische Begriffsbildung nützlich scheint.

In der anderen Richtung sind transdisziplinäre Forscher/-innen mit einer wissenschaftssoziologisch gebauten Kritik konfrontiert, wie geschehen in

Reaktion auf den WBGU-Bericht »die große Transformation« (WBGU 2011): Transdisziplinarität käme einer holistischen Einebnung aller funktional differenzierten Wissenschaftsbereiche gleich (Strohschneider 2014; Stock 2014). Wie geschehen in der Verteidigung des WBGU-Berichts (u.a. Schneidewind 2014), könnten transdisziplinäre Forscher/-innen diese Kritik zurückweisen – wäre nicht tatsächlich in dem transdisziplinären Anliegen, wissenschaftliche und politische Felder zu vermitteln, eine differenzierungstheoretische Frage eingebaut und damit auch ein soziologischer Beitrag zur Transdisziplinaritätsdebatte (vgl. Shinn 2002).

Die perspektivisch verzerrten Problemzuschreibungen zwischen transdisziplinären und soziologischen Zugängen suggerieren ein Nullsummenspiel und verstellen das wechselseitige Interesse. In der Suche nach dem gemeinsamen Problembezug verbindet dieser Beitrag die Analyse der fachübergreifenden Begegnung mit der in diesem Sammelband thematisierten Verantwortungsfrage.

Verantwortung wird pragmatisch gedacht, von der herkömmlichen Selbstverpflichtung eines kritisch-distanzierten Wissenschaftssoziologen ausgehend (mir), und wird zugleich in die problematische Auseinandersetzung mit transdisziplinärer Forschung eingespannt. Es handelt sich insofern um den Versuch einer *reflexiven Responsibilisierung*. Das Hauptargument diesbezüglich ist, dass transdisziplinäre Nahverantwortung eine wissenschaftssoziologische Distanznahme doppelt provoziert – sie fordert sie sicherlich heraus, macht sie umso mehr aber erforderlich, um *Nähe vs. Distanz* nicht polemisch zu diskutieren, sondern mit Hinblick auf gemeinsame Problemlagen.

Wenn man sich somit aus einer methodologischen Distanz heraus um das gesellschaftspolitische Verhältnis von Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit bemühen will, welche wissenschaftssoziologischen Beiträge können dann in die Begegnung mit Transdisziplinarität eingebracht werden? Diese Frage wird (1) zunächst aus der erwähnten Polemik um den WBGU-Bericht (2011) abgeleitet. (2) Der folgende Abschnitt diskutiert, inwiefern die Begegnung von transdisziplinärer Nähe und soziologischer Distanz im Wortsinne *problematisch* ist. (3) Die darauf folgenden Abschnitte führen durch drei Eskalationsstufen: Transdisziplinarität ist eine Provokation in Bezug auf wissenschaftssoziologische *Problembegriffe*, *Theoreme* und *Forschungen*. Unter diesen drei Aspekten wird sukzessive ein verbindendes Problem erarbeitet, das epistemologische, theoretische und empirische Reaktionsmöglichkeiten eröffnet.

1. GRÜNDUNGSSZENE GAIA-DEBATTE

Kürzlich haben Vertreter wissenschaftspolitischer Körperschaften¹ und sozial-ökologischer Forschungsgruppen² in der Zeitschrift ›GAIA‹ kontrovers um die Organisationsweisen einer pluralistischen Wissenschaftslandschaft gestritten. Dieser Streit ist als »Gründungsszene« (Farzin und Laux 2016) geeignet, um den dialogischen und strukturellen Charakter der Begegnung zu konkretisieren: es kommt im Aufeinandertreffen von soziologischen und transdisziplinären Perspektiven zu einer Polemik, die gemeinsame Problembezüge verstellt.

Diskussionsanlass waren die Transformationsvorschläge, die in dem WBGU-Bericht »die große Transformation« eingebracht wurden (Grefe und Sentker 2014; Grunwald 2015; Rohe 2015; Schneidewind 2014; Stock 2014; Strohschneider 2014; WBGU 2011; von Wissel 2015). In der Kritik oder Befürwortung der transdisziplinären Wissenschaftsideen des WBGU-Berichts und meist ohne Erwähnung der eigenen Rolle stellen wissenschaftspolitische Vertreter/-innen ihre jeweils präferierten Wissenschafts- und Politikbegriffe dar. Es entfacht sich, oft unter Rückgriff auf wissenschaftssoziologische Legitimationsquellen, eine Polemik über den politischen Nutzen der Wissenschaften (vgl. Rohe 2015): Dieser läge entweder in der epistemischen Qualität von akademischer Forschung oder in der sozialepistemischen Verknüpfung diverser Wissensformen, so dass Disziplinen entweder autonom oder heteronom organisiert werden müssten.

Die Kritiker des ›WBGU-Berichts‹, etwa DFG-Präsident Peter Strohschneider und Günther Stock von der ›Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften‹, plädieren für die Differenzierung von Wissenschafts- und Gesellschaftsbereichen. Sie entwerfen Transdisziplinarität als utilitaristischen Angriff auf die moderne Errungenschaft einer abstrakten Gemeinwohlorientierung (Strohschneider 2014; Stock 2014). Sie befürchten erneut, was schon in den 1970ern als Finalisierung der Wissenschaft kritisiert wurde (vgl. Weingart 1997): disziplinäre Grenzen werden sukzessive zugunsten einer politisch-praktischen Lösungsorientierung eingeebnet und münden damit in die holistische Abschaffung disziplinärer Probleme.³ Dem halten sie eine Soziologie der funktionalen Differenzierung entgegen: Die Produktion von gesamtgesellschaftlich geteilten Problemdefinitionen, so Strohschneider, falle in modernen Gesellschaften insbesondere dem Funktionssystem Wissenschaft zu. Eine

1 | U.a. DFG, Mercator-Stiftung, Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften.

2 | U.a. ITAS, Wuppertal Institut, ISINova.

3 | Den Gedanken von Transdisziplinarität als progressive Homogenisierung hat Martin Savransky auf der Tagung ›Thinking the Problematic‹ geäußert, 22.-23. Juni 2017, Leuphana Universität Lüneburg.

pluralistische und gemeinwohlorientierte Wissenschaft erfordere damit autonome Disziplinen.

Die Anderen, etwa Armin Grunwald und Uwe Schneidewind, fühlen sich missverstanden von dem Bild der Transdisziplinarität als Entdifferenzierung (Grunwald 2015, S. 18). Es gehe lediglich darum, so Schneidewinds lakonische Entgegnung, »die praxisnahe Wissenschaft vielstimmiger zu steuern« (Grefe und Sentker 2014). Um einer Desensibilisierung für gesellschaftspolitische Anliegen entgegenzuwirken, führen sie einen Wissenschaftspluralismus ein, der auch nicht-wissenschaftliche Stimmen in die Formulierung wissenschaftlicher Probleme einbindet. Dass diese Idee auf Skepsis stößt, wundert Carsten von Wissel (2015): Peter Strohschneider als DFG-Präsident müsse von Amts wegen doch eine multireferenzielle Anreicherung von Relevanzmaßstäben und Problembezügen begrüßen. Die soziologische Grundlage dieser Argumente liegt vor allem in Wissenschaftsforschungen, durch welche die Nähe von Wissenschaft und Gesellschaft zu einem wissenschaftspolitischen und inzwischen eben einem transdisziplinären Topos geworden ist (z.B. Gibbons et al. 1994).

Als hintergründiger Problembezug zeichnet sich ab, dass eine wünschenswerte Wissenschaftslandschaft beiden Lagern zufolge sowohl pluralistisch als auch gemeinwohlorientiert organisiert sein soll. Diesen Berührungspunkt erkennen auch Günther Stock und Uwe Schneidewind in einem gemeinsamen Interview an (Grefe und Sentker 2014). Ob in der Folge aber der Modus Operandi von politischer Entscheidungsfindung und wissenschaftlicher Praxis umorganisiert werden müsse – darüber sei man sich uneinig. Aber auch in dieser Uneinigkeit und sogar in den wechselseitigen Gegendarstellungen ist ein Problembezug erkennbar: Autonomie- und Nutzenargumente werden mal als aggressiver Holismus, mal als Partikularismus karikiert. Sie erscheinen im Lichte der jeweils anderen Seite als Gefährdung einer pluralistischen und gemeinwohlorientierten Wissenschaftslandschaft.

Die genannten Positionen können somit als Lösungsansätze gelten, die sich in ihrer Disposition und polemischen Stellungnahme auf ein gemeinsames, wenn auch vages Problem beziehen. Wenn man dieses Problem expliziter macht, lassen sich transdisziplinäre und soziologische Ansätze, die offensichtlich koexistieren und in der derzeitigen Wissenschaftslandschaft aufeinander reagieren, wechselseitig für weniger polemische Beiträge öffnen.

2. DAS PROBLEMATISCHE DER TRANSDISZIPLINARITÄT AUS SOZIOLOGISCHER SICHT

Wie können soziologische Beiträge zur ›GAIa-Debatte‹ aussehen, wenn man die verstrickten Zuschreibungen von Transdisziplinarität und Wissenschaftssoziologie berücksichtigt? Der zweite Teil der Frage deutet eine grundsätzliche Reaktionsmöglichkeit schon an: die distanzierte Beobachtung der fachübergreifenden Begegnung. In der Soziologie hat der epistemologische Bruch (vgl. Bachelard 1986), durch den alltagspraktisch bewährte oder politisch legitimierte Problemdefinitionen methodologisch umdisponiert werden, besondere Gründe. Man denke an das Erkenntnisinteresse am Entstehen von Nationalstaaten: Erst mit eigenen Begriffen kann eine soziologische Beschreibung versuchen, staatliche Klassifikationen nicht wissenschaftlich zu legitimieren, sondern diese durch eine begriffliche Verfremdung in das Phänomen der Staatenbildung hinein zu verlagern (so beschrieben in Bourdieu 2015). Soziologie ist insofern eine »verfremdende Erkenntnisteknik« (Luhmann 2005, S. 86).

Diese wäre in der ›GAIa-Debatte‹ bestechend, aber heikel. So soll auch hier im Angesicht der obigen Polemik versucht werden, die Streitanlage als Teil der kontroversen Gemengelage aufzugreifen: Das in der ›GAIa-Debatte‹ sichtbare Bemühen um eine gemeinwohlorientierte und pluralistische Wissenschaftslandschaft wird dann als Diskursrahmen ersichtlich, nicht allein als Thema der geäußerten Autonomie- und Nutzenpostulate. Problematisch wird eine derartige Distanznahme aber, wenn das Zurücksprechen der transdisziplinären Forscher/-innen nicht in die eigene methodologische Grundlegung einfließt; wenn die Kritik an der distanzierten Beobachtung lediglich als Spezifikum des Untersuchungsgegenstands notiert wird.

Mit der wechselseitigen Problematisierung drängt sich die Frage nach dem Standpunkt einer Wissenschaftssoziologie auf: Kann sie an einer methodologisch notwendigen Distanz festhalten und dennoch auf die transdisziplinäre Verantwortungszuschreibung eingehen? Der erste Distanzierungsschritt wäre die Unterscheidung von Selbst- und Fremdbeschreibung. In der Selbstbeschreibung von transdisziplinären Forscher/-innen, also der einschlägigen Literatur zufolge, ist die erwähnte Kritik am wissenschaftlichen Modus Operandi ein zentrales Charakteristikum. Nowotny et al. konstatieren in ihrer *Modus-2 Wissenschaft* einen radikalen Autonomieverlust: »Science is no longer outside, either as a cognitive or quasi-religious authority or as an autonomous entity with its special access to the reality of nature.« (Nowotny et al. 2001, S. 201) Sie diagnostizieren gar das Ende wissenschaftlicher Autonomie. Nicht allein die *disziplinäre* Perspektivierung von Problemen, wie auch Jürgen Mittelstraß argumentiert (Mittelstraß 1992, S. 250), auch eine allgemeine, *wissenschaftliche* Perspektivierung müsse vor dem ethischen Hintergrund vieler gesellschaft-

licher Probleme und im Abgleich mit anderen Wissensformen überschritten werden.

Das Postulat vom produktiven Autonomieverlust behindert den folgenden Verfremdungsschritt zunächst kaum – die Interpretation der Selbstbeschreibung. Aus dieser Warte fällt auf, wie auf Basis eines vorraussetzungsreichen Zusammenhangs argumentiert wird: Nicht autonome Disziplinen, sondern heteronome Forschungskollektive seien geeignet, gemeinsam mit außerwissenschaftlichen Akteuren ein »robustes Wissen« zu generieren (Nowotny 2000). Dieser Zusammenhang, der institutionelle und epistemische Postulate verbindet, findet sich in weiteren Grundlagentexten: Die Diagnose eines hyper-brisanten und risikoreichen Spannungsfeldes von Relevanz und Unsicherheit (Funtowicz und Ravetz 1993), das Postulat einer Vermischung von Anwendungs- und Entdeckungszusammenhang (Gibbons et al. 1994) und die Querverbindung von Industrie, Wissenschaft und Politik im sogenannten Triple Helix Modell (Etzkowitz und Leydesdorff 2000) begründen eine transdisziplinäre Forschung mehrfach; sie diagnostizieren gesellschaftliche Probleme, identifizieren transformative Wissenschaftsmodi und verteidigen diese gegenüber orthodoxen Wissenschaftsverständnissen.

Postnormale Wissenschaft, Modus-2, Triple Helix sind inzwischen sogar das konzeptuelle Repertoire für eine Selbstbeschreibung, eine Wissenschaftssoziologie *der Transdisziplinären*. Durch diese Aneignung können sich Wissenschaftssoziolog/-innen zwar zu soziologischen Beiträgen aufgefordert fühlen, scheinen ihre Konzepte doch gefragt und einer transdisziplinären Forschung sogar förderlich; ihr methodologischer Ausgangspunkt jedoch, die »verfremdende[n] Erkenntnisstechnik« (Luhmann 2005, S. 86f.), wird hinterfragt und herausgefordert. Bleiben zwei prekäre Reaktionsmöglichkeiten: Entweder man ist bereit, die eigene Nähe oder Distanz von politisch gerahmten Problemen normativ immer wieder neu nach Maßgabe der politisch-wissenschaftlichen Situation zu begründen. Oder aber man hält an der distanzierten Beobachtung der transdisziplinären Forschung prinzipiell fest, dies jedoch auf Kosten einer Auseinandersetzung mit jenen transdisziplinären Forscher/-innen, die die Distanznahme zwar kritisieren, die den Dialog mit wissenschaftssoziologischer Forschung aber durchaus suchen.

In diesem Moment begründet sich die vorgeschlagene Metaperspektive. Als weitere Reaktionsmöglichkeit nämlich mag die Begegnung beider Zugänge selbst als soziologisches und zugleich transdisziplinäres Phänomen gelten. In dieser Metaperspektive erst lassen sich die Möglichkeiten einer kritischen oder affirmativen Auseinandersetzung in einer Weise erschließen, die den epistemologischen Bruch aufrechterhält und zugleich das (trans-)disziplinäre

Reaktionspotenzial der Soziologie erkundet – eine soziologische Verfremdung also, die sich als transdisziplinärer Beitrag versucht.⁴

Begründen kann man die gesteigerte Distanznahme mit dem philosophischen Denken zum Begriff der *Problématique*; auf Deutsch: des *Problematischen*. So wurden in der französischen Philosophie und historischen Epistemologie seit Gaston Bachelard wiederholt Anstrengungen unternommen, Probleme nicht als defizitär, sondern in epistemischer, ethischer und sozialer Hinsicht als wissenschaftsstrukturierende Bewegungen zu verstehen. Diese Denktradition ist inzwischen bei der Problematisierung von Transdisziplinarität angelangt und diskutiert auch ihrerseits die Möglichkeit einer pluralistischen und gemeinwohlorientierten Wissenschaftslandschaft.⁵ Félix Guattari (2015), Peter Osbourne (2015), Patrice Maniglier (2012) und andere erörtern Transdisziplinarität – dem grenzüberschreitenden Charakter des Begriffs entsprechend – als eine ko-strukturierende Bewegung von Problemen (Maniglier 2017), welche innerhalb und zwischen Disziplinen zu einer Umverteilung von sozialen Verantwortungen und epistemischen Verschreibungen führen kann. Diese Querverbindungen und die vielfältigen Reaktionen auf die transdisziplinäre Provokation führen Guattari zu dem Schluss, dass Transdisziplinarität *Transversalität* beanspruche.

Dies beinhaltet auch einen Vorschlag für die Organisationsweisen einer pluralistischen Wissenschaftslandschaft: Das entscheidende Charakteristikum von Transdisziplinarität ist demnach nicht zwangsläufig der Autonomieverlust der Wissenschaftsfelder oder die kollaborative Lösungsorientierung, wohl aber die ko-konstitutive Verschränkung von Problemen und Problembereichen: »Transdisciplinarity must become transversality between science, the *socius*, aesthetics and politics.« (Guattari 2015, S. 134) Wissenschaftsinterne Veränderungen richteten sich auf ästhetische und ethische Fragen aus, was wiederum, so auch seine aktivistisch motivierte Distanznahme, ein »*research into research*« erforderlich mache (Guattari 2015, S. 135; Herv. i.O.).

Postnormale Wissenschaft, *Modus-2* und *Triple Helix* weisen darauf hin, dass Probleme durch nicht-institutionalisierte Kreuzverbindungen zwischen institutionalisierten Wissensbereichen immer neu artikuliert werden. Wissenschaftssoziologisch interessant daran ist, dass Transdisziplinarität gleich mehrere Reaktionen in diversen Disziplinen in Bewegung bringt und aufeinander bezieht. Der Begriff des Problematischen macht damit auch mehrere Bezugsmöglichkeiten zwischen Wissenschaftssoziologie und Transdisziplinarität denkbar und

4 | Mit Bourdieu gesprochen: »[...] Only the sociology of sociology – and of the sociologist – can give us a definite mastery of the social aims that can be pursued via the scientific goals we immediately seek.« (Bourdieu 1992, S. 259)

5 | Zuletzt auf der Tagung »Thinking the Problematic«, 22.-23. Juni 2017, Leuphana Universität Lüneburg.

hilft die Prämissen und Grenzen der jeweiligen Reaktion zu eruieren. Dies wird nun in drei Schritten erprobt, die jeweils ein wissenschaftssoziologisches Reaktionsrepertoire eingrenzen und in das Nächste überführen.

1. *Konfrontation von Problembegriffen*: Erstens liegt nun ein Problembegriff vor, der die Begegnung mehrerer Problembegriffe schildern kann und in dieser Begegnung auch auf transdisziplinäre Querverbindungen hinweisen kann (vgl. Osborne 2015). Insofern *dezentriert* der Begriff die hier inszenierte Begegnung von Soziologie und Transdisziplinarität. Sogar holistisch und reflexiv gedachte Problembegriffe, wie sie charakteristisch sind für beide Wissensbereichen, werden dann als interdependente Partikularperspektiven aufeinander bezogen. Soziologische und transdisziplinäre Problembegriffe reagieren aufeinander, ihre gegenseitige Problematisierung verbirgt aber, wie gezeigt werden soll, ein Problem, das die fachübergreifende Begegnung als solche charakterisiert (vgl. Maniglier 2012, S. 21). Dies eröffnet eine theoretische Reaktionsmöglichkeit.
2. *Theoretische Rekonfiguration*: Als Problematisches verstanden ist Transdisziplinarität – ähnlich wie *Experimente* oder *Daten* (Lecourt 1969, S. 51) – zugleich ein wissenschaftsphilosophischer Grundsatz und eine inner-disziplinäre Praxis. Die angedeutete Verantwortungsumverteilung betrifft damit die allermeisten Felder in ihren epistemologischen Grundlagen. Auch in der Soziologie wird Transdisziplinarität demnach epistemisch auseinandergelöst und sozial umorganisiert. In dieser Hinsicht kann Transdisziplinarität als epistemisch-soziale Ko-Konstruktion erfasst werden, welche auch auf die Denkgewohnheiten in den angesprochenen Wissenschaftsfeldern zurückgeht und damit erst den Wirkungsrahmen der transdisziplinären Provokation begreifbar macht (vgl. Osborne 2015; Lecourt 1969, S. 32ff.). Folglich lässt sich der Gedanke der Transdisziplinarität aus einem theoretischen und empirischen Forschungskanon heraus bearbeiten und umgekehrt zu dessen Revision nutzen.
3. *Empirische Nuancierung*: In einem dritten Aspekt kann die Begegnung als wechselseitige Objektivierung rekonstruiert werden (Bachelard 1975; Lecourt 1969, S. 54). Wie könnte man transdisziplinäre Forschung als soziologischen Gegenstand konstruieren und somit einen soziologischen Beitrag liefern? Diese Objektivierung, die hier nur in eine Richtung nachvollzogen wird, führt nur unter weiteren Anstrengungen in eine postnormale Nähe zum untersuchten Praxisfeld (vgl. Funtowitz und Ravetz 1993). Doch steht sie im Kontext eines neu formulierten Problems, das transdisziplinäre und soziologische Forschung füreinander interessant macht.

3. DREI SOZIOLOGISCHE REAKTIONSMÖGLICHKEITEN AUF TRANSDISZIPLINARITÄT

Die drei Aspekte des Problematischen der Transdisziplinarität können nun als epistemische Bewegung nachvollzogen werden. Indem schrittweise die Begegnung von soziologischer Distanz und transdisziplinärer Nähe nachgezeichnet wird, werden zwei Einblicke herausgearbeitet: erstens ein gemeinsames Problem, das es zweitens erlaubt, wissenschaftssoziologische Beiträge transdisziplinär zu verstehen.

3.1 Konfrontation: Transdisziplinäre vs. soziologische Problembegriffe

Soziologische und transdisziplinäre Forschungsstile wähen sich in unterschiedlichen Gesellschaftszusammenhängen und man kann von konträren Problembegriffen sprechen.

Der transdisziplinäre Problembegriff verbreitert das Verständnis von Wissensgenerierung über epistemische oder disziplinär fokussierte Arbeitsprozesse hinaus (Becker und Jahn 2000). Es werden Probleme in den Blick genommen, die sich nicht allein mit epistemischen Mitteln – Untersuchungsgegenstände, Theorien oder Methoden – bearbeiten lassen (Schmidt 2011). Vielmehr ist in der transdisziplinären Problemdefinition der soziale Kontext und das unterliegende, ethische Programm eingeschrieben: »Therefore, the notion of problem can be regarded as a reflexive term that calls for an explication of who is considering what as a problem and why.« (Schmidt 2011, S. 258) In sozialer und epistemischer Hinsicht wird die Perspektivität von Problemdefinitionen forschungspraktisch eingeholt in einer Integration durch »Problemzerlegung« (Jaeger und Scheringer 1998, S. 16), einem phasenweise organisierten, deliberativen Diskurs des Problemdefinierens (Lang et al. 2012). »Die Qualität der gewählten Problemzerlegung wird davon bestimmt, wie vollständig die bearbeiteten Teilbereiche das Gesamtproblem abdecken und wie gut sich die Beiträge aus den einzelnen Bereichen« zu einer Problemlösung oder einem besseren Problemverständnis integrieren ließen (Jaeger und Scheringer 1998, S. 14f.). Im Rahmen einer nachhaltigkeitswissenschaftlichen Transdisziplinarität etwa, so Lang et al., seien Nachhaltigkeitsprobleme vor anderen komplexen Problemen zu priorisieren. Im Hintergrund bleibt die Idee erhalten, dass sich der Dialog mehrerer Akteure an einem Problemverständnis entzündet und misst, das nicht eigens problematisiert wird: Probleme sind dem deliberativen Dialog vorgängig, durch ihn gelten sie aber als relativ beherrschbar.

Während das Problemverständnis vague bleibt, ist die *Problemerkennntnis* durchaus Ausgangspunkt einer transdisziplinären Forschung (vgl. Becker und Jahn 2000). Sie wird oft als »Problemzerlegung« begriffen (Jaeger und

Scheringer 1998, S. 14) und im ingenieurwissenschaftlichen Dreischritt von Ist-, Soll- und Transformationszustand umgesetzt. Man kombiniert einen »unerwünschten (Anfangs-)Zustand, einen erwünschten (End-)Zustand sowie eine Barriere«, die der Transformation des Anfangszustands auf den Endzustand hin im Wege steht (Schmidt 2011, S. 249). In diesen Dreischritt fügt sich eine deliberative Problemdefinition, also die Diskussion innerhalb einer transdisziplinären Forschungsgruppe, als Mittel zur Problemlösung ein.

Fast in spiegelverkehrter Weise übersetzt eine soziologische Betrachtung soziale Probleme in epistemische Probleme. Wissenschaft soll sich nicht, so Pierre Bourdieu, »die Probleme, die sie in Bezug auf die soziale Welt formuliert, von eben dieser Welt vorgeben« lassen (Bourdieu 1996, S. 271). Wissenschaftsforscher/-innen, die wie Sabine Maaßen und Olivier Lieven (2006) oder Ulrike Felt et al. (2011) in der Tradition der »Science and Technology Studies« (STS) transdisziplinäre Praktiken beforschen, distanzieren sich dementsprechend von transdisziplinären Problembegriffen. *Realweltliche Probleme* werden nicht aufgegriffen, wohl aber die an ihnen orientierten Praktiken – »[practices] in which multiple *problems at stake* are brought about in specific actor-networks within one project context« (Felt et al. 2011, S. 3; Herv. i.O.). Dieser epistemologische Bruch verunmöglicht sowohl den Zugriff zu prädiskursiv vorgefundenen Problemlagen und unterminiert die Annahme, dass Akteursgruppen repräsentativ über (Teil-)Probleme sprechen.

In der Kurzform ist in dem methodologischen Diktum »what is at stake?« (Bourdieu und Wacquant 1992) ein doppelter Problembegriff abgebildet: Zum Ersten wird die Problemlage der Selbstbeschreibung der Akteure entnommen. Ein zweiter Anteil des Problembegriffs leitet sich aber aus einem Rückbezug ab, welcher die aggregierten Selbstbeschreibungen und Beobachtungen an zusätzlich zu erfassende Begriffs- und Wirkungskontexte knüpft. Becker und Ragin (1992, S. 6) fragen beispielsweise »what is this a case of?«. Man kann eine doppelte Distanznahme von epistemischen gegenüber sozialen Problemen erkennen (vgl. Bourdieu 1996, S. 254): Sozial Unproblematisches, etwa die gängige Annahme eines deliberativen Diskurses oder prädiskursiver Problemvorstellungen, wird epistemisch problematisiert. Demnach lassen sich Selbstverständlichkeiten als voraussetzungs- und folgenreiche Annahmen aufdecken. Weiterhin wird sozial Problematisches neu perspektiviert. So greift eine Wissenschaftssoziologie der transdisziplinären Forschung die angefochtene Rolle von Wissenschaft auf, formuliert sie aber um.

Zusammengenommen leiten sich die »multiple *problems at stake*« (Felt et al. 2011, S. 3; Herv. i.O.) aus der Triangulation von Selbst- und Fremdbeschreibung ab. Erhalten bleibt der epistemologische Bruch, der das beobachtende Subjekt vom Forschungsgegenstand distanziert. Reflexive Ansätze explizieren den Bruch aber als Teil der Forschungskonstellation, möglicherweise als Teil eines Problems: Noortje Marres plädiert für das bewusst vage gehaltene

Desiderat der »Issues«, welche im Wechselspiel von Forschungsprozess und beforschter Praxis erst in den Status eines Problems hineinrücken (Marres 2007, S. 868). Und Martin Savransky entwirft, um epistemische und soziale Lösungsansätze, also Methoden und die beobachteten Praktiken, zugleich zu hinterfragen, eine »problematische Soziologie« (Savransky 2017). Über eine polemische Konfrontation hinaus ergeben sich damit vielfältige Konstellationen, anhand derer soziologische Problemverständnisse auf transdisziplinäre Problemverständnisse reagieren können.

Es eröffnen sich sogar transdisziplinäre Anschlussmöglichkeiten. So erkennen Groß et al. (2005) in wissenschaftssoziologischen Methodologien, etwa in Latours Forschung zu Louis Pasteurs Impfstoffen, Prototypen transdisziplinärer Realexperimente (Latour 1988). Mit Pasteurs Impfstoffen sei ein medizinisch-wissenschaftlich Problemzusammenhang geschaffen worden, der zugleich neue epistemische Probleme und gesundheitspolitische Strukturreformen erfordere (Groß et al. 2005, S. 51). *Lösung* und *Problem* strukturieren sich hier in einem gemeinsamen Experimentalsystem, in dem soziale sowie epistemische Ausgangslagen und Zielhorizonte zusammenlaufen. Experimente und Labore sind damit nicht allein »Gründungsszene[n] der Akteurnetzwerktheorie« (Tellmann 2014), sondern auch als »Instrument einer wissenschaftlich angeleiteten pragmatischen Problembewältigung« operationalisiert worden (Schmieder 2014, S. 41). Soziologische und transdisziplinäre Problembegriffe schließen sich trotz dieser dialogischen Beziehung aber gegenseitig aus: Auf der einen Seite ein Problemverständnis, das die Reproduktion von Akteursperspektiven vermeidet, den vermeintlich realweltlichen Bezug vielmehr in der reflexiven Deutung von perspektivischen Problemlagen mitkonstruiert; auf der anderen Seite prädiskursiv vorgefundene und/oder deliberativ ausgehandelte Probleme.

Inwiefern erfasst der Begriff des Problematischen das transdisziplinäre und soziologische Aufeinandertreffen? Der wechselseitige Verweischarakter beweist und verbirgt zugleich, dass beide Problembegriffe auf das geteilte Problem einer pluralistischen Wissenschaftslandschaft antworten und aufeinander rekurren: In der einen Wirkrichtung antworten transdisziplinäre Forscher/-innen auf die protosoziologische Formulierung von autonomen und heteronomen, epistemisch und politisch orientierten Wissenschaftsfeldern. Umgekehrt haben soziologische Diagnosen – von *Modus-2* bis *postnormaler Wissenschaft* – eben diesen Autonomie- und Nutzenpostulaten auf transdisziplinäre Debatten mitbegründet.

Das Aufeinandertreffen der konträren Problembegriffe ist zwar nicht im Sinne des oben elaborierten transdisziplinären Problembegriffs kollaborativ oder lösungsorientiert. Wohl aber ist es im Sinne einer *transversalen Wissenschaft* orientiert an einem unterschweligen Problem, das auch theoretische Implikationen innerhalb der Wissenschaftssoziologie hat.

3.2 Rekonfiguration: Theoreme im Streit von Bourdieu und ›STS‹

Die Frage nach einer autonomen oder nützlichen Wissenschaft prägt in der ›GaiA-Debatte‹ die Theoriewahl beider Lager und spricht über diesen Umweg auch Wissenschaftssoziolog/-innen direkt an. Viele Streitparteien greifen implizit auf Luhmanns Differenzierungstheorie zurück,⁶ bereits angeklungene Alternativen liegen in Bourdieus Feldsoziologie und in ›STS‹. Auch dort aber, so soll nun gezeigt werden, spiegelt sich Transdisziplinarität als epistemologischer Grundsatz. Die Folge ist, im Begriff des Problematischen gedacht (vgl. Osborne 2015), eine disziplinspezifisch gebrochene Spiegelung, welche auch soziologische Antwortmöglichkeiten bestimmt.

»Science is no longer outside« (Nowotny et al. 2001, S. 2001) – dieser transdisziplinäre Leitsatz geht ursprünglich auf ›STS‹ zurück. In ihm hängen der Autonomiebegriff, also die Frage nach der Homogenität wissenschaftlicher Felder, und der reflexive Rollenbegriff von Wissenschaftler/-innen eng zusammen (vgl. Wehling 2014). Gerade in Bourdieus Feldsoziologie bestimmt der reflexive Ansatz zugleich den differenzierungstheoretischen Autonomiebegriff; sei es in seinen ersten feldtheoretischen Artikel, der das eigene akademische Umfeld untersucht (Bourdieu 1975) oder in seiner Kritik an Émile Durkheims Vorstellung von Wissenschaft als integrierter Gemeinschaft: »subject of science is not an integrated collective [...] but a field« (Bourdieu 2004, S. 138). Disziplininterne Auseinandersetzungen, etwa die soziologische Reaktion auf Transdisziplinarität, können demnach nicht allein als Streit um Wissenschaftsbegriffe, sondern als Effekte von wissenschaftsinternen und -externen Differenzierungsdynamiken anerkannt werden, ohne äußere Bestimmungsfaktoren deterministisch zu denken (Bourdieu 1985) oder Feldgrenzen voraussetzen (Bourdieu und Wacquant 2006, S. 131). Wissenschaftliche Felder sind auch hier *no longer outside*, sondern an ihren heteronomen Polen abhängig von außerwissenschaftlichen Ressourcen, Regeln und Erwartungen. Mehr noch: Sie sind in ihrer Differenzierung und Verbindung strukturiert durch transversale Probleme (vgl. Shinn 2002).

Hinderlich für das Verständnis von transversal strukturierten Feldern ist die Passung von Feldstruktur und subjektiver Ausgangslage (Vandenberghé 1999). Insbesondere in Bourdieus Habitusbegriff kommt dies zum Ausdruck;

6 | Strohschneider (2014) plädiert im Sinne einer funktionalen Differenzierung für die Entkopplung von epistemischen und politischen Zielen, Grunwald (2015) für eine partielle Autonomie nach dem Vorbild der Technikwissenschaften und von Wissel (2015) versteht Transdisziplinarität im Sinne einer System-Umwelt Unterscheidung als politische Irritation, auf die das Wissenschaftssystem mit neuen Ausdifferenzierungen reagieren kann. Befürworter einer transdisziplinären Forschung dagegen stützen sich auf Wissenschaftsforschungsbegriffe wie *Modus-2* und *postnormale Wissenschaft*.

d.h. in der Idee von einem subjektiven Körper, »der sich die immanenten Strukturen einer Welt oder eines bestimmten Sektors dieser Welt, eines Felds, einverleibt hat und die Wahrnehmung dieser Welt und auch das Handeln in dieser Welt strukturiert« (Bourdieu 1985, S. 145). Ein soziologischer Problem-begriff wäre demnach Ergebnis einer disziplinären Sozialisation und nur hintergründig an übergreifende Problembezüge gebunden. Der Habitus als »ontological complicity« (Bourdieu und Wacquant 1992, S. 20) schränkt im Sinne von Kants Bedingungen der Möglichkeit (Bourdieu 2004, S. 78) sogar Denkgewohnheiten und -möglichkeiten ein und damit auch die disziplinäre Mobilität in Bezug auf transversale Probleme. »[D]as Erworbene« ist beständiger als es ein fluider (Trans-)Disziplinaritätsbegriff nahelegt (vgl. De Certeau 1988, S. 124f.) und müsste erweitert werden, um »Engagement in gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen nicht als Verstoß gegen das wissenschaftliche Ethos« zu verstehen (Stauffacher 2011, S. 61). Bourdieus Feldsoziologie kann also die transversale Strukturierung von Feldern beleuchten, nur schwerlich jedoch lässt sich ein forschungspraktisches Hinein- und Heraustreten in transdisziplinäre Naheverhältnisse (nach-)vollziehen.

Am entgegengesetzten Pol der französischen Soziologie entstand mit der Akteurnetzwerktheorie (ANT) eine *Anti-Soziologie*, die Strukturmomente wie den Habitus radikal als transzendente Begrifflichkeiten ablehnt (vgl. Latour 2005). Die Bezugnahme von Bruno Latour (1988), Steve Woolgar (Latour und Woolgar 1986), Karin Knorr-Cetina (1991), Michel Callon (1986), John Law (1987) und anderen auf Bourdieu sei eine verlustreiche Polemik mit einer doppelten Konsequenz, so David Hess (2013): Zum einen lässt sich mit Bourdieu die feldimmanente Korrespondenz, weniger aber das Entstehen von Wechselbe-zügen zwischen Feldern untersuchen.⁷ Die ›STS-Tradition‹ zum anderen, die diesen blinden Fleck früh beanstandet hatte, hat diesen zugleich überkompensiert. Sie kann in der Folge vielbezügliche Felder wie die transdisziplinäre Forschung in ihren Praktiken studieren, weniger aber in ihren Strukturen.⁸

7 | Jüngere feldsoziologische Vorschläge erst bearbeiten die Interdependenz von Feldern (Gengnagel et al. 2016), ihre diskursive Vermitteltheit (Maeße und Hamann 2016) und die kollektive De-/Stabilisierung von autonomen Feldern (Böschen 2014; Fligstein und McAdam 2012) und machen somit den transdisziplinären Vermittlungsanspruch zwischen disziplinären Feldern soziologisch denkbar und kritisierbar ist.

8 | Karin Knorr-Cetinas (1991, S. 133) einschlägiger Hinweis etwa blieb weitgehend undiskutiert (Ausnahme: Maeße 2013). Für systemtheoretische Möglichkeiten Hybridisierung zu denken siehe Opitz (2014), der darauf hinweist, dass der Hybriditätsbegriff aus ›STS‹ von Differenzierungstheoretiker/-innen polemisch aufgegriffen wurde unter Vernachlässigung des eigenen Hybriditätsdenkens (2014). Für feldtheoretische Hinweise auf die »zwei Gesichter der Autonomie« siehe Gengnagel et al. (2016).

In einer Revision lässt sich in frühen ›STS-Beiträgen‹ jedoch ein Feldbegriff herausarbeiten (Hess 2013), der hybride Wissenschaftspraktiken vor den Hintergrund von emergenten Deutungshoheiten und uniformen Wissenspraktiken untersucht; etwa in Latours bereits diskutierter Pasteurisierung Frankreichs (Latour 1988). Im Zentrum steht die feldsoziologisch anmutende Frage, wie Pasteurs Entdeckung der Mikrobe als Krankheitserreger so viele medizinische Felder und damit ein ganzes Land mit neuen staatlich-wissenschaftlichen Klassifikationen monopolisieren konnte. Die seither für ›STS‹ charakteristische Antwort: Das Feld entsteht durch eine Vielzahl kleinskaliger Routinen und wechselseitiger Bezugnahmen, die nie ganz konsistent sind, sondern sich an ihrer Stabilität gegenüber Herausforderungen bemessen: »The consistency of an alliance is revealed by the number of actors that must be brought together to separate it« (Latour 1988, S. 185). Als ein Bourdieu-kritischer Feldbegriff gar liest sich Woolgars und Latours Begriff des »Cycle of Credit« (1986): Der Eintritt und die Entwicklung von Akteuren in Wissenschaftsfeldern erkläre sich durch das gegenseitige Lesen und Zitieren über heterogene Forschungsfelder hinweg, nicht durch die kompetitive Akkumulation von Reputation innerhalb von homogenen Feldern.

Die von den zuletzt zitierten Arbeiten mitbegründeten ›STS-Konzepte‹ – seien es *Triple Helix*, *Modus-2 Wissenschaft* (vgl. Shinn 2005) oder die Ko-Produktion politischer und wissenschaftlicher Expertise (Jasanoff 2004) – scheinen auch deshalb transdisziplinären Anklang gefunden zu haben, weil sie heteronome Verbindungen zwischen orthodoxen Feldern denkbar machen. Und doch fokussiert die ›Transdisziplinaritätsdebatte‹ auf hybride Wissenschaftspraktiken. Feldübergreifende Interferenzen, wie sie in den zitierten Konzepten durchaus vorkommen, bleiben unfruchtbar.

Die Diskussion in diesem Abschnitt zeigt, dass die begriffliche Reaktion auf den ›GAiA-Streit‹ durch eine wissenschaftssoziologische Lagerbildung erschwert wird: Bourdieus Historisierung und Kontextualisierung orthodoxer Disziplinen einerseits und die für ›STS‹ charakteristische Hybridisierung von Querverbindungen andererseits sind im Streit für und wider einer Autonomie wissenschaftlicher Felder (aneinander) gebunden und haben jeweils blinde Flecken entwickelt.⁹ Das transdisziplinäre Problem, heterogene Praktiken im Rahmen von orthodoxen Wissenschaftsfeldern zu etablieren, ist auch ein soziologisches Erkenntnisproblem. Wenn man dagegen autonome Felder und

9 | Der Streit erfuhr spätestens eine Schließung, als die Bourdieu-Referenzen aus der ›ANT-Literatur‹ verschwanden und eine funktionale Differenzierung von Lebensbereichen erst rückwirkend in Latours Existenzweisen eingeholt wurde (vgl. Werber 2016). Umgekehrt holte Bourdieu 2002 am ›College de France‹ noch einmal aus, um sich von dem institutionalisierten ›STS-Feld‹ abzugrenzen. Es handele sich um einen strukturellen und a-politischen Exorzismus jeglicher Autonomiebegriffe (Bourdieu 2004).

hybride Praktiken nicht voneinander isoliert, sondern zusammen betrachtet, kommt in den Blick, dass sich transdisziplinäre Praktiken möglicherweise auch ko-konstitutiv zu disziplinären Forschungsfeldern verhalten können. Eine solche Untersuchung kann aktuelle Wissenschaftsforschungen aufgreifen und somit das wissenschaftssoziologische Interesse an und von transdisziplinärer Forschung erweitern.

3.3 Nuancierung: Transversale Felder

Der Einblick in wissenschaftssoziologische Theorielager leitet nun in ein Desiderat über, also in ein konventionelles Problemverständnis. Besonders Terry Shinn hat auf die oft unterschlagene sozialstrukturelle Grundannahme von *Modus-2* und *Triple Helix* hingewiesen.¹⁰ Diese liegt nicht allein in der schwachen Abgrenzung oder re-kombinatorischen Praxis, also der Hybridität transdisziplinärer Forschung, sondern in ihrer Transversalität:

»Despite their many important differences, the two approaches constitute a shared search for what might best be called ›transversality‹ – transversality that crosses cognitive, technical, economic and societal boundaries. Significantly, neither the New Production of Knowledge nor the Triple Helix has examined the historical record for the existence and actions of communities rooted in transverse actions; instead, they both work under the assumption that transversality is resolutely a functional product of our time and culture.« (Shinn 2002, S. 611)

Transversalität versteht Shinn also als konstitutive Verschränkung von Problembereichen und betont dabei die Querverbindungen, die durch transdisziplinäre Praxis auch orthodoxe Felder durchkreuzen und somit eine Gleichzeitigkeit mit orthodoxen Wissenschaftsfeldern denkbar machen. Diese Transversalität sei sogar ein funktional-strukturelles Produkt unserer Zeit.

Auch aus der vorliegenden Herleitung lässt sich der jüngst erneuerte Anspruch bestärken, »auf Dauer gestellte heterogene Kooperation« (Shinn und Joerges 2004, S. 104) in hybriden Feldern (Bösch 2016) oder – genauer: in transversalen Feldern – zu erschließen. Diese Stoßrichtung wird in der ›GAIK-Kontroverse‹ jedoch heruntergespielt. Auch viele Wissenschaftsforscherinnen und -forscher stellen weniger die Transversalität, durchaus aber die Hybridität transdisziplinärer Forschung heraus (Felt et al. 2016; Voss und Amelung 2016).

Wohl aber ist diesen Untersuchungen eine unterschwellige Feldmetaphorik gemein (vgl. Bösch 2016). Dies zeigt sich in Visualisierungen, die auch in transdisziplinären Publikationen prominent sind: Pfeile symbolisieren transdisziplinäre Verbindungen, Blasen die disziplinären Lager (vgl. Felt

et al. 2016; Lang et al. 2012). Transdisziplinäre Praktiken fungieren demnach als Nahverbindungen zwischen relativ distanzierten und autonomen Feldern, also als transversale Felder: »They both sustain instituted differentiations and divisions of labour and violate them« (Shinn 2002, S. 612). Diese Umdeutung von hybriden Praktiken zu transversalen Feldern lässt sich wie folgt auf (1) einschlägige Verschränkungsdiskurse, (2) -praktiken und (3) -institutionen beziehen.

Erstens, wie in der obigen Gründungszene illustriert, debattieren die im Feld tätigen Forscherinnen und -forscher darüber, wie transdisziplinäre Forschung strukturiert werden sollte, um kollaborative Methoden effektiv zu nutzen und zu kommunizieren (vgl. Max-Neef 2005). Sie diskutieren über die institutionelle Verschachtelung und die kollaborative Methodik, welche die Schnittstelle der wissenschaftlichen Gesellschaft prägen. Diese Debatten bewegen sich vor einem diskursiven Horizont, in dem transversalen Feldern eine wissenschaftspolitische Funktionalität zukommt, die aber unbeleuchtet bleibt (Shinn 2002, S. 611). Sowohl die transdisziplinären Selbstbeschreibungen als auch die aktuellen Fremdbeschreibungen unterliegen dabei einer Verschränkungssemantik, also einer »Verbindung heterogener Sphären« (Steizinger 2012), die im Ansatz über die Alternative von Differenzierung und Entdifferenzierung hinausgeht. Sei es die kybernetische Reflexion über gruppendynamische Grenzverschiebungen (Midgley und Richardson 2007) oder die Rede von Wissensbrokern (Meyer 2010) – die Historisierung von transdisziplinären Verschränkungsfiguren (vgl. Barry et al. 2008) kann dazu beitragen, den explorativen Charakter transdisziplinärer Arbeit vor einer rhetorisch simulierten Verschränkung zu bewahren.

Zweitens unterliegen dem transdisziplinären Anliegen unterschiedliche Verschränkungspraktiken, wie Ulrike Felt et al. (2016) herausarbeiten. Auf der Grundlage von Interviews mit Forschungsprojekten, die sich selbst als transdisziplinär bezeichnen, argumentieren sie, dass die Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Gesellschaft entweder als lineare Übersetzung diskutiert wird, als eine abgegrenzte neutrale Arena oder als temporär synchronisierte Arena. Wie die Typologie darlegt, variiert der Begriff der *Transdisziplinarität* in der Übernahme der wissenschaftlich-gesellschaftlichen Schnittstelle als relativ linear, relativ instrumental und mehr oder weniger auf Autonomieannahmen basierend. Über die Selbstbeschreibung der interviewten Forscher/-innen hinaus wären ethnografische Studien zur zeitlichen Synchronisation (vgl. Laux 2017) oder sozialräumlichen Heterarchie (vgl. Stark 2009) transdisziplinärer Forschung ein Ansatz, um auf Transversalität als Koordinationsschwierigkeit hinzuweisen. Diese wird in transdisziplinären Methodologien scheinbar gelöst, ihr Ausgangsproblem bleibt bislang aber vage.

In einer dritten Hinsicht lässt sich transdisziplinäre Forschung als sozialstrukturelle Formation beschreiben. Dies erschöpft sich nicht allein in der Ein-

sicht, dass transdisziplinäre Ansätze vielfältig sind (Barry et al. 2008; Brand et al. 2013) oder dass sie einen Autonomieverlust wissenschaftlicher Felder herbeiführen, wie es in der ›GAIa-Debatte‹ diskutiert wird. Denn darüber hinaus finden transdisziplinäre Praktiken Anklang in so unterschiedlichen Feldern wie *technowissenschaftlichen Entscheidungsprozessen* (Voss und Amelung 2016), in *Corporate Sustainability* (Schaltegger et al. 2013) oder im interkulturellen *Mutual Learning* (Vilsmaier et al. 2015), ohne dass hier gleich ein Autonomieverlust die Folge wäre. Sollte transdisziplinäre Forschung dagegen von transversalen Strukturen vermittelt sein, sind entdifferenzierte Wissenschaftspraktiken nicht ein Gegenbild zu differenzierten Feldern. Sie vermitteln vielmehr zwischen transdisziplinären Problembezügen und disziplinärem Habitus. Mit transversalen Feldbegriffen ließen sich darüber hinaus auch die Risiken transdisziplinärer Vermittlung besprechen: Etwa die Tatsache, dass eine Koordination von relativ isolierten Feldern auch asymmetrische Kräfteverhältnisse freisetzt, welche Gefahr laufen in individueller Koordinationsverantwortung abgeladen zu werden (Maaßen und Lieven 2006). Wenn man also transdisziplinäre Forschung als *transversal* betrachtet, erscheinen heterogene Sprachen, Praktiken und Kontexte von vielfältigen Anbindungen und Problembezügen geprägt.

4. DISKUSSION UND FAZIT

Das transdisziplinäre Problem- und Verantwortungsverständnis provoziert und erschwert wissenschaftssoziologische Reaktionsmöglichkeiten: Die soziologische Distanznahme ist zwar Ausgangslage dafür, das soziologisch fokussierte Naheverhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft ermessen zu können. In der transdisziplinären Wendung aber, in der Nahverantwortung der wissenschaftsethische Maßstab ist, gilt Distanznahme als problematisch. Die transdisziplinäre Doppelrolle, politische und epistemische Probleme zugleich zu bearbeiten, begreifen wiederum Soziolog/-innen als problematisch (Maaßen und Lieven 2006; Weingart 1997). Insbesondere Wissenschaftssoziolog/-innen, deren Befunde teils transdisziplinäre Grundbegriffe geworden sind, sind konfrontiert mit dem »Paradox wissenschaftlicher Autorität« (Bijker et al. 2009): Ihre Diagnosen sind gefragt, ihre distanzierte Beobachtung erscheint im Lichte transdisziplinärer Nahverantwortung jedoch als fragwürdig.

Die hier herausgestellte Schwierigkeit für wissenschaftssoziologische Beiträge besteht in der Gleichzeitigkeit von äußeren Verantwortungszuschreibungen und epistemischen Anlagen; selbst wenn man beispielsweise politische Nähe als normative Anforderung akzeptiert, sind epistemologische Brüche erforderlich für die allermeiste soziologische Beobachtung. Die hier aufgegriffene Polemik zwischen beiden Ansätzen verstellt durch wechselseitige

Perspektivverschiebungen und Problematisierungen das geteilte Interesse an heterogenen Querverbindungen, sprich: das praktische und wissenschaftliche Interesse an *transversalen Feldern*. Dieser Zusammenhang lässt sich unter Rückgriff auf den philosophischen Begriff des Problematischen gewissermaßen dezentrieren. So wurden transdisziplinäre Verantwortungszuschreibung einerseits und die Notwendigkeit einer »verfremdende[n] Erkenntnisteknik« (Luhmann 2005, S. 86) andererseits in ihrer wechselseitigen Abgrenzung rekonstruiert, um ein gemeinsames Problem sowie perspektivisch verschränkte Lösungsschwierigkeiten aufzudecken.

Im Ergebnis liegt eine Auslegung vor, warum Wissenschaftssoziolog/-innen (und der Autor) sich oft schwertun, zu transdisziplinären Praktiken und Debatten beizutragen:

1. Eine Fruchtbarmachung soziologischer Begriffe zugunsten einer nicht-polemischen Transdisziplinaritätsdebatte ist bedingt durch die Ko-Strukturierung von unterschwellig verknüpften, aber einseitigen Problembegriffen: transdisziplinärer Nahverantwortung einerseits und soziologischer Distanznahme andererseits.
2. Weiterhin ist auch die Wissenschaftssoziologie bislang wenig sensibilisiert für die Transversalität transdisziplinärer Forschung: Der Fokus liegt entweder auf autonomen Feldern oder hybriden Wissenschaftspraktiken (vgl. Gengnagel et al. 2016; Opitz 2014). Das verstellt den Blick auf die Koexistenz und Interdependenz von orthodoxen und transdisziplinären Wissenschaftsformen.
3. Der rekonfigurative Begriff der *Transversalität* ist deskriptiv anwendbar auf Wissenschaftsfelder (vgl. Shinn 2002) und lässt sich darüber hinaus reflexiv wenden, um transdisziplinäre Forschung mit soziologischen Beiträgen zu bereichern.

Im Rahmen des hintergründigen Problems der transversalen Felder kann darüber hinaus eine Wissenschaftssoziologie ihren zweifachen Problembegriff fruchtbar machen, der zuvor eruiert wurde: *Sie kann erstens eine Perspektivierung von Akteursperspektiven beitragen*. Die Polemik im ›GAIa-Streit‹ legt ein Nullsummenspiel von orthodoxen und transdisziplinären Wissenschaftsformen nahe. Wenn man Transdisziplinarität stattdessen als epistemisch-institutionelle Verantwortungsverteilung versteht, wie es in dem feldtheoretischen Fundament von *Modus-2* und *Triple-Helix Wissenschaft* schon angelegt ist (vgl. Shinn 2002), können disziplinabhängige Problemdefinitionen und Verantwortungsbereiche im Rahmen von transversalen Verschränkungen auf geteilte Probleme bezogen werden.

Vermeintlich unproblematische Aspekte können zweitens problematisiert werden. So beleuchtet der transversale Feldbegriff, der transdisziplinäre Querver-

bindungen soziologisch aufdeckt, zugleich einen im philosophischen Sinne problematischen Aspekt: Die Mittel-Zweck-Beziehung von Problemen und Lösungen beruhen epistemisch und institutionell auf disziplinären und transdisziplinären Abgrenzungen und hintergründig geteilten Problembezügen. Probleme stellen dann nicht disziplinäre Denkgewohnheiten dar, sondern genealogische Divergenzpunkte zwischen disziplinären Lösungsansätzen. Sie bergen, wie am Beispiel von Soziologie und transdisziplinärer Forschung illustriert, immer auch latente Verschränkungsmöglichkeiten.

So als Transversalität gedacht erlaubt Transdisziplinarität eine Problemformulierung, welche auch im Rahmen der ›GAIa-Debatte‹ interessant scheint, da eine pluralistische Wissenschaftslandschaft dann nicht holistisch oder partikularistisch gedacht wird: Anstatt allein auf eine homogenisierende Problemorientierung, auf die Hybridisierung von Wissenschaftspraktiken oder auf die Differenzierung von relativ autonomen Wissenschaftsfeldern einzugehen, erscheint es fruchtbarer, sowohl aus soziologischer als auch aus transdisziplinärer Sicht nach den Feldstrukturen zu fragen, auf deren Basis orthodoxe und transdisziplinäre Wissenschaftsformen koexistieren. In diesem Rahmen sind auch orthodoxe Disziplinen wie die Soziologie darin bestärkt, politisch gefasste Problemlagen weiterhin umzudeuten und zur Erneuerung von disziplinären Desideraten zu nutzen.

LITERATUR

- Bachelard, Gaston. 1986. *The Formation of the Scientific Mind: A Contribution to a Psychoanalysis of Objective Knowledge*. Boston: Beacon Press.
- Bachelard, Gaston. 2012. Corrativism and the Problematic. *Radical Philosophy* 173:27-32.
- Barry, Andrew, Georgina Born und Gisa Weszkalnys. 2008. Logics of Interdisciplinarity. *Economy and Society* 37(1):20-49.
- Becker, Egon, und Thomas Jahn. 2000. Sozial-ökologische Transformationen. Theoretische und methodische Probleme transdisziplinärer Nachhaltigkeitsforschung. In *Nachhaltige Entwicklung und Transdisziplinarität*. Hg. Karl-Werner Brand, 68-84. Berlin: Analytic.
- Bijker, Wiebe, Roland Bal und Ruud Hendriks. 2009. *The Paradox of Scientific Authority. The Role of Scientific Advice in Democracies*. Cambridge: MIT Press.
- Böschen, Stefan. 2014. Autonomie-Kämpfe. Konstitutionsprobleme epistemischer Unabhängigkeit. *Zeitschrift für Theoretische Soziologie* 2:357-77.
- Böschen, Stefan. 2016. *Hybride Wissensregime. Skizze einer soziologischen Feldtheorie*. Baden-Baden: Nomos.

- Bourdieu, Pierre. 1975. The Specificity of the Scientific Field and the Social Conditions of the Progress of Reason. *Social Science Information* 14(6):19-47.
- Bourdieu, Pierre. 1985. *Praktische Vernunft: Zur Theorie des Handelns*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre. 1992. The Practice of Reflexive Sociology (The Paris Workshop). In *An Invitation to Reflexive Sociology*, Hg. Pierre Bourdieu und Loïc J. D. Wacquant, 217-260. Cambridge: Polity Press.
- Bourdieu, Pierre. 1996. Die Praxis der Reflexiven Anthropologie. In *Reflexive Anthropologie*, Hg. Pierre Bourdieu und Loïc J. D. Wacquant, 251-294. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre. 2004. *Science of Science and Reflexivity*. Cambridge: Polity Press.
- Bourdieu, Pierre. 2015. *On the State*. Cambridge: Wiley.
- Bourdieu, Pierre, und Loïc J. D. Wacquant. 1992. *An Invitation to Reflexive Sociology*. Chicago: University of Chicago Press.
- Brandt, Patric et al. 2013. A Review of Transdisciplinary Research in Sustainability Science. *Ecological Economics* 92:1-15.
- Callon, Michel. 1986. The Sociology of an Actor-Network: The Case of the Electric Vehicle. In *Mapping the Dynamics of Science and Technology. Sociology of Science in the Real World*, Hg. Michel Callon, John Law und Arie Rip, 19-34. London: Macmillan Press.
- Certeau, Michel de. 1988. *Kunst des Handelns*. Berlin: Merve.
- Etzkowitz, Henry, und Loet Leydesdorff. 2000. The Dynamics of Innovation: From National Systems and »Mode 2« to a Triple Helix of university-industry-government relations. *Research Policy* 29(2):109-23.
- Farzin, Sina, und Henning Laux. 2016. Gründungsszenen – Eröffnungszüge des Theoretisierens am Beispiel von Heinrich Popitz' Machtsoziologie. *Zeitschrift für Soziologie* 45(4):241-60.
- Felt, Ulrike, Judith Igelsböck, Andrea Schikowitz und Thomas Völker. 2016. Transdisciplinary Sustainability Research in Practice: Between Imaginaries of Collective Experimentation and Entrenched Academic Value Orders. *Science, Technology & Human Values* 41(4):1-30.
- Felt, Ulrike, Judith Igelsboeck, Andrea Schikowitz und Thomas Völker. 2011. The Problem Multiple – Constructing »the Research Problem« in Transdisciplinary Project Contexts. In *Conference Proceeding 10th Annual IAS-STS Conference: Critical Issues in Science and Technology Studies*, Hg. Birgit Hofstätter und Günther Getzinger, 1-7.
- Fligstein, Neil, und Doug McAdam. 2012. *A Theory of Fields*. Oxford: Oxford University Press.
- Foucault, Michel. 2005. *Schriften in Vier Bänden*, Bd 1, 1954-1969, Hg. Daniel Defert und Francois Ewald. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

- Funtowicz, Silvio O., und Jerome R. Ravetz. 1993. Science for the Post-Normal Age. *Futures* 25(7):735-755.
- Gengnagel, Vincent, Andreas Schmitz und Daniel Witte. 2016. Die Zwei Gesichter der Autonomie. Wissenschaft im Feld der Macht. In *Macht in Wissenschaft und Gesellschaft. Diskurs- und feldanalytische Perspektiven*, Hg. Vincent Gengnagel, Julian Hamann, Alexander Hirschfeld und Jens Maeße, 383-423. Wiesbaden: Springer.
- Gibbons, Michael, Camille Limoges, Helga Nowotny, Simon Schwartzman, Peter Scott und Martin Trow. 1994. *The New Production of Knowledge: The Dynamics of Science and Research in Contemporary Societies*. London: Sage.
- Grefe, Christina, und Andreas Sentker. 2014. Fördermittel in der Wissenschaft. Streit ums Mitspracherecht. *Zeit Online* 3. Oktober 2014. www.zeit.de/2014/39/foerdermittel-forschungsprojekte-mitspracherecht (Zugegriffen: 02.07.2017).
- Groß, Matthias, Holger Hoffmann-Riem und Wolfgang Krohn. 2005. *Realexperimente: Ökologische Gestaltungsprozesse in der Wissensgesellschaft*. Bielefeld: transcript.
- Groß, Matthias, und Harald Heinrichs. 2010. Moving Ahead: Environmental Sociology's Contribution to Inter- and Transdisciplinary Research. In *Environmental Sociology: European Perspectives and Interdisciplinary Challenges*, Hg. Matthias Groß und Harald Heinrichs, 347-351. Dordrecht: Springer.
- Grunwald, Armin. 2015. Transformative Wissenschaft – Eine neue Ordnung im Wissenschaftsbetrieb? *GAIA* 24(1):17-20.
- Guattari, Félix. 2015. Transdisciplinarity must become Transversality. *Theory, Culture & Society* 32(5-6):131-37.
- Hess, David J. 2013. Neoliberalism and the History of STS Theory: Toward a Reflexive Sociology. *Social Epistemology* 27(2):177-93.
- Jaeger, Jochen, und Martin Scheringer. 1998. Transdisziplinarität: Problemorientierung ohne Methodenzwang. *GAIA* 7(1):10-25.
- Jasanoff, Sheila. 2004. *States of Knowledge: The Co-Production of Science and Social Order*. London: Routledge.
- Knorr-Cetina, Karin. 1991. *Die Fabrikation von Erkenntnis: Zur Anthropologie Der Naturwissenschaft*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Lang, Daniel J., Arnim Wiek, Matthias Bergmann, Michael Stauffacher, Pim Martens, Peter Moll, Mark Swilling und Christopher J. Thomas. 2012. Transdisciplinary Research in Sustainability Science: Practice, Principles, and Challenges. *Sustainability Science* 7(1):25-43.
- Latour, Bruno. 1988. *The Pasteurization of France*. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- Latour, Bruno. 2005. *Reassembling the Social: An Introduction to Actor-Network-Theory*. Oxford: Oxford University Press.

- Latour, Bruno, und Steve Woolgar. 1986. *Laboratory Life: The Construction of Scientific Facts*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Laux, Henning. 2017. Clockwork Society. Die Weltklimakonferenz als Arena gesellschaftlicher Synchronisation. *Zeitschrift für Theoretische Soziologie* (im Erscheinen).
- Lecourt, Dominique. 1969. *Marxism and Epistemology. Bachelard, Canguilhem and Foucault*. London: NLB.
- Lever-Tracy, Constance. 2008. Global warming and sociology. *Current Sociology* 56(3):445-466.
- Luhmann, Niklas. 2005. Soziale Aufklärung. In *Soziologische Aufklärung 1: Aufsätze zur Theorie sozialer Systeme*, 83-115. Wiesbaden: VS Verlag.
- Maaßen, Sabine, und Olivier Lieven. 2006. Transdisciplinarity: a New Mode of Governing Science? *Science and Public Policy* 33(6):399-410.
- Maeße, Jens. 2013. Das Feld und der Diskurs der Ökonomie. In *Ökonomie, Diskurs, Regierung. Interdisziplinäre Perspektiven*, Hg. Jens Maeße, 241-275. Wiesbaden: Springer.
- Maeße, Jens, und Julian Hamann. 2016. Die Universität als Dispositiv. Die gesellschaftliche Einbettung von Bildung und Wissenschaft aus diskurstheoretischer Perspektive. *Zeitschrift für Diskursforschung* 1:29-50.
- Maniglier, Patrice. 2012. What is a Problematic? *Radical Philosophy* 3:25-26.
- Maniglier, Patrice. 2017. Problem Sharing (vorliegendes Manuskript).
- Marres, Noortje. 2007. The Issues Deserve More Credit: Pragmatist Contributions to the Study of Public Involvement in Controversy. *Social Studies of Science* 37(5):759-80.
- Max-Neef, Manfred A. 2005. Foundations of Transdisciplinarity. *Ecological Economics* 53(1):5-16.
- Meyer, Morgan. 2010. The Rise of the Knowledge Broker. *Science Communication* 32(1):118-27.
- Midgley, Gerald, und Kurt A. Richardson. 2007. Systems Thinking for Community Involvement in Policy Analysis. *Emergence: Complexity & Organization* 9:167-83.
- Mittelstraß, Jürgen. 1992. Auf dem Wege zur Transdisziplinarität. *GAIA* 5:250.
- Nowotny, Helga. 2000. Sozial Robustes Wissen und Nachhaltige Entwicklung. *GAIA* 9(1):1-2.
- Nowotny, Helga, Peter Scott und Michael Gibbons. 2001. *Re-Thinking Science: Knowledge and the Public in an Age of Uncertainty*. Cambridge: Polity Press.
- Opitz, Sven. 2014. *Die Vermischung der Gesellschaft. Hybridität und Moral in der Systemtheorie*. Weilerswist: Velbrück.
- Osborne, Peter. 2015. Problematizing Disciplinarity, Transdisciplinary Problematics. *Theory, Culture & Society* 32(5-6):3-35.

- Pinch, Trevor, und Wiebe Bijker. 1984. The Social Construction of Facts and Artefacts: Or How the Sociology of Science and the Sociology of Technology Might Benefit Each Other. *Social Studies of Science* 14(3):399-441.
- Ragin, Charles C., und Howard Saul Becker. 1992. *What is a Case? Exploring the Foundations of Social Inquiry*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Rohe, Wolfgang. 2015. Vom Nutzen der Wissenschaft für die Gesellschaft. Eine Kritik zum Anspruch der transformativen Wissenschaft. *GAIA* 3:156-159.
- Saada, Emmanuelle, Pierre Bourdieu und Lauretta C. Clough. 1998. The State Nobility: Elite Schools in the Field of Power. *Contemporary Sociology* 27: 351.
- Savransky, Martin. 2017. The Social and its Problems: On Problematic Sociology. In *Inventing the Social*, Hg. Noortje Marres, Michael Guggenheim und Alex Wilkie. London: Mattering Press (im Erscheinen).
- Schaltegger, Stefan, Markus Beckmann und Erik G. Hansen. 2013. Transdisciplinarity in Corporate Sustainability: Mapping the Field. *Business Strategy and the Environment* 22(4):219-29.
- Schmidt, Jan C. 2011. What is a Problem?: On Problem-Oriented Interdisciplinarity. *Poiesis & Praxis* 7(4):249-74.
- Schmieder, Falko. 2014. Geschichte als Realexperiment. Problem und Metaphorik der Unverfügbarkeit. *Zeitschrift für Kulturphilosophie* 7(1):35-46.
- Schneidewind, Uwe. 2014. Die Wissenschaft braucht mehr Demokratie. *Bild der Wissenschaft* 9:91-93. <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:bsz:wup4-opus-55485> (Zugegriffen: 02.07.2017).
- Shinn, Terry. 2005. New Sources of Radical Innovation: Research-Technologies, Transversality and Distributed Learning in a Post-Industrial Order. *Social Science Information* 44(4):731-764.
- Shinn, Terry. 2002. The Triple Helix and New Production of Knowledge. *Social Studies of Science* 32(4):599-614.
- Shinn, Terry, und Bernward Joerges. 2004. Paradox oder Potenzial. Zur Dynamik Heterogener Kooperation. In *Kooperation im Niemandsland: Neue Perspektiven auf Zusammenarbeit in Wissenschaft und Technik*, Hg. Jörg Strübing, Ingo Schulz-Schaeffer, Martin Meister und Jochen Gläser, 77-104. Wiesbaden: Springer.
- Stark, David. 2009. *The Sense of Dissonance: Accounts of Worth in Economic Life*. Princeton: Princeton University Press.
- Stauffacher, Michael. 2011. Umweltsoziologie und Transdisziplinarität. In *Handbuch Umweltsoziologie*, Hg. Matthias Groß, 259-276. Wiesbaden: VS Verlag.
- Steizinger, Johannes. 2012. Verschränkung. Exempel und Paradigma interdisziplinärer Begriffsgeschichte. *Forum Interdisziplinäre Begriffsgeschichte. E-Journal* 1(2):116-24.
- Stock, Günter. 2014. Festsitzung zum Leibniztag. Bericht des Präsidenten. 28. Juni 2014. Berlin.

- Strohschneider, Peter. 2014. Zur Politik der Transformativen Wissenschaft. In *Die Verfassung des Politischen: Festschrift für Hans Vorländer*, Hg. André Brodocz, Dietrich Herrmann, Rainer Schmidt, Daniel Schulz und Julia Schulze Wessel, 175-192. Wiesbaden: Springer VS.
- Tellmann, Ute. 2014. Die Welt als Labor – Über eine folgenreiche Gründungsszene der ANT. In *Gründungsszenen soziologischer Theorie*, Hg. Sina Farzin und Henning Laux, 25-40. Wiesbaden: Springer.
- Vandenberghé, Frédéric. 1999. ›The Real Is Relational‹: An Epistemological Analysis of Pierre Bourdieu's Generative Structuralism. *Sociological Theory* 17(1):32-67.
- Vilsmaier, Ulli, Moritz Engbers, Philip Luthardt, Rina Marie Maas-Deipenbrock, Sebastian Wunderlich und Roland W. Scholz. 2015. Case-based Mutual Learning Sessions: Knowledge integration and transfer in transdisciplinary processes. *Sustainability Science* 10(4):563-80.
- Voss, Jan-Peter, und Nina Amelung. 2016. Innovating Public Participation Methods: Technoscience and Reflexive Engagement. *Social Studies of Science* 46(5):749-72.
- WBGU. 2011. *Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation*. Berlin.
- Wehling, Peter. 2014. Reflexive Autonomie der Wissenschaft. Eine feldtheoretische Perspektive mit und gegen Bourdieu. In *Autonomie Revisited. Beiträge zu einem umstrittenen Grundbegriff in Wissenschaft, Kunst und Politik*, Hg. Martina Franzen, Arelan Jung, David Kaldewey und Jasper Korte, 62-87. Weinheim: Beltz Juventa.
- Weingart, Peter. 1997. From ›Finalization‹ to ›Mode 2‹: Old Wine in New Bottles? *Social Science Information* 36(4):591-613.
- Werber, Niels. 2016. Der Letzte Κατέχων oder: Das Übel der Differenzierung. Latour, Luhmann, Schmitt. *Soziale Welt* 67(3):267-80.
- Von Wissel, Carsten. 2015. Die Eigenlogik der Wissenschaft neu verhandeln: Implikationen einer transformativen Wissenschaft. *GAIA* 24(3):152-155.

Transdisziplinarität und Verantwortung

Wissenschaftssoziologische Perspektiven

auf projektförmig organisierte Forschung

Nico Lüdtke

EINLEITUNG

Die Nachhaltigkeitsdebatte ist seit ihrem Beginn wissenschaftsgetrieben; die zahllosen Krisendiagnosen und Problemlösungsstrategien sind vielfach wissenschaftsbasiert. Doch welche Auswirkungen ergeben sich durch den gesellschaftlichen Bedeutungsgewinn von Nachhaltigkeit für die wissenschaftlichen Praktiken sowie die Wissenschaft als solche? Vielfach ist in den Debatten die Rede von einer Verantwortung der Wissenschaft. Doch in welcher Weise wirken sich Verantwortungszuschreibungen in den sozialen Situationen des Forschungsalltags aus? Und lassen sich hierbei Veränderungen der Forschungspraxis durch eine zunehmende Orientierung an Nachhaltigkeitskonzepten beobachten? Der Beitrag behandelt diese Fragen anhand des neuen Forschungsmodus, der sich unter der Bezeichnung *Transdisziplinarität* etabliert hat. Dieser Forschungsmodus hat sich im Bereich der außeruniversitären Forschung herausgebildet, findet mittlerweile aber zunehmend auch über diesen Bereich hinaus Anwendung. Zwei Aspekte stehen im Zentrum dieses Beitrags: Erstens geht es darum, nach der Bedeutung von Verantwortungsverhältnissen innerhalb der Konstruktion wissenschaftlichen Wissens zu fragen und die Relevanz dieser Frage für die Wissenschaftsforschung zu verdeutlichen. Zweitens wird der Frage nachgegangen, ob die transdisziplinäre Forschung als ein neuer Typus projektförmig organisierter Forschung gesehen werden kann, insofern sich hier spezifisch neue bzw. andere Formen der Verantwortungszuschreibung zeigen, die Einfluss auf die Herstellung von Wissen besitzen. Der Beitrag stellt hierbei Zwischenergebnisse einer laufenden qualitativen Untersuchung dar, bei der Forschungsprojekte außeruniversitärer Forschungsinstitute untersucht werden.

Zu Beginn wird der Untersuchungsgegenstand umrissen (1). Das Feld, in dem sich der Typus einer nachhaltigkeitsorientierten transdisziplinären Forschung herausgebildet hat, wird dabei als ein politischer und wissenschaftlicher Problemkomplex beschrieben. Im nächsten Schritt wird der Forschungsstand dargestellt (2): Wenngleich die Wissenschaftsforschung erst damit beginnt, transdisziplinäre Forschung als Forschungsobjekt systematisch zu erschließen, gibt es eine Reihe von Ansätzen, auf denen sich aufbauen lässt. Ein wichtiger Bezugspunkt ist, dass auch in der Wissenschaftsforschung wieder Fragen der Organisation ins Zentrum gerückt sind. In aktuellen wissenschafts-, organisations- und innovationssoziologischen Arbeiten wird dabei explizit der Typus einer projektförmigen Forschung beleuchtet (Besio 2009; Torka 2009). Daran anschließend wirft der Beitrag die Frage auf, inwieweit die projektförmig organisierte Forschung im transdisziplinären Bereich Besonderheiten aufweist. Den Ausgangspunkt hierfür bildet die kritische Betrachtung der transdisziplinären Forschung durch Ansätze mit gouvernementalitätsanalytischer Perspektive (Lieven und Maasen 2007; Maasen 2010; Maasen und Lieven 2006). In diesen Ansätzen wird die Verbreitung von Transdisziplinarität als eine zunehmende *Managerialisierung der Forschung* gedeutet, die mit einer wachsenden Responsibilisierung der Forschungsakteure einhergeht. Diese Perspektive aufgreifend argumentiert der Beitrag, dass die Rede von einer Managerialisierung zu unscharf und der Begriff der Responsibilisierung zu undifferenziert ist. Demgegenüber wird vorgeschlagen, die Frage von Verantwortungszuschreibungen und deren praktischen Wirkungen systematisch ins Zentrum zu rücken, um mittels eines theoretisch differenzierten Konzepts die transdisziplinäre Forschung als einen Typus der projektförmigen Wissensproduktion zu untersuchen. Die Forschungsheuristik, im Sinne eines formalen Konzepts beobachtungsleitender Annahmen, die im dritten Teil dargestellt wird, verbindet sozialwissenschaftliche Ansätze zu Verantwortungsattributionen und metaethische Analysen von ›Verantwortung‹ mit der Perspektive gouvernementalitätsanalytischer Ansätze (3). Auf dieser Grundlage werden im vierten Teil die Anforderungen und Verantwortungszuschreibungen in der projektförmigen Forschung im Allgemeinen und der nachhaltigkeitsorientierten transdisziplinären Forschung im Besonderen beleuchtet (4). Durch diese Kontrastierung wird erkennbar, dass der transdisziplinäre Forschungstypus sich durch spezifische Elemente projektförmiger Organisation auszeichnet, was mit Konsequenzen hinsichtlich Verantwortungszuschreibungen verbunden ist.

1. WISSENSCHAFT UND NACHHALTIGKEIT

Das Verhältnis von Wissenschaft und Nachhaltigkeit lässt sich als ein politischer und wissenschaftlicher Phänomenkomplex darstellen (Lüdtke 2018). Einerseits wird im Rahmen der internationalen Nachhaltigkeitsdebatte der wissenschaftlichen Forschung gewöhnlich eine wesentliche Rolle zugewiesen. Das geltende Verständnis von *Nachhaltigkeit*, das im Kontext internationaler Umwelt- und Entwicklungspolitik Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre entstand (Brand und Jochum 2000), ist von Beginn an wissenschaftlich geprägt; die zahllosen Krisendiagnosen und Problemlösungsstrategien sind vielfach wissenschaftsbasiert, etwa in Form von Modellierungen (vgl. Meadows et al. 1972). Orientiert am politischen Leitbild *sustainable development* haben sich in der Folge konkrete wissenschaftspolitische Ansätze zur Neuausrichtung der wissenschaftspolitischen Agenda und zur Umgestaltung des gesamten Wissenschaftssystems herausgebildet (vgl. Kates et al. 2000), deren förderpolitische Umsetzungen zunehmend die Forschungslandschaft verändern (vgl. WBGU 2011; Wissenschaftsrat 2015). Andererseits ist in außeruniversitären Forschungseinrichtungen – und zwar zeitlich vor dem Einsetzen des wissenschaftspolitischen Diskurses – damit begonnen worden, einen neuen Forschungsmodus zu erproben und zu etablieren. Kennzeichen dieses neuen Typs der Forschung ist zum einen ein spezifischer Zuschnitt auf der Sachebene und zum anderen eine bestimmte Form, wie Forschungsprozesse innerhalb von Projekten sozial organisiert werden. Das spezifisch Neue ergibt sich nämlich aus der Verbindung aus Problemorientierung und partizipativer Form der Wissenserzeugung (Brinkmann et al. 2015). Der Akzent liegt sowohl auf der systematischen Bearbeitung komplexer und gesellschaftlich relevanter (und damit nicht primär wissenschaftlich orientierter) Probleme als auch auf einer weitgehend kooperativen und partizipativen Wissenserzeugung, die außerwissenschaftliche Akteure, Wissensformen, Werthaltungen, Interessen und Ansprüche (notwendigerweise) in den Forschungsprozess mit einbindet. *Transdisziplinarität* hat sich in diesem Zusammenhang als Terminus für die neue inhaltliche Ausrichtung und hinsichtlich der Umstellung der Form der Wissenserzeugung etabliert (Hirsch-Hadorn et al. 2008; Jahn et al. 2012).

Ein wichtiger Beitrag der Wissenschaftsforschung bzw. -soziologie ist es, im Zusammenhang des beschriebenen Phänomenkomplexes das gegenwärtig emergierende Feld einer nachhaltigkeitsorientierten transdisziplinären Forschung zu beleuchten und die beobachtbaren Veränderungen der Bedingungen und Praktiken wissenschaftlichen Forschens zu analysieren. Die hier vorgeschlagene Perspektive impliziert die Annahme, dass sich eine neue und fruchtbare soziologische Analyseperspektive daraus ergibt, die Veränderungen im transdisziplinären Bereich hinsichtlich der Formen der Verantwortungszuschreibung zu untersuchen. Wie Verantwortung zugeschrieben wird, wird

dabei nicht in einem ethischen oder gesellschaftskritischen Sinne, sondern als eine soziologisch-empirische Frage aufgefasst, die auf den Prozess und die Bedingungen der Wissensproduktion gerichtet ist – sprich: im Sinne der neueren Ansätze der empirischen Wissenschaftssoziologie bzw. der Wissenschafts- und Technikforschung. Die vorgeschlagene Analyseperspektive dient dazu, den Typus einer nachhaltigkeitsorientierten transdisziplinären Forschung in-the-making im jeweiligen Praxisfeld mit Blick auf die konstitutiven kulturellen und sozialen Rahmungen zu beobachten. Verglichen mit dem Ansatz der Wissenskulturen von Knorr-Cetina (2002) wird dabei allerdings in drei Hinsichten eine Erweiterung vorgenommen. Erstens wird nicht nur allgemein nach den Organisationsformen und Ordnungsrahmen der wissenschaftlichen Wissensproduktion gefragt, sondern speziell nach der Bedeutung von Verantwortungszuschreibungen. Zweitens wird das gegenwärtig emergierende Feld einer nachhaltigkeitsorientierten transdisziplinären Forschung in den Blick genommen. Drittens wird schließlich auch in methodologischer Hinsicht eine Erweiterung eingeführt, insofern auf der Grundlage einer expliziten sozialtheoretischen Reflexion eine Forschungsheuristik der Verantwortung erarbeitet wird. Mit Bezug auf aktuelle wissenschafts-, organisations- und innovationssoziologische Ansätze zu projektformiger Forschung wird herausgearbeitet, inwieweit die projektformig organisierte Forschung im transdisziplinären Bereich Besonderheiten aufweist.

2. TRANSDISZIPLINARITÄT: MANAGERIALISIERUNG DER FORSCHUNG?

Arbeiten sowohl der Wissenschafts- und Innovationsforschung als auch der Organisationsoziologie diagnostizieren seit längerem eine Ausweitung von Organisationsformen: Neben Universitäten und Forschungsinstitute sowie Forschungs- und Entwicklungsabteilungen in Unternehmen treten demnach Arrangements neuartiger Kooperationen wie Verbünde, Cluster und Projekte (vgl. Besio 2012). Besondere Aufmerksamkeit hat dabei die Form des Projekts auf sich gezogen. Studien zufolge lässt sich die weit verbreitete Projektformigkeit als eine Reaktion auf die mit der Offenheit wissenschaftlicher Wissensproduktion gegebenen Schwierigkeiten der Organisation von Forschung deuten (Besio 2009; Torcka 2009). Parallel dazu weist die soziologische Innovationsforschung auf die mit der Zunahme von (neuen) Organisationsformen entstehenden Konflikte der organisationalen Koordination und Steuerung hin. Formalisierung und Planung ermöglichen wissenschaftliches Arbeiten einerseits, andererseits kann Innovativität aber auch gehemmt werden (Rammert 2007).

Mit Blick auf den organisations- und wissenschaftssoziologischen Diskussionsstand (vgl. Torcka 2012) lässt sich feststellen, dass sich im Kontext nach-

haltigkeitsorientierter Forschung der Trend zunehmender Organisations- und Managementstrukturen sowie ansteigender Kooperationsbeziehungen (zwischen Organisationseinheiten, zwischen Fachdisziplinen, zwischen heterogenen Akteursgruppen) grundsätzlich fortsetzt (vgl. Besio 2012, S. 266). Die weitergehende Frage ist jedoch, welche Besonderheiten sich anhand des verbreiteten Projekt- und Forschungsmanagements im Bereich der transdisziplinären Forschung beobachten lassen. Sind die Akteure in den nachhaltigkeitsrelevanten Bereichen der Wissenschaft in neue Verantwortungsverhältnisse eingebunden? Hierbei ist die Frage zu berücksichtigen, in welcher Relation die Verbreitung solcher Formen zu wissenschafts- und forschungspolitischen Entwicklungen steht.

Einen Ansatz hierzu bilden herrschaftskritische Gouvernementalitätsanalysen, die die Ausweitung des Organisationstyps *Projekt* und entsprechender Managementstrukturen in den Blick nehmen (Bröckling 2005). Die Projektförmigkeit nebst Formen des Selbstmanagements werden in dieser Perspektive gedeutet als Antworten auf die Anforderungen, die sich innerhalb des gegenwärtigen Regimes des Neoliberalismus stellen (vgl. Bröckling et al. 2000). Dabei wird auch explizit der Typus transdisziplinärer Projekte in den Blick genommen. Maasen (2010) deutet etwa Transdisziplinarität als eine Form der »Dienstbarmachung der Wissenschaft für die neoliberale Gesellschaft« (Maasen 2010, S. 245). Die damit verbundene Managerialisierung von Forschung lasse sich auch auf der Mikroebene der praktischen Arbeit von Forschenden und Projektteams empirisch beobachten (Maasen und Lieven 2006), wo sich Formen des Projekt- und Selbstmanagements ausbreiten. Die Schlussfolgerung ist hier, dass sich zwischen der Realisierung von Partizipation und Demokratisierung der Wissenschaft einerseits und den Anforderungen des neoliberalen Regimes andererseits ein Zusammenhang herstellen lasse: Transdisziplinäre Forschung entspreche einem neuen Typ der Steuerung oder Governance von Wissenschaft (Maasen und Lieven 2006). Transdisziplinäre Forschungsprojekte werden als »Foren der Kopplung von Wissenschaft und Politik auf der Basis der zunehmenden Responsibilisierung aller Akteure« (Lieven und Maasen 2007, S. 39) gedeutet, was auf ein neues Verhältnis zwischen einer wissenschaftsbasierten Gesellschaft und einer politisch sensiblen Wissenschaft hinweist: Transdisziplinäre Wissensproduktion entspreche »einer Gesellschaft, die zunehmend auf kontinuierliche Selbstregulierung und flexible Kontrolle setzt, und zwar durch Personen, die an den Grenzen der Subsysteme verantwortlich und managerial zu agieren vermögen«.

Auch wenn diese Analysen wichtige Einblicke bieten, lassen sich mehrere Punkte einwenden: Zum einen wird nicht systematisch der Frage nachgegangen, welche Bedeutung Verantwortungszuschreibungen innerhalb von Wissensprozessen zukommt. Außerdem lässt sich fragen, ob die Kritik, die hier an transdisziplinärer Forschung geübt wird, sich überhaupt auf ein Spezifikum

transdisziplinärer Forschung richtet, oder ob man die kritisierten Tendenzen nicht auch in anderen Wissenschaftsbereichen finden kann. Die Frage ist also, ob diese Kritik überhaupt stichhaltig ist, denn »kontinuierliche Selbstregulierung und flexible Kontrolle« scheinen in der Wissenschaft genauso normal zu sein wie die selbstverständliche Bereitschaft zur Selbstausbeutung. Vor diesem Hintergrund erscheint die Kritik, die nur auf transdisziplinäre Forschung bezogen wird, zu pauschal; und die Rede von der Responsibilisierung erscheint zu wenig differenziert.

Ein differenzierteres Bild ergibt sich, wenn man Verantwortungszuschreibungen ins Zentrum rückt und systematisch hinsichtlich Verursachung und Zuständigkeit, positiver und negativer Bewertung, Fremd- und Selbstzuweisung sowie formalem und informalem Charakter unterscheidet. Auf der Grundlage dieser analytischen Differenzierungen kann die Analyse praktisch wirksamer Verantwortungszuschreibungen einen bislang wenig untersuchten Aspekt der Produktion und Governance von Wissen kenntlich machen.

3. VERANTWORTUNG ALS SOZIOLOGISCHE ANALYSEKATEGORIE

Eine soziologische Beobachtung von *Verantwortung* ist auf einer deskriptiven Metaebene angesiedelt (vgl. Lenk 1992b, S. 87). Als Ausgangspunkt lässt sich mit Blick auf die Kontingenz der Bedeutungen von *Verantwortung* die These aufstellen, dass Verantwortung als »ein Mechanismus zur Steuerung des menschlichen Verhaltens« zu begreifen ist (Bayertz 1995, S. 23). Verantwortung stellt also eine Variante der Steuerung bzw. Governance dar, die bestimmten praktischen Zwecken dient, nämlich sozialen Zwecken: z.B. um für negativ bewertete Handlungsfolgen einen Schuldigen zu benennen, oder um für die Herstellung eines positiv bewerteten Zustandes einen Zuständigen zu bestimmen. Hierbei ist zunächst unerheblich, ob diese Zurechnung implizit oder explizit erfolgt. Es ist jedoch zu beobachten, dass *Verantwortung* gerade dann zum Gegenstand expliziter Legitimationsversuche und extensiver Begriffsarbeit wird, wenn Probleme hinsichtlich der sozialen Funktionen von Zurechnungspraktiken angesichts sozialer, politischer, wirtschaftlicher oder ökologischer Veränderungen auftreten, wie die Begriffsgeschichte der Verantwortungsterminologien belegt (Bayertz 1995; Heidbrink 2003; Lenk und Maring 2001).

Damit wird eine grundlegende Schwierigkeit erkennbar, die einer sozial-theoretischen Definition von *Verantwortung* gewissermaßen vorgelagert ist. Das Problem besteht darin, dass einerseits zwar auf gesellschaftlich relevante Verantwortungsbegriffe als sinnhaft-soziale Phänomene Bezug zu nehmen ist. Andererseits kann aber ein bestimmtes partikulares Verständnis von *Verantwortung* nicht einfach als theoretische Annahme in der Analyse fungieren.

Verantwortung stellt keine universelle Kategorie dar; in welcher Weise und wem Verantwortung zugeschrieben wird und welche Semantiken und Sprachpraktiken hierbei in der Praxis zur Anwendung kommen (und natürlich auch, ob überhaupt entsprechende semantische Konstruktionen ausgebildet werden), kann historisch und kulturell stark variieren. Gleichwohl ist es plausibel, zu sagen, dass es ein Kennzeichen moderner Vergesellschaftungsformen ist, dass Verantwortung für das Handeln und Nicht-Handeln von Menschen zugeschrieben wird, wie bspw. Schütz und Luckmann (2003, S. 451ff.) bemerken. Wie Vogelmann (2014) jedoch aufzeigt, lassen sich Verantwortungsbegriffe (etwa aus dem moralphilosophischen oder rechtswissenschaftlichen Bereich) nicht einfach in das soziologische Vokabular überführen, da solche Begriffe mit bestimmten, gegenwärtig wirksamen Zwecksetzungen in Verbindung stehen. Es wäre naiv, anzunehmen, dass die begriffliche Arbeit an Verantwortungssemantiken jenseits gesellschaftlich praktischer Verwendungsweisen oder sogar Instrumentalisierungen betrieben werden kann.

Angesichts dessen bietet sich für die empirische Untersuchung der jeweiligen gesellschaftlichen Bedeutungen und deren Wirkungen im sozialen Leben ein reflexives Verfahren an, bei dem die Relation zwischen Theoriekonstruktion und Beobachtungsphänomenen durchgängig im Sinne eines hermeneutischen Vorgehens organisiert ist (vgl. Lüdtko 2015, Kap. 2.2; Kalthoff et al. 2008). Um in diesem Rahmen eine Forschungsheuristik, also ein formales Konzept beobachtungsleitender Annahmen, zu erarbeiten, lässt sich auf sozialwissenschaftliche Ansätze zu Verantwortungsattributionen (Gerhards et al. 2007; Peters und Heinrichs 2005) und metaethische Analysen von *Verantwortung* (Bayertz 1995; Heidbrink 2003; Lenk 1992a,b) Bezug nehmen und mit der Perspektive der gouvernementalitätsanalytischen Ansätze verbinden. Die sozialwissenschaftliche Attributionsforschung legt den Schwerpunkt auf den Prozess der kommunikativen Konstruktion von Verantwortungsrelationen. Metatheoretische Untersuchungen von Verantwortungssemantiken sowie Gouvernementalitätsanalysen bieten gegenüber dieser inhaltsanalytischen Ausrichtung eine sinnvolle Ergänzung, da die Frage unterschiedlicher Formen bzw. Modi von Verantwortungszuschreibungen in Relation zu den sozialen Bedingungen und Wirkungen beleuchtet werden.

Die Forschungsheuristik zur Analyse praktisch wirksamer Verantwortungszuschreibungen baut auf der These auf, dass *Verantwortung* eine Variante der Steuerung menschlichen Verhaltens in Form einer Zuschreibung darstellt (Bayertz 1995, S. 64f.; Gerhards et al. 2007, S. 106). Ausgehend von der gängigen Unterscheidung zwischen einer »Verantwortung gegenüber jemandem« und einer »Verantwortung für etwas« (Schütz 2011) lässt sich davon sprechen, dass Verantwortung als Vorgang einer Zuschreibung zwei Relationen miteinander verschränkt: die Beziehung zwischen einem Zuschreibungssubjekt und dem Verantwortungssubjekt (Adressat der Zuschreibung) sowie die Be-

ziehung zwischen dem Verantwortungssubjekt und einem Verantwortungsobjekt (Gegenstand der Zuschreibung). Es ergibt sich eine Beziehungstriaus aus Zuschreibungssubjekt, Verantwortungssubjekt und Verantwortungsobjekt. Das zweite wesentliche Merkmal dieses Vorgangs ist, dass mit der Zuschreibung vom Zuschreibungssubjekt auf ein Verantwortungssubjekt zugleich ein bestimmtes Werturteil transportiert wird (Bayertz 1995, S. 65). *Verantwortung* bedeutet, dass mit der Trias aus Zuschreibungssubjekt, Adressat der Zuschreibung und Gegenstand der Zuschreibung eine bewertende Relation hergestellt wird (Gerhards et al. 2007, S. 110f.).

Ausgehend von der Verantwortungstriaus aus Zuschreibungssubjekt, Verantwortungssubjekt und Verantwortungsobjekt sind zunächst analytische Differenzierungen der Relation zwischen Verantwortungssubjekt und -objekt möglich, indem zwischen Verursachung und Zuständigkeit unterschieden wird. Diese Unterscheidung findet sich auch in der Analyse von Gerhards et al. (2007; vgl. Gerhards et al. 2009, S. 540ff.). Allerdings konzentrieren sich die Autoren auf Attributionsaussagen in der politischen Berichterstattung in Form der Kausalattribution, etwa hinsichtlich politischem Erfolg/Misserfolg (Gerhards et al. 2009, S. 542). Die Frage der Zuständigkeit wird dagegen nur mit Blick auf organisationale Zusammenhänge beleuchtet (Gerhards et al. 2007, S. 115). Zuständigkeit reduziert sich dadurch auf die Frage des Funktionierens organisationaler Kooperation bzw. der Behebung von Störungen des Gesamtablaufs und der damit verbundenen Rationalisierungs- und Steuerungsmaßnahmen, mittels derer Zuständigkeiten für bestimmte Aufgaben rollenspezifisch definiert, koordiniert und überwacht werden (Bayertz 1995, S. 30f.).

Mit Blick auf die präventive Ausrichtung der Nachhaltigkeitsorientierung im Wissenschaftsbereich erscheint indes eine zweite Variante der Zuständigkeit viel bedeutsamer, die etwa in der Analyse der Wissenschaftskommunikation innerhalb der Klimadebatte von Peters und Heinrichs (2005) aufgegriffen wird, nämlich der Bezug auf Zukunft, Risiko und Vorsorge. In eine ähnliche Richtung weist auch die jüngere verantwortungsethische Debatte, wo ein prospektiver Begriff der Zuständigkeit ins Zentrum gerückt wird, während der klassische Verantwortungstopos, an dem sich Gerhards et al. (2007) orientieren, in den Hintergrund getreten ist. Bei dieser Form geht es nicht um Zuständigkeiten für ganz bestimmte, aber im Grunde beliebige Aufgaben in arbeitsteiligen Organisationszusammenhängen, sondern um Zuständigkeiten für verantwortungsvolle bzw. anspruchsvolle Aufgaben (Bayertz 1995, S. 32). An die Stelle des Problems der Verursachung, nämlich wer für entstandene Schäden verantwortlich ist, tritt die Frage der Zuständigkeit für die Erledigung wichtiger Aufgaben bzw. für die Herbeiführung oder Bewahrung zukünftiger Zustände, deren Dauerhaftigkeit als wertvoll erachtet wird. Durch die Veränderung des Bezugsproblems verändert sich auch die normative Basis: »man ist nicht mehr für negative Folgen verantwortlich, sondern für positive Zu-

stände« (Bayertz 1995, S. 32). Die Akzentuierung des zweiten Typs von Zuständigkeit entspricht somit einer Veränderung der Relevanzsetzung innerhalb der Verantwortungssemantik: von der vormaligen Dominanz des Typs einer retrospektiven und negativ bewerteten Zuschreibung von Verursachung hin zum Primat der Zuständigkeitsattribution, die durch den Zusammenhang zwischen prospektiver Orientierung und positiver Ausrichtung gekennzeichnet ist (Heidbrink 2003, S. 209f.).

Parallel zur Differenzierung von Zuständigkeit ist für die Analyse wichtig, unterschiedliche Formen in den Blick zu nehmen, die das Verhältnis von Zuschreibungs- und Verantwortungs-Subjekt annehmen kann. Diese Analysedimension ist von entscheidender Bedeutung, da hierbei der Fokus darauf gerichtet wird, *wie* im Kontext bestimmter sozialer Zusammenhänge Verantwortung zugerechnet wird. In der Untersuchung von Gerhards et al. (2007) bleibt diese zweite Analysedimension gänzlich unberücksichtigt. Damit Verantwortung als soziologische Analysekategorie aber eine fruchtbare Perspektive ergibt, ist unbedingt auch zu betrachten, durch wen Verantwortung adressiert wird und in welcher Art und Weise Verantwortungszurechnungen erfolgen. Eine wichtige Unterscheidung ist hierbei die Differenz von Fremd- und Selbstzuweisung.

Das Verhältnis zwischen Selbst- und Fremdzuweisung von Verantwortung ist in den letzten Jahren zunehmend bedeutsam in der Diskussion geworden (Henkel und Åkerstrøm Andersen 2013/2014). Dabei sind Auseinandersetzungen mit gegenwärtigen Formen der Selbst- bzw. Eigenverantwortung einschließlich der Betrachtung der dabei entstehenden Paradoxien in den Vordergrund gerückt, etwa hinsichtlich des Zusammenhangs zwischen öffentlicher und privater Verantwortung (Heidbrink und Hirsch 2006) oder mit Blick auf Konsumentenverantwortung (Grunwald 2012; Heidbrink et al. 2011). In Gouvernementalitätsanalysen, die in herrschaftskritischer Absicht den Zusammenhang von Machtpraktiken und Subjektivierungsprozessen beleuchten, wird mittels des Begriffs der Responsibilisierung beschrieben, wie Machttechnologien auf Selbsttechnologien wirken, nämlich indem mittels Verantwortungsübertragung die Verantwortung des Staates an die Subjekte delegiert wird und so zu einer Selbstsorge bzw. Selbstverantwortung transformiert wird (Bröckling et al. 2000; Krasmann 2003; Miller und Rose 2008; Vogelmann 2014). In eine ähnliche Richtung weist auch die These einer Responsibilisierung im Bereich transdisziplinärer Forschung, wobei die Transformation gesellschaftspolitischer Aufgaben durch die Einbindung etwa wissenschaftlicher oder zivilgesellschaftlicher Akteure mittels spezifischer Formen des Projekt- und Selbstmanagements kritisiert wird (Lieven und Maasen 2007; Maasen 2010; Maasen und Lieven 2006).

An dieser Stelle zeigt sich, dass sich mittels der Forschungsheuristik und der vorgeschlagenen analytischen Differenzierungen bestehende Auseinan-

dersetzungen mit *Verantwortung* aufgreifen lassen und sinnvoll miteinander in einen Zusammenhang bringen lassen. Im nächsten Schritt wird die Konzeption empirisch angewendet, indem Formen der Verantwortungszurechnung im Bereich der nachhaltigkeitsorientierten Wissensproduktion betrachtet werden – sowohl mit Blick auf die zunehmende Projektförmigkeit von Forschung allgemein als auch hinsichtlich der Besonderheiten im Feld transdisziplinärer Projekte. Als aufschlussreich erweist sich hierbei zum einen die Unterscheidung zwischen einer (an Funktionalität und Rationalität ausgerichteten) retrospektiven und einer (normativ mitunter stark aufgeladenen) prospektiven Form von Zuständigkeit; zum anderen die Differenzierung von Selbst- und Fremdzurechnung von Verantwortung. Wie die Analyse projektförmig organisierter Forschung außerdem zeigt, ist hinsichtlich des Verhältnisses von Selbst- und Fremdzurechnung zusätzlich die Differenz zwischen formaler und informaler Zuschreibung von Bedeutung.

4. VERANTWORTUNGSZURECHNUNG UND PROJEKTFÖRMIG ORGANISIERTE FORSCHUNG

Das um sich greifende professionalisierte Projekt- und Forschungsmanagement lässt sich allgemein verstehen als Ausdruck einer zunächst ambivalent erscheinenden Entwicklung: nämlich sowohl die Ausbreitung von formalen Organisationsstrukturen und -verfahren (Besio 2012) als auch die zunehmende Etablierung der projektbasierten Organisationsform, die hinsichtlich der Innovationsfähigkeit als vorteilhaft beschrieben wird, weil sie eine Flexibilisierung formaler und hierarchischer Organisationsstrukturen ermöglicht (Sydow et al. 2004). Die ansteigende Verbreitung von Projekt- und Managementstrukturen im Bereich von Wissenschaft und Forschung lässt sich insofern nicht einfach nur als Ausweitung von Formalisierung und unternehmerischen Führungstechniken verstehen. Wie soziologische Studien (Besio 2009; Torca 2009) zeigen, verspricht die Organisationsform des Projekts sowohl Planbarkeit als auch relative Freiheit gegenüber der formalen Organisation. Da Projekte vom Prinzip der indirekten bzw. evolutionären Steuerung nach der Vorstellung selbstorganisierender Systeme geleitet sind (was sich etwa darin niederschlägt, dass statt starrer Zielvorgaben eher eine evolutionäre Zielentwicklung innerhalb iterativ-zyklischer Entwicklungsprozesse befürwortet wird), sind komplementär zur Implementierung stark formalisierender Techniken der Planung und Kontrolle auch immer – wie Bröckling (2005, S. 378) betont – die »eher »weichen« Methoden der Personalführung und Gruppenarbeit« gekoppelt. Zu dieser zweiten Seite des Projektmanagements, die das Projekt als einen sozialen Prozess begreift (Litke 2004, S. 287f.), gehören spezielle Techniken der Kommunikation und Interaktion, etwa zur Kreativitätssteigerung, Förderung

der Gruppenzusammenarbeit oder Konfliktlösung (vgl. die Analyse der neueren Managementliteratur von Boltanski und Chiapello 2003). Ein Beispiel stellt der Ansatz lateraler Führung dar. Innerhalb des Spannungsverhältnisses zwischen dem Prinzip formal-hierarchischen Führungsverhaltens und der Akzentsetzung auf zwischenmenschliche Beziehungen (vgl. Blake und Mouton 1964) lässt sich dieser Ansatz als Reaktion auf das Problem verstehen, dass speziell in Projekten die Projektleitung oftmals keine Personalverantwortung und Weisungsbefugnisse besitzt, aber trotzdem das Engagement der Projekt- bzw. Teammitglieder einfordern oder aktivieren muss (Kühl und Schnelle 2009). Den Soft-Skills bzw. psychologisch-sozialen Kompetenzen wird in der Managementliteratur deswegen ein großer Stellenwert zugeschrieben, weil die Leistungsfähigkeit von Projekten gerade in den Selbstorganisationsprozessen gesehen wird, die durch die Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung der Personen innerhalb des Projektteams angetrieben wird (Litke 2004, S. 163ff., 287f.). Ein Projekt gilt als partnerschaftliche, emanzipatorische Zusammenarbeit, die weniger durch direkte Kontrolle als durch innere Motivation aller Beteiligten angetrieben wird.

Der Trend zunehmender Organisations- und Managementstrukturen sowie ansteigender (interorganisationaler, interdisziplinärer sowie transdisziplinärer) Kooperationsbeziehungen (vgl. Besio 2012, S. 266) führt zu einem spezifischen Zuschnitt von Verantwortungsverhältnissen. Auf einer formalen Ebene werden durch die Einführung des Organisationstyps *Projekt* und entsprechender Managementstrukturen bestimmte funktional strukturierte Verantwortlichkeiten definiert und überprüfbar gemacht, die schließlich auch (positiv wie negativ) sanktioniert werden können. Typisch ist aber gleichzeitig auch die Verbreitung informaler Formen von Verantwortung und flexibler Selbststeuerung. Die Zusammenarbeit innerhalb des Projektteams basiert zu einem wesentlichen Teil darauf, dass sich die Beteiligten – über die formalisierten Aufgaben hinaus – auf einer persönlichen Ebene verantwortlich für die Realisierung des Projekts und das Erreichen der Projektziele fühlen. Die Motivation zur Zusammenarbeit speist sich aus dieser positiv bewerteten Selbstzuschreibung von Verantwortung.

Vor dem Hintergrund dieser Betrachtung projektförmig organisierter Forschung kann die Forschungsheuristik im nächsten Schritt auf das Feld der transdisziplinären Wissensproduktion gerichtet werden. Die Grundlage hierfür bildet eine laufende empirische Studie, bei der mittels teilnehmender Beobachtung, qualitativer Interviews sowie Dokumentenanalyse an bislang sieben deutschen außeruniversitären Forschungsinstituten Projekte untersucht werden, die auf Transdisziplinarität ausgerichtet sind sowie eine Forschungsorientierung aufweisen, d.h., die nicht primär Auftragsforschung oder Beratung betreiben (vgl. hierzu auch Zierhofer und Burger 2007). Die Frage ist, inwieweit in diesem Feld Besonderheiten projektförmiger Forschung erkennbar

werden und welche Konsequenzen sich für die Formen der Verantwortungszuschreibung zeigen.

Projekte nachhaltigkeitsorientierter transdisziplinärer Forschung stellen einen Sonderfall des Typus projektförmiger Forschung dar. Speziell in solchen Projekten besteht das Problem der Integration und mikropolitischen Koordination von Heterogenität in neuer Qualität. Die Zusammensetzung solcher Projekte, die sich durch die Umsetzung von Problemorientierung und Partizipation ergibt, stellt deshalb besondere Anforderungen an das Projektmanagement. In der transdisziplinären Forschung sind mikropolitische Konflikte an der Tagesordnung. Solche Konflikte entstehen, wenn die partizipativ ausgerichtete Projektarbeit zunehmend und mit überkomplexen und konfliktreichen Settings aus Werteorientierungen, Wissensformen und -ansprüchen verschiedener wissenschaftlicher und außerwissenschaftlicher Akteure konfrontiert wird.

Folglich lässt sich beobachten, dass transdisziplinäre Forschung zu einem großen Anteil Managementaufgaben umfasst. Denn angesichts der Heterogenität wird die Integration und Kooperation innerhalb eines Projekts nicht allein durch die Orientierung der Projektbeteiligten an einem gemeinsamen Sachthema (gesellschaftliches Problem und dessen Lösung) realisiert. Das Projektmanagement muss aktiv die Zusammenarbeit planen, organisieren und strukturieren, indem quasi-unternehmerische Management- und Führungstechniken angewendet werden: etwa mittels Zuschreibung funktional und sequenziell aufgegliederter Aufgaben und durch Kontrolle der Zuständigkeiten der Projektbeteiligten hinsichtlich des Verlaufs der Projektphasen und des Erreichens von *Meilensteinen*. Gleichzeitig ist es die Aufgabe des Projektmanagements, die Zusammenarbeit des Teams zu aktivieren und zu moderieren sowie eventuelle entstehende Konflikte zu entschärfen.

Die in Projekten übliche Mischung aus formalen und informalen Formen der Verantwortung ist jedoch nicht allein wirksam, um Integration und Kooperation sicherzustellen. Realisiert wird dies in der Verbindung mit einer besonderen Form der Verantwortungszuschreibung: Die hinter Transdisziplinarität und Partizipation liegende Idee ist, dass die zur Lösung gesellschaftlicher Probleme erforderliche Wissenserzeugung eine gemeinschaftliche Aufgabe ist. Daran gekoppelt ist die Vorstellung emanzipatorischer Verfahren der Selbststeuerung und flexibler Selbstregulierung, die als Formen informaler Selbstverantwortung realisiert werden. Hinsichtlich der *nachhaltigen* Aufrechterhaltung des Gemeinwesens ist die Forderung nach Verantwortung besonders in Form von Selbstzuschreibung wirksam. Diese normativ gehaltvolle Zuständigkeitsattribution prägt in besonderem Maße auch die Arbeit transdisziplinärer Projektteams.

Für Personen, die mit dem Management eines solchen Projekts betraut sind, resultiert daraus eine ambivalente Situation – insbesondere wenn sie

sowohl für die organisatorische als auch für die inhaltliche Projektarbeit zuständig sind (was vor allem bei kleineren Projekten der Regelfall ist). Das quantitative wie qualitative Ausmaß an Heterogenität stellt große organisatorische Anforderungen an das Projektmanagement. Gleichzeitig sind den Möglichkeiten formalisierender Verfahren innerhalb eines Projekts Grenzen gesetzt. Aber auch *weiche* Moderationstools und interaktive Kommunikationstechniken sind nur begrenzt wirksam. Angesichts heterogener Akteure und mikro-politischer Unstimmigkeiten lautet das Dauerproblem: Wie lässt sich die erforderliche Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen Projektpartnern organisieren? Und diese Frage stellt sich in erster Linie den Leitungspersonen. Transdisziplinär Forschende auf der Ebene des Projektmanagements sind deshalb mit einem Doppelproblem konfrontiert, das in beiden Fällen über die formale Zuständigkeit hinsichtlich der Funktion im Projekt hinausgeht: Sie schreiben sich einerseits auf einer persönlichen Ebene Verantwortung für die Erreichung der inhaltlichen Projektziele zu. Dies gilt in der einen oder anderen Weise auch für die übrigen Projektbeteiligten. Darüber hinaus verpflichten sich aber vor allem die Projektleitenden selbst dazu, dass das Projekt als solches fort- bzw. zum Erfolg geführt wird. Dieses doppelte Problem resultiert aus dem normativen Anspruch von Transdisziplinarität: Sowohl in inhaltlicher (Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen) als auch in organisatorischer Hinsicht (Partizipation) wird transdisziplinären Projekten ein besonderer Wert zugemessen. Das Erreichen von Projektzielen sowie die Herstellung und Aufrechterhaltung der Projektzusammenarbeit schlagen sich somit in einem gesteigerten Maß auf die Selbstverpflichtung der Projektleitenden nieder.

5. RESÜMEE

Die Betrachtung der projektförmig organisierten Forschung im nachhaltigkeitsorientierten transdisziplinären Bereich zeigt das Potenzial einer wissenschaftssoziologischen Auseinandersetzung mit Verantwortungszuschreibungen auf. Für die Analyse der sozialen Organisationsformen im Prozess der Wissensproduktion ist diese Perspektive von großer Bedeutung – nicht nur da die Tendenz zur Ausweitung projektförmiger Forschung in vielen Bereichen anhält. Da sich mithilfe der Forschungsheuristik und der analytischen Differenzierungen die teils ambivalenten Anforderungen des Projektmanagements systematisch in den Blick nehmen lassen, erweist sich die vorgeschlagene Perspektive als sinnvolle Ergänzung zu bestehenden Untersuchungen projektförmiger Forschung. Es zeigt sich, dass die im nachhaltigkeitsorientierten Konzept der Transdisziplinarität implizierten Werte nicht nur zu Legitimationszwecken praktische Verwendung finden, etwa in wissenschaftspolitischen Debatten, sondern auch Auswirkungen auf die Praktiken wissenschaftlicher

Forschung haben. Die Realisierung transdisziplinärer Projekte basiert zu einem wesentlichen Teil darauf, dass die Projektbeteiligten nicht nur formal Aufgaben zugeschrieben bekommen oder mittels informaler Methoden für das Erreichen der Projektziele motiviert werden, sondern sich selbst besondere Zuständigkeiten zuschreiben. Die Problemorientierung und die partizipative Form solcher Projekte spiegelt die normative Ausrichtung von *Nachhaltigkeit* in einem Modus der Prävention, sodass die praktische Projektarbeit eine Organisationsstruktur aufweist, die besonders durch die Form einer prospektiv ausgerichteten und positiv bewerteten Verantwortungszurechnung geprägt ist. Die These einer Managerialisierung ist deshalb zu unscharf bzw. trifft nicht den eigentlich interessanten Punkt. Denn die organisationalen Schwierigkeiten und Konflikte und die mitunter problematischen Formen einer Responsibilisierung können besonders auf der Ebene des Projektmanagements beobachtet werden, wo unterschiedliche Formen informaler und formaler Selbst- und Fremdzuschreibung zusammenlaufen.

LITERATUR

- Bayertz, Kurt. 1995. Eine kurze Geschichte der Herkunft der Verantwortung. In *Verantwortung: Prinzip oder Problem?*, Hg. Kurt Bayertz, 3-71. Darmstadt: Wiss. Buchges.
- Besio, Cristina. 2009. *Forschungsprojekte: Zum Organisationswandel in der Wissenschaft*. Bielefeld: transcript.
- Besio, Cristina. 2012. Forschungsorganisationen. In *Handbuch Organisationstypen*, Hg. Maja Apelt und Veronika Tacke, 253-273. Wiesbaden: Springer VS.
- Blake, Robert R., und Jane S. Mouton. 1964. *The Managerial Grid: Key Orientations for Achieving Production through People*. Houston, Tex.: Gulf Publ. Co.
- Boltanski, Luc, und Ève Chiapello. 2003. *Der neue Geist des Kapitalismus*. Konstanz: UVK.
- Brand, Karl-Werner, und Georg Jochum. 2000. Der deutsche Diskurs zu nachhaltiger Entwicklung. *MPS-Texte* 1/2000. München.
- Brinkmann, Carina, Matthias Bergmann, Jo-Ting Huang-Lachmann, Simone Rödder und Susanne Schuck-Zöller. 2015. *Zur Integration von Wissenschaft und Praxis als Forschungsmodus – Ein Literaturüberblick*, Report 23. Hamburg: Climate Service Center Germany.
- Bröckling, Ulrich. 2005. Projektwelten. Anatomie einer Vergesellschaftungsform. *Leviathan* 33:364-383.
- Bröckling, Ulrich, Susanne Krasmann und Thomas Lemke. 2000. *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

- Gerhards, Jürgen, Anke Offerhaus und Jochen Roose. 2007. Die Öffentliche Zuschreibung von Verantwortung. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 59:105-124.
- Gerhards, Jürgen, Anke Offerhaus und Jochen Roose. 2009. Wer ist verantwortlich? Die Europäische Union, ihre Nationalstaaten und die massenmediale Attribution von Verantwortung für Erfolge und Misserfolge. In *Politik in der Mediendemokratie. Politische Vierteljahresschrift Sonderheft*, Hg. Frank Marcinkowski und Barbara Pfetsch, 529-558. Wiesbaden: VS Verlag.
- Grunwald, Armin. 2012. *Ende einer Illusion. Warum ökologisch korrekter Konsum uns nicht retten wird*. München: oekom.
- Heidbrink, Ludger. 2003. *Kritik der Verantwortung. Zu den Grenzen verantwortlichen Handelns in komplexen Kontexten*. Weilerswist: Velbrück.
- Heidbrink, Ludger, und Alfred Hirsch. 2006. *Verantwortung in der Zivilgesellschaft. Zur Konjunktur eines widersprüchlichen Prinzips*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Heidbrink, Ludger, Imke Schmidt und Björn Ahaus. 2011. Die Verantwortung des Konsumenten. Über das Verhältnis von Markt, Moral und Konsum. Frankfurt a.M.: Campus.
- Henkel, Anna, und Niels Åkerstrøm Andersen. 2013/2014. Introduction: The necessity of a new understanding of responsibility for modern society. *Soziale Systeme* 19:221-232.
- Hirsch-Hadorn, Gertrude, Susette Biber-Klemm, Walter Grossenbacher-Mansuy, Holger Hoffmann-Riem, Dominique Joye, Christian Pohl, Urs Wiesmann und Elisabeth Zemp. 2008. Emergence of Transdisciplinarity as a Form of Research. In *Handbook of Transdisciplinary Research*, Hg. Gertrude Hirsch-Hadorn, Holger Hoffmann-Riem, Susette Biber-Klemm, Walter Grossenbacher-Mansuy, Dominique Joye, Christian Pohl, Urs Wiesmann und Elisabeth Zemp, 19-39. Dordrecht: Springer.
- Jahn, Thomas, Matthias Bergmann und Florian Keil. 2012. Transdisciplinarity: Between mainstreaming and marginalization. *Ecological Economics* 79:1-10.
- Kalthoff, Herbert, Stefan Hirschauer und Gesa Lindemann, Hg. 2008. *Theoretische Empirie. Zur Relevanz qualitativer Forschung*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Kates, Robert, William C. Clark, J Michael Hall, Carlo Jaeger, Ian Lowe, James J. McCarthy, Hans J. Schellnhuber, Bert Bolin, Nancy M Dickson, Sylvie Faucheux, Gilberto C. Gallopin, Arnulf Grübler, Brian Huntley, Jill Jäger, Narpal S. Jodha, Roger E. Kasperson, Akin Mabogunje, Pamela Matson, Harold Mooney, Berrien Moore III, Timothy O'Riordan und Uno Svedin. 2000. Sustainability science. *Science* 292:641-642.
- Knorr-Cetina, Karin. 2002. *Wissenskulturen. Ein Vergleich naturwissenschaftlicher Wissensformen*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

- Krasmann, Susanne. 2003. *Die Kriminalität der Gesellschaft. Zur Gouvernamentalität der Gegenwart*. Konstanz: UVK.
- Kühl, Stefan, und Thomas Schnelle. 2009. Führen ohne Hierarchie. Macht, Vertrauen und Verständigung im Prozess des Lateralen Führens. *OrganisationsEntwicklung* 2009:51-60.
- Lenk, Hans. 1992a. Praxisnahe Ethik für die Wissenschaft. In *Zwischen Wissenschaft und Ethik*, Hg. Hans Lenk, 14-52. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Lenk, Hans. 1992b. Deskriptive und normative Zuschreibungen von Verantwortung. In *Zwischen Wissenschaft und Ethik*, Hg. Hans Lenk, 76-100. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Lenk, Hans, und Matthias Maring. 2001. Verantwortung. In *Historisches Wörterbuch der Philosophie*, Bd. 11, Hg. Joachim Ritter, Karlfried Gründer und Gottfried Gabriel, 566-575, Darmstadt: Wiss. Buchges.
- Lieven, Oliver, und Sabine Maasen. 2007. Transdisziplinäre Forschung: Vorboten eines »New Deal« zwischen Wissenschaft und Gesellschaft? *GAIA* 16:35-40.
- Litke, Hans-Dieter. 2004. *Projektmanagement. Methoden, Techniken, Verhaltensweisen*. München: Hanser.
- Lüdtke, Nico. 2015. *Das Soziale ohne Grenzen? Eine historisch-wissenssoziologische Analyse zu den Grenzen der Sozialwelt in der Frühen Neuzeit*. Weiler-swist: Velbrück.
- Lüdtke, Nico. 2018. Transdisziplinarität als neuer Typus projektförmig organisierter Forschung? Formen der (Selbst-)Verantwortung und wissenspolitische Paradoxien. In *Die Erde, der Mensch und das Soziale: Zur Transformation gesellschaftlicher Naturverhältnisse im Anthropozän*, Hg. Henning Laux und Anna Henkel. Bielefeld: transcript (im Erscheinen).
- Maasen, Sabine. 2010. Transdisziplinarität revisited – Dekonstruktion eines Programms zur Demokratisierung der Wissenschaft. In *Inter- und Transdisziplinarität im Wandel? Neue Perspektiven auf problemorientierte Forschung und Politikberatung*, Hg. Alexander Bogner, Karen Kastenhofer und Helge Torgersen, 247-267. Baden-Baden: Nomos.
- Maasen, Sabine, und Olivier Lieven. 2006. Transdisciplinarity: a new mode of governing science? *Science and Public Policy* 33:399-410.
- Meadows, Donella H., Dennis L. Meadows, Jørgen Randers und William W. Behrens, Hg. 1972. *The Limits to growth. A report for the Club of Rome's Project on the Predicament of Mankind*. New York: Universe Books.
- Miller, Peter, und Nikolas Rose. 2008. *Governing the Present. Administering Economic, Social and Personal Life*. Cambridge: Polity.
- Peters, Hans Peter, und Harald Heinrichs. 2005. *Öffentliche Kommunikation über Klimawandel und Sturmflutrisiken. Bedeutungskonstruktion durch Experten, Journalisten und Bürger*. Jülich: Forschungszentrum Jülich.

- Rammert, Werner. 2007. Zwei Paradoxien einer innovationsorientierten Wissenspolitik: Die Verknüpfung heterogenen und die Verwertung impliziten Wissens. In *Technik-Handeln-Wissen: Zu einer pragmatistischen Technik- und Sozialtheorie*, Hg. Werner Rammert, 191-211. Wiesbaden: VS Verlag.
- Schütz, Alfred. 2011. Einige Äquivokationen des Verantwortungsbegriffs. In *Alfred-Schütz-Werkausgabe*, Bd. VI.2. Gesellschaftliches Wissen und politisches Handeln, 311-313. Konstanz: UVK.
- Schütz, Alfred, und Thomas Luckmann. 2003. *Strukturen der Lebenswelt*. Konstanz: UVK.
- Sydow, Jörg, Lars Lindkvist und Robert DeFillippi. 2004. Project-Based Organizations, Embeddedness and Repositories of Knowledge: Editorial. *Organization Studies* 25:1475-1489.
- Torka, Marc. 2009. *Die Projektförmigkeit der Forschung*. Baden-Baden: Nomos.
- Torka, Marc. 2012. Neue Arbeitsweisen: Projekte und Vernetzungen. In *Handbuch Wissenschaftssoziologie*, Hg. Sabine Maasen, Mario Kaiser, Martin Reinhart und Barbara Sutter, 329-340. Wiesbaden: Springer VS.
- Vogelmann, Frieder. 2014. *Im Bann der Verantwortung*. Frankfurt a.M.: Campus.
- WBGU. 2011. *Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation*. Berlin.
- Wissenschaftsrat. 2015. *Zum wissenschaftspolitischen Diskurs über Große gesellschaftliche Herausforderungen*. Positionspapier.
- Zierhofer, Wolfgang, und Paul Burger. 2007. Transdisziplinäre Forschung – ein eigenständiger Modus der Wissensproduktion? Problemorientierung, Wissensintegration und Partizipation in transdisziplinären Forschungsprojekten. *GAIA* 16:29-34.

Verantwortung kommt mit Nähe

Vorspiel einer Unternehmenstheorie der Zukunft

Lars Hochmann und Reinhard Pfriem

Seit ich des Suchens müde ward,
Erlernte ich das Finden.
Seit mir ein Wind hielt Widerpart,
Segl' ich mit allen Winden.

Friedrich Nietzsche (1887, S. 5)

1. DAS PARADOX DER MENSCHENZEIT

Die erdgeschichtlichen Geschehnisse der Gegenwart sind geprägt von einer hemmungslosen Kultur der Machbarkeit: »Geht nicht, gibt's nicht!« (Branson 2012) ist unlängst zur gattungsgeschichtlichen Leit- und Leiderfahrung des Menschen geworden. Ideen, die einst Gegenstand der Science Fiction-Literatur waren (Williamson 1942), sind derweil zur wissenschaftlichen Wirklichkeit geworden und reichen von biotechnisch synthetisiertem Leben (Venter 2013) über Rohstoffabbau auf Asteroiden (Mazanek et al. 2015) bis zum Bewohnbar-Machen fremder Planeten (Beech 2009).¹ Das auch wirtschaftliche Machen und Herstellen, Formen und Überformen von nahezu allem und jedem türmt in der Konsequenz zu Beginn des 21. Jahrhunderts mehr denn je eine unheilvolle Bugwelle technologisch katalysierter »Apokalypse-Blindheit« (Anders 1961) vor sich auf. Crutzen und Stoermer (2000) haben die Vokabel »Anthropozän« popularisiert und dieser mutmaßlich erdgeschichtlichen Epoche des Menschen (Crutzen 2002) damit Namen und Adresse verliehen (kritisch dazu Hochmann 2016, S. 283ff.).

Das konstitutive Element dieser humanistischen Selbstermächtigung treibt die Euphorie vom vielzitierten »Ausgang des Menschen aus seiner

1 | *Terraforming Mars* kann inzwischen auch schon als strategisches Brettspiel geübt werden.

selbstverschuldeten Unmündigkeit« (Kant 1784, S. 481) zur vollen Konsequenz und weist sich dabei zugleich als widerspruchsvoll aus: Während das evolutionspraktische Abenteuer der Menschheit als gattungsgeschichtliche *Selbst-Responsibilisierung im Superlativ zu begreifen ist, verwirklicht es sich zugleich im Modus Operandi einer fortwährenden Unterwanderung, Ausblendung und De-Thematisierung der damit entsprechenden Verantwortungsverhältnisse*. Der Melancholie der Gegenwart, der gemäß sich der Geschichte Lauf von selbst ergäbe und die vor einiger Zeit gar in der Beschwörung vom »Ende der Geschichte« (Fukuyama 2012) Ausdruck fand, steht mithin eine kulturelle Praxis entgegen, die mehr denn je Geschichte schreibt und macht. Die empirische Bestätigung der theoretischen Zweifel an einer gänzlich aufgeklärten Welt, wie sie Horkheimer und Adorno (1969) bereits ihrer Analyse zur »Dialektik der Aufklärung« vorstellten, erweist sich in der praktischen Konsequenz als *Moralen verwahrlosende Gleichgültigkeit*.

Vor diesem Hintergrund ist das Anliegen des vorliegenden Textes, die Bedingungen aufzuspüren und zu erhellen, unter denen Unternehmen im Anthropozän besser als bislang Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung übernehmen können.² Mit dem Versuch einer Grundlegung befasst, werden wir beginnen darzulegen, warum bisherige Versuche, diesen Problemen mittels einer grünen Wirtschaft zu begegnen, von der Sache her in die falsche Richtung weisen – und wie sich diese Not unter Umständen vielleicht doch noch wenden ließe. Die forschungsleitende These lautet: Verantwortung im moralischen Sinne wurzelt in Nähe.

2. NEU UND GRÜN UND NOCH IMMER FERN

Das neuere Nachdenken über gesellschaftliche Naturverhältnisse ist als Krisenerfahrung auf den Weg gekommen. Unternehmen geraten dabei in wissenschaftlicher Reflexion eher als Täter von Raubbau und Vermüllung in den Blick (etwa Osborn 1948) statt als Pioniere zukunftsweisenden Naturumgangs. Vor diesem Hintergrund verwundert es wenig, dass die frühen Bemühungen von Unternehmen, anders mit Natur umzugehen als bislang, aus der praktischen Einsicht in die Welt kamen, etwas anders tun zu müssen als bislang, und nicht aus (unternehmens-)theoretisch unterfütterter Kritik an diesen Missständen (Cato 2009, S. 5).

In Deutschland waren diese Bemühungen seinerzeit auch vom Widerstand und dadurch Rückenwind jener NGOs getragen, die seit den 1970er Jahren

2 | Diese hier im Band gegebenenfalls eher impressionistisch wirkende Spezifizierung auf Unternehmen begründet sich darin, dass wir in dem diesem Band zu Grunde gelegten Projektzusammenhang *Reflexive Responsibilisierung* als Betriebswirte tätig sind.

in Reaktion auf zahlreiche Natur zerstörende Skandale und Unfälle diese als schutzbedürftigen Gegenstand in die öffentlichen Debatten einbrachten (historisch Radkau 2011) und damit den Boden mitbereiteten für das wachsende Anliegen, den industrialisierten Wirtschaftsformen eine ökologische Renovierungsmaßnahme zuteilwerden zu lassen: Schadstoffe zu filtern, Rohstoffe zu schonen, Treibhausgase zu bilanzieren und so weiter.³

Was heute als *green economy* oder *green growth* in nahezu aller Munde ist, begann in jener Zeit als »Ökologische Modernisierung« (Jänicke 1984) und meinte seit jeher kaum mehr als eine Prävention zur Verminderung oder gar Verhinderung dessen, was als *negative externe Effekte* aggregiert wird. Die Idee ist, Natur auf einen mathematischen Ausdruck zu bringen und diesen als zusätzliche Variable in das ökonomische Formelgestell (im mathematisch präzisen Sinne) zu integrieren. Dieser *business case for sustainability* kommt heute mehr denn je mit dem zustimmungsfähigen Versprechen daher, dass sich im Kern nichts zu ändern braucht. Entsprechend euphorisch wirkt der Zuspruch, den dieses Versprechen auch auf politischer Ebene als »green new deal« (Gigold 2009) entfaltet. Natur gerät dabei als passives Handlungsfeld von Unternehmen in den Blick, insofern das, was bislang getan wurde, weiterhin getan werden kann und soll, nur dass nunmehr die Folgen für Natur, die dabei entstehen, durch technologisch-organisatorische Innovationen angegangen werden.

Heute sind wir so weit, zu erkennen, dass das theoretisch dünn und praktisch katastrophal ist, insofern auf diese Weise der Blick von den Ursachen und Inhalten auf oberflächliche Verfahrensweisen und Mengen gelenkt wird. Natur wird dabei letztlich mit dem im ökonomischen Mainstream des 20. Jahrhundert dominant gewordenen mathematischen Idealismus bestrahlt, der sich in der praktischen Konsequenz als mechanistische Unterwerfung und Beherrschung von Natur äußert (Hochmann 2016, S. 355ff.). Das so nicht abzuschüttelnde Problem in der Ignoranz gegenüber Ursachen und Inhalten ist, dass »the nature that capital can see« (Robertson 2006) eben eine zum Zwecke der Verrechnung gemessene, gewogene oder gezählte Natur ist. Dass die »Kritik der Grünen Ökonomie« (Fatheuer et al. 2015) sich in den letzten Jahren zunehmender Anerkennung erfreut, scheint im Ergebnis durchaus berechtigt. Denn das vermeintlich Externe internalisieren zu wollen, ändert so ziemlich gar nichts an der dichotomen Vorstellung eines Innen und eines Außen – und damit letztlich einer theoretischen wie praktischen Ferne zu dem, was wir heute noch Natur nennen können.

3 | Wir haben an anderer Stelle bereits ausführlich die Vielfalt und die spezifischen Verantwortungskonstellationen entfaltet, die sich im Feld grüner Ökonomie seither zeigen (Hochmann und Pfriem 2017, S. 168ff.).

Diese Ferne ist genauso wie ihre idealistische Grundlegung von der Sache her grenzenlos, und so auch die Strategien zur Einlösung einer grünen Wirtschaft.⁴ Nach Auffassung von deren Verfechter/innen indizieren die Krisenindikatoren planetarer Belastungsgrenzen (Rockström et al. 2009) derweil ohnehin keine Krise mehr, da sie unlängst mit dem Versuch befasst sind, den Planeten Erde mittels »Geoengineering« (Royal Society 2009) zu überformen oder auf Sicht unter Schlagworten wie »Terraforming« (Beech 2009) gar gänzlich hinter sich zu lassen. Wie im ersten Abschnitt bereits markiert wurde, zeigt sich dabei, warum die Responsibilisierung von technologisch-organisatorischen Innovationen nicht nur gefährlich, sondern katastrophal ist: Denn aus der Einsicht in das praktische Versagen des Seitherigen werden mithin die Folgen enthemmten Naturumgangs durch noch radikalere Praxis eskaliert. Verantwortung für nachhaltige Entwicklung lediglich als technikgläubiges Projekt ingenieurwissenschaftlicher Raffinesse zu begreifen, führt damit letztlich auf einen Pfad der Gleichgültigkeit, auf dem die Nützlichkeit der Mittel festgestellt wird, ohne noch über der Zwecke Sinnhaftigkeit nachzudenken.

Die triste Pointe sogenannter grüner Wachstumsstrategien ist, dass mitunter selbst jene, die in guter Absicht Verantwortung für nachhaltige Entwicklung übernehmen möchten, das Scheitern menschlicher Natur-Beziehungen nur noch weiter intensivieren, indem sie Meere mit Eisen düngen oder den Extraktivismus ins Weltall ausdehnen. Ihr reduktionistischer Zugang zu Natur katalysiert einen reduktionistischen Umgang mit ihr. Natur wird dabei in zunehmendem Maße zu einem gefühllosen Ort der Fernerfahrung, dessen häufig vulgär-ästhetische Idealzustände lediglich als technisch vermittelte Erinnerungsspuren oder eventisiert, pädagogisiert, begradigt oder eingehegt erfahrbar werden.

Das stets offen zum Ausdruck gebrachte Anliegen, durch grüne Innovationen weiteres Wirtschaftswachstum erreichen zu können (etwa UNEP 2016), erfordert geradezu die theoretische Schaffung von Ferne durch abstrakte Konstruktion, die es dann erst ermöglicht, Natur in Theorie und Praxis der Unternehmen als etwas klar Abgrenzbares wieder nachträglich einsickern zu lassen. Dieses künstliche Zerfasern dessen, was ist, hat sich erstaunlich lange als gutgemeinte Differenzierung einer arbeitsteilig organisierten Wissenschaft gehalten. Die jüngeren Diskussionen zur Aufhebung der dogmatischen Natur-Kultur-Unterscheidung (etwa Descola 2011) möchten wir in dieser Hinsicht als Bestätigung dafür lesen, dass der Ambivalenz aberkennende Hang zur disziplinären Kleinteiligkeit mehr zu einer Verschleierung der Ursachen und Wirkzusammenhänge geführt hat statt zu einer Klärung der Verflechtungen. Insofern erweist sich der im Angesicht ohnehin mathematisierter Modell-

4 | Siehe auch Pfriem (2013) zur Überwindung jener weltlosen Grundlegung innerhalb der Wirtschaftswissenschaften.

welten naheliegende Schritt, die Wachstumsstrategien grüner Ökonomie als quantifizierte Kritik am Wachstum in Anschlag zu bringen, schnell als theoretisch wie praktisch zahllos: Wachstumsrücknahme ist nicht für sich eine Lösung, sondern allenfalls die Folge einer praktische Konsequenzen mit sich bringenden Reflexion darüber, was es für ein gutes Leben eigentlich braucht.⁵ Theoretisch ergiebig und praktisch bissig wird Unternehmensverantwortung mithin nicht als vertrags- oder spieltheoretisches Geschachere, sondern in konkret gesellschaftspolitischen Perspektiven.

3. VERANTWORTUNG BRAUCHT DAS POLITISCHE

Verantwortung ist ein erstaunlich moderner Begriff. Er kommt erst nennenswert in die Welt, als auf breiter Front Versuche unternommen wurden, Gesellschaft so mechanistisch, kausal und berechenbar zu denken, wie das die frühen modernen Naturwissenschaften mit der Erforschung interplanetarer Zusammenhänge vorgemacht hatten: »Die Idee der Verantwortung ist die spezifische Lösung, die sich in der europäischen Gesellschaft für das Problem der Zurechnung herausgebildet hat.« (Bayertz 1995, S. 5)

Wenn es um die Verantwortung für Probleme, Schäden oder Zerstörungen geht, ist die moralische Bedeutungszuweisung in der Regel nicht fern: *Der hat Schuld, nicht ich. Oder: Die sind dafür verantwortlich, nicht wir.* Solche Bedeutungszuweisungen sind stets kontingent und kommen in der Rückschau häufig recht willkürlich daher, so wie die bis in die 1980er Jahre hinein gepflegte Behauptung von Unternehmen und Gewerkschaften, Umweltpolitik sei eine Sache des Staates (Pfriem 1995, S. 23ff.).⁶

Bayertz (1995, S. 13) fährt fort: »Erst indem die Zuschreibung mit einem Werturteil verknüpft wird, kommt die genuin moralische Dimension ins Spiel.« Natürlich laufen, wenn es um die Verantwortung für Probleme, Schäden und Zerstörungen geht, moralische Wertungen schon bei bloßen Beschreibungen mindestens implizit mit, aber es ist doch hilfreich, sich zu vergegenwärtigen, dass der Ausgangspunkt für Verantwortung darin besteht, dass individuelle wie kollektive Akteure mit ihrem Handeln in die Situation gestellt sind, Antworten geben zu müssen – Antworten auf Herausforderungen, auf Anforderungen anderer oder was auch immer.

5 | Dazu sei besonders auf die Arbeiten von Nussbaum und Sen (1993) verwiesen.

6 | Seit Beginn dieser Umweltpolitik wird übrigens ein Verursacherprinzip proklamiert, dessen systematische Missachtung bei einzelwirtschaftlichen Aktivitäten in der neoklassischen ökonomischen Theorie als *Produktion negativer externer Effekte* bekannt ist.

Der Ökonom Joseph Schumpeter (1947) hat wenige Jahre vor seinem Tod in einem Aufsatz die Unterscheidung von »adaptive response« und »creative response« vorgenommen. Das taugt(e) als Aufforderung an ökonomische Akteure, nicht im Strom des Gegenwärtigen einfach mitzuschwimmen, sondern im Sinne des von Schumpeter selbst einige Jahre vorher geprägten Begriffs der »schöpferischen Zerstörung« (Schumpeter 1993, S. 134ff.) neue zukunftsfähige Wege zu beschreiten. Anpassungsleistungen sind freilich in ökonomischen und gesellschaftlichen Zusammenhängen nur bedingt als Anpassungsleistungen zu definieren. Auch diejenigen, die meinen, nur das zu tun, was alle tun, bzw. meinen, keine Alternative(n) zu haben, könnten natürlich anders entscheiden bzw. handeln.

Insofern ist trotz aller moralischen Aufladungen wichtig, auf den außer- oder vormoralischen Charakter von Verantwortung – als zu gebenden Antworten – hinzuweisen. Und das betrifft – auf individueller wie kollektiver Ebene – auch den Akteur selbst. Insofern hat Bayertz (1995, S. 21) einerseits Recht, wenn er sich dafür ausspricht, »Verantwortung als Ergebnis einer sozialen Konstruktion zu deuten, d.h. als eine spezifische Deutung eines sozialen Problems und den Versuch seiner Lösung«. Hingegen ist Widerspruch anzumelden gegen seine Behauptung: »Verantwortlich kann man nicht sein, sondern wird man (von anderen) gemacht« (Bayertz 1995, S. 16). Wenn der persönlich haftende Geschäftsführer eines mittelständischen Unternehmens behauptet, er fühle sich verantwortlich für seine Mitarbeiter/innen oder dafür, das Unternehmen ordentlich an die nächste Generation der Familie zu übergeben, spricht nichts dagegen, das ernst zu nehmen. Und zwar als Anspruch auch dann, wenn er die Geschäfte schlecht führt, wenn er schlechte Geschäfte führt oder wenn er die Mitarbeiter/innen gar nicht so gut behandelt.

Und damit kommen wir zum politischen und zwangsläufig konfliktären Charakter von Verantwortung. Unter dem Begriff »Agonistikk« hat Chantal Mouffe (2014) in jüngerer Zeit eine Konzeption weiter ausgearbeitet, die sich unter Bezug auf den sardischen Kommunisten Antonio Gramsci bereits 1985 in einem mit Ernesto Laclau veröffentlichten Buch findet (Laclau und Mouffe 1985). Dabei spielt der Begriff der Verantwortung keine explizite Rolle, wir können diese Konzeption aber für unseren Verantwortungsdiskurs fruchtbar machen.

Mouffe (2014, S. 11) spricht von einem *agonistischen Pluralismus* und bezeichnet die Politik als ein Feld, »das kreuz und quer von Antagonismen durchzogen ist« (Mouffe 2014, S. 124). Die Anerkennung dieser agonistischen Konstellation, so beschreibt bereits die drei Jahrzehnte vorher mit Laclau vorgenommene Grundlegung das Feld, bedeutet, dass verschiedene Richtungen und Konzepte um Hegemonie ringen.

Das demokratische, präziser: verständigungsorientierte Anliegen von Mouffe richtet sich darauf, »dass Konflikte nicht die Form eines »Antagonis-

mus« annehmen (eines Kampfes zwischen Feinden), sondern die eines ›Ago-nismus« (einer Auseinandersetzung zwischen Kontrahenten)« (Mouffe 2014, S. 28). Nun ist Verantwortung eine Dimension des Denkens und (wir kommen gleich dazu) des Fühlens, in der es besonders ernst zugeht: Am Beispiel der *Verantwortung für die Welternährung* lässt sich etwa zeigen, wie erbittert und aufs erste Hinsehen unvereinbar hier sich Kontrahenten gegenüberstehen, die allesamt für sich beanspruchen, diese Verantwortung sehr ernst zu nehmen.

Angesichts der tiefen Kluft, die inzwischen besteht zwischen der über Wahlen legitimierten repräsentativen Parteiendemokratie und dem, was man sich unter einer radikalen Demokratie vorstellen könnte⁷, ist der Befund, dass es im Ringen um Hegemonie kein besseres Jenseits im Vergleich zu demokratischen Verfahren gibt, natürlich wenig befriedigend. Aber es wäre schon von großem Vorteil und würde eine gravierende Veränderung darstellen, wenn im Selbstverständnis moderner Gesellschaften die Maxime TINA (There is no alternative) durch TAMARA (There are many attractive real alternatives) abgelöst werden könnte. Um nichts weniger geht es nach unserem Dafürhalten: *das Freilegen des politischen Feldes höchst unterschiedlicher Vorstellungen von Verantwortung dafür, diese Welt besser zu machen.*

4. ENTSINNLICHUNG GEBIERT VERWAHRLOSUNG

Natürlich wäre die Unterstellung, in den zeitgenössischen Gesellschaften würden alle Akteure Verantwortung für sich reklamieren wollen, lediglich mit unterschiedlichen Inhalten und Richtungen, eine Unterstellung, die aufs größte von der Wirklichkeit abweicht. Während einerseits (nach jahrhundertelanger Pause⁸) in den letzten Jahrzehnten *Sustainability* zur großen internationalen Formel wurde, konstatiert ein prominenter Nachhaltigkeitsökonom auf der anderen Seite das »Zeitalter der Verantwortungslosigkeit« (Jackson 2011, S. 38ff.), ohne dass ihm dazu nennenswerter Widerspruch entgegengebracht würde. Auch wenn das Buch von Tim Jackson als eine radikale Kritik der Ideologie permanenten wirtschaftlichen Wachstums zu lesen ist, heißt es selbst hier zu den Vorgängen 2008 fortfolgend: »Die harte Realität war, dass die Politiker keine andere Wahl hatten, als zum Schutz des Bankensektors zu intervenieren.« (Jackson 2011, S. 40)

7 | Siehe dazu gründlich Rosanvallon (2016). Erinnert sei auch an Etzionis (1968) Begriff von der »Active Society«.

8 | Wenn man sich wirklich auf die 1713 von Hans Carl von Carlowitz niedergelegten Überlegungen zur nachhaltigen Nutzung der Waldbestände beziehen will – worüber sich natürlich trefflich streiten lässt.

Wie im vorletzten Abschnitt schon angedeutet, ist auch die postwachstumsökonomische Kritik kapitalistischer Steigerungsspiele gesellschafts-, kultur- und – wir erläutern das gleich – evolutionstheoretisch bemerkenswert unterbelichtet. Was auffällt, lässt sich als regelrechter Theorieverzicht charakterisieren. Beispielhaft dafür stehen nicht nur die abschließenden Überlegungen von Jackson, sondern auch postwachstumsökonomisch gerichtete konzeptionelle Beiträge im deutschsprachigen Raum.⁹

Zum Angang transformativer Bemühungen sollte hier eine Änderung eintreten. Kritisch wie auch mit konstruktiven Perspektiven muss der Nachhaltigkeits- und speziell auch der postwachstumsökonomische Diskurs Anschluss suchen und finden an avancierte Debatten des theoretischen Verstehenwollens der heutigen Verhältnisse von Ökonomie und Gesellschaft. Dann käme auch Leben in die sprichwörtliche Bude oder könnte – mit anderen Worten – ergiebig im postwachstumsökonomischen und weiteren Nachhaltigkeitsdiskurs darum gestritten werden, ob der ökologische Fußabdruck eigentlich als pflichtenethische Zwangsmaxime verstanden werden sollte oder welche anderen Quellen und Treiber nachhaltigeren und besseren Lebens es gibt. Solche überfälligen Kontroversen scheinen uns derzeit eher blockiert zu sein, in einer merkwürdigen Gemengelage von bloßen Deskriptionen und normativen Amokläufen.¹⁰

Sich genauer am Begriff der Verantwortung abzuarbeiten, ist möglicherweise nicht der schlechteste Weg, um hier voranzukommen. Der kürzlich verstorbene polnische Soziologe Zygmunt Bauman (1995, S. 86) markierte einen wichtigen Unterschied: »Unser aller Pflicht, die ich kenne, scheint nicht das gleiche zu sein, wie meine Verantwortung, die ich fühle.«

Wie an technologischen Machbarkeitsphantasien und Ideen des *green growth* als zeitgenössischen Auswüchsen davon schon erläutert, handelt es sich bei der modernen Ökonomik im Zuge weiterer Herausbildung um eine einseitig verkopfte Angelegenheit – nur darüber funktioniert der Glaube an wissenschaftliche Exzellenz auf dem Wege der Mathematik. Von Smith' erstem Hauptwerk, der »Theory of Moral Sentiments« (Smith 1759) will im Mainstream dieser Ökonomik keiner mehr etwas wissen, und dass Schumpeter seine kritischen Hinweise auf nachlassende Dynamik des Kapitalismus mit dem Ende familiengeführter Unternehmersdynastien verband (Schumpeter 1993, insbesondere S. 198ff.), wird als abwegig soziologisch oder ökonomisch irrelevant abgetan.

9 | S. etwa Paech (2012) und Schneidewind und Zahrnt (2013).

10 | Der 200. Geburtstag von Karl Marx 2018 und der 200. Geburtstag von Friedrich Engels 2020 liefern vielleicht Anlässe, gerade wegen allerhand erforderlicher Revision an einigen der damaligen Theorieelemente kritische Theorie wieder auf das Niveau zu heben, das erforderlich wäre.

Die Entsinnlichung¹¹ der modernen Menschen führt über zwei Stufen. Dazu ist es hilfreich, sich einer von Hannah Arendt (1960, S. 141) getroffenen Unterscheidung zu erinnern:

»[...] ein Zweck, der erreicht ist, hört ja damit auf, ein Zweck zu sein; er hat seine Fähigkeit verloren, die Auswahl bestimmter Mittel zu indizieren, sie zu rechtfertigen, sie zu organisieren und zu produzieren [...] Ein Sinn muss dagegen beständig sein, und er darf von seinem Charakter nichts verlieren, wenn er sich erfüllt, oder besser, wenn er dem Menschen in seinem Tun aufgeht oder sich ihm versagt und ihm entgeht.«

Die *erste Stufe* der Entsinnlichung ist die Verdrängung von Sinn durch Zwecke. »Der Sinn des Lebens ist nicht die Lösung eines Problems, sondern eine bestimmte Art zu leben. Er ist nicht metaphysisch, sondern ethisch. Er ist nichts vom Leben Losgelöstes, sondern das, was das Leben lebenswert macht – das heißt eine bestimmte Qualität, Tiefe, Fülle und Intensität des Lebens. In diesem Sinne ist der Sinn des Lebens das Leben selbst, auf eine bestimmte Weise betrachtet.« (Eagleton 2008, S. 136)

Zwecke sind äußerlich. Aber auch sie stehen nicht im Vordergrund, wie Novalis schon zu Zeiten des Aufbruchs der Moderne in seinen »Politischen Aphorismen« feststellte (zit.n. Tieck und Bülow 1846, S. 212): »Der Grund aller Verkehrtheit in Gesinnungen und Meinungen ist – Verwechslung des Zwecks mit dem Mittel.« Erreichte Zwecke könnten Anlass geben, innezuhalten. So läuft es aber nicht. Als *zweite Stufe* schieben sich die Mittel in den verschiedenen Steigerungsspielen in den Vordergrund: »Was die Moderne von anderen Zeiten unterscheidet, ist die soziale Organisation der Steigerungslogik zu einem Spiel. In endlosen Ketten sozialer Episoden treiben sich die Akteure dazu an, immer neue Möglichkeiten zu schaffen.« (Schulze 2003, S. 84)

Dieses Antreiben erweitert die Produktionskonkurrenz um die Konsumkonkurrenz. Das ist nicht nur kultur-, sondern ausdrücklich evolutionstheoretisch relevant: Es verändert die Menschen/den Menschen fundamental, und zwar in Richtung Ichbezogenheit als Weltfremdheit: »Anstatt uns um den Zustand der Welt zu kümmern, wollen wir nur noch unsere eigene Lage verbessern.« (Bauman 2010, S. 70) Nicht nur mit Blick auf einen Begriff von Verantwortung rechtfertigen solche Verhältnisse fehlenden Bezugs menschlicher Individuen auf anderes und andere, von Verwahrlosung zu sprechen.

Der Kapitalismus bewältigt seine Absatz- bzw. Marktsättigungsprobleme, die er längst hätte, wenn es bei seinen Produkten nur um die materielle Ver-

11 | Wir ziehen hier den Begriff der *Entsinnlichung* jenem der *Entfremdung* vor, weil er (1) präziser das trifft, worum es hier geht, und (2) der Entfremdungsbegriff allzu sehr belastet ist mit der Projektion eher unwahrscheinlicher als solcher grundlegend nicht-entfremdeter Verhältnisse.

sorgung ginge¹². Die »gekaufte Zeit« (Streeck 2014) wird nicht nur über finanzpolitische Manöver, sondern auch über das Wechselspiel von Angebot und Nachfrage verlängert. »Jenseits des Konsums« (Pfriem 2011) wäre Empathie die Alternative: »Fühlen heißt, in etwas involviert zu sein.« (Heller 1981, S. 19)

5. MORALEN ENTSTEHEN IM WIRKLICHEN TUN

Lassen wir noch einmal Zygmunt Bauman (1995, S. 87) zu Wort kommen: »Pflichten machen Menschen tendenziell gleich; Verantwortung macht sie zu Individuen.« Die Philosophin Elizabeth Anscombe (1958) schlug bereits 1958 vor, dass Begriffe des moralischen Sollens und der moralischen Pflicht auf den Index gesetzt werden sollten.

Externe Anforderungen, Regeln, Glaubenssätze oder was auch immer können also höchstens eine flankierende und nachgeordnete Rolle spielen, wenn wir über moralische Praktiken im Kontext von Verantwortung zu vernünftigen Aussagen kommen wollen. Der eigenverantwortliche Bezug sachlich auf anderes und personal auf andere – als Alternative zum Verhalten von Ichlingen – kann als die mögliche Quelle praktizierter Verantwortung definiert werden. *Damit setzen wir uns absichtsvoll in kritische Distanz zu allen Versuchen, das Moralische vor allem auf der Ebene von Werten oder Diskursen anzusiedeln.* Und damit kommt vor allem die innere wie äußere Natur der Menschen als grundlegend ins Spiel:

»Der Mensch lebt von der Natur, heißt: Die Natur ist sein Leib, mit dem er in beständigem Prozess bleiben muss, um nicht zu sterben. Dass das physische und geistige Leben des Menschen mit der Natur zusammenhängt, hat keinen anderen Sinn, als dass die Natur mit sich selbst zusammenhängt, denn der Mensch ist ein Teil der Natur.« (Marx 1968, S. 516)

Gernot Böhme (2008) hat darauf hingewiesen, dass der Blick auf die innere wie äußere Natur des Menschen umso wichtiger geworden ist, als unter heutigen medizintechnischen Bedingungen die menschliche Natur kontingent wird, und spricht von einer Ethik leiblicher Existenz.

Die mensch- und dann noch einmal kopfzentrierten Ethiken, wie etwa die Diskursethik, rücken als Basis ethischen Verhaltens die reziproke Anerkennung zwischen Personen ins Zentrum und konstruieren damit eine abstrakte Ethik, die sich der Natur konfrontiert sieht. Das ist theoretisch irreführend

12 | Nur in diesem Sinne kann die von Keynes 1928 gestellte Prognose, 100 Jahre später sei die Lösung »des ökonomischen Problems« in Sicht, verstanden werden, s. dazu Pfriem (2015, S. 85).

und praktisch katastrophal. Gefühle sind, so betont Böhme, leibliche Regungen, und Wahrnehmung ist eine Weise leiblicher Kommunikation (dazu auch Schmitz 1990). Über diesen naturtheoretisch fundierten und sinnlich grundierten praxistheoretischen Bezugsrahmen stoßen wir darauf, dass praktizierte Verantwortung etwas völlig Anderes ist als ein bloß situatives Verhalten: *Verantwortung ist eine Frage kultureller Bildung, Verantwortung kann in einem tieferen Sinne erlernt werden.*

Wir können nämlich das, was Thomas Fuchs (2008, S. 241) über Erfahrung schreibt, auf den Entwicklungsprozess verantwortlichen Handelns beziehen: »Die Einheit von verfeinerter Wahrnehmung und geübtem Handeln ist das, was wir gewöhnlich als Erfahrung bezeichnen, über die jemand verfügt.« Fuchs zufolge kann Erfahrung durch Wiederholung erworben werden, resultiert sie aus erlebten Situationen, die auf den Leib zentriert sind, ist Erfahren eine Tätigkeit, die auch Erleiden und Widerstand einschließt. Der Erfahrene entwickelt einen besonderen Sinn – Wahrnehmen, Wissen und Können sind implizites Wissen (Fuchs 2008, S. 242f.)¹³.

Wenn Wahrnehmungen geschult werden können (beschreibbar als Zunahme an kultureller Bildung, vgl. dazu Pfriedm 2007), hat das mit Achtsamkeit zu tun, also mit der Möglichkeit, im Felde dieser Achtsamkeit selber sensibler zu werden. An dieser Stelle ist noch einmal darauf zurückzukommen, dass wir uns mit unserem Plädoyer für eine naturtheoretisch fundierte und sinnlich grundierte praktizierte Verantwortung in sehr direkten Gegensatz zu pflichtenethischen Konzeptionen stellen; diese transportieren ja nicht nur Verhaltensregeln, sondern sind auch darauf angewiesen, in Situationen angewendet zu werden, die gleichsam bekannt sind, nämlich identifiziert werden können als eine Situation, in der diese oder jene ethische Norm zur Anwendung kommen sollte.

Die Schulung von Wahrnehmung und Achtsamkeit als über Erfahrungen möglicher Lernprozess hingegen soll ermöglichen, »das Unerwartete zu managen«, wie dies die Organisationstheoretiker Karl Weick und Kathleen Sutcliffe durchaus auch mit Blick auf Unternehmen ausgedrückt haben:

»Mit Achtsamkeit meinen wir das Zusammenspiel verschiedener Momente: Die bestehenden Erwartungen werden laufend überprüft, überarbeitet und von Erwartungen unterschieden, die auf neueren Erfahrungen beruhen; es besteht die Bereitschaft und die Fähigkeit, neue Erwartungen zu entwickeln, durch die noch nie dagewesene Ereignisse erst verständlicher werden; ferner gehört dazu eine besonders nuancierte Würdigung des Kontexts und der darin enthaltenen Möglichkeiten zur Problembewältigung so-

13 | Als Betriebswirte wollen wir an dieser Stelle auf Verbindungen zu klügeren Teilen des Resource- und Competence-Based-View des Strategischen Managements hinweisen (dazu Pfriedm 2006, S. 109ff.). Grundlegend zu Tacit Knowledge s. Polanyi (1967).

wie das Ausloten neuer Kontextdimensionen, die zu einer Verbesserung des Weitblicks und der laufenden Arbeitsvorgänge führen.« (Weick und Sutcliffe 2003, S. 55f.)

Die Bedingungen der Möglichkeit von Erfahrung, wie wir diese hier charakterisieren, verschlechtern sich möglicherweise. Fernstenverantwortung bleibt abstrakt, wie Beck (1986, S. 219) es bereits vor über 30 Jahren terminologisch als »Fernmoral« kritisierte: Ob ich im Rahmen von *Misereor, Brot für die Welt* oder auf anderem Wege für hungernde Kinder in Afrika spende oder, wie aktuell viele Ehrenamtliche, mich um die Versorgungs- und Sprachprobleme von nach Deutschland geflohenen Menschen kümmere, ist ein Unterschied, wie er größer kaum sein könnte. Noch nie haben die modernen Wirtschaftsgesellschaften so viel Nähe zerstört wie in den ersten Jahrzehnten des 21. Jahrhunderts. War die »Erfahrung der Ferne« (Leed 1993) bis vor nicht langer Zeit eine höchst aufwendige Möglichkeit zur Befriedigung menschlicher Neugierde, so ist das oberflächliche, weil sowieso kurze Beschnuppern irgendwelcher exotischen Orte der Welt heute zum billigen Produktteil von Kreuzfahrtschiffreisen geworden. Und wo noch bis vor einem halben Jahrhundert etwa in Deutschland Mütter ihre Kinder mit dem Spruch nach draußen schickten *bis sechs Uhr bist Du aber zurück*, hat die weitere Verstädterung dies heute in den meisten Fällen quasi unmöglich gemacht und erfahren immer mehr Kinder heute ab ihren Tagesstätten eine sorgfältig externalisierte Vollversorgung, die mit räumlicher Nähe bald nichts mehr zu tun hat.

Naturtheoretisch fundierte und sinnlich grundierte praktizierte Verantwortung zu lernen, fällt bei Verlust von räumlicher Nähe im auch physischen Sinne allerdings deutlich schwerer. *Empathie entwickeln, in etwas involviert sein als sich auch aktiv involvieren, in unerwarteten Situationen und Konstellationen Verantwortung praktizieren zu können, braucht eine Nähe, die eher sinnlich, leiblich, physisch geprägt ist als über verkopfte Einsichten zustande gebracht werden kann.*

Insofern ist zum Ende dieses Abschnitts noch einmal auf die evolutions-theoretische Perspektive zu sprechen zu kommen, die vielleicht vorhin schon merkwürdig anmutete und in den allermeisten wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Debatten und Texten nach wie vor keine Rolle spielt. Möglicherweise hat sich in der denkbar kurzen Etappe moderner Wirtschaftsgesellschaften (also von kaum mehr als zwei Jahrhunderten) so viel an evolutiv relevanten Veränderungen menschlicher Gesellschaften getan (oder ergeben), dass die von uns für notwendig gehaltene Verkopplung praktizierter Verantwortung mit Nähe im sinnlichen, leiblichen, physischen Sinn nur noch über ein fundamentales *Trotzdem* theoretisch erfasst werden kann.

6. VERANTWORTUNG IST NICHT DENKBAR

Günther Anders (1961, S. 264) formulierte, der Mensch sei »kleiner als er selbst«, und verwies damit auf die Einsicht, dass menschliche Hervorbringungen schon seinerzeit um ein Vielfaches die empathischen Fähigkeiten des Menschen überstiegen: Natur, sei es menschliche, sei es nicht-menschliche, imperialistisch mit organisierter Gewalt zu unterwerfen (augenöffnend Galeano 1991), kann unzweifelhaft millionenfach bewerkstelligt werden – das damit verbundene Leid millionenfach nach- und mitzuempfinden, jedoch nicht. Im Angesicht der entsinnlichten und entsinnlichenden Praktiken des Wirtschaftens, die wir zum Ausgangspunkt unserer Überlegungen gemacht haben und deren Aufhebungen bislang alles andere als unmittelbar bevorzustehen scheinen, wären wir dramatisch missverstanden, würde unser Plädoyer aus dem letzten Abschnitt als naiver Rückbau in Vergangenes gelesen oder um der besseren Übersicht willen als »small is beautiful« (Schumacher 1974). Damit Perspektiven nachhaltiger Entwicklung »trotzdem« auf den Weg gebracht werden können, ist näher auf den Begriff der *Nähe* einzugehen.

Wenn wir bislang argumentiert haben, dass *Moral* kein Prüfstein fremder Welten ist, sondern eine stets historisch situierte Zuschreibung von *richtig* und *falsch*, die sich mit Mouffe (2014, S. 11) gesprochen als *agonistischer Pluralismus* kultureller Orientierungen verwirklicht, dann ist das theoretisch folgenreich. Da wir nämlich ferner die Fähigkeit des Mit- und Einfühlens als Quell menschlichen Moralvermögens markiert haben, also die Fähigkeit, sich selbst als Selbst inmitten von anderem und anderen gewahr zu werden, ergibt sich nun ein Begriff von Nähe, der zuvörderst darauf abstellt, sinnlich, leiblich, physisch in etwas involviert und betroffen zu sein. Im Machen und Gemacht-werden dieser Relationierung kommt dann schließlich Verantwortung ins Spiel, die spätestens im Feld der regulativen Idee nachhaltiger Entwicklung immer auch moralische Ausdeutungen mit sich bringt. In Anlehnung an Heidegger (2000, S. 167) verweist Nähe insofern in erster Linie nicht auf kleine Entfernung, sondern auf eine gefühlsbetonte Qualität des In-der-Welt-seins.¹⁴

Mit dieser Wendung können wir unsere Skepsis gegenüber den verkopften Moraltheorien aus dem vorherigen Abschnitt weiter unterfüttern, insofern sich Gefühle weder durch Pflichten oder Governance erzwingen oder steuern noch rational auflösen lassen. Was wir an anderer Stelle als *kosmologische Selbstbesinnung des Menschen* bezeichnet haben (Hochmann und Pfriem 2017, S. 165ff.),

14 | Gerade an der Person Martin Heideggers, der sich seinerzeit nicht derart gegen den Hitler-Faschismus wandte, wie das nach verbreitetem Dafürhalten geboten gewesen wäre, zeigt sich die Notwendigkeit, nicht bei Allgemeinplätzen wie *Moral*, *Gefühle* oder *Verantwortung* stehen zu bleiben, sondern die spezifischen Qualitäten, auf die diese verweisen, auch spezifisch zu bewerten.

erlaubt es hingegen, jenseits individualistischer oder naturalistischer Setzungen weiterzudenken.¹⁵ In Anerkenntnis von Leiblichkeit, Mitweltlichkeit und Endlichkeit menschlicher Existenz (ebd.) ergibt sich dann nämlich eine Perspektive von Nähe, die *in erster Linie* tatsächlich nicht räumlich zu begreifen ist. Das leibliche, mitweltliche und endliche Affizieren und Affiziert-werden, das dabei virulent wird, beginnt als Achtsamkeit, die eine sensibilisierte Wahrnehmung erfordert. In der praktischen Konsequenz ist die sinnlich grundierte, praktizierte Verantwortung als Nähe zu anderem, anderen und sich selbst keine Vereinzelung, die nahezu zwangsläufig in Überforderung mündet, sondern ein explizit kulturelles Unterfangen, das allen kulturellen Verwahrlosungen und Machbarkeitsphantasien der Gegenwart zum Trotz »trotzdem« das Interesse an der Welt nicht verliert.

Wohin diese Reise geht, ist eine immer offene Frage. Da leiblich-sinnliche Erfahrung von Natur leiblich-sinnliche Nähe zu Natur braucht, erscheinen gleichwohl besonders solche Perspektiven als hoffnungsvoll, die sich die involvierte und involvierende Kultivierung und Bewahrung von Natur zur Aufgabe machen. Und spätestens hier werden Unternehmen erneut wichtig.

7. CONCLUSIO: UNTERNEHMENSVERANTWORTUNG IST EINE DIALEKTIK DER MÖGLICHKEIT

Weil die Richtung, in die sich das »Raumschiff Erde« (Crutzen et al. 2011) bewegt, vom praktischen Tun und Lassen praktisch Tätiger abhängt, ergibt sich Verantwortung als eine nicht abzuschüttelnde Notwendigkeit – auch und gerade für Unternehmen. Denn überall dort, wo über unterschiedliche inhaltliche Ausrichtungen gestritten werden kann, kommt Strategie ins Spiel. Das unternehmensbezogene Eröffnen oder Verstellen von Möglichkeitsräumen zur kulturellen Bewältigung virulenter Zeitfragen macht dabei deutlich, dass das Sich-Verantworten als Geben von Antworten zunächst einmal prinzipiell immer gegeben ist: In dem Maße, in dem wir beginnen, Kontingenz anzuerkennen, brauchen wir Verantwortung als theoretische und praktische Folge daraus. Strategisches Management als Ort des Unternehmerischen ist insofern eine reflexive Selbst-Responsibilisierung, die als Unzufriedenheit mit dem beginnt, was ist.

Nachhaltigkeit kann dabei als Orientierung stiftendes Plädoyer für eine spezifische Verantwortung wesentlich werden. Wie es genau eingelöst wird, muss schon aus Gründen demokratischer Legitimierung, respektive Verständigung eine empirische Frage bleiben. Als Ökonominen und Ökonomen sind

15 | Ergänzend sei hier auf Welsch (2012) verwiesen, der sich zwar nicht auf Nachhaltigkeit bezieht, jedoch in eine ähnliche Richtung zielt.

wir jedoch angehalten, möglichst gebildete Anregungen dafür zu geben, wie das besser als bislang gelingen könnte. Mit diesem Versuch befasst, stellen wir fest, dass Verantwortung für nachhaltige Entwicklung eine gesellschafts-politisch-verständigungsorientierte Arbeit an Vielfalt und Andersartigkeit in der praktischen Ausgestaltung sinnlicher und sinnvoller Mensch-Natur-Beziehungen erfordert.

Strategien und Ansätze, die eine theoretische und/oder praktische Ferne konstruieren, arbeiten dem entgegen und weisen insofern in die falsche Richtung. Weil das Allgemeine nicht existiert, kann es für involvierte Erfahrung nicht zur Verfügung stehen. Für Fragen zukunftsfähiger Unternehmenstheorie bedeutet das, dass (sofern wir terminologisch bei diesem Namen bleiben wollen) Betriebswirtschaftslehre umso zahnloser und umso hilfloser wird, je universeller ihr Anspruch ist. Die Widersprüche der wirklichen Welt anzuerkennen, macht es nach unserem Dafürhalten hingegen heute notwendiger denn je, sich immer wieder erneut die Hände schmutzig zu machen. In wissenschaftlicher Reflexion einerseits – und in praktizierter Unternehmensverantwortung sowieso ...

LITERATUR

- Anders, Günther. 1961. *Die Antiquiertheit des Menschen. Über die Seele im Zeitalter der zweiten industriellen Revolution*. München: C.H. Beck.
- Anscombe, Gertrude E. M. 1958. Modern Moral Philosophy. *Philosophy* 33:1-19.
- Arendt, Hannah. 1960. *Vita activa oder Vom tätigen Leben*. Stuttgart: Kohlhammer.
- Bauman, Zygmunt. 1995. *Postmoderne Ethik*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Bauman, Zygmunt. 2010. *Wir Lebenskünstler*. Berlin: Suhrkamp.
- Bayertz, Kurt, Hg. 1995. *Verantwortung. Prinzip oder Problem?* Darmstadt: WBG.
- Beck, Ulrich. 1986. *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in die Moderne*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Beech, Martin. 2009. *Terraforming. The Creating of Habitable Worlds*. New York: Springer.
- Böhme, Gernot. 2008. *Ethik leiblicher Existenz*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Branson, Richard. 2012. *Geht nicht, gibt's nicht! So wurde Richard Branson zum Überflieger. Seine Erfolgstitips für Ihr (Berufs-)Leben*. 3. Aufl. Kulmbach: Börsenmedien.
- Cato, Molly Scott. 2009. *Green Economics. An Introduction to Theory Policy and Practice*. London: Earthscan.
- Crutzen, Paul J. 2002. Geology of Mankind. *Nature* 415:23.

- Crutzen, Paul J., Michael D. Mastrandrea, Stephan H. Schneider und Peter Sloterdijk, Hg. 2011. *Das Raumschiff Erde hat keinen Notausgang. Energie und Politik im Anthropozän*. Berlin: Suhrkamp.
- Crutzen, Paul J., und Eugene F. Stoermer. 2000. The Anthropocene. *Global Change Newsletter* 41:17-18.
- Descola, Philippe. 2011. *Jenseits von Natur und Kultur*. Berlin: Suhrkamp.
- Eagleton, Terry. 2008. *Der Sinn des Lebens*. Berlin: Ullstein.
- Etzioni, Amitai. 1968. *The active society. A theory of societal and political processes*. New York: Free Press.
- Fatheuer, Thomas, Lili Fuhr und Barbara Unmüßig. 2015. *Kritik der Grünen Ökonomie*. München: oekom.
- Fuchs, Thomas. 2008. *Leib und Lebenswelt. Neue philosophisch-psychiatrische Essays*. Zug: Die Graue Edition.
- Fukuyama, Francis. 2012. *The end of history and the last man*. London: Penguin.
- Galeano, Eduardo. 1991. *Die offenen Adern Lateinamerikas. Die Geschichte eines Kontinents von der Entdeckung bis zur Gegenwart*, 14. Aufl. Wuppertal: Hammer.
- Gigold, Sven. 2009. Der Green New Deal. Der grüne Pakt mit dem Monster. *Politische Ökologie* 27:42-44.
- Heidegger, Martin. 2000. Das Ding (1950). In *Vorträge und Aufsätze*. Gesamtausgabe, Bd. 7, Hg. Martin Heidegger, 165-188. Frankfurt a.M.: Vittorio Klostermann.
- Heller, Ágnes. 1981. *Theorie der Gefühle*. Hamburg: VSA.
- Hochmann, Lars. 2016. *Die Aufhebung der Leblosigkeit. Eine praxis- und naturtheoretische Dekonstruktion des Unternehmerischen*. Marburg: Metropolis.
- Hochmann, Lars, und Reinhard Pfriem. 2017. Jenseits von Ressourcen. Natur als wesentlicher Terminus für Unternehmenstheorie. In *Unternehmen der Gesellschaft. Interdisziplinäre Beiträge zu einer kritischen Theorie des Unternehmens*, Hg. FUGO, 161-186. Marburg: Metropolis.
- Horkheimer, Max, und Theodor W. Adorno. 1969. *Dialektik der Aufklärung*. Frankfurt a.M.: S. Fischer.
- Jackson, Tim. 2011. *Wohlstand ohne Wachstum. Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt*. München: oekom.
- Jänicke, Martin. 1984. *Umweltpolitische Prävention als ökologische Modernisierung und Strukturpolitik*. Berlin: IIUG.
- Kant, Immanuel. 1784. Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung? *Berlinische Monatsschrift* 4:481-494.
- Laclau, Ernesto, und Chantal Mouffe. 1985. *Hegemony and socialist strategy. Towards a radical democratic politics*. London: Verso.
- Leed, Eric J. 1993. *Die Erfahrung der Ferne. Reisen von Gilgamesch bis zum Tourismus unserer Tage*. Frankfurt a.M.: Campus.

- Marx, Karl. 1968. Ökonomisch-philosophische Manuskripte aus dem Jahre 1844. In *Ergänzungsband. Schriften, Manuskripte, Briefe bis 1844*. MEW, Bd. 40, Hg. Karl Marx und Friedrich Engels, 465-588. Berlin: Dietz.
- Mazanek, Daniel D., Raymond G. Merrill, John R. Brophy und Robert P. Mueller. 2015. Asteroid Redirect Mission Concept. A Bold Approach for Utilizing Space Resources. *Acta Astronautica* 117:163-171.
- Mouffe, Chantal. 2014. *Agonistik. Die Welt politisch denken*. Berlin: Suhrkamp.
- Nietzsche, Friedrich. 1887. *Die fröhliche Wissenschaft*. Leipzig: E. W. Fritzsche.
- Nussbaum, Martha C., und Amartya Sen. 1993. *The quality of life*. Oxford: Clarendon Press.
- Osborn, Fairfield. 1948. *Our plundered planet*. Boston: Little, Brown.
- Paech, Niko. 2012. *Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie*. München: oekom.
- Pfriem, Reinhard. 1995. *Unternehmenspolitik in sozialökologischen Perspektiven*. Marburg: Metropolis.
- Pfriem, Reinhard. 2006. *Unternehmensstrategien. Ein kulturalistischer Zugang zum Strategischen Management*. Marburg: Metropolis.
- Pfriem, Reinhard. 2007. *Unsere mögliche Moral heißt kulturelle Bildung. Unternehmensethik für das 21. Jahrhundert*. Marburg: Metropolis.
- Pfriem, Reinhard. 2011. Jenseits des Konsums. Die Tätigkeitsgesellschaft als nachhaltige Perspektive. In *Eine neue Theorie der Unternehmung für eine neue Gesellschaft*, Hg. Reinhard Pfriem, 89-112. Marburg: Metropolis.
- Pfriem, Reinhard. 2013. Weltlosigkeit überwinden. Zur Kritik des (nicht nur ökonomischen) modernen Menschenbildes und was daraus folgen könnte. *Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik* 14:195-217.
- Pfriem, Reinhard. 2015. Ökonomie ist kulturelle Praxis. Zur Feier des Geburtstags von Irene Antoni-Komar. In *Die Kultivierung des Ökonomischen. Kulturelle Prozesse, kulturelle Praktiken, kulturelle Kompetenzen. Festschrift für Irene Antoni-Komar zum 60. Geburtstag*, Hg. Reinhard Pfriem, Lars Hochmann, Nina Gmeiner, Karsten Hurrelmann, André Karczarzyk, Christian Lautermann und Christine Lenz, 83-98. Marburg: Metropolis.
- Polanyi, Michael. 1967. *The Tacit dimension*. New York: Doubleday.
- Radkau, Joachim. 2011. *Die Ära der Ökologie. Eine Weltgeschichte*. München: C.H. Beck.
- Robertson, Morgan M. 2006. The Nature That Capital Can See. Science, State, and Market in the Commodification of Ecosystem Services. *Environment and Planning D: Society and Space* 24:367-387.
- Rockström, Johan, Will Steffen, Kevin Noone, Åsa Persson, F. S. Chapin, Eric F. Lambin, Timothy M. Lenton, Marten Scheffer, Carl Folke, Hans J. Schellhuber, Björn Nykvist, Cynthia A. de Wit, Terry Hughes, Sander van der Leeuw, Henning Rodhe, Sverker Sörlin, Peter K. Snyder, Robert Costanza, Uno Svedin, Malin Falkenmark, Louise Karlberg, Robert W. Corell, Victoria

- J. Fabry, James Hansen, Brian Walker, Diana Liverman, Katherine Richardson, Paul Crutzen und Jonathan A. Foley. 2009. A Safe Operating Space for Humanity. *Nature* 461:472-475.
- Rosanvallon, Pierre. 2016. *Die gute Regierung*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Royal Society. 2009. *Geoengineering the Climate. Science, Governance and Uncertainty*. London: Royal Society.
- Schmitz, Hermann. 1990. *Der unerschöpfliche Gegenstand. Grundzüge der Philosophie*. Bonn: Bouvier.
- Schneidewind, Uwe, und Angelika Zahrnt. 2013. *Damit gutes Leben einfacher wird. Perspektiven einer Suffizienzpolitik*. München: oekom.
- Schulze, Gerhard. 2003. *Die Beste aller Welten. Wohin bewegt sich die Gesellschaft im 21. Jahrhundert?* München: Hanser.
- Schumacher, Ernst F. 1974. *Small is Beautiful. Economics as if People Mattered*. New York: HarperCollins Publishers.
- Schumpeter, Joseph A. 1947. The Creative Response in Economic History. *The Journal of Economic History* 7:149-159.
- Schumpeter, Joseph Alois. 1993. *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, 7. Aufl. München: Francke.
- Smith, Adam. 1759. *The Theory of Moral Sentiments*. Edinburgh: Millar, Kincaid, Bell.
- Streeck, Wolfgang. 2014. *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*, 5. Aufl. Berlin: Suhrkamp.
- Tieck, Ludwig, und Karl E. von Bülow, Hg. 1846. *Novalis Schriften. 3. Teil*. Berlin: G. Reimer.
- UNEP. 2016. *United Nations Environment Programme. Green Economy*. <http://web.unep.org/greeneconomy/> (Zugegriffen: 05.05.2016).
- Venter, J. Craig. 2013. *Life at the speed of light. From the double helix to the dawn of digital life*. New York: Viking.
- Weick, Karl E., und Kathleen M. Sutcliffe. 2003. *Das Unerwartete managen. Wie Unternehmen aus Extremsituationen lernen*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Welsch, Wolfgang. 2012. *Homo mundanus. Jenseits der anthropischen Denkform der Moderne*. Weilerswist: Velbrück.
- Williamson, Jack. 1942. Collision Orbit. *Astounding Science Fiction* 29:80.

Reflexion der Beiträge

Große Transformation?

Philosophische Bemerkungen zur Nachhaltigkeit

Reinhard Schulz

1. EINLEITUNG

Nachhaltigkeit ist heute in aller Munde. Dadurch entsteht eine nur sehr schwer durchschaubare Gemengelage von Phänomenen, Wahrnehmungen, Gewohnheiten, Praktiken, Erfahrungen, Erwartungen, Ansprüchen, Wissen, Theorien, Methoden, Verfahren, Technologien, Evidenzen, Kompetenzen, Fakten, Funktionen, Lösungen, Vorschriften, Normen, Auswirkungen, Aussagen, Bezeichnungen, Diskussionen, Fragen, Antworten, Versionen, Handlungsmustern, Heilsversprechen, Transformationen, Widersprüchen und Alternativen, die *zugleich* von und an Wissenschaft, Politik und Wirtschaft, aber auch an Recht, Bildung, Massenmedien oder Kunst und Kultur adressiert sein können. Obwohl manche immer noch meinen, dass aufgeklärte Wissenschaft die Unübersichtlichkeit dieser Gemengelage reduzieren könne, indem sie auf unumstößliche Wahrheiten zurückgreife, muss spätestens mit dem Aufkommen von Systemtheorie, Wissenschaftsforschung und Neostrukturalismus diese Hoffnung doch enttäuscht werden. Wie schwer wir uns mit dieser enttäuschten Hoffnung aber gegenwärtig tun, kann vor allem an der engen Tuchfühlung der Begriffe »Nachhaltigkeit«, »Transformation« und »Globalisierung« demonstriert werden, wie sie in aktuellen Debatten zu beobachten ist. Dabei ist dann in Anlehnung an Karl Polanyi oftmals von der »zweiten großen Transformation« die Rede (Polanyi 1973), bei der sich heute aber im Hinblick auf die relative territoriale Reichweite politischer und wirtschaftlicher Ordnungen die Fragen nach dem Herrschaftsverhältnis von Staaten und Märkten und der globalen Regulierung von Nachhaltigkeit neu stellen. Bei den gegenwärtig weltweit kontrovers geführten Debatten über die Wirtschafts- und Freihandelsabkommen TTIP und CETA kann man sich einen Eindruck von den damit verbundenen Schwierigkeiten verschaffen, die die »erste Trans-

formation« herbeigeführt hatte, bei der es um die Befreiung der modernen kapitalistischen Wirtschaft aus lokalen Kontrollen und Gesetzgebungen oder weiteren nationalen Einschränkungen gegangen war. Nicht zuletzt die dabei freigesetzte zerstörerische Kraft der globalen Märkte auf Natur und Klima hat die Nachhaltigkeitsdebatte zusätzlich stimuliert. Doch wie steht es mit deren lokaler Umsetzung vor dem Hintergrund der für den Wahrheitsbegriff der modernen Wissenschaft geltend gemachten Einschränkungen?

Der aktuelle Nachhaltigkeitsdiskurs erscheint in der praktischen Umsetzung vorrangig als Managementaufgabe (siehe Beitrag von Lüdtke in diesem Band) und die flächendeckende Etablierung von Nachhaltigkeits- oder Umweltbeauftragten als »Ansprechpartner« für ein zukunftsgerechtes Denken und Handeln scheint das politische, wirtschaftliche und rechtliche Mittel der Wahl zu sein. Dabei trifft dieser Diskurs auf eine funktional differenzierte Gesellschaft (Luhmann 1997), in der die Erfolgsbedingungen *in* und die Erwartungen *an* die jeweiligen Subsysteme weit auseinanderliegen können. Die Bewusstmachung der gesellschaftlichen Rolle von Wissenschaft kommt daher ohne einen Blick auf die nichtwissenschaftlichen Funktionen von Gesellschaft gar nicht aus. Zusätzlich muss die Nichtreduzierbarkeit auf Wissenschaft beim Nachhaltigkeitsbegriff sogar besonders hervorgehoben werden, der selbst unter Bedingungen weitreichender wissenschaftlicher Operationalisierung vor allem in den Naturwissenschaften noch normative Restbestände (z.B. im Hinblick auf erwartbare »Anreize«) und ethische Zielsetzungen (z.B. im Hinblick auf das Wohl zukünftiger Generationen) mit sich tragen dürfte. Im Hinblick auf die Missverhältnisse zwischen Funktion, eigenen Erfolgsbedingungen und Erwartungen von außen können Nachhaltigkeitsforscher und Nachhaltigkeitsbeauftragte auf eine komplexe Verschränkung von Wissenschaft, Politik, Wirtschaft, Recht und/oder Bildung treffen, innerhalb derer aber von Fall zu Fall *nachhaltig* entschieden werden soll. Das Ignorieren dieser vorgegebenen Welt funktional differenzierter Organisationen und Institutionen in der modernen Gesellschaft wäre für diesen Personenkreis sträflich, denn ihre Klientel ist in diese Funktionssysteme langfristig verstrickt und nicht minder die Nachhaltigkeitsbeauftragten selbst, die darüber hinaus das Legitimationsinteresse verfolgen müssen, lukrativen Anteil an der Beratung und Entscheidung von Nachhaltigkeitsfragen zu haben, *obwohl* sie die Form und die Funktion von einzelnen und ihnen zugeordneten Systemen in den meisten Fällen nur unzureichend durchschauen können. Nachhaltigkeitsbeauftragte müssen sich daher anscheinend auf den Umgang mit Vagheiten einstellen (»Nichts Genaues weiß man nicht«), obwohl das alltägliche Bild, das man vor allem auf die Wissenschaft, (seit der Finanzkrise) weniger auf Wirtschaft oder Politik projiziert, das der Objektivität, der Prognosefähigkeit und der Nachvollziehbarkeit ihrer Strukturen und Prozesse zeigen soll.

2. FUNKTIONALE DIFFERENZIERUNG

Vordergründig geht es um die Aufrechterhaltung von Ordnung und Rationalität innerhalb einer im Hinblick auf das Zusammenspiel der Subsysteme wenig koordiniert erscheinenden pluralistischen Gesellschaft, und der Nachhaltigkeitsdiskurs kann dabei sehr gut als Schnittmenge und Paradebeispiel für die damit einhergehenden Paradoxien dienen, insofern sich das Spannungsverhältnis von Sollen und Sein, von Anspruch und Wirklichkeit in den einzelnen Subsystemen unterschiedlich dokumentiert. Der paradigmatische Anspruch der Systemtheorie einer angemessenen Beschreibung von funktionaler Differenzierung leistet dabei immer noch gute Dienste, obwohl dabei einige der Empirie unangemessene Vereinfachungen in Kauf genommen werden müssen. Denn von der Wissenschaft wird auch in den Zeiten »alternativer Fakten« die Beibehaltung von Wahrheitsansprüchen erwartet, *obwohl* sich wissenschaftliches Wissen nicht problemlos in nichtwissenschaftliche Entscheidungen übersetzen lässt. Wirtschaft soll ein kluges Management im Umgang mit knappen Ressourcen (z.B. nicht nachwachsender Rohstoffe) betreiben, *obwohl* Verteilungs- und Versorgungskämpfe auf der Tagesordnung stehen. Politik beschränkt sich auf das Austarieren von Machtstrukturen und die Vermeidung von kurzfristigen Wahniederlagen, *obwohl* das Wohlergehen zukünftiger Generationen dabei auf dem Spiel stehen kann. Das Recht versorgt die Gesellschaft mit normativer Erwartungssicherheit, *obwohl* miteinander in Konflikt stehende Gerechtigkeitsansprüche das gesellschaftliche Leben lähmen können. Die Bildung selektiert für den gesellschaftlichen Wettbewerb, *obwohl* sie seit der Aufklärung den Imperativen von Mündigkeit und Emanzipation verpflichtet sein sollte. Die Massenmedien bedienen Stimmungen und Trends, *obwohl* sie einer möglichst neutralen Aufarbeitung von Daten und Informationen (Stichwort: »vierte Gewalt«) verpflichtet sein sollten. Der Wissenschaft und Öffentlichkeit übergreifende Nachhaltigkeitsdiskurs hat inmitten dieser Spannungsverhältnisse seinen Ort und läuft den unvereinbaren Ansprüchen entweder hinterher oder aber sucht Halt in der vermeintlich Verbindlichkeit schaffenden Kraft wissenschaftlicher Rationalität.

Die Zweifel an einer rationalen wissenschaftsbasierten Selbstbeschreibung der Moderne, die sich gerne als »Wissengesellschaft« tituliert, sind indessen immer größer geworden und haben auch auf die Theoriebildung der diese Moderne reflektierenden Geistes- und Kulturwissenschaften eingewirkt, die vor allem auch bei einer lange auf Vernunft, Wahrheit und Aufklärung verpflichteten Philosophietradition tiefe Spuren hinterlassen haben. Exemplarisch könnten über eine Kritik an der *Objektivität*¹ durch die Wissenschaftsforschung

1 | »Wenn wir unsere Aufmerksamkeit auf ökologische Krisen richten, bemerken wir sofort, daß diese sich niemals in Form einer Krise ›der Natur‹ äußern. Sie erscheinen

(Bruno Latour), eine Kritik an der *Subjektivität*² durch den Neostrukturalismus (Michel Foucault) und eine Kritik an den *Kommunikationsmöglichkeiten*³ durch die Systemtheorie (Niklas Luhmann) Bedingungen einer Neujustierung des herrschenden Nachhaltigkeitsdiskurses erhofft werden. Aber dieser auf gesamtgesellschaftliche Resonanz angewiesene Diskurs leidet unter der Hyperspezialisierung in einzelne untereinander nur wenig resonanzfähiger Disziplinen (ein besonders eklatanter Unterschied besteht etwa zwischen physikalischer Klimaforschung auf der einen und soziologischer Konsumentenbefragung zur Nachhaltigkeit auf der anderen Seite, insofern erstere sich durch einen historisch gewachsenen naturwissenschaftlichen Theorieapparat zu legitimieren versucht, wogegen letztere aber mit den historisch kontingenten Stimmungsschwankungen der Befragten rechnen muss) und einem dem globalen Wettbewerb und der Konkurrenz (Schulz 2015) geschuldeten, durch

vielmehr als *Krisen der Objektivität*. [...] Die berühmten Prionen, die wahrscheinlich für die BSE-Krankheit, den sogenannten Rinderwahnsinn, verantwortlich sind, symbolisieren die riskanten Verwicklungen, ähnlich wie der Asbest die alten risikolosen Objekte. Wir behaupten, daß das Anwachsen der politischen Ökologie auf die Vervielfältigung dieser neuen Wesen zurückzuführen ist, die sich von nun an unter die klassischen Objekte mischen, welche immer noch den Hintergrund der gewöhnlichen Landschaft bilden. [...] Wir sind Zeugen nicht des Vordringens von Fragen der Natur in politischen Debatten, sondern der Vervielfältigung der haarigen Objekte, die sich nicht mehr auf die natürliche Welt eingrenzen, das heißt naturalisieren lassen.« (Latour 2001, S. 34, 39f.; Herv. i.O.)

2 | »Wenn das Wissenwollen heute seine größten Ausmaße annimmt, so nähert es sich nicht einer universellen Wahrheit; es verleiht dem Menschen keine sichere und ruhige Herrschaft über die Natur; im Gegenteil, es vervielfältigt die Gefahren, es zerstört die schützenden Illusionen; es vernichtet die Einheit des Subjekts; es befreit in ihm alles, was auf seine Auflösung hinarbeitet. [...] Die Religionen forderten einst die Opferung des menschlichen Leibes; das Wissen ruft uns heute dazu auf, daß wir mit uns selbst experimentieren, daß wir das Erkenntnisobjekt opfern.« (Foucault 1976, S. 107f.)

3 | »Selbst wenn ein ›ökologisches Bewußtsein‹ in diesem oder jenen oder vielen Bewußtseinssystemen entstehen sollte, wird es daher Eigenschaften haben, die es für die Gesellschaft nahezu unbrauchbar machen. Es wird, so jedenfalls folgert die hier zugrunde gelegte Systemtheorie, wahrnehmungsmäßig bzw. anschaulich überdeterminiert sein; und es wird sein Thema Ökologie eher in einer Negativfassung anhand bestimmter Thesen darstellen können, als positiv Wissen über die Umwelt in die Kommunikation eingeben zu können. Es wird zu Ängsten und zu Protesten neigen oder auch zu einer Kritik der Gesellschaft, die es nicht fertig bringt, ihre Umwelt adäquat zu behandeln. Es wird seine Generalisierungen nur in der Form der Negation erreichen können, und es wird, wie typisch in Fällen, in denen es nicht weiter weiß, zu einer emotionalen Selbstsicherheit tendieren.« (Luhmann 1986, S. 66f.)

Politik und Wirtschaft angeheizten Innovationswahn der Wissensproduzenten, welcher das Feld des Nichtwissens auch auf dem Feld der Nachhaltigkeitsforschung, aber nicht nur dort, tagtäglich vergrößert.

Die »Wissensgesellschaft« wird unter diesen Bedingungen zur Glaubensgemeinschaft, die ihre Glaubensgrundlage – das Vertrauen in das Wissen der anderen – verloren hat, aber nicht anders kann, als sich am zerrütteten Glauben an die Wissenschaft festzuklammern, der dann allzu schnell in einen »Wissenschaftsaberglauben« (Jaspers 2017, S. 95) umschlagen kann. Nachhaltigkeitsforscher oder Nachhaltigkeitsbeauftragte laufen dann Gefahr, in die Priesterrolle des Verkünder der »großen Transformation« zu geraten, und der gemeinsame Glaube an die Nachhaltigkeit als unhintergebares Zukunftspostulat angesichts des Wohls zukünftiger Generationen kann blind machen für die gegenläufigen Veränderungen in der Gesellschaft, die vor allem durch die neuen Technologien bestimmt werden. An die Stelle einer durch bestimmte Messgeräte, Methoden und einzelwissenschaftliche Expertise hervorgebrachten »richtigen« Erkenntnis von Objekten im Rahmen naturwissenschaftlicher auf Nachhaltigkeitsfragen gerichteten Forschung treten dann digitale Mustererkennungen von Abläufen, die von riesigen Datenmengen (»Big Data«) gespeist werden. Nachhaltigkeit besteht dann nicht länger vorrangig im Theoriestatus wissenschaftlicher Forschung oder der persönlichen Entscheidung der jeweils beteiligten Akteure, sondern manifestiert sich in den Messdaten von Kontrollagenturen an der Schnittstelle von Wissenschaft und Gesellschaft zwecks Steuerung von begrenzten und miteinander im Wettbewerb stehenden gesellschaftlichen Kollektiven und Lebensstilen im Hinblick auf eine fortschreitende »Quantifizierung des Sozialen« (Mau 2017).

3. DER KAMPF UM DIE ZUKUNFT

Die Massenmedien stehen als Verkünder von Trends und Zukunftserwartungen in Dauerresonanz mit diesen Agenturen, und Nachhaltigkeit wird in diesem Rahmen zu einer Sollbruchstelle im andauernden Transformationsprozess eines Abgleichs des Ist- und Sollzustandes moderner Gesellschaften. Damit einher geht eine massenmediale Gewissensprüfung, wie man es denn persönlich am besten mit der Nachhaltigkeit halten sollte, die sich in ganz unterschiedlichen Ressorts der Tagespresse Gehör verschaffen kann. Die zuvor beschriebenen Paradoxien werden dann allerdings auch an dieser Stelle virulent, weil sich die Hinweise in den prominentesten tagespolitischen Rubriken Politik, Wirtschaft, Finanzen, Feuilleton oder Wissenschaft ja keineswegs im Einklang miteinander befinden müssen. Spätestens bei aktuellen Stichworten wie Mobilität, Energie, Gesundheit oder Ernährung dürfte der »Hausfrieden« um die Nachhaltigkeit *nachhaltig* gestört sein, und Kontroversen unterschied-

lichster Art und Weise sind Tor und Tür geöffnet. Bei diesen Themen scheint es so gut wie unmöglich zu sein, mit sich selbst, geschweige denn mit anderen in Übereinstimmung treten zu können.

Ivan Illich dürfte einer der frühesten Nachhaltigkeitstheoretiker gewesen sein, obwohl er das 1973 noch »Selbstbegrenzung« (engl.: »Tools for Conviviality«) genannt hat. Ihm ist damals schon aufgegangen, dass die Stoßkraft für notwendige politische Veränderungen durch lähmende Rhetoriken von Experten geschwächt und wir damit unseres wichtigsten Hilfsmittels in Gestalt unserer »Alltagssprache« beraubt werden könnten.⁴ Ein heute zu beobachtendes flächendeckendes Gerede über Nachhaltigkeit, das längst die Werbung und die Verkaufsstrategien von Unternehmen erreicht hat, steht unter dem Verdacht, zur Beute dieser mundtot machenden Rhetoriken geworden zu sein und sich damit von Illichs damaligem Imperativ der Selbstbegrenzung immer weiter entfernt zu haben. Ein solches Bild kann uns auch heute noch verdeutlichen, dass die für nachhaltige Veränderungen notwendige Kraft zur Partizipation auf neue Akteure, neue Formen und neue Begriffe angewiesen sein wird, die Bruno Latour sogar in Gestalt einer neuen »experimentellen Metaphysik« ausarbeiten möchte.⁵ Mit einer solchen Denkfigur wie der Latours muss die Bereitschaft zu neuen Fragestellungen und Abweichungen von gewohnten Pfaden verbunden sein. Nichts anderes verkörpert aber auch der hypothetische Charakter der modernen Wissenschaft, bei deren Theorieentwicklung nichts auf Dauer gestellt werden kann und sich in immer wieder neuen Abweichungen ihrer Resultate die Bedingung der Möglichkeit eines jeden wissenschaftlichen Fortschritts verkörpert sieht. Wenn es in der Nachhaltigkeitsforschung gelegentlich schwerer als in anderen Bereichen erscheinen sollte, neue Fra-

4 | »Menschen allerdings, die von einer Selbstbegrenzung der Produktion überzeugt sind, müssen diese Überzeugung auch in einer verständlichen Sprache formulieren können. Viele Menschen wissen heute schon undeutlich, worauf verzichtet werden sollte, aber für die Durchsetzung der Forderung nach Selbstbegrenzung ist uns die Sprache von den professionellen Zünften schon teilweise entrissen worden. *Die Wiederbelebung der Alltagssprache ist ein erster Angelpunkt für eine politische Umkehr.* Nur über Sprache werden die Menschen sich zu Alternativen zusammenfinden.« (Illich 1980, S. 183; Herv. i.O.)

5 | »So führt die politische Ökologie auf die älteste demokratische Intuition zurück und bringt sie dort unter, wo sie hingehört: in die kühne Ausarbeitung einer experimentellen Metaphysik. Deren Resultate sind definitionsgemäß noch unbekannt, und sie *müssen von denen beurteilt werden, die sie in ihre eigenen Begriffe übersetzt haben.* [...] Es gibt keinen anderen Barbaren als denjenigen, der ein für allemal die Worte gefunden zu haben glaubt, um sich selbst zu definieren. Der *logos* ist nicht die klare und deutliche Rede, die in Gegensatz zum Gestammel der anderen steht, sondern ist Sprachverlegenheit, die einhält, neu ansetzt, *anders gesagt*, die im Versuch ihre Worte sucht.« (Latour 2001, S. 219, 261; Herv. i.O.)

gestellungen zu identifizieren, dann könnte das auch damit zusammenhängen, dass dort moralische, politische und ökonomische Bewertungen auf hoch selbstverständliche Weise in die Fragestellungen involviert sind. Oder andersherum formuliert: Durch die weit verbreitete Dienstleistungsfunktion der Nachhaltigkeitsforschung für Politik und Wirtschaft (z.B. durch die Erfindung und Bewertung innovativer Anreizsysteme für ein nachhaltiges Verhalten verschiedener Kollektive) beraubt sich diese Forschung geradezu ihrer innovativen Kraft, die nur unabhängig von vorschnellen moralischen, politischen und ökonomischen Bewertungen zustande kommen könnte. Jede Auftragsforschung steckt daher in dem Dilemma, dass sie die durch Wissenschaft ermöglichte Vielfalt von Versionen für Problemlösungen in dem Moment tendenziell unterdrücken muss, wo die Imperative des Auftraggebers vorherrschend werden können. Es stellt sich daher die Frage, ob die starke Verquickung von Nachhaltigkeit und Transdisziplinarität, deren Begriff mittlerweile über die Zusammenarbeit wissenschaftlicher Disziplinen hinaus auch auf den Austausch mit nichtwissenschaftlichen Bereichen der Gesellschaft ausgedehnt wird, für die Nachhaltigkeitsforschung langfristig mehr Nutzen als Schaden hervorbringen wird und wie die hier zur Diskussion stehenden Tagungsbeiträge der Lüneburger Konferenz »Reflexive Responsibilisierung. Verantwortung für nachhaltige Entwicklung« in diesem Zusammenhang gedeutet werden können.

4. NACHHALTIGKEIT: EINE ANALYTISCHE KATEGORIE?

In dem Titel »Normativität oder Neutralität der Wissenschaft? – Reflexionen auf die Praxis nachhaltigkeitsorientierter Forschung« sind die zuvor beschriebenen Paradoxien auf anschauliche Weise gebündelt. Repräsentiert die nachhaltige Forschung eine Sonderform von Wissenschaft? Was soll man sich unter einer normativen Wissenschaft vorstellen und worin unterscheiden sich normative und neutrale Wissenschaft? Kann die jeweilige »Praxis« von Forschung Aufschluss darüber geben, welchen Charakter die Forschung haben soll? Solcherart Fragen erhalten beim Thema Nachhaltigkeit eine besondere Dramatik, weil herkömmliche Demarkationslinien, die vor allem das Verhältnis von Naturwissenschaften und Nichtnaturwissenschaften betreffen, bei diesem Thema scheinbar außer Kraft gesetzt werden. Denn Unterscheidungen von Natur und Kultur oder Natur und Technik sind in dem Moment unbrauchbar, wo Zweifel an der Möglichkeit der Vergegenständlichung des Forschungsgegenstandes aufkommen können, was sogar zu einer Proklamierung vom »Tod der Natur« (Hampe 2011)⁶ führen kann. Eine »Subjekt-Objekt-Spaltung«

6 | »Je relevanter das berichtende und behauptende Expertenwissen in den menschlichen Angelegenheiten wird, umso weniger ist verhandelbar und umso unpolitischer wird

(Jaspers 1991, S. 235ff.) ist aber für die idealtypische Objekterkenntnis naturwissenschaftlicher Forschung konstitutiv, und es fragt sich, ob das mit Nachhaltigkeit Gemeinte überhaupt in diesem Sinne objektiviert werden kann.

Hans Carl von Carlowitz (1645-1714), der gemeinhin als der »Vater« der Nachhaltigkeit gilt, hatte diesen Gedanken auf die Waldwirtschaft übertragen und die Abholzungsrate eines Waldes mit dessen Regenerationsfähigkeit korreliert. Als Leitbild für sowohl politisches, wirtschaftliches und ökologisches Handeln diente der Begriff dann im Brundtland-Bericht der Vereinten Nationen, in dem man die folgende Definition finden kann: »Nachhaltige Entwicklung ist eine Entwicklung, die gewährt, dass künftige Generationen nicht schlechter gestellt sind, ihre Bedürfnisse zu befriedigen als gegenwärtig lebende.« (Hauff 1987, S. 46) Im Hinblick auf die Historizität gegenwärtiger Nachhaltigkeitsverhältnisse ist die moralisch-ökologische Dimension des Brundtland-Berichts eine Zutat unserer Zeit, wohingegen der Nachhaltigkeitsbegriff in seiner kameralistischen Fassung weniger eine ethische Forderung war, sondern ein ökonomisches Prinzip, das den Aufstieg des neuzeitlichen Machtstaates forstwirtschaftlich flankierte (Radkau 2002, S. 226-340). Von seinen frühesten Anfängen bis heute hat das Sprechen von Nachhaltigkeit daher eine ambivalente (»Waldwirtschaft« versus »künftige Generationen« *sollen* »nicht schlechter gestellt« sein) Dimension. Eine ganze Fülle von weiteren für Politik, Wirtschaft und Wissenschaft getrennt vorgenommenen, uneinheitlichen, aber einander überlappenden Definitionsansätzen erwecken den Eindruck, dass es sich bei der Nachhaltigkeit viel eher um eine regulative Idee oder eine ethische Forderung als um eine analytische Beobachtungskategorie für empirische Forschung handeln könnte. Denn vor allem gehe es bei ihr »[...] um die Bestimmung dessen, was Bestand haben soll und um die Verknüpfung der zeitlichen und räumlichen Ebene, die eine Nachhaltigkeitspolitik einzubeziehen hat. Die Grundidee basiert also auf der einfachen Einsicht, dass ein System nachhaltig ist, wenn es selber überlebt und langfristig Bestand hat. Wie es konkret auszu-sehen hat, muss im Einzelfall geklärt werden.« (Carnau 2011, S. 14)

Nachhaltigkeit erscheint diesbezüglich als eine Entwicklungskategorie, deren zukünftige Bewahrung außerhalb des Horizonts einzelwissenschaftlicher Forschung liegt, weil deren Prognosefähigkeit vom gegenwärtigen theoretischen und experimentellen Design der jeweiligen Fachdisziplin abhängig

das menschliche Leben. Aus diesem Grund bejubelt Bruno Latour den Tod der Natur: Die berichtenden Vertreter der natürlichen Tatsachen, die Naturwissenschaftler, sprechen immer behauptend, jenseits von allem, was zwischen Nichtexperten verhandelbar ist. Wenn sie, weil menschliches Handeln in der natürlich genannten Umwelt immer mehr Folgen hat, in der Rede über die menschlichen Verhältnisse immer wichtiger werden, dann wird das Behaupten darüber, wie es *ist*, wichtiger als das Sich-Fragen, wie es sein *sollte*.« (Hampe 2011, S. 237; Herv. i.O.)

und rein hypothetischer Natur ist. »Nachhaltigkeitspolitik« würde sich demgemäß nur eine Politik nennen dürfen, die zu einer »Verknüpfung« von Zukunft (Zeit) und Gegenwart (Raum) befähigt ist. Der hypothetische Charakter von Wissenschaft würde in diesem Denkmodell über den »Einzelfall« ins Spiel gebracht werden können, da diesem die Aufgabe zufiele, Politik und Gesellschaft mit abweichenden Versionen über Nachhaltigkeit zu versorgen, die die Möglichkeit einräumen, die ausgetretenen Pfade des Gewohnten in der Gegenwart zukünftig verlassen zu können.

5. BEGRÜNDUNGSDEFIZITE

Die bis hierhin angestellten philosophischen Überlegungen sollen nun wie eine Art »Sonde« auf die Tagungsbeiträge der Sektion »Normativität oder Neutralität der Wissenschaft? – Reflexionen auf die Praxis nachhaltigkeitsorientierter Forschung« angewandt werden. Dabei soll die Relevanz der in der Regel soziologischen Beiträge keineswegs in Abrede gestellt werden. Es geht vielmehr um eine reflexive Ergänzung, die dazu beitragen soll, das jeweils bevorzugte Forschungsdesign in einem »anderen Licht« erscheinen zu lassen. Dabei kommt vor allem ein Moment von »Dezentrierungen« (Schulz 2017, S. 192-195) ins Spiel, die der Soziologe Armin Nassehi für einen »soziologischen Diskurs der Moderne« geltend gemacht hatte und der Querverbindungen zu einem genealogischen Forschungsdesign aufweist, wie es für eine praxistheoretische Verständigung über Nachhaltigkeit leitend sein kann:

»Überhaupt scheint dort, wo es weiterhin ums Subjekt geht, entweder eine merkwürdige Selbstverständlichkeit zu herrschen, oder aber die *soziale* Kulturbedeutung des Subjekts als des verantwortlichen Akteurs wird mit seiner theoretischen Dezentrierung gerettet. [...] Solcherart Philosophie [...] bewegt sich in einer Welt, in der Unbestimmtheit erst nach der Voraussetzung begründungsfähiger Subjekte vorkommt – als Problem der richtigen oder falschen Begründung, aber nicht als die Frage nach den sozialen und historischen Voraussetzungen des Begründens.« (Nassehi 2009, S. 94)

Ich möchte vorausschicken, dass das von Nassehi angemerkte genealogische Begründungsdefizit »der Frage nach den sozialen und historischen Voraussetzungen des Begründens« in mehr oder weniger ausgeprägter Form für alle im Folgenden kommentierten Beiträge gilt und es kein Wunder ist, dass dieses Problem in der Nachhaltigkeitsforschung besonders virulent ist. Denn alle Definitionen von Nachhaltigkeit stehen quer zur einzelwissenschaftlichen Forschung, die ihre je eigenen historisch gewachsenen Begründungslogiken hat. Damit wird ein interessanter Begründungszirkel sichtbar, der offen lässt, ob die Nachhaltigkeitsforschung die Transdisziplinarität hervorgebracht hat

oder aber es sich umgekehrt verhält. Die Antwort darauf ist keineswegs trivial, weil je nach Antwort entweder die Objektseite (Gegenstand der Nachhaltigkeitsforschung) oder die Subjektseite (methodisches Instrumentarium, das zum Einsatz gebracht wird) *bestimmt*, was unter Nachhaltigkeit zu verstehen ist. Die Soziologie als empirische Wissenschaft pflegt bis heute aufgrund ihrer Gegenstände Individuum und Gesellschaft eine besonders enge Verbindung zur philosophischen Tradition, kann aber im Hinblick auf ihren empirischen Anspruch nur begrenzt von den Begründungslogiken der per Definition empirischen Naturwissenschaften lernen, die aufgrund von drängenden Umwelt- und Klimaproblemen aber massiv am Nachhaltigkeitsdiskurs beteiligt sind. Nachhaltigkeitsforscher sehen sich daher in einem offenen Methodenraum mit ganz eigenen Schwierigkeiten der Auswahl des methodischen Instrumentariums konfrontiert, und es ist daher keineswegs überraschend, dass der Titel der Sektion »Normativität oder Neutralität der Wissenschaft?« in Gestalt eines Fragezeichens diese Schwierigkeiten markiert, bei denen die Unterschiede von Sein und Sollen in Gestalt eines »naturalistischen Fehlschluss« (Moore 1903) bzw. von »Faktizität und Geltung« (Habermas 1998) scheinbar ignoriert werden. Nachhaltigkeitsforschung kann daher wie in den nun kommentierten Beiträgen mit dem Anspruch auftreten, neue Wissenschaftssorten zu erfinden, die an eine hybride Fragestellung jenseits von Sein und Sollen angepasst werden und nicht etwa umgekehrt, eine für das jeweilige Projekt relevante Auswahl existierender wissenschaftlicher Begründungslogiken zu legitimieren, die sich für das eigene Forschungsdesign besonders gut eignen, aber damit auch die Probleme einer paradox anmutenden *gleichzeitigen* »Begründung« von Normativität und Neutralität offen legen würden.

6. KOMMENTIERUNG FALLBEISPIELE

Braun und Baatz setzen mit ihrem Beitrag *Klimaverantwortung und Energiekonflikte. Eine klimaethische Betrachtung von Protesten gegen Energiewende-Projekte* bei einem Konzept von »theoretischer Empirie« (Kalthoff et al. 2008) an, bei dem umweltphilosophische Verantwortungskonzepte und die »Analyse von qualitativen Umfragen und leitfadengestützten Interviews« einander wechselseitig stimulieren sollen. Sie beobachten einen Widerspruch zwischen den globalen »Pflichten« und der lokalen »Akzeptanz« von Klimaverantwortung und wollen den diesen Widerspruch reflektierenden Abwägungsprozessen empirisch auf die Spur kommen. Reibungen zwischen neutralen und normativen Ansprüchen an Wissenschaft manifestieren sich in diesem Projekt auf klassische Weise, und die Sprechweise von einer »klimaethischen Perspektive« macht die Sache nicht leichter. Denn Bindestrichphilosophien, wie man sie vor allem in der angewandten Ethik (z.B. »Umweltethik«) findet, haben mit all

jenen Schwierigkeiten zu kämpfen, die einleitend für eine Krise der Objektivität, der Subjektivität und der Kommunikation (Fußnoten 1-3) geltend gemacht worden sind. Die mit dem Projekt verbundene Soll suggestion einer situativen Wirksamkeit normativer Argumente unterstellt ein für diese Argumente empfängliches (Aufklärungs-)Subjekt bei den Befragten, und die Befragung basiert auf negativen Generalisierungen (schwindende Akzeptanz gegenüber konkreten Energiewendeprojekten), die laut Luhmann auf eine Tendenz zur »emotionalen Selbstsicherheit« (siehe Fußnote 3) bei den Interviewern schließen lassen. Damit bestehen aber Zweifel, ob sich »Klimaverantwortung« tatsächlich über das Entweder-oder von »Übernahme« oder »Ablehnung« von Verantwortung erschließt oder nicht vielmehr im Rahmen eines Konzepts der eingangs von mir an das Projekt herangetragenen »theoretischen Empirie« sowohl auf Seiten der Theorie wie der Empirie wissenschaftliche »Variationen« für Lösungsvorschläge notwendig erscheinen. Für die Komplexität der die »Klimaverantwortung« berührenden Praktiken scheint dieser Spielraum angemessener zu sein, wobei angesichts der in diesen Praktiken auszulotenden Ambivalenzen (»Abwägungen«) Verantwortungsübernahme jenseits eines Für und Wider angesiedelt sein dürfte.

Görgen und Wendt schlagen in *Macht und soziale Ungleichheit als vernachlässigte Dimensionen der Nachhaltigkeitsforschung. Überlegungen zum Verhältnis von Nachhaltigkeit und Verantwortung* ein heuristisches Mehrebenenmodell vor. Die auf Bronfenbrenners ökosystemischen Ansatz (1981) zurückgehenden Modelle finden u.a. auch in der Pädagogik, Psychologie und Medizin eine breite Verwendung. Im vorliegenden soziologischen Beispiel liegt der Fokus auf der formalen Beschreibung der »Verantwortungsverhältnisse« und deren Vernetzung. Über die angesprochenen Leitfragen manifestiert sich auch in diesem Projekt ein starker Subjektbezug im Spannungsfeld von Anpassung (»Produkt«) und Gestaltung (»Akteur«), welcher die Frage nach den Machtverhältnissen zu ignorieren scheint. Darüber hinaus suggeriert das Schwanken zwischen einem struktur- und einem handlungstheoretischen Modell der Verantwortungsübernahme eine soziologische Neutralität, die parallel laufende Aspekte der Nützlichkeit, Normativität, Zweckgebundenheit und Befähigung von und für Verantwortung scheinbar außer Acht lässt.

Hoffmann arbeitet in ihrem Beitrag *Forschen im Spannungsfeld von Wissenschaft und Aktivismus. Verantwortungsübernahme am Beispiel einer lokalen zivilgesellschaftlichen Initiative* mit den methodischen Hilfsmitteln von teilnehmender Beobachtung, Dokumentenanalyse sowie Leitfadenterviews und hebt damit die eingangs von mir zitierten problematischen Grenzziehungen zwischen Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Recht in ihrer Studie wieder auf, die aber für die vielfältigen Paradoxien der Nachhaltigkeitsforschung zwischen Neutralität und Normativität verantwortlich gemacht werden können. Ohne Umschweife artikuliert sie Ansprüche einer Transformationsforschung nach

dem Vorbild von Schneidewind und Singer-Brodowski (2013), wobei Gegenstände, an denen sich diese Forschung bewähren soll, unerwähnt bleiben und lediglich verschiedene »Wissensformen« als befragungsrelevant aufgezählt werden. Angesichts der dabei untersuchten Beispiele trifft Luhmanns Befund eines »wahrnehmungsmäßig bzw. anschaulich überdeterminiert(en) ökologische(n) Bewußtsein(s)« (siehe Fußnote 3) in besonderer Weise zu, weil unklar bleibt, welchem Material sich die vorgenommenen »Generalisierungen« (Luhmann) verdanken. Insgesamt ist das Projekt von einer wissenschaftskritischen Grundhaltung (Öffnen des »Elfenbeinturms«) bestimmt, die sich über eine Befragung von sehr unterschiedlichen Akteuren legitimiert, wobei der Mehrwert einer solchen Befragung unterbestimmt bleibt, solange das in diesem Projekt *vermessene* »metrische Wir« (Mau 2017) nicht sozialtheoretisch qualifiziert wird.

Herberg nimmt in seinem Beitrag *Transdisziplinäre Nähe oder soziologische Distanz – Responsibilisierung einer Polemik* auf das Verhältnis von Transdisziplinarität und Ambivalenz explizit Bezug, ohne damit den transdisziplinären Anspruch in Frage zu stellen. Er berührt viele Ungereimtheiten, wobei Multiperspektivität und der unkonventionelle Umgang mit wissenschaftlichen Kontroversen unter Bezugnahme auf die Wissenschaftsforschung (Felt et al. 2016) ein besonderes Anliegen ist. Anhand dreier Thesen zur Ambivalenz, Stabilität und Transversalität (Herberg 2016) soll die Kopplung von Methodologie, Theorie und Feld beobachtet werden. Der Beitrag kommt einem praxistheoretischen Forschungsdesign sehr nahe, wobei offen bleibt, worin die Fruchtbarkeit eines supertheoretischen und überdeterminiert erscheinenden Konzepts wie der Gaia-Debatte für die konkrete empirische Feldarbeit genau besteht. Die am Ende vorgeschlagene Entkopplung von Feld und Methode scheint mir das Mittel der Wahl zu sein, um die wissenschaftliche Expertise von – wie eingangs von mir kritisiert – vorschnellen politischen, wirtschaftlichen und normativen Bewertungen zu entlasten. Insgesamt hat der Beitrag in dieser Sektion den mit jeder Nachhaltigkeitsforschung verbundenen Ambivalenzen am stärksten Rechnung getragen, wobei konkrete empirische Arbeitsaufträge kaum deutlich werden.

Lüdtke weist in *Transdisziplinarität und Verantwortung. Wissenschaftssoziologische Perspektiven auf projektförmig organisierte Forschung* auf ein »Dauerproblem« transdisziplinärer Forschung hin, das darin bestehe, wie sich die dafür erforderliche Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen Projektpartnern organisieren lasse. In seinem Beitrag wird die Transdisziplinarität auf wohlthuende Weise nicht auf der Gegenstands- sondern auf der Akteursebene als Beobachtungskategorie behandelt, die durch den Übergang vom Subjekt zum Projekt bzw. von der »Wissensproduktion« zum »Projektmanagement« gekennzeichnet sei. Wichtig sei in diesem Zusammenhang, dass im Hinblick auf die für transdisziplinäre Forschung typische »Problemorientierung«

und »Partizipation« sich in den Praktiken der heterogen zusammengesetzten Forscherteams inhaltliche Lösungsvorschläge und organisatorische Partizipationsformen wechselseitig hervorbringen. Die Einführung neuer Organisations- und Managementstrukturen führe dabei zu »Verantwortungsverhältnissen«, die innerhalb des Projektmanagements keiner Einzelperson mehr zugerechnet werden können und die Lösung »mikropolitische(r) Konflikte« mit »überkomplexen und konfliktreichen Settings aus Werteorientierungen, Wissensformen und -ansprüchen verschiedener wissenschaftlicher und außerwissenschaftlicher Akteure« als »gemeinschaftliche Aufgabe« erfahrbar mache. Der normative Anspruch an Nachhaltigkeit und die Einführung »quasi-unternehmerische(r) Management- und Führungstechniken« befördern sich wechselseitig, und der neue Typus der »Unternehmeruniversität« verdanke sich nicht zuletzt dem Vordringen projektbezogener Forschung. Der Beitrag kann daher auf anschauliche Weise zeigen, wie die Wissenschaft sich mit der Gesellschaft verändert hat und die Ambivalenz von »Planbarkeit« und »relative(r) Freiheit«, die heute noch als »Sonderfall« nachhaltigkeitsorientierter Forschung erscheinen mag, schon morgen der Normalfall universitärer Forschung sein könnte. Die von Nassehi kritisierten Rettungsversuche in Gestalt einer »theoretischen Dezentrierung« des Subjekts (Nassehi 2009) dürften dann wohl erst recht vergeblich sein.

Hochmann und Pfrieder treten in *Verantwortung kommt mit Nähe. Vorspiel einer Unternehmenstheorie der Zukunft* für ein »Plädoyer für eine naturtheoretisch fundierte und sinnlich grundierte praktizierte Verantwortung« ein. Die forschungsleitende These, dass Verantwortung im moralischen Sinne in Nähe wurzele, mache weitreichende Justierungen am Verantwortungsbegriff u.a. in Gestalt von Kritiken an einer verkopften Diskursethik wie auch an einer mathematisierten auf Universalisierung aus seienden Ökonomie notwendig. Über ein Schlüsselzitat von Zygmunt Baumann: »Unser aller Pflicht, die ich kenne, scheint nicht das gleiche zu sein, wie meine Verantwortung, die ich fühle« wird die moderne Wirtschaftsgesellschaft an den Pranger gestellt, die am Anfang des 21. Jahrhunderts wie nie zuvor Nähe zerstöre und die Fähigkeit des menschlichen Mit- und Einfühlens als Quelle von für die Zukunft angemessenen Moralvorstellungen untergrabe. Das Ziel müsse daher sein, die Bedingungen aufzuspüren, unter denen Unternehmen im Anthropozän Verantwortung für nachhaltige Entwicklung übernehmen können, ohne der fortschreitenden »Entsinnlichung« des modernen Menschen auch weiterhin zuzuarbeiten, die sich vor allem einer Verwechslung von Zweck und Mittel und einer damit verbundenen Freisetzung dieser Mittel für eine falsch verstandene Selbstoptimierung verdanke. Demgegenüber käme es vielmehr darauf an, die »Leiblichkeit, Mitweltlichkeit und Endlichkeit« menschlicher Existenz nicht als räumliches (Vereinzelung beförderndes), sondern als gemeinschaftliches kulturelles Unterfangen aufzufassen, welches innerhalb des strategi-

schen Managements als »reflexive Selbst-Responsibilisierung« in eine »Dialektik der Möglichkeit« als neuer Form einer Unternehmensverantwortung münden solle. Es bleibt bei so viel Euphorie für einen Neuaufbruch allerdings zu fragen, wie angesichts der diagnostizierten Entsinnlichung, die ja wohl durch einen schon lange andauernden Prozess von kapitalistischen Habitualisierungen innerhalb von bestehenden Produktions- und Konsumpraktiken hervorgebracht wurde, »der Schalter umgelegt werden kann«? Denn wenn die Mittel sich, wie beschrieben, gegen die Zwecke verselbständigt haben sollten, wird ihnen schwerlich mit neuen Zwecken von anzustrebenden Befähigungen zum Mit- und Einfühlen beizukommen sein. Denn diese Zwecke fallen nach der Abdankung der zweckentfremdeten Mittel ja keineswegs vom Himmel, sondern müssten sich einer zwecklosen Gegenkraft verdanken, die sich eines Tages den destruktiven Mitteln der Entsinnlichung erfolgreich entgegenstellen könnte. Das ist die Crux des hier favorisierten Verantwortungsmodells aus dem begrifflichen Nichts der Nähe, dass Zweck und Verantwortung nicht voneinander getrennt werden können, und wenn das eine erst einmal ruiniert sein sollte, für das andere nur noch der Kampf der allein zurück gebliebenen Mittel mit offenem Ausgang übrigbleiben würde. Es entbehrt daher nicht einer gewissen Ironie, dass der Beitrag mit einem Nietzsche-Zitat eröffnet wird, der ja wie kein anderer zeitlebens gegen Dichotomien wie Zweck und Mittel, Ursache und Wirkung etc. gewettert hat.

LITERATUR

- Bronfenbrenner, Urie. 1981. *Die Ökologie der menschlichen Entwicklung. Natürliche und geplante Experimente*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Carlowitz, Hannß Carl von. 1713. *Sylvicultura oeconomica. Hausswirthliche Nachricht und naturmäßige Anweisung zur wilden Baum-Zucht*, Faksimile der Erstauflage Leipzig. Remagen-Oberwinter: Kessel.
- Carnau, Peter. 2011. *Nachhaltigkeitsethik – Normativer Gestaltungsansatz für eine global zukunftsfähige Entwicklung in Theorie und Praxis*. München: Rainer Hampe.
- Foucault, Michel. 1976. Nietzsche, die Genealogie, die Historie. In *Von der Subversion des Wissens*. München: Hanser.
- Habermas, Jürgen. 1998. *Faktizität und Geltung*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Hampe, Michael. 2011. *Tunguska oder das Ende der Natur*. München: Hanser.
- Hauff, Volker. 1987. *Unsere gemeinsame Zukunft. Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung*. Greven: Eggenkamp.
- Illich, Ivan. 1980. *Selbstbegrenzung. Eine politische Kritik der Technik*. Reinbek: Rowohlt.
- Jaspers, Karl. 1991. *Von der Wahrheit*. München: Piper.

- Jaspers, Karl. 2017. Vom Ursprung und Ziel der Geschichte. In *Karl Jaspers Gesamtausgabe*, Bd. I/10, Hg. Kurt Salamun. Basel: Schwabe.
- Kalthoff, Herbert, Stefan Hirschauer und Gesa Lindemann, Hg. 2008. *Theoretische Empirie. Zur Relevanz qualitativer Forschung*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Latour, Bruno. 2001. *Das Parlament der Dinge. Für eine politische Ökologie*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas. 1986. *Ökologische Kommunikation. Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen?* Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Luhmann, Niklas. 1997. *Die Gesellschaft der Gesellschaft*, 2. Bde. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Mau, Steffen. 2017. *Das metrische Wir. Über die Quantifizierung des Sozialen*. Berlin: Suhrkamp.
- Moore, George Edward. 1903. *Principia ethica*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Nassehi, Armin. 2009. *Der soziologische Diskurs der Moderne*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Polanyi, Karl. 1973. *The Great Transformation: Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Radkau, Joachim. 2002. *Natur und Macht. Eine Weltgeschichte der Umwelt*. München: C.H. Beck.
- Schneidwind, Uwe, und Mandy Singer-Brodowski. 2014. *Transformative Wissenschaft. Klimawandel im deutschen Wissenschafts- und Hochschulsystem*. Marburg: Metropolis.
- Schulz, Reinhard. 2015. Konkurrenz und Kompetenz. In *Konkurrenz. Historische, strukturelle und normative Perspektiven*, Hg. Thomas Kirchhoff, 321-342. Bielefeld: transcript.
- Schulz, Reinhard. 2017. Welche Philosophie brauchen Unternehmen wirklich? In *Unternehmen der Gesellschaft. Interdisziplinäre Beiträge zu einer kritischen Theorie des Unternehmens*, Hg. Forschungsgruppe Unternehmen und gesellschaftliche Organisation (FUGO), 187-203. Marburg: Metropolis.

II. Gesellschaftliche Verantwortungsverhältnisse – Wirkungen von Nachhaltigkeit auf das Verhältnis von Struktur und Individuum

Partizipation: ein intrinsisches, dennoch relatives Gut nachhaltiger Entwicklung

Paul Burger

In der wissenschaftlichen Literatur finden sich zwei prominente Argumentationslinien zu Gunsten einer Maximierung von Partizipation. Innerhalb der *Governance for sustainable development*-Literatur wird oft behauptet, dass Partizipation die Wahrscheinlichkeit für nachhaltige Entwicklung förderliche Entscheidungen erhöhe und deswegen ausgebaut werden muss. Innerhalb der politischen Philosophie hatte John Rawls die Auffassung vertreten, dass die Güte einer (gerechten) Gesellschaft sich am Maß der Partizipation der Menschen an *public choices* messe. Bei ersterem handelt es sich um ein funktionales oft auch im Kontext der Stärkung von gesellschaftlicher Verantwortung vorgetragenes Argument. Letzteres versteht Partizipation als intrinsisches Gut. Beide haben gute Gründe auf ihrer Seite. Dennoch halte ich die Maximierungsforderung für problematisch. Ich werde in diesem Beitrag empirische Evidenz gegen ersteres und Argumente aus dem Bereich der Diskussionen um ideale/nicht-ideale Gerechtigkeit gegen letzteres vortragen. Ich werde die These verteidigen, dass Partizipation ein Gut in einem prall gefüllten Sack von Gütern ist, die es für nachhaltige Entwicklung zu balancieren gilt. Und dies ist insofern ein Beitrag zur Diskussion über Responsibilisierung, als mit einer nicht-idealisierenden, kritisch-reflektierten und empirisch-informierten Verständigung über einen Gegenstand wie Partizipation die Wissenschaft ihre Verantwortung wahrnehmen kann.

1. PROBLEMEXPONITION

Die gesellschaftliche Wurzel des hohen Stellenwerts von Partizipation für die Realisierung einer nachhaltigeren Entwicklung¹ ist die politische Agenda 21 von Rio 1992. Diese enthält die Forderung nach Einbezug der Bevölkerung in die Zukunftsgestaltung, die seither in vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens (Wassermanagement, Entwicklungszusammenarbeit, Lokale Agenden 21 etc.) Eingang gefunden hat. Partizipation und nachhaltige Entwicklung werden daher seit Rio eng miteinander verknüpft.

Darüber hinaus gibt es mindestens vier wissenschaftliche Diskussionsstränge, die eine Stärkung von Partizipation fordern:

- I. die Governance-Literatur mit ihren Kernaussagen wie »von Government to Governance«, »geteilter Verantwortung von Staat, Markt und Zivilgesellschaft« oder »new modes of governance« (Rhodes 1996; Pierre und Peters 2000; Heritier 2002; Kooiman 2003; Bellami 2011);
- II. den Bereich der Technikfolgenabschätzung, in deren Kontext auch das berühmte Papier von Arnstein über die Stufen vom Partizipation entstand (Arnstein 1969, 1975; vgl. weiter Joss und Belluci 2002; Grunwald 2002) bzw. die verschiedenen Stränge der Akzeptanz- und Innovationsforschung (exemplarisch Cowell et al. 2011);
- III. die Literatur zu den sozialen bzw. zivilgesellschaftlichen Bewegungen unter Einschluss transnationaler politischer Partizipation (vgl. dazu Amelung und Baumgarten 2017);
- IV. die seit den 90er Jahren anhaltenden Bemühungen um die Etablierung von transdisziplinären Forschungspraktiken (»mode 2 of knowledge production«; vgl. Gibbons et al. 1994; Thompson Klein et al. 2001).

Gemeinsam ist diesen Literatursträngen, dass sie ein Mehr an Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern in der Gestaltung der Gesellschaften fordern. Bildlich gesprochen wird damit das Anlaufen zweier gegenläufig fahrender Züge angedacht: Es ist Teil der politischen (oder wissenschaftlichen) Verantwortung die Bürgerinnen einzubinden, wobei dies wiederum zu einer Verantwortungsübernahme durch die Bürgerinnen führen soll (vgl. als Beispiel Begg 2016). Entsprechend finden sich auch zwei Typen von Begründungen für diese Forderung: Einerseits führe Partizipation zu grösserer Legitimität von Entscheidungen, andererseits führe Partizipation durch die Responsibi-

1 | Da »Nachhaltige Entwicklung« aufgrund der inhärenten Zukunftsorientierung ein offenes Konzept sein muss, spreche ich immer von »nachhaltigerer Entwicklung«. Inwiefern dennoch eine substantielle Definition gegeben werden kann, ist an anderer Stelle zu diskutieren.

lisierung von Bürgerinnen zu besseren Ergebnissen im Sinne von besserem Wissen, besseren Entscheidungen, nachhaltigeren Entwicklungen etc.

Eine bedeutsame fünfte wissenschaftliche Argumentationslinie ist die des Prozeduralismus, stark geprägt von Jürgen Habermas' diskurstheoretischer Reformulierung des Rawlschen Programms (Habermas 1981; 1983). Was sich, so die Kernthese, über Gerechtigkeit sagen lasse, beschränke sich auf die Formulierung von Kriterien für faire gesellschaftliche Aushandlungsprozesse. Diese Kriterien beinhalten etwa Zugangsrechte und Regeln eines vernünftigen möglichst herrschaftsfreien Diskurses. Sind diese prozeduralen Bedingungen gegeben, würden die am Diskurs Beteiligten zu ausgewogenen und für alle Beteiligten fairen Entscheidungen kommen², wie das Rawls mit seiner kontrafaktischen *veil of ignorance* postulierte (Rawls 1971). Gegeben, die weiteren von Rawls geforderten *primary goods* seien erfüllt, wäre der Anteil von Partizipation bei *public choices* Bewertungskriterium für das Maß an Gerechtigkeit.

Gemeinsam ist diesen Argumentationssträngen die Forderung nach einem Mehr an Partizipation, einer Maximierung von Partizipation. Vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Konsequenzen dieser Sollens-Forderung sehe ich die Wissenschaft in der Verantwortung stehen, diese Forderung gut zu prüfen. Dieses Papier geht entsprechend in der Folge der Frage nach, ob die für das geforderte Mehr an Partizipation (»Maximierung«) vorgetragenen Argumente einer kritischen Betrachtung standhalten, wobei sowohl die funktionale Dimension (nach der mehr Partizipation bessere Ergebnisse hervorbringe) als auch die gerechtigkeitstheoretische Dimension der Behauptung interessiert.³ Mein Beitrag zur Responsibilisierungsdiskussion zielt demzufolge auf die Wissenschaft als Adressatin: Wer – salopp und provokativ gesagt – Partizipation als *stairway to a sustainable heaven* propagiert, sollte dafür Argumente vortragen, die einer kritischen Analyse standhalten. Um Missverständnisse zu vermeiden möchte ich vorweg klarstellen, dass die hier in der Folge vorgetragene Kritik den normativen Anspruch auf Partizipation nicht verwirft, diesen vielmehr als gegeben voraussetzt. Es gibt unabhängig von Nachhaltigkeit oder von Rawls/Habermas starke ethisch-normative Argumente für Partizipation bei *public choices*. Ohne auf die Debatte über deren philosophische Fundierung hier einzutreten, verstehe ich z.B. die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte durch die Vereinten Nationen so, dass sie einen normativ verpflichtenden Rahmen für die Partizipation aller Menschen an der Gestaltung der Gesellschaften vorgibt. Der § 1 adressiert die gleiche Würde und die gleichen

2 | Der Prozeduralismus basiert mit anderen Worten auf einer stark rationalistischen Hintergrundannahme, wonach die Menschen rationale, ihre Interessen ausgewogen bedienende Entscheidungen fällen, wenn nur die richtigen fairen Rahmenbedingungen bestehen.

3 | Die Argumentationslinie über Legitimität klammere ich hier aus.

Rechte aller, die §§ 18-21 deklarieren neben dem allgemeinen passiven und aktiven Stimm- und Wahlrecht die Religions-, Meinungs- Versammlungsfreiheit für alle (UDHR 1948).

Eine zweite Vorbemerkung zur Vermeidung von Missverständnissen betrifft die Extension des Begriffs »Partizipation«, der in Wissenschaft und Gesellschaft auf vielfältigste Praktiken angewandt wird. Mir geht es im Folgenden allein um den Bereich der *public choices*. Darunter verstehe ich die auf öffentliche Güter bzw. auf die Förderung des Gemeinwohls bezogenen gesellschaftlichen Entscheidungen (Rahmenbedingungen, Infrastruktur, Bildung, soziale Inklusion, sozialer Ausgleich etc.) auf den verschiedenen heute bestehenden Steuerungsebenen (von international bis lokal/Gemeindeebene). Die Entwicklung von sozialen (z.B. Wohnformen), technischen (z.B. Software zur Steuerung des häuslichen Energieverbrauchs) und ökonomischen Innovationen (z.B. der Implementierung von corporate sustainability) oder die Möglichkeit von »co-production of knowledge« sind gewiss für Nachhaltigkeit wichtige, aber nicht unter den Bereich der *public choices* fallende Themen.

Meine Argumentation basiert entsprechend auf folgenden, hier nicht weiter begründeten Prämissen:

- Die allgemeine Forderung nach Partizipation der Individuen an Entscheidungen zur gesellschaftlichen Zukunftsgestaltung ist über die Allgemeine Menschenrechtserklärung unabhängig von einer spezifischen *metric of justice* hinreichend legitimiert.
- Die Forderung bezieht sich auf den Bereich der *public choices*.⁴

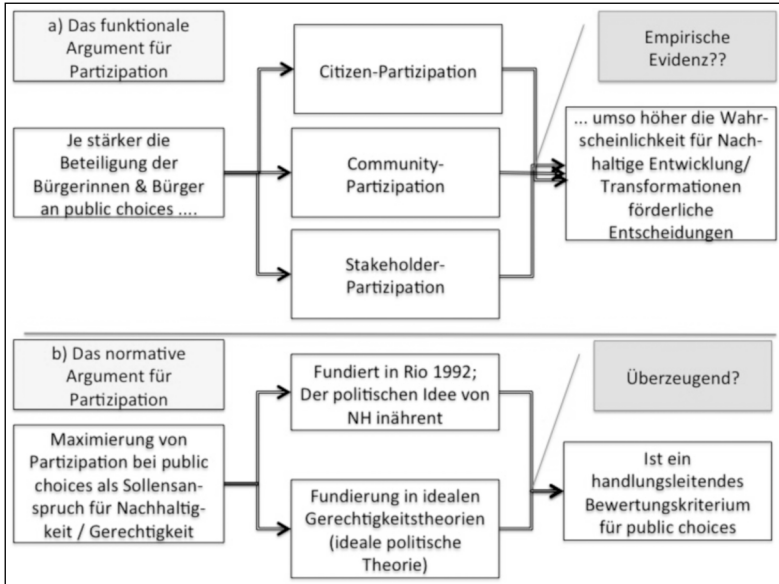
Eine stärkere normative Begründung ist natürlich möglich. Wer sich, wie ich das tue, dem Capability Approach (CA) (Sen 1990, 1999; Nussbaum 2008, 2011) verpflichtet weiss (Burger und Christen 2011; Schultz et al. 2013; Christen 2013), für den ist Partizipation bei *public choices* in mindestens zweierlei Hinsichten zentral. Erstens gilt die Möglichkeit (capability) der Beteiligung/ Einbringung bei *public choices* als grundlegendes, nicht-substituierbares Element eines menschenwürdigen Lebens (explizit z.B. in Nussbaums Capability-Bereich 10; Nussbaum 2000). Zweitens gilt Deliberation innerhalb der stark anti-paternalistischen Ausrichtung des CA als konstitutiv für adäquate *public choices*. Der CA kann so verstanden werden, dass er einerseits ein Evaluationskriterium für *public choices* anbietet (Sicherstellung eines ein menschenwür-

4 | Damit ist selbstverständlich nicht allein der Entscheidungsakt gemeint. In der nicht-ökonomischen Literatur (wie z.B. in der nachfolgend angeführten Capability-Literatur) wird die Diskussion um *public choices* mit derjenigen über gesellschaftliche Deliberation gekoppelt. Wenn somit hier von *public choices* die Rede ist, umfasst diese sowohl die Inhalte als auch die diese generierenden Prozesse und Entscheidungsweisen.

diges Leben erlaubenden Capability-Raums), zugleich aber im Sinne eines strikten Non-Paternalismus für diese *public choices* keine Kriterien darüber vorgibt, wie die Menschen ihr Leben führen sollen, d.h. wie sie ihren Capability-Raum nutzen. Welche Lebensführungen als gesellschaftlich akzeptabel gelten können bzw. welche Limitationen den Individuen berechtigterweise auferlegt werden können, gehört zu den wesentlichen Aufgaben von Deliberation im Kontext des CA.

Ob Partizipation bei *public choices* entlang der Menschenrechtsdeklaration oder entlang des CA begründet wird – beiden Argumentationslinien ist eigen, dass Partizipation in dem Sinne ein intrinsisches Gut ist, als es wesentlich zu einem guten menschenwürdigen Leben gehört. Zur Diskussion steht somit nicht Partizipation im Allgemeinen, sondern die Maximierungsforderung in der funktionalen und in der ethisch begründeten Lesart. Die funktionale Lesart lautet in den Worten von James Meadowcraft (2004, S. 167): »Other things being equal, participatory approaches that score well on these four criteria are likely to make a more substantial contribution to public decision-making for sustainable development.« Die vier Kriterien umfassen (a) angemessene Vertretung der involvierten Interessen, (b) deliberatives Engagement der beteiligten Parteien, (c) Anwendung und Integration verschiedener Wissensformen in der Entscheidungsfindung, (d) Stärkung des sozialen Lernens (Meadowcraft 2004, S. 166f.). Diese gegeben, führen partizipative Entscheidungsprozesse mit grösserer Wahrscheinlichkeit zu pro-Nachhaltigkeits-Entscheidungen als nicht-partizipative. Die ethische Lesart besagt, dass Partizipation eine sich aus gesellschaftlichen Normen (Festlegungen in Rio 1992) oder aus Gerechtigkeitsüberlegungen ergebende Forderung an nachhaltige Entwicklung ist, so dass Partizipation bei *public choices* als ein Kernindikator für nachhaltige Entwicklung zu verstehen wäre. Da es sich bei ersterer um eine empirische Behauptung handelt, können wir diesbezüglich nach empirischer Evidenz fragen. Bei letzterer können wir untersuchen, ob die ethische Begründung einer kritischen Sicht Stand hält.

Die zu überprüfenden Argumentationslinien sehen somit folgendermaßen aus:



Dazu werde ich im Folgenden zunächst den Begriff der Partizipation bei *public choices* weiter ausdifferenzieren (2). Ich werde dann der Frage nachgehen, ob und in welcher Weise empirische Evidenz die Behauptung stützt, dass die »neuen« partizipativen *modes of governance* der Nachhaltigkeit förderlicher sind als die klassisch-hierarchischen Modes (3). Während der dritte Abschnitt die Argumente für ein funktionales Sollen von Partizipation untersucht, trägt Abschnitt vier ein theoretisches Argument aus dem Bereich der politischen Philosophie vor. Ich demonstriere, dass die Maximierungsmaxime ihr Fundament aus einem idealen, von instrumentellen Gütern abstrahierenden (Gerechtigkeits-)Argument bezieht. Eine politische Theorie der Nachhaltigkeit muss aber, so mein Argument, auch die Bedingungen der Realisierung von Gerechtigkeit berücksichtigen. Daraus folgt, dass die idealen Kriterien nicht ohne weiteres als Bewertungskriterien für konkrete Arrangements dienen können. Ich werde im Abschnitt 5 schließlich das Argument aus dem vierten Abschnitt generalisieren und argumentieren, dass es bei Nachhaltigkeit generell um die Balancierung eines Korbes unterschiedlicher Güter und nicht um eine Maximierung einzelner Güter geht.

2. DIE VIELFÄLTIGEN WEISEN VON PARTIZIPATION

Meadowcraft (2004) hat in seiner Diskussion über die förderlichen Beiträge von Partizipation zu nachhaltiger Entwicklung zwischen drei Typen unterschieden, der »citizenship«, der »community-centred participation« und der »stakeholder« orientierten Partizipation. Bei ersterer geht es um die Möglichkeit der Beteiligung aller Bürgerinnen⁵ an gesellschaftlichen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen, beim zweiten Typ um die Ansprüche der lokalen Gemeinschaften, während es beim dritten um die Berücksichtigung der Interessen von (betroffenen) Gruppen geht. Meadowcraft versteht diese drei Typen als Kritik an »traditional modes of environmental policy formation – that they are over-centralised and exclusionary, and fail to consider important values and interests« (Meadowcraft 2004, S. 169).

Ohne mich auf Meadowcrafts Aussage über nicht-hierarchische Governance-Modes zu verpflichten, nehme ich seine drei Typen als Ausgangspunkt für die Ausdifferenzierung des Partizipationsbegriffs. Eine erste Unterscheidung bezieht sich auf das »Wer?«. Bei Citizenship sind es im Prinzip alle Staatsbürgerinnen, während dies weder für den Typ Community noch für den Typ Stakeholder gilt. Neben dem »Wer?« geht es weiter um das »Was?«, d.h. um unterschiedliche Gegenstände wie Gesundheit, Bildung, soziale Inklusion etc. Die bei Meadowcraft noch gängige Fokussierung auf Umwelt kann vor dem Hintergrund der SDGs kaum mehr ernsthaft vertreten werden. Es geht weiter auch um die Reichweite der zur Diskussion stehenden *public choices*: Geht es um globale, nationale, oder lokale Angelegenheiten? Schließlich sind unterschiedlichste Formen des »Wie?« in Abhängigkeit zu politisch-institutionelle Rahmenbedingungen möglich. Dies bezieht sich sowohl auf Prozeduren der Konsultation und Deliberation als auch auf eigentliche Entscheidungsakte.

Betrachten wir einige Beispiele:

- Die Abstimmung der britischen Bevölkerung über den Austritt aus der EU am 23.06.2016.
- Die NEAT-Volksabstimmung in der Schweiz vom 27.09.1992.⁶
- Die Wahl von Emmanuel Macron zum französischen Präsidenten am 07.05.2017.
- Die per Bundesgericht erzwungene Einführung des Frauenstimmrechts im schweizerischen Kanton Appenzell Innerrhoden im Jahre 1990.⁷

5 | Ich verwende mal die weibliche, mal die männliche Form.

6 | Über den Bau zweier neuer Eisenbahntunnels durch die Alpen. Vgl. <https://www.bk.admin.ch/themen/pore/va/19920927/index.html?lang=de> (Zugegriffen: 19.05.2017).

7 | Vgl. <https://de.wikipedia.org/wiki/Frauenstimmrecht-Entscheid>.

- Die Beteiligung von ca. 10 Mio. Menschen an der Ausarbeitung der SDGs.
- Die Beteiligung der betroffenen Bevölkerung in der Planung bzw. dem Bau von X, wobei X = z.B. ein Infrastrukturprojekt wie der Ausbau der Rheintalbahnstrecke⁸ sein kann.
- Der Einbezug der Bevölkerung und ihrem lokalen Wissen in der Malaria-bekämpfung.
- Die Einsetzung von water user groups im Rahmen der Implementierung einer *Integrated Water Resource Management*-Politik.⁹

Die ersten vier Fälle umfassen (Citizen-)Partizipation in einem staatlich-politischen Raum mit klar definierten Zugangsrechten (stimm- und wahlberechtigte Bevölkerung) und Entscheidungsregeln. In allen Fällen hat eine breite öffentliche Auseinandersetzung stattgefunden. Ich fasse diese Beispiele unter den Typus »hierarchische Modi« von Partizipation, da die entsprechenden *public choices* in der einen oder anderen Weise in einem governmentalen Kontext stehen. Dies gilt auch für das Beispiel (5), da die Konsultation von der UN bzw. den nationalstaatlichen Regierungen initiiert und moderiert worden ist. Während man durchaus argumentieren könnte, dass auch (8) eher hierarchisch zu verstehen ist, handelt es sich bei (6) und (7) um das, worauf die *governance of sustainable development*-Literatur oft fokussiert: Fälle von nicht-hierarchischer Stakeholder- oder Community-Partizipation.

Sowohl die Beispiele als auch die zuvor skizzierten Dimensionen von Partizipation lassen es als höchst plausibel erscheinen, den im wissenschaftlichen Diskurs verwendeten Begriff »Partizipation« als Familienterm in der Tradition von Wittgenstein zu behandeln. Ähnlich wie z.B. bei »Spiel« gelingt es nicht *eine* Begriffsdefinition zu geben, die den Gebrauch des Begriffs in allen Facetten abzudecken imstande ist. Auch eignet sich die Unterscheidung hierarchisch/nicht-hierarchisch nicht zur Qualifikation von Partizipation, sollen Formen der Partizipation an öffentlichen Entscheidungen in parlamentarischen Demokratien wie etwa Referenden nicht diskreditiert werden. »Partizipation« ist ein multidimensionaler Begriff mit vielerlei Facetten. Allein dies so-

8 | Vgl. www.swr.de/swraktuell/bw/suedbaden/bundestag-hat-zugestimmt-die-rheintalbahn-wird-ausgebaut/-/id=1552/did=16855622/nid=1552/15myg5w/index.html (Zugegriffen: 05.06.2017).

9 | IWRM sieht Partizipation als einen integralen Bestandteil von Wasserressourcen-Management (vgl. das Prinzip Nr. 2 in The Dublin Statement on Water and Sustainable Development 1992).

wie die hier vorgenommene Orientierung an *public choices*¹⁰ sind im Folgenden für mein Argument relevant.

3. Empirische Evidenz für die Nachhaltigkeitsförderlichkeit von Partizipation?

Wie sieht es vor diesem Hintergrund mit der Hypothese aus, wonach Partizipation unter Berücksichtigung des Bestehens der vier Rahmenbedingungen die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass nachhaltigkeitsförderliche *public choices* zustande kommen? Um diese Frage zu beantworten, schaue ich mir die drei Typen Citizen-, Community- und Stakeholder-Partizipation (C,C,S) an. Die zu stellende Frage lautet entsprechend:

Frage 1: Trifft es zu, dass (C,C,S)-Partizipation die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass es zu nachhaltigkeitsförderlichen *public choices* kommt?

Dies ist natürlich eine empirische Frage, deren Beantwortung auf der Basis von empirischer Evidenz erfolgen muss. Weiter möchte ich zu bedenken geben, dass »nachhaltigkeitsförderlich« in Abhängigkeit zum zugrunde gelegten Nachhaltigkeitsverständnis unterschiedliche Inhalte haben kann. Meadowcraft steht in der Tradition der »environmental sustainability« (Dobson 1996). Dagegen ist für mich die Gesellschaft der wesentliche Gegenstand von nachhaltiger Entwicklung und Gerechtigkeit der konstitutive Kernbegriff von Nachhaltigkeit (Burger und Christen 2011; Christen 2013; Lienert und Burger 2015). Ich brauche dies aber hier nicht weiter zu vertiefen. Von Bedeutung für das Argument ist im Augenblick nur, dass wir in der wissenschaftlichen Literatur unterschiedliche Angebote für die Bewertung von »nachhaltig« haben. Vor diesem Hintergrund differenziert sich die Frage aus:

Frage 2: Trifft es zu, dass (C,C,S)-Partizipation die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass es zu nachhaltigkeitsförderlichen *public choices* kommt, wenn unter »nachhaltiger« (a) »umweltverträglicher«, (b) »Erhaltung von ökonomischem, ökologischem und sozialem Kapital«, (c) die Realisierung der SDG-targets, ..., (n) xyz verstanden wird?

Zu testen wären somit folgende Hypothesen:

H1: $p(\text{NH (a) von public choices, wenn [C, C, S]}) > p(\text{NH (a) von public choices, keine [C,C,S]})$

10 | Um Missverständnissen vorzubeugen sei hier nochmals betont, dass die Rede von *public choices* sowohl die Inhalte als auch die diese generierenden Prozesse umfasst. Vgl. auch Anm. 4.

H2: $p(\text{NH} (b) \text{ von public choices, wenn } [C, C, S]) > p(\text{NH} (b) \text{ von public choices, keine } [C, C, S])$

....

Hn: $p(\text{NH} (n) \text{ von public choices, wenn } [C, C, S]) > p(\text{NH} (n) \text{ von public choices, keine } [C, C, S])$

Gegeben die mir bekannten Möglichkeiten, sind diese Hypothesen empirisch nicht zu testen. Zwar lässt sich im Rahmen von Politikbewertung die Wirksamkeit von Maßnahmen etwa bezüglich CO₂-Emissionen, Luftqualität oder Innovationsförderung untersuchen, aber bei (a), (b), ... (n) handelt es sich nicht um Einzelfelder, sondern um aggregierte Größen. Die Vertreterinnen der funktional begründeten Maximierungsforderungen müssten kausale Abhängigkeiten zwischen Partizipation und diesen aggregierten Größen demonstrieren können. Darüber hinaus ist unklar, wie die Größe von [C,C,S] sei es einzeln, sei es aggregiert, bestimmt werden soll. Wollen wir nur diejenigen Fälle berücksichtigen, in denen die hohen Standards von Meadowcraft (vgl. oben) erfüllt sind? Dann hätten wir aber wohl nur sehr wenige Fälle. Natürlich könnte man spezifische Indikatoren wie Stimmbeteiligung/Häufigkeit von Wahlen und Abstimmungen, Anzahl aktiver NGOs oder Häufigkeit von Engagements von Kommunen nehmen, die deliberativen Aspekte könnten dabei aber ebenso wenig erfasst werden wie die Qualität der von Meadowcraft genannten förderlichen Rahmenbedingungen. Zudem wäre kaum [C, C, S] testbar, vielmehr jeweils die einzelnen Typen (siehe nächster Abschnitt).

Zwar ist mit diesen kritischen Bemerkungen zur Testbarkeit die allgemeine Hypothese nicht widerlegt. Es empfiehlt sich aber unter wissenschaftlichen Gesichtspunkten nicht, eine nicht testbare Hypothese als Grundlage für ein Sollen heranzuziehen. Allerdings könnte es sein, dass die bestehende Evidenz aus den vielen empirischen Einzelfallstudien so erdrückend ist, dass wir über ausreichend gute Gründe für die funktionale Version der Maximierungsforderungen besitzen. Werfen wir also einen Blick auf das Wirken von Citizenship-, Community- und Stakeholder-Partizipation entlang einiger empirischer Studien bzw. neuerer Diskussionen.

3.1 Citizenship-Partizipation

Meadowcraft diskutiert diesbezüglich in erster Linie Referenden. Diese bieten für ihn allerdings »relatively poor conditions for deliberative interaction, creative problem-solving and integrating specialised knowledge« (Meadowcraft 2004, S. 174). Referenden führen bloß über eine ›Ja oder Nein‹-Entscheidung dazu, den Knoten bei einem Problem zu lösen, aber sie bieten kein »fruitful framework for deliberation, creative problem-solving, and interactive management« (Meadowcraft 2004, S. 181). Zwar gehören auch Referenden für Meadow-

craft zum Korpus der nachhaltigkeitsförderlichen Partizipationsinstrumente, aber er sieht sie gegenüber den beiden anderen Typen als defiziente Form.

Wenn ich Meadowcraft richtig verstehe, ist zwar ein Referendum ein defizienter Typ von Partizipation, aber dennoch qua partizipatives Instrument nachhaltigkeitsförderlich. Das ist in mehreren Hinsichten eine erstaunliche Aussage. Natürlich geht es bei einem Referendum um ein Ja oder ein Nein. Die Referendumsabstimmung an sich ist nicht deliberativ. Aber es ist völlig uneinsichtig, weshalb das zur Abstimmung stehende Paket nicht Ergebnis von fruchtbarer Deliberation, von kreativem Problemlösen und von Integration von spezialisiertem Wissen ist. Gute parlamentarische Prozesse können derartige Pakete zum Ergebnis haben. Es ist weiter uneinsichtig, weshalb die öffentliche Diskussion um das Referendum nicht als gesellschaftliche Deliberation gelten kann. Gewiss sind Referenden keine Garantien für »gute« Ergebnisse, wie jüngere Beispiele aus der Schweiz oder der Fall des Brexit-Referendums zeigen. Es wäre allerdings empirisch zu bestimmen, ob sich mit dieser Form von Citizenship-Partizipation die Wahrscheinlichkeit von nachhaltigkeitsförderlichen *public choices* erhöht. Für den Umweltbereich gibt es Studien über den Einfluss von unterschiedlichen institutionellen Settings in Demokratien (vgl. z.B. Böhmelt et al. 2015). Für den breiteren Bereich der Nachhaltigkeit ist mir dagegen keine entsprechende empirische Forschung bekannt.

Es ist insgesamt überraschend, wie wenig die etwa in der Politikwissenschaft geführte Diskussion um die Qualität von Demokratien in den oben erwähnten Strängen der Partizipationsliteratur Eingang findet. Das liegt wohl auch daran, dass Partizipation generell zu den neuen nicht-hierarchischen *modes of governance* gerechnet wird, während die Diskussion um die Qualität von Demokratien oft im Kontext der staatlich-hierarchischen Entscheidungen steht. Gegen die behauptete Gleichung von *new modes of governance*, nicht-hierarchisch (non-state) und Partizipation gerade innerhalb der Nachhaltigkeitsliteratur hat sich allerdings jüngst Widerstand entwickelt. Die Rolle des Staates ist dabei gewissermaßen wiederentdeckt worden (vgl. Koch 2013). Citizenship-Partizipation umfasst in einer Demokratie einiges mehr als die Möglichkeit der Entscheidung mittels Referenden. Der Demokratiebarometer von Bühlmann et al. (2012) enthält z.B. Kategorien wie Repräsentation, individuelle Freiheiten oder die »Governmental Capability« – worunter auch die Fähigkeit fällt, dass die Präferenzen der Bürgerinnen und Bürger »collected, mobilised, articulated, and aggregated [werden] by means of elections and translated into parliamentary or legislative seats« (Bühlmann 2012: 525). Bernauer et al. (2016) haben die Qualität von Demokratie zusätzlich unter den Polen Proportionalität – Mehrheiten und Effektivität – Inklusion aufgespannt, während Geissel (2016) und Doorenspleet (2015) auch partizipatorische Möglichkeiten als Qualitätskriterien einklagen. Welche dieser demokratischen Qualitäten nachhaltigkeitsförderliche *public choices* auf den Weg bringen, ist eine offene empirische

Frage. Offen ist allerdings auch, ob nachhaltige Entwicklung nach Reformen der bestehenden Demokratien ruft, damit diese den großen Zukunftsherausforderungen besser gewachsen sind (vgl. Wallimann et al. 2016).

3.2 Community- und Stakeholder-Partizipation

Winfried Hermann, Verkehrsminister des Landes Baden-Württemberg, hat die Erwartungen an diese Typen kürzlich perfekt auf den Punkt gebracht: »Das hat es noch nie gegeben, dass ein solches Großprojekt [die Rheintalbahn, P.B.] komplett umgeplant worden ist und zwar aufgrund der Initiativen in der Region, die gegen die Pläne der Bahn waren. Das ist die komplette Umplanung der Strecke von Basel bis Offenburg. Und das ist ein großer Erfolg.«¹¹ Ein top down geplantes Infrastrukturprojekt stößt auf substantiellen Widerstand, der nur über den Einbezug der lokalen Kommunen und Interessensvertreter und einer Transformation des Projekts überwunden werden kann.

Derartige Beispiele gibt es viele. Zu fragen ist, wie weit sie das funktionale Argument »nachhaltigkeitsförderlich« tragen. Erstens kann nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden, dass bei Community- und Stakeholder-Partizipation Partikularinteressen verfolgt werden, so dass »großer Erfolg« nicht zwangsweise »Beitrag zu nachhaltiger Entwicklung« heißen muss. Zweitens ist Community- und Stakeholder-Partizipation nur mäßig relevant, wenn es z.B. um makroökonomische Rahmenbedingungen oder die Sicherung von Sozialwerken geht. Drittens schließlich gibt es eine Reihe von kritischen Stimmen aus der empirischen Forschung.

So hat eine kürzlich fertiggestellte Dissertation zu modes of governance und Nachhaltigkeit gezeigt, dass die darin untersuchten fünf Fälle von Governance-Modes keine Evidenz für die höhere Leistungsstärke nicht-hierarchischer Modes beibringen (Lange 2016). Eine Studie von Young et al. über Stakeholder-Partizipation in drei Natura 2000-Gebieten in Schottland »found mixed results when testing the assumption that the better the process the more likely »good« outcomes are to emerge« (Young et al. 2013, S. 368; mit Referenz auf Rowe und Frewer 2004). In zwei der drei Fälle haben Beteiligte ihre Frustration zum Ausdruck gebracht, dass »what they perceived as the main conflicts had been ignored by the management plan« (Young et al. 2013, S. 368). Zwar gebe es gute Gründe anzunehmen, so die Autoren, dass der Einbezug von Betroffenen langfristig einen positiven Einfluss auf die Biodiversität habe, das könne aber erst ein langfristiges Monitoring zeigen. Weiter sei darauf hinzuweisen, dass Stakeholder-Partizipation nicht in einem luftleeren Raum

11 | Zitiert nach www.swr.de/swraktuell/bw/suedbaden/bundestag-hat-zugestimmt-die-rheintalbahn-wird-ausgebaut/-/id=1552/did=16855622/nid=1552/15myg5w/index.html (Zugriffen: 05.06.2017).

stattfinde, »but are embedded in a complex governance structure«, die auch den Einbezug von Regierungsvertretern umfasse (Young et al. 2013, S. 368). Ein eher ambivalentes Ergebnis von Stakeholder-Partizipation beschreibt auch Sauer (2006) in ihrer Arbeit über die Rolle der lokalen und regionalen Akteure bei der Umsetzung der FFH-Richtlinie in Deutschland. Stijn Smismans (2008) spricht sogar von einem Partizipationsmythos. Ein Papier von Gailing und Röhring (2016) zum Verhältnis von »collaborative local governance« (Netzwerke, partizipative Verbände etc.) und der Implementierung von Energieregionen im Norden von Deutschland demonstriert, dass ersteres keineswegs immer Erklärungskraft für den Erfolg hat. Erfolgsfaktoren können auch nicht-partizipative Determinanten sein wie Schlüsselindividuen, Machtfaktoren und das, was die Autoren als Sozio-Materialität bezeichnen. Schließlich haben Newig und Fritsch (2009) über eine Analyse von 43 Fällen Zweifel an der allgemeinen Erfolgshypothese formuliert:

»In sum, it appears that H1a [Participation of non-state actors leads to more ecologically rational decisions than top-down modes of governance] cannot fully be confirmed since the causal relationships motivating the hypothesis vary to a large extent with regard to their relative importance and, what's more, can either support or prevent improvements of environmental outputs.« (Newig und Fritsch 2009, S. 206)

Wie vorhin bei den positiven Beispielen soll auch jetzt nicht von den zweifelhaften Fällen verallgemeinert werden. Das Verhältnis zwischen Stakeholder/Community-Partizipation und nachhaltigen Impacts muss hier offenbleiben. Alles was mein Argument hergibt, sind Zweifel an einen naiven Glauben an Partizipation als Himmelsleiter zu einer nachhaltigen Entwicklung. Mark S. Reed hat in einem Übersichtspapier zu Stakeholder-Partizipation bei Umweltmanagement die Sachlage schön zusammengefasst: Obwohl die von ihm analysierten Studien »suggest that stakeholder participation *may* improve the quality of environmental decisions, they do so with one strong caveat: the quality of decision is strongly dependent on the quality of the process that leads to it« (Reed 2008, S. 2421; Herv. P.B.). Auf derartige prozedurale Rahmenbedingungen hatte auch Meadowcraft aufmerksam gemacht. Betrachtet man diese Anforderung etwas näher, wird schnell deutlich, dass es sich um außerordentlich hohe Anforderungen handelt, die nur schwer im Einzelfall zu realisieren sind (vgl. dazu auch Sénit et al. 2017). Ich komme deswegen zu einem skeptischen Schluss. Da es keine befriedigende Evidenz für eine allgemeine Nachhaltigkeitsförderlichkeit von Partizipation gibt und da weiter die formalen Anforderungen an partizipative Prozesse außerordentlich hoch sind, sollten wir Vorsicht walten lassen gegenüber der hier diskutierten funktionalen Begründung der Maximierung von Partizipation als Instrument für nachhaltig-

keitsförderliche *public choices*. Allerdings ist damit die normativ-ethische Lesart noch nicht vom Tisch.

4. EIN ARGUMENT AUS DEM BEREICH NICHT-IDEALER POLITISCHER THEORIEN

Aus einer normativ-ethischen Perspektive erfordert nachhaltige Entwicklung neben z.B. der Überwindung von Armut oder der Übernutzung der Ökosysteme Partizipation der Menschen. Dieser Sollensanspruch ergibt sich schon allein aus den oben gemachten Prämissen. Allerdings, und das möchte ich betonen, basiert dieser Anspruch auf allgemeinen gerechtigkeitsbezogenen Argumenten und nicht auf den Rio-Dokumenten. Deren normbildender Charakter ist viel zu schwach, als dass von einer geltenden sozialen Norm gesprochen werden könnte.

Strittig ist aber eben nicht dieser allgemeine Anspruch, sondern das geforderte Mehr bzw. was ich als Maximierung von Partizipation bezeichnet habe. Diese ist selbstverständlich nicht alleiniges Kriterium für Gerechtigkeit im Allgemeinen oder für nachhaltige Entwicklung im Besonderen. Schon Rawls hatte sein Maximierungskriterium vor den Hintergrund gestellt, dass die anderen von ihm postulierten *primary goods* erfüllt sind. Aber wenn ein Mehr an Gerechtigkeit zentral für nachhaltige Entwicklung ist, und wenn ein Mehr an Gerechtigkeit ein Mehr an Partizipation bei *public choices* inkludiert, dann scheint eine nachhaltigere Entwicklung ein Mehr an Partizipation bei *public choices* zu fordern.

Zu fragen ist, was konkret für die Evaluation von *public choices* aus dem allgemeinen Anspruch nach einem Mehr an Partizipation folgt. Zur Beantwortung dieser Frage möchte ich die in der politischen Philosophie gemachte Unterscheidung zwischen idealer und nicht-idealer Theorie einführen. Ideale Theorien zeichnen sich dadurch aus, dass sie einen Begriff von Gerechtigkeit unter Absehung von Aussagen über den konkreten Zustand der Gesellschaften etablieren. Sie formulieren Kriterien zur Beurteilung von *public choices*, die gültig in allen möglichen menschlichen Welten sind. Es wird von Realisierungsbedingungen abstrahiert, so dass ideale Theorien zwar (zu Recht) beanspruchen handlungsleitend zu sein, sie jedoch von den konkreten Bedingungen der Handlungsleitung absehen. Farrelly (2007, S. 847) unterscheidet ideale von nicht-idealen Theorien entlang eines Spektrums von »fact-sensitivity«. Nicht-ideale Theorien berücksichtigen in unterschiedlicher Stärke »non-ideal constraints« wie fehlender Konsens, Design von Institutionen etc.

Ideale und nicht-ideale Theorien stehen zueinander komplementär.¹² Ideale Theorien formulieren allgemeine, handlungsleitende Evaluationskriterien, nicht-ideale Theorien stellen das Sollen in den für Handlungen relevanten Kontext. Sen kann man z.B. so interpretieren, dass sein Bewertungskriterium die Maximierung von Freiheit ist: Alle Menschen sollen über möglichst viele Freiheiten (in relevanten Bereichen eines sinnvollen bzw. würdevollen Lebens) verfügen. Berücksichtigt man allerdings Realisierungsbedingungen für Freiheiten, wie z.B. das Verfügen über hinreichende Ressourcen, kann argumentiert werden, dass menschliche Freiheit nicht nur die Freiheit der Anderen als Grenze berücksichtigen muss, sondern auch die zur Verfügung stehenden Ressourcen für den Aufbau von hinreichenden Freiheitsgraden für alle. Das ideale Kriterium bleibt »Maximierung von Freiheiten«, die Berücksichtigung der Realisierungsbedingungen führt dann aber zu »Maximierung von Freiheiten unter Berücksichtigung von knappen Ressourcen«.

Der allgemeine ethisch-normativ Anspruch stammt aus dem Feld idealer Gerechtigkeitstheorien wie bei Rawls, bei Habermas, oder beim CA in der Version von Martha Nussbaum. Farrelly (2007) macht darauf aufmerksam, dass die Nicht-Berücksichtigung des Unterschieds zwischen idealen und nicht-idealen Theorien zu schwerwiegenden Problemen bei konkreten Bewertungen führen kann. Ich möchte im Folgenden seinen Grundgedanken in der Form eines vereinfachten Gedankenexperiments vorstellen und auf dieser Grundlage die Forderung nach einem Mehr an Partizipation relativieren:

Nehmen wir im Sinne von Rawls an, dass der Grad von Partizipation an demokratischen Entscheidungen als Maßstab zur Beurteilung des erreichten Maßes an Gerechtigkeit einer Gesellschaft genommen werden sollte. Werfen wir dazu einen Blick auf Kalifornien. Dieser Bundesstaat hat eine lange Tradition in Citizenship-Partizipation und führt pro Jahr verschiedene Referenden durch (vgl. Allswang 2000). Wendet man das Kriterium in Kalifornien an, würde unabhängig von den jeweiligen Ergebnissen der Referenden gelten, dass Kalifornien je besser dastünde, je mehr Referenden durchgeführt werden.¹³

Nun ist Kalifornien keine kleine Kommune. Auf jeden Fall bringt ein derartiges Referendum einiges an Aufwand mit sich, nehmen wir an etwa 100kT

12 | Vgl. z.B. Wiens (2016) für ein Argument zu Gunsten von idealen Theorien.

13 | Voraussetzung dabei ist immer, dass die weiteren primary goods nicht verletzt werden. Prato und Strulovici (2017) argumentieren allerdings, dass die Kosten von direkter Demokratie in einer Deresponsibilisierung der gewählten politischen Vertreter bestehen. Auf deren Argument hier kritisch einzugehen, ist allerdings im Rahmen dieses Papiers nicht möglich. Gerade im Kontext der Responsibilisierungsdiskussion wäre aber eine Auseinandersetzung lohnenswert.

US\$ pro Referendum¹⁴. Nun soll die Citizenship-Partizipation weiter ausgebaut werden, sagen wir von 2 auf 4 Referenden pro Jahr. Damit verdoppeln sich auch die Kosten auf insgesamt 400kT US\$. Woher kommen diese zusätzlichen Mittel? Wenn für die konkrete Bewertung allein die Maximierung von Partizipation gilt, dann könnte man schlussfolgern, die betreffenden Mittel über eine Reallokation aus dem Bereich der Sozialleistungen (soziale Wohlfahrt, Schulen etc.) zu generieren, mit dem Effekt, dass damit die eigentliche Voraussetzung des Kriteriums unterlaufen wird, demzufolge die übrigen *primary goods* bedient sein müssen. Oder mit anderen Worten: Wenn wir die Realisierungsbedingungen einer im Rahmen einer idealen Theorie formulierten Maximierungsforderung »vergessen«, riskieren wir, dass die Realisierungsbedingungen der Voraussetzung, auf der die Maximierungsforderung steht, unterlaufen werden können.

Farrelly macht auf Risiken aufmerksam, die entstehen, wenn die im Rahmen idealer Theorien formulierten Kriterien unter Absehung von Realisierungsbedingungen als alleiniges Beurteilungskriterium in realen Handlungskontexten dienen. Ideale handlungsleitende Normen sind in der realen Situation unter Absehung von faktischen Bedingungen nicht per se handlungsleitend. Nicht-ideale Theorien der Bewertung von *public choices* versuchen zusätzliche Kriterien wie insbesondere Realisierungsbedingungen zu berücksichtigen. Dabei kommen neben intrinsischen Gütern instrumentelle Güter wie z.B. Ressourcen oder funktionale Aspekte wie Effizienz, Ökosystemdienstleistungen, Stabilität von Ökosystemen oder gesellschaftliche Reaktions-, Entscheidungs- oder Produktionsfähigkeit ins Spiel.

Farrelly hat sein Argument ohne jeden Bezug zur Nachhaltigkeitsdiskussion vorgetragen. Aber der Typ des Arguments ist für Forschende im Bereich der Nachhaltigkeit ein sehr vertrauter: Die Knappheit von Ressourcen bringt keineswegs allein Verteilungsherausforderungen mit sich. Die Knappheit von Ressourcen und mögliche Wirkungen des Verbrauchs von Ressourcen können wesentliche Rahmenbedingungen für die Realisierung normativ wünschenswerter Ziele darstellen. So ist (vertritt man keine physiozentrische Ethik) nichts dagegen einzuwenden, wenn die Verbesserung der Lebensbedingungen und Realisierung höherer Lebensqualität über eine Substitution von natürlichem zu künstlich-menschlichem Kapital erfolgt. Wenn aber diese Substitutionsstrategie dazu führt, dass ihre eigenen Ermöglichungsbedingungen untergraben werden, dann ist hinter diese Strategie ein großes Fragezeichen zu setzen.

14 | Holmes und Sunstein haben 1999 die Ausgaben des Staats Kalifornien bei Wahlen oder Referenden auf US\$ 45-50kT geschätzt, die Kosten pro Wähler auf insgesamt bis zu \$5 (Holmes and Sunstein 1999, S. 114; vgl. den Bezug in Farrelly 2007, S. 853). Die hier angeführten 100kT sind »for the sake of the argument« angenommen.

Es handelt sich dabei nicht um ein Argument gegen die ideale Forderung nach Maximierung von Lebensqualität. Aber es ist ein Argument gegen die alleinige Orientierung an der Maximierung von Lebensqualität bei *public choices*.

Wir können mit anderen Worten die aus dem Bereich der idealen Theorie stammende Forderung nach einem Mehr an Partizipation nicht ohne Berücksichtigung weiterer faktischer Elemente zur Beurteilung konkreter Arrangements heranziehen. Die Sollens-Forderung bleibt unangetastet. Dafür aber, wie stark Gesellschaften über einen geforderten Minimalstandard an demokratischen Entscheidungsrechten hinaus Partizipationsmöglichkeiten bei *public choices* implementieren, gibt es kein normativ-ethisches begründetes Maß. Berücksichtigt man weiter das Ergebnis aus Abschnitt 2 und 3, liegt der Schluss nahe, dass Gesellschaften Partizipation bei *public choices* ganz unterschiedlich ausgestalten.

Abschließend sei auf ein strukturelles Problem jeglicher Form von Partizipation bei *public choices* im Kontext von nachhaltiger Entwicklung hingewiesen. Für alle drei Typen von Partizipation gilt, dass sie die Generation des Hier und Jetzt repräsentieren. Die Nachhaltigkeitsdiskussion behandelt aber nicht zuletzt die Frage, was wir künftigen Generationen schulden. So schwierig es ist, darauf eine Antwort zu geben, so unplausibel ist die gegenteilige Annahme, dass wir noch-nicht-lebenden Generationen nichts schuldig sind.¹⁵ Letztere können aber nicht über Stellvertretungen repräsentiert werden, da wir heute nichts über deren Präferenzen zur Führung eines guten Lebens wissen. Die Forderung nach Maximierung von Partizipation läuft bezüglich künftigen Generationen ins Leere. Das stellt auch für die funktionale Lesart eine substantielle Herausforderung dar: Wie soll Partizipation eine höhere Wahrscheinlichkeit für nachhaltigkeitsförderliche Entscheidungen generieren, wenn dabei künftige Generationen nicht repräsentiert sind?

5. PARTIZIPATION ALS RELATIVES GUT NACHHALTIGER ENTWICKLUNG

Partizipation an *public choices* ist ein intrinsisches Gut. Aber erstens gibt es weitere intrinsische Güter, die ein gutes, menschenwürdiges Leben ausmachen, die in einem Bewertungskalkül zu berücksichtigen sind. Zweitens sind Realisierungsbedingungen zu berücksichtigen. Diese zwingen uns zu-

15 | Streng genommen sind wir noch-nicht-lebenden Generationen tatsächlich nichts schuldig, weil moralische Ansprüche immer an Individuen gekoppelt sind. Aber gegenüber potentiell in Zukunft lebenden Individuen tragen wir eine Verantwortung. Wie das ausgestaltet werden kann, ohne in die non-identity-Falle zu tappen, hat Lukas Meyer (2008) demonstriert.

sätzlich zu den intrinsischen Gütern instrumentelle Güter wie Umweltgüter, Effizienz, Funktionsfähigkeit sozialer Systeme etc. zu berücksichtigen. Die Nachhaltigkeitsdiskussion startet mit einer empirischen Hintergrundprämisse, wonach Knappheit von Ressourcen und Fragilität von Systemen Risiken generieren, die in Entscheidungskalküle im Hier und Jetzt zu berücksichtigen sind. Der Anspruch aller jetzt lebenden und künftig lebenden Menschen auf ein menschenwürdiges Leben bildet zwar das oberste normative Gut von nachhaltiger Entwicklung, *public choices* für nachhaltige Entwicklung können aber nicht allein die Maximierung dieses Guts vor Augen haben. Darin spiegelt sich das Verhältnis zwischen idealer und nicht-idealer politischer Theorie. Eine politische Theorie von Nachhaltigkeit muss sich zwar in der einen oder anderen Weise auf eine ideale ethisch-normative Gerechtigkeitstheorie abstützen, um eine gehaltvolle Ausgestaltung des obersten normativen Guts zu erhalten. Sie muss aber in gleicher Weise die gegebenen systemischen Bedingungen berücksichtigen, wozu auch die funktionale Verfasstheit von Natur und gesellschaftlicher Organisation gehört. Deswegen sollten (im normativen Sinn) nachhaltigkeitsförderliche *public choices* unterschiedliche Güter ausbalancieren. Das gilt auch für Partizipation selbst, die weder im intrinsischen noch im funktionalen Bereich eine absolute Größe darstellt. Partizipation ist in dieser Gütermenge ein wichtiges intrinsisches Gut, aber eben ein Gut unter vielen anderen.

Public choices für nachhaltige Entwicklung beinhalten mit anderen Worten Trade-offs zwischen konfligierenden Gütern. Grenzen der Ökosysteme stellen auch Grenzen für die Maximierung von gutem Leben dar. Ich behaupte, dass diese Menge von Gütern keine optimale Lösung bezüglich der Trade-offs zulässt, muss allerdings die Verteidigung dieser Behauptung an ein anderes Papier delegieren.¹⁶ Wenn aber diese Behauptung zutrifft, dann erwächst ein starkes Argument zu Gunsten von Responsibilisierung und Deliberation: Die Suche nach vertretbaren *public choices* ist Aufgabe gesellschaftlicher Deliberation und Negotiation, was wiederum Verantwortungsübernahme für alle nach sich zieht.

Verantwortungsübernahme in der Wissenschaft bedeutet hier zunächst Abstand von Idealisierungen von Partizipation zu nehmen. Partizipation im Kontext von nicht-hierarchischen Governance-Modes kann nicht der Schlüssel zur Transformation der Gesellschaften zu einer nachhaltigeren Entwicklung sein, weder unter funktionalen noch unter normativen Gesichtspunkten. Die in diesem Papier diskutierte Partizipation kommt in zweierlei Weise ins Spiel,

16 | Die hier eingeführte Rede von Trade-offs zwischen intrinsischen und instrumentellen Gütern bewegt sich zwar nicht mehr auf der Ebene der idealen Theorie, ist aber noch immer abstrakt und erfolgt unter Absehung von Interessenlagen in politischen Debatten.

nämlich zum einen als normativ intrinsischer Anspruch eines Individuums auf Teilhabe an *public choices* und zweitens als Instrument im Kontext der gesellschaftlichen Ausbalancierung von Gütern, worunter Partizipation selbst wiederum fällt. Die Diskussion von Partizipation in den Abschnitten 2 und 3 hat aber auf die Vielfalt von Partizipation und auf die Unbegründetheit der funktionalen Sollens-Behauptung hingewiesen. Auch wenn gewiss die empirische und die ethisch-normative Seite des von mir hier vorgetragenen Arguments weiter substantiiert werden müssen, glaube ich demonstriert zu haben: *Partizipation ist zwar ein intrinsisches, aber zugleich ein relatives Gut, weil es erstens mit weiteren wichtigen Gütern ausbalanciert werden muss und zweitens nur einer von vielen Drehknöpfen gesellschaftlicher Transformation ist.*

LITERATUR

- Amelung, Nina, und Britta Baumgarten. 2017. The Transnational Perspective of Political Participation: Linkages and Differences between Social Movement and Public Participation Studies. *Global Society* 31:3-22.
- Allswang, John M. 2000. *The initiative and referendum in California, 1898-1998*. Stanford: Stanford University Press.
- Arnstein, Sherry R. 1969. A Ladder of Citizen Participation. *Journal of the American Institute of Planners* 35(4):216-224.
- Arnstein, Sherry R. 1975. A Working Model for Public Participation. *Public Administration Review* 35(1):70-73.
- Bellamy, Richard. 2011. Introduction. Symposium on Democracy and New Modes of Governance. *Government and Opposition* 46(1):56-57.
- Bernauer, Julian, Marc Bühlmann, Adrian Vatter und Micha Germann. 2016. Taking multidimensionality of democracy seriously: institutional patterns and the quality of democracy. *European Political Science Review* 8(3):473-494.
- Böhmelt, Tobias, Thomas Bernauer und Vally Koubi. 2015. The marginal impact of ENGOs in different types of democratic systems. *European Political Science Review* 7(1):93-118.
- Begg, Chloe, Maximilian Ueberham, Torsten Masson und Christian Kuhlicke. 2017. Interactions between citizen responsabilization, flood experience and household resilience: insights from the 2013 flood in Germany. *International Journal of Water Resources Development* 33(4):591-608.
- Bühlmann, Marc, Wolfgang Merkel, Lisa Müller und Bernhard Weßels. 2012. The Democracy Barometer: A New Instrument to Measure the Quality of Democracy and its Potential for Comparative Research. *European Political Science* 11(4):519-536.

- Burger, Paul, und Marius Christen. 2011. Towards a capability approach of sustainability. *Journal of Cleaner Production* 19(8):787-795.
- Christen, Marius. 2013. *Die Idee der Nachhaltigkeit. Eine werttheoretische Fundierung*. Marburg: Metropolis.
- Cowell, Richard, Gill Bristow und Max Munday. 2011. Acceptance, acceptability and environmental justice: the role of community benefits in wind energy development. *Journal of Environmental Planning and Management* 54(4):539-557.
- Dobson, Andrew. 1996. Environment Sustainable: An analysis and a typology. *Environmental Politics* 5:401-428.
- Doorenspleet, Renske. 2015. Where are the People? A Call for People-Centred Concepts and Measurements of Democracy. *Government and Opposition* 50(3):469-494.
- Farrelly, Collin. 2007. Justice in Ideal Theory: A Refutation. *Political Studies* 55(4):844-864.
- Gailing, Ludger, und Andreas Röhring. 2016. Is it all about collaborative governance? Alternative ways of understanding the success of energy regions. *Utilities Policy* 41:237-245.
- Geissel, Brigitte. 2016. Should participatory opportunities be a component of democratic quality? The role of citizen views in resolving a conceptual controversy. *International Political Science Review* 37(5):656-665.
- Gibbons, Michael, Camille Limoges, Helga Nowotny, Simon Schwartzman, Peter Scott und Martin Trow. 1994. *The New Production of Knowledge: The Dynamics of Science and Research in Contemporary Societies*. London: Sage.
- Grunwald, Armin. 2002. *Technikfolgenabschätzung – eine Einführung*. Berlin: Edition Sigma.
- Habermas, Jürgen. 1981. *Theorie des kommunikativen Handelns*, 2 Bde. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen. 1983. *Moralbewusstsein und kommunikatives Handeln*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Holmes, Stephen, und Cass R. Sunstein. 1999. *The Costs of Rights: Why Liberty Depends on Taxes*. New York: Norton.
- Héritier, Adrienne. 2002. New Modes of Governance in Europe: Policy-making without legislating. In *Common Goods: Reinventing European and International Governance*, Hg. Adrienne Héritier, 185-206. Lanham: Rowman & Littlefield.
- Joss, Simon, und Sergio Belluci, Hg. 2002. *Participatory Technology Assessment. European perspectives*. London: Centre for the Study of Democracy.
- Koch, Philippe. 2013. Overestimating the Shift from Government to Governance: Evidence from Swiss Metropolitan Areas. *Governance* 26(3):397-423.
- Kooiman, Jan. 2003. *Governing as Governance*. London: Sage.

- Lange, Philipp. 2016. *Sustainability Governance. Exploring the Potential of Governance Modes to Promote Sustainable Development*. Baden-Baden: Nomos.
- Lienert, Juri, und Paul Burger. 2015. Merging capabilities and livelihoods: analyzing the use of biological resources to improve well-being. *Ecology and Society* 20(2):20.
- Meadowcraft, James. 2004. Participation and sustainable development: modes of citizen, community and organizational involvement. In *Governance for Sustainable Development: The Challenge of Adapting Form to Function*, Hg. William M. Lafferty, 162-190. Cheltenham: Edward Elgar.
- Meyer, Lukas. 2008. Intergenerational Justice. In *Stanford Encyclopedia of Philosophy*. Stanford: Stanford University.
- Newig, Jens, und Oliver Fritsch. 2009. Environmental Governance: Participatory, Multi-Level – and Effective? *Environmental Policy and Governance* 19(3):197-214.
- Nussbaum, Martha. 2008. *Women and Human Development: The Capabilities Approach*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Nussbaum, Martha. 2011. *Creating Capabilities: The Human Development Approach*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Pelenc, Jérôme, Minkieba Kevin Lompo, Jérôme Ballet und Jean-Luc Dubois. 2013. Sustainable human development and the capability approach: Integrating environment, responsibility and collective agency. *Journal of Human Development and Capabilities* 14(1):77-94.
- Pierre, Jon, und B. Guy Peters. 2000. *Governance, politics and the state*. London: Macmillan.
- Prato, Carlo, und Bruno Strulovici. 2017. The hidden cost of direct democracy: How ballot initiatives affect politicians' selection and incentives. *Journal of Theoretical Politics* 29(3):440-466.
- Rawls, John. 1971. *A Theory of Justice*. Cambridge MA: Harvard University Press.
- Rawls, John. 2001. *Justice as Fairness: A Restatement*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Reed, Marc S. 2008. Stakeholder participation for environmental management: A literature review. *Biological Conservation* 141(10):2417-2431.
- Rhodes, Roderick Arthur William. 1996. The New Governance: Governing without Government. *Political Studies* 44(4):652-667.
- Schultz, Emily, Marius Christen, Lieske Voget-Kleschin und Paul Burger. 2013. A Sustainability-Fitting Interpretation of the Capability Approach: Integrating the Natural Dimension by Employing Feedback Loops. *Journal of Human Development and Capabilities* 14(1):115-133.
- Sauer, Alexandra. 2006. *Europäische Naturschutzpolitik. Die Rolle der lokalen und regionalen Akteure bei der Umsetzung der FFH-Richtlinie in Deutschland*. München: oekom.

- Sen, Amartya. 1990. Justice: Means versus freedoms. *Philosophy and Public Affairs* 19(2):111-121.
- Sen, Amartya. 1999. *Development as Freedom*. Oxford: Oxford University Press.
- Sénit, Carole-Anne, Frank Biermann und Agni Kalfagianni. 2017. The Representativeness of Global Deliberation: A Critical Assessment of Civil Society Consultations for Sustainable Development. *Global Policy* 8(1):62-72.
- Smismans, Stijn. 2008. New Modes of Governance and the Participatory Myth. *West European Politics* 31(5):874-895.
- The Dublin Statement on Water and Sustainable Development. 1992. www.wmo.int/pages/prog/hwrp/documents/english/icwedece.html (Zugegriffen: 14.08.2017).
- Thompson Klein, Julie, Walter Grossenbacher-Mansuy, Rudolf Häberli, Alain Bill, Roland W. Scholz und Welti Myrtha, Hg. 2001. *Transdisciplinarity: Joint Problem Solving among Science, Technology, and Society*. Basel: Birkhäuser.
- Universal Declaration of Human Rights. 1948. G.A. res. 217A (III), U.N. Doc A/810 at 71. hrlibrary.umn.edu/instree/budhr.htm (Zugegriffen: 14.08.2017).
- Wallimann, Ivo, Lukas Meyer und Paul Burger. 2016. Democracy for the Future: A Conceptual Framework to Assess Institutional Reform. In *Jahrbuch für Wissenschaft und Ethik*, Hg. Dieter Sturma, Ludger Honnefelder und Michael Fuchs. Berlin: De Gruyter.
- Wiens, David. 2016. Assessing ideal theories: Lessons from the theory of second best. *Politics, Philosophy and Economics* 15(2):132-149.
- Young, Juliette C., Andrew Jordan, Kate R. Searle, Adam Butler, Daniel S. Chapman, Peter Simmons und Allan D. Watt. 2013. Does Stakeholder involvement really benefit biodiversity conservation? *Biological Conservation* 158:359-370.

»Eingebaute Verantwortungslosigkeit«

Über Systembedingungen mangelnder Nachhaltigkeit

Falko Schmieder

Zu den zentralen Interessen dieser Buchveröffentlichung gehört es, den Nachhaltigkeitsbegriff mit dem Begriff der Verantwortung zu verbinden und nach den Möglichkeiten einer effektiven Gestaltung von Nachhaltigkeit jenseits von zentralistischen Steuerungslogiken und hegemonialen Expertenkulturen zu fragen. Der im Programmtext zur vorangegangenen Tagung in verschiedenen Varianten auftauchende Begriff der Umsetzungsschwierigkeit verweist zugleich auf die Grenzen dieser praxeologischen, am Handeln und an der Verantwortung konkreter gesellschaftlicher Akteure oder Akteursgruppen ausgerichteten Fragestellung. Diese Grenzen sollen in diesem Beitrag schärfer in den Blick gerückt werden.

Der Begriff der Nachhaltigkeit ist spätestens mit dem Brundtland-Bericht *Our Common Future* 1987 zu einem Schlagwort geworden, das der politischen Institutionalisierung der »ökologischen Wende«¹ mit zum Durchbruch verholpen hat (Grober 2003). Wenn wir heute, dreißig Jahre nach der Verankerung des Begriffs in den politischen Debatten, über die Frage der Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung nachdenken, dann sollten wir uns darüber Klarheit verschaffen, warum ungeachtet der Verallgemeinerung des ökologischen Bewusstseins und der verschiedenen Formen der ökologischen Modernisierung mit ihren durchaus zu verzeichnenden »Erfolgen« (z.B. in Bezug auf Energieeffizienz, Recyclingquoten oder die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien) die übergreifenden Trends der Nichtnachhaltigkeit dennoch nicht nur nicht gestoppt werden konnten, sondern warum sich diese Trends weiter

1 | Der Begriff der Nachhaltigkeit, wie er im Brundtland-Bericht entfaltet wird, schließt verschiedene Dimensionen ein, die sachlich eng miteinander verflochten sind: Dazu gehören die gesellschaftlichen Naturbeziehungen, das Verhältnis von Industrie- und Entwicklungsländern oder das von lebenden und zukünftigen Generationen. Der vorliegende Beitrag konzentriert sich verstärkt auf den erstgenannten Aspekt, der im Alltagsdiskurs die Hauptrolle spielt.

verschärft haben – als Stichworte der in den IPCC-Berichten dokumentierten Entwicklungen müssen hier der sukzessive Anstieg von Kohlendioxyd in der Atmosphäre, der Anstieg des Meeresspiegels, die globale Erwärmung und der Hinweis auf den rapide voranschreitenden Verlust der Biodiversität genügen (vgl. IPCC 2014; Meadows et al. 2006). Nach ihrem jahrzehntelangen Funktionieren im Rahmen der ökologischen Modernisierung der Gesellschaft sollten daher auch die Begriffe der Nachhaltigkeit und der Verantwortung nicht einfach vorausgesetzt, sondern selber einer kritischen Revision und der Frage unterzogen werden, ob sie als kritische Instrumente noch den Dienst leisten können, den sie leisten sollen, oder ob sie nicht im Verlaufe der Entwicklungen eher zu Denkhindernissen geworden sind.

Etwas verallgemeinert formuliert: Nach einem halben Jahrhundert der Ökologie-Diskussion sehe ich es als eine doppelte Aufgabe an, einerseits an die avancierten Diskussionen und Forschungsbefunde der weltweit vernetzten Gemeinde der Klimatologen und Ökologen anzuschließen, andererseits aber auch das Gescheitertsein der grundlegenden Reformationsbemühungen zu reflektieren und die Gründe dafür zu analysieren, was ohne einen Rekurs auf Theorien der modernen Gesellschaft nicht zu leisten ist. Teil dieses Programms der Kritik und Selbstkritik der politischen Ökologie sollte auch die Prüfung der theoretischen Instrumente sein, die zur Analyse der sogenannten ökologischen Krise verwendet werden; im vorliegenden Fall betrifft das zentral die Begriffe der Nachhaltigkeit und der Verantwortung, die nach den programmatischen Bemerkungen der Herausgeber/innen systematisch zusammengeführt werden sollen.

Um das nun näher auszuführen, soll zunächst auf die Anfänge der neueren Ökologiediskussion Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre zurückgegangen und dann in groben Strichen die Bedingungen charakterisiert werden, unter denen der Begriff der Nachhaltigkeit zu einem politisch-sozialen Grundbegriff aufsteigen konnte. In den Sozialwissenschaften dieser Zeit war das herrschende Paradigma die Modernisierungstheorie. Sie interessierte sich vor allem für die Strukturen, die der Dynamik der modernen Gesellschaft zugrunde liegen und diese Dynamik erklärbar machen. Eine wichtige Quelle war Max Weber, der in seiner *Protestantischen Ethik* »die technischen und ökonomischen Voraussetzungen mechanisch-maschinelles Produktion« als »ein stahlhartes Gehäuse« und als »Triebwerk« dargestellt hat, welches das Leben der einzelnen »mit überwältigendem Zwange bestimmt und vielleicht bestimmen wird, bis der letzte Zentner fossilen Brennstoffs verglüht ist.« Webers Verständnis der modernen Geschichte als ein »Verhängnis« bzw. als »unentrinnbare Macht über den Menschen« (Weber 2004, S. 224) ist vermittelt durch das Werk von Karl Marx, der eine weitere wichtige Referenzfigur der neueren Modernetheorien ist (vgl. Wehler 1973, 1975). Marx hatte als den »letzte[n] Endzweck« seines 1867 erschienenen Hauptwerks *Das Kapital* angegeben, »das

ökonomische Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft zu enthüllen« (Marx 1985, S. 15f.). Im Rahmen dieser als Kritik der politischen Ökonomie prozedierenden Untersuchung entfaltet Marx die inneren Widersprüche der modernen Gesellschaft, deren treibendes ökonomisches Motiv die Verwertung des Werts ist. Marx zeigt, dass sich aufgrund des Wachstumszwangs und der Maßlosigkeit des Profitprinzips mit Notwendigkeit wachsende Widersprüche zu den endlichen natürlichen Voraussetzungen der Produktion ergeben müssen. Erstaunlich weitsichtig kommt er zu einer Zeit, die ganz im Bann eines eindimensionalen Fortschrittsparadigmas stand, zu folgender Diagnose: »Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.« (Marx 1985, S. 529f.) Und an einer anderen Stelle heißt es: »*Antizipation* der Zukunft – wirkliche Antizipation – findet überhaupt in der Produktion des Reichtums nur statt in Bezug auf den Arbeiter und die Erde. Bei beiden kann durch vorzeitige Überanstrengung und Erschöpfung, durch Störung des Gleichgewichts zwischen Ausgabe und Eingabe, die Zukunft *realiter* antizipiert und verwüstet werden.« (Marx 1987, S. 306; Herv. i.O.) Für viele Arbeiten zur politischen Ökologie wurden die Marxsche Kapitalanalyse und darauf bezogene Theorien dann auch ein wichtiger Ausgangspunkt für die weitere Theoriebildung (vgl. Enzensberger 1973). So heterogen die Beiträge im Einzelnen sind, so lässt sich als ein dominierendes Motiv die Auffassung ansehen, dass die sogenannte ökologische Krise weder aus dem Fehlverhalten einzelner Menschen noch aus dem Fehleinsatz oder Missbrauch der verfügbaren Technologien resultiert, sondern strukturelle Ursachen hat. Die rasante Transformationsdynamik des Kapitalismus und die damit verbundene permanente Umwälzung der Produktionsweisen und Formen der Arbeitsorganisation (Taylorismus, Fordismus, Überformung der Industrie- zur Konsumgesellschaft) gingen mit vielfältigen ökologischen Folgeproblemen einher, was zur Festigung der Einsicht beitrug, dass es sich hierbei um zwangsläufige Folgen einer Wirtschaftsweise handelte, die der quantitativ unbegrenzten Zielsetzung der Wertvermehrung folgt und nur negativ an menschliche Bedürfnisse rückgebunden ist. Ein häufig unter der Formel »ökologische Binsenweisheit« (Eppler 1975, S. 11) vorgebrachter Standardtopos der Ökologiediskussion am Beginn der 1970er Jahre ist es, dass ein auf grenzenloses Wachstum ausgerichtetes Wirtschaftssystem mit der natürlichen Begrenztheit der Erde kollidieren und dass sich die aus der Expansionsdynamik ergebenden Widersprüche der gesellschaftlichen Naturbeziehungen fortschreitend verschärfen müssen. Entsprechend dieser Einsicht wird ein grundsätzlicher Widerspruch zwischen ökologischen und den mit der Kapitalakkumulation verbundenen ökonomischen Imperativen postuliert, der keine rein technische Auflösung finden kann, sondern sich als ein soziales

bzw. politisches Problem darstellt.² Gelöst oder entschärft kann er nur werden, wenn die Fixierung auf das quantitative Wachstum überwunden und die Wirtschaft an die qualitativen Bedürfnisse und Zwecksetzungen der Menschen zurückgebunden wird. Die Bewältigung der ökologischen Probleme wurde dann auch an »grundsätzliche Änderungen der Wert- und Zielvorstellungen« geknüpft, die auf einen »Wendepunkt der Geschichte« (Meadows et al. 1973, S. 174) hinausliefen.

Seit Anfang der 1980er Jahre ist diese auf die strukturellen Bedingungen, das Systemganze und die historische Spezifik der modernen Produktionsweise bezogene Sichtweise sukzessive zurückgedrängt worden. Als ein übergreifender Problemtitle für den Prozess der Verschiebung der politischen Kräfteverhältnisse und die damit einhergehende Veränderung der kollektiven Wahrnehmungsweisen und des allgemeinen Diskursklimas ist der Begriff der »neoliberalen Wende« (Adler 2017, S. 24) herangezogen worden. Selbstverständlich handelt es sich hier um keinen geradlinigen, widerspruchsfreien Prozess, aber es lassen sich doch einige allgemeinere Charakteristika dieser Wende herausarbeiten. Zu den Wesenszügen gehören die Zurückdrängung des wachstumskritischen Diskurses und der Wechsel von kapitalismuskritischen Positionen zu einer verstärkt »pragmatische[n] Bearbeitung der ökologischen Krise *innerhalb* eines ökologisch modernisierten Wachstumskonzepts« (Adler 2017, S. 24), die Individualisierung und Privatisierung sozialer Probleme sowie allgemein eine verstärkte Naturalisierung des Bewusstseins, die sich u.a. in der Entstehung neuer Disziplinen und Forschungsansätze (wie den Environmental Humanities, Environmental History, Ecocriticism, Human Ecology, Posthumanismus, Animal Studies, Soziobiologie, Cultural Ecology) sowie in der Vielzahl neuer (oder neu aufbereiteter) evolutionärer Ansätze (z.B. evolutionäre Ethik, Ästhetik, Psychologie, Anthropologie) ablesen lässt, deren Begrifflichkeiten, Hintergrundannahmen und Modelle sich wechselseitig stützen und auch auf andere Wissensfelder ausstrahlen. Dezidiert geschichtliche und gesellschaftsbezogene Ansätze geraten gegenüber naturgeschichtlichen Ansätzen in die Defensive (vgl. Lipp 1994). In der Zusammenschau ergibt sich ein alle gesellschaftliche Sphären betreffender Paradigmenwechsel von soziologischen zu biologisch-physikalischen Kategorien: Aus Menschen werden Populationen, aus Bürgern Spezies, Lebensqualität degeneriert zum Über-

2 | Hardin (1968, S. 1243), der dem konservativen, neomalthusianischen Lager zuzurechnen ist, nennt diese Klasse gesellschaftlicher Probleme »no technical solution problems«. Meadows et al. sahen den technologischen Optimismus »nicht nur [als] die übliche, sondern auch [als] die gefährlichste Reaktion gegenüber den Aussagen« an, die das in dem Buch *Grenzen des Wachstums* erarbeitete Weltmodell liefert. Und weiter heißt es: »Die Technologie kann Symptome beheben, ohne die ihnen zugrunde liegenden Ursachen zu beseitigen.« (Meadows et al. 1973, S. 139)

leben, Tragekapazität nimmt die Stelle von Gemeinwohl ein und Evolution die von Geschichte (Kaufmann 2004, S. 177).

Komplementär dazu lässt sich seit den 1980er Jahren eine kulturalistische Wende diagnostizieren, die sich darin äußert, »daß in Teilen der wissenschaftlichen wie der öffentlichen Diskussion das Reden über Geschichte, Gesellschaft und Politik oft nur mehr in ›terms of culture‹ stattfindet« (Kaschuba 1995, S. 82). Wolfgang Kaschuba sieht hierin »eine Diskursstrategie [...], die ›Kultur‹ gegen ›Gesellschaft‹ auszuspielen versucht« (Kaschuba 1995, S. 82). Begriffe wie (Bio-)Diversität oder Resilienz fungieren als Scharnierbegriffe zur Vermittlung des evolutionistischen und des kulturalistischen Ansatzes.

Damit sind einige der diskursiven Verschiebungen skizziert, die den steilen Aufstieg des Begriffs der Nachhaltigkeit befördert haben, der in dem Prozess der Entschärfung des sozialen bzw. sozialstrukturellen Problembewusstseins eine zentrale Rolle spielte. Obwohl sich der Ausdruck bis in die Anfänge des 18. Jahrhunderts zurückverfolgen lässt (vgl. Klippel und Otto 2008; Grober 2010), wurde er doch erst im Jahre 1987 im Zusammenhang mit dem Brundtland-Bericht zu einem politischen Schlagwort. Wie Ulrich Grober in seiner Begriffsgeschichte von Nachhaltigkeit/Sustainability zeigt, versuchten im Gefolge des 1972 vom Club of Rome vorgelegten Berichts über die Grenzen des Wachstums (vgl. Meadows et al. 1973) in den 1970er Jahren einflussreiche internationale Organisationen, das politische Establishment sowie die Vertreter der Wirtschaft für das Themenfeld der ökologischen Krise zu öffnen – vor allem auch unter dem Druck von Basisbewegungen und Großereignissen wie etwa dem erstmals 1970 begangenen Global Earth Day, der über eine Million Menschen mobilisierte und damit eine der größten Demonstrationen in der Geschichte der USA gewesen war. 1980 entwarf ein international zusammengesetztes Gremium aus Wissenschaftlern, UNO-Experten und Mitgliedern des WWF, einer traditionellen Naturschutzorganisation, eine Richtlinie für den weltweiten Naturschutz, die unter dem Titel *Living resource conservation for sustainable development* unter der Schirmherrschaft des UNO-Generalsekretärs in 34 Hauptstädten gleichzeitig vorgestellt wurde (Grober 2003, S. 168). Die Verfasser des Brundtland-Berichts, der die für das Jahr 1992 in Rio de Janeiro geplante Internationale Klimakonferenz vorbereiten sollte, konnten an das eingeführte Stichwort anknüpfen, das nun aufgrund der langen Vorlaufzeit bis zur Realisierung des Erdgipfels und der permanenten Thematisierung des Berichts in den globalen Medien als *das* neue Stichwort der Debatte gesetzt war. Wird diese Adaption einerseits als Durchbruch und institutionalisierte Anerkennung der ›ökologischen Frage‹ durch die Weltpolitik gesehen, so zeigt sich doch aus der rückblickenden Perspektive, dass diese Anerkennung zugleich ein Faktor der gelungenen Integration und Transformation kritischer Impulse war, die zur Produktivkraft einer über die Bearbeitung der Folgeschäden reflexiv gewordenen Moderne wurde (Beck 1986). Das Leitbild der nach-

haltigen Entwicklung trat zeitgenössisch an die Stelle der Prinzipien Naturschutz und Selbstbegrenzung und wurde damit zum Modernisierungskonzept, das ökonomisches Wachstum anschieben und in eine umweltverträgliche Richtung lenken sollte (Kaufmann 2004, S. 175, 178). Was als radikale Kritik an der herrschenden Wachstumsökonomie begann, hat sich unter anderem dank des Einsatzes des Nachhaltigkeitsbegriffs in ein globales Ressourcen- und Entwicklungsmanagement als Teil der ökologischen Modernisierung des Kapitalismus gewandelt. Das Konzept, das unter anderem auch die Anfang der 1970er Jahre kursierende sozialetische Formel der ›verantwortlichen Gesellschaft‹ ablöste (Grober 2003, S. 168), »verleiht dem Wirtschaftswachstum ein Qualitätssiegel, dem nicht Selbstbegrenzung, sondern dauerhafter Anstieg eingepreßt ist.« (Kaufmann 2004, S. 178) Der mit Nachhaltigkeit verbundene Wertewandel steigert sogar die ökonomische Verwertungslogik, weil potentiell jede Form des Naturumgangs kommodifiziert wird. Nun soll hier nicht bestritten werden, dass die Verwendung des Begriffs die Forderung einer qualitativen Änderung der Produktionsweise und Produktionsziele nicht ausschließen muss. Sowohl im Vergleich mit Alternativbegriffen wie Selbstbegrenzung als auch strukturell betrachtet hat der Begriff aber eine starke kontinuierliche Schlagseite, weil er seinen Gegenstand dem Prinzip nach unter dem Aspekt seiner Erhaltung und Verdauerung betrachtet. Ging ein Großteil der Wachstumskritik um 1970 noch von einem Grundkonflikt ökonomischer und natürlicher Bestimmungen aus, so verbindet sich mit dem hegemonial gewordenen Nachhaltigkeitsdiskurs eher die Überzeugung einer prinzipiellen Versöhnbarkeit. Joseph Huber, ein ausgewiesener Kenner der Debatten zur politischen Ökologie, sieht dann auch die radikale Wachstumskritik als ein historisch erledigtes Projekt an, denn seiner Auffassung nach sind die ökologischen Dilemmata fortdauernden Wirtschaftswachstums mit dem Siegeszug der Nachhaltigkeit und der ökologischen Modernisierung konzeptionell bewältigt (Huber 2000, S. 275). Die normalisierende Funktion des Nachhaltigkeitsbegriffs zeigt sich in der nahezu grenzenlosen Dehnbarkeit und semantischen Besetzbarkeit, die auch daran abzulesen ist, dass er in kaum einer neueren Unternehmensdarstellung fehlt. Sein Einsatz empfiehlt sich hier in doppelter Hinsicht. Zum einen dient er mit Blick auf die Wahrnehmung der Unternehmen in der Öffentlichkeit als ein grünes Aushängeschild, und zum anderen lässt sich mit ihm die Forderung an die Politik verbinden, die Bedingungen dafür zu schaffen, dass die Unternehmen nachhaltig wachsen, d.h. dauerhaft oder wenigstens längerfristig Profit erwirtschaften können. Schwerlich kann also davon die Rede sein, dass die ›Nachhaltigkeit‹ sich anschickt, »das überkommene [sic!] wirtschafts- und gesellschaftspolitische Paradigma ›Wachstum‹ abzulösen« (Kahl 2008, S. 1). Vielmehr kann es umgekehrt kaum erstaunen, dass gerade unter dem Paradigma der Nachhaltigkeit die Überwindung der wachstumsfixierten Ökonomie für keine politische Partei handlungsleitend und das

alte Wachstumsparadigma nach wie vor »überparteilich konsensual« (Adler 2017, S. 27) ist. Anstelle gesellschaftlicher werden sozialtechnische Alternativen gesucht: Es ist die Rede von alternativen Technologien und alternativen Energien; korrespondierend dazu wird die anvisierte Epoche der Nachhaltigkeit nicht in sozialen Bestimmungen, sondern in solchen der politischen Technologie gefasst: Es gehe um die Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch, um den Eintritt in das Solarzeitalter, in ein klimaneutrales Zeitalter, in eine Low-Carbon-Society, und der Weg dahin führe über eine dritte oder vierte industrielle Revolution. Die politischen Konzepte zur Förderung einer nachhaltigen Gesellschaft erweisen damit ihre Abhängigkeit von eben der ökonomischen Praxis, die sich doch in der Vergangenheit als »nicht nachhaltig« erwiesen hat. Oder anders formuliert: Impliziert ein starker Begriff der Nachhaltigkeit einerseits die Einsicht, dass die bisherige Entwicklung der Gesellschaft nicht zukunftsfähig ist, so wird andererseits gerade mittels des Begriffs eine ökologische Modernisierung vorangetrieben, die dem alten Paradigma grenzenlosen Wachstums verpflichtet bleibt. Dieser fundamentale Widerspruch lässt sich am Verhältnis zweier Grundsymbole der Gegenwart ablesen: dem von links unten nach rechts oben führenden Wachstumspfeil als Wunschsymbol der meisten Ökonomen und Börsianer und dem Kreislaufprozesse symbolisierenden Recycling-Code. Wie tief das Paradigma des Wachstums in den mentalen Strukturen der politischen Entscheidungsträger verankert und wie schnell eine offiziell an Nachhaltigkeit orientierte Politik bereit ist, einen Rückgang des Wirtschaftswachstums oder auch nur eine drohende »Abkühlung der Konjunktur« bereits als eine »Gefahr für die Wirtschaft« und den sozialen Frieden anzusehen, der mit entschiedenen Maßnahmen zur »Ankurbelung« der Wirtschaft begegnet werden muss, zeigt besonders eindringlich die Maßnahme der sogenannten Abwrackprämie; aktuellen Anschauungsunterricht über die Prioritäten der herrschenden Politik geben auch der Umgang mit dem sogenannten Diesel- oder Abgasskandal oder die politischen Reaktionen auf die letzte globale Finanzkrise. In kurzer Frist wurden zur »Retten« des Finanzsystems, speziell der »systemrelevanten Banken«, Geldsummen bereitgestellt, die um ein Vielfaches die Höhe der Beträge überstiegen, die UN-Experten für die vollständige Befreiung der Menschheit von der Geißel des Hungers hochgerechnet hatten (vgl. Grober 2010, S. 11). Alle diese Phänomene – die »mit überwältigendem Zwange« (Weber 2004, S. 224) nach Art eines gesellschaftlichen Naturgesetzes sich durchsetzenden Wachstumstrends und die erstaunlichen Beharrungskräfte der Wachstumsideologie lassen sich offenkundig nur im Rückgriff auf strukturelle Bedingungen klären, die im Nachhaltigkeitsdiskurs entweder stark vernachlässigt oder in theoretisch oft unzureichender Weise angegangen werden. Wegen der Verstricktheit des Begriffs der Nachhaltigkeit in den Expansionskurs der reflexiv gewordenen Modernisierung sowie seiner inhaltlichen Entleerung erscheint es sinnvoll und

notwendig, neue Ansätze der Kritik und alternative Begriffe zu erarbeiten, die sich nicht in dieser Weise instrumentalisieren oder vereinnahmen lassen. Wichtige neuere Ansätze, die sich leitbegrifflich vom Nachhaltigkeitsdiskurs absetzen und ihr Augenmerk wieder verstärkt auf die strukturellen Bedingungen der ökologischen Krise sowie auf qualitative Veränderungen richten, sind etwa die Postwachstumskritik (vgl. Paech 2012) oder die Degrowth-Bewegung (vgl. Giacomo et al. 2014).

Dennoch wäre es unangemessen, die Entwicklung der politischen Ökologie als einen Verfallsprozess darzustellen. Im Gegenteil lässt sich seit den 1970er Jahren eine enorme Professionalisierung der Diskussion feststellen, die sich auf eine Unmenge von klimatologischen Daten beziehen kann, die von einer weltweit vernetzten Forschergemeinde unter Anwendung neuer Techniken und Verfahren zusammengetragen und in umfangreichen regelmäßigen Sachstandsberichten der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Der einzelwissenschaftliche Detailfortschritt geht allerdings oft mit einer Ausblendung übergreifender Problemzusammenhänge und vor allem mit einer Marginalisierung sozialstruktureller Parameter einher, die in den Debatten der 1970er Jahre noch eine wichtige Rolle gespielt haben (vgl. etwa Commoner 1973). Symptomatisch ist etwa, dass international anerkannte Klimaexperten in ihren Darstellungen des Klimawandels ganz ohne einen Begriff von der modernen Produktionsweise auskommen (vgl. Rahmstorf und Schellnhuber 2006) oder dass die Einführung des neuen Epochenbegriffs ›Anthropozän‹ bei Paul Crutzen mit einer Gleichgültigkeit gegenüber sozialwissenschaftlichen Formationsbegriffen einhergeht, die den spezifischen Charakter der Produktionsweise erfassen, deren grenzenloser Expansionsdrang die ökologischen Probleme doch verursacht hat (vgl. Crutzen 2002). Den einzelwissenschaftlichen Fortschritten korrespondiert so ein Verlust an historischem Problembewusstsein in Bezug auf die ökonomisch-sozialen Voraussetzungen des Klimawandels, der die Theorieproduktion zum Thema Nachhaltigkeit selbst als Teilmoment der problematisierten nicht-nachhaltigen Entwicklung erscheinen lässt. In einer solchen Perspektive stellt sich das Vergessen historisch errungener Einsichten in der boomenden Literatur zur Nachhaltigkeit als ein Komplementärphänomen zu den unschöpferischen Zerstörungen der Verschleißproduktion der ›Wegwerfgesellschaft‹ dar. Eine ›nachhaltige‹ Theorieentwicklung wäre daran zu messen, ob die Vermittlung neuen Wissens mit den bereits erarbeiteten Einsichten gelingt, die sich bei der Analyse der Probleme als tragfähig erwiesen haben und durch die neuen Arbeiten nicht widerlegt worden sind. Zugespitzt formuliert, leistet die Klimatologie unter der Form der Klimafolgenforschung eine Empirisierung der Behauptung von der historischen Unhaltbarkeit des ökonomischen Expansionismus, die traditionell nur in Form spekulativer Thesen bzw. in der abstrakten Form der Darstellung logischer Schranken artikuliert werden konnte. Freilich

scheint sich die naturwissenschaftliche Forschung dieses historischen Erbes und Problemzusammenhangs selten bewusst zu sein. Dem Selbstverständnis ihrer Protagonisten als Naturwissenschaftler liegt der Anschluss an die sozial-technologische Tradition offenkundig näher. Als ein Ausdruck der Vernachlässigung ökonomischer Determinanten kann auch die von Harald Welzer an einschlägigen populärwissenschaftlichen Titeln zur Ökologieproblematik diagnostizierte Kluft zwischen der behaupteten Globalität und Dringlichkeit der Probleme und den in den Schlusskapiteln gegebenen Vorschlägen zur praktischen Lösung derselben angesehen werden (Welzer 2008, S. 254). Die Klimatologie widmet sich den Auswirkungen, die das globalisierte Wirtschaftssystem auf seine natürlichen Voraussetzungen hat, die Vorschläge zur Lösung der Probleme dagegen folgen oft einer technokratischen Logik (Stichwort: Geo-Engineering, Climate-Engineering, Solar Radiation Management) oder sie beschränken sich individualistisch auf Appelle zur Änderung des privaten Verhaltens, die der Gesamtproblematik jedoch völlig unangemessen sind. Vor diesem Hintergrund erscheint es als eine dringende Herausforderung, das von verschiedenen naturwissenschaftlichen Einzeldisziplinen zusammengetragene Material wieder verstärkt mit sozialtheoretischen Einsichten, konkreter: mit Theorien der kapitalistischen Produktionsweise zu verbinden, die schon sehr früh auf die historischen Grenzen der modernen Gesellschaft aufmerksam gemacht haben. Speziell seit der Wirtschafts- und Finanzkrise von 2007ff. und vor dem Hintergrund der immer deutlicher spürbaren Auswirkungen des Klimawandels scheint diese Herausforderung wieder verstärkt angenommen zu werden, wie die vielen neueren Arbeiten zum systematischen Zusammenhang von kapitalistischem Wirtschaftswachstum und Naturzerstörung belegen (Katharassis 2015; Klein 2015; Dawson 2016). Ob sie sich dessen bewusst ist oder nicht – die Klimatologie arbeitet sich an der Problemlage der Verselbständigung der Verhältnisse gegenüber ihren Produzenten ab, die bereits zur Grunderfahrung der Geschichtsphilosophie gehörte.³ Diese hat dann auch nicht zufällig im Zuge der Erschließung des unheimlichen Doppelcharakters des modernen Fortschritts die wirkmächtigen Bilder geliefert, die bis heute in Form von Hintergrundmetaphern (vgl. Kittsteiner 1980) in den Texten der Ökologiediskussion präsent sind: Goethes ›Zauberlehrling‹, Hegels ›Furie des Verschwindens‹, Marx' ›heidnischer Götze‹, Simmels ›Tragödie der Kultur‹, Benjamins Fundierung des Fortschrittsbegriffs in der Idee der Katastrophe, Polanyis ›Teufelsmühlen‹ bis hin zu neueren Konzepten vom ›Terror der Ökonomie‹ – sie alle visieren das Problem einer »wilden Logik«, eines gewaltsa-

3 | Vgl. Kittsteiner 2004. Es ist nur konsequent, dass Kittsteiners Versuch einer kulturwissenschaftlichen Neubegründung der Geschichtsphilosophie in die Beschäftigung mit der Klimaproblematik mündete, die für ihn zum Prüfstein der Zukunftsfähigkeit der modernen Gesellschaft wurde.

men ›Fließens der Geschichte‹ (vgl. Postone 2003, S. 441, 567) als anthropogaler Bewegung, das in den Diskursen der politischen Ökologie fortlebt in der Beschwörung der ›alarmierenden‹, ›ungeheuren‹, ›dramatischen‹, ›überlebensgroßen‹ Dimensionen des Klimawandels, in den Metaphern der ›Sackgasse‹ und der ›Zeitbombe‹ oder in der Modellierung der ökonomischen Expansion als ›Krebswachstum‹. Eine neuere Prozessmetapher zur Beschreibung der globalen ökologischen Probleme ist die des Realexperiments (Gross et al. 2003, 2005; Gross 2013). Die Geschichte, so heißt es in einem von Paul Crutzen, dem Nobelpreisträger und Popularisator des Begriffs Anthropozän (vgl. Crutzen und Stoermer 2000; Crutzen 2002), mitherausgegebenen Buch, sei zu einem gigantischen geo-physikalischen Experiment geworden, das die Voraussetzungen zivilisatorischen Lebens gefährde (Clark 1991, S. 124). Bereits in den 1980er Jahren hatte der Soziologe Ulrich Beck in seinem Buch *Risikogesellschaft* den Experimentbegriff verwendet, um die neue Qualität der ökologischen Gefahren darzustellen (Beck 1986; 1991, S. 160). Epistemisch produktiv ist der auf die Geschichte bezogene Begriff des Realexperiments unter anderem dadurch, dass er hilft, den Menschen im Sinne von Niklas Luhmann als Umwelt systemischer Prozesse zu betrachten, die sich seiner Kontrolle entziehen und sich auf keine Intentionen oder anthropologische Kategorien zurückführen lassen (Schmieder 2014). Durch die Fokussierung auf die Dimensionen des Kontrollverlustes und der Unverfügbarkeit rücken die Grenzen gängiger Handlungstheorien, Hermeneutiken, Normalitätskonzepte und Verantwortungsbegriffe in den Blick. Beck betont, dass es sich hier um ein unfreiwilliges Experiment handelt, das sich ganz wesentlich den ungewollten Nebenfolgen des ökonomischen und technischen Handelns verdankt. Um die spezifischen Qualitäten dieses Experiments zu erfassen, bedürfe es einer ›Theorie der Sachzwänge wissenschaftlich-technischen Handelns, die das *Herstellen* von Sachzwängen und ›unabsehbaren Nebenfolgen‹ wissenschaftlich-technischen Handelns ins Zentrum stellt‹ (Beck 1986, S. 297) und die kaum isolierbaren Einzelfaktoren der ökologischen Krise im Zusammenhang einer Analyse der Struktur und Dynamik des Systems der kapitalistischen Produktionsweise betrachtet. Zu den Hauptthemen einer sozialtheoretisch informierten politischen Ökologie gehört die Einsicht in das räumliche und auch zeitliche Auseinandertreten zwischen der Verursachung und dem Eintritt der Folgen, mit dem klassische Rechtsbegriffe und Verantwortungsethiken ebenso außer Kraft gesetzt werden wie die Möglichkeit einer unmittelbaren Reaktion auf einen Schadensfall, der häufig erst Jahrzehnte später als solcher sichtbar wird (Beck 1991). Darüber hinaus wird deutlich, dass die Ursachen für die gegenwärtigen und sich abzeichnenden Probleme oft mehrere Jahrzehnte zurückliegen und nach dem damaligen Stand der naturwissenschaftlichen Forschung nicht vorauszusehen waren. Verkompliziert wird die Problematik schließlich dadurch, dass heutige ›Interventionsstrategien gegen die seinerzeit nicht anti-

zipierbaren Handlungsfolgen in der Gegenwart nur höchst unsichere und überdies nur in einer zeitlich weit entfernten Zukunft Erfolge bringen können. Hier ist die zeitliche Beziehung zwischen Handlung und Handlungsfolgen generationenübergreifend verlängert und darüber hinaus nur durch wissenschaftliche Vermittlung darstellbar« (Welzer 2008, S. 32), womit zeitliche, moralische oder politisch zurechenbare Verursacher-Folge-Ketten aufgesprengt sind. Schließlich kommt hinzu, dass in der modernen Gesellschaft auch die sozialen Ausgangsbedingungen unverfügbar sind. Bereits Marx hatte im *Kapital* darauf hingewiesen, dass es sich in seiner Darstellung um die Personen nur handelt, »soweit sie die Personifikation ökonomischer Kategorien sind, Träger von bestimmten Klassenverhältnissen und Interessen«, und ausdrücklich hält er fest, dass es nicht angeht, »den einzelnen verantwortlich [zu] machen für Verhältnisse, deren Geschöpf er sozial bleibt, sosehr er sich auch subjektiv über sie erheben mag« (Marx 1985, S. 16). Unter veränderten Vorzeichen kehrt diese Anschauung wieder in der Systemtheorie von Niklas Luhmann. Luhmann zufolge sind die ökologischen »Folgeprobleme *gesellschaftsstrukturell bedingt und deshalb selbst bei Aussicht auf Katastrophen nicht durch Beseitigung ihrer strukturellen Auslöser zu bereinigen*« (Luhmann 2005, S. 59). Zur Globalität der Problemlagen, der Unabsehbarkeit der Folgen und der Unzulänglichkeit der zur Verfügung stehenden Interventionsstrategien kommen schließlich noch die psychologisch desorientierenden Wirkungen eines Lebens unter den Bedingungen des Wachstumszwangs und der Unverfügbarkeit des sozial entfesselten Realexperiments hinzu.

Aus all dem ergeben sich Konsequenzen für den Begriff der Verantwortung. Nimmt man den systembezogenen Ansatz ernst, dann stellt sich die Frage, ob Verantwortung in einem emphatischen Sinne wirklich als »Merkmal von Gegenwartsgesellschaften« (Programmtext zur Tagung) angesehen werden kann. In diese Richtung jedenfalls weisen die im Rahmen von Modernetheorien entwickelten kritischen Konzepte des »Systems der organisierten Unverantwortlichkeit« (Beck 1988) bzw. das der »eingebauten« (Welzer 2008, S. 32, 202) oder der »strukturellen Verantwortungslosigkeit« (Künzli 1986), in deren Perspektive die Herstellung von Zurechenbarkeit und Verantwortung als eine gesellschaftliche und politische Aufgabe erscheint. Der von den Klimatologen verwendete Begriff des Realexperiments könnte vor diesem Hintergrund einen Ausgangspunkt bilden, die Frage nach der Verantwortung und Verantwortbarkeit neu ins Spiel zu bringen; man hätte es dann mit Fragen wie diesen zu tun (vgl. Welzer 2008, S. 32): Was bedeutet das Auseinanderfallen von zeitlich zurechenbaren Verursacher-Folge-Ketten für die Entwicklung von politischem Bewusstsein und für politische Entscheidungen überhaupt? Welchen Einfluss hat die eingebaute Verantwortungslosigkeit darauf, wie die mit dem Klimawandel entstehenden sozialen Folgen und politischen Lösungsmöglichkeiten wahrgenommen werden? Wie soll ein sozialer Lernprozess organisiert werden,

wenn es um derartige globale Fragen geht? Und was bedeutet es, Menschen als Teil eines riskanten Experiments zu begreifen, dem sie nicht zugestimmt haben und das weder zustimmungsfähig noch kontrollierbar ist, und das darüber hinaus auch keine Subjekte an seinem Ausgang hat, die für dieses Experiment Verantwortung tragen?

LITERATUR

- Adler, Frank. 2017. *Postwachstum. Diskurs und Bewegung, Visionen und Übergänge*. Berlin: Helle Panke.
- Beck, Ulrich. 1991. Die Welt als Labor. In *Politik in der Risikogesellschaft. Essays und Analysen*, 154-167. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Beck, Ulrich. 1986. *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Beck, Ulrich. 1988. *Gegengifte. Die organisierte Unverantwortlichkeit*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Clark, William C. 1991. Für eine neue Qualität politischer und wissenschaftlicher Zusammenarbeit. In *Das Ende des blauen Planeten? Der Klimakollaps. Gefahren und Auswege*, Hg. Paul J. Crutzen und Michael Müller, 114-131. München: Beck.
- Commoner, Barry. 1973. *Wachstumswahn und Umweltkrise*. München: Bertelsmann.
- Crutzen, Paul J. 2002. Geology of Mankind. *Nature* 415:23.
- Crutzen, Paul J., und Eugene F. Stoermer. 2002. The ›anthropocene‹. *Global Change Newsletter* 41:17-18.
- Dawson, Ashley. 2016. *Extinction. A Radical History*. New York, London: OR Books.
- Enzensberger, Hans Magnus. 1973. Zur Kritik der politischen Ökologie. *Kursbuch* 33:1-42.
- Eppler, Erhard. 1975. *Ende oder Wende. Von der Machbarkeit des Notwendigen*. München: DTV.
- Giacomo, D'Alisa, Federico Demaria und Kallis Giorgos, Hg. 2014. *Degrowth: A Vocabulary for a New Era*. New York: Routledge.
- Grober, Ulrich. 2003. Modewort mit tiefen Wurzeln – Kleine Begriffsgeschichte von ›sustainability‹ und ›Nachhaltigkeit‹. In *Jahrbuch Ökologie*, 167-175. München: Beck.
- Grober, Ulrich. 2010. *Nachhaltigkeit. Kulturgeschichte eines Begriffs*. München: Kunstmann.
- Gross, Matthias, Holger Hoffmann-Riem und Wolfgang Krohn. 2003. Real-experimente: Robustheit und Dynamik ökologischer Gestaltungen in der Wissensgesellschaft. *Soziale Welt* 54:241-258.

- Gross, Matthias, Holger Hoffmann-Riem und Wolfgang Krohn. 2005. *Real-experimente. Ökologische Gestaltungsprozesse in der Wissensgesellschaft*. Bielefeld: transcript.
- Gross, Matthias. 2013. Keine Angst vor dem Unberechenbaren: Realexperimente jenseits von Anpassung und Resilienz. In *Unberechenbare Umwelt*, Hg. Roderich von Detten, Fenn Faber und Martin Bemann, 193-217. Wiesbaden: Springer.
- Hardin, Garrett. 1968. The Tragedy of the Commons. *Science* 162:1243-1248.
- Huber, Joseph. 2000. *Allgemeine Umweltsoziologie*. Wiesbaden: Springer.
- IPCC. 2014. *Climate Change 2014: Synthesis Report*, Hg. Core Writing Team, Rajendra K. Pachauri und Leo Meyer. Geneva, Switzerland: IPCC.
- Kahl, Wolfgang. 2008. Nachhaltigkeit als Verbundbegriff. In *Nachhaltigkeit als Verbundbegriff*, Hg. Wolfgang Kahl, 1-35. Tübingen: Mohr.
- Karathanassis, Athanasios. 2015. *Kapitalistische Naturverhältnisse. Ursachen von Naturzerstörungen – Begründungen einer Postwachstumsökonomie*. Hamburg: VSA.
- Kaschuba, Wolfgang. 1995. Kulturalismus: Kultur statt Gesellschaft? *Geschichte und Gesellschaft* 21:80-95.
- Kaufmann, Stefan. 2004. Nachhaltigkeit. In *Glossar der Gegenwart*, Hg. Ulrich Bröckling, Susanne Krasmann und Thomas Lemke, 174-181. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Kittsteiner, Heinz Dieter. 1980. *Naturabsicht und unsichtbare Hand. Zur Kritik des geschichtsphilosophischen Denkens*. Berlin, Wien: Ullstein.
- Kittsteiner, Heinz Dieter. 2004. *Out of Control. Über die Unverfügbarkeit des historischen Prozesses*. Berlin, Wien: Philo.
- Klein, Naomi. 2015. *Die Entscheidung. Kapitalismus vs. Klima*. Frankfurt a.M.: Fischer.
- Klippel, Diethelm, und Martin Otto. 2008. Nachhaltigkeit und Begriffsgeschichte. In *Nachhaltigkeit als Verbundbegriff*, Hg. Wolfgang Kahl, 39-59. Tübingen: Mohr.
- Künzli, Arnold. 1986. Strukturelle Verantwortungslosigkeit. In *Zukunftsethik und Industriegesellschaft*, Hg. Thomas Meyer und Susanne Miller, 139-148. München: J. Schweitzer Verlag.
- Lipp, Wolfgang. 1994. Institutionen heute: Biologische Kategorien auf dem Vormarsch? In *Drama Kultur*, 404-431. Berlin: Duncker & Humblot.
- Luhmann, Niklas. 2005. *Soziologische Aufklärung 4. Beiträge zur funktionalen Differenzierung der Gesellschaft*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Marx, Karl. 1985. *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*. Bd. 1, Hg. Institut für Marxismus-Leninismus bei ZK der SED. Berlin: Dietz.
- Marx, Karl. 1987. *Theorien über den Mehrwert*. Bd. 3., Hg. Institut für Marxismus-Leninismus bei ZK der SED. Berlin: Dietz.

- Meadows, Donella H., Dennis L. Meadows, Jørgen Randers und William W. Behrens, Hg. 1973. *Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit*. Reinbek: Rowohlt.
- Meadows, Donella, Jørgen Randers und Dennis Meadows. 2006. *Grenzen des Wachstums. Das 30-Jahre-Update. Signal zum Kurswechsel*. Stuttgart: Hirzel.
- Paech, Niko. 2012. *Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie*. München: oekom.
- Postone, Moishe. 2003. *Zeit, Arbeit und gesellschaftliche Herrschaft. Eine neue Interpretation der kritischen Theorie von Marx*. Freiburg: Ça Ira.
- Rahmstorf, Stefan, und Hans Joachim Schellnhuber. 2006. *Der Klimawandel. Diagnose, Prognose, Therapie*. München: Beck.
- Schmieder, Falko. 2014. Geschichte als Realexperiment. Problem und Metaphorik der Unverfügbarkeit. *Zeitschrift für Kulturphilosophie* 8:35-46.
- Weber, Max. 2004. Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus. In *Max Weber Schriften 1894-1922*, Hg. Dirk Kaesler, 150-226. Stuttgart: Kröner.
- Wehler, Hans-Ulrich. 1973. *Geschichte als Historische Sozialwissenschaft*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Wehler, Hans-Ulrich. 1975. *Modernisierungstheorie und Geschichte*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Welzer, Harald. 2008. *Klimakriege. Wofür im 21. Jahrhundert getötet wird*. Frankfurt a.M.: Fischer.

Ökologie der Subjekte

Zum Responsibilisierungsverhältnis zwischen

Umweltsoziologie und Umweltpolitik

Katharina Block

1. DIE NACHHALTIGKEIT REDUKTIVER MENSCHENBILDER

Das Thema der Nachhaltigkeit ist eng mit dem Konzept der Verantwortung verknüpft. Verantwortungszuschreibungen bzw. Responsibilisierungsverhältnisse strukturieren insofern den sowohl wissenschaftlichen als auch außerwissenschaftlichen Nachhaltigkeitsdiskurs. Der Begriff der Nachhaltigkeit bleibt dabei gleichwohl diffus, insofern mit Nachhaltigkeit stets verschiedene Bereiche angesprochen werden können. Neben der ökologischen oder sozialen Nachhaltigkeit existiert bspw. auch die ökonomische Nachhaltigkeit, die im Mainstream des unternehmerischen Bereichs jedoch zumeist das nachhaltige Bestehen des Unternehmens unter den aktuellen wirtschaftlichen Bedingungen meint und weniger auf den Erhalt der Natur bei gleichen sozialen Chancen der Ressourcenpartizipation aller Gesellschaften zielt (Vogt 2016). Sein breit aufgestellter Gebrauch weist darauf hin, dass der Nachhaltigkeitsbegriff zwar eine Art Schirmherrschaft genießt, dieser Umstand bedeutet aber zugleich, dass er dadurch nicht unbedingt klarer wird.

Klar scheint hingegen zu sein, dass es für die Realisierung einer nachhaltigen Gesellschaft konkrete Adressat/-innen der Verantwortung für Nachhaltigkeit geben muss. Ihnen werden zwar zum einen Verantwortungen zugewiesen, diese Zuweisungen müssen von den Adressat/-innen aber auch aktiv übernommen werden, um Nachhaltigkeit auf Dauer stellen zu können. Nachhaltigkeit wird für eine Soziologie der Nachhaltigkeit damit unter anderem zu einem handlungstheoretischen Problem, denn, so stellen Anna Henkel et al. fest, »stets geht es handlungsorientiert um die Frage, *wie* hinsichtlich dieses Gegenstands ein Umgang aussehen kann und soll« (Henkel et al. 2017, S. 4). Diese Handlungsorientierung bleibt innerhalb des Nachhaltigkeitsdiskurses dabei aber kein sozialwissenschaftlicher Forschungsbereich, sondern findet

konkrete Vorschläge im politischen wie ökonomischen Bereich, womit aus dem handlungstheoretischen auch ein handlungspraktisches Problem wird. Diese praktischen Vorstellungen werden aber durchaus von sozialwissenschaftlichen Einsichten geformt. So erfordert etwa die richtungweisende und insofern normative Vorstellung von Nachhaltigkeit als ein regulativer Sachverhalt, die grundsätzliche Überzeugung, dass Gesellschaften steuerbar seien, was gleichwohl eine Überzeugung ist, die dem disziplinären Selbstverständnis der Soziologie durchaus inhärent ist (Jetzkowitz 2012).

An diesem Beispiel wird deutlich, dass die Soziologie eine öffentliche Dimension hat, insofern ihre Erkenntnisse in außerwissenschaftliche Bereiche eingehen, was im Bereich der Nachhaltigkeit z.B. umweltpolitische Programme betrifft, die u.a. auf der handlungstheoretischen Mikroebene ansetzen, d.h. bei den einzelnen handelnden Akteuren. Wie sich diese nachhaltig handelnde oder umweltbewusst handelnde Akteurin in einer soziologischen Handlungstheorie vorgestellt wird, hängt maßgeblich von ihren impliziten anthropologischen Annahmen ab, die darin getroffen sind. Das heißt aber auch: An diesem Punkt kommt dem Einfluss impliziter anthropologischer Annahmen eine Schlüsselrolle zu. Denn solche Annahmen finden implizit ihren Weg in umweltpolitische Programme, z.B. wenn Umweltsoziolog/-innen mit ihren Forschungsergebnissen Politik beratend tätig werden. Damit trägt die Soziologie gerade aufgrund ihrer öffentlichen Dimension aber eine wissenschaftliche Verantwortung zur ständigen selbstreflexiven Überprüfung der eigenen Einsichten.

Dieses Responsibilisierungsverhältnis soll im Folgenden Gegenstand der Analyse sein und zwischen Umweltsoziologie und Umweltpolitik exemplifiziert werden. Die These, die dabei entwickelt wird, ist, dass das Verhältnis zwischen Umweltsoziologie und Umweltpolitik eine Ökologie der Subjekte hervorgebracht hat, deren regulative Kraft insbesondere über Verantwortungszuschreibungen im Bereich des Konsums verwirklicht werden soll. Die Funktion dieser konsumvermittelten Ökologie der Subjekte ist dabei, die bestehende Kluft zwischen Umweltbewusstsein und Umwelthandeln zu schließen. Damit ist ein Problem angesprochen, das zu den ersten der umweltsoziologisch bearbeiteten gehört und bis heute Bestand hat (Lange 2011). Gerade diese Feststellung aber führt zu der weiteren These, dass diese vorgestellte Kluft zwischen Bewusstsein und Handeln einen anthropologischen Reduktionismus darstellt, der aufgrund anthropologischer Präsuppositionen innerhalb der Umweltsoziologie entsteht und nicht, weil es diese Kluft realiter gäbe.

Um dieses Problem im Folgenden zu bearbeiten, wird im zweiten Abschnitt am Beispiel der umweltsoziologischen Rational-Choice-Theorie (RCT) aus wissenschaftstheoretischer Perspektive die Funktion anthropologischer Annahmen als erklärende Annahmen aufgezeigt und deutlich gemacht, inwiefern es sich dabei um einen anthropologischen Reduktionismus handelt.

Im dritten deskriptiven Abschnitt werden dann konkrete Beispiele gezeigt, inwiefern der Anthropologismus der RCT dennoch Verwendung in umweltpolitischen Handlungsanweisungen findet und dort zur Konstruktion einer praxisrelevanten Ökologie der Subjekte führt, um umweltgerechtes oder nachhaltiges Handeln förder- und regulierbar zu machen. Um diesem Anthropologismus aber vielleicht doch noch zu entkommen, mache ich mich im vierten analytischen Abschnitt auf die Suche nach aktuellen handlungstheoretischen Ansätzen, die sich jenseits eines methodologischen Individualismus innerhalb des Nachhaltigkeitsdiskurses bewegen, so dass sich mit ihnen das Problem einer durch theoretische Vorannahmen erzeugten Kluft zwischen Handeln und Bewusstsein vielleicht lösen ließe. Dazu werde ich mir die sozialisations-theoretische Soziologie der Nachhaltigkeit von Matthias Grundmann sowie die praxistheoretische Umweltsoziologie von René John anschauen.

Auch wenn Umweltsoziologie und Soziologie der Nachhaltigkeit nicht dasselbe sind, bleibt die Verantwortungsfrage in beiden Fällen meines Erachtens jedoch die gleiche, zudem stellt das Thema der Nachhaltigkeit auch in der aktuellen Umweltsoziologie eine »Art konzeptionelles Dach dar«, wie der Umweltsoziologe Hellmuth Lange (2011, S. 20) betont.

Worum es im Folgenden gleichwohl nicht gehen wird, ist der Versuch, einen umweltpolitisch verwertbaren Lösungsvorschlag zu entwickeln. Vielmehr geht es mir darum, eine epistemologische Schiefelage der Umweltsoziologie aufzuzeigen, die – und das ist der Kern des Verantwortungsverhältnisses – ebenfalls in umweltpolitischen Überlegungen besteht: Es geht um die praktischen Konsequenzen reduktionistischer Menschenbilder, die zugleich in der Umweltsoziologie und Umweltpolitik bestehen und dort als erklärende Annahmen fungieren.

Denn als erklärende Annahmen formen diese Anthropologismen nicht nur die Art und Weise der umweltsoziologischen Betrachtung und Beschreibung subjektiver Umweltverhältnisse. Sie fundieren ebenso umweltpolitische Überlegungen zu Lösungsstrategien und gehen in Form von individuellen Verantwortungszuschreibungen in umweltpolitische Programme ein. Damit offenbart sich hier eine seltsame Isomorphie der Responsibilisierung des menschlichen Akteurs in Umweltsoziologie und Umweltpolitik, die sich anzuschauen lohnt, soll es um das Thema der nachhaltigen Verantwortungszuschreibung gehen.

2. ANTHROPOLOGISCHER REDUKTIONISMUS IN DER UMWELTSOZIOLOGIE: BEISPIEL RCT

Jede Soziologie, die vom Ansatz her ein methodologischer Individualismus ist, muss anthropologische Annahmen treffen, sofern es sich bei dem perspektivierten Individuum um einen menschlichen Akteur handelt.¹ Dies betrifft auch die Umweltsoziologie. Entsprechend definiert Joseph Huber den allgemeinen Forschungsgegenstand der Umweltsoziologie wie folgt: »Umweltsoziologie befasst sich mit dem Verhältnis von Mensch und Gesellschaft zu ihrer Naturumwelt« (Huber 2011, S. 13). Das bedeutet zugleich, dass die Umweltsoziologie auch stets mit dem Problem der Natur-Kultur-Dichotomie konfrontiert ist, was für die heuristisch notwendig zu treffenden anthropologischen Axiome weitreichende systematische Konsequenzen hat, je nachdem, ob ein naturalistisch fundierter oder kulturalistisch fundierter Ansatz gewählt wird (Block 2016).

Hinsichtlich dieser Frage nach dem allgemeinen Forschungsgegenstand sowie dessen systematischem Rahmen der Natur-Kultur-Dichotomie ist auch dem möglichen innerdisziplinären Einwand, von *der* Umweltsoziologie zu sprechen sei angesichts der soziologischen Multiparadigmatizität nicht legitim, zu entgegnen, dass dieses anthropologische (Selbst-)Verständnis der Umweltsoziologie es durchaus erlaubt, von *der* Umweltsoziologie zu sprechen. Huber betont sogar, dass »eine Soziologie, die keine Anthropologie mehr sein will, [...] zumachen« könne (Huber 2011, S. 16), was m.E. zumindest auf jede Soziologie zutrifft, die von menschlichen Wesen formuliert wurde.²

Auf der Ebene des methodologischen Individualismus hat sich die Umweltsoziologie von Beginn an mit dem Problem der Übersetzung von Umweltbewusstsein in Umwelthandeln beschäftigt, weswegen Lange die Umweltbewusstseinsforschung auch »als ein altgedientes ›Schlachtroß‹ der Umweltsoziologie« titulierte (Lange 2000, S. 13). Das bedeutet jedoch zugleich, dass ein Ansatz, der sich mit dieser Kluftproblematik auseinandersetzt, eine anthropologische Vorstellung davon haben muss, was ein Bewusstsein ist und in welchem Verhältnis es zum Handlungsvollzug steht.

1 | Inwiefern mit dem Ausgang vom lebendigen menschlichen Akteur als ordnungsbildende Instanz generell ein Weltzugang moderner Gesellschaften vorliegt, hat Gesa Lindemann in ihrer kritischen Studie zu verschiedenen Möglichkeiten von Weltzugängen plausibel dargelegt (Lindemann 2014).

2 | Deshalb bleibt auch dem New Materialism von Karen Barad sowie dem Posthumanismus von Rosie Braidotti eine implizite Anthropologie inhärent, was bspw. am Festhalten der Autorinnen am humanistischen Konzept der Verantwortung deutlich wird (Block 2017).

In der RCT, die sich auch in der Umweltsoziologie verdient gemacht hat, herrschen über dieses Verhältnis sehr klare anthropologische Vorstellungen, wie Hartmut Esser unmissverständlich deutlich macht:

»Es geht in der Evolution wie beim gesellschaftlichen Handeln immer nur um den *nächsten* Schritt und um das Lösen von Problemen des *jetzt* drängenden Alltags. Das Schicksal der Art bzw. das der menschlichen Gesellschaft wird bei der individuellen biogenetischen bzw. sozialen Reproduktion nicht bedacht. Menschen sind nur in sehr begrenztem Umfang Empathisanten füreinander. Was ihnen ferner steht, interessiert sie nicht – und *kann* sie in aller Regel auch nicht interessieren. [...] Menschliche wie andere Organismen sind von jeher (fast) nur der kurzfristigen und *kurzsichtigen* Maximierung ihrer eigenen Fitness [...] gefolgt. Und sie konnten angesichts der enormen Ressourcenkonkurrenz auch gar nicht anders. [...] Die meisten Menschen können sich Weitsicht und langfristige Verantwortung außerhalb ihrer unmittelbaren Lebenswelt schlicht nicht leisten. Und sie maximieren daher immer nur mit einem doch stark beschränkten Horizont der Folgen ihres Tuns.« (Esser 1999, S. 228f.; Herv. K.B.)

Esser, der hier eine naturalistische Position vertritt, bringt mit seiner explizit evolutionsbiologisch begründeten Anthropologie im Ergebnis ein menschliches Subjekt hervor, für das aufgrund seiner kognitiven Kurzsichtigkeit lediglich die Umweltbedingungen handlungsrelevant werden, zu denen es einen unmittelbaren kausalen Bezug herstellen kann.³ Kognitives Bewusstsein und Handeln sind damit als einfaches kausales Verhältnis konzipiert. Die anthropologische Konsequenz ist das myopische Subjekt, das ob seiner Myopie (im übertragenen Sinne [Meinhold 2001]) stets nutzenmaximierend handeln und insofern rational entscheiden muss. Die natürliche Umwelt als ein schützenswertes Gut kann für das myopische Subjekt daher schwerlich fassbar sein, denn selten gehört sie als dieses Gut zu den unmittelbaren Umgebungsbedingungen, im Gegenteil erfordert das Erfassen eines solchen Abstraktums eine

3 | Julian Nida-Rümelin konnte aufzeigen, inwiefern der Naturalismus davon ausgeht, dass kausalen Erklärungen eine algorithmische Form zugrunde liegt (Nida-Rümelin 2010). Das ist zunächst einmal noch nicht problematisch. Die dadurch aber mögliche Beschreibung aller vorhergegangenen Zustände erlaubt nun allerdings eine Prognose des kommenden Zustandes, was auch in RCT-basierten empirischen Studien hinsichtlich der Prognose von Handlungsentscheidungen angestrebt wird (Rosa et al. 2007). Die folgenschwere Problematik, die sich aus dieser algorithmischen Fundierung ergibt, ist nach Nida-Rümelin dabei nicht weniger als die Möglichkeit »daran zu zweifeln, dass wir verantwortlich sind für das, was wir tun« (Nida-Rümelin 2010, S. 12). Die Regulierung nachhaltigen Handelns über eine Ökologie der Subjekte ist in dieser Perspektive gleichwohl eine notwendige Konsequenz, da Verantwortungszuschreibungen hier obsolet werden.

reflexive Weitsicht, die sich das myopische Subjekt Essers jedoch nicht leisten kann. Damit ist die Kluft zwischen Umweltbewusstsein und Umwelthandeln in der RCT ein direktes Erbe der Haeckelschen Ökologie (Block 2016). Umwelthandeln wird dadurch zur nicht-intendierten Nebenfolge (Lüdemann 1997). Verantwortungszuschreibungen für nachhaltiges Handeln müssen somit im Rahmen einer solchen Ökologie der Subjekte stets einer kausalen Rationalität folgen.

Die Komplexität der Entscheidungsmotive und Umweltdeterminanten ist in den neueren RC-Modellen zwar stetig gewachsen (etwa im RREEMM- oder Framing-Modell), Jochen Mayerl konnte jedoch jüngst aufzeigen, dass allen Erweiterungen im Kern das anthropologische Prinzip der Nutzenmaximierung erhalten bleibt. So stellt er bspw. bezüglich des Framing-Modells fest, dass es »erstaunlich ›klassisch‹ bei der Modellierung seiner formalen Entscheidungsregel der Modus-Selektion [verfährt]: es ist weiterhin das Prinzip der Nutzenmaximierung [...]. Menschen ›sind‹ also auch in dieser weiten RC-Variante Maximierer, wenn auch ›raffinierte Maximierer‹« (Mayerl 2013, S. 167).

Mehrere problematische Annahmen lassen sich an dieser Stelle festhalten: Dies ist zum einen die Kaprizierung auf eine einseitig evolutionsbiologische Anthropologie, zum zweiten die dazu passende Annahme einer bestehenden Linearität zwischen einem kognitiv begriffenen Bewusstsein und dem daraus kausal folgenden Handeln sowie zu guter Letzt der daraus folgende und bekannte methodologische Schluss, der Mensch entscheide stets rational. Dieses in Essers Zitat deutlich gewordene Menschenbild ist zwar außerhalb der RCT zu Recht kritisiert worden, wie ich an anderer Stelle ausgeführt habe (Block 2016). Zudem geht die jüngere Evolutionsbiologie mittlerweile von wesentlich komplexeren Wechselbeziehungen zwischen Organismus, Genen und Umwelt aus, wie etwa Christian Illies (2010) aufzeigt. Seine Karriere innerhalb des nicht-wissenschaftlichen Umweltdiskurses, insbesondere auf politisch-programmatischer Seite in den letzten dreißig Jahren, ist gleichwohl beeindruckend und soll deswegen Gegenstand des nächsten Abschnitts sein.

3. ÖKOLOGIE DER SUBJEKTE IM UMWELTDISKURS

Basierend auf der mit Mayerl aufgezeigten immer noch aktuellen Annahme des nutzenmaximierenden Handlungsmodus in der RCT, wird in seiner umweltsoziologischen Variante davon ausgegangen, dass Umwelthandeln eher ein sekundärer Effekt ist und kein intendierter. Die Kluft zwischen Subjekt und natürlicher Umwelt ist somit ob der nutzenmaximierenden Kurzsichtigkeit des Menschen nicht schließbar. Die individuelle Verantwortungszuschreibung muss entsprechend so konzipiert werden, dass die aufgewiesene rationale Kurzsichtigkeit sowie das daraus folgende Kosten-Nutzen-Kalkül

berücksichtigt werden. Die regulative Steuerung über kurzfristige Konsumententscheidungen scheint daher ein logischer Versuch, umweltgerechtes oder nachhaltiges Handeln zu evozieren. Denn, der Mensch, selbst zwar zu langfristiger Verantwortung nicht geeignet, bleibt in dieser Perspektive doch der entscheidende Faktor für den Wandel gesellschaftlicher Verhältnisse (siehe dazu auch den Beitrag von Armin Grunwald in diesem Band).

Gerade in der konsumbasierten Umweltpolitik findet daher bspw. die Annahme vom Menschen als eines rational entscheidenden Nutzenmaximierers Verwendung. Politische Maßnahmen, adressiert an einen ökonomisch-ökologisch handelnden Menschen, der sich in seinen Entscheidungen an einem schlichten Kosten-Nutzen-Prinzip orientiert, lassen aus Sicht der Umweltpolitik eine simple Umsetzung eines nachhaltigen Stoffwechselverhältnisses zwischen Mensch und Natur in Form einer Ökologie der Subjekte in die Praxis erwarten und dadurch auch schnelle Erfolge erhoffen.

Karl-Werner Brand und Fritz Reusswig stellen entsprechend kritisch fest:

»Die Forderung nach Internalisierung der ökologischen Kosten des Wirtschaftens – etwa in Form einer ökologischen Steuerreform – gehört deshalb inzwischen zum Grundkanon umweltpolitischer Programme jeglicher Couleur. Wenn die Nutzung von Umwelt teurer wird, ihren »wahren Preis« widerspiegelt, dann wird jeder Produzent oder Konsument, so die dahinterstehende Logik, seinen Umweltverbrauch [...] einschränken.« (Brand und Reusswig 2001, S. 660f.)

Und Andreas Dieckmann gab bereits Mitte der 1990er zu bedenken, dass es schon »bemerkenswert [ist], daß die moderne Umweltökonomie mittlerweile immerhin die Programmatik der meisten mit Umweltfragen befaßten Verbände, Parteien und Institutionen geprägt hat« (Dieckmann 1996, S. 90).

Die konsumbasierte Ökologie der Subjekte ist gleichwohl auch kein unumstrittenes Thema unter Vertreter/-innen der RCT. So hält Huber Konsum als umwelt- oder nachhaltigkeitspolitischen Ansatzpunkt nicht für hinreichend effektiv, denn darin sei angelegt, »dass man den Verbrauchern hohe Freiheitsgrade in konsumtiven Entscheidungen zuschreibt« (Huber 2011, S. 298). Diese Freiheitsgrade aber, das hat der vorherige Absatz gezeigt, entsprechen nicht den grundlegenden anthropologischen Setzungen der RCT. Entsprechend kapriziert sich Huber auf das Low-Cost-Theorem, das der kausallogisch begründeten Rationalität des Nutzenmaximierens folgt: »Die meisten Verbraucher wollen konsumieren und nur ausnahmsweise politisieren. Das Low-Cost-Theorem liefert einen hinreichenden Grund, weshalb die Ansprechbarkeit der Verbraucher mit Öko-Argumenten ihre Grenzen hat« (Huber 2011, S. 314; zum Low-Cost-Theorem Lüdemann 1997; in Kritik daran Block 2016). Auch Huber folgt somit der Prämisse, dass verantwortungsbewusste Weitsicht anthropologisch bedingt kaum als rationales Entscheidungsmotiv fungieren kann.

Lange, einer der Umweltsoziologen, der sich zu diesem Problem wissenschaftstheoretisch reflexiv verhält, spricht vom methodischen Problem der Kontextgebundenheit in der Umweltbewusstseinsforschung. Denn insofern darin das Verhältnis zwischen kognitivem Bewusstsein und Handlungsvollzug als eine kausale Linearität gedacht wird, müssen »die Sichtweisen und Handlungsmuster [...] üblicherweise in mehr oder weniger starken Interdependenzen zu den jeweiligen sachlichen und sozialen Kontexten stehen« (Lange 2000, S. 24). Dass diese höchst eindimensionale Konzipierung des Verhältnisses zwischen Bewusstsein und Handeln all das ausschließt, was im Bewusstseins- und Handlungsvollzug nicht auf rein kognitive Vorgänge zurückzuführen ist, wird daher früher oder später epistemologisch problematisch sein. Entsprechend kritisch macht Lange darauf aufmerksam, dass u.a. die Frage nach den persönlichen Erlebnissen eines Menschen von der »Umweltbewusstseinsforschung bis heute noch höchst unzulänglich bearbeitet« sei (Lange 2000, S. 23). Damit wird hier innerhalb der Umweltbewusstseinsforschung ein Forschungsdesiderat deutlich, das phänomenologisch einzuholen wäre.

Nichtsdestotrotz evozieren biologische Konzepte, wie das der kognitiven Gebundenheit des Subjekts an seine unmittelbare Umwelt, Lösungsansätze, wie den einer konsumbasierten Ökologie der Subjekte, die in der Umweltpolitik insbesondere auch durch Einsichten aus der Lebensstilforschung auf den Plan geholt wurden.⁴ Eines der aktuellsten Beispiele dafür ist die Elektromobilität, die nach wie vor auf den Individualverkehr setzt (Sommer und Welzer 2014). Die Entscheidungslogik dahinter gleicht dabei derjenigen, die bei der Entscheidung zwischen privatem Heizungsenergie sparen und öffentlich einsehbarem Recycling Anwendung findet, wie Dieckmann pointiert hat: »Die Absenkung der Raumtemperatur bedeutet »Frieren ohne soziale Anerkennung«, während z.B. Recyclingaktivitäten gegenüber anderen Personen demonstrierbar sind.« (Dieckmann 1996, S. 111) Das Auto als deutsches Prestigeobjekt schlägt als E-

4 | So macht Dieter Rink zum Beispiel auch darauf aufmerksam, dass es im Hinblick auf eine gewünschte Lebensstildiversität eine seitens der Politik vorgenommene Analogisierung der kulturellen Vielfalt mit biologischer Vielfalt gibt »Die Existenz einer Vielfalt von Lebensstilen wird hier als *Voraussetzung der Lebens- und Entwicklungsfähigkeit* von Gesellschaften gesehen. Die kulturelle Vielfalt einer Gesellschaft – manifestiert in der Pluralität von Lebensstilen – wird damit in einer Analogie zur Funktion biologischer Vielfalt für Ökosysteme gesehen.« (Rink 2007, S. 33) Die Gleichsetzung von Gesellschafts- und Ökosystem, und sei sie auch nur heuristisch, kann jedoch keine Soziologin ernsthaft überzeugen. Da an dieser Stelle jedoch keine Analyse der umweltsoziologisch gewendeten Lebensstilsoziologie vorgenommen werden kann, sei hier lediglich noch hinzugefügt, dass sie eine ähnliche epistemologische Schiefelage ihrer anthropologischen Voraussetzungen aufweist wie die RCT, und interessanterweise auch aufgrund spezifisch biologischer Vorannahmen, die darin getroffen werden (Block 2016).

Variante gleich zwei Fliegen mit einer Klappe: sowohl soziale Anerkennung auf der Prestigeebene als auch auf der Ebene nachhaltiger Verantwortung. Damit liegt auch diesem umweltpolitischen Ansatz zum Klimaschutz weiterhin der rational entscheidende Konsument zugrunde, um die Kluft zwischen Umweltbewusstsein und Umwelthandeln zu schließen.

Angesichts der Tatsache aber, dass Lange das Problem der Kluft zwischen Umweltbewusstsein und Umwelthandeln erst 2011 als eine »notorische Differenz« identifiziert hat, lässt sich erahnen, dass eine konsumbasierte Ökologie der Subjekte möglicherweise nicht die vielversprechendste Strategie zur Realisierung einer nachhaltigen Gesellschaft auf der Mikroebene ist. Dies allerdings nicht deshalb – wie Huber behauptet –, weil der Konsumentin im Sinne der Responsibilisierung die dafür notwendigen Freiheitsgrade anthropologisch nicht zuzuschreiben sind, sondern weil der darin zugrunde gelegte reduktive »Homo ÖKOnomicus«, wie ihn Andreas Dieckmann (1996) ironisch pointiert, schlicht kein empirisches Phänomen ist.

Da Rationalität als anthropologische Erklärung nicht der Weisheit letzter Schluss ist, denn nur wenigen Handlungsvollzügen gehen rationale Entscheidungen vorweg, stellt sich nunmehr die Frage, ob es aktuelle Ansätze soziologischer Nachhaltigkeitsforschung gibt, die ein komplexeres Bild menschlicher Lebensvollzüge zeichnen und insofern eine differenziertere Perspektive auf Möglichkeiten und Unmöglichkeiten individueller Verantwortungszuschreibungen eröffnen.

4. MÖGLICHKEITEN NACHHALTIGEN HANDELNS AUS SOZIALISATIONS- UND PRAXISTHEORETISCHER SICHT

»Wie ist Handeln möglich?«, ist eine der grundlegenden Fragen der Sozialtheorie (Joas und Knöbl 2017). Daher verwundert es nicht, dass mit der Einsicht, Sinnvermittlung in Handlungsvollzügen könne nicht rein sprachlich-kognitiv sein, die Aufeinanderfolge sozialtheoretischer Wendungen an Fahrt aufnahm (Lindemann 2014). Neben dem bekannten *body turn* gibt es mittlerweile auch den *practice turn*, den *spatial turn* sowie den *material turn*, um nur einige zu nennen. Sie alle vereint die für den vorliegenden Kontext wichtige Erkenntnis, dass die ordnungsbildende Sinnproduktion und -vermittlung wesentlich durch den menschlichen Leibkörper (Plessner 1928) konstituiert wird. Der *linguistic turn*, der die Sozialtheorie mit Luhmann und Habermas lange Zeit stark geprägt hat, wurde entsprechend als nicht hinreichend zur Klärung ordnungsbildender Fragen erkannt.

Gleichwohl ist mit der Frage nach Verantwortungszuschreibungen im Nachhaltigkeitsdiskurs mit dem Konzept der Verantwortung ein reflexiv höchst abstrakter Sachverhalt angesprochen, der eines kognitiven Sinnver-

stehens bedarf. Wenn das Ziel dabei, wohlgermerkt auf normativer Ebene, langfristige Nachhaltigkeit heißt, sich Rationalität handlungstheoretisch aber kaum als hinreichender Kandidat zur Erklärung menschlicher Handlungsvollzüge eignet, scheint die Frage danach, welche Rolle eigentlich das Konzept der Verantwortung im Vermittlungsprozess zwischen Akteur und nachhaltiger Praxis spielt, berechtigt; schließlich wird an diese appelliert, um die viel beschworene Kluft zwischen Bewusstsein und Handeln zu schließen.

Beim Konzept der Verantwortung handelt es sich um ein humanistisches Konzept, das als ein humanistisches den Menschen anthropologisch als das Vernunft begabte Wesen voraussetzt (Kiewitt 2016). Für den Bezug zur Nachhaltigkeit bedeutet dies, dass die anthropologisch durch Vernunft fundierte Verantwortung zur Bedingung der Möglichkeit nachhaltigen Handelns wird. Matthias Grundmann betont in seinem sozialisationstheoretischen Ansatz einer Soziologie der Nachhaltigkeit entsprechend den »grundlegend emanzipatorischen Charakter nachhaltigen Handelns«, das »als ein verantwortungsvolles, reflektiertes und zukunftsorientiertes Handlungswissen herauszuarbeiten« sei (Grundmann 2016, S. 4). Dafür sei der »anthropologische[n] Tatsache des Aufeinander-Verwiesen- und Aufeinander-Bezogen-Seins« wesentlich Rechnung zu tragen, da sie »als ein konstitutives Moment der Kultur-erzeugung eine besondere Bedeutung für die Bestimmung der Nachhaltigkeit des Sozialen« hat (Grundmann 2016, S. 4).

Dem anthropologisch kategorialen Aufeinander-Bezogen- und Aufeinander-Verwiesen-Sein ist auf keinen Fall zu widersprechen. Auch nicht, dass es dabei genuin um ein wechselseitiges Sinnverstehen und -erzeugen geht. Letzteres ist allerdings kein rein kognitives Wechselverhältnis. Ein solches Verständnis hieße, hinter die zentrale Einsicht – von der Leibkörperlichkeit sinnkonstituierender Lebensvollzüge – der oben genannten *turns* zurück zu fallen. Dieser Gefahr setzt sich Grundmann jedoch durch sein systematisch vorausgesetztes explizites Handlungswissen im wechselseitigen Bezugsverhältnis aus, da das Aufeinanderbezugnehmen hier im Sinne der Realisierung von Nachhaltigkeit als ein stets verantwortungsvolles von ihm als ein hoch reflexives bestimmt wird.

Die Frage, die sich dabei stellt, ist nicht, ob dieser reflexive Bezugsmodus im Interaktiven zwischen menschlichen Akteuren generell aufweisbar ist, sondern vielmehr, wie dieser sich auf Dauer stellen lassen soll. Grundmanns Antwort, die gleichwohl auch in dem oben genannten Sinne praktischer Verantwortungszuschreibung zu verstehen sein könnte, ist eine durch gegenseitige Sozialisation vermittelte Ausweitung des reflektiert-verantwortungsbewussten Handlungswissens, das sich im Modus einer sozial hergestellten Handlungsrationaltät zu einer erstrebenswerten Nachhaltigkeitshaltung entwickelt (Grundmann 2016, S. 4). Grundmann, der die Realisierung nachhaltigen Handelns explizit als eine »geistig-normative Handlungsebene« anspricht, wird

damit der komplexen psycho-physischen Doppelaspektivität (Plessner 1928) menschlicher Handlungsvollzüge nicht gerecht.

Dabei geht es nicht so sehr darum, welche menschlichen Möglichkeiten mit Grundmann in den Blick gekommen sind, sondern vielmehr darum, welche Grenzen er dabei gerade nicht in den Blick genommen hat, die jedoch in einer Betrachtung menschlicher Handlungsvollzüge zu berücksichtigen sind, sollen die Möglichkeiten der Realisierung einer nachhaltigen Gesellschaft wesentlich auf der Mikroebene analysiert werden. Die fundamentale Einsicht, dass Handlungsvollzüge ihren Grund nicht primär in kognitiv-reflexiven oder einem kausalen Bezogensein zu einer wie auch immer gearteten Handlungs-rationalität haben, sondern wesentlich leiblich-körperlich vermittelt sind und dadurch gerade einer Handlungs-rationalität oder instrumentellen Vernunft entzogen sein können, ist ein wesentliches Erkenntnismoment dafür.

Sollen Handlungsvollzüge als solche in den Blick genommen werden, wie Grundmann betont, gilt es somit, die Natur-Kultur-Dichotomie dabei nicht zu perpetuieren, sondern die beiden darin zur Disposition stehenden Sachverhalte ernst zu nehmen und als Dualität miteinander zu verschränken (Plessner 1928; Block 2016). Die Möglichkeit eines vorreflexiven, leiblich vermittelten Ausdruckswissens, das sich in Handlungsvollzügen kundtut, findet in einer ausschließlich kognitiv-rationalen Bestimmung von Bewusstsein aber keinen Platz, da letztere einen linearen Zusammenhang zwischen Handlungs-rationalität und Vollzug voraussetzt. Ein phänomenologisches Verständnis von Bewusstseins- und Handlungsvollzügen als Geschehen des leibkörperlichen Hindurchs birgt hingegen die Möglichkeit, Sinnverstehen bereits auf der leibkörperlichen Ebene anzusetzen und den Leibkörper als eine Dimension des Reflexiven auszuweisen (Plessner 1928; Lindemann 2014; Block 2016).

Das Verständnis von Reflexivität als einem rein kognitiven Sachverhalt kann mit dieser Einsicht zwar zurückgelassen werden. Nachhaltigkeitsverantwortung als präskriptiv normativer Wert oder auch als regulative Idee stellt aber weiterhin ein hoch kognitiv zu vermittelndes Motiv dar. Damit jedoch fragt sich aber noch immer, etwas überspitzt formuliert: Wie kommt die Nachhaltigkeit als individuelles Verantwortungsmotiv dauerhaft in den Handlungsvollzug?

In Reflexion auf dieses handlungstheoretisch anspruchsvolle Problem der praktischen Umsetzung normativer Nachhaltigkeit kommt René John in seiner praxistheoretischen Umweltsoziologie daher zu folgenden Fragen:

»Ausgehend von der Feststellung, dass Reflexion von Umweltproblemen nur selten zu umweltgerechten Handlungen führt und umgekehrt, dass umweltaffine Alltagspraktiken eher nicht auf spezifisches Wissen über Umweltprobleme zurückzuführen sind, gilt es zu fragen, welche Rolle der Umweltbezug für alltägliche Handlungen spielt und inwiefern er Anlass für Veränderungen oder für die Stabilisierung umweltaffiner Hand-

lungen ist. Weiterhin ist zu fragen, inwiefern Praktiken überhaupt intendierten Änderungen zugänglich sind und wie diese entsprechend den Anforderungen einer nachhaltigen Veränderung des gesellschaftlichen Umweltverhältnisses informiert und transformiert werden können.« (John 2013, S. 107)

Damit ist zum einen die oben diskutierte Frage nach dem angesprochen, was nicht in den Blick gerät, und zum anderen nun entsprechend der Blick auf das routinierte Alltagshandeln gewendet. John nimmt dabei eine Bestimmung des Alltags vor als das Gewöhnliche und Vertraute, das sich in individuellen lebensweltlich verankerten Wiederholungen und Erwartungen praktisch ausdrückt (ebd.). Insofern sei auf einer nicht-normativen Ebene soziales Alltagshandeln immer schon nachhaltig, da es auf ein dauerndes Bestehen angelegt ist, was auch Grundmann hervorhebt (Grundmann 2016).

Die zu bewältigende Herausforderung sei somit, das normative und insofern nur reflexiv zugängliche Konzept von Nachhaltigkeit zu transformieren in ein routiniertes Praxiswissen, so dass es als ein Können bestimmt werden kann (John 2013). Damit verlässt John perspektivisch, anders als Grundmann, die Ebene des expliziten Handlungswissens und wendet sich den impliziten, leibkörperlich eingeübten Praktiken zu. Dafür greift John u.a. auf die Habitus-Theorie Bourdieus zurück und auf das darin enthaltene Theorem der Schemata im Sinne eingeübter und insofern sinnkomprimierter Informationskomplexe, die nicht mehr bewusst wahrgenommen werden müssen, sondern in routinierte Praktiken transformiert werden (John 2013). Zudem wirft John die systemtheoretisch induzierte Frage nach der operativen Anschlussfähigkeit von explizit erwünschten Praxisveränderungen an Alltagspraktiken auf, da es dabei der Sinnvermittlung zwischen zwei verschiedenen Ebenen bedarf. Denn Nachhaltigkeit im Sinne eines praktischen Fortdauerns soll Nachhaltigkeit als normative Orientierung integrieren und somit ebenfalls im Sinne eines praktischen Fortdauerns transformieren (John 2013). Das heißt: Die kognitiv-reflexive Form von Nachhaltigkeit soll in eine leibkörperlich eingeübte Form von Nachhaltigkeit sedimentiert werden, ohne dabei den normativen Anspruch preiszugeben. Denn »[d]er Alltag läuft einfach weiter. Schon erscheint das Problematische der Umwelt heute selbstverständlich« (John 2013, S. 115). Weil normative Nachhaltigkeit, so der von John gezogene Schluss, aber ein kognitiver Sachverhalt des Entscheidungshandelns ist und Entscheidungen der Möglichkeit des Scheiterns ausgesetzt sind, muss ihre Thematisierung als irritierendes Sinnangebot entfaltet werden, das explizite Anlässe zur Transformation struktureller Praktiken schafft: »Im kreativen Zugriff auf die Störungen lässt sich eine Innovativität der Praktiken [...] erkennen.« (John 2013, S. 124f.) Somit kapriziert auch John primär auf die kognitive Reflexivität des Individuums als Bedingung eines operativ anschlussfähigen Umgangs mit normativer Nachhaltigkeit: »Durch solche Irritationen, wie sie sich in den Werten der Nach-

haltigkeit und der Innovation ausdrücken, werden Planung und Reform veranlasst, wird allgemeiner sozialer Wandel voluntaristisch initialisiert.« (John 2013, S. 122)

Auch John bleibt damit letztendlich implizit bei einer Akteursperspektive, die im umweltsoziologischen Untersuchen des Verhältnisses zwischen Mensch und seiner Naturumwelt den Natur-Kultur-Dualismus nicht überwindet. Gleichwohl weist Johns Ansatz im Gegensatz zu dem von Grundmann aber mit seiner praxistheoretischen Ausrichtung prinzipiell in die Richtung der systematischen Verschränkung von Natur und Kultur. Dass die operative Anschlussfähigkeit von Handlungen jedoch nicht erst auf der Ebene kognitiv-reflexiver Sinnverarbeitung ermöglicht wird, sondern bereits auf der leiblich-reflexiven Ausdrucksebene realisiert ist, hat Gesa Lindemann in ihrer Sozialtheorie der erweiterten Weltoffenheit im Anschluss an Helmuth Plessner plausibel dargelegt (Lindemann 2014). Eine Erweiterung der praxistheoretischen Umweltsoziologie Johns durch einen Anschluss an Lindemann bzw. Plessner könnte daher eine konstruktive Perspektive darstellen. John könnte dadurch die Gleichsetzung von Reflexion und Kognition vermeiden, was ihm ermöglichen würde, auch das Verständnis von Bewusstsein als einen rein kognitiven Sachverhalt zurückzulassen. Denn die, auch von John festgestellte, Kluft zwischen umweltgerechtem Handeln und umweltbezogener Reflexion lässt sich nicht mit einem Ansatz schließen, der selbst Bewusstsein und Praxis als zwei sich kluffartig aufeinander bezogene Entitäten fasst.

Somit hat auch die Analyse von Alltagspraktiken zunächst noch die Aufgabe, selbstreflexiv herauszustellen, was darin, bezogen auf menschliche Handlungsvollzüge, gerade noch nicht in den Blick kommt, bevor es schon zur Lösung geht. Denn auch Johns Überlegungen laufen auf eine individuelle Verantwortungszuschreibung für nachhaltiges Handeln hinaus, in der es »auf das individuelle Potenzial der Akteure [ankommt], die partielle Transformation von Praktiken zu realisieren« (John 2013, S. 129). Soll diese Potenzialität als ein Können, d.h. als eine »Macht zu...« (Plessner 1931, S. 189) Nachhaltigkeit praktische Entfaltung finden, braucht es eine Soziologie der Nachhaltigkeit oder eine Umweltsoziologie, die sich durch den Rückbezug auf den eigenen sozialhistorischen Standpunkt (Plessner 1931, S. 189) reduktiver Anthropologismen entledigt und sich dadurch selbst offen hält. Nur so kann sie ihrem eigenen praktischen Responsibilisierungsverhältnis, das sie durch ihren Einfluss auf außerwissenschaftliche Bereiche mit diesen hat, gerecht werden.

5. DIE NACHHALTIGKEIT WISSENSCHAFTLICHER VERANTWORTUNG

Das Thema der Nachhaltigkeit ist in aller Munde. Denn die Transformation von Gesellschaft in eine nachhaltige betrifft sämtliche Bereiche des Sozialen. Entsprechend gibt es zwischen ihnen »plurale Vermittlungsversuche« (Henkel et al. 2017, S. 1), in denen ausgehandelt wird, wer, wie, was, wo Nachhaltigkeit realisieren kann. Ein solches Vermittlungsverhältnis besteht auch zwischen Wissenschaft und Politik. Denn letztere ist für die Konzipierung nachhaltigkeitspolitischer Programme u.a. epistemisch auf wissenschaftliches Wissen angewiesen. Die empirische Sozialforschung hat dabei einen wichtigen Anteil daran, Handlungsempfehlungen zu generieren. Die Verantwortung für Nachhaltigkeit wird darin zum großen Teil mikrosoziologisch perspektiviert, um handlungstheoretische Lösungsvorschläge zu entwickeln. Das umweltsoziologisch genuine Problem der Kluft zwischen Umweltbewusstsein und Umwelthandeln, das auch bezogen auf den Nachhaltigkeitsdiskurs bis heute Bestand hat, ist ein deutliches Beispiel für den Einfluss, den wissenschaftliches Wissen auf andere soziale Systeme haben kann, und das in ganz praktischer Hinsicht.

Gerade weil es im aktuellen Nachhaltigkeitsdiskurs, an denen die Umweltsoziologie auch Politik beratend teilnimmt, also nicht mehr um die Frage geht, *ob* es eines, auch auf der Mikroebene stattfindenden, sozialen Wandels hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft bedarf, sondern darum gehen muss, *wie* sich dieser vollzieht (Jetzkowitz 2013), ist das in den umweltsoziologischen Beiträgen zugrunde gelegte Menschenbild ein wichtiges Kriterium im Hinblick auf die umweltpolitische Zuschreibung individueller Verantwortung. Die als anthropologisch bedingt angenommene Kluft zwischen Bewusstsein und Handeln deshalb zu hinterfragen, scheint mir eine wissenschaftlich nachhaltige Verantwortung zu sein, die durch die Einnahme einer wissenschaftstheoretischen Perspektive auf die eigene Disziplin übernommen werden kann. Denn insbesondere wenn die Wahl der Theoriekonstruktion »Methodologischer Individualismus« heißt, dann kommt keine Soziologie, das hat dieser Beitrag gezeigt, um anthropologische Präsuppositionen herum, die es dann zu erhellen gilt.

Auch wenn ich in diesem Beispiel keine politisch-praktischen Lösungen präsentiert, sondern zunächst einmal nach den adäquaten anthropologischen Fragen gesucht habe, möchte ich gerade dieses Aufzeigen bestehender anthropologischer Leerstellen als eine reflexive Chance für sowohl Umweltsoziologie als auch Soziologie der Nachhaltigkeit begriffen wissen. Denn der reflexive Umgang mit den eigenen axiomatischen und insofern systematischen Voraussetzungen birgt die Gelegenheit, anthropologisch-epistemologische Schiefen gerade zu rücken, und somit die Wirklichkeit konstruierende Kraft, die sie beide auch innerhalb des Nachhaltigkeitsdiskurses tragen, ernst zu nehmen und beim Schopfe zu packen.

LITERATUR

- Block, Katharina. 2017. Das Unverfügbare von seinen kulturkritischen Möglichkeiten her denken. *ISH-Arbeitspapier des Instituts für Soziologie der Leibniz Universität Hannover* 01-2017.
- Block, Katharina. 2016. *Von der Umwelt zur Welt. Der Weltbegriff in der Umweltsoziologie*. Bielefeld: transcript.
- Brand, Karl-Werner, und Fritz Reusswig. 2004. Umwelt. In *Lehrbuch der Soziologie*, Hg. Hans Joas, 557-575. Frankfurt a.M.: Campus.
- Dieckmann, Andreas. 1996. Homo ÖKOnomicus. Anwendungen und Probleme der Theorie rationalen Handelns im Umweltbereich. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 36:89-117.
- Esser, Hartmut. 1993. *Soziologie. Allgemeine Grundlagen*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Grundmann, Matthias. 2016. Gemeinsam – nachhaltig. Argumente für eine sozialisationstheoretische Bestimmung sozialer Nachhaltigkeit. *Soziologie und Nachhaltigkeit – Beiträge zur sozial-ökologischen Transformationsforschung* 5:1-15.
- Henkel, Anna, Stefan Bösch, Nikolai Drews, Louisa Firnenburg, Benjamin Görgen, Matthias Grundmann, Nico Lüdtke, Thomas Pfister, Simone Rödder und Björn Wendt. 2017. Soziologie der Nachhaltigkeit – Herausforderungen und Perspektiven. *SuN Soziologie und Nachhaltigkeit Sonderausgabe* 1:1-37.
- Huber, Joseph. 2011. *Allgemeine Umweltsoziologie*, 2. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag.
- Illies, Christian. 2010. Biologie statt Philosophie? In *Evolution in Natur und Kultur*, Hg. Volker Gerhardt und Christian Illies, 15-38. Frankfurt a.M.: Campus.
- Jetzkowitz, Jens. 2012. Verantwortung für die Zukunft. Soziologie und das Problem der Nachhaltigkeit. In *Öffentliche Sozialforschung und Verantwortung für die Praxis: Zum Verhältnis von Sozialforschung, Praxis und Öffentlichkeit*, Hg. Kai Unzicker und Gudrun Hessler, 67-83. Wiesbaden: VS Verlag.
- Joas, Hans, und Wolfgang Knöbl. 2017. *Sozialtheorie. Zwanzig einführende Vorlesungen*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- John, René. 2013. Alltägliche Nachhaltigkeit. Zur Innovativität von Praktiken. In *Soziale Innovation und Nachhaltigkeit. Perspektiven sozialen Wandels*, Hg. Jana Rückert-John, 103-132. Wiesbaden: Springer VS.
- Kiewitt, Stefanie. 2016. *Leben, Bewusstsein und Verantwortung bei Charles Taylor. Ethische Reflexionen zum Neuro-Enhancement*. Würzburg: Ergon Verlag.
- Lange, Hellmuth. 2000. Eine Zwischenbilanz der Umweltbewusstseinsforschung. In *Ökologisches Handeln als sozialer Konflikt. Umwelt im Alltag*, Hg. Hellmuth Lange, 13-34. Wiesbaden: VS Verlag.

- Lange, Hellmuth. 2011. Umweltsoziologie in Deutschland und Europa. In *Handbuch Umweltsoziologie*, Hg. Matthias Groß, 19-53. Wiesbaden: VS Verlag.
- Lindemann, Gesa. 2014. *Weltzugänge. Die mehrdimensionale Ordnung des Sozialen*. Weilerswist: Velbrück.
- Lüdemann, Christian. 1997. *Rationalität und Umweltverhalten. Die Beispiele Recycling und Verkehrsmittelwahl*. Wiesbaden: Deutscher Universitätsverlag.
- Mayerl, Jochen. 2013. Der Mensch in der analytisch-erklärenden soziologischen Handlungstheorie – Universelle Menschenbilder und ihre Implikationen. In *Der Mensch – nach Rücksprache mit der Soziologie*, Hg. Michael Corsten und Michael Kauppert, 147-176. Frankfurt a.M.: Campus.
- Meinhold, Ronald. 2001. Lifestyle und Selbstverwirklichung auf dem Weg zur Nachhaltigkeit? *AWT-Info* 20:110-125.
- Nida-Rümelin, Julian. 2010. Naturalismus und Humanismus. In *Evolution in Natur und Kultur*, Hg. Volker Gerhardt und Julian Nida-Rümelin, 3-14. Frankfurt a.M.: Campus.
- Plessner, Helmuth. 1928. *Die Stufen des Organischen und der Mensch. Einleitung in die philosophische Anthropologie*. Berlin: De Gruyter.
- Plessner, Helmuth. 1931. Macht und menschliche Natur. Ein Versuch zur Anthropologie der geschichtlichen Weltansicht. In *Gesammelt Schriften*, Bd. 5, Hg. Günter Dux, Odo Marquard und Elisabeth Ströker, 135-234. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Rink, Dieter. 2002. Nachhaltige Lebensstile zwischen Ökorevisionismus und neuem Fundamentalismus, »grünem Luxus« und »einfacher leben«. Zur Einführung. In *Lebensstile und Nachhaltigkeit. Konzepte, Befunde und Potentiale*, Hg. Dieter Rink, 7-23. Wiesbaden: VS Verlag.
- Rosa, Hartmut, David Strecker und Andrea Kottmann. 2007. *Soziologische Theorien*. Konstanz: UVK.
- Sommer, Bernd, und Harald Welzer. 2014. Ökologie: Klimawandel, Knappheiten und Transformation im Anthropozän. In *Handbuch der Soziologie*, Hg. Jörn Lamla, Henning Laux, Hartmut Rosa und David Strecker, 419-433. Konstanz: UVK.
- Vogt, Michael. 2016. Mutig handeln. Nachhaltigkeit ist keine PR, sondern Überzeugung. In *Chefsache Nachhaltigkeit*, Hg. Peter Buchenau, 237-252. Wiesbaden: Springer VS.

Zukunftsverantwortung

Zur Diagnostifizierung des Verhältnisses von Mensch und Natur nach 1945

Nikolaus Buschmann

EINLEITUNG

Die Etablierung der ›Nachhaltigkeit‹ als Leitbild für die Transformation hin zu einer ›zukunftsfähigen‹ Gesellschaft beruht auf einem grundlegenden Wandel der Wahrnehmung und Deutung des Verhältnisses von Mensch und Natur sowie damit verknüpfter Konzeptualisierungen von ›Mensch‹ und ›Natur‹ in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg. Seitdem wurden Veränderungen der zur ›Umwelt‹ gewordenen ›Natur‹ in maßgeblichen Teilen der westlichen Industriegesellschaften nicht mehr nur als partikulare Probleme etwa des Landschaftsschutzes, der Artenvielfalt oder der Luftreinhaltung, sondern auch als Zeichen einer fundamentalen Störung des Verhältnisses von Mensch und Natur interpretiert, der man durch die »Diagnose und Therapie von Nachhaltigkeitsdefiziten« (Grunwald et al. 2001) beizukommen versucht. Diese Wahrnehmungsverschiebung, die in diesem Aufsatz – dem sprachlichen Duktus des vorangegangenen Zitats folgend – als *Diagnostifizierung* bezeichnet wird, machte die Umweltveränderungen der Nachkriegszeit auf eine neue Weise sichtbar, nämlich als Symptome einer ›pathologischen‹ gesellschaftlichen Entwicklung, und leitete so zu einer ›therapeutischen‹ Intervention in die Gesellschaft an (Alkemeyer und Buschmann 2018). Sie ist indes weder als deren bloßer Reflex zu verstehen noch als Entdeckung eines bis dahin nicht wahrgenommenen Phänomens. Vielmehr handelte es sich um eine Reformulierung bereits vorhandener, aber bis dahin voneinander getrennt debattierter Problem Diagnosen in Form der umfassenderen *Gegenwartsdiagnose* (Alkemeyer et al. 2018) einer »ökologischen Krise«, in der sich das westliche Zivilisationsmodell befindet (Uekötter 2011, S. 90).

Eine solche *genealogische* Perspektive auf umweltgeschichtliche Fragestellungen untersucht ihren Gegenstand als ein historisch kontingentes Zu-

sammenwirken heterogener Elemente in spezifischen gesellschaftlichen Konstellationen, in denen Altes und Neues auf machtvolle und mitunter widersprüchliche Weise miteinander verschränkt werden: »Sustainability might be a relative newcomer to the normative architecture of the modern globalised world. However, the contents of this new idea were not entirely unknown.« (Pfister et al. 2016, S. 11) Statt also ›Nachhaltigkeit‹ als Ausfaltung eines scheinbar uralten Menschheitswissens, gar als »unser ursprünglichstes Weltkulturerbe« (Grober 2010, S. 13) zu begreifen (vgl. kritisch dazu die Rezension von Grobers Buch durch Radkau 2010), das sich vorbehaltlos für die Lösung gegenwärtiger gesellschaftlicher Probleme eigne, gerät in der hier eingenommenen Perspektive auf ›Nachhaltigkeit‹ das im Narrativ der ›ökologischen Krise‹ angelegte Postulat einer ›Zukunftsverantwortung‹ als ebenso voraussetzungsreiches wie umkämpftes und deshalb erklärungs würdiges Konzept der Verhaltensnormierung in den Blick (Radkau 2008; Pfister et al. 2016, S. 3).

Dieses Vorhaben wirft zunächst die bereits angedeutete methodologische Frage nach dem Verhältnis von (materieller) Umweltveränderung und (gesellschaftlicher) Umweltwahrnehmung und dem – auch an der semantischen Tektonik der politisch-sozialen Sprache ablesbaren – Wandel dieses Verhältnisses auf, die im Folgenden anhand einer Kontroverse über umweltgeschichtliche Wendepunkte nach 1945 zwischen den beiden Historikern Christian Pfister und Patrick Kupper diskutiert wird (1). In einem zweiten Schritt werden – am Beispiel der Berichterstattung des Wochenmagazins »Der Spiegel« – die Konturen des ökologischen Krisendiskurses um 1970 umrissen, insbesondere die damit verknüpfte Umstellung der Umweltwahrnehmung auf die Diagnose einer Pathogenese des westlichen Zivilisationsmodells (2). Die epistemische Einsatzstelle dieser bis heute wirkmächtigen Blickwinkelverschiebung bildete die Kritik am Wachstumscredo der industriegesellschaftlichen Moderne, die exemplarisch an einigen ihrer auflagenstarken Stichwortgeber dargelegt wird (3). Abschließend wird der Zusammenhang zwischen der neo-malthusianischen Modalisierung geschichtlicher Zeit, die in den Modellbildungen der Wachstumskritik angelegt ist, und der Entstehung einer Ethik der »Zukunftsverantwortung« beleuchtet, deren »Kompass« – mit den Worten ihres prominentesten Vertreters – in der »vorausgedachten Gefahr« (Jonas 1984, S. 7) bestehe.

1. DIE THESE VOM »1950ER SYNDROM«: ZUM VERHÄLTNISS VON UMWELTVERÄNDERUNG UND UMWELTWAHRNEHMUNG

In der Frage nach dem Verhältnis von Umweltveränderung und Umweltwahrnehmung artikuliert sich zum einen die Suchbewegung eines jüngeren Strangs umweltgeschichtlicher Forschung, die ihren Fokus zunehmend auf die Entstehung von gesellschaftlichen Artikulationsräumen »für politischen

Unmut, kritische Gesellschaftsdiagnosen und institutionelle Begehrlichkeiten« lenkt (Brüggemeier und Engels 2005, S. 13) – und die dabei auch ihre eigene Ausdifferenzierung als Teildisziplin der Geschichtswissenschaft vor dem Hintergrund einer zunehmenden gesellschaftlichen Aufmerksamkeit für ›Umweltpolitik‹ reflektiert (Siemann und Freytag 2003, S. 7). Zum anderen interessiert sich Umweltgeschichte nach wie vor und in einem ganz handfesten Sinne für die »unbeabsichtigten und langfristigen Folgewirkungen menschlichen Handelns für die Natur«; die gleichsam klassischen Untersuchungsfelder dieses Forschungsstrangs sind die »sogenannten Umweltmedien Boden, Wasser, Luft und Wald sowie Energieträger wie etwa Holz, Kohle und Erdöl« (Siemann und Freytag 2003, S. 8). Je nachdem, in welcher Weise der Forschungsgegenstand konzeptualisiert wird, treten dann eher ökologische Systemzusammenhänge und deren Wandel (Sieferle 2003), bestimmte historisch-politische Konstellationen, die die Geschichte der Mensch-Umwelt-Beziehungen als eine »spannungsvolle Mischung destruktiver und schöpferischer Prozesse« verständlich machen (Radkau 2003, S. 179), oder eben in erster Linie die kulturellen Formen der Naturwahrnehmung (bspw. Knoll 2013 in seiner Rekonstruktion der frühneuzeitlichen Wahrnehmung von Siedlung, Territorium und Umwelt) in den Blick (Siemann und Freytag 2003, S. 14-18). Die Frage nach der Relevanz eines umweltgeschichtlichen Problems ist mithin immer auch eine Frage der methodologischen Perspektivierung ihres Gegenstands.

Die ebenso prominenten wie kontroversen Positionen der beiden Historiker Christian Pfister und Patrick Kupper zur umweltgeschichtlichen Epochenbildung nach 1945, entwickelt am Beispiel der Schweiz, bilden für die Erörterung dieses Themas ein ausgezeichnetes Anschauungsmaterial: Während Pfister (1996) in einem vielzitierten Aufsatz die These einer »Epochenschwelle zwischen Industriegesellschaft und Konsumgesellschaft« vertritt, die er in der unmittelbaren Nachkriegszeit ansiedelt und entsprechend das »1950er Syndrom« nennt (vgl. auch Bergmeier 2002), verortet Kupper (2003) in seiner gleichermaßen einschlägigen Studie den maßgeblichen umweltgeschichtlichen Wendepunkt zwei Jahrzehnte später mit der Etablierung der von ihm so bezeichneten »1970er Diagnose« (vgl. Uekötter 2011, S. 9, der in der Zeit um 1970 eine »Wasserscheide in der Entwicklung der neuzeitlichen Umweltbewegungen« erkennt). Um zu klären, wie diese unterschiedlichen Einschätzungen zustande kommen, soll zunächst die Argumentation Pfisters rekonstruiert werden, um im Anschluss die Kritik Koppers an dieser Argumentation sowie dessen eigenen Zugang zu erläutern; abschließend möchte ich daraus einige Schlussfolgerungen im Blick auf die Wahrnehmungsverschiebung innerhalb des ökologischen Diskurses nach dem Zweiten Weltkrieg ziehen.

Die von Pfister formulierte These einer umweltgeschichtlichen Epochen-schwelle in den 1950er Jahren beruht auf dem ökonometrischen Befund eines

beschleunigten Wachstums von Wirtschaft und Wohlstand, das weit über dem Zuwachs der Bevölkerung gelegen habe. Als Indikatoren dafür dienen Pfister das Bruttoinlandprodukt, der Bruttoenergieverbrauch, die Anzahl von Personenwagen und Kleinbussen sowie der Umfang von Siedlungsabfällen, deren Zunahme ausnahmslos exponentiell verlaufen sei, während hingegen die Bevölkerung lediglich linear zugenommen habe. In den divergierenden Wachstumskurven, so Pfister, bilde sich der Übergang von der Industriegesellschaft zur Konsumgesellschaft ab (Pfister 1996, S. 67). In Kombination mit den sinkenden Preisen für fossile Energieträger habe der durch einen neuen Produktions- und Konsumstil verursachte Energieverbrauch ein Ausmaß erreicht, das schließlich »zum bedrohlichen Krankheitsbild, zum Syndrom geworden« sei (Pfister 1996, S. 95).

Pfisters Frage nach den strukturellen Ursachen für die materielle Veränderung von Umweltgrößen liegt das Anliegen zugrunde, mit der Bereitstellung »historischen Orientierungswissens« einen Beitrag zur Lösung des »Umweltproblems« in seiner *eigenen* Gegenwart zu leisten (Pfister 1996, S. 51-53). Sein Erkenntnisinteresse ist also von einer Problemdiagnose informiert, die nicht der zeitgenössischen Wahrnehmung der 1950er Jahre entstammt, sondern dem in den 1990er Jahren bereits etablierten Nachhaltigkeitsdiskurs. Es besteht mit anderen Worten nicht in der erfahrungsgeschichtlichen Rekonstruktion der Wahrnehmung von Umweltveränderungen und des Umgangs mit ihnen in der Nachkriegsgesellschaft. Das Wissen um die historischen Ursachen des von Pfister als gegenwärtiges Umweltproblem diagnostizierten »Syndroms« soll vielmehr dazu dienen, dem im Nachhaltigkeitsdiskurs formulierten Postulat einer Transformation der Gesellschaft – das in der Heuristik der Diagnostifizierung gleichsam die »1990er Therapie« bildet – eine wissenschaftliche Beglaubigung zu verleihen. Er vertritt damit ein *normativ-präskriptives* Wissenschaftsverständnis (vgl. Hamborg 2017, S. 15), das die Durchsetzung einer nachhaltigen Wirtschafts-, Konsum- und Lebensweise in der modernen Industriegesellschaft zu ihrem leitenden Erkenntnisinteresse erhebt. In der Konsequenz dieses Wissenschaftsverständnisses soll die Geschichtsschreibung – einer bis heute wirkmächtigen Tradition der Aufklärung folgend – als »Lehrmeisterin des Lebens« zur Lösung aktueller gesellschaftlicher Problemstellungen beitragen (Koselleck 1989, S. 38f.; Siemann und Freytag 2003, S. 9).

Demgegenüber geht es Patrick Kupper in seinem 2003 erschienenen Aufsatz um die Erhellung genau jener zeitgenössischen Wahrnehmungsprozesse, in denen Umweltveränderungen überhaupt erst als ein gesellschaftliches Problem erkannt und dadurch bearbeitbar gemacht wurden. Seine an Foucault orientierte Diskursanalyse, die er durch Theorien sozialen Wandels ergänzt, folgt einer *deskriptiv-analytischen* Forschungsperspektive (Hamborg 2017, S. 15), die in reflexiver Distanz zu ihrem Forschungsgegenstand den Fokus auf die gesellschaftliche Selbst- und Weltwahrnehmung und deren Wandel legt.

Die Analyse Koppers startet mit dem Befund, dass die gesellschaftliche Interpretation des von Pfister analysierten Strukturwandels von der klassischen Industriegesellschaft zur modernen Konsumgesellschaft als »Syndrom« einer fundamentalen ökologischen Störung eben nicht synchron zu diesem Wandel bereits in den 1950er Jahren eingesetzt habe, sondern erst zwei Jahrzehnte später, als dem Umweltschutz »in kürzester Zeit ein gänzlich neuer Stellenwert zugeschrieben« worden sei (Kopper 2003, S. 328). Diesen Prozess einer Umdeutung der »gesellschaftlichen Naturverhältnisse« – ein Konzept, das selbst ein Moment dieser Umdeutung ist (Becker et al. 2011) – fasst Kopper als »1970er Diagnose«: Erst in dieser Zeit sei der von Pfister in den Blick genommene Strukturwandel von der Gesellschaft als eine Fehlentwicklung wahrgenommen worden, wohingegen die unmittelbaren Nachkriegsjahrzehnte in den Augen der Zeitgenossen keineswegs als krankhaft, sondern vielmehr als eine Phase wachsenden Wohlstands und politischer Stabilität gegolten hätten (Kopper 2003, S. 327).

Die analytische Rekonstruktion materieller Veränderungen in einer bestimmten historischen Phase, so könnte man die Argumentation Koppers zusammenfassen, lässt keine Rückschlüsse auf die jeweilige zeitgenössische Wahrnehmung dieser Veränderungen zu. Dass Gesellschaften materielle Veränderungen (etwa das Abbrechen eines Stück Schelfeises von der Antarktis) in einer bestimmten Weise (nämlich als Beleg für den fortschreitenden anthropogenen Klimawandel) deuten können, setzt vielmehr eine entsprechende – nicht einfach gegebene, sondern historisch voraussetzungsvolle – kulturelle Formatierung der gesellschaftlichen Selbst- und Weltwahrnehmung voraus (ganz abgesehen davon, dass überhaupt darüber berichtet wird bzw. die Berichterstattung über ein solches Ereignis in technischer und logistischer Hinsicht möglich ist). Will man deren Entstehung in den Blick nehmen, muss (auch) rekonstruiert werden, in welchen Darstellungsformen materielle Veränderungen in der zeitgenössischen Wahrnehmung als Gegenstände der Diagnose sichtbar gemacht und gedeutet wurden – und in welchen historischen Konstellationen (Lepsius 1993; Mulsow und Stamm 2005) dies geschah.

Die konstitutive Bedeutung kultureller Schemata für die Wahrnehmung und Strukturierung der Wirklichkeit wird umso augenfälliger, als die »ökologische Revolution« (Radkau 2011, S. 140) in eine Phase fiel, in der die sinnlich wahrnehmbaren Belastungen der Umwelt eher zurückgingen und spektakuläre Umweltereignisse, wie später der Chemieunfall von Seveso oder der Reaktorunfall von Tschernobyl, noch keine gewichtige Rolle spielten; ein Erklärungsversuch für den Aufschwung der ökologischen Debatte um 1970 müsse deshalb »in jedem Fall mehrere Ebenen im Blick behalten«, wie Frank Uekötter unterstreicht, etwa den institutionellen Umbruch in Verbänden und Behörden ebenso wie den »Wandel von Wahrnehmungsmustern, Redeweisen und Verhaltensstilen« (Uekötter 2011, S. 103). Anstatt die Wahrnehmung von

Umweltproblemen monokausal auf einen objektiven Problemdruck zurückzuführen, schlägt Kupper im Anschluss an Niklas Luhmann vor, auch danach zu fragen, wie Gesellschaften über Veränderungen von Umweltbedingungen kommunizieren und dabei über den objektiven Gehalt von Gefährdungsszenarien entscheiden (Kupper 2003, S. 330). Was als gesellschaftliches Problem gilt, müsse im gesellschaftlichen Kommunikationsprozess als solches erst einmal identifiziert, mit besonderer Deutungsmacht ausgestattet und als Tatsache objektiviert werden. Eine Sache werde demnach genau dann zu einem gesellschaftlichen Problem, wenn die Auffassung, dass diese Sache ein Problem darstelle, allgemein Resonanz und Akzeptanz finde (Kupper 2003, S. 329).

Hinsichtlich der in diesem Aufsatz verhandelten Frage nach der Entstehung einer bestimmten Konzeption von Verantwortung im Zeichen der »ökologischen Krise« kann einerseits festgehalten werden, dass die Deutung eines Phänomens als gesellschaftliches Problem an die Kommunikationsbedingungen und kulturellen Ordnungsmuster spezifischer historischer Konstellationen gebunden ist. Insofern ist die Verknüpfung eines bestimmten Wissens um die »ökologischen« Folgen des menschlichen Eingreifens in die »Umwelt« mit dem Postulat einer Verantwortungsübernahme an eben diese Kommunikationsbedingungen und Ordnungsmuster gebunden, deren Genealogien, Zeitschichten und historischen Einsatzstellen somit die Gegenstände einer kulturwissenschaftlich informierten Perspektive auf die Umweltgeschichte der Moderne bilden. Andererseits ist bei der historischen Rekonstruktion gesellschaftlicher Problemstellungen zu berücksichtigen, dass das »Sosein« der als Umweltveränderungen wahrgenommenen Phänomene an der Art ihrer Wahrnehmung nicht gänzlich unschuldig ist. Vielmehr ist das »gesellschaftliche Imaginäre« (Castoriadis 1990), das sich in den kulturellen Formen gesellschaftlicher Selbstproblematisierung entwirft, in eine konkrete, gegenständlich-symbolische Welt eingelassen (vgl. ausführlicher Alkemeyer und Buschmann 2018): »Basisprozesse« und »Wahrnehmungen«, um eine von Christoph Dipper (2012) konzeptualisierte Terminologie einzuführen, auf die ich im nächsten Abschnitt noch einmal ausführlicher zurückkommen werde, sind mit anderen Worten unhintergebar aufeinander bezogene Dimensionen der jeweils instituierten gesellschaftlichen Ordnung und ihres Wandels.

2. DIE »ÖKOLOGISCHE KRISE« ALS SIGNATUR EINER EPOCHENSCHWELLE

Die von Kupper formulierte und in der umweltgeschichtlichen Forschung weithin geteilte These, dass sich um 1970 eine neue Form des »Umweltbewusstseins« etablierte, welches sich nicht mehr nur auf einzelne Aspekte etwa des Natur- und Gesundheitsschutzes, sondern auf ein Umweltganzes als »Le-

bensraum der Menschheit« bezog (Hermanns 1991, S. 242), soll in diesem Abschnitt beispielhaft anhand der Berichterstattung des Nachrichtenmagazins »Der Spiegel« veranschaulicht werden, die für den Zeitraum zwischen 1950 und 1980 einer Analyse narrativer Schemata und Deutungsmuster unterzogen wurde (vgl. dazu Arnold et al. 2012). Der aus dem angelsächsischen Sprachraum entlehnte Neologismus »Umweltbewusstsein« stand, wie der »Spiegel« im September 1971 schrieb, für einen »grundlegenden Wandel der Denkungsart, dass nämlich hemmungslos industrielles Wachstum als Movens der Industriegesellschaft nicht länger vertretbar« sei (Der Spiegel 37/1971, S. 148). Neu war an dieser »Denkungsart« nicht der Umstand, dass Umweltveränderungen überhaupt als ein Problem wahrgenommen wurden, sondern dass sie in einem sehr viel fundamentalen Sinne als *Symptome* einer »ökologischen Krise« gedeutet wurden, von der die gesamte Gesellschaft oder sogar die ganze Menschheit betroffen sei (Radkau 2011, S. 162; Uekötter 2011, S. 83).

Wie bedeutsam diese Wahrnehmungsverschiebung war, zeigt der Vergleich mit einem Spiegel-Artikel aus dem Jahr 1961 über den – freilich hinter Smog verborgenen – »blauen Himmel über der Ruhr«, den der damalige Kanzlerkandidat Willy Brandt zum Wahlkampfthema gemacht hatte (Der Spiegel 33/1961, S. 22-33). Hier werden Umweltveränderungen in erster Linie als ein lokales oder regionales Problem beschrieben, welches die Bevölkerung des Ruhrgebiets betraf, durch die ansässige Industrie verursacht wurde und deshalb auch vor Ort bearbeitet werden musste: Die technischen Möglichkeiten dafür stünden zur Verfügung, nun müsse sich nur noch die Bonner Politik bewegen, so der Tenor des Artikels. So düster sich die Situation im Kohlerevier für den Moment auch darstellte: Sie wurde als ein Problem wahrgenommen, das von lokalen – eben für eine Montanregion »typischen« – Umständen bedingt war und mit mehr oder weniger konventionellen Mitteln über kurz oder lang lösbar zu sein schien.

Was änderte sich auf der Ebene der gesellschaftlichen Wahrnehmung von Umweltveränderungen in der Phase der ökologischen Revolution? In der Titelseitegeschichte, die der »Spiegel« dem Thema Umweltverschmutzung im Oktober 1970 einräumte, kamen Sachverhalte wie Luftverschmutzung, Wasserverunreinigung, Lärmschutz oder die Kontamination des Bodens durchaus in ähnlicher Weise zur Sprache wie in der Berichterstattung der 1960er und – mit Abstrichen – auch der 1950er Jahre (Der Spiegel 22/1956, S. 16-18). Auch die Liste der negativen Folgen für Mensch und Natur stimmt weitgehend mit derjenigen überein, die in den Jahren zuvor diskutiert worden war. Nun allerdings wurden diese zuvor als partikulare Probleme behandelten Umweltveränderungen *symptomatologisch* als Zeichen eines »tiefer« liegenden Problems gedeutet, nämlich einer gleichsam pathologischen Störung der Beziehung zwischen Mensch und Natur, die eine Katastrophe planetarischen Ausmaßes, ja sogar den »Selbstmord des Planeten« (Der Spiegel 41/1970, S. 75) auszulösen drohe.

Um die materielle Veränderung *der* Umwelt durch *den* Menschen als ein ›Syndrom‹ erkennen zu können, bedurfte es mit anderen Worten einer veränderten Lesart, die es ermöglichte, in der gegebenen Wirklichkeit eine darunterliegende Struktur eines (bis dahin) verborgenen Realen sichtbar zu machen (Horn 2014, S. 24). Das um 1970 entstandene Narrativ der Umweltverschmutzung leistete genau dies: Was zuvor als zwar ernstzunehmende, aber keineswegs letale, sondern durchaus ›beherrschbare‹ Begleiterscheinung einer aus zeitgenössischer Sicht ansonsten begrüßenswerten gesellschaftlichen Entwicklung – eingefasst in Narrative des Wachstums von Wirtschaft und Wohlstand, des technischen Fortschritts und der wissenschaftlichen Welterschließung – erschienen war, wurde nun als Symptom einer Krankheit erkennbar, die von eben diesem Entwicklungsmodell ausging und damit potenziell die gesamte Menschheit existenziell betraf.

Bei dem »Umweltproblem«, das Pfister wie einen objektiven Tatbestand in seine Analyse einführt, handelt es sich also zweifellos um ein Deutungsmuster, das sich erst in den 1970er Jahren auszubilden begann. Wenn man die historische Standortgebundenheit von Pfisters Lesart der Umweltveränderungen als vom ökologischen Diskurs der 1990er Jahre informiert mitreflektiert und somit seine analytische Rekonstruktion von Umweltveränderungen nicht mit ihrer gesellschaftlichen Wahrnehmung kurzschließt, muss man die These eines »1950er Syndroms« dennoch nicht verwerfen. Vielmehr zeigt sich, dass die von Pfister und Kupper gestellte Frage nach ›dem‹ umweltgeschichtlichen Wendepunkt der Nachkriegszeit auch eine der jeweils gewählten methodologischen Perspektive ist. Entsprechend fallen die Antworten Pfisters und Kuppers unterschiedlich aus, denn sie beleuchten verschiedenartige Sachverhalte, die auf unterschiedlichen historischen Analyseebenen angesiedelt sind: So betrifft Pfisters Analyse der Konsumgesellschaft die Ebene historischer »Basisprozesse« (Dipper 2012, S. 58), die durchaus eigengesetzliche Verlaufsformen aufweisen können, wie etwa die Form wirtschaftlicher Entwicklungen oder gesellschaftlicher Trends (demografischer Wandel, Urbanisierung, Bildungsexpansion usw.); die »1970er Diagnose« bezieht sich hingegen auf die Ebene der »Wahrnehmungen« (Dipper 2012, S. 59), mit denen Gesellschaften sich selbst zu verstehen und ihre Entwicklung zu steuern versuchen. Die Ordnungsmuster, die der gesellschaftlichen Weltwahrnehmung zugrunde liegen, ruhen ihrerseits auf einem historischen Fundus kulturell verfügbarer Motive auf, so dass in jeder Gegenwartsdeutung Vergangenes und Gegenwärtiges miteinander verschränkt sind (Horn 2014, S. 33). Verlieren bestimmte Ordnungsmuster indes ihre Erklärungskraft für die Entwicklungstrends auf der Ebene der Basisprozesse, dann »steuern Gesellschaften«, wie Christoph Dipper formuliert, »auf eine Kulturschwelle zu, bei deren Überschreitung neue Ordnungsmuster Geltung erhalten« (Dipper 2012, S. 59).

»Wahrnehmungen« und »Basisprozesse« sind also aufeinander bezogen, lassen sich jedoch, wie Kupper gezeigt hat, nicht nach dem Reiz-Reaktions-Schema auseinander ableiten: In welcher Weise Umweltveränderungen von Gesellschaften wahrgenommen werden, ist keiner monokausalen Logik geschuldet. Überdies entziehen sich gerade die fundamentalen Veränderungen von Umweltbedingungen, wie beispielsweise der Klimawandel, dem sinnlichen Wahrnehmungsvermögen der Menschen und sind allein mit wissenschaftlichen Methoden nachweisbar (Kupper 2003, S. 330), die ihrerseits in einem spezifischen wissenschafts- und technikhistorischen Kontext stehen (Edwards 2010). In den computergestützten Modellierungen eines globalen Klimas gerieten dabei zuvor als »natürlich« aufgefasste Starkwetterereignisse, wie beispielsweise Hochwasser, als Folgen des anthropogenen Klimawandels und damit als Gegenstände politischer Regulierung erstmals in den Blick (Weingart et al. 2002, S. 62). Wie derartige Umweltveränderungen schlussendlich in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit interpretiert werden, hängt mithin von den Ordnungsmustern ab, die sich in der öffentlichen Kommunikation jeweils durchsetzen, den historischen Konstellationen, in denen diese Formate entstehen, und den Genealogien, die sie informieren (Horn 2014, S. 33).

Damit geraten jene historischen Momente einer um 1970 sich abzeichnenden Kulturschwelle in den Blick, die gleichsam die Möglichkeitsbedingungen für die Ökologisierung der gesellschaftlichen Selbst- und Weltwahrnehmung schufen. Dazu gehörte etwa der durch den Siegeszug von Ökologie, Kybernetik und Systemtheorie eingeläutete Paradigmenwechsel in der Betrachtung des Mensch-Natur-Verhältnisses, der wachsende gesellschaftliche Stellenwert wissenschaftlichen Wissens, aber auch die zunehmende Skepsis gegenüber bestimmten Technologien, wie im Fall der Atomenergie (Kupper 2003, S. 338). Ebenso bedeutsam für die Konstellierung der »1970er Diagnose« war die Entstehung eines Milieus, in welchem sich das ökologische Weltbild verankern konnte, sowie die Mobilisierung der Gesellschaft jenseits der klassischen parteipolitischen Interessenvertretung in den neuen sozialen Bewegungen, die ihre Faszinationskraft nicht zuletzt aus einer »euphorisch erlebten Gemeinsamkeitswahrnehmung« zogen (Pettenkofer 2014, S. 336). Dieser Prozess einer gesellschaftlichen Fundamentalpolitisierung (Faulenbach 2012) trieb neben der Umweltfrage eine ganze Reihe weiterer Problematisierungen etwa der Geschlechterordnung, der Rolle der Jugend oder der Nord-Süd-Beziehungen hervor, die das politische Profil einer »neuen« Linken bilden sollten (Kupper 2003, S. 342; Uekötter 2011, S. 101-111; Radkau 2011, S. 161-163). Eng damit verknüpft war die Entstehung alternativer Lebensformen im Sinne einer gegen die moderne Industrie- und Konsumgesellschaft gerichteten Hinwendung zur Unmittelbarkeit menschlicher Nahbeziehungen in Kollektiven und Wohngemeinschaften, die sich als Gegenentwurf einer Minderheit zum gesellschaftlichen Mainstream verstand (Reichardt 2014).

Die »1970er Diagnose« machte die Umweltveränderungen der Nachkriegszeit vor dem spezifischen Erfahrungshorizont einer kulturellen Umbruchsituation innerhalb der industriegesellschaftlichen Moderne sichtbar, die nach nahezu drei Jahrzehnten Hochkonjunktur eine Epoche »nach dem Boom« einläutete, welche die zeitgenössische Wahrnehmung neu justierte. Die damit einhergehenden gesellschaftlichen Suchbewegungen stellten das nach 1945 entstandene »Ordnungsmodell der industriellen Lebenswelt«, das nun an seine Grenzen zu stoßen schien (Doering-Manteuffel und Raphael 2012, S. 33), zumindest in Teilen der westlichen Gesellschaften infrage. Erst vor diesem Hintergrund konnte die »ökologische Krise« zum hegemonialen Topos gesellschaftlicher Selbstproblematik werden. Allerdings handelte es sich dabei keineswegs um eine historisch vollkommen neuartige Problematik, sondern vielmehr um eine Bündelung und Reformulierung bereits vorhandener Problemdiagnosen, die nun in einen globalen Deutungshorizont eingespannt wurden und *den* Menschen in umfassender Weise als Gattungswesen, kollektiven Träger des geschichtlichen Prozesses und Individuum adressierten. In diesem Sinne lässt sich die These eines »1950er Syndroms« also durchaus auch auf die gesellschaftliche Umweltwahrnehmung in der Phase des »Wirtschaftswunders« beziehen, denn diese war, anders als die Ausführungen Koppers nahelegen, keineswegs blind für die Umweltbelastungen der entstehenden Konsumgesellschaften und deren zerstörerischen Folgen. Die Zeitgenossen erkannten darin jedoch in erster Linie Probleme lokaler und regionaler Natur (Uekötter 2011, S. 69), und eben nicht Symptome eines pathogenen, auf die (Selbst-)Zerstörung von Mensch und Natur zulaufenden Entwicklungsmodells. Diese Problembestimmung einer in das Verhältnis von Mensch und Natur eingelassenen Krise wurde erst durch die Blickwinkelverschiebung der »1970er Diagnose« möglich.

3. VOM FORTSCHRITTSMODELL ZUR ZIVILISATORISCHEN PATHOGENESE: WACHSTUMSKRITIK ALS EPISTEMISCHE EINSATZSTELLE DES NACHHALTIGKEITSDISKURSES

Mit dem Topos der »ökologischen Krise« rückte eine Problembestimmung in den Wahrnehmungshorizont westlicher Industriegesellschaften, die nicht mehr nur einen bestimmten Ausschnitt der Wirklichkeit beleuchtete, sondern das »Natur- und Kultur-Ganze« (Trepl 1991, S. 204) menschlicher Existenz betraf. In diesem Deutungsrahmen erschienen anthropogene Umweltveränderungen als konstitutive Fehlleistung des Zivilisationsprozesses: Die bis dahin als Fortschrittsmodell gefeierte Lebens- und Wirtschaftsweise der industriellen Moderne geriet damit als ein grundlegend gestörtes Verhältnis von Mensch und Natur mit katastrophischen Folgen von globaler Tragweite in den

Blick. Sinnliche Evidenz erhielt dieser zeitlich und räumlich entgrenzte Problemhorizont in dem vermehrt seit den 1960er Jahren kursierenden Topos vom »Raumschiff Erde« (Höhler 2015), der mit dem als »Blue Marble« bekannt gewordenen Weltraumbild, das die Besatzung von Apollo 17 im Jahr 1972 von der Erde aufnahm, eine bis heute populäre visuelle Gestalt erhielt (Radkau 2011, S. 140).

Das in der Darstellung des »verletzlichen Planeten« artikulierte Drohbild einer möglichen Selbstzerstörung der Menschheit oder – in einer nicht-anthropozentrischen Lesart – von »Mutter Erde« (vgl. Weissert 1994) machte die Grenzen menschlicher Weltaneignung und Weltbearbeitung selbst zum Gegenstand des Diagnostizierens: Das wissenschaftlich-technische Credo einer grundlegenden Naturbeherrschung, das den Fortschritts- und Planungsoptimismus der Nachkriegsgesellschaft noch weitgehend getragen hatte (Krüger 2015, S. 99), stand von nun an ebenso im Fokus gesellschaftlicher Selbstproblematisierung wie das als Ursache allen Übels identifizierte Wachstumsparadigma der modernen Konsumgesellschaft. »Die Menschen, angetreten, die Natur zu beherrschen«, kommentierte etwa der SPD-Linke Joachim Steffen 1972 in einem Essay die »Erschöpfung unserer natürlichen Vorräte, die Vergiftung der Natur und die Übervölkerung«, »geraten damit zunehmend in die Gefahr, von den Konsequenzen der wirtschaftlich-liberalen Naturnutzung beherrscht zu werden.« (Der Spiegel 30/1972, S. 104)

Stimmen wie diese häuften sich in den 1970er Jahren und verdichteten sich zu einer dystopischen Wahrnehmung von Gegenwart und Zukunft: Herbert Gruhl, damals noch Bundestagsabgeordneter für die CDU und wenige Jahre später Mitbegründer der Grünen, landete 1975 mit dem Titel »Ein Planet wird geplündert« einen Bestseller, der dem »Wachstumsfetischismus« das Potenzial bescheinigte, den Untergang der Menschheit herbeizuführen (Gruhl 1975, S. 343). Gruhl hatte – in passagenweise durchaus sozialdarwinistischer Manier – eine Zukunft vor Augen, in der die Menschheit einen »intensiven Kampf der überfüllten Räume« um die »Teilhabe an der Lebensgrundlage« führe (Gruhl 1975, S. 319). Bereits ein Jahr zuvor war Ivan Illichs Buch »Selbstbegrenzung« erschienen, gleichsam der Entwurf einer nachhaltigen Lebensführung *avant la lettre*. Auch Illich unterzog die »industrielle Produktionsweise«, in einem völlig anderen Zungenschlag als Gruhl, einer fundamentalen Kritik, da diese unvermeidlich die »Zerstörung der Natur«, die »Mechanisierung der sozialen Bande« und die »Desintegration des Menschen« bewirke (Illich 1980, S. 12). Eine ähnliche Diagnose hatte der keynesianische Ökonom Ernst Friedrich Schumacher 1973 in seiner zunächst auf Englisch erschienenen Programmschrift »Small is Beautiful« gestellt: »Die Täuschung, über unbegrenzte Kräfte zu verfügen, die durch erstaunliche wissenschaftliche und technische Errungenschaften genährt wurde«, schrieb Schumacher, »brachte zugleich die Täuschung mit sich, das Problem der Produktion wäre gelöst.« (Schumacher

1977, S. 12) Schumachers Gegenwarts kritik richtete sich gegen eine auf Wachstumszwang angelegte ökonomische Logik, die zur grenzenlosen Ausbeutung natürlicher Ressourcen führe, die menschliche Arbeit zum Mittel einer sich selbst zum Zweck setzenden Massenproduktion mache und dabei die weltweiten Wohlstandsdifferenzen weiter vergrößere.

Bei allen Unterschieden zwischen den Deutungsangeboten von Gruhl, Illich und Schumacher war diesen – wie teils äußerst polemische Rezensionen zeigen (vgl. *Der Spiegel* 11/1975, S. 131-133; 35/1976, S. 126) – durchaus umstrittenen Diagnosen gemeinsam, dass sie von der Einsicht in die »Grenzen des Wachstums« (Meadows et al. 1972) angeleitet wurden, einer Gedankenfigur, die nachgerade die epistemische Einsatzstelle des Nachhaltigkeitsdiskurses bildet. Das gilt nicht nur für die unterschiedlichen Spielarten einer Postwachstumsgesellschaft, die sich affirmativ in diese Tradition einschreiben und sie dadurch fortschreiben (vgl. prominent Paech 2011), sondern selbst noch für die in den 1980er Jahren entwickelten Konzepte einer Ökologischen Modernisierung, die sich mit ihrer These einer Entkopplung von ökonomischem Wachstum und Ressourcenverbrauch gleichsam »dialektisch« an der Behauptung eben dieses Zusammenhangs abgearbeitet haben (vgl. dazu Bemann et al. 2014). Die Kritik an der wachstumsbasierten Wirtschafts- und Lebensweise der westlichen Industrienationen war freilich keineswegs neu (Kohr 1957; Galbraith 1958). Im Zusammenspiel mit alarmistischen Hinweisen auf die möglichen Folgen des Bevölkerungswachstums (Ehrlich 1968) und einer zunehmenden Aufmerksamkeit für Umweltverschmutzung schuf sie einen öffentlichen Resonanzraum für Diagnosen, die der Gegenwartsgesellschaft eine fundamentale und in diesem Sinne pathologische Störung attestierten. »Noch nie«, schrieb etwa Robert Jungk in seiner Rezension zu Alvin Tofflers Bestseller »Der Zukunftsschock« (1970), »ist mit einer solchen Überfülle von Fakten gezeigt worden, wie technischer Fortschritt, der über den Produkten die Produzenten vernachlässigte, zu einer kollektiven Erkrankung führte.« (*Der Spiegel* 49/1970, S. 218)

Der von einem Forscherteam des MIT um den Ökonomen Dennis Meadows verfasste Bericht des Club of Rome bildete den vorläufigen Höhepunkt einer Renaissance malthusianischer Denkfiguren, deren Genealogie innerhalb des ökologischen Diskurses sich bis in die 1940er Jahre zurückverfolgen lässt: Der Bericht bezieht sich unter anderem auf Autoren wie den Biologen Paul R. Ehrlich, der mit seinem Buch »The Population Bomb« (1968) weltweit Debatten ausgelöst hatte; frühe Versionen der von Ehrlich und Meadows entwickelten Thesen hatte insbesondere Henry Fairfield Osborn in seinen Büchern »Our Plundered Planet« (1948), »The Limits of the Earth« (1953) und »Our Crowded Planet« (1962) formuliert (vgl. Desrochers und Hoffbauer 2009). Der mithilfe von Computersimulationen unternommene Versuch, Aussagen über Bevölkerungswachstum, Energieverbrauch, Nahrungsmittelversorgung,

Kapitaleinsatz und Umweltverschmutzung zu einem allgemeinen Modell der Welt zu verbinden, verschaffte diesem am Paradigma der Knappheit justierten Blick in die Zukunft gleichsam den Nimbus naturwissenschaftlicher Autorität (Oltmans 1974, S. 151), und dies in Bildern und Metaphern, die »anschaulich machten, was ›an sich‹ keine Anschaulichkeit hat« (Horn 2014, S. 168). Beispiele dafür sind die Darstellung des exponentiellen Wachstums in Form der berühmten Hockeyschlägerkurve und der daraus resultierenden (ökologischen) Folgen anhand des vielfach zitierten Beispiels eines Teiches, der von Seerosen überwuchert wird.

Dass der Text nach Auffassung von Kritikern die Werturteile, Prämissen und Hypothesen, die der Modellbildung zugrunde lagen, nicht hinreichend reflektierte, schmälerte seine Überzeugungswirkung kaum. Mochte die »Weltuntergangs-Vision aus dem Computer« (Der Spiegel 21/1972, S. 126) auch auf methodologische Einwände von Koryphäen wie dem Wirtschaftsnobelpreisträger Simon S. Kuznets oder dem Ökonomen und Sozialisten Gunnar Myrdal (Oltmanns 1974, S. 33-39) stoßen: Sie befeuerte eine Idee, »deren Zeit gekommen ist«, wie selbst der rechte Scharfmacher Herman Kahn einräumte, einer der heftigsten Kritiker der Studie (Oltmans 1974, S. 51). Die Einsicht, dass »ein endlicher Erdball kein unendliches Wachstum zulässt«, sei eine »Binsenweisheit«, so Erhard Eppler, einer der ökologische Vordenker der deutschen Sozialdemokratie: »Dass diese Binsenweisheit erst zu Kenntnis genommen wurde, als Computer sie errechnet hatten, ist eine Parodie auf die Expertengläubigkeit unserer Zeit.« (Eppler 1976, S. 9) Die These von den Grenzen des Wachstums brachte insofern eine erfahrungsgesättigte Weltsicht auf den Punkt, die im dystopischen Resonanzraum der »ökologischen Krise« bereits angelegt war – und die kurz nach Erscheinen des Buches durch Ereignisse wie den »Ölpreisschock«, weltweite Missernten und die Hungerkrise in Afrika bestätigt zu werden schien (Böschen und Weis 2007, S. 155).

4. DIE NEO-MALTHUSIANISCHE SCHLIESSUNG DER ZUKUNFT

Der Bericht des Club of Rome lässt sich als ein Beispiel dafür begreifen, wie mithilfe kybernetischer Modellierung gesellschaftlicher Entwicklungen zuvor gleichsam verborgene Strukturen des Realen auf eine Weise sichtbar gemacht wurden, die zu einer umfassenden Intervention in diese Strukturen aufforderte. Zentrales Merkmal bzw. ein Effekt dieser Modellierung ist die »extrapolationistische« (Gould 1986, S. 11) Schließung der Zukunft: Die Vorstellung einer offenen und damit mehr oder weniger frei gestaltbaren Zukunft, wie sie – als Erbe des 19. Jahrhunderts – mit dem Fortschrittsoptimismus der Nachkriegsgesellschaft einhergegangen war, verkehrte sich dabei in ihr Gegenteil: Nun war es die qua Prognose festgestellte Zukunft, die der Gegenwart Inter-

ventionen abverlangte, um eben diese Zukunft abzuwenden. Die neo-malthusianische Extrapolation brachte eine »defuturierte« Zukunft im Sinne einer »aus der Geschichte herausgelöste(n) Gegenwart zu späterer Zeit« (Altwater und Mahnkopf 1999, S. 99) hervor, in der die Kontingenz gesellschaftlicher Entwicklungen in geschlossene Erwartungshorizonte überführt wurde (vgl. Luhmann 1990).

Diese Modalisierung von geschichtlicher Zeit unterschied sich deutlich von dem Zeitverständnis, das etwa den – gleichfalls von dystopischen Narrativen informierten – Überlegungen von Nicolaus Sombart in dem wenige Jahre zuvor publizierten (von Robert Jungk und Hans Josef Mundt herausgegebenen) Band »Wege ins neue Jahrtausend« (1964) zugrunde lag: »Die spatialen, bewusstseinsmäßigen und technologischen Voraussetzungen der Verwandlung der Politik in Planung finden ihre Entsprechung in der Veränderung der kategorialen Struktur der Zeit, die darin wurzelt, dass die *Zukunft verfügbar* wird.« (Sombart 1964, S. 63; Herv. i.O.) Planung bedeutete für Sombart »Ermöglichung und Verwirklichung eines Prozesses« (Sombart 1964, S. 63) angesichts einer offenen Zukunft, deren Optionen er zwischen den Polen »Selbstverwirklichung« und »Selbstvernichtung« (Sombart 1964, S. 41) aufgespannt sah. Bereits solches Planungsdenken warf bei zeitgenössischen Kritikern wie Helmut Schelsky die Frage auf, inwiefern in der Politik demokratische Entscheidungen durch technologische Sachzwänge ersetzt würden (Radkau 2017, S. 245f.). In der Diagnose von Meadows war diese Frage längst entschieden. In seinem Modell bildete die Selbstvernichtung der Menschheit den Fluchtpunkt einer Zukunft, die keine Offenheit aufweisen konnte, da sie lediglich als eine verlängerte Gegenwart gedacht wurde. Es ließ damit keine echten politischen Alternativen zu, sondern forderte im Sinne einer »self-destroying prophecy« (Böschchen und Weis 2007, S. 151) vielmehr dazu auf, in die Vergangenheit der zukünftigen Gegenwart – die gegenwärtige Gegenwart – einzugreifen, um die prognostizierte Selbstvernichtung »doch noch« abzuwenden. Dieses Ineingreifen einer als alternativlos ausgewiesenen Präventionslogik, die im Hier und Jetzt ansetzen müsse, und der Modellierung gesellschaftlicher Entwicklungen als zukünftiger Katastrophe wird im Schlusskapitel des Berichts des Club of Rome noch einmal auf den Punkt gebracht:

»Gegenwärtig, für einen kurzen Zeitraum in der Geschichte, besitzt der Mensch die wirksamste Kombination aus Wissen, technischen Hilfsmitteln und Rohstoffquellen, alles, was physisch notwendig ist, um eine völlig neue Form der menschlichen Gemeinschaft zu schaffen, die für Generationen Bestand hätte. Was noch fehlt, sind ein realistisches, auf längere Zeit berechnetes Ziel, das den Menschen in den Gleichgewichtszustand führen kann, und der menschliche Wille, dieses Ziel auch zu erreichen. Ohne dieses Ziel vor Augen, fördern die kurzfristigen Wünsche und Bestrebungen das exponentielle

Wachstum und treiben es gegen die irdischen Grenzen und in den Zusammenbruch.« (Meadows et al. 1972, S. 164)

Im Rahmen der »1970er Diagnose« stellte sich das »Umweltproblem« als eine Katastrophe *in the making* dar, die in der Gegenwart nicht nur erkannt werden konnte, sondern auch – in der Heuristik der Diagnostifizierung gesprochen – therapiert werden musste. Verhandelbar war vor diesem Deutungshintergrund allein die Frage, wie – nicht ob – man sich dieser Zukunft gegenüber in der Gegenwart zu verhalten habe. Wie Eva Horn herausgearbeitet hat, haben Entwürfe einer Zukunft als Katastrophe einen anderen epistemischen Status als etwa Utopien, Pläne, Versprechen oder Hoffnungen: Sie fordern zu Verhinderung und präventivem Einschreiten auf, reklamieren eine Dringlichkeit, die nicht einfach abgewartet werden könne, und zwingen dazu, sie entweder zu glauben oder anzuzweifeln; die kommende Katastrophe erhebe »immer den Anspruch, etwas bereits *in der Gegenwart Gegebenes zutage treten* zu lassen«, und hole so – in einer enthüllenden Geste – das »heimlich Drohende aus der Latenz« und gebe dem, was zuvor »nur in Hypothesen, statistischen Wahrscheinlichkeiten oder Prognosen eine bestenfalls unscharfe Kontur« hatte, eine »greifbare Gestalt« (Horn 2014, S. 25; Herv. i.O.).

Die Vorstellung der Zukunft als einer von Menschen gemachten Katastrophe machte diese Zukunft nicht nur prinzipiell bearbeitbar, sondern ließ diese Bearbeitung, da es sich um eine Frage des Überlebens der Menschheit handelte, zudem als eine Notwendigkeit erscheinen – und dies in einer Größenordnung, die einer zivilisatorischen Kehrtwende gleichkam. »Es steht nicht im menschlichen Belieben«, schrieb etwa Herbert Gruhl, »diese Umkehr anzunehmen oder abzulehnen. Sie wird jedem aufgezwungen.« (Gruhl 1975, S. 226) Die neo-malthusianische Modellierung der Knappheit entwarf die Menschheit als eine Überlebensgemeinschaft und das »Rettungsboot Erde« als einen Ort mit drastisch begrenzten Ressourcen: »Knappheit«, »Überbevölkerung« und »Umweltzerstörung« bildeten den Dreiklang einer Prognostik, die je nach angenommenen Wachstumsraten für das Jahr 2030 oder erst 2100 einen desaströsen Niedergang der Menschheit annahm (vgl. Horn 2014, S. 215). Entsprechend konzipierte das »Denken von den Grenzen her«, wie es Gruhl forderte (Gruhl 1975, S. 225), eine Biopolitik des Mangels, die das Überleben der Menschheit unter den Bedingungen knapper Ressourcen regulieren sollte – etwa durch die »bewusste Verminderung des Konsums«, die »Neu-Definition der menschlichen Arbeit« und den »Abbau des Leistungsvolumens durch Bevölkerungsschwund« (Gruhl 1975, S. 278, 281). Voraussetzung für eine solche Wende sei die Etablierung eines Gesellschaftssystems, das nicht mehr auf Leistung und Belohnung beruhe, sondern den materiellen Verzicht an die Spitze seiner Werte stelle (Gruhl 1975, S. 282).

Nicht alle im Spektrum der Wachstumskritik agierenden Autoren zogen derart drastische politische Konsequenzen aus ihren Katastrophendiagnosen wie Herbert Gruhl, der den offenen Gesellschaften des Westens wesentlich schlechtere Voraussetzungen im »Kampf ums Überleben« zusprach als etwa der damaligen Sowjetunion und China. Um die Interessen künftiger Generationen zu wahren, so Gruhl, bedürfe es staatlicher Planung; an der Aufhebung von Freiheitsrechten führe deshalb kein Weg vorbei (Gruhl 1975, S. 290), und entsprechend räumte er auch der marktwirtschaftlichen Ordnung keinen Platz in der umkämpften Zukunft ein (Gruhl 1975, S. 340). Die vier wichtigsten Eigenschaften, über die eine zukunftsfähige Gesellschaft verfügen müsse, waren aus der Sicht Gruhls »militärische Macht«, die »Fähigkeit zur Bevölkerungsplanung«, die »Bedürfnislosigkeit oder Leidensfähigkeit der Bevölkerung« und die »eigene Nahrungsmittelversorgung einschließlich der Düngemittelbeschaffung« (Gruhl 1975, S. 320f.). Er entwarf damit ein Dispositiv der Vorbeugung, das ebenso auf Gefahrenabwehr und Selbststeuerungspotenziale wie auf Verbote und präemptive Interventionen setzte (vgl. Bröckling 2012).

Auch wenn Gruhls Position alles andere als einen politischen Konsens innerhalb der ökologisch motivierten Gegenwartskritik markierte, ist seine Schrift doch nur ein besonders drastisches Beispiel dafür, wie der dystopische Blick auf gesellschaftliche Entwicklungen das Verhältnis der Gegenwart zur Zukunft auf eine neue normative Grundlage stellte – ob dies nun aus vernunftgeleiteter Einsicht geschah oder, wie Gruhl befand, »unter dem Druck der Verhältnisse« (Gruhl 1975, S. 234). Auch die »Rückkehr zum menschlichen Maß«, die Ernst Friedrich Schumacher einforderte, bediente das Narrativ einer radikalen Wende; er beschwor dabei allerdings keine sozialdarwinistischen Prinzipien, sondern sprach vielmehr einer Wirtschaftslehre das Wort, die sich durch »Einfachheit und Gewaltlosigkeit« auszeichne (Schumacher 1977, S. 52). Für Schumacher bestand der Aufbruch in eine alternative Zukunft in der »Entwicklung einer Lebensweise, die den materiellen Dingen ihren angemessenen und rechtmäßigen Platz zuordnet« (Schumacher 1977, S. 264). Gleichwohl hatte auch Schumacher eine Zukunft vor Augen, die verhindert werden müsse, da sonst der »Untergang der Kultur« eintrete, wie er zu bedenken gab (Schumacher 1977, S. 265).

Mit der De-Futurisierung der Zukunft ging eine Futurisierung der Gegenwart einher, die weitreichende ethische Konsequenzen zeitigte: Der zivilisatorische Kollaps konnte in dieser dystopischen Einschätzung gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse nur dann vermieden werden, wenn statt der kurzfristigen Orientierung an den Interessen der aktuell lebenden Generationen die langfristige Orientierung an den Lebenschancen zukünftiger Generationen den Maßstab gegenwärtigen Handelns bildete. Die für das Politikverständnis des modernen Interventionsstaates charakteristische Umstellung der politischen Ethik auf »wirkungsreflexive Handlungskategorien« im Sinne einer

»Verantwortung vor der Zukunft«, wie sie Max Weber in seiner berühmten Rede über »Politik als Beruf« eingefordert hatte (Pfleiderer 2006, S. 181), wurde im Zeichen einer solchen »Heuristik der Furcht«, die »nicht nur ihr das neuartige Objekt überhaupt entdeckt und darstellt, sondern sogar das davon (und nie zuvor) angerufene, besondere sittliche Interesse erst mit sich selbst bekannt macht« (Jonas 1984, S. 392), zu einer unhintergehbaren Bedingung des kollektiven Überlebens – darin stimmten die Protagonisten des neuen ökologischen Diskurses weitgehend überein.

Damit betraf die so ins Spiel gebrachte Zukunftsverantwortung allerdings nicht mehr nur das Handeln von Regierungen oder Politikern. Vielmehr konturierte sich bereits in den frühen Auslegungen der »1970er Diagnose« das Postulat der gut ein Jahrzehnt später von Ulrich Beck portraitierten »Risikogesellschaft«: Sie stellte das Handeln jedes Einzelnen unter die Maßgabe einer »Fernmoral« (Beck 1986, S. 219; Kuchenbuch 2016) angesichts einer Zukunft, die zu einer nicht-intendierten Nebenfolge der Moderne zusammengeschrumpft war. Die neo-malthusianische Lesart von Geschichte kehrte das fortschrittsoptimistische Modernisierungsnarrativ »gesellschaftlicher Entwicklung« gleichsam um und stellte gegenwärtiges Handeln unter das Verdikt künftiger Selbstausslöschung – oder wie es der »Spiegel« (41/70, S. 96) in drastischer Zuspitzung formulierte: »Nun aber gilt es, wenn die Menschheit überleben will, sich schon in der Gegenwart an eine vorauszuberechnende Zukunft anzupassen.«

LITERATUR

- Alkemeyer, Thomas, Nikolaus Buschmann und Thomas Etzemüller, Hg. 2018. *Gegenwartsdiagnosen. Kulturelle Formen gesellschaftlicher Selbstproblematisierung in der Moderne*. Bielefeld: transcript (in Vorbereitung).
- Alkemeyer, Thomas, und Nikolaus Buschmann. 2018. Das Imaginäre des Diagnostischen. Einsatzstellen einer praxistheoretischen Kultursoziologie der Gegenwartsgesellschaft. In *Einsatzpunkte und Spielräume des sozialen Imaginären in der Soziologie*, Hg. Regine Herbrich und Tobias Schlechtriemen (in Begutachtung).
- Altwater, Elmar, und Birgit Mahnkopf. 1999. *Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft*, 4. Aufl. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Arnold, Markus, Gerd Dressel und Willy Viehöver, Hg. 2012. *Erzählungen im Öffentlichen. Über die Wirkung narrativer Diskurse*. Wiesbaden: Springer VS.
- Beck, Ulrich. 1986. *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

- Becker, Egon, Diana Hummel und Thomas Jahn. 2011. Gesellschaftliche Naturverhältnisse als Rahmenkonzept. In *Handbuch Umweltsoziologie*, Hg. Matthias Groß, 75-96. Wiesbaden: VS Verlag.
- Bemmann, Martin, Birgit Metzger und Roderich von Detten, Hg. 2014. Ökologische Modernisierung. Zur Geschichte und Gegenwart eines Konzepts in Umweltpolitik und Sozialwissenschaften. Frankfurt a.M.: Campus.
- Bergmeier, Monika. 2002. *Umweltgeschichte der Boomjahre 1949-1973. Das Beispiel Bayern*. Münster: Waxmann.
- Böschchen, Stefan, und Kurt Weis. 2007. *Die Gegenwart der Zukunft. Perspektiven zeitkritischer Wissenspolitik*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Bröckling, Ulrich. 2012. Dispositive der Vorbeugung. Gefahrenabwehr, Resilienz, Precaution. In *Sicherheitskultur: soziale und politische Praktiken der Gefahrenabwehr*, Hg. Christopher Daase, Philipp Offermann und Valentin Rauer, 93-108. Frankfurt a.M.: Campus.
- Brüggemeier, Franz-Josef, und Jens Ivo Engels. 2005. Den Kinderschuhen entwachsen: Einleitende Worte zur Umweltgeschichte der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. In *Natur- und Umweltschutz nach 1945. Konzepte, Konflikte, Kompetenzen*, Hg. Franz-Josef Brüggemeier und Jens Ivo Engels, 10-19. Frankfurt a.M.: Campus.
- Castoriadis, Cornelius. 1990. *Gesellschaft als imaginäre Institution. Entwurf einer politischen Philosophie*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Desrochers, Pierre, und Christine Hoffbauer. 2009. The Post War Intellectual Roots of the Population Bomb. Fairfield Osborn's »Our Plundered Planet« and William Vogt's »Road to Survival« in Retrospect. *The Electronic Journal of Sustainable Development* 1:37-61.
- Dipper, Christoph. 2012. Die deutsche Geschichtswissenschaft und die Moderne. *Internationales Archiv für Sozialgeschichte der deutschen Literatur* 37:37-62.
- Doering-Manteuffel, Anselm, und Lutz Raphael. 2012. *Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970*, 3. Aufl. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Edwards, Paul. 2010. *A Vast Machine. Computer Models, Climate Data, and the Politics of Global Warming*. Massachusetts: MIT Press.
- Ehrlich, Paul R. 1968. *The Population Bomb*. New York: Ballantine.
- Eppler, Erhard. 1976. *Ende oder Wende. Von der Machbarkeit des Notwendigen*, 4. Aufl. Stuttgart: Kohlhammer.
- Faulenbach, Bernd. 2012. Zur sozial-liberalen Ära in der Bundesrepublik. Fundamentalpolitisierung und staatliches Handeln in einer Zeit des Umbruchs. In *Radikalismus und politische Reformen. Beiträge zur deutschen und niederländischen Geschichte in den 1970er Jahre*, Hg. Duco Hellema, Frieso Wielenga und Markus Wilp, 33-54. Münster: Waxmann.

- Galbraith, John Kenneth. 1958. *The Affluent Society*. Harmondsworth: Penguin Books.
- Gould, Steven Jay. 1986. *Wie das Zebra zu seinen Streifen kommt. Essays zur Naturgeschichte*. Basel: Springer.
- Grober, Ulrich. 2010. *Nachhaltigkeit. Kulturgeschichte eines Begriffs*. München: Kunstmann.
- Gruhl, Herbert. 1975. *Ein Planet wird geplündert. Die Schreckensbilanz unserer Politik*. Frankfurt a.M.: S. Fischer.
- Grunwald, Armin. 2001. *Forschungswerkstatt Nachhaltigkeit. Wege zur Diagnose und Therapie von Nachhaltigkeitsdefiziten*. Berlin: Edition Sigma.
- Hamburg, Steffen. 2017. »Wo Licht ist, ist auch Schatten« – Kritische Perspektiven auf Bildung für nachhaltige Entwicklung und die BNE-Forschung im deutschsprachigen Raum. In *Interdisziplinäre Perspektiven einer Bildung für Nachhaltige Entwicklung*, Hg. Michael Brodowski und Heinz Stapf-Finé, 15-31. Berlin: Logos.
- Hermanns, Fritz. 1991. »Umwelt«. Zur historischen Semantik eines deontischen Wortes. In *Diachrone Semantik und Pragmatik. Untersuchungen zur Erklärung und Beschreibung des Sprachwandels*, Hg. Dietrich Busse, 235-258. Tübingen: Max Niemeyer.
- Höhler, Sabine. 2015. *Spaceship Earth in the Environmental Age, 1960-1990*. London: Pickering & Chatto Publishers.
- Horn, Eva. 2014. *Zukunft als Katastrophe*. Frankfurt a.M.: S. Fischer.
- Illich, Ivan. 1980. *Selbstbegrenzung. Eine politische Kritik der Technik*. Reinbek: Rowohlt.
- Jonas, Hans. 1984. *Das Prinzip Verantwortung. Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Knoll, Martin. 2013. *Die Natur der menschlichen Welt. Siedlung, Territorium und Umwelt in der historisch-topografischen Literatur der Frühen Neuzeit*. Bielefeld: transcript.
- Kohr, Leopold. 1957. *The Breakdown of Nations*. London: Routledge.
- Koselleck, Reinhart. 1989. *Historia Magistra Vitae. Über die Auflösung des Topos im Horizont neuzeitlich bewegter Geschichte*. In *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*, 38-66. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Kuchenbuch, David. 2016. »Fernmoral«. Zur Genealogie des globalen Gewissens. *Merkur* 70:40-51.
- Kupper, Patrick. 2003. Die »1970er Diagnose«. Grundsätzliche Überlegungen zu einem Wendepunkt der Umweltgeschichte. *Archiv für Sozialgeschichte* 43:325-348.
- Krüger, Timmo. 2015. *Das Hegemonieprojekt der ökologischen Modernisierung. Die Konflikte um Carbon Capture and Storage (CCS) in der internationalen Klimapolitik*. Bielefeld: transcript.

- Lepsius, M. Rainer. 1993. *Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Luhmann, Niklas. 1990. Die Zukunft kann nicht beginnen. Temporalstrukturen der modernen Gesellschaft. In *Vor der Jahrtausendwende: Berichte zur Lage der Zukunft*, Bd. 1, Hg. Peter Sloterdijk, 119-150. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Meadows, Dennis, Donella Meadows, Erich Zahn und Peter Milling. 1972. *Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit*. Stuttgart: DVA.
- Mulsoy, Martin, und Marcelo Stamm. 2005. *Konstellationsforschung*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Oltmans, Willem. 1974. *Die Grenzen des Wachstums. Pro und contra. Interviews über die Zukunft*. Reinbek: Rowohlt.
- Paech, Niko. 2011. *Nachhaltiges Wirtschaften jenseits von Innovationsorientierung und Wachstum. Eine unternehmensbezogene Transformationstheorie*, 2. Aufl. Marburg: Metropolis.
- Pettenkofer, Andreas. 2014. *Die Entstehung der grünen Politik. Kulturosoziologie der westdeutschen Umweltbewegung*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Pfister, Peter. 1996. Das »1950er Syndrom« – die umweltgeschichtliche Epochen-schwelle zwischen Industriegesellschaft und Konsumgesellschaft. In *Das 1950er Syndrom. Der Weg in die Konsumgesellschaft*, Hg. Peter Pfister, 2. Aufl., 51-95. Bern: Haupt.
- Pfister, Thomas, Martin Schweighofer und André Reichel. 2016. *Sustainability*. London: Routledge.
- Pfleiderer, Georg. 2006. »Verantwortung« als Signatur reflexiver Handlungsfähigkeit. Zur Pragmatisierung der Geschichtstheologie nach Ernst Troeltsch. In *Geschichte durch Geschichte überwinden*, Hg. Friedrich Wilhelm Graf, 175-203. München: de Gruyter.
- Radkau, Joachim. 1993. »Wirtschaftswunder« ohne technologische Innovation? Technische Modernität in den 50er Jahren. In *Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre*, Hg. Axel Schildt und Arnold Sywottek, 129-154. Bonn: Dietz.
- Radkau, Joachim. 2003. Nachdenken über Umweltgeschichte. Scheuklappen und Sachgassen der historischen Umweltforschung. In *Umweltgeschichte. Themen und Perspektiven*, Hg. Wolfram Siemann, 165-186. München: C.H. Beck.
- Radkau, Joachim. 2008. »Nachhaltigkeit« als Wort der Macht. Reflexionen zum methodischen Wert eines umweltpolitischen Schlüsselbegriffs. In *Umwelt und Herrschaft in der Geschichte. Environnement et pouvoir: une approche historique*, Hg. Francois Duceppe-Lamarre und Ivo Jens Engels, 131-136. München: Oldenbourg.

- Radkau, Joachim. 2010. Natürlich verordnet. Ulrich Grober schreibt die Geschichte der Nachhaltigkeit als Erfolgsstory. *Die Zeit* 12:71-72.
- Radkau, Joachim. 2011. *Die Ära der Ökologie. Eine Weltgeschichte*. München: C.H. Beck.
- Radkau, Joachim. 2017. *Geschichte der Zukunft. Prognosen, Visionen, Irrungen in Deutschland von 1945 bis heute*. München: C.H. Beck.
- Reichardt, Sven. 2014. *Authentizität und Gemeinschaft. Linksalternatives Leben in den siebziger und frühen achtziger Jahren*. Berlin: Suhrkamp.
- Schumacher, Ernst Friedrich. 1977. *Die Rückkehr zum menschlichen Maß. Alternativen für Wirtschaft und Technik*. Reinbek: Rowohlt.
- Sieferle, Rolf Peter. 2003. Nachhaltigkeit in universalhistorischer Perspektive. In *Umweltgeschichte. Themen und Perspektiven*, Hg. Wolfram Siemann, 39-60. München: C.H. Beck.
- Siemann, Wolfram, und Niels Freytag. 2003. Umweltgeschichte – eine geschichtswissenschaftliche Grundkategorie. In *Umweltgeschichte. Themen und Perspektiven*, Hg. Wolfram Siemann, 7-20. München: C.H. Beck.
- Sombart, Nicolaus. 1964. Planung und Planetarisierung. In *Wege ins neue Jahrtausend. Wettkampf der Planungen in Ost und West*, Hg. Robert Jungk und Hans Josef Mundt, 35-67. München: Desch.
- Toffler, Alvin. 1970. *Der Zukunftsschock*. München: Scherz.
- Trepl, Ludwig. 1991. Zur politischen Geschichte der Ökologie. In *Industrialismus und Ökoromantik. Geschichte und Perspektiven der Ökologisierung*, Hg. Dieter Hassenpflug, 193-210. Wiesbaden: Deutscher Universitätsverlag.
- Uekötter, Frank. 2011. *Am Ende der Gewissheiten. Die ökologische Frage im 21. Jahrhundert*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Weingart, Peter, Anita Engels und Petra Pansegrau. 2002. *Von der Hypothese zur Katastrophe. Der anthropogene Klimawandel im Diskurs zwischen Wissenschaft, Politik und Massenmedien*. Opladen: Leske und Budrich.
- Weissert, Helmut. 1994. Erdgeschichtliche Treibhausepisoden. Fluchtpunkt Mutter Erde: die Gaia-Hypothese als Leitbild. *GAIA* 3:25-35.

Verantwortung als systemspezifische Reflexion ökologischer Gefährdung

Nikolai Drews

1. EINLEITUNG – PROBLEME DER SCHEMATA INDIVIDUELLER VERANTWORTUNGSZUSCHREIBUNG

Die Diagnose einer aktuellen, ökologischen Krise bringt, vor allem unter dem Stichwort »Nachhaltigkeit«, die Thematisierung und Bearbeitung ökologischer Gefährdungen auf die Agenda der Gesellschaft und der Wissenschaft (etwa WBGU 2011). Je stärker sich negative und bedrohliche Konsequenzen zeigen und je undurchsichtiger sich hier die Zusammenhänge von Ursachen und Wirkungen darstellen, desto unübersichtlicher und unsicherer wird jedoch der Umgang mit diesen Gefährdungen. Angesichts der Unsicherheiten in Hinblick auf und im Umgang mit ökologischen Problemen wird vielfach auch ein Ruf nach Verantwortung laut. Auf die Diagnose müsse entsprechendes – eben verantwortungsvolles – Handeln folgen. Zunehmend wird diese Verantwortung als eine individuelle Verantwortung gedacht und so auch als solche angemahnt (siehe dazu Grunwald sowie Paech in diesem Band).

Appelle an individuelle Verantwortung stellen sich allerdings oftmals kaum als dienlich dar, insbesondere in Bezug auf die Bearbeitung ökologischer Gefährdungen der Gesellschaft. Beispielsweise zeigt sich die Praxis in Form von Rebound-Effekten widerständig gegen Appelle an individuelle Verantwortung im Bereich des Energiekonsums im Haushalt (Semmling et al. 2016). Die Debatte um den »Veggie Day« im Bundestagswahlkampf 2013 zeigt, von einer anderen Seite, für wie wichtig individuelle Souveränität gehalten wird – Eingriffe in den Bereich persönlicher Verantwortung werden nicht akzeptiert, selbst wenn sie, im alltäglichen Verständnis, als der Umwelt zuträglich anerkannt werden.

Aus sozialwissenschaftlicher Perspektive werden Formen der Selbstverantwortung etwa im Anschluss an die *Gouvernementality Studies* verhandelt (Bröckling et al. 2011). Den gegenwärtigen Verantwortungsverhältnissen der Gesellschaft wird hierbei diagnostiziert, dass es für Individuen zunehmend

schwierig wird, die Verantwortung zu übernehmen, die ihnen persönlich für ihr Handeln zugeschrieben wird und die sie sich selbst zuschreiben. Als »unternehmerisches Selbst« (Bröckling 2007) sei man etwa selbst dafür verantwortlich, den eigenen Erfolg im Leben durch die eigenen Entscheidungen zu formen, was mitunter auch als belastend empfunden wird (vgl. auch Lesenich 2009). *Responsibilisierung* erscheint in dieser Perspektive als eine Herrschaftstechnik, die immer mehr Aufgaben, die vorher der Politik oblagen, an die einzelnen Individuen delegiert und ihrer Eigenverantwortung übergibt. Als problematisch wird dabei beschrieben, dass das Individuum durch die Appelle an individuelle Eigenverantwortung in immer mehr Lebensbereichen letztlich auch mit Überforderungen seiner Möglichkeiten konfrontiert wird. Die Rede ist deshalb auch vom »erschöpften Selbst« (Ehrenberg 2008) oder dem »überforderten Selbst« (Reese-Schäfer 2007), um darauf zu verweisen, dass individuelles verantwortliches Handeln auf Grenzen stößt (Heidbrink 2003).

Unter diesen Voraussetzungen scheint es schwierig, ein Verständnis von individuellen Verantwortungszuschreibungen für die Beobachtung einer modernen Gesellschaft in Stellung zu bringen (Henkel und Åkerström Andersen 2013/2014). In einer gesellschaftstheoretischen Perspektive, die vom Konzept funktionaler Differenzierung moderner Gesellschaften ausgeht, kommt auch Anna Henkel (2013/2014) zu dem Schluss, dass Schemata individueller Verantwortungszuschreibung immer häufiger problematisch werden. Denn sie kommen zwar als Mechanismen der Komplexitätsreduktion zum Tragen, im Rahmen komplexer und undurchschaubarer Systemdynamiken werden einfache kausale Zurechnungen auf Handlungen Einzelner jedoch zunehmend problematisch.

Der Vorschlag dieses Beitrags ist, Verantwortung systemtheoretisch zu beleuchten und dabei nicht als Verantwortung für personenbezogene Handlungskonsequenzen zu verstehen. Der Fokus liegt primär auf der Stabilisierung von Kommunikationsstrukturen: Verantwortung wird beobachtet als ein Phänomen systemischer Selbstbeobachtung und -steuerung in Bezug auf ihre je spezifischen ökologischen Problemstellungen. Dies verspricht eine Perspektive, die Einsichten in strukturbildende Prozesse im Umgang mit ökologischen Gefährdungen birgt und dabei Wechselspiele gesellschaftlicher Dynamiken in der funktionalen Differenzierung berücksichtigt. Um diese Perspektive zu entfalten, wird zunächst Verantwortung reflektiert als eine Leistung, die allgemein soziale Systeme im Kontext ihres Bezugs auf übergreifende Systeme erbringen können und die auch nur sie selbst erbringen können. Ergeben sich ökologische Problemstellungen – systemtheoretisch gesprochen, abstrakt als Folge der Ausdifferenzierung von Systemen, als Probleme der Einstellung auf ihre Umwelt – so können diese Nebenfolgen im System als Gefährdung realisiert werden. Davon ausgehend lässt sich in den Blick nehmen, wie die Reflexion von Verantwortung als Bearbeitung ökologischer Gefährdungen auftritt,

wenn diese realisiert werden. Dabei kann nachvollzogen werden, wie die Reflexion der spezifischen Perspektivität und Eigenlogik des beobachteten Systems folgt. Zudem lässt sich anschließend die Funktion der Reflexion systemspezifischer Verantwortung betrachten als stabilisierender Faktor in der (fortgeführten) Ausdifferenzierung des Systems, einhergehend mit der Verringerung ökologischer Gefährdung sowie mit der Einsicht in die Grenzen der eigenen Leistungsfähigkeiten (2.). Dies wird exemplarisch am Phänomen transdisziplinärer Forschung illustriert (3.). Hierbei wird die Genese transdisziplinärer Forschung beschrieben als Reaktion auf eine ökologische Problemstellung der Wissenschaft innerhalb der Gesellschaft, die sich als Nebenfolge der komplexen Ausdifferenzierung der Wissenschaft ergibt. In ihrem Selbstverständnis übernimmt transdisziplinäre Forschung Verantwortung für die Gesellschaft. Diese ›Verantwortungsübernahme‹ ist zu deuten als eine Bearbeitung der ökologischen Gefährdungen, die sich zeigen als ein Einstellungsproblem der Wissenschaft auf gesellschaftliche Problemstellungen. Da Verantwortung hier nicht nach dem Schema der Zuschreibung von Handlungsfolgen auf individuelle Entscheidungen begriffen wird, bietet sich die Möglichkeit, den Fokus auf systemspezifische Einstellungen, Strukturierungen und Differenzierungen in Hinblick auf ihre jeweiligen ökologischen Probleme zu setzen. Damit kann der differenzierungstheoretischen Annahme Rechnung getragen werden, dass soziale Systeme je selbst, konform mit ihrer spezifischen Funktion und Leistung und mithin in ihrer Eigenlogik (re)agieren und nicht in einer Gleichförmigkeit, wie der Fokus auf (funktionsneutrale) Individuen nahelegt.

2. VERANTWORTUNG IN DER REFLEXION VON SYSTEMLEISTUNG

Vor gut dreißig Jahren hält Niklas Luhmann in Lüneburg an der damaligen Hochschule im Rahmen einer Ringvorlesung einen Vortrag mit dem Titel »Die gesellschaftliche Verantwortung der Soziologie« (Luhmann 1987). Luhmann beschreibt darin Verantwortung vor allem als einen relativ leeren Begriff und als Appell an andere, Verantwortung für dieses oder jenes zu übernehmen. Gleichzeitig sei in der Gegenwartsgesellschaft auffällig, dass solche Appelle fast immer wirkungslos bleiben. Generelle Verbindlichkeiten würden in einer hochdifferenzierten und hochspezialisierten Gesellschaft mit einer Vielzahl verschiedener paralleler Weltansichten verpuffen. Die sich an der Zukunft orientierende moderne Gesellschaft regle diesen spezifischen Zeitbezug über die Bindung von Handlungsfolgen an gegenwärtige Entscheidungen (Luhmann 1987, S. 110). Ähnlich wie beim Thema Risiko akzentuiert Luhmann (1991) auch mit Blick auf Verantwortung, dass in modernen Gesellschaften Entscheidungen getroffen werden *müssen*, deren zukünftige Folgen kausal auf diese Entscheidungen zugerechnet werden. Wird damit der individuelle Mensch

als moderner Entscheider adressiert, ist er damit in die Position gestellt, seine Zukunft in aktuellen Entscheidungen zu formen und zu kontrollieren. Die Voraussetzung dafür, dass dies ›verantwortungsvoll‹ geleistet werden könnte, sei, dass zumindest vorausgesetzt sein müsste, dass die Folgen eines bestimmten Handelns bekannt sein könnten (nicht zwangsläufig auch wirklich bekannt sind) (Luhmann 1987, S. 110). Schon allein dies wird potentiell problematisch bei einer zunehmend unüberschaubaren und komplex verwobenen Fülle an Wissen und möglichen Kausalbeziehungen, wie es in der funktional differenzierten Gesellschaft der Fall zu sein scheint – analog zur Diagnose der individuellen Überforderung, wie oben dargestellt. Entsprechend ist die soziologische Beobachtung von Verantwortungsverhältnissen erst dann adäquat handhabbar, wenn nicht die Beziehungen ›an sich‹ betrachtet werden, sondern die jeweiligen Zuschreibungen von Kausalität und Verantwortung (Luhmann 1987, S. 114). »Diese Auflösung der Kausalität in Zurechnungen von Zurechnungen sabotiert jedes einfache Insistieren auf Verantwortung« (Luhmann 1987, S. 115). Die Frage verschiebt sich dann von ›was passiert, wenn...?‹ und ›wer ist dafür durch sein Entscheiden und Handeln verantwortlich?‹ zu ›wer rechnet wem wofür Verantwortung zu?‹ und ›wessen Zurechnungsschemata setzen sich durch und warum?‹. Wie kommt es also zur Verwendung bestimmter Schemata der Verantwortungszuschreibung? Mit Blick auf diese Fragestellung weist die Diagnose nebst daraus folgender Perspektivverschiebung Ähnlichkeiten mit den *Gouvernementality Studies* auf. Entscheidend sind nun die kommunikationstheoretische Wendung sowie die Verortung in der radikalen Relativität funktionaler Differenzierung. Jede Kommunikation setzt sich dem aus, auch als Kommunikation (mit je eigenem Beobachtungsstandpunkt) beobachtet zu werden. Ihr wird zwangsläufig ein ihr zugrundeliegendes Motiv unterstellt. An die Kommunikation stellt sich damit nicht nur die Frage, ›was‹ sie sagen will, sondern auch ›wozu‹ dies kommuniziert wird. Als Kommunikation beobachteter Kommunikation wird ein Motiv unterstellt, denn sonst würde diese Kommunikation keinen Unterschied machen und könnte unterbleiben. Das Motiv ist nicht direkt im Moment der Beobachtung durchschaubar, es muss erst erschlossen werden. Luhmann gefolgt, ist dies nun kein soziologisches Hirngespinnst, sondern ein grundlegendes Merkmal der modernen Gesellschaft, das berücksichtigt werden muss. Damit sei bereits angedeutet, dass die Kommunikation von Verantwortung schwerlich ein Mittel sein kann, um auf gesellschaftlicher Ebene zu regulieren und zu überwachen, wie mit ökologischen Problemlagen umgegangen werden kann. Es kann sich nicht um eine Frage geschickter Steuerung handeln. Verschiedene Sinnzusammenhänge rechnen Verantwortung je in ihrer eigenen Realität und ihrer eigenen Rationalität folgend zu, die komplexen, differenzierten Verhältnisse lassen keine objektiv-richtigen oder wahren Zurechnungen zu, die über-

greifend in verschiedenen gesellschaftlichen Zusammenhängen Gültigkeit beanspruchen könnten.

Der Zusammenhang von Verantwortung in einem nicht individuumszentrierten Verständnis und Problematiken der Systemdifferenzierung lassen sich an dieser Stelle mit Bezug auf die ökologische Kommunikation klären (Luhmann 1986): In seinem Beitrag zur Debatte um sich aufdrängende ökologische Probleme macht Luhmann vor allem auf die Schwierigkeiten aufmerksam, die eine moderne Gesellschaft dabei hat, sich auf ökologische Gefährdungen einzustellen. Die ökologische Gefährdung der Gesellschaft ergibt sich im Zuge ihrer Ausdifferenzierung. Allgemein ergeben sich ökologische Problemstellungen ungeachtet der Ebene der Systembildung als Konsequenz der Differenzierung von System und Umwelt. Zunächst ist es die Gesellschaft (als funktional differenzierter, sinnhafter Zusammenhang), die sich selbst gefährdet und nicht etwa eine von außen einbrechende Natur oder materielle Umwelt. Als operativ geschlossenes Kommunikationssystem wird für Gesellschaft erst relevant, was auch kommuniziert wird (Luhmann 1986, S. 62f.). Die verschiedenen differenzierten (Sub)Systemlogiken der modernen Gesellschaft machen es für die Gesellschaft als Ganzes unwahrscheinlicher, dass sie auf ökologische Gefährdungen in strukturierter Weise reagiert.

Mit dem Blick zurück auf die Gesamtkonstellation der modernen Gesellschaft ergeben sich dann neue Einsichten bezüglich ihrer ökologischen Gefährdungen: Die Steigerung an verarbeitbarer Komplexität der Gesellschaft, die durch Umstellung auf funktionale Differenzierung geschaffen wird, hat mit der Schließung der Funktionssysteme die Konsequenz, dass jedes Funktionssystem für sich selbst die Gesellschaft repräsentiert. Jedes Funktionssystem kann damit für sich selbst plausibel als *die Gesellschaft* auftreten, wenn es auf Umwelt zugreift (Luhmann 1986, S. 204). Der Redundanzverzicht, dass die Systeme nicht mehr Leistungen mehrfach erbringen, reduziert Komplexität für die Gesellschaft, stellt aber im selben Zuge eine Unmöglichkeit von gegenseitiger Substitution dar. Neben der gesellschaftsexternen Grenze werden somit die gesellschaftsinternen Grenzen strikt gezogen und machen eine Abstimmung unwahrscheinlicher (Luhmann 1986, S. 218-226). Ein übergreifendes Schema der Selbstbeobachtung der Gesellschaft fehlt, keine gesellschaftliche Position kann die Einheit des Gesamtsystems in Bezug auf seine Umwelt darstellen – so die These (Luhmann 1986, S. 229f.). ›Hoffnung‹ für zumindest partikulare Einstellungen auf ökologische Problemlagen sieht Luhmann in der Möglichkeit der (Selbst)Programmierung von Systemen – wie etwa beispielsweise anhand des Erziehungssystems aufgezeigt wird: die Veränderung von Lehrplänen (Luhmann 1986, S. 193-201). Die Programme als Mittel der strukturellen Selbststeuerung bieten die Chance auf Einstellung auf sich verändernde Umwelten, da sie vom System selbst aufgesetzt werden können, ohne die Einheit des Systems selbst zu verändern. Moral und Ethik – insbeson-

dere eine geforderte Umweltethik – und so auch universelle Verantwortungappelle in moralisch aufgeladener Form sind keine aussichtsreiche Reaktion, da diese einerseits inkompatibel mit den differenzierten Systemlogiken sind (solange sie nicht von den Systemen selbst in Programme übersetzt werden) und andererseits auch nur von einem bestimmten Standpunkt (unter anderen) aus formuliert werden können (einschließlich eigener blinder Flecke). Die Rede von Verantwortung wird im modernen, hochkomplexen Zusammenhang kommunikativer Wechselwirkungen schnell zu einem relativ unverbindlichen Spiel von Zuschreibungen und moralischen Aufforderungen.

Luhmann spielt den Gedanken in seiner Argumentation anhand der Soziologie durch. Was für Verantwortung in der Gesellschaft generell gültig sein soll, muss dann auch für die Soziologie als Teil dieser Gesellschaft gelten, sofern die Theorie ihrem Anspruch gerecht werden will und damit diesen autologischen Schluss der Theorie auf sich selbst vollzieht (Luhmann 1990, S. 485). Auch die Soziologie hat keine privilegierte Position, von der aus ihre Beobachtungen übergreifende Gültigkeit beanspruchen könnten. Diese Selbstreferenz ist nicht zu verstehen als »raffinierte Technik der Exkulpation [...] etwa in dem Sinne: ich mache niemanden verantwortlich, also bin ich selbst es auch nicht« (Luhmann 1987, S. 116). Vielmehr geht es darum, diese Einsicht zu nutzen, zu reflektieren. Dies könne die Soziologie in Bezug auf die Gesellschaft leisten – was dann »[...] in einem erweiterten Sinne, als gesellschaftliche Verantwortung der Soziologie [...]« gelten könne (Luhmann 1987, S. 117). Was als ›Verantwortung‹ bleibe, sei »[...] dies im Kontext der fachlichen Möglichkeiten nach [den] eigenen Kriterien gut zu machen« (Luhmann 1987, S. 118). Somit reduziert sich der Anspruch an den Verantwortungsbegriff deutlich. Er wird so weit relativiert, dass er letztlich für die Soziologie nur noch bedeuten kann, dass sie für sich selbst, nach ihren selbst aufgestellten Kriterien ›gut‹ operiert, mit ihren Fähigkeiten in Bezug auf Gesellschaft bestmöglich umgeht:

»Wenn man die Soziologie zur Beobachtung der Soziologie einsetzt, kommt man, obwohl selbstreferentiell orientiert, gerade nicht zu einer ungehemmten Selbstüberschätzung, sondern zu einem verständnisvoll-resignativen Urteil. Und wenn die Ethik der Verantwortung lehrt, daß man nicht alles darf, was man kann, muß die Soziologie der Verantwortung zu der Einsicht führen, daß man nicht einmal alles kann, was man können müßte.« (Luhmann 1987, S. 120)

Die soziologische Reflexion ihrer gesellschaftlichen Verantwortung führt also zur Erkenntnis der Grenzen der eigenen Fähigkeiten und Leistungsfähigkeit. Wenn die Konsequenz für die Soziologie in der Einsicht liegt, dass man den Rahmen der eigenen Möglichkeiten nicht überschreiten kann und Verantwortung in diesem beschränkten Rahmen verortbar ist, so lässt sich die Anschlussfrage stellen, ob sich dies in ähnlicher Weise auch für andere Kontexte

formulieren und beobachten lässt. Denn abstrakt handelt es sich um die Reflexion auf die eigene ›Aufgabe‹ innerhalb der Gesellschaft bzw. des übergreifenden Systems und damit die Reflexion der eigenen Leistung für das jeweilige übergreifende System, wie sie im System verhandelt wird.

Die Reflexion durch die systemtheoretische Perspektive relativiert den Verantwortungsbegriff soweit, dass als Verantwortung etwas bleibt, das nur innerhalb von Kommunikationssystemen selbst und nach eigenen Maßstäben geleistet werden kann. Die Kriterien, wann Operationen des Systems diesen Ansprüchen folgen – wann die Aufgabe ›gut‹ erfüllt wird – werden vom System selbst festgelegt in seiner Programmierung. Diese Blickwinkelverschiebung, wenn Verantwortung nicht gedacht wird als ein Zurechnungsschema oder Komplexitätsreduktionsmechanismus, der immer am Individuum ansetzt, sondern als eine Leistung von Kommunikationssystemen, als eine Reflexion ihrer eigenen Ökologie (die sich potentiell einrichtet und stabilisiert), ermöglicht ganz andere Beobachtungen.

Verantwortung in diesem Sinne einer systemsspezifischen Reflexion kann in zwei Aspekte aufgespalten betrachtet werden: Einerseits geht es um die Reflexion der eigenen Leistung und damit auch um die Regulierung, wie diese geleistet wird. Dieser operative Aspekt der Verantwortung bezieht sich auf die operative Geschlossenheit des Systems, die sich in stabilisierten Strukturen ausdrückt. Andererseits setzt diese Reflexion der eigenen Leistung das System in Beziehung zu seinem übergeordneten System, für welches es seine Leistung letztlich erbringt. So zielt der Prozess neben der Reflexion auch auf ›Umweltsensibilität‹ ab. Die eigene Operativität wird regulativ eingegrenzt auf die Leistungsfähigkeit und eine Überdehnung dieser wird vermieden. Bei dieser Selbstbeschränkung handelt es sich um den Aspekt der Programmierung kognitiver Offenheit in Bezug auf die unmittelbare Umwelt. Beide Aspekte sind aufeinander bezogen. Die Ausdifferenzierung des Systems zieht eine eigene Grenze und markiert gleichsam die spezifische Leistung des Systems mit Verweisen nach ›Innen‹ und nach ›Außen‹. Diese Form der Verantwortungsbeobachtung spricht dann von Verantwortung des Systems, wenn sich strukturelle Einrichtungen beobachten lassen, die diese Grenze von System und Umwelt im System wiederauftauchen lassen – sprich: wenn das System diese Grenze und damit diese spezifische ökologische Herausforderung für sich selbst thematisiert und gegebenenfalls strukturell ausformt.

Was als Verantwortungsübernahme von Systemen besprochen wird, ist in Relation mit der Eigenlogik des Systems zu verstehen. Verantwortung liegt in der Bearbeitung der erkannten Differenz von System und Umwelt – darin liegt ja sozusagen der komplexitätsbezogene Grund für die Ausdifferenzierung. Das Komplexitätsgefälle wird reflexiv eingeholt als eine Art ›Anerkennung‹ der Komplexität und damit der Unüberschaubarkeit der systemsspezifischen Umwelt.

3. TRANSDISZIPLINÄRE FORSCHUNG – EIN BEISPIELFALL

Aus den bisherigen Überlegungen lässt sich die These ableiten, dass Systeme, die sich im Zuge ihrer Ausdifferenzierung mit ökologischen Gefährdungen konfrontiert sehen, diese als Frage ihrer Verantwortung je spezifisch reflektieren. Um diese Idee des Beitrags zu illustrieren, wird ein kurzer exemplarischer Blick auf das Phänomen transdisziplinärer Forschung geworfen. Die fallspezifische These ist, dass das Entstehen der Idee und des Konzepts transdisziplinärer Forschung die Folge einer Reflexion gesellschaftlicher Verantwortung innerhalb von Wissenschaft darstellt und sich entsprechend im Aufbau von Strukturen niederschlägt.

3.1 Ökologische Problemstellung für die Wissenschaft

So wie sich die Gesellschaft in verschiedene Subsysteme ausdifferenziert, so differenziert sich auch die Wissenschaft in verschiedene Disziplinen aus.

Ökologische Gefährdungen der Gesellschaft drücken sich aus als Problematik, auf die außergesellschaftliche Umwelt zu reagieren. Analog ergibt sich dies auch für die Wissenschaft. Die innerwissenschaftliche Differenzierung in Disziplinen und Subdisziplinen macht es der Wissenschaft schwer bis unmöglich, als Ganzes auf ihre Umwelt – die Gesellschaft – zu reagieren. Jede Disziplin muss im Vollzug ihrer Operationen für sich annehmen, *die* Wissenschaft zu repräsentieren. Vor dem Hintergrund disziplinspezifischer Kommunikation ist das ökologische Problem der Wissenschaft, dass sich mit zunehmender Ausdifferenzierung ein Einstellen auf Gesellschaft und gesellschaftliche Probleme und Herausforderungen als Abstimmungsproblem innerhalb der Wissenschaft manifestiert.

3.2 Transdisziplinäre Forschung in ihrem Selbstverständnis

Diese strukturelle Problematik zeichnet sich etwa ab in der Debatte um die gesellschaftliche Verantwortung von Wissenschaft, wie sie unter anderem unter dem Stichwort der ›transdisziplinären Forschung‹ geführt wird (zumindest in der deutschsprachigen Debatte – Mittelstraß 2003; Bergmann und Schramm 2008). In dieser Debatte wird darüber diskutiert, dass die Gesellschaft aktuell vor großen Herausforderungen steht, die gekennzeichnet sind durch Unsicherheit von Wissen, von umstrittenem und ambivalentem Wissen. Unsicheres Wissen mache es zudem schwer, überhaupt Problemdefinitionen und Fragestellungen zu klären sowie Betroffenheiten festzustellen (Funtowicz und Ravetz 1993). Des Weiteren wird in der Diskussion betont, dass Wissenschaft sich angesichts gesellschaftlicher Fragestellungen nicht auf sich selbst beschränken kann. Einerseits bedeutet dies, dass wissenschaftliches Wissen

und praktisches Wissen aus der Gesellschaft in transdisziplinärer Forschung zu integrieren seien (Bergmann 2010). Andererseits wird stark gemacht, dass die behandelten Probleme nicht immer rein innerwissenschaftliche Probleme darstellen, so dass wissenschaftsexternes Wissen miteinbezogen werden sollte (Pohl und Hirsch Hadorn 2008). Die Idee transdisziplinärer Forschung ist, über die Integration möglichst vieler wissenschaftlicher und nichtwissenschaftlicher Perspektiven in den Forschungsprozess eine möglichst komplexe Abdeckung der untersuchten Fragestellungen zu bewerkstelligen und dabei auch eine gewisse Gemeinwohlorientierung im Blick zu haben (Hirsch Hadorn et al. 2008). Praktisch organisiert wird transdisziplinäre Forschung typischerweise in problemorientierten Projekten (Jahn 2008).

3.3 Die Verantwortungsübernahme transdisziplinärer Forschung

Über den Begriff der Verantwortung formuliert, wird transdisziplinäre Forschung verhandelt als ein Vorhaben, das angesichts gesellschaftlicher Herausforderungen Verantwortung für deren Bewältigung übernimmt. Auch in diesem Rahmen können Verantwortungsverhältnisse unter dem Vorzeichen von individueller oder organisationaler Responsibilisierung beleuchtet werden (vgl. Lüdtke in diesem Band), etwa als Frage, ob individuelle Verantwortungszurechnungsschemata den Forscher gleichsam in der Forschung zum unternehmerischen Selbstmanagement zwingen oder ähnliches. Im Sinne der vorgeschlagenen Perspektive stellt sich die Beobachtung anders dar:

Die Unsicherheit im Umgang mit der ökologischen Problemstellung der Wissenschaft veranlasst eine Reflexion der Aufgabe der Wissenschaft und gleichsam ihres *innergesellschaftlichen* Umweltbezugs. Die Forderungen und Ideen der transdisziplinären Forschung erscheinen in diesem Sinne als eine Variante dieser Reflexion: Transdisziplinäre Forschung will die Leistung erbringen, in Bezug auf ihre Umwelt – die Gesellschaft – Probleme und Gefährdungen möglichst komplex zu erfassen und auch mittels Wissensproduktion zu deren Lösung beizutragen. Dabei werden die Beschränkungen disziplinärer Perspektiven und Fähigkeiten realisiert – ähnlich, wie die soziologische Reflexion ihrer gesellschaftlichen Verantwortung zur Einsicht in die Grenzen der eigenen Leistungsfähigkeit führt. Das Erfassen und Bearbeiten gesellschaftlicher Problemstellungen strebt transdisziplinäre Forschung einerseits durch die Integration differenter disziplinärer Perspektiven an, andererseits durch die Integration externer Perspektiven. So führt die Realisierung von Defiziten im disziplinären Umweltbezug zu Strukturbildung. Es werden durch das Einrichten transdisziplinärer Projekte und die Orientierung am Gedanken der Transdisziplinarität Programmierungen in der Wissenschaft vorgenommen, die Strukturen der gegenseitigen Sensibilität unter den Disziplinen etablieren, sowie Strukturen geschaffen, die Irritationen durch wissenschaftsexterne Bei-

träge erleichtern sollen. Letzteres etwa durch dezidierte Bürgerbeteiligungsverfahren und den gezielten Einbezug von Bürgerinnen und Bürgern und zivilgesellschaftlichen Akteuren in den Forschungsprozess. Es entsteht ein zusätzlicher Aufwand im Vergleich zu ›üblicher Forschung‹. Die zusätzliche Komplexität, die verarbeitet werden muss, wird dabei vor allem dadurch aufgefangen, dass die Arbeit der Forschung auf die Ebene der Organisation verlagert wird. Die praktische Abstimmung der zu integrierenden Perspektiven wird in organisierten, problemzentrierten Projekten realisiert. Das Projekt wird damit zum eigenen, organisierten Kommunikationszusammenhang, der in Anknüpfung an disziplinäre Forscher, in Anknüpfung an zivilgesellschaftliche Akteure und die eigene Ziel- bzw. Aufgabenorientierung einen ganz bestimmten Ausschnitt von Weltkomplexität reduzieren kann. Das Projekt hat damit auch eine eigene Adresse – abseits der einzelnen beteiligten Personen –, an die konkrete Erwartungen gerichtet werden können. Im Sinne transdisziplinärer Forschung wird somit Verantwortung ›übernommen‹, indem auf Ebene der Organisation konkrete gesellschaftliche Probleme in einer bestimmten Form der Integration differenter Perspektiven programmatisch aufgelegt werden.

Mittels der Anwendung der vorgeschlagenen Perspektive auf Verantwortung lässt sich damit am Beispiel der transdisziplinären Forschung nachzeichnen, wie realisierte ökologische Problemstellungen zu innersystemischen Strukturbildungen führen können. Die Reflexion ›gesellschaftlicher Verantwortung‹, angesichts dieser spezifischen ökologischen Problemstellungen, manifestiert sich in stabilisierter Kommunikation, in Programmen innerhalb der Wissenschaft.

4. FAZIT – VERANTWORTUNG ALS PERSPEKTIVE FÜR DIE ANALYSE ÖKOLOGISCHER PROBLEMATIKEN

Ausgegangen von der Diagnose, dass Verantwortungszuschreibung auf individuelles Handeln zu Überforderungserscheinungen führt und einfache Forderungen nach Verantwortung angesichts großer gesellschaftlicher Herausforderungen als wenig wirkungsvoll erscheinen, wirft der Beitrag die Frage auf, wie Verantwortung anders beobachtet werden kann. Ähnlich den Befunden der *Gouvernementality Studies* werden in systemtheoretischer Perspektive die Grenzen individueller Verantwortungszuschreibungen in der Gegenwartsgesellschaft erkennbar. Das Entscheidende der vorgeschlagenen Perspektive ist, Verantwortung als etwas zu betrachten, das soziale Systeme in ihrer Eigenlogik in Anschlag bringen, wenn sie ihre spezifische ökologische Problemstellung bearbeiten. Die Beobachtung lässt mittels dieser analytischen Fokussierung konkrete Prozesse der Strukturbildung sichtbar werden, die in Systemen auftreten, wenn diese realisieren, dass sie aufgrund ihrer Differenzierung Schwie-

rigkeiten damit bekommen, sich auf ihre Umwelt einzustellen. Die Reflexion von Verantwortung kann somit die Funktion haben, die Ausdifferenzierung von Systemzusammenhängen zu stabilisieren und jeweilige ökologische Gefährdungen zu verringern. Verantwortung können Systeme in diesem Sinne nur selbst leisten durch die Reflexion der eigenen Position und der eigenen Leistung und Funktion bezüglich des übergeordneten Systems bzw. der Gesamtgesellschaft.

Die Beobachtung ist aufgrund der Perspektivverschiebung dadurch gekennzeichnet, in der Betrachtung gesellschaftlicher Verantwortungsverhältnisse einerseits einen Blick darauf zu haben, wie Systeme – also Kommunikationszusammenhänge – sich selbst als verantwortlich für ihre (spezifische) gesellschaftliche Umwelt verhandeln, sowie andererseits auch nachzuvollziehen, wie sich dies in strukturellen Arrangements niederschlägt, die von den Systemen selbst eingerichtet werden – sprich: Welche Strukturen bilden Systeme aus, wie programmieren sie ihren spezifischen Umweltbezug und auch wie organisieren sie dies?

Es kann heute kaum mehr der Anspruch erhoben werden, dass allgemein gehaltene Appelle an Verantwortung – so etwa an ›Umweltverantwortung‹ oder eine universelle ›Umweltethik‹ – tatsächlich auch in der Weise funktionieren, wie sie angedacht sind. Solche Appelle können durchaus formuliert werden, dies geschieht allerdings immer von einem bestimmten Standpunkt aus, mit eigenen blinden Flecken. Aus gesellschafts- und systemtheoretischer Sicht lässt sich formulieren, dass Verantwortung in sozialen Systemen nur wirksam werden kann, wenn diese selbst reflektiert wird. Die Systeme können dies nur selbst operativ leisten. Sie können zur Bearbeitung der Frage, zur Komplexitätsreduktion, auf das Mittel der Subsystembildung zurückgreifen, indem beispielsweise ein Programm wie das der transdisziplinären Forschung entworfen und umgesetzt wird, oder auch in Organisationen neue Abteilungen gegründet oder Beauftragtenstellen eingerichtet werden. Die mögliche Überforderung kann so bearbeitet werden.

Die Beobachtung von Verantwortung als ein Phänomen der Gegenwartsgesellschaft gewinnt durch die vorgeschlagene Perspektive einen Aspekt hinzu. Der Einbezug der gesellschaftstheoretischen Ebene, in Form der Theorie funktionaler Differenzierung, macht sensibel für die Eigenlogiken der betrachteten Systeme, die je für sich aushandeln, was sie als ihre Verantwortung verstehen und wie sie diese einrichten. Es bleibt analytisch offen, wie Verantwortung je realisiert wird. Mögliche Verkürzungen wie etwa in Form einer postulierten Tendenz individueller Überforderung kommen nicht zum Tragen. Es eröffnen sich stattdessen Möglichkeiten, verschiedene gesellschaftliche Kommunikationszusammenhänge und Phänomene mit dieser »Optik« in den Blick zu nehmen.

Durch die theoretische Verknüpfung von systemspezifischer Verantwortung mit systemspezifischer ökologischer Problematik ist es möglich, Vergleiche zwischen den jeweiligen Bearbeitungen verschiedener Systeme anzustellen. Dabei könnte etwa danach gefragt werden, wann ökologische Gefährdungen für Systeme so dringlich werden, dass die eigene Verantwortung reflektiert wird und wann dies zu strukturellen Konsequenzen führt.

Im Kontext der Debatte um Nachhaltigkeit ergibt sich somit eine interessante Anschlussfrage: Bildet sich im Aufkommen und in der zunehmenden Präsenz von Nachhaltigkeitssemantiken ein struktureller Trend ab, dass Systeme zunehmend ihre gesellschaftliche Verantwortung und damit ihre ökologische Problematik reflektieren? Damit wären Nachhaltigkeitssemantiken eine kommunikative Erfassung dessen, dass Gesellschaft ihre funktionale Differenzierungsform strukturell stabilisiert. Die Berührungspunkte von Nachhaltigkeit und Verantwortung wären dann aufzuzeigen anhand ökologischer Gefährdungen funktionaler Differenzierung.

LITERATUR

- Bergmann, Matthias, und Engelbert Schramm, Hg. 2008. *Transdisziplinäre Forschung. Integrative Forschungsprozesse verstehen und bewerten*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Bergmann, Matthias. 2010. *Methoden transdisziplinärer Forschung: Ein Überblick mit Anwendungsbeispielen*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Bröckling, Ulrich, Susanne Krasmann und Thomas Lemke. 2011. *Governmentsality: Current Issues and Future Challenges*. New York: Routledge.
- Bröckling, Ulrich. 2007. *Das unternehmerische Selbst: Soziologie einer Subjektivierungsform*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Ehrenberg, Alain. 2008. *Das erschöpfte Selbst. Depression und Gesellschaft in der Gegenwart*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Funtowicz, Silvio O., und Jerome R. Ravetz. 1993. Science for the post-normal age. *Futures* 25(7):739-755.
- Heidbrink, Ludger. 2003. *Kritik der Verantwortung: zu den Grenzen verantwortlichen Handelns in komplexen Kontexten*. Weilerswist: Velbrück.
- Henkel, Anna, und Niels Åkerstrøm Andersen. 2013/2014. Introduction: The Necessity of a New Understanding of Responsibility for Modern Society. *Soziale Systeme* 19(2):221-232.
- Henkel, Anna. 2013/2014. Gesellschaftstheorie der Verantwortung. Funktion und Folgen eines Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität. *Soziale Systeme* 19(2):470-500.
- Hirsch Hadorn, Gertrude, Holger Hoffmann-Riem, Susette Biber-Klemm, Walter Grossenbacher-Mansuy, Dominique Joye, Christian Pohl, Urs Wies-

- mann und Elisabeth Zemp, Hg. 2008. *Handbook of Transdisciplinary Research*. Heidelberg: Springer.
- Jahn, Thomas. 2008. Transdisziplinarität in der Forschungspraxis. In *Transdisziplinäre Forschung. Integrative Forschungsprozesse verstehen und bewerten*, Hg. Matthias Bergmann und Engelbert Schramm, 21-37. Frankfurt a.M.: Campus.
- Lessenich, Stephan. 2009. Krise des Sozialen? *Aus Politik und Zeitgeschichte* 52:28-34.
- Luhmann, Niklas. 1986. *Ökologische Kommunikation. Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen?* Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Luhmann, Niklas. 1987. Die gesellschaftliche Verantwortung der Soziologie. In *Wissenschaft und gesellschaftliche Verantwortung: Ringvorlesung der Hochschule Lüneburg*, Hg. Helmut de Rudder und Heinz Sahner, 109-121. Berlin: Spitz.
- Luhmann, Niklas. 1990. *Die Wissenschaft der Gesellschaft*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas. 1991. *Soziologie des Risikos*. Berlin: De Gruyter.
- Luhmann, Niklas. 1992. *Beobachtungen der Moderne*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Mittelstraß, Jürgen. 2003. *Transdisziplinarität – wissenschaftliche Zukunft und institutionelle Wirklichkeit*. Konstanz: Universitätsverlag.
- Pohl, Christian und Gertrude Hirsch Hadorn. 2008. Gestaltung transdisziplinärer Forschung. *Sozialwissenschaften und Berufspraxis* 31(1):5-22.
- Reese-Schäfer, Walter. 2007. *Das überforderte Selbst. Globalisierungsdruck und Verantwortungslast*. Hamburg: Merus.
- Semmling, Elsa, Anja Peters, Hans Marth, Walter Kahlenborn und Peter de Haan. 2016. *Rebound-Effekte: Wie können sie effektiv begrenzt werden?* Umweltbundesamt. <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/rebound-effekte-wie-koennen-sie-effektiv-begrenzt> (Zugegriffen: 13.11.2017).
- WBGU. 2011. *Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation*. Berlin.

Reflexive Responsibilisierung – feldtheoretisch ausgeleuchtet

Stefan Böschen

1. EINLEITUNG: TRANSFORMATION ALS TRANSFORMATION VON VERANTWORTUNGSVERHÄLTNISSEN?

In der Gegenwart beobachten wir die Gleichzeitigkeit von zwei Debattensträngen, die bei genauem Blick erstaunliche Bezüge untereinander aufweisen. Auf der einen Seite zeigen sich Debatten, die eine grundlegende Transformation gesellschaftlicher Ordnung unter den Vorzeichen »großer gesellschaftlicher Herausforderungen« (Wissenschaftsrat 2015), des Übergangs in ein »Anthropozän« (Crutzen 2002) oder »Großer Transformationen« (WBGU 2011) adressieren oder gar einfordern. Auf der anderen Seite zeigen sich Debatten um Neu-Konfigurationen von Verantwortlichkeit, die unter den Stichworten von »Responsible Research and Innovation« (Owen et al. 2013), »Corporate Social Responsibility« oder auch »transformative Wissenschaft« (Schneidewind und Singer-Brodowski 2014) geführt werden. In der einen Debattenlinie werden große strukturelle Veränderungen thematisiert, in der anderen die Umordnung gesellschaftlicher Verantwortungsverhältnisse, die zeitgleich mit den Strukturtransformationen erwartet werden.

Typischerweise bleiben Verantwortungsverhältnisse implizit. Nach Schütz und Luckmann (2003: 453) gilt in allen menschlichen Gesellschaften eine Grundannahme: »Diese lautet, daß Menschen manches tun und anderes lassen können; mehr noch, daß sie manches *entweder* tun *oder* lassen können.« (Schütz und Luckmann 2003, S. 453; Herv. i.O.) Dies ist die Grundvoraussetzung für die Zuschreibung von Verantwortung, welche bei Schütz und Luckmann durch ein spezifisches Verständnis von Arbeit noch weiterentwickelt wird. Danach gilt: »Der Handelnde arbeitet, wenn er etwas Bestimmtes in der Umwelt bewirken will.« Denn: »Arbeit (ist) vom Entwurf her zu verstehen.« (Schütz und Luckmann 2003, S. 463) Arbeit in diesem Verständnis stellt die Grundkategorie der sozialen Zurechnung von Verantwortung dar. Dabei geschieht die Regelung von Verantwortlichkeiten typischerweise implizit. Vor

diesem Hintergrund muss die Explikation als eine Problemanzeige der Verschiebung von Verantwortungsverhältnissen gelesen werden. In den politisch-öffentlichen Debatten vollzieht sich die Neukonfiguration von Zurechnungsmöglichkeiten von Verantwortung. Damit einhergehend werden zumeist als Entlastungsoptionen drei exponiert, die Entlastung durch Technologie, die Entlastung durch Gemeinschaft sowie schließlich die Entlastung durch Institutionen.

Verantwortungsverhältnisse stellen besondere normative Ordnungen dar. In ihnen wird geregelt, welche Verantwortungszumutungen bestehen, wer sie wem gegenüber ausüben darf und mit welchen Sanktionen die Nicht-Einhaltung verknüpft ist. Typischerweise stellen Verantwortungsverhältnisse stabile Ordnungen dar. Die Artikulation von Ansprüchen an eine Veränderung, gar Transformation gesellschaftlicher Ordnungen unter dem Eindruck eines Lebens im Anthropozän betrifft auch und gerade Verantwortungsverhältnisse. Deren Stabilität, Reichweite und Prozessqualität geraten dabei in Fluss. Wie können solcherart Umordnungs-Prozesse von Verantwortungsverhältnissen beschrieben und in ihrer Prozesslogik verstanden werden? Die Vermutung ist, dass hier die ›Umordnungsarbeit‹ auf ganz unterschiedlichen Ebenen und vielfach ungesehen vonstattengeht. Folgt man Ulrich Beck, dann bedarf die Erfassung solcher Umordnungen einer neuen Form der Theorie bzw. sogar noch weitergehend eines Wandels soziologischen Theorieverständnisses (Beck 2016).

Ich würde an dieser Stelle nicht so weit gehen, sondern deutlich bescheidener vermuten, dass uns die prozessorientierte Weiterentwicklung feldtheoretischer Ansätze diesem Anspruch einer feinkörnigeren Gegenwartsanalyse näherbringt. Die These ist, dass eine von Bourdieu ausgehende, dessen Theorieansatz aber insbesondere durch ein anderes Akteursmodell weiter entwickelnde Feldtheorie für die Untersuchung der Umordnung von Verantwortungsverhältnissen nützlich ist. Eine entsprechende theoretische Skizze wird im Rahmen dieses Beitrags vorgestellt und an einem empirisch relevanten Gegenstand unterlegt. Dabei gliedern sich die Überlegungen in vier Schritte. In einem ersten Schritt wird der Blick auf einen konkreten Umordnungsprozess gerichtet, der Reorganisation der Regulierung von Industriechemikalien in der Europäischen Union unter dem Titel REACH (Registration, Evaluation, Authorisation and Restriction of Chemicals; EU 1907/2006) (Abschnitt 2). Dieses Geschehen soll feldtheoretisch ausgedeutet werden, weshalb im Anschluss zunächst eine feldtheoretische Grundperspektive vorgestellt und in diesem Lichte dann die Etablierung von REACH ausgedeutet wird (Abschnitt 3). Davon ausgehend wird im vierten Schritt die Ebene gewechselt und auf die Form übergreifender struktureller Veränderungsprozesse fokussiert, welche im Zusammenhang mit Prozessen der Globalisierung auftreten und die darin eine veränderte gesellschaftliche Strukturbildung anzeigen. Dabei lassen sich

die Überlegungen bündeln und dafür argumentieren, Transformationsarbeit als Feldgestaltungsarbeit zu verstehen, wobei die Restrukturierung von Verantwortungsverhältnissen besonderer Aufmerksamkeit bedarf (Abschnitt 4).

2. TRANSFORMATIONSDYNAMIKEN: REORGANISATION DER CHEMIKALIENPOLITIK IN DER EU

Anfang der 1990er Jahre häuften sich die Indizien, dass das bürokratische System der Wissensverwaltung gescheitert war. Die rechtliche Regulierung nach dem Chemikaliengesetz basierte auf einem ›Vollwissen-Modell‹. Es musste als Ausdruck einer »toxic ignorance« (Roe et al. 1997) gewertet werden. Selbst bei einer Beschleunigung des Verfahrens auf 20 Stoffe pro Jahr würde es 5.000 Jahre dauern, bis dieser Prozess abgeschlossen sein würde (vgl. Rudén und Hansson 2005, S. 17). Die Verrechtlichung und die dabei eingelassenen Wissensanforderungen führten direkt in eine Krise des Systems. Für eine künftige Regulierung von Chemikalien mussten Wege gefunden werden, die Wissensintensität des Verfahrens zu senken bzw. die Bereitstellung von Wissen anders zu organisieren. Zwei Aspekte leiteten eine vorsorgeorientierte Öffnung des Wissensregimes ein. Erstens zeichnete sich in den 1990er Jahren eine Generalisierung des Vorsorgeprinzips in der EU ab (EC 2000). So schließt das Weißbuch (EC 2001) direkt an die im Jahr 2000 veröffentlichten generellen Leitlinien zur Anwendung des Vorsorgeprinzips in der EU an und konkretisiert diese sachbereichsspezifisch (vgl. Appel 2003). Wichtigster Punkt: die Gleichsetzung von PBT- mit CMR-Substanzen.¹ Zweitens wirkte die Pluralisierung von Evidenzkulturen der Ökologischen Chemie langsam in das Feld hinein. Ökotoxikologie und Hazard Assessment treten neben die Synthesechemie und Toxikologie. Als Hilfsmittel wurden in dem sogenannten »Reichweitenansatz« (vgl. Scheringer 2004) Gefährdungsindikatoren bestimmt: Persistenz und Reichweite. Diese wurden direkt von Akteuren auf der EU-Ebene aufgegriffen, etwa der EEA, aber auch kleinen EU-Staaten (Schweden, Luxemburg, Niederlande). Ziel war es, aus der Parallelität unterschiedlicher Regulierungswelten auszusteigen und eine Chemikalienpolitik aus einem Guss zu entwickeln (INT 21).²

1 | Die beiden Abkürzungen bedeuten folgendes: PBT (P = Persistenz, B = Bioakkumulationspotenzial, T = Toxizität), CMR (C = Kanzerogenität, M = Mutagenität und R = Reproduktionstoxizität).

2 | Die im Rahmen dieser Darstellung empirischen Daten wurden insbesondere im Forschungsprojekt »Optionssteigerung durch produktive Selbstbeschränkung? Resiliente Strukturen experimenteller Institutionalisierung« (gefördert vom Bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, 2013-2017) erhoben. In Einzelfällen

Dieser Ansatz prägte das Weißbuch (vgl. EC 2001) zur Chemikalienpolitik. Fünf Hauptargumente fanden sich (Jacob und Volkery 2005, S. 69): i) klare Fristen für den Stopp der Einleitung gefährlicher Substanzen; ii) klare Informationspflichten von Produzenten; iii) eindeutige Vorgaben für die Operationalisierung des Vorsorgeprinzips; iv) Verbot von Chemikalien mit irreversiblen toxischen Wirkungen bzw. persistente/bioakkumulative Substanzen; v) Anlastung der Kosten für Risikoabschätzungen bei der Industrie und nicht mehr ausschließlich bei der Allgemeinheit. Diese Grundsätze prägten das Weißbuch. Mit der Veröffentlichung des Weißbuchs konzentrierte sich die Diskussion sehr schnell auf die entstehenden Kosten. Kosten sind ein hoch wirksames Aufforderungsmoment in öffentlichen Debatten. Sollte das Prinzip des »no data – no market« gelten, dann müssten eine Fülle von Daten für die Registrierung von Stoffen zur Verfügung gestellt werden. Die Kosten hierfür wurden mit Kosten zwischen € 2,1 Milliarden (EU) und € 10 Milliarden (European Chemical Industry Council, CEFIC) beziffert (Jacob und Volkery 2005, S. 73). In der Konsequenz sollten gewaltige Einbußen an Arbeitsplätzen drohen (Arthur D. Little prognostizierte über eine Million allein in Deutschland; Jacob und Volkery 2005, S. 73). Diese Auseinandersetzung hatte die problematische Konsequenz, »that the orientation of the debate changes. The economic losses were overarching the debate and the political goal of a chemical policy oriented at the precautionary principle felt behind« (Løkke 2006, S. 5). Dem versuchte die Kommission ein Stück weit dadurch zu begegnen, dass sie den politischen Raum deutlich öffnete. Nicht nur Lobbygruppen nahmen Einfluss auf die Formulierung des ersten Entwurfs zur REACH-Verordnung (EC 2003), sondern die EU-Kommission organisierte ein differenziertes Verfahren mit einer Reihe von partizipativen Elementen zum Einbeziehen zivilgesellschaftlicher Akteure. Dieses ambitionierte Gesetzesvorhaben hielt viele Akteure jahrelang in Atem (INT 20).

Im Ergebnis finden sich die im Weißbuch genannten Prinzipien in der schließlich verabschiedeten Verordnung REACH (Registration, Evaluation, Authorisation and Restriction of Chemicals) EU 1907/2006 wieder (vgl. EC 2006). Die Debatte um REACH war das bisher kontroverseste Gesetzgebungsverfahren innerhalb der Europäischen Union (Fisher 2008, S. 543). Dies ist nicht allein den besonderen soziopolitischen und juristischen Kulturen zu verdanken, die sich schon im Rahmen der langen Regulationsgeschichte von Chemikalien formiert hatten, sondern gerade auch dem ambitionierten wissenschaftspolitischen Ansatz. Dieser versucht nichts Geringeres als einen grundlegenden Bruch mit der bisherigen Regelungsphilosophie, indem sie anstelle einer hoheitlichen Stoffkontrolle auf eine Ko-Regulierung durch ökonomische

werden auch Interviews genutzt, die im Rahmen des Habilitationsprojekts des Autors geführt worden sind (2005-2010).

Akteure (Hey et al. 2006; Bizer und Führ 2009) setzt – bei gleichzeitiger Umcodierung der Zielgrößen auf einen nichtwissensorientierten Ansatz. Das schlug sich im Aufbau einer komplexen Wissensverwaltung nieder (vgl. Führ 2014). Mit dem Gesetzgebungs-Projekt REACH wurden einige wesentliche Innovationen auf den Weg gebracht: Erstens entfällt die seinerzeit getroffene Unterscheidung zwischen Altstoffen und Neustoffen. Ausnahmslos alle Stoffe müssen registriert werden, es gelten zeitliche Fristen in Abhängigkeit von der Produktionsmenge des Stoffes. Dies wird als Innovationsanreiz gesehen. Zweitens werden die Untersuchungspflichten von Chemikalien auf die Anwender solcher Stoffe ausgeweitet (sogenannte Down-Stream-User). Damit sollen bisher nicht durch die Registrierung erfasste Anwendungen dennoch abgedeckt werden. Es kommt gleichsam zu einer Verbindung von Wertschöpfungskette und »Risikoinformationsschöpfungskette«. Drittens wird die Beweislast für Stoffverbote umgekehrt. Alle Stoffe sollen verboten sein, für die die Hersteller noch keine Unterlagen beigebracht haben, aus denen die Unbedenklichkeit hervorgeht. Motto: »No Data, no Market!« Hier wird also ein starker Anreiz zur Informationsbereitstellung gesetzt. Viertens wurde eine europäische Chemie-Agentur (ECHA, European Chemicals Agency) eingerichtet (Helsinki), die über das Netz von REACH wacht und den Austausch von Daten registrierter Stoffe fördert, um Kosten zu vermeiden. Fünftens sind die Pflichten zur Durchführung von stoffbezogenen Untersuchungen abgestuft nach Exposition, Gefährdung und Produktionsmenge, wobei je nach vermarkteter Menge unterschiedliche Prüfstufen vorgesehen sind.

Die Gleichsetzung von PBT- und CMR-Indikatoren muss unumwunden als die herausstechende wissenspolitische Innovation der REACH-Verordnung angesehen werden. Damit gelang eine vorsorge-induzierte Orientierung am Gefährdungsansatz, der zuvor im ökochemischen Diskurs entwickelt wurde. Systematisch gesprochen werden auf diesem Wege »Nichtwissens-Indikatoren 2. Ordnung« politisch wirksam (Bösch et al. 2008, S. 213). Damit wird eine Perspektive eingeschlagen, bei der Vorsorge wichtiger als abschließende Gewissheit erscheint. Für die konkrete Ausformulierung der Kriterien zu den Indikatorengruppen PBT und CMR präsentierte das Weißbuch jedoch keine gesonderten Vorschläge. Genau besehen ist es aber gerade die Ebene der Kriterien, welche die institutionalisierte Wissenspolitik ausmacht. Deshalb stellt sich die Frage, wie sich hier die Sachlage entwickelt hat. Um es vorweg zu nehmen: Trotz einer institutionalisierten wissenspolitischen Öffnung müssen zugleich Begrenzungen konstatiert werden. Spezifische Schwächen des Regelwerks hätten dabei vermieden werden können, wenn nicht allein die ökonomische Frage nach den Testkosten, sondern die wissenschaftliche nach dem Zusammenhang von Tests und Indikatoren aufgeworfen und systematisiert worden wäre (vgl. Scheringer et al. 2006). Vorsorgeorientierte Indikatoren –

wissenspraktische Fehlstellen (»experimental lag«) das ist das Spannungsfeld, um das es hier geht und das sich zumindest auf 3 Ebenen zeigt:

- (a) Ebene der Diskussion einzelner Kriterien. Das Weißbuch gab zur Formulierung der Kriterien keine Anweisungen. Hierzu war ja nur wenige Jahre zuvor das Technical Guidance Document als wissenspraktischer Unterbau des Chemikalienrechts verabschiedet worden. Die hier zu konstatierenden Verschiebungen zeigen sich erst im Rahmen der Entwürfe für REACH. Zwischen dem Kommissionsentwurf und der endgültigen Version von REACH gibt es erhellende Veränderungen. So zeigt sich beispielsweise in der Gruppe ab einer Produktionsmenge von 1t, dass etwa bei der Beurteilung der Ökotoxizität die Anforderung an einen Daphnien-Test³ bei Vorliegen eines Verdachtes auf langfristige Wirksamkeit wegfällt (vgl. EC 2003, Annexe V, 7.1; EU 2006, Annexe VII, 9.1). Welche Tests sollen für bestimmte Stoffgruppen überhaupt gefordert werden und warum? Nachdem sich die Diskussion sehr schnell auf die Kosten konzentrierte, und zwar die Kosten einzelner Testprozeduren, wurde die Frage nach der systematischen Aussagekraft einzelner Kriterien nur unzureichend aufgegriffen. Überraschenderweise gab es hier sogar eine Koalition aus Industrie und Tierschützern, weil letztere dem umfänglichen Testen das Gebot des Tiereschutzes entgegen hielten. Vor diesem Hintergrund befürchteten manche die Gültigkeit des Mottos: »Wo keine Daten, da keine Sorgen«. In der Summe lässt sich nachweisen, dass für viele Ebenen der Risikoprüfung von Chemikalien die Testkriterien abgesenkt wurden, so dass systematische Bewertungen einzelner Indikatoren nicht möglich sind (vgl. z.B. systematisch: Rudén und Hansson 2005).
- (b) Ebene von Kriterien zur Qualifizierung von Indikatoren. Inwieweit können die vorgesehenen Tests überhaupt im Sinne eines Hazard Assessments ausgewertet werden? Hier melden sich berechtigte Zweifel (vgl. Scheringer et al. 2006). Generell wurden die Testanforderungen möglichst niedrig – und vor allem: nicht wirklich systematisch mit Blick auf die neuen Gefährdungsindikatoren – gefasst. Die damit einhergehende Konsequenz ist, dass eine nichtwissensorientierte Bewertung tatsächlich erst ab einer Produktionsmenge von 100t pro Jahr möglich ist (Schulte 2006, S. 67). Schätzungen gehen allerdings davon aus, dass nur 10 % der hergestellten Stoffe in diese Gruppe fallen. Dies führt letztlich dazu, dass die Prüfanforderungen für Stoffe nicht nur deutlich niedriger sind als für die Zulassung von Neustoffen nach der alten Chemiegesetzgebung, sondern zudem das ursprüngliche Ziel verfehlt wird, eine PBT-Bewertung für möglichst alle

3 | Der Daphnien-Test (*Daphnia magna* = Wasserfloh) ist ein Test zur Bemessung der Öko-Toxizität einer Chemikalie.

Stoffe nach der Registrierung zu ermöglichen, da dies kriteriell in dem letztlich verabschiedeten Gesetzeswerk gar nicht darstellbar ist.

- (c) Keine systematische Ausarbeitung von ›hazard‹-Indikatoren. Vielmehr entzündete sich die Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Parteien vor allem daran, welche Tests letztlich für welche Produktionsmengen verbindlich vorgeschrieben werden sollten. Die unter pragmatischen Gesichtspunkten verständliche Orientierung an der ›Tonnenphilosophie‹ stellt nur bedingt (mit Blick auf die Emission) einen Rahmen zur Risiko-beurteilung zur Verfügung. Es wäre jedoch zu einfach, das Fehlen einer nichtwissensorientierten Kriterien-Diskussion allein der Wirksamkeit ökonomischer Interessen zuzuschreiben. Vielmehr wurde diese Form ›kurzatmigerer‹ pragmatischer Politik durch das Fehlen kohärenter Konzepte des Hazard Assessment selbst und entsprechend verfügbarer Methoden mit unterstützt (vgl. Scheringer et al. 2006). Gleichwohl werden in der Zwischenzeit von Risikoforschern erste Ansätze für ein am Vorsorgeprinzip orientiertes Testsystem von Chemikalien, etwa der NewS-Approach (Hansson und Rudén 2005), vorgestellt und erprobt.

Mit REACH entfernt sich der Gesetzgeber vom Ansatz hoheitlicher Prüfprogramme und ersetzt diese durch marktbasierende Modelle in Form einer »regulated self-regulation« (Hey et al. 2006, S. 12; vgl. auch: Bizer und Führ 2009). Darin besteht der radikale Bruch der Regulierungsphilosophie. Allerdings geht er nicht so weit, die Risikokontrolle ganz aus der Hand zu geben. »Öffentliche Risikokontrolle durch eine Risikoverwaltung ist im europäischen Binnenmarkt unverzichtbar.« (Köck und Kern 2006, S. 318). Gleichwohl verändert sich die Aufgabenzuteilung zwischen den Akteuren im neuen Chemikalienrecht dramatisch. Aus einer delegativen Situation wird eine Situation dauernder Balance bei der Beschaffung von regulationsrelevanten Informationen. Dabei bildet die ECHA den Knotenpunkt einer Risikowissensplattform. Die ECHA in Helsinki wurde als Plattform zur Organisation risikorelevanten Wissens und der Kontrolle der Wissensangebote durch die Industrie ins Leben gerufen (vgl. Führ 2014). Bei der Ausgestaltung der Registrierungskontrolle geht der Trend weg von ausgedehnten Standardtests hin zu einem möglichst flexiblen, auf den jeweiligen Stoff zugeschnittenen Ansatz (Ahlers et al. 2008). Diese Flexibilisierung scheint mit Blick auf die Fülle und Heterogenität von Stoffen und ihrer Informationslage sinnvoll, zugleich existieren aber bisher keine Verfahren, eine transparente Ordnung heterogenen Wissens zu ermöglichen. Nicht nur, dass solche Verfahren nicht verfügbar sind, um die verschiedenen Informationen sinnvoll aufeinander beziehen zu können, wurde – mehr noch – in der bisherigen Diskussion das Problem der Vergleichbarkeit der dann erhaltenen Ergebnisse nicht ausreichend gewürdigt (Ahlers et al. 2008, S. 571). Im Rahmen der sogenannten RIP (REACH Implementation Projects)

wurde deshalb nach Umsetzungsstrategien gesucht, um mit möglichst wenig Ressourcen die notwendige Information zu generieren. Mit dem SIEF (Substance Information Exchange Forum) wurde eine Plattform eingerichtet, auf der verschiedene Hersteller, Importeure oder Anwender identischer Stoffe sich vernetzen können und Daten zu Stoffen austauschen können. Das Ressourcenproblem legt für die ECHA eine Fokussierung auf antragsbezogenes Verwaltungshandeln nahe. So ist nur eine fallweise und selektive Überprüfung der von der Industrie gelieferten Stoffberichte bzw. Registrierblätter vorgesehen. Dies ergibt sich schon aus den personellen Möglichkeiten der ECHA. Der Eigenanspruch besteht darin, für 5 % der Registrierdossiers einen Compliance-Check zu machen. Erschwerend kommt hinzu, dass REACH zumeist eine Folgenanlastung im Sinne von hoheitlichen Sanktionen selbst bei eindeutig formulierten Pflichten nicht vorsieht. Sollten im Registrierungsossier Daten fehlen, dann kann die ECHA entsprechende Daten nachfordern. Jedoch hat sie keine Handhabe, wenn das Registrierungsossier in der Summe mangelhaft bleibt. Mehr noch, ECHA muss es mit Angaben zur wahrscheinlichen Gefährdung durch diese Substanz begründen, wenn sie entsprechende Nachforderungen durchsetzen will (INT 12).

3. FELDTHEORETISCHER BLICK: GRUNDPERSPEKTIVE UND AUSDEUTUNG DER ›REACH-GESCHICHTE‹

Die Geschichte der Chemiewirtschaft in der Europäischen Union zeigt auffällige Dynamiken und auch radikale Veränderungen. Allerdings offenbart sich diese Radikalität nicht unbedingt auf den ersten Blick. Vielmehr muss diese aus dem Material herauspräpariert werden. Dafür erscheint der feldtheoretische Blick sehr hilfreich. Denn Feldtheorien erlauben es, nicht nur die Relation zwischen Struktur und Akteur zu erhellen, sondern zugleich auch die Relevanz von Dingen herauszustellen (zumindest in einer entsprechend formulierten Feldtheorie). Insbesondere Pierre Bourdieu hat sich in seiner Feldtheorie dem erstgenannten Problem zugewandt. In sozialen Praktiken realisieren sich Strukturen und werden zugleich dabei umgearbeitet. Akteure realisieren Strukturen, die ihnen als Vorgaben für das Deuten und Handeln vorgegeben sind, zugleich sind aber Akteure nicht auf diese Strukturen festgelegt, sondern realisieren diese in Form inkludierter individueller Anpassungen. Allerdings betont die Feldtheorie in ihrer konkreten Fassung insbesondere Strukturen (Bourdieu 1998a, 1998b; Müller 2014). Im Gegensatz dazu findet sich in der Feldtheorie von Neil Fligstein und Doug McAdam eine Akzentuierung der Relation zwischen Akteuren (Fligstein und McAdam 2012). Sie konzeptualisieren ihre Feldtheorie als Theorie von Handlungsfeldern. Eine Analyse der Stärken wie auch Schwächen der beiden Ansätze habe ich an anderer Stelle formuliert,

weshalb sie hier nicht wiederholt werden soll (vgl. Bösch 2016). Vielmehr möchte ich nur die sich daraus ergebenden Konsequenzen hervorheben, weil diese für das Folgende leitend sind. Im Grunde stellen sich vordringlich vier große Aufgaben, um diese beiden Feldtheorien weiter zu führen und darin aber zugleich zu überschreiten. Die Aufgaben lassen sich wie folgt umreißen:

- a. *›Eigensinn‹ von Akteuren denken*. Bourdieu eröffnete mit seiner Praxistheorie zwar eine Perspektive, um den Eigensinn der Akteure gegenüber bestimmten Institutionen zu erfassen (Bourdieu 1976). Jedoch hat sich dieser Gedanke gerade bei seinen späteren Untersuchungen und dem Konzept des Habitus zunehmend verflüchtigt, so weit, dass selbst der Habitus-Begriff vor allem als Strukturbegriff fungierte. Demgegenüber konzeptualisieren zwar Fligstein und McAdam in ihrer Feldtheorie, im Gegensatz zu Bourdieu, einen dezidiert handlungstheoretischen Akteursbezug. Das stellt eindeutig die Stärke dieser Variante von Feldtheorie dar. Zugleich verengen sie aber den Blick auf Akteure, indem sie diesen zum einen ein relativ enges Korsett der Betrachtung antagonistischer Relationen anlegen, nämlich von Proponenten einerseits versus Opponenten andererseits, zum anderen das Repertoire von Handlungen als im Wesentlichen strategisches Handeln begreifen und damit begrenzen.
- b. *›Eigensinn‹ von Dingen denken*. Es ist das anerkannte Verdienst von Bruno Latour, die Objekte im Netzwerk von Handlungen nicht einfach als passive Gegenstände des Handelns von Akteuren zu begreifen, sondern diesen selbst eine Agency zuzuordnen. Auch wenn die Symmetriethese vielfach als nicht zutreffend kritisiert wurde, so verweist sie zumindest auf das Theorieproblem, Dinge oder Objekte nicht umstandslos ohne Agency zu denken. Es gibt in der Zwischenzeit eine Fülle von Ansätzen, welche gerade auf den Eigensinn von Dingen verweisen, auf das ›Eigenleben‹, das diese sei es durch ihre Form, sei es durch ihre Verbreitung aufweisen (vgl. z.B. Roßler 2016; Simondon 1958/2012; Hahn 2015; Henkel 2015).
- c. *Differenzierung von Aufforderungsmomenten*. In seinen feldtheoretischen Überlegungen sprach Kurt Lewin von den »Objekten mit Aufforderungscharakter« (Lewin 1963, 1982). Damit waren Gegenstände oder Personen im Feld eines Individuums gemeint, welche das Individuum dazu veranlassen, sich auf diese zu oder von diesen weg zu bewegen. Genereller lassen sich solche Elemente als Aufforderungsmomente in Feldern beschreiben. Letztlich ist es die Vielfalt wie Dichte von solchen Elementen in Feldern, welche die jeweils auf einen (kollektiven) Akteur wirksamen Feldkräfte darstellen. Diese Denkfigur ist hilfreich, möchte man erfassen, wie sich in Feldern die unterschiedlichen sozialen Kräfte entfalten.
- d. *Interferenz-Bereiche zwischen Polen ausleuchten*. Die modelltheoretisch geradezu geniale differenzierungstheoretische Idee von Bourdieu bestand

darin, Felder als durch autonome wie heteronome Pole zugleich konstituiert zu denken. Auf diese Weise wird die Umwelt gleichsam als Innen eines Teilbereichs von Gesellschaft gedacht. Luhmann hat ja bekanntermaßen seine Systemtheorie auf der strikten Unterscheidung von System und Umwelt aufgebaut. Danach ist jedes Teilsystem Umwelt zum je anderen Teilsystem von Gesellschaft. In Bourdieus Feldtheorie hingegen ist die Umwelt Teil des jeweiligen Feldes. Allein, diesen Gedanken kann man dann genauer fassen, wenn man überlegt, welche Mechanismen der Konfliktbearbeitung zwischen dem autonomen und heteronomen Pol etabliert werden und damit die Struktur des Feldes mit bestimmen. So lässt sich die Kodifizierung von Forschungsfreiheit als Antwort auf die systematischen Spannungen zwischen dem autonomen Pol Wissenschaft und dem heteronomen Pol Staat verstehen. Dieser Umstand verweist darauf, dass die Interferenzbereiche zwischen den Polen genauer ausgeleuchtet werden müssen.

Die Bearbeitung der vier Aufgaben erfordert unterschiedliche Anstrengungen. Während die ersten drei Aufgaben zunächst einmal einer eigenständigen theoretischen Behandlung bedürfen, indem insbesondere ein spezifisches feldtheoretisches Akteursmodell entwickelt wird, bedarf die letzte Aufgabe (»Interferenz-Bereiche zwischen Polen ausleuchten«) zunächst einmal der empirischen Sensibilität, bei der Erkundung von spezifischen Spannungen und den dabei dann sich etablierenden Strukturmustern zur Moderation solcher Spannungen. Zunächst sollen die theoretischen Überlegungen vertieft und dabei Aufforderungsmomente sowie Aktivitätsmuster von Akteuren in den Blick gerückt werden.

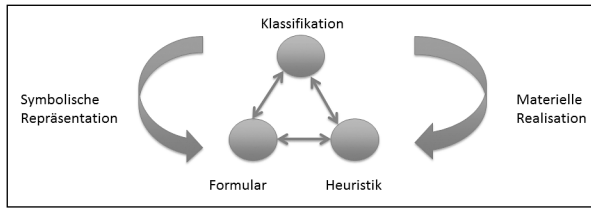
(1) *Aufforderungsmomente*. Diese lassen sich generell als Zeichen im Wahrnehmungsfeld von Akteuren verstehen, die eine Bewegung auslösen können (Deutung, Handlung). Entscheidend ist hierbei das Potenzial zum Auslösen einer Aktivität, nicht die notwendige Konsequenz aus Präsenz eines Aufforderungsmomentes und der dann kausalen Wirkung auf das Wahrnehmen und Handeln von Akteuren. Aufforderungsmomente sind nur in seltenen Fällen zwingend in dem Sinne, dass die darin liegende Wahrnehmungs- und Handlungsaufforderungen umstandslos befolgt werden. Sicherlich, einen breiten Wassergraben zwischen Burg und Umgebungsgelände kann man nicht einfach passieren, das ist ja der Zweck. Aber dieser Zweck löst wiederum Innovationshandeln aus, um diesen Graben überbrücken zu können, wie das im Einzelnen auch immer geschehen mag (der Phantasie waren hier kaum Grenzen gesetzt, wie die Geschichte lehrt). Die Relevanz dieses Aufforderungsmoments »Burggraben« liegt somit, und das ist hier der wichtige Punkt, im Auge der Betrachter. Der Raum der relevanten Aufforderungsmomente wird durch die Akteure selbst konstruiert und darin letztlich zur Wirksamkeit gebracht. Dieser Gedanke von Lewin nimmt im Denken von Bourdieu die Gestalt von

Wahrnehmungsdispositionen im Habitus-Konzept an. Deshalb bedarf es, soll es zu einem übergreifenden Wandel kommen, einer Synchronisation dieser verschiedenen Wahrnehmungsdispositionen. Im Rahmen der REACH-Geschichte gelang diese Synchronisation über die Etablierung des Vorsorgeprinzips als übergreifender Regulationsidee. Dieser konnten die unterschiedlichen Akteure folgen und zwar trotz differenter Wahrnehmungsdispositionen.

Aufforderungsmomente erscheinen aber nicht nur als Ideen, sondern weisen unterschiedliche Qualitäten auf. Wie lassen sich diese klassifizieren? Die Klassifizierung von Feldkräften, soll hier idealtypisch erfolgen und zwischen Diskurs, Institution und Praxis differenzieren. Als deren zentralen Feldquellen stehen Klassifikationen (Diskurs), Formulare (Institution) und Heuristiken (Praxis). Wie ist das zu verstehen? Die Feldquellen zeichnen sich dadurch aus, dass hier feldrelativ Elemente mit Aufforderungscharakter zirkulieren und mehr oder weniger direkt wie intensiv das Handeln der Akteure beeinflussen. Aufforderungen können einen mehr oder weniger zwingenden Charakter aufweisen. Ihr Ignorieren geht entsprechend mit mehr oder weniger großen Problemen einher. Zwingenden Charakter besitzen die in der Auseinandersetzung mit Bourdieu herausgestellten Referenzgrößen (also der »autonome« und der »heteronome« Pol), weil sie die Struktur des Feldes elementar prägen. Jedoch bilden sich solche Referenzgrößen erst im Prozess des Aufbringens neuer Muster, deren Selektion und Stabilisierung heraus. Von daher finden sich in einem Feld immer mehr verfügbare Muster als es Referenzgrößen gibt. Gehen wir die unterschiedlichen Feldquellen durch.

Bei Diskursen sind es Klassifikationen. Klassifikationen bilden gleichsam das Zentrum von komplexen Deutungsgeflechten. Mary Douglas rückte sie in den Mittelpunkt von Institutionen. Denn die darin artikulierten Denkschemata tragen dazu bei, »richtiges« von »falschem« Denken zu unterscheiden (Douglas 1991, S. 149ff.). Klassifikationen bilden den kulturellen Raum des Denkbaren. Das Denkbare präfiguriert soziale Wirklichkeit. Bei Institutionen lassen sich die Feldquellen als Formulare (nach: Frese 1985) begrifflich fassen. Formulare zeichnen sich dadurch aus, dass sie genau definierte Felder haben, zu denen sich diejenigen, die ein Formular ausfüllen, ob sie es wollen oder nicht, verhalten müssen. Analog legen Institutionen Handlungsoptionen fest, ohne aber zugleich die konkrete Handlung zu determinieren. Sie bilden das soziale Repertoire normierter Handlungsmuster. Bei Praktiken bilden Heuristiken das zentrale Muster, als »situativ sich entwickelnde Weisen, auf neue Situationen handelnd und erlebend zu reagieren« (Schulze 2005, S. 18). Heuristiken verknüpfen kollektive Repertoires mit situationsbezogenen Strategien des Handelns, sind also subjektabhängig. Dieser Zusammenhang lässt sich bildlich veranschaulichen (vgl. Abbildung 1).

Abbildung 1: Aufforderungsmomente und ihre zentralen Qualitäten (eigene Darstellung)



Zentral erscheint dabei, dass diese drei Qualitäten solcher Aufforderungsmomente in einem wechselseitigen Bezugsverhältnis stehen und dabei über Formen materieller Realisation wie symbolischer Repräsentation ihre Struktur erhalten. Zudem kann dies mit der Hypothese verknüpft werden, dass Aufforderungsmomente umso zwingender sind, je geschlossener der Verweisungszusammenhang dieser drei Qualitäten in einem Aufforderungsmoment ist. In diesem Sinne kann man die Etablierung von REACH als sehr starkes Aufforderungsmoment betrachten, da es nicht nur eine institutionelle Regelung darstellt (»EU-Verordnung«), sondern zugleich auf einer symbolisch wichtigen Klassifikation (»Vorsorgeprinzip«) basiert und schließlich durch die Neugewichtung von Indikatoren eine ganz neue Betrachtung von Gefährdung gegenüber konkreten Schäden etabliert und experimentell kodifiziert hat (letzter Punkt: INT 7, INT 12).

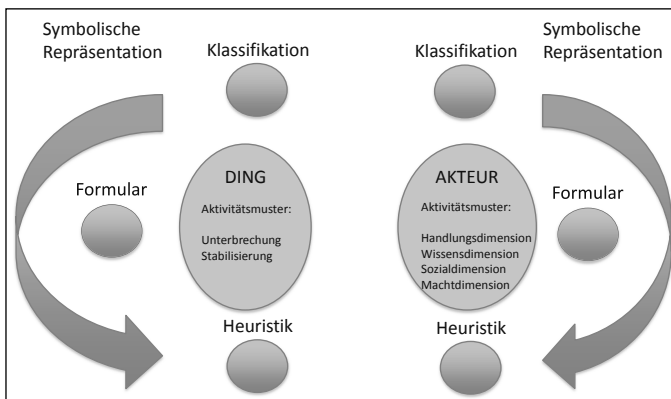
(2) *Akteursmodell*. Entscheidend für die Dynamik im Chemiefeld bei der Neukonstruktion der Chemikalienregulierung waren neben der Neukonzeption und -formierung von Aufforderungsmomenten ebenso auch Veränderungen von Akteursdispositionen wie -konstellationen innerhalb des Feldes. Zur Analyse solcher Veränderungen in Feldern habe ich an anderer Stelle den Vorschlag gemacht, ein Akteurskonzept anhand von vier Grundorientierungen zu bilden: *Sozialorientierung*, *Machtorientierung*, *Handlungsorientierung* sowie *Wissensorientierung* (vgl. Böschen 2016). Diese Orientierungen von Akteuren vollziehen sich prinzipiell im Spannungsfeld von wahrgenommenen Aufforderungen und individuellen Ansprüchen, indem spezifische Aktivitätsmuster mobilisiert werden. In ihrem Zusammenspiel erlauben es die vier Orientierungen, die grundlegende Rahmung der Situation durch die Akteure zu beschreiben.

Die *Sozialorientierung* bündelt die Motive, welche sich auf die Bindung an Gruppen beziehen. Dabei lässt sich das Gemeinschafts- von dem Autarkiemotiv differenzieren. Folgt ein Akteur dem Gemeinschaftsmotiv, dann steht die Einbindung in einer Gruppe an erster Stelle. Folgt ein Akteur dem Autarkiemotiv, dann stellt dieser grundsätzlich das eigene Handeln unter den Vorbehalt, dass im Handeln die Unabhängigkeit von Gruppen nicht nur erhalten, sondern möglichst sogar gesteigert werden soll. Die *Machtorientierung* beschreibt das

Motiv, mit dem Akteure in einer Situation die Relation zu anderen Akteuren gestalten. Das eine Motiv stellt Herrschaft dar. Eine entsprechend gerahmte Situation zeichnet sich durch Verhältnisse der Über- und Unterordnung aus. Das andere Motiv kann als Autonomie gekennzeichnet werden, wobei die Situation durch die erwartete oder erstrebte Egalität der Akteure gerahmt wird.

Die *Handlungsorientierung* beschreibt das Motiv von Akteuren, aus dem heraus sie in einer Situation Handlungsmuster mobilisieren. Das eine Motiv ist Kontrolle. Dabei orientiert sich das Handeln von Akteuren daran, die Situation zu bewältigen. Typisch hierfür ist die möglichst rasche Identifikation als zentral gedeuteter Aufforderungen und der Abgleich mit individuellen Ansprüchen, um in dieser Passung die Situation zu meistern. Das andere Motiv ist Spiel. Typisch hierfür ist es, Aufforderungen in den Hintergrund zu rücken, eigenen Ansprüchen Raum zu geben und sie auf diese Weise zu erkunden. Entsprechend formt sich das Motiv weniger um die rasche Schließung der Situation als vielmehr um die Erkundung von bisher nicht etablierten Möglichkeiten. Schließlich kann die *Wissensorientierung* als das Motiv beschrieben werden, in welcher Weise eine Situation als Anlass für Lernen gerahmt wird. Hier lassen sich in Anlehnung an die Piaget'sche Lerntheorie Assimilation und Akkomodation als die beiden relevanten Pole voneinander unterscheiden. Rückt das Motiv Assimilation in den Vordergrund, dann geht der Akteur davon aus, den in einer Situation relevanten Aufforderungen mit dem eingelebten Repertoire an Fähigkeiten begegnen zu können. Diese Sicherheit bricht dann auf, wenn das Motiv Akkomodation dominant wird. In der Summe lassen sich diese Überlegungen in der folgenden Abbildung 2 verdeutlichen.

Abbildung 2: Dinge und Akteure – feldtheoretisches Modell
(verändert nach: Böschen 2016, S. 151)



Die Abbildung 2 verdeutlicht die Form der Symmetrisierung von Dingen und Akteuren, wie sie feldtheoretisch fruchtbar gemacht werden kann. Dinge weisen dabei zunächst nicht die gleichen Aktivitätsmuster wie Akteure auf. Hinsichtlich der Überraschungsfähigkeit und damit dem Eigensinn von Dingen sollten diesen eigenständige Aktivitätsmuster zugeordnet werden. Der erste Aspekt betrifft die Stabilisierung von Handlungszusammenhängen. Es ist dies ein Gedanke von Bruno Latour, dass Technologie Gesellschaft überhaupt erst haltbar mache (vgl. Latour 1990). Einzeltechnologien oder Einzeldinge sowie auch deren Ensembles stabilisieren Ordnung. Und das geschieht zumeist gleichsam »geräuschlos«. Dinge funktionieren einfach. Allerdings muss mitunter für das Funktionieren selbst wiederum einiges an Ressourcen aufgewandt werden – man denke nur an das stabile Funktionieren des Stromnetzes. Der zweite Aspekt kann als Diskontinuität angesehen werden. Darin liegt die spezifische Überraschungsfähigkeit von Dingen, dass sie Diskontinuitäten in eine an sich stabile Situation platzieren und so Unterbrechungen im Strom von Wahrnehmen und Handeln bewirken.⁴

Um den Prozess der Neuordnung der Chemikalienregulierung zu erfassen, soll an dieser Stelle der Blick auf Ensembles, die ich als Symmetrieachsen kennzeichnen möchte, gelenkt werden. Vielfach bestimmen kollektive Akteure (Organisationen) die Situation im Feld. Warum ist das so? Dieser Aspekt wurde auch von Fligstein und McAdam (2011, 2012) betont. Sie konzeptualisieren Akteure im Wesentlichen als organisierte Akteure, die sich durch Koalitions- und Oppositionsbildung formieren und strategisches Handeln als zentrale Handlungsform nutzen. Nun wurde in dem Absatz zuvor ein anderes Konzept für die Modellierung von Akteuren vorgeschlagen. Jedoch kann der Gedanke von Fligstein und McAdam aufgegriffen werden, dass kollektive Akteure in besonderer Weise feldstrukturierend wirksam werden können. Jedoch mit einem spezifischen Unterschied. Durch Koalition und Opposition von Einzelnen oder Gruppen von kollektiven Akteuren entstehen Symmetrieachsen im Feld, welche das Handeln der anderen Akteure orientieren. Symmetrieachsen werden hier verstanden als »strukturierte Ensemble von (kollektiven) Akteuren und Dingen, welche für die anderen Akteure relevante Aufforderungsmomente im Feld platzieren und darin nicht ignoriert werden können.« (Böschen 2016, S. 152) Die Besonderheit besteht darin, dass die Macht der Akteure nicht allein aufgrund ihrer Verfügung über symbolische oder materielle Ressourcen ge-

4 | Eine spannende Frage, die aber an dieser Stelle nicht weiter vertieft werden soll, stellt das Problem dar, wie autonome Dinge feldtheoretisch begriffen werden können. Die Besonderheit von Autonomen Fahrzeugen oder Drohnen besteht ja darin, dass in diese Dinge Aktivitätsmuster eingeschrieben werden, die typischerweise zunächst nur menschlichen Akteuren zugeordnet wurden.

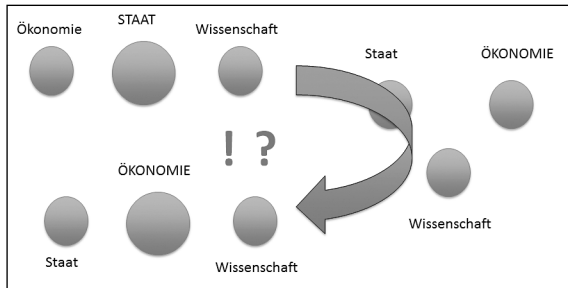
dacht wird, sondern dass es sich um ein Ensemble von Akteuren *und* Dingen handelt, das dadurch die Stabilisierung erfährt.

Vor diesem Hintergrund kommt es im chemiepolitischen Feld zur Etablierung von REACH durch verschiedene Aspekte. Hier zeigt sich gerade die Wirkmacht einer Symmetrieachse aus chemischer Industrie, Verbänden, aber auch spezifischen Wissenskulturen, wie etwa der arbeitsmedizinischen oder toxikologischen (dieser letzte Punkt wurde hier nicht ausgeführt; vgl. ausführlich: Bösch 2016). Diese formieren nicht nur ökonomische Interessen, sondern platzieren auch die relevanten Dinge. Lange Zeit konnten deshalb Ökotoxikologen und zivilgesellschaftliche Akteure wie das Öko-Institut gegen diese strukturelle Macht nichts ausrichten. Dies änderte sich erst als ausgehend von einer Initiative kleinerer EU-Staaten (insb. Schweden, Dänemark und den Niederlanden), infolge derer das Vorsorgeprinzip auch auf dieses Feld angewandt wurde. Zugleich wurden damit andere Indikatoren für die Bemessung der Gefährlichkeit und andere Akteure, die diese nutzten, im Feld platziert. Damit wurde zwar nicht die Macht der etablierten Symmetrieachse gebrochen, aber diese wurde zum einen transformiert (z.B. weil Unternehmen selbst der Ökotoxizität von Substanzen größere Bedeutung beimessen), zum anderen verlor sie durch die Reorganisation des Feldes mit der Behörde ECHA an Einfluss.

4. STRUKTURWANDEL UND SELBSTBINDUNG

Entscheidend für die Reorganisation des Systems der Chemikalienbewertung wurde der Aufbau einer »Wissensprozessordnung«, in deren Mittelpunkt die ECHA und die von ihr verwaltete Datenbank stehen. Dabei koordiniert dieses sozio-materielle Arrangement die unterschiedlichen Länderbehörden ebenso wie Unternehmen bzw. Konsortien aus Unternehmen. Jedoch scheint noch ein ganz anderer Punkt sich hier anzudeuten, der mit viel grundlegenderen Konsequenzen einhergeht. In den 1970er Jahren koordinierte der Staat nicht nur die Wissensnutzung im Rahmen der Risikoverwaltung, sondern führte zudem auch die Wissensproduktion durch. Mit dem Prinzip des »No data, no market«, welches den Unternehmen die zentrale Rolle in der Produktion von Risikowissen zuordnet, wird der Staat ein Stück weit dezentriert und rückt das ökonomische Feld stärker in den Mittelpunkt. Hier finden sich u.U. Indizien für einen weiterreichenden Wandel in der strukturellen Matrix (vgl. Abbildung 3).

Abbildung 3: Wandel der strukturellen Matrix (eigene Darstellung)



Die Vermutung eines Wandels in der strukturellen Matrix wird gestützt durch eine Reihe von parallelen Entwicklungen in der Gegenwart, bei denen im Zuge der Globalisierung das ökonomische Feld eine wachsende Dominanzstellung erhält. Dieser Wandel schlägt sich in der Rekonfiguration von Handlungssystemen und den darin sich materialisierenden Verantwortungsverhältnissen nieder. In diesem Zusammenhang kann also die Rekonfiguration der Datenverantwortlichkeit als eine solche Verschiebung in den Verantwortungsverhältnissen gesehen werden. Das klingt unaufregend, hat aber weitreichende Konsequenzen. Denn der Staat begibt sich der Chancen auf eine stärkere Regulierung von Industriechemikalien und generiert für das Eingreifen höhere Schwellen (wie am Problem der Rechtfertigungsnotwendigkeit von Datennachforderungen dargelegt).

Das Fallbeispiel REACH zeigt eindrücklich, dass der Aufbau neuer Strukturen zwar einerseits Chancen auf eine Erweiterung des Handlungsspielraums zur Erkundung von mit Industriechemikalien verbundenen Risiken generiert. Andererseits wurde auch deutlich, dass dieser Strukturaufbau aufgrund seiner Eigenkomplexität selbst neue Strukturzwänge erzeugt. Mehr noch verschiebt sich die strukturelle Matrix, was sich in der konstitutiven Abhängigkeit staatlichen Handelns vom Handeln von Akteuren des ökonomischen Feldes niederschlägt. Dies muss insbesondere als Verschiebung von Verantwortungsverhältnissen gedeutet werden. Durch die spezifische Konstruktion von REACH wird der Staat trotz Ausweitung der Verantwortungsübernahme (Vorsorgeprinzip) gerade hinsichtlich der Voraussetzungen seiner Verantwortungsausübung begrenzt. In diesem Sinne muss die neue Wissensverwaltung unter REACH als Strukturelement gewertet werden, das die Austauschbeziehungen im Wissensfeld zwischen Unternehmen und Staat reguliert. Darin bindet sich der Staat hinsichtlich seiner Handlungsmöglichkeiten, um diese zugleich in neuer Weise zu formatieren und zu erweitern.

Förderhinweis: Ich danke dem Bayerischen Staatministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst für die Ermöglichung der hier präsentierten

Fallstudie zu REACH im Rahmen des Projektes »Optionssteigerung durch produktive Selbstbeschränkung? Resiliente Strukturen experimenteller Institutionalisierung«, das im Forschungsverbund ForChange (www.forchange.de) in den Jahren 2013-2017 gefördert wurde.

LITERATUR

- Ahlers, Jan, Frauke Stock und Barbara Werschkun. 2008. Integrated testing and intelligent assessment – new challenges under REACH. *Environmental Science and Pollution Research* 15:565-572.
- Appel, Ivo. 2003. Besonders gefährliche Stoffe im europäischen Chemikalienrecht – Neuorientierung im Weißbuch zur Chemikalienpolitik. In *Das Europäische Weißbuch zur Chemikalienpolitik*, Hg. Reinhardt Hendler, Peter Marburger, Michael Reinhardt und Meinhard Schröder, 95-133. Berlin: Erich Schmidt.
- Beck, Ulrich. 2016. *Die Metamorphose der Welt*. Berlin: Suhrkamp.
- Bizer, Kilian, und Martin Führ. 2009. Innovationen entlang der Wertschöpfungskette: Impulse aus der REACH-Verordnung. In *Innovationsfördernde Regulierung*, Hg. Martin Eifert und Wolfgang Hoffmann-Riem, 273-302. Berlin: Duncker & Humblot.
- Böschen, Stefan, Karen Kastenhofer, Ina Rust, Jens Soentgen und Peter Wehling. 2008. Entscheidungen unter Bedingungen pluraler Nichtwissenskulturen. In *Wissensproduktion und Wissenstransfer. Wissen im Spannungsfeld von Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit*, Hg. Renate Mayntz, Friedhelm Neidhardt, Peter Weingart und Ulrich Wengenroth, 197-219. Bielefeld: transcript.
- Böschen, Stefan. 2016. *Hybride Wissensregime. Entwurf einer soziologischen Feldtheorie*. Baden-Baden: Nomos.
- Bourdieu, Pierre. 1976. *Entwurf einer Theorie der Praxis auf der ethnologischen Grundlage der kabyliischen Gesellschaft*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre. 1998a. *Vom Gebrauch der Wissenschaft. Für eine klinische Soziologie des wissenschaftlichen Feldes*. Konstanz: UVK.
- Bourdieu, Pierre. 1998b. *Praktische Vernunft. Zur Theorie des Handelns*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Crutzen, Paul. 2002. Geology of mankind. *Nature* 415:23.
- Douglas, Mary. 1991. *Wie Institutionen denken*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- EC (European Commission). 2000. *Communication from the Commission on the precautionary principle. COM/2000/0001 final*. Brüssel: Europäische Union.
- EC (European Commission). 2001. *White Paper on the Strategy for a future Chemicals Policy. COM/2001/0088 final*. Brüssel: Europäische Union.

- EC (European Commission). 2003. *Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH), zur Schaffung einer Europäischen Agentur für chemische Stoffe sowie zur Änderung der Richtlinie 1999/45/EG und der Verordnung (EG) über persistente organische Schadstoffe und Vorschlag für eine Richtlinie der Europäischen Parlamentes und des Rates zur Änderung der Richtlinie 67/548/EWG des Rates und ihrer Anpassung an die »REACH-Verordnung«*. Brüssel: Europäische Union.
- EC (European Commission). 2006. *Common position adopted by the Council with a view to the adoption of a Regulation of the European Parliament and of the Council concerning the Registration, Evaluation, Authorisation and Restriction of Chemicals (REACH), establishing a European Chemicals Agency, amending Directive 1999/45/EC of the European Parliament and of the Council and repealing Council Regulation (EEC) No 793/93 and Commission Regulation (EC) No 1488/94 as well as Council Directive 76/769/EEC and Commission Directives 91/155/EEC, 93/67/EEC, 93/105/EC and 2000/21/EC*. Brüssel: Europäische Union.
- Fisher, Elizabeth. 2008. The »perfect storm« of REACH: charting regulatory controversy in the age of information, sustainable development, and globalization. *Journal of Risk Research* 11(4):541-563.
- Fligstein, Neil, und Doug McAdam. 2012. *A theory of fields*. New York: Oxford University Press.
- Frese, Jürgen. 1985. *Prozesse im Handlungsfeld*. München: Broer.
- Führ, Martin. 2014. REACH als lernendes System. Wissensgenerierung und Perspektivenpluralismus durch Stakeholder Involvement. In *Wissensregulierung und Regulierungswissen*, Hg. Alfons Bora, Anna Henkel und Carsten Reinhardt, 109-134. Weilerswist: Velbrück.
- Hahn, Hans Peter. 2015. *Vom Eigensinn der Dinge. Für eine neue Perspektive auf die Welt des Materiellen*. Berlin: Neofelis Verlag.
- Henkel, Anna. 2015. The Drug as Thing. *Nature and Culture* 10(3):357-380.
- Hey, Christian, Klaus Jacob und Axel Volkery. 2006. *Better regulation by new governance hybrids? Governance models and the reform of European chemicals policy*, FFU-report 02-2006. Berlin: Freie Universität, Environmental Policy Research Center.
- Jacob, Klaus, und Axel Volkery. 2005. Europäische Rechtsetzung: Die Auseinandersetzungen zur Europäischen Chemikalienpolitik REACH und die Rolle nationaler Regierungen und Akteure im Policy-Prozess. *Technikfolgenabschätzung – Theorie und Praxis* 14(1):69-77.
- Köck, Werner, und Katharina Kern. 2006. Öffentlich-rechtliche Kontrolle von Umweltrisiken, insbesondere Probleme und Perspektiven der europäischen Chemikalienkontrolle. In *Risiko – Recht – Verantwortung*, Hg. Klaus Vieweg, 279-319. Köln: Carl Heymanns.

- Latour, Bruno. 1990. Technology is society made durable. *The Sociological Review* 38(1-Supplement):103-131.
- Lewin, Kurt. 1963. *Feldtheorie in den Sozialwissenschaften*. Stuttgart: Huber.
- Lewin, Kurt. 1982. *Kurt Lewin Werkausgabe (KLW)*. 10 Bde. Bern: Haupt/Stuttgart: Klett-Cotta.
- Løkke, Søren. 2006. The Precautionary Principle and Chemicals Regulation. Past Achievements and Future Possibilities. *Environmental Science and Pollution Research* 13:1-8.
- Müller, Hans-Peter. 2014. *Pierre Bourdieu. Eine systematische Einführung*. Berlin: Suhrkamp.
- Owen, Richard, John Bessant und Maggy Heintz. 2013. *Responsible Innovation: Managing the Re-sponsible Emergence of Science and Innovation in Society*. London: Wiley.
- Roe, David, William Pease, Karen Florini und Ellen Silbergeld. 1997. *Toxic Ignorance: The Continuing Absence of Basic Health Testing for Top-Selling Chemicals in the United States*. http://edf.org/documents/243_toxic-ignorance.pdf (Zugegriffen: 30.06.2008).
- Roßler, Gustav. 2016. *Der Anteil der Dinge an der Gesellschaft. Sozialität – Kognition – Netzwerke*. Bielefeld: transcript.
- Rudén, Christina, und Sven O. Hansson. 2005. What REACH does and does not. In *Better Chemicals Control Within REACH*, Hg. Sven O. Hansson und Christina Rudén, 15-38. Stockholm.
- Scheringer, Martin, Stefan Böschen und Konrad Hungerbühler. 2006. Do we know more or less about Chemical Risks under REACH? *CHIMIA* 60:699-706.
- Scheringer, Martin. 2004. Das Reichweiten-Konzept – eine Methode zum Umgang mit Unsicherheit und Nichtwissen in der Chemikalienbewertung. In *Handeln trotz Nichtwissen*, Hg. Stefan Böschen, Michael Schneider und Anton Lerf, 63-78. Frankfurt a.M.: Campus.
- Schneidewind, Uwe, und Mandy Singer-Brodowski. 2014. *Transformative Wissenschaft. Klimawandel im deutschen Wissenschafts- und Hochschulsystem*. Marburg: Metropolis.
- Schulte, Christoph. 2006. Persistente, bioakkumulative und toxische Stoffe in der EU – Anspruch und Wirklichkeit. *Umweltchemie und Ökotoxikologie* 2006(3):65-68.
- Schulze, Holger. 2005. *Heuristik. Theorie der intentionalen Werkgenese*. Bielefeld: transcript.
- Schütz, Alfred, und Thomas Luckmann. 2003. *Strukturen der Lebenswelt*. Stuttgart: UTB.
- Simondon, Georges. 1958/2012. *Die Existenzweise technischer Objekte*. Berlin: diaphanes.

WBGU. 2011. *Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation*. Berlin: WBGU.

Wissenschaftsrat. 2015. *Zum wissenschaftspolitischen Diskurs über Große gesellschaftliche Herausforderungen*. Positionspapier. Bonn.

Reflexion der Beiträge

Individuum und Gesellschaft

Anna Henkel und Gesa Lindemann

1. EINLEITUNG

Die sozialwissenschaftlichen – und implizit auch die naturwissenschaftlichen – Theorien der modernen Wissenschaft sind überwiegend von einem methodologischen Individualismus geprägt. Während die antik-mittelalterliche Kosmologie den Menschen ebenso wie alles andere in einem übergreifenden Kosmos verortet, der wesentlich durch ein anzustrebendes Gleichgewicht gekennzeichnet ist, ist die vielleicht fundamental erschütternde Einsicht im Übergang zur Moderne, dass der Mensch alleine, ohne das Leitprinzip, nach dem Gleichgewicht eines an sich geordneten Kosmos, in der Welt steht. Talcott Parsons formuliert im Anschluss an Hobbes die Erschütterung, die darin liegt und die die Angst eines Zustands impliziert, in dem der Mensch des Menschen Wolf ist, als zentrale Frage der Soziologie: Wie ist soziale Ordnung möglich?

In den verschiedenen, sich ausdifferenzierenden sozialwissenschaftlichen Disziplinen entstehen paradigmatische Prämissen, die das menschliche Individuum mit sozialen Strukturen relationieren. Dabei stehen sich seit jeher die beiden Positionen gegenüber, dass entweder Strukturen aus dem menschlichen Handeln hervorgehen, oder aber das menschliche Handeln umgekehrt wesentlich von sozialen Strukturen hervorgebracht wird. In der Ökonomik beispielsweise ist es schon sehr früh Bernhard Mandeville, der postuliert, dass ein eigennütziges individuelles Verhalten insgesamt nicht nur ein prosperierendes Gemeinwesen hervorbrächte, sondern auch eben jenes Ausmaß an Strukturen, das notwendig sei, um einen zivilisierten Umgang miteinander zu gewährleisten (Mandeville 1988)¹. Diese Grundüberlegung, nach der

1 | Vor dem Hintergrund der weiteren historischen Entwicklung argumentieren John Milbank und Adrian Pabst, dass erst der Liberalismus jene Konstellation eines »war of all against all« überhaupt hervorgebracht habe. Statt zu dem Idealzustand, den Mande-

individuelles Handeln aggregierte Struktureffekte hervorbringt, liegt bis heute der Mikroökonomik zu Grunde (Varian 1995), aber auch der Rational Choice Theorie (Esser 1996) und insgesamt statistischen Verfahren. Umgekehrt gehen Steuerungstheorien, wie man sie etwa bis heute in der Makroökonomik sowie bis in die sechziger Jahre in der politischen Theorie und auch in der Soziologie gefunden hat, davon aus, dass soziale Strukturen individuelles Handeln determinieren und insofern Strukturänderungen vorhersehbare Effekte mit sich bringen können.

Spätestens seit den 1970er Jahren ist eine eindeutige Tendenz hin zu eher vom Individuum ausgehenden Ansätzen auszumachen. Dies mag vielerlei, auch jeweils disziplinäre Gründe haben. Ein Kontext dieser Entwicklung ist jedenfalls auch, dass Steuerung sich aus mehreren Perspektiven als illusionär erwies: Prognosen treten nicht ein, soziale Entwicklungen erweisen sich als kaum berechenbar und spätestens mit dem Zusammenbruch des Sozialismus in der Sowjetunion erscheint das Modell der Steuerung als relativ gescheitert gegenüber dem Modell von aus individuellen Einzelhandlungen emergierenden Strukturen. Ein solcher Steuerungspessimismus betrifft neben dem sozialen aber auch den materiellen, technischen oder umweltlichen Bereich. In den 1970er Jahren wird angesichts einer ganzen Reihe von schockierenden »Widerständigkeiten« – von Tschernobyl über sauren Regen und Arzneimittelnebenwirkungen bis hin zur Realisierung der Konsequenzen von Pestiziden und Ressourcenverbrauch – deutlich, dass naturwissenschaftlich-technische Innovationen zugleich auch Risiken darstellen (Bora et al. 2014; Henkel 2014).

Bereits diese Entwicklung deutet darauf hin, dass die Diskussion um Nachhaltigkeit die Frage nach dem Verhältnis von Individuum und Struktur mit betrifft. Vor dem Hintergrund der auf der Konferenz geführten Diskussionen, der hier versammelten Beiträge und der übergreifenden sozialwissenschaftlichen Nachhaltigkeitsdiskussion, sei die These vertreten, dass es sich hier um eine Herausforderung auf drei Ebenen handelt. Diese drei möglichen Herausforderungen im Verhältnis von Individuum und Struktur durch einen breit verstandenen Nachhaltigkeitsdiskurs seien hier ausgeführt und dann im nächsten Abschnitt, die vorangehenden Beiträge aufgreifend, ausgeführt. Es ist zu vermuten, dass eine Bearbeitung dieser drei Herausforderungen zentrale Impulse sowohl für die wissenschaftliche Entwicklung als auch für eine Transformation in Richtung Nachhaltigkeit setzen kann:

ville zeichnete, führen das individuelle Streben nach Reichtum, Macht und Vergnügen zu ökonomischer Instabilität, sozialer Unordnung und ökologischer Katastrophe (Milbank und Pabst 2016, S. 2). Die hier angestellten Überlegungen zur Reflexiven Responsibilisierung sind insofern in der Nähe einer »Politics of Virtue« (Milbank und Pabst) angesiedelt.

Erstens stellt sich die Frage nach der relativ aufeinander bezogenen Bedeutung von Struktur und Individuum neu. Indem die Grenzen einer Steuerbarkeit technisch-naturwissenschaftlicher Entwicklung deutlich wurden, ging, wie Renate Mayntz (2006) ausführt, die Politikwissenschaft von einem Paradigma der Steuerung zu einem Paradigma der Governance über, das wesentlich durch das Element der Partizipation geprägt ist. Hier wie insgesamt lässt sich also eine Tendenz zu einer stärkeren Betonung des Individuums beobachten, aus dessen aggregiertem Verhalten nachhaltigere, sicherere oder jedenfalls zukunftsfestere Strukturen emergieren sollen. Es lässt sich nun nach immerhin 50 Jahren dieser Entwicklung die Frage stellen, inwieweit dies tatsächlich zu besseren Ergebnissen führte oder inwieweit Nachhaltigkeit nunmehr gerade umgekehrt, sozusagen in einer Pendelbewegung, Strukturbildung neu in den Blick zu nehmen auffordert.

Während sich diese erste Herausforderung noch im Rahmen der bekannten, eher individualistischen, eher strukturalistischen oder praxistheoretisch integrierten Theorien bewegt, betrifft die zweite Entwicklung die Frage einer Rekontextualisierung des Individuums und damit auch des Verhältnisses von Individuum und Struktur. Individualistische Perspektiven gehen von einer Trennung des aktiven Individuums von einer passiven Natur aus, mit dem Ergebnis, dass ein Schutz der Natur eine Aktivität des Individuums erfordert. Es lässt sich die Frage stellen, inwieweit der Nachhaltigkeitsdiskurs dazu herausfordert, diese Grundprämisse ebenfalls zu transzendieren. Bereits die Actor-Network-Theory und in ihrem Kontext die Praxistheorien gehen von einem Mithandeln der Dinge aus. Erfordert Nachhaltigkeit, darüber eventuell noch hinausgehend, das Verhältnis von Sozialität und Materialität grundsätzlich neu anzusetzen?

Die dritte Herausforderung schließt an solche Überlegungen insofern an, als mit der Prämisse des handelnden Individuums in einer passiven Natur immer schon eine instrumentelle Perspektive des Gelingens mit gemeint ist. Wenn ein solcher Individualismus aber an Grenzen stößt, die auch durch Steuerung nicht zu überwinden sind, inwieweit gilt es dann, alternative ethische Maßstäbe von Handeln zu entwickeln? Und wenn Natur und Kultur, Sozialität und Materialität als enger aufeinander bestimmt angesetzt werden sollen, wie kann dann ein Zusammenwirken naturwissenschaftlicher und sozialwissenschaftlicher sowie geisteswissenschaftlicher Disziplinen gestaltet sein, das im inter- und transdisziplinären Zusammenwirken auf nachprüfbar methodologisch-wissenschaftlichen Qualitätskriterien aufruhet?

2. GEWICHTUNG VON STRUKTUR UND INDIVIDUUM

In den 1970er Jahren sind auf verschiedenen Feldern mögliche Risiken deutlich geworden, die aus dem Einsatz von Technik im weitesten Sinne selbst hervorgegangen sind. Zur Vorstellung von Technik als Fortschritt kommt die Erwartung unintendierter Folgen von Technik. Dazu gehören Arzneimittelnebenwirkungen oder gesundheitsschädigende Wirkungen von Baustoffen ebenso wie die Wirkung einer Flugzeuglandebahn auf das Ökosystem oder von Industrieabgasen auf Waldsterben oder die Ozonschicht. Im Zuge dieses Gewährwerdens von Nebenfolgen verfestigt sich der Einsatz von Technik, indem Kenntnisse, Kompetenzen und Systeme zur Erkennung und Systematisierung solcher Risiken entstehen. Parallel entsteht eine Forschungsrichtung der Technikfolgenabschätzung, die sich systematisch damit befasst, wie gegenwärtig künftige mögliche Risiken abgeschätzt werden können (Petermann und Coenen 1999; Bora 2002).

Ein wesentliches Element der Technikfolgenabschätzung ist die Beteiligung von Stakeholdern am Prozess der Entscheidungsfindung über technische Großprojekte wie Flughäfen oder Bahnhöfen. Diese sogenannten partizipativen Verfahren sind darauf gerichtet, einerseits eine gewisse Akzeptanz zu schaffen; andererseits aber auch darauf, das spezifische Wissen und die spezifischen Belange der verschiedenen Akteure in den Prozess aktiv einzubinden (Feindt und Newig 2005; Newig und Fritsch 2011). Die Reflexion der mit der Einführung solcher Verfahren verbundenen Veränderung im Modus politischer Regulierung zeigt, dass der Modus der Steuerung, der durch Einsatz konkreter Mittel zu vorab definierten Zielen zu gelangen anstrebt, überformt wird durch einen Modus der Governance, der Akteure inkludiert und prozessorientiert reguliert (Mayntz 2006).

Aber nicht nur hinsichtlich einer Governance des Wissens, sondern insgesamt in weiten Teilen der Nachhaltigkeitsdiskussion besteht eine Tendenz, die Verantwortung auf Seiten der individuellen Akteure zu sehen. So geht die Postwachstumsökonomik etwa davon aus, dass das Konsumverhalten des Einzelnen im Sinne einer Konsumreduktion zu verändern ist, um angesichts begrenzter Ressourcen zu einer nachhaltigen Gesellschaft zu gelangen (Latouche 2006; Paech 2009, 2012). Die Postwachstumsökonomik steht damit für eine auch über sie hinaus vertretene Grundüberzeugung, nach der ein veganer oder doch vegetarischer Lebensstil, insgesamt ein nachhaltiger Warenkorb mit Produkten aus der Umgebung und weniger Verpackung, ohne Auto und Flugreisen etc. sowie unter Umständen politisches Engagement von Bürgern, zentraler Ansatzpunkt nachhaltiger Entwicklung sind.

Aus einer Perspektive der reflexiven Responsibilisierung und damit einer soziologisch-ökonomisch-philosophischen Reflexionsperspektive auf Nachhaltigkeit als Diskurs und soziale Praxis, lässt sich die Frage stellen, inwieweit

im Zuge der Transformation von Nachhaltigkeit sich nun, etwa 50 Jahre nach dem ersten Bericht an den Club of Rome, das Primat von Individuum und Struktur bzw. von Akteur und Institutionen verändert hat. Offensichtlich hat bislang die Fokussierung auf den Einzelnen nicht unmittelbar erfolgreich zu einer nachhaltigen oder nachhaltigeren Entwicklung geführt. Paul Burger und Stefan Bösch stellen in ihren voranstehenden Beiträgen Überlegungen dazu an, was gegen ein alleiniges Ansetzen beim Individuum auf dem Weg zu mehr Nachhaltigkeit sprechen könnte und welche Konsequenzen auf der Ebene der Theoriebildung daraus gezogen werden können.

Paul Burger argumentiert, dass eine Identifizierung von Nachhaltigkeit und Maximierung von Partizipation verschiedene Aspekte außer Acht lässt. So könne eine intergenerationelle Gerechtigkeit nicht berücksichtigt werden, bleibe der Aspekt der Ressourcen außen vor und fokussiere der Ansatz allein auf die Ziele und nicht auf die Mittel von Wohlergehen. Statt einer Maximierung von Partizipation sei eine Balancierung unterschiedlicher Güter erforderlich. Partizipation als normativer Anspruch der Teilnahme und als Deliberation sei wichtig, aber Nachhaltigkeit sei nicht auf eine Maximierung von Partizipation reduzierbar. Die Fokussierung auf das Individuum, so könnte man anschließend, erlaubt nicht, gesamtgesellschaftliche Strukturen und Rahmenbedingungen angemessen zu berücksichtigen.

Die Argumentation von Stefan Bösch lässt sich hier anschließen. Explizit formuliert er, dass angesichts aktueller Transformationsprozesse kultureller bzw. sozialer Rahmenbedingungen ebenfalls eine Transformation der Theorie vonnöten sei. Seine These ist, dass Verantwortungsverhältnisse in diskursive Bindungsformen überführt sind, statt wie vormals institutionell gebunden zu sein. Es gilt, auf der Grundlage einer erweiterten Feldtheorie die Form von Strukturkomplexen sichtbar zu machen, in denen Verantwortung zugerechnet wird. Deutlich wird dann, dass institutionelle Freiräume an Bedeutung gewinnen.

Während in den Beiträgen von Burger und Bösch das Verhältnis zwischen Individuum und Struktur ausgehend vom Konzept des Akteurs und dessen gesellschaftlicher Verortung gedacht wird, setzen die Beiträge von Nikolai Drews und Nikolaus Buschmann umgekehrt bei der Gesellschaft bzw. dem Diskurs an:

Ausgehend von der Systemtheorie Luhmanns schlägt Drews vor, Verantwortung als Phänomen systemischer Selbstbeobachtung und -steuerung zu fassen. Mit diesem analytischen Ansatz gelingt es ihm, Einsichten in strukturbildende Prozesse im Umgang mit ökologischen Gefährdungen offenzulegen und dabei Wechselbeziehungen zwischen gesellschaftlichen Dynamiken innerhalb der funktionalen Differenzierung einzubeziehen. Ökologische Probleme erscheinen so betrachtet als Folge der Ausdifferenzierung von Systemen; wobei sie in der Reflexion von Verantwortung auch durch die funktionssys-

temischen Dynamiken bearbeitet werden. Die Genese transdisziplinärer Forschung lässt sich als Beispiel für diesen komplexen Ausdifferenzierungsprozess beobachten.

In dieser Perspektive sind es gesellschaftliche Systemdynamiken – also Strukturen – die Phänomene der modernen Gesellschaft wesentlich hervorbringen. Individuen fungieren als Adressaten von Verantwortungszurechnungen. Theoretisch und disziplinär anders gelagert – nämlich eher in der Dispositivanalyse Foucaults und der Geschichtswissenschaft verortet – setzt auch Buschmann auf der Strukturseite an. Ausgehend vom Konzept der Diagnostifizierung wird aus dieser Perspektive eine gesellschaftliche Deutungsverschiebung deutlich. Wurden Umweltprobleme bis dahin als partikulare Probleme etwa der Artenvielfalt gesehen, so erscheinen sie nach dem Zweiten Weltkrieg als Symptome einer pathologischen Störung des Verhältnisses zwischen Mensch und Natur. Die damit einhergehende Umdeutung von Problemdiagnosen in eine umfassendere Gegenwartsdiagnose der »ökologischen Krise« zeichnet Buschmann anhand einer Kontroverse über umweltgeschichtliche Wendepunkte nach, die er dann in einen größeren Zusammenhang stellt. Strukturen im Sinne von Deutungsrahmen prägen gerade in ihrer Veränderlichkeit nicht zuletzt die individuelle Wahrnehmung.

Solche analytischen Perspektiven können einen Reflexionsrahmen für die Frage nach der Verantwortung des Einzelnen für nachhaltige Entwicklung bieten. Angesichts einer allgemeinen Tendenz, dem einzelnen Menschen Verantwortung auch im Kontext komplexer Ursache-Wirkungszusammenhänge zuzurechnen (zur Beobachtung dieser Tendenz: Grunwald 2012; Henkel 2013/2014; Henkel und Åkerstrøm Andersen 2013/2014; Samerski und Henkel 2015; vgl. auch die den Band abschließenden Beiträge von Grunwald und Paech), kann es für den Umgang mit Komplexität und Risiken bedeutsam sein, in dieser Weise auf das Verhältnis von Individuum, Struktur und zugleich Verantwortung neu zu reflektieren.

3. REKONTEXTUALISIERUNG DES INDIVIDUUMS

Die Frage nach dem Verhältnis von Individuum und Struktur bzw. zwischen Akteur und Institution blickt auf eine lange Tradition zurück, an die die oben angedeuteten Analyseperspektiven anschließen können. Mit Nachhaltigkeit als einem Diskurs, der auf anthropogen verursachte Umweltveränderungen und deren Rückwirkung auf den Menschen selbst reagiert, drängt sich darüber hinaus jedoch die Frage nach einer Rekontextualisierung des Individuums auf.

Gesa Lindemann hat aufgezeigt, dass die Entstehung der Vorstellung des Individuums eng verknüpft ist mit der Genese der modernen, funktional dif-

ferenzierten Gesellschaft, die in den Arbeiten von Luhmann beschrieben ist. Menschenrechte als Institution sichern nicht nur gegen Gesamtansprüche einzelner Funktionssysteme ab, wie Luhmann (1965) aufgezeigt hat, sondern sie bringen zugleich das Individuum als Referenz der modernen Gesellschaft hervor im Unterschied zu dividualen Zurechnungseinheiten (Lindemann 2009, 2011, 2014). Auch in der Theoriebildung kann man – wie einleitend angedeutet wurde – beobachten, dass die Vorstellung des einzelnen Menschen als handelnder Agens von Politik, Gesellschaft oder Wirtschaft bei Smith, Locke, Hobbes oder Mandeville im Kontext der Entwicklung der modernen Gesellschaft steht. Damit verbunden ist hinsichtlich des Verhältnisses von Mensch und Welt eine harte Unterscheidung zwischen einem aktiv gestaltenden Menschen und einer passiven Natur. Philippe Descola (2011) hat gezeigt, wie weit zurück die Genese dieser Unterscheidung historisch reicht und auch, dass sie im kulturellen und historischen Vergleich keineswegs die einzige Möglichkeit ist, das Verhältnis von Mensch und Natur zu denken, zu empfinden und performativ hervorzubringen.

Angesichts der Problemlagen, auf die der Nachhaltigkeitsdiskurs rekurriert, lässt sich die Frage stellen, inwieweit diese Unterscheidung von aktivem Individuum und passiver Natur eventuell selbst bereits Ursache solcher Problemlagen ist. Hartmut Rosa (2016) argumentiert etwa, dass die Moderne als eine Geschichte der zunehmenden Entfremdung gelesen werden kann, bei der sich, getrieben von einer Sehnsucht nach Resonanz, Kontrolle und Ressourcenorientierung steigern. Sein Vorschlag ist, ein Element der Unverfügbarkeit zu akzeptieren als Voraussetzung dafür, aus einer verdinglichten Ressourcenorientierung heraus zu einer Konstellation des guten Lebens zu gelangen.

Darüber noch hinausgehend kann man fragen, inwieweit mit Blick auf Nachhaltigkeit die Trennung zwischen aktiven Individuen und ihren Strukturen einerseits und der materiellen Umwelt andererseits neu bestimmt werden müsste – in einer Weise, die menschliche Individuen und Naturaspekte miteinander verbindet. Katharina Block widmet sich dieser Überlegung in ihrem voranstehenden Beitrag. Von Subjekt-Objekt-Verhältnissen auszugehen, bringe ein Hiatusproblem mit sich. Weil Subjekt und Objekt getrennt gedacht werden, muss eine Überwindung der Trennung vom Subjekt ausgehen. Entsprechend sei der Umgang mit natürlichen Ressourcen eine Art paternalistischer Schirmherrschaft des Menschen gegenüber der Natur. Damit aber sei ein instrumentelles Verhältnis des Gelingens immer schon eingeschrieben.

Eine Herausforderung für die soziologisch-ökonomisch-philosophische Reflexion auf Nachhaltigkeit kann daher darin liegen, Naturaspekte systematisch und reflexiv als mit sozialen Strukturen verbunden zu denken (Hochmann 2016). In dieser Hinsicht bietet Helmuth Plessners philosophische Anthropologie für die Weiterentwicklung soziologischer Sozial- und Gesellschaftstheorie, bei der Subjekt-Objekt-Verhältnisse reflexiv integriert werden, gute Ansatz-

punkte. In Verbindung mit der Leibphänomenologie bei Lindemann (2014), in Verbindung mit der kritischen Theorie bei Rosa (2016), als systematischer philosophischer Zugang bei Block (2016) oder in Verbindung mit der Systemtheorie bei Henkel (2015, 2016) ergeben sich Ansätze, Mensch und Welt mit Blick auf Natur und Nachhaltigkeit neu zu denken.

4. ETHIK UND METHODOLOGIE

Nimmt man diesen Gedanken einer Rekontextualisierung von Individuum und Struktur mit Blick auf eine Erweiterung von Subjekt-Objekt-Verhältnissen ernst, so ergeben sich daraus sowohl ethische als auch methodologische Herausforderungen. Ethik ist traditionell eine Ethik des Menschen. Bereits Hans Jonas wies darauf hin, dass die mit avancierter Technik entstehenden Probleme von dieser Art der Ethik kaum mehr behandelt werden können, da die traditionelle *Ethik der Nähe* im Anblick der durch die Technik hervorgebrachten *Ethik der Ferne* sprachlos wird (Jonas 1984, S. 26ff.; vgl. auch Hochmann und Pfriem in diesem Band). Nimmt man nun noch den Aspekt hinzu, dass möglicherweise das Verhältnis von Mensch und Natur in deren Relationierung insgesamt zu überdenken ist – was über die Konzeption bei Jonas hinausgeht –, dann stellt sich umso dringlicher die Frage, was der Maßstab für Normativität, Ethik und Kritik sein kann.

Falko Schmieder widmet sich in seinem Beitrag dieser Frage. Angesichts der anhaltenden Nicht-Nachhaltigkeit trotz Nachhaltigkeitsbemühungen seien Nachhaltigkeit und Verantwortung als Konzepte selbst zu hinterfragen. Mit einer Kritik an grenzenlosem Wachstum wurde eine Einbeziehung von Konzepten systemtheoretischer Problemanalyse erforderlich. Handlungen seien zunehmend generationenübergreifend zu verstehen. Angesichts einer strukturellen Verantwortungslosigkeit des Systems, einer negativen Vergesellschaftung und einer negativen Anthropologie sei die Neujustierung der analytischen Werkzeuge erforderlich und mit ihnen eine Rückbesinnung auf Unverfügbarkeit.

Das Problem, woher angesichts einer Neujustierung von Mensch-Natur-Verhältnissen im Kontext anthropogener Herausforderungen Maßstäbe für Ethik kommen können, stellt sich analog auf der methodologischen Ebene. Traditionell sind Methoden und damit Maßstäbe für die Sicherung wissenschaftlicher Qualitätskriterien disziplinar rückgebunden, indem wissenschaftliche *communities* diese jeweils reproduzieren (Knorr Cetina 1984; Merton 1985; Gläser 2006). Die Herausforderungen des Anthropozäns jedoch sind genuin übergreifenden Charakters. Sie sind gerade nicht disziplinar bearbeitbar. Eine zentrale Herausforderung liegt daher darin, wissenschaftliche Qualitätsmaßstäbe zu entwickeln, die eine Integration unterschiedlicher disziplinärer Wis-

sensbestände und Vorgehensweisen sowie außerwissenschaftlichen Wissens ermöglicht.

Diskurs und Praxis der Nachhaltigkeit stellen potenziell die Governance-Forschung, aber auch die Sozialtheorie, die Ethik und die Wissenschaftsforschung vor grundsätzliche Herausforderungen. Das Verhältnis von Individuum und Struktur zu hinterfragen, kann hinsichtlich der Systematisierung solcher Herausforderungen eine Perspektive bieten: Innerhalb der bestehenden Annahmen kann gefragt werden, inwieweit und wie Strukturen mit Blick auf die Entwicklung einer nachhaltigen Gesellschaft der Annahme eines autonomen Individuums wieder neu hinzuzufügen sind. Darüber hinaus kann jedoch auch die Trennung zwischen menschlichen Individuen und einer passiven Natur hinterfragt werden. Dies leitet über zu den analogen Herausforderungen, Maßstäbe ethischen Handelns und einer Methodologie der Transdisziplinarität zu entwickeln. Wenn es gelingt, hier Maßstäbe zu entwickeln, könnte Nachhaltigkeitsforschung als eigenständige wissenschaftliche Disziplin entstehen.

LITERATUR

- Block, Katharina. 2016. *Von der Umwelt zur Welt. Der Weltbegriff in der Umweltsoziologie*. Bielefeld: transcript.
- Bora, Alfons. 2002. Ökologie der Kontrolle. Technikregulierung unter der Bedingung von Nicht-Wissen. In *Wissen – Nichtwissen – Unsicheres Wissen*, Hg. Christoph Engel, Jost Halfmann und Martin Schulte, 254-273. Baden-Baden: Nomos.
- Bora, Alfons, Anna Henkel und Carsten Reinhardt, Hg. 2014. *Wissensregulierung und Regulierungswissen*. Weilerswist: Velbrück.
- Descola, Philippe. 2011. *Jenseits von Natur und Kultur*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Esser, Hartmut. 1996. *Soziologie. Allgemeine Grundlagen*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Feindt, Peter H., und Jens Newig. 2005. *Partizipation, Öffentlichkeitsbeteiligung, Nachhaltigkeit. Perspektiven der politischen Ökonomie*. Marburg: Metropolis.
- Gläser, Jochen. 2006. *Wissenschaftliche Produktionsgemeinschaften. Die soziale Ordnung der Forschung*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Grunwald, Armin. 2012. *Ende einer Illusion. Warum ökologisch korrekter Konsum die Umwelt nicht retten kann*. München: oekom.
- Henkel, Anna. 2013/2014. Gesellschaftstheorie der Verantwortung. Funktion und Folgen eines Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität. *Soziale Systeme* 19(2):471-501.

- Henkel, Anna. 2014. Einleitung – Wissensregulierung und Regulierungswissen. In *Wissensregulierung und Regulierungswissen*, Hg. Alfons Bora, Anna Henkel und Carsten Reinhardt, 7-16. Weilerswist: Velbrück.
- Henkel, Anna. 2015. Gesellschaftliche Konstruktion und Kontrolle von Dinglichkeit. In *Konstruktion und Kontrolle. Zur Raumordnung sozialer Systeme*, Hg. Pascal Goeke, Roland Lippuner und Johannes Wirths, 223-243. Wiesbaden: VS Verlag.
- Henkel, Anna. 2016. Posthumanism, the Social and the Dynamics of Material Systems. *Theory, Culture & Society* 33(5):1-25.
- Henkel, Anna, und Niels Åkerstrøm Andersen. 2013/2014. Introduction: The necessity of a new understanding of responsibility for modern society. *Soziale Systeme* 19(2):221-232.
- Hochmann, Lars. 2016. *Die Aufhebung der Leblosigkeit. Eine praxis- und naturtheoretische Dekonstruktion des Unternehmerischen*. Marburg: Metropolis.
- Jonas, Hans. 1984. *Das Prinzip Verantwortung. Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Knorr Cetina, Karin. 1984. *Die Fabrikation von Erkenntnis. Zur Anthropologie der Naturwissenschaften*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Latouche, Serge. 2006. *Le pari de la décroissance*. Paris: Fayard.
- Lindemann, Gesa. 2009. Gesellschaftliche Grenzregime und soziale Differenzierung. *Zeitschrift für Soziologie* 38(2):94-112.
- Lindemann, Gesa. 2011. Die Akteure der funktional differenzierten Gesellschaft. In *Akteur – Individuum – Subjekt. Fragen zu ›Personalität‹ und ›Sozialität‹*, Hg. Nico Lüdtke und Hironori Matsuzaki, 329-350. Wiesbaden: VS Verlag.
- Lindemann, Gesa. 2014. *Weltzugänge. Die mehrdimensionale Ordnung des Sozialen*. Weilerswist: Velbrück.
- Luhmann, Niklas. 1965. *Grundrechte als Institution*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Mandeville, Bernard. 1988. *The Fable of the Bees. Or Private Vices, Publick Benefits*, 2 Bde. Indianapolis: Liberty Fund.
- Mayntz, Renate. 2006. Governance Theorie als fortentwickelte Steuerungstheorie? In *Governance-Forschung. Vergewisserung über Stand und Entwicklungslinien*, Hg. Gunnar Folke Schuppert, 43-60. Baden-Baden: Nomos.
- Merton, Robert. 1985. *Entwicklung und Wandel von Forschungsinteressen. Aufsätze zur Wissenschaftssoziologie*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Milbank, John, und Adrian Pabst. 2016. *The Politics of Virtue. Post-liberalism and the human future*. London: Rowan & Littlefield.
- Newig, Jens, und Oliver Fritsch. 2011. Ökologische Nachhaltigkeit durch zivilgesellschaftliche Partizipation? Zum Stand der Debatte in der internationalen Literatur. In *Zukunft der Öffentlichkeitsbeteiligung. Chancen. Grenzen*.

-
- Herausforderung*, Hg. Martina Handler und Rita Trattnigg, 55-64. Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft.
- Paech, Niko. 2009. Die Postwachstumsökonomie – ein Vademecum. *Zeitschrift für Sozialökonomie* 46:28-31.
- Paech, Niko. 2012. *Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie*. München: oekom.
- Petermann, Thomas, und Reinhard Coenen, Hg. 1999. *Technikfolgenabschätzung in Deutschland – Bilanz und Perspektiven*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Rosa, Hartmut. 2016. *Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung*. Berlin: Suhrkamp.
- Samerski, Silja, und Anna Henkel. 2015. Responsibilisierende Entscheidungen. Strategien und Paradoxien des sozialen Umgangs mit probabilistischen Risiken am Beispiel der Medizin. *Berliner Journal für Soziologie* 25:83-110.
- Varian, Hal. 1995. *Grundzüge der Mikroökonomik*. München: Oldenbourg.

III. Praktiken und Prozesse der Responsibilisierung – individuelle und gemeinschaftliche Verantwortungsattributionen

Von »Verantwortung« zu »doing Verantwortung«

Subjektivierungstheoretische Aspekte

nachhaltigkeitsbezogener Responsibilisierung

Nikolaus Buschmann und Jędrzej Sulmowski

1. EINLEITUNG

Eine bessere Welt scheint machbarer denn je zu sein – so zumindest lautet das Versprechen einiger Werbekampagnen: Wer Bionade trinkt, konsumiert das »offizielle Getränk einer besseren Welt«, und wer ein Girokonto bei der GLS Bank eröffnet, rettet die Welt schon heute. Selbstverständlich handelt es sich hier um Botschaften, die erst im Kontext ihres Genres verständlich werden. Was gleichwohl auffällt: Sie adressieren potenzielle Konsumentinnen als verantwortungsvolle Akteure, die mit ihren Kaufentscheidungen den Zustand der Welt zum Guten wenden können. Damit greift die Werbeindustrie einen Trend auf, der seit einiger Zeit ebenso von Schulen, Universitäten, der medialen Öffentlichkeit, staatlichen Kampagnen, Unternehmen oder zivilgesellschaftlichen Organisationen vorangetrieben wird: Sie alle rufen das Individuum als »agent of change« an. Ungeachtet dessen, ob Menschen als Konsumentinnen, Bürger, Eltern, Eigentümerinnen oder Mitarbeiterinnen adressiert werden – festzustellen ist, dass der mittlerweile seit drei Jahrzehnten postulierte Weg in eine nachhaltige Gesellschaft zunehmend mit dem Ruf nach mehr individueller Verantwortungsübernahme verbunden ist (Grunwald 2010a, 2010b; vgl. auch Brand 2008).

Die durch solche Anrufungen nahegelegten Verhaltensmodifikationen verweisen, so unsere These, auf die Herstellung einer spezifischen Subjektivität, die untrennbar mit der Herstellung sozialer Ordnung in der Gegenwartsgesellschaft verwoben ist.¹ Doch gerade dieser *gesellschaftliche* Zusammenhang

1 | Wir danken Katharina Buss, Nikolai Drews, Lars Hochmann und Nico Lüttke für die intensive Diskussion dieser These, Anna Henkel für die Anregung zu diesem Beitrag sowie Thomas Alkemeyer und Matthias Michaeler für dessen hilfreiche Kommentierung.

zwischen Verantwortungszuweisung und Subjektivierung im Sinne einer normativen Einbindung von Individuen in gesellschaftliche Zusammenhänge scheint in der deutschsprachigen Nachhaltigkeitsforschung² bislang kaum Beachtung zu finden. Vielmehr führt sie »Verantwortung« überwiegend als ein unstrittiges moralphilosophisches Konzept mit, auf dessen Grundlage bestimmten gesellschaftlichen Akteuren Verantwortung zugeschrieben wird. Im Kontrast hierzu können sozialwissenschaftliche Analysen beispielsweise von Arbeits-, Kriminal- oder Gesundheitspolitik genannt werden, in denen Verantwortung als eine zentrale Kategorie der politischen Steuerung beschrieben wird (bspw. Samerski und Henkel 2015; Henkel und Åkerstrøm Andersen 2014; Vogelmann 2014; Krasmann 2003; Günther 2002). Damit bringen diese Analysen »Verantwortung« als eine machtvolle Technologie in den Blick, die in die gesellschaftlichen Verhältnisse eingreift. Im Folgenden möchten wir deshalb eine Analytik vorschlagen, die nachhaltigkeitsbezogene *Responsibilisierung* als ein in lokalen Praktiken situiertes Geschehen in den Blick nimmt, das die soziale Ordnung und ihre Subjekte allererst hervorbringt. Nicht »Verantwortung« als ein universelles, gleichsam überzeitliches normatives Konzept und seine praktische Ausgestaltung (beispielsweise in Form von Reichweite oder Verteilung) sind also der Gegenstand der folgenden Ausführungen, sondern das »doing Verantwortung« und damit die Entstehung bzw. Herstellung von konkreten Verantwortungsrelationen, in denen Akteure oder Akteursgruppen zu Trägern von Verantwortung *subjektiviert* werden.

Vor diesem Hintergrund soll im folgenden Abschnitt zunächst cursorisch dargestellt werden, wie »Verantwortung« und »Nachhaltigkeit« im deutschsprachigen Diskurs aufeinander bezogen werden. Dabei zeigt sich, dass die subjektivierungstheoretischen Aspekte der Rede von Verantwortung kaum thematisiert und reflektiert werden (2). Eine Perspektive, die diese Aspekte fokussiert, bieten demgegenüber die Gouvernementalitätsstudien. In ihnen taucht der Begriff »Responsibilisierung« im Sinne der Zuweisung von Eigenverantwortung zumeist im Kontext der Kritik von neoliberalen Regierungsweisen auf (3). In einer praxeologischen Erweiterung wollen wir »Responsibilisierung« als eine Praxis in den Blick bringen, in der sich Subjektivierungsweisen, Wissensverhältnisse und Machtrelationen produktiv zu dem verbinden, was in den üblicherweise gepflegten Semantiken der »Verantwortung« häufig nur in Form von ethisch-moralischen Setzungen zum Thema wird (4). Abschließend skizzieren wir in einem kurzen Fazit das Neubeschreibungspotenzial der hier entworfenen Analytik der Responsibilisierung als »doing Verantwortung«

2 | Im angelsächsischen Sprachraum wurden zahlreiche Arbeiten zu nachhaltigkeitsbezogener Responsibilisierung und Subjektivierung vorgelegt; vgl. hierzu Abschnitt 3 in diesem Artikel.

hinsichtlich der Möglichkeitsbedingungen der Subjektwerdung in spätmodernen Gesellschaften (5).

2. EINSATZSTELLEN VON »VERANTWORTUNG« IM NACHHALTIGKEITSDISKURS

In diesem Abschnitt möchten wir in einem kursorischen Blick auf den heterogenen Nachhaltigkeitsdiskurs zeigen, inwiefern und wie Verantwortung dort zum Thema wird. Insbesondere zielt die Darstellung darauf ab, jene Momente zu identifizieren, an denen eine Nähe zwischen Verantwortung und Fragen der Subjektivierung deutlich wird.

Verantwortung spielt für den Nachhaltigkeitsdiskurs eine zentrale Rolle. So wird der Begriff im Brundtland-Bericht (Hauff 1987), der Nachhaltigkeit auf die internationale politische Bühne gebracht hat, aber auch in der Agenda 21 – in unverkennbarer Anlehnung an Hans Jonas' »Prinzip Verantwortung« – zu einem zentralen konzeptionellen Hebel der ethischen Begründung einer Handlungsnotwendigkeit, die alle Ebenen politischen und gesellschaftlichen Tuns umfasst. Innerhalb des akademischen Nachhaltigkeitsdiskurses wird Verantwortung nicht selten beiläufig mitgeführt – so beispielsweise in Publikationen, die sich damit befassen, nachhaltige Lebensstile, nachhaltigen Konsum oder das Umwelt- bzw. Nachhaltigkeitsbewusstsein zu fördern (Brickwedde und Peters 2002; Scherhorn 2002). Während in einigen dieser Beiträge bereits entschieden zu sein scheint, dass beispielsweise Einzelne Verantwortung für Nachhaltigkeit zu tragen haben, wird andernorts die Frage verhandelt, welche gesellschaftlichen Akteure oder Akteursgruppen für die Umsetzung von – durchaus widerstreitenden – Nachhaltigkeitsleitbildern zuständig sind. So betraf beispielsweise der Streit um die Nachhaltigkeitsstrategien der 1990er Jahre die Fragen nach der Bedeutung und Priorisierung von technischen und sozialen Innovationen. Dabei gingen die Effizienz- und Konsistenzstrategie (Huber 1995) eher mit einer Adressierung von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik einher, während die Suffizienzstrategie (Sachs 1993) vordergründig die Lebensweise einzelner Menschen sowie die sie ermöglichenden Rahmenbedingungen thematisierte. Entsprechend wurde die Aufgabe für die Herbeiführung eines Wandels im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung unterschiedlichen Akteuren zugewiesen.

Wenn der Begriff Verantwortung zum Hauptschauplatz der Überlegungen im Nachhaltigkeitsdiskurs wird, vollzieht sich das entweder in der Form von Begriffsarbeit oder in der Form von Klärung der gesellschaftlichen Bedingungen des Verantwortlich-Seins. Ein Beispiel für die erstere Form ist die ethische Begründung von Verantwortung im Gutachten des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen (SRU). Der Rat definiert Verantwortung als »Einheit von

Klugheit und Pflicht« (SRU 1994, S. 51). Hier zeigt sich, dass Verantwortung implizit als Fähigkeit mitgeführt wird, denn »Klugheit« selbst kann in dieser Auslegung als eine Kompetenz – »die alte klassische Steuerungstugend« (SRU 1994, S. 51) – oder zumindest als eine Prädisposition verstanden werden. Der Rat konzentriert sich in seiner theoretischen Fundierung des Verantwortungskonzepts weniger auf die Beleuchtung dieser Fähigkeits-Dimension, sondern vielmehr auf die Bestimmung des Gegenstands von Verantwortung. So ist Verantwortung im Kontext nachhaltiger Entwicklung nicht nur umweltethisch zu begründen, sondern auch im Hinblick auf das »gerechte Miteinander der Menschen und damit die Einlösung sozialer Anspruchsrechte« (SRU 1994, S. 55) sowie im Hinblick auf »das Problem der Entfaltungschancen des Individuums und damit die Sicherung seiner personalen Freiheit« (SRU 1994, S. 55). Der Rat versteht Verantwortung damit als ein Zusammenspiel in drei Handlungsfeldern, die zugleich drei Verantwortungsfelder markieren: die Verantwortung des Menschen für seine natürliche Umwelt, die Verantwortung des Menschen für seine soziale Mitwelt und die Verantwortung des Menschen für sich selbst (SRU 1994, S. 55).

Mit der Ausweisung dieser Zuständigkeitsbereiche wird die Verantwortungsfähigkeit, sei es von Institutionen oder einzelnen Personen, immer schon vorausgesetzt. Lediglich in der Beschreibung der Verantwortung des Menschen für sich selbst weist der Rat auf die Grenzen individueller Verantwortlichkeit hin, indem er die Übernahme von Verantwortung für die natürliche Umwelt und die soziale Mitwelt durch individuelle Freiheit eingeschränkt sieht. Verantwortung im Dienst der Nachhaltigkeit zeichnet sich demnach nicht nur dadurch aus, dass Menschen umwelt- und sozialverträglich handeln, sondern sie müssen dabei auch den Erwartungen und Möglichkeiten gerecht werden, die durch ihre Lebensvoraussetzungen gegeben sind. Dem Menschen bleibt es »unabdingbar zugemutet, sich selbst als Individuum zustande zu bringen« (SRU 1994, S. 56). Ob also Individuen dazu befähigt sind, Verantwortung für die natürliche Umwelt und für die soziale Mitwelt zu übernehmen, hängt davon ab, ob dies mit der Entfaltung der eigenen Persönlichkeit in Konflikt tritt. An diesem Beispiel kann gezeigt werden, dass Verantwortung als eine individuelle Fähigkeit ins Spiel gebracht wird (vgl. Sombetzki 2014, S. 14). Zwar werden der Verantwortung des Individuums für Nachhaltigkeit durchaus Grenzen gesetzt, indem die Verantwortung für die Umwelt und für das soziale Umfeld in einer Balance zur Verantwortung für sich selbst stehen soll. Gleichwohl werden Menschen als immer schon verantwortliche Subjekte gedacht.

Überlegungen zu den Grenzen bzw. Voraussetzungen dafür, ob und inwieweit individuelle Akteure Verantwortung im Kontext der Nachhaltigkeit übernehmen können, stellen eine weitere Form der Thematisierung von Verantwortung im Nachhaltigkeitsdiskurs dar. Solche Fragen entstanden bei-

spielsweise durch den soziologischen Blick auf wissenschaftliche Konzepte der Förderung von nachhaltigkeitsorientierten »ökologischen« (Schubert 2000) oder »sozial-ökologischen« (Hildebrandt 1995) Lebensstilen bzw. von nachhaltigem Konsum. Die Reflexion über die funktionalistische Einspannung des Lebensstil-Konzepts in den Dienst der Nachhaltigkeit wies auf die Pluralität und die soziale Einbettung der Lebensstile hin. In den Fokus gerieten damit sozialstrukturelle Differenzierungen, mit denen nicht nur die finanziellen, kulturellen und wissensbezogenen Voraussetzungen der Übernahme von Verantwortung thematisiert wurden. Nachhaltigkeitshandeln als integraler Teil des Lebensstils wurde nicht nur als Effekt einer Veränderung von Werten und Einstellungen analysiert, sondern auch als kulturelle Form einer Praxis sozialer Positionierung im Sinne einer Herstellung von Identität und Individualität sowie einem damit einhergehenden Distinktionsgeschehen (Brand 2008, 2002; Hellmann 2011; Lange 2002; Pofel 2000; Warsewa 1997).

In den vorgestellten Beispielen werden immer wieder Fragen tangiert, wie sich die öffentliche Rede von Verantwortung für Nachhaltigkeit in die Weisen der Subjektivierung der spätmodernen Industriegesellschaften einschreiben. Jedoch wird kaum einmal systematisch den Fragen Aufmerksamkeit geschenkt, ob und inwiefern Verantwortungszuweisungen im Kontext der Nachhaltigkeit spezifische Subjektivierungsformen hervorbringen, warum im Zusammenhang mit Nachhaltigkeit überhaupt von »Verantwortung« gesprochen wird und in welcher Form das geschieht.

Wir haben in diesem Abschnitt beispielhaft gezeigt, dass die Verknüpfung von Nachhaltigkeit und Verantwortung subjektivierungstheoretisch relevante Fragen aufwirft. Diese Dimension der Zuweisung von Verantwortung findet jedoch kaum Beachtung in der theoretischen Auseinandersetzung mit Verantwortung im Kontext nachhaltiger Entwicklung. Damit bleibt die Verwicklung von Verantwortung in Prozesse der Subjektivierung sowie in die Bestrebungen, diese Prozesse zu regieren, ein bislang unterbelichteter Aspekt des deutschsprachigen Nachhaltigkeitsdiskurses. Im Folgenden werden wir in Anlehnung an die Gouvernementalitätsstudien eine Perspektive vorstellen, mit der die Herstellung von Verantwortung als Subjektivierungsgeschehen sichtbar und analysierbar gemacht werden kann.

3. »VERANTWORTUNG« ALS EFFEKT EINES REGIERUNGSVERHÄLTNISSES

Der Begriff »Responsibilisierung« taucht in den Gouvernementalitätsstudien zumeist im Kontext der Kritik von neoliberalen Regierungsweisen auf, die im Rückgriff auf Foucault als Regierung durch »Selbstführung« bezeichnet werden (Junge 2008, S. 85; vgl. auch Lemke 2000; Rose et al. 2006; Rose und

Miller 1992). Für die Kritik des neoliberalen Umbaus der Gesellschaft spielt Responsibilisierung im Sinne der Zuweisung von Eigenverantwortung eine zentrale Rolle. Susanne Krasmann (2003) etwa bezeichnet mit Responsibilisierung »eine Vielfalt von Verfahren und Techniken, deren gemeinsames Prinzip darin besteht, Individuen oder auch Körperschaften, Institutionen usw. zu aktiven Subjekten zu machen und Kräfte und Aktivitäten zu bündeln und zu mobilisieren durch Verantwortlichmachen« (Krasmann 2003, S. 183). Krasmann erkennt in dem Aufkommen dieser Verfahren und Techniken ein Symptom des »Programms des Rückzugs des Staates« (Krasmann 2003, S. 183). So können beispielsweise Gesundheits-, Sozial- oder Kriminalpolitik als neoliberal bezeichnet werden, weil sich ihre Wirkung nicht über autoritäre Handlungszuweisungen, sondern über den »Aufruf zur Selbstständigkeit und Eigenverantwortlichkeit« konstituiert (Junge 2008, S. 83). Die Kritik an solchen responsabilisierenden Anrufungen richtet sich insbesondere auf die Subjektkonstruktion, die mit ihnen einhergeht: Den Adressaten solcher Anrufungen wird demnach eine Verantwortungsfähigkeit unterstellt, ohne dass die Voraussetzungen für diese Fähigkeit thematisiert werden (Krasmann 2003, S. 184; Günther 2002, S. 119f.).

Auch für die Analysen der Regierungsformen in der Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik werden – vor allem im englischsprachigen Raum – die Konzepte der Gouvernamentalität und Responsibilisierung herangezogen, um auf die Individualisierung von Verantwortung durch eine Vielzahl von Maßnahmen aufmerksam zu machen. Hierzu gehört beispielsweise die Bereitstellung von digitalen Kontrollinstrumenten zur Berechnung des individuellen Carbon-Footprint, welche die Herausbildung eines »kalkulativen Selbst« ermöglichen (Peterson und Stripple 2010, S. 359). Zur Formierung selbstreflexiver und eigenverantwortlicher Subjekte als »aktive Agenten der Regierung« (Rutland und Aylet 2008, S. 642) werden Beratungsangebote, Workshops oder technische Unterstützungsmodule eingerichtet (Rutland und Aylet 2008, S. 642) oder Informations- und Bildungskampagnen durchgeführt, mit denen ressourcenschonendes Alltagsverhalten (Darier 1996) oder an Nachhaltigkeitskriterien orientierte Konsumententscheidungen und »Lebensstile« befördert werden sollen (Soneryd und Uggla 2015, S. 918). Alle diese Maßnahmen können als »Techniken der Freiheit« (Rose 2000, S. 324) beschrieben werden, die auf Selbst-Führung bzw. Selbst-Regulation der Individuen im Hinblick auf das Nachhaltigkeitspostulat setzen und das individuelle Verhalten durch Wahlfreiheit zu regieren versuchen.

Neben dem Verhältnis von staatlichen Institutionen und Individuen halten wir drei weitere analytische Dimensionen des Begriffs Responsibilisierung für relevant. So legt die Verwendung dieses Begriffs durch die Gouvernentalitätsstudien erstens nahe, dass mit ihm zumeist solche Formen der Zuweisung von Verantwortung beschrieben werden, die Aufgaben von öffentlicher Bedeu-

tung zum Gegenstand haben. In diesem Sinne ist Responsibilisierung nicht mit jeglicher Form von Verantwortungszuweisung gleichzusetzen, sondern markiert einen Umgang mit Problemen, denen zu einem bestimmten historischen Zeitpunkt eine gesamtgesellschaftliche Tragweite zuerkannt wird (wie derzeit bspw. Kriminalität, Migration, Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse, Digitalisierung, Biodiversität, Klimawandel).

Zweitens lenkt ein so verstandener Begriff der Responsibilisierung den Blick darauf, dass mit der Zuweisung von Zuständigkeit eine Zuschreibung der Fähigkeit einhergeht, dieser Zuständigkeit auch gerecht werden zu können. Responsibilisierung lässt sich mithin als ein Adressierungsvorgang begreifen, in dem nicht nur jemand verantwortlich gemacht wird, sondern in dem das Subjekt der Verantwortung allererst hervorgebracht wird und die Angerufenen als bereits Verantwortliche erkannt und anerkannt werden.

Damit verweist Responsibilisierung drittens auf die performative Dimension der Zuweisung von Verantwortung: auf ein »doing Verantwortung« im Sinne einer Hervorbringung der Rationalität von Eigenverantwortung. Verantwortung stellt demnach keine feststehende Kategorie dar, mit der andere Phänomene erklärt werden können, sondern ist als ein zu erklärendes Phänomen zu verstehen, das selbst praktisch »gemacht« wird: Verantwortung ist nicht einfach da, sondern wird durch die beteiligten Akteure in konkreten Praktiken hergestellt. Sie ist in diesem Sinne der »Effekt« eines Responsibilisierungsgeschehens. Es handelt sich dabei jedoch nicht, wie die Gouvernementalitätsstudien nahelegen, um eine monodirektionale Zurichtung von Individuen. Vielmehr setzt Responsibilisierung ein Entgegenkommen seitens derer voraus, die in der modernen Gesellschaft immer schon als Subjekte – d.h. als selbstverantwortliche Wesen – angerufen und behandelt wurden: eine sozialisierte »Disposition der Gefühle, Vorstellungen und Strebungen« (Tenbruck 1961, S. 14) zur Wieder- und Anerkennung der Anrufung als verantwortliches Wesen, die im Akt der Anrufung aktualisiert und ausgerichtet wird und die das sozialisierte Individuum gleichsam öffnet für die Verantwortungsübernahme.

4. ELEMENTE EINER ANALYTIK DER RESPONSIBILISIERUNG

Einen Ausgangspunkt für die Ausarbeitung einer solchen Konzeption von Responsibilisierung als »doing Verantwortung« bietet der Zugang des Philosophen Frieder Vogelmann (2014), den wir im Folgenden praxeologisch ausbuchstabieren wollen. Vogelmann entwickelt nämlich keinen moralphilosophischen Begriff von Verantwortung, sondern formuliert Existenzbedingungen, die gegeben sein müssen, um der Verantwortung eine semiotische Existenz überhaupt erst zu ermöglichen. Da sich die Einheit von »Verantwortung« nicht im Begriffsgebrauch finden lasse, sondern vielmehr in den Existenzbedingun-

gen, die den Gebrauch dieses Begriffs ermöglichen, begreift er Verantwortung als einen »diskursiven Operator« (Vogelmann 2014, S. 124), der sich zu einem je spezifischen Begriff ausformen kann. Seine Genealogie der Verantwortung erweist sich damit als eine Praktiken-Analyse, die es erlaubt, nach der je spezifischen Verwendung des Terminus in konkreten praktischen Zusammenhängen sowie damit verbundener Konsequenzen zu fragen. Er selbst fokussiert dabei die drei Bereiche Arbeitslosigkeit, Kriminalität und Philosophie. Seine Analytik lässt sich aber ebenso auf Praktiken beziehen, die einen deutlicheren Bezug zu Nachhaltigkeit aufweisen.

Mit der terminologischen Unterscheidung von »Begriff« und »diskursivem Operator« verdeutlicht Vogelmann, dass »Verantwortung« erstens auf der Ebene der direkten Wirkungen keine Gemeinsamkeiten aufweist, da die Praktiken, in denen sie Gebrauch findet, zu heterogen sind, und zweitens »Machtbeziehungen etabliert oder kappt, Erkenntnisse fördert oder hemmt und Einfluss auf die Subjektivierungen nimmt« (Vogelmann 2014, S. 124) – kurzum: Verantwortung zeitigt ihre Wirkung im Gebrauch und entfaltet dabei ihre je eigene performative Qualität. Um den Gebrauch von unterschiedlichen Verantwortungsbegriffen untersuchen zu können, entwickelt Vogelmann eine Heuristik, die Verantwortung formal bestimmt, nämlich als eine Relation, in der (mindestens) zwei Positionen existent sein müssen: »Erstens die Position, an der die Relation hängt, die also ein Relatum darstellt, und zweitens die Position, von der aus diese Relation artikuliert wird, die also etwas mit dem diskursiven Operator Verantwortung umschreibt.« (Vogelmann 2014, S. 125) Diese beiden Subjektpositionen – eine, die Verantwortung zuschreibt, und eine, die diese Zuschreibung empfängt – verteilen sich in der Regel auf zwei oder mehr Akteure, können aber – im Sinne einer Selbstzuschreibung – gegebenenfalls auch in einem Akteur zusammenfallen. Über die zwei Subjektpositionen hinaus bedarf es konstitutiv eines Dritten im Sinne eines Mediums bzw. diskursiven Raums, in dem diese Positionierung als Zuschreibender und Adressat von Verantwortung überhaupt möglich ist.

Der Mehrwert dieser Herangehensweise besteht darin, dass sie es ermöglicht, bei gleichzeitiger Einheitlichkeit der Heuristik von Verantwortung die Vielfalt praktikenspezifischer Gebrauchsweisen von Verantwortung zu erfassen und die sozio-materiellen Bedingungen wie praktischen Modi ihrer performativen Erzeugung in den Blick zu nehmen. Verantwortung erscheint in dieser Perspektive also nicht als ein übergreifendes, universales und somit überzeitlich gültiges Konzept, sondern wird immer wieder neu und anders als ein je konkretes, historisch und kulturell situiertes praktikenspezifisches Phänomen hervorgebracht: Das »Operieren« von Verantwortung zeitigt also je spezifische Wirkungen, die mit einer bloßen Erschließung von Verantwortungssemantiken nicht sichtbar gemacht werden können, sondern der Analyse des sozialen Gebrauchs von Verantwortung bedürfen.

Verantwortung als diskursiver Operator verweist also auf die *kontextualisierte lexikalische Evidenz*, d.h. den Einsatz des Wortes »Verantwortung« in einem bestimmten praktischen Kontext. Diesen Verweisungszusammenhang in der Relation zwischen den Verantwortungsrelata herzustellen ist das, was die verschiedenen (sich in der Praxis ausformenden) Verantwortungsbegriffe gemeinsam haben. Für unsere Analytik bedeutet diese Herangehensweise, sich nicht auf einen Verantwortungsbegriff festlegen zu müssen, der von bestimmten Kontexten oder Aspekten von Verantwortung abstrahiert. Statt den Status des Subjekts (als autonom, handlungsfähig, kompetent etc.) theoretisch zu fixieren oder bestimmte Handlungszusammenhänge vorweg zu definieren, ginge es darum, *wie* Menschen durch Verantwortungszuschreibung zu Subjekten gemacht werden und *inwiefern* sie dabei Handlungsfähigkeit erlangen.

Die vorgeschlagene Analytik erschöpft sich jedoch nicht darin, die Existenzbedingungen für den Begriffsgebrauch zu formulieren. Vielmehr sucht sie die Hervorbringung von Verantwortung in konkreten Praktiken als »Bedeutungen im Vollzug« auf (Schürmann 2014). An Vogelmann anschließend richtet sich der Blick damit auf den *Gebrauch* von Verantwortung entlang der von Foucault eingeführten drei Analyseachsen Subjektivierung, Macht und Wissen. Diese drei Achsen bestimmen, wonach der jeweilige Gebrauch des Begriffs Verantwortung befragt wird. Sie bezeichnen keine voneinander getrennten Dimensionen, sondern sind miteinander verschränkt.

In einer solchen praxistheoretischen Sicht thematisiert die Achse der Subjektivierung die Ko-Konstitution der Akteure als verantwortungszuweisende bzw. verantwortliche Subjekte im sozialen Geschehen: Anders als handlungstheoretische Konzeptionen, die dazu neigen, die Verantwortungsfähigkeit von Akteuren immer schon vorauszusetzen, geht es in einer praxeologischen Perspektive auf Subjektivierung darum zu rekonstruieren, wie eine subjekthafte Handlungsmacht als »Verantwortung« in der Praxis ausgeformt wird und performativ in Erscheinung tritt. Damit richtet sich die Aufmerksamkeit auf das gemeinsame – zeitlich und räumlich mitunter durchaus entkoppelte – Tun, in welchem sich individuelle oder kollektive (institutionelle) Akteure wechselseitig ins Spiel bringen und als verantwortliche Subjekte entwerfen und anerkennbar machen (Alkemeyer et al. 2015, S. 39). Da Subjektivierung auf diese Weise relational gefasst wird, ist sie als konstitutiv bedingt und damit stets als machtvoll zu denken: Die Achse der Macht verweist dann auf die der individuellen Kontrolle weitgehend unverfügbaren (materiellen und normativen) Bedingungen praktischer Ordnungen sowie darauf, dass die Bildung eines Selbst und das Einnehmen einer bestimmten (Subjekt-)Position im sozialen Raum immer auch auf (wechselseitige) Akte der Anerkennung durch andere angewiesen ist und durch diese hergestellt wird.

Die im Mainstream des Nachhaltigkeitsdiskurses immer wieder unterstellte Fähigkeit von Akteuren, die ihnen zugewiesene Verantwortung auch über-

nehmen zu können, erweist sich in dieser Perspektive als extrem voraussetzungsvoll. Diese Voraussetzungen kommen in den Blick, wenn danach gefragt wird, wie und inwiefern Akteure in den Interaktionen der Praxis überhaupt dazu befähigt werden und sich selbst dazu befähigen, sich zu ihrer Anrufung als verantwortliches Subjekt zu verhalten (Alkemeyer und Buschmann 2017). Somit geht es in dieser Perspektive um *Befähigung* als einer relationalen Kategorie, die in den sozialen Vollzugsprozessen lokal situierter, konkreter Praktiken hervorgebracht wird, und eben nicht um *Fähigkeit* im Sinne einer individuellen Eigenschaft oder einer bestimmten, durch das Individuum zu erwerbenden Kompetenz. Befähigung wird dabei jedoch nicht funktionalistisch auf ein praktikenadäquates »knowing-how« reduziert und das Subjekt entsprechend als ein bloßes Vollzugsorgan der jeweiligen Praktik begriffen, wie dies manche Auslegungen der Praxistheorie nahelegen (bspw. Shove et al. 2012; Schmidt 2012). Vielmehr wird in der von uns eingenommenen Perspektive das Subjekt auch dazu befähigt, sich den normativen Anrufungen des Nachhaltigkeitsdiskurses auf eigene Weise zu stellen oder gegebenenfalls zu entziehen bzw. sich der Responsibilisierung selbstverantwortlich zu verweigern (Alkemeyer et al. 2015, S. 42-47).

Die Frage, wie Verantwortungsverhältnisse als ein machtvolleres Subjektivierungsgeschehen hergestellt werden, hängt in dieser Perspektive immer auch damit zusammen, welches Wissen der Responsibilisierungsrelation ihre Plausibilität und Legitimität verleiht. Die Achse des Wissens verweist im Falle des Nachhaltigkeitsdiskurses beispielsweise auf die aus der gesellschaftlichen Selbstproblematisierung eines gestörten Verhältnisses von Mensch und Natur resultierende Wissensordnung, welche die Hervorbringung einer »Verantwortung für Nachhaltigkeit« erst möglich macht. Auf der Basis der jeweils ausgefalteten Wissensordnung werden so die Kontexte bzw. Handlungszusammenhänge modelliert, in denen »Verantwortung« praktisch wirksam wird. Damit geraten genau jene praktischen Bedeutungszusammenhänge in den Blick, in denen jemand für nachhaltiges Verhalten responsibilisiert und so zum Subjekt des damit zugleich hergestellten Handlungszusammenhangs *gemacht* wird.

5. FAZIT: »DOING VERANTWORTUNG« ALS »SUBJEKTIVIERUNG VON NACHHALTIGKEIT«?

In der Rede von der »Verantwortung für Nachhaltigkeit« wird das Individuum immer wieder als ein handlungsfähiges, autonomes Subjekt – im Sinne einer imaginierten, von einer Einheitsfiktion zusammengehaltenen, durchschnittlichen Standardperson – adressiert, welches über das Wissen und Ressourcen verfüge, sein Handeln an dieser responsibilisierenden Anrufung auszurichten. Soziale und kulturelle Ungleichheiten, Machtverhältnisse sowie die Komple-

xität sozialer Praktiken kommen dabei zuvörderst dahingehend in den Blick, inwiefern sie der Indienstnahme von Akteuren für Nachhaltigkeit hinderlich oder förderlich sind. Die hier vorgeschlagene Analytik beleuchtet Responsibilisierung darüber hinaus auch im Blick auf die gesellschaftlichen, historisch situiereten Möglichkeitsbedingungen für unterschiedliche Formen und Weisen der Subjektwerdung in spätmodernen Gesellschaften.

Im Anschluss an die Gouvernamentalitätsstudien haben wir zunächst gezeigt, dass sich die Konjunktur von Verantwortungszuschreibungen im Zusammenhang mit Nachhaltigkeit als »Regierungsweise« neoliberal organisierter Gesellschaften verstehen lässt: Praktiken, die einst aus einem emanzipatorischen Impetus entstanden sind, tragen nunmehr zu einer Individualisierung strukturell bedingter Probleme bei (vgl. Kastner 2008, S. 50) – ein Trend, den man in der Terminologie des hier vorgestellten Zugangs als »Subjektivierung von Nachhaltigkeit« bezeichnen könnte. Verantwortung für Nachhaltigkeit wird dabei zum Richtmaß einer Bewertung von einzelnen Menschen – eine gescheiterte Verantwortungsübernahme impliziert moralisches Versagen.

Responsibilisierung wird in dieser Perspektive jedoch in erster Linie als ein einseitiges Unterwerfungsgeschehen betrachtet. Die praxeologische Erweiterung dieser Perspektive erlaubt es darüber hinaus, Responsibilisierung als ein relationales Geschehen zu begreifen, in welchem sich praktische Ordnungen und ihre Subjekte wechselseitig hervorbringen. Dies bedeutet, dass sich mit der »bedingten« Befähigung zur Verantwortungsübernahme auch Potenziale der Stellung- und Distanznahme in Bezug auf diese Ordnungen ausformen und diese verändern können. Eine solche Perspektive auf das »doing Verantwortung« zielt darauf ab, die »Bedingungen der Möglichkeit von Lebensformen [zu durchleuchten], in denen sich Heteronomie stabilisiert und in denen sich Herrschaft in Mentalitäten« einschreibt (Saar 2013, S. 263), um »angesichts deren Gewordenheit praxeologisch nach *alternativen* Bedingungen der Möglichkeit von Befähigungen zur – durchaus auch absichtsvollen – Irritation, Kritik, Transformation und Überschreitung« dieser Lebensformen zu fragen (Alkemeyer et al. 2015, S. 47; Herv. i.O.).

Die Kategorie der »Verantwortung« als normatives Konzept für ein »gelingendes« Lebens muss deshalb nicht verworfen werden. Anstatt das verantwortliche Subjekt jedoch immer schon vorauszusetzen, schlagen wir mit der in diesem Beitrag ausgearbeiteten Analytik vor, Verantwortung als ein historisch kontingentes, in Praktiken hergestelltes und damit in seiner Hervorbringung erklärungs würdiges Phänomen zu betrachten: Verantwortung rückt damit von der Theorieseite auf die Empirieseite der Analyse von Nachhaltigkeitspraktiken und -diskursen und wird als Responsibilisierung im Sinne eines »doing Verantwortung« in den Blick genommen. Mithin geht es darum, die

gesellschaftlichen Möglichkeiten einer »bedingten Freiheit« (Schürmann 2011, S. 216) zur Verantwortungsübernahme zum Thema zu machen.

LITERATUR

- Alkemeyer, Thomas, und Nikolaus Buschmann. 2017. Befähigen. Praxistheoretische Überlegungen zur Subjektivierung von Mitspielfähigkeit. In *Pierre Bourdieu: Pädagogische Lektüren*, Hg. Markus Rieger-Ladich und Christian Grabau, 271-297. Wiesbaden: Springer VS.
- Alkemeyer, Thomas, Nikolaus Buschmann und Matthias Michaeler. 2015. Kritik der Praxis. Plädoyer für eine subjektivierungstheoretische Erweiterung der Praxistheorien. In *Praxis denken. Konzepte und Kritik*, Hg. Thomas Alkemeyer, Volker Schürmann und Jörg Volbers, 25-50. Wiesbaden: Springer VS.
- Beck, Ulrich. 1986. *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Bilharz, Michael, Vera Fricke und Ulf Schrader. 2011. Wider die Bagatellisierung der Konsumentenverantwortung. *GAIA* 20:9-13.
- Brickwedde, Fritz, und Ulrike Peters, Hg. 2002. *Umweltkommunikation – vom Wissen zum Handeln: 7. Internationale Sommerakademie St. Marienthal*. Berlin: Schmidt.
- Brand, Karl Werner. 2008. Konsum im Kontext. Der »verantwortliche Konsument« — ein Motor nachhaltigen Konsums? In *Nachhaltigkeit als radikaler Wandel. Die Quadratur des Kreises?*, Hg. Hellmuth Lange, 71-93. Wiesbaden: VS.
- Brand, Karl Werner. 2002. Nachhaltig Leben! Zur Problematik der Veränderung von Lebensstilen. In *Lebensstile und Nachhaltigkeit: Konzepte, Befunde und Potentiale*, Hg. Dieter Rink, 183-204. Opladen: Leske und Budrich.
- Darier, Éric. 1996. Environmental governmentality: The case of Canada's green plan. *Environmental Politics* 5:585-606.
- Grunwald, Armin. 2010a. Wider die Privatisierung der Nachhaltigkeit – Warum ökologisch korrekter Konsum die Umwelt nicht retten kann. *GAIA* 19:178-182.
- Grunwald, Armin. 2010b. Die Ökologie der Individuen. Erwartungen an individuelles Umwelthandeln. In *Ökologische Aufklärung: 25 Jahre »Ökologische Kommunikation«*, Hg. Christian Büscher und Klaus-Peter Japp, 231-257. Wiesbaden: VS.
- Günther, Klaus. 2002. Zwischen Ermächtigung und Disziplinierung. Verantwortung im gegenwärtigen Kapitalismus. In *Befreiung aus der Mündigkeit: Paradoxien des gegenwärtigen Kapitalismus*, Hg. Axel Honneth, 117-139. Frankfurt a.M.: Campus.

- Hauff, Volker. 1987. *Unsere gemeinsame Zukunft. Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung*. Greven: Eggenkamp.
- Heidbrink, Ludger, und Johannes Reidel. 2011. Nachhaltiger Konsum durch politische Selbstbindung. *GAIA* 20:152-156.
- Hellmann, Kai-Uwe. 2011. Der Eigensinn der Konsumenten. Zur Frage der Verantwortung bei der Zurechnung von Konsumentenverantwortung. In *Die Verantwortung des Konsumenten: Über das Verhältnis von Markt, Moral und Konsum*, Hg. Ludger Heidbrink, Imke Schmidt und Björn Ahaus, 269-283. Frankfurt a.M.: Campus.
- Henkel, Anna, und Niels Åkerstrøm Andersen, Hg. 2014. *Precarious Responsibility*. Sonderheft der Zeitschrift Soziale Systeme 19(2).
- Hildebrandt, Eckart. 1995. Sustainability – ein Weg aus der Krise zu neuen, sozial-ökologischen Lebensstilen. In *27. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Gesellschaften im Umbruch. Berichte aus den Sektionen und Arbeitsgruppen*, Hg. Heinz Sahner und Stefan Schwendtner, 800-807. Opladen: Leske und Budrich.
- Hofmeister, Sabine. 1999. Über Effizienz und Suffizienz hinaus. *Politische Ökologie* 62: 34-38.
- Honneth, Axel, Hg. 2002. *Befreiung aus der Mündigkeit: Paradoxien des gegenwärtigen Kapitalismus*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Huber, Joseph. 1995. Nachhaltige Entwicklung durch Suffizienz, Effizienz und Konsistenz. In *Nachhaltigkeit in naturwissenschaftlicher und sozialwissenschaftlicher Perspektive*, Hg. Peter Fritz, Joseph Huber, Hans Wolfgang Levi und Christiane Busch-Lüty, 31-46. Stuttgart: Hirzel.
- Junge, Torsten. 2008. *Gouvernementalität der Wissensgesellschaft. Politik und Subjektivität unter dem Regime des Wissens*. Bielefeld: transcript.
- Kastner, Jens. 2008. (Was heißt) Gegen-Verhalten im Neoliberalismus? In *Widerstand denken: Michel Foucault und die Grenzen der Macht*, Hg. Daniel Hechler und Axel Philipps, 39-56. Bielefeld: transcript.
- Krasmann, Susanne. 2003. *Die Kriminalität der Gesellschaft: zur Gouvernementalität der Gegenwart*. Konstanz: UVK.
- Kuchenbuch, David. 2016. Fernmoral. Zur Genealogie des globalen Gewissens. *Merkur* 70:40-51.
- Lange, Hellmuth. 2002. Veränderungen von Lebensstilen als gesellschaftliche Aushandlungsprozesse. In *Lebensstile und Nachhaltigkeit: Konzepte, Befunde und Potentiale*. Hg. Dieter Rink, 205-228. Opladen: Leske und Budrich.
- Lemke, Thomas. 2000. Neoliberalismus, Staat und Selbsttechnologien. Ein kritischer Überblick über die governmentality studies. *Politische Vierteljahresschrift* 41:31-47.
- Lessenich, Stephan. 2009. Krise des Sozialen? *Aus Politik und Zeitgeschichte* 52:28-34.

- Paterson, Matthew, und Johannes Stripple. 2010. My Space: Governing Individuals' Carbon Emissions. *Environment and Planning D: Society and Space* 28:341-362.
- Petersen, Thomas und Johannes Schiller. 2011. Politische Verantwortung für Nachhaltigkeit und Konsumentensouveränität. *GAIA* 20:157-161.
- Poferl, Angelika. 2000. »Umweltbewusstsein« und soziale Praxis. Gesellschaftliche und alltagsweltliche Voraussetzungen, Widersprüche und Konflikte. In *Ökologisches Handeln als sozialer Konflikt: Umwelt im Alltag*, Hg. Hellmuth Lange, 35-56. Opladen: Leske und Budrich.
- Rose, Nikolas. 2000. Government and Control. *British Journal of Criminology* 40:321-339.
- Rose, Nikolas, und Peter Miller. 1992. Political Power beyond the State: Problematics of Government. *The British Journal of Sociology* 43:271-303.
- Rose, Nikolas, Pat O'Malley und Mariana Valverde. 2006. Governmentality. *Annual Review of Law and Social Science* 2:83-104.
- Rutland, Ted, und Alex Aylett. 2008. The Work of Policy: Actor Networks, Governmentality, and Local Action on Climate Change in Portland, Oregon. *Environment and Planning D: Society and Space* 26:627-646.
- Sachs, Wolfgang. 1993. Die vier E's: Merkposten für einen maßvollen Wirtschaftsstil. *Politische Ökologie* 33:69-72.
- Sachverständigenrat für Umweltfragen. 1994. *Für eine dauerhaft-umweltgerechte Entwicklung. Umweltgutachten 1994 des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen*.
- Samerski, Silja, und Anna Henkel, Hg. 2015. *Die Qual der Wahl. Entscheidung und Verantwortung im Wandel*. Sonderheft der Zeitschrift Berliner Journal für Soziologie 25(1-2).
- Scherhorn, Gerhard. 2002. *Nachhaltiger Konsum: auf dem Weg zur gesellschaftlichen Verankerung*. München: Oekom.
- Schmidt, Robert. 2012. *Soziologie der Praktiken. Konzeptionelle Studien und empirische Analysen*. Berlin: Suhrkamp.
- Schubert, Karoline. 2000. *Ökologische Lebensstile: Versuch einer allgemeinen Typologie*. Frankfurt a.M.: Lang.
- Schürmann, Volker. 2011. *Die Unergründlichkeit des Lebens. Lebens-Politik zwischen Biomacht und Kulturkritik*. Bielefeld: transcript.
- Schürmann, Volker. 2014. Bedeutungen im Vollzug. Zum spezifischen Gewicht der Praxisphilosophie. *Sport und Gesellschaft* 11:212-231.
- Siebenhüner, Bernd. 2011. Kann die Politik es richten? Konsument(inn)en als politische Akteure. *GAIA* 20:14-16.
- Shove, Elisabeth, Mika Pantzar und Matt Watson. 2012. *The Dynamics of Social Practice. Everyday Life and How It Changes*. London: Sage Publications.
- Sombetzki, Janina. 2014. *Verantwortung als Begriff, Fähigkeit, Aufgabe: eine Drei-Ebenen-Analyse*. Wiesbaden: Springer VS.

-
- Soneryd, Linda, und Ylva Ugglå. 2015. Green governmentality and responsabilization: new forms of governance and responses to »consumer responsibility«. *Environmental Politics* 24:913-931.
- Tenbruck, Friedrich. 1961. Zur deutsche Rezeption der Rollentheorie. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 13:1-40.
- Vogelmann, Frieder. 2014. *Im Bann der Verantwortung*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Warsewa, Günter. 1997. Moderne Lebensweise und ökologische Korrektheit. Zum Zusammenhang von sozialem und ökologischem Wandel. In *Nachhaltige Entwicklung. Eine Herausforderung an die Soziologie*, Hg. Karl-Werner Brand, 195-210. Opladen: Leske und Budrich.

Nachhaltiger Konsum im Alltag – Verantwortungsübernahme zwischen Politisierung und Agency

Jana Rückert-John und Melanie Jaeger-Erben

1. DIE POLITISIERUNG ALLTÄGLICHEN KONSUMS

Die Feststellung, dass Menschen mit ihrem Lebensstil eine wichtige Verantwortung für nachhaltige Entwicklung tragen, findet sich bereits im Brundtland-Bericht »Our common future« von 1987: »Sustainable global development requires that those who are more affluent adopt life-styles within the planet's ecological means – in their use of energy, for example.« (Brundtland 1987) Seitdem hat sich der Begriff der umweltbewussten oder später der nachhaltigen Lebensstile in der Umweltdebatte fest verankert und ist zu einer »politischen Beschwörungsformel« (Lange 2005, S. 15) avanciert.

So wurde in den 1990er Jahren eine zunehmende »Re-Politisierung« von Lebensstilen und Lebensführungen (Hitzler 1994) beobachtet, die auch als »life politics« (Giddens 1993) oder »lifestyle politics« (Blühdorn 2013) beschrieben werden. Dieter Rink zufolge »dient die Lebensstilthematik zunehmend als Vehikel für die Mobilisierung der Bevölkerung für umweltpolitische Belange und als Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung. [...] Die Adressaten werden allerdings nicht mehr qua Betroffenheit, sondern immer mehr als Verbraucher und mit den Mitteln des Marketings und der Werbung angesprochen« (Rink 2002, S. 8). Die Veränderung von Lebensstilen wird als zentraler Impuls umfassender gesellschaftlicher Gestaltung und Reform angesehen, wobei sich die Kommunikation vom moralischen Zeigefinger hin zu einer Popularisierung nachhaltigen Konsums bewegt. Grundlegend ist bei dieser Form der Re-Politisierung, dass Alltag und Lebensführung nicht mehr als Privatsache gelten, sondern sich im Kontext globaler Interdependenzen moralisch rechtfertigen lassen müssen, sie werden somit von öffentlichem Interesse. Alltägliche Praxen werden diskursiv, alltägliche Entscheidungen sind nicht mehr länger

routiniert und selbstdienlich, sondern sollen im Sinne signifikanter Anderer getroffen werden, sie müssen intra- und intergenerational verantwortlich sein.

Beiträge der Postdemokratie-Debatte erkennen hierin eine Entwicklung weg von der durch die neuen sozialen Bewegungen propagierten emanzipatorischen Praxis hin zu einer Individualisierung von Verantwortung als »lifestyle choice«. Statt also zunächst die Grundlagen für soziale Teilhabe und Beteiligung zu schaffen, werden Wahlfreiheit und Gestaltungsmacht des Einzelnen im Sinne einer »transformative capacity« vorausgesetzt (Berger 1995). Das Ziel einer umfassenden Systemtransformation wird dabei ersetzt durch eine »systemkonforme Ökonomisierung und Issue-, Spaß- und Event-Orientierung der politischen Beteiligung« (Baringhorst 2015, S. 17), in der Bürgerinnen und Bürger aufgefordert sind, »Politik mit dem Einkaufswagen« (Baringhorst et al. 2007) zu betreiben. Die Politisierung des Konsums ist jedoch nicht nur eine »von oben« verfolgte politische Strategie. Begriffe wie »political consumerism« bzw. politischer Konsum (Micheletti 2006), »environmental citizenship« (Dobson 2003) und hiermit zusammenhängende Untersuchungen weisen darauf hin, dass auch Bürgerinnen und Bürger selbst ihre Konsumententscheidungen vermehrt als politische Entscheidungen wahrzunehmen scheinen. Die hiermit assoziierbaren sozialen Phänomene reichen von Plattformen für grünen Konsum wie utopia.de über konzentrierte Boykott-Aktionen wie CarrotMobs (Grundmann und Reitmeier 2017) bis hin zu kollektiven Energiespar-Aktionen wie den Energienachbarschaften¹ und zeigen eine »Re-Politisierung von unten«, die mehr zu sein scheint, als ein bloßer Effekt der oben beschriebenen Mobilisierung der Bevölkerung für umweltpolitische Belange. Aus Sicht der Akteure geht es auch um kreative Experimente mit dem Ziel, die Selbstwirksamkeit und Sichtbarkeit durch kollektives Handeln zu erhöhen, aber auch um die gegenseitige Stärkung und Unterstützung und die Bildung »posttraditionaler Gemeinschaften«. Eine vorschnelle Deutung könnte lauten, dass damit die Privatisierung der Verantwortung für nachhaltige Entwicklung legitim sei, scheinen doch Verantwortungsübergabe und -übernahme Hand in Hand zu gehen. Dass diese Deutung allein aus der Perspektive nachhaltiger Entwicklung gefährlich ist, wird schon daran deutlich, dass es sich beim politischen Konsum (wie beim nachhaltigen Konsum insgesamt) noch eher um Nischenphänomene handelt, an dem exklusiv nur bestimmte Bevölkerungsgruppen teilhaben. Darüber hinaus stellt die Grundannahme der Wahlfreiheit und Gestaltungsmacht eine eindimensionale Rationalisierung und Komplexitätsreduktion dar, die soziale Ungleichheiten und latente Überforderungskrisen in der »Multioptionsgesellschaft« (Gross 1994), aber auch ganz »banale«

1 | Vgl. den Sammelband von Jaeger-Erben, Rückert-John und Schäfer (2017), der unter dem Begriff »strategischer Konsum« einige dieser neuartigen sozialen Praxen beschreibt.

Alltagsrationalitäten und alltägliche strukturelle Hemmnisse vernachlässigt und »moralische Zumutungen auf die individuellen Konsumobjekte bloß abwälzt und in der Konsequenz deren Autonomieprobleme noch verschärft« (Lamla 2007, S. 77).

Jörn Lamla (2007) fragt in seinem Beitrag zum Begriff des »consumer citizen« nach Möglichkeiten der Autonomiegewinnung jenseits einer gesellschaftspolitischen Instrumentalisierung und vor dem Hintergrund alltäglicher und biografischer Lebensführung. Hierbei greift er die Perspektive von Michel de Certeau auf, der die grundlegend politische Qualität des »Verbraucherhandelns« betont. Damit ist jedoch nicht gemeint, dass Konsumentinnen und Konsumenten mit ihrem Konsumhandeln Verantwortung für das politische Projekt Nachhaltigkeit übernehmen sollen. Vielmehr betont Lamla mit Bezug auf de Certeau die »aktiven und kreativen Anpassungsleistungen der Handelnden im Regelgebrauch, die im Regelgefüge stets auch Modifikationen, Verschiebungen oder Grenzverletzungen bewirken« (Lamla 2007, S. 56). Konsum ist also keine bloße Strukturreproduktion (im Sinne der Nutzung von Angeboten und Dienstleistungen), diese geht auch immer einher mit Strukturtransformation, der kreativen Aneignung und Anpassung der Angebote und damit einer politischen Handlung. Unter Rückbezug auf verschiedene kulturtheoretische Ansätze² identifiziert Lamla das Überschreiten von Regeln und Konventionen geordneter Marktteilnahmen, beispielsweise durch subversive Taktiken des Umfunktionierens, und der aus eigenem Antrieb erfolgenden Hybridisierung von Praktiken und Rollen privatwohlorientierter Consumer mit gemeinwohlorientierten Citizens als Wege zur Autonomiegewinnung und -sicherung. Zudem beschreibt er institutionelle und kulturelle Rahmenbedingungen wie soziale Anerkennung und Beteiligung an einer Öffentlichkeit unter Erhalt der Privatsphäre.

Diese Perspektive auf Wege und Möglichkeiten zum – im Sinne der nachhaltigen Entwicklung – verantwortungsvollen Konsum unter der Berücksichtigung von Chancen und Hindernissen der Autonomiegewinnung und -sicherung wird auch im vorliegenden Beitrag angewendet. Im Folgenden soll unter Bezugnahme auf das Projekt »Nachhaltiger Konsum durch soziale Innovationen. Integration des Verbrauchers«³ der Blick auf die Chancen der Veränderung von Alltagspraktiken und den damit verbundenen strukturellen Möglichkeiten und Hemmnissen gelegt werden. Zentrale Frage hierbei ist, wie sich innovative Praktiken strukturell stabilisieren, indem sie durch Konsumentinnen und Konsumenten angeeignet und in den Alltag integriert werden.

2 | Insbesondere Michel de Certeau, David Riesmann und Albert O. Hirschmann.

3 | Das Projekt wird vom Institut für Sozialinnovation Consulting (ISIconult) in Kooperation mit sociodimensions im Zeitraum von 2015 bis 2017 im Auftrag des BMUB und UBA durchgeführt.

Im folgenden Abschnitt stellen wir zunächst einige unserer theoretischen Vorüberlegungen und Bezugspunkte vor. Im Anschluss werden empirische Befunde aus qualitativen Interviews mit Konsumentinnen und Konsumenten vorgestellt, die mit innovativen, nachhaltigkeitsorientierten Praktiken in ihrem Alltag experimentiert haben. Abschließend arbeiten wir heraus, welche Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für die alltägliche Autonomiegewinnung und -sicherung zum verantwortungsvollen Konsum zentral sind und welche Hindernisse und Barrieren diese erschweren.

2. THEORETISCHER HINTERGRUND: ALLTAG, PRAXIS UND SOZIALER WANDEL

Die Autonomie des ›Konsumenten‹ kann als eine zentrale Unterscheidungsdimension unterschiedlicher konsumtheoretischer Perspektiven bezeichnet werden. Überspitzt dargestellt stehen sich dabei Auffassungen gegenüber, die jeweils für sich eine unangemessene Überbetonung entweder der individuellen Abhängigkeit oder der individuellen Freiheit betreiben (Paterson und Elliott 2005; Gronow und Warde 2001). Auf der einen Seite stehen eher strukturfunktionalistisch orientierte Perspektiven, die die Prädetermination sozialen Handelns und sozialer Praxis in den Vordergrund stellen und die soziale Konformität der Lebensweise von »konsumierenden Alltagsmenschen« sowie ihre Beherrschung durch dominante Produktionsweisen beschreiben.⁴ Auf der anderen Seite finden sich eher phänomenologisch orientierte Ansätze, die die Pluralisierung, die Zunahme von Optionen und Handlungsmöglichkeiten und die Kreativität des Handelns betonen und in der Konsumentinnen und Konsumenten aktive, kreative und selbst-reflexive Akteure sind.⁵ Zwischen diesen beiden – hier etwas polarisierenden – Perspektiven finden sich stärker praxisorientierte Ansätze, in denen Konsumhandlungen als Teil alltäglicher Praxis betrachtet werden (Brand 2011; Røpke 2009; Shove 2007; Warde 2005).

4 | Begriffe wie »Konsumgesellschaft« bilden hierbei eine eher strukturalistische Perspektive ab, in der der deterministische Einfluss der Produktions- auf die Lebensweise in den Vordergrund gestellt wird und in der eigenes Konsumhandeln sich dem gesellschaftlichen Mainstream kaum entziehen kann (vgl. auch Bogun 1997; Rink 2002 mit ihrem Verweis auf die »gesamtgemeinschaftliche Lebensweise«).

5 | Hierzu lassen sich Teile der Lebensstilforschung sowie der Forschung zu »conspicuous consumption« zählen, die sich der Konsumkultur oftmals vor allem in ihrer ›ästhetischen Dimension‹ widmen, also der bewussten Auswahl, dem Kauf und dem letztendlichen ›Zurschaustellen‹ von Produkten. Konsum ist hierbei eine Möglichkeit sich auszudrücken und zu kommunizieren und besteht aus einer Vielfalt an Optionen, Konsum individuell zu gestalten (vgl. Gronow und Warde 2001).

Hierbei werden die wechselseitigen Konstitutionsprozesse von Struktur und Agency (im Sinne von Wirkmächtigkeit) und das Neben- und Miteinander von Routiniertheit und Reflexivität, Determiniertheit und Autonomie beschrieben, die für die alltägliche Praxis kennzeichnend sind: »We find a path in-between, we make do. Improvising, appropriating, making up and making do, are all everyday activities that we negotiate multiple sets of rules and systems, structures and spaces.« (Paterson und Elliott 2005, S. 142)

Dieses »Making-Do« interessiert im Folgenden insbesondere in Bezug auf die Aneignung von innovativen Praktiken nachhaltigen Konsums. Dabei erfolgt die Annäherung über empirische Beispiele von Aneignungsprozessen aus verschiedenen theoretischen Perspektiven, um sowohl »die Breite« der alltäglichen sozialen Praktiken und der jeweils sozialen Settings, Praxisfelder und Praxisformationen (Hillebrandt 2014), die im Alltag ihre Wirksamkeit entfalten zu berücksichtigen, als auch den Alltag »in der Tiefe« der alltäglichen raumzeitlichen Selbstorganisation der Akteure in den Blick zu nehmen. Aus einer praxissoziologischen Perspektive werden verschiedene soziale Praktiken nachhaltigen Konsums betrachtet, das heißt organisierte »Bündel von Aktivitäten« (Schatzki 2009), die als Entitäten beschreibbar sind. Einen Blick »in die Breite« zu werfen, heißt dabei zu berücksichtigen, dass eine soziale Praktik immer auf ein ganzes Praxisfeld verweist, dass eine Handlung nur im Zusammenhang mit anderen Praktiken und vom sozialen Kontext ihres Auftretens her bestimmt werden kann (die Kontextualität und Relationalität des Handelns, Schäfer 2016). Bei der Perspektive »in die Tiefe« der alltäglichen Selbstorganisation geht es darum, die »Performance« der sozialen Praktiken zu fokussieren. Im Fokus steht dabei zum einen die Körperlichkeit und Materialität sozialer Praxis, die durch die praxistheoretische Sichtweise betont werden soll (Schäfer 2016). Für Schatzki weist diese Sichtweise auf den Kern menschlichen Lebens hin und zeigt »that existence is a happening taking the form of ceaseless performing and carrying out« (Schatzki 2002, S. 90). Eine Praktik, die Organisiertheit ihrer Elemente und ihre Relationalität zu anderen Praktiken existieren damit nur, wenn sie in Raum und Zeit (als »spatiotemporal entities«, Schatzki 2002, S. 90) vollzogen wird. Soziale Praktiken sind überindividuell, sie werden nicht als Eigenschaften von Akteuren behandelt, sondern existieren »out there« (Schatzki 1996, S. 106). Auch wenn praxissoziologische Zugänge sich von Handlungstheorien absetzen, indem sie das »Subjekt« dezentrieren und vor allem als Träger sozialer Praxis sehen, haben der einzelne Akteur und sein praktisches Verständnis eine wichtige Rolle bei der Steuerung sozialer Praktiken inne (Schatzki 2002). Alternative Praktiken können sich zudem nur entwickeln und durchsetzen, wenn sie neue Träger »rekrutieren« (Shove et al. 2012) und wenn sie sich die Praktiken durch Sozialisation im Lebensverlauf kontinuierlich aneignen, über Vermittlung, Beobachtung, Nachahmung, Partizipation und alle anderen vorstellbaren Wege des

expliziten und impliziten Lernens. Diese Aneignung und Alltagsintegration – und hier vorhandene Autonomiepotenziale sowie Versuche der Autonomiegewinnung – werden in praxissoziologischen Zugängen aber oft vernachlässigt. Um diese zu rekonstruieren, beziehen wir als weitere konzeptionelle Folie die stärker Agency- bzw. subjektorientierte Soziologie alltäglicher Lebensführung (Kudera und Voß 2000) ein. In dieser ebenfalls praxis- und tätigkeitsorientierten Perspektive steht die Integrations- und Koordinationsleistung des Akteurs im Vordergrund, der die Anforderungen verschiedener gesellschaftlicher Bereiche und alltäglicher Praxissettings als Handlungssystem auf individueller Ebene entwickelt. Nach Günther Voß besteht die Form der Lebensführung einer Person darin, »zu welchen Zeitpunkten, an welchen Orten, in welcher inhaltlichen Form, in welchen sozialen Zusammenhängen und orientiert an welchen sozialen Normen, mit welchen sinnhaften Deutungen sowie mit welchen Hilfsmitteln oder Ressourcen und schließlich mit welchen emotionalen Befindlichkeiten eine Person im Verlauf ihres Alltags typischerweise tätig ist« (Voß 1991, S. 32).

Soziale Praktiken sind zunächst hyperstabil und auch als Teil von Alltagsroutinen werden sie im Normalfall nicht problematisiert und reflektiert. Sie sind nach Giddens (1995) Teil des praktischen Bewusstseins, durch das soziale Akteure ›stillschweigend‹ wissen, was in bestimmten Situationen zu tun ist. In der alltäglichen Performance können sie jedoch aufgrund ihrer Unschärfen und der Interpretationsbedürftigkeit der vielfältigen, komplexen Umwelt an ihre Grenzen geraten oder scheitern (so kann es Reibungsverluste bei Abstimmungen zwischen den Beteiligten geben, ein Akteur kann in Zeitnot geraten (Reckwitz 2003), zudem können sich Elemente und Reproduktionsbedingungen von Praktiken-Arrangements ändern (Shove et al. 2012), wodurch Praktiken in eine Krise geraten (wie beispielsweise bei einem Fahrverbot für Dieselfahrzeuge). Bei jeder ›Störung‹ des Ablaufs, beim Wegfall bestimmter Voraussetzungen oder bei konkurrierenden Tätigkeiten oder Motiven – sei es durch äußere Einflüsse oder innere Veränderungen – werden routinierte Handlungen aber auch für das diskursive Bewusstsein (Giddens 1995) zugänglich. In einem solchen diskursiven ›Bewusstseinsmodus‹ ist der Akteur schließlich fähig, das eigene Handeln zu reflektieren, neues Wissen zu integrieren und neue oder modifizierte Alltagspraktiken zu entwickeln. In das alltägliche Handlungssystem kommt also Bewegung und es entstehen gewisse Autonomiepotenziale. Solche Krisen können zu inkrementellen Veränderungsanforderungen führen, die sich durch einfache Adaptationen bewältigen lassen. Jedoch können Praktiken sich auch als völlig überholt erweisen und müssen ersetzt oder re-arrangiert werden. Ein strukturell weitreichender Effekt – beispielsweise in Form eines gesellschaftlich relevanten nachhaltigen Konsums – ergibt sich daraus aber noch nicht. Wandeln sich Praktiken aber in einer Weise, die die Reproduktion der Umweltarrangements verändert, er-

scheinen sie innovativ und können über individuelle Alltage hinausreichende strukturelle Effekte haben. Es gilt also nicht nur zu untersuchen, wie Autonomiegewinne entstehen und neue Praktiken angeeignet werden (und sich dadurch verbreiten), sondern auch welche strukturellen Effekte auf breitere Praxisformationen entstehen.

Um diese strukturellen Effekte und die hierbei angestoßenen oder vollzogenen Wandlungsprozesse zu untersuchen, unterlegen wir die beiden Untersuchungsebenen – der Ebene innovativer sozialer Praktiken nachhaltigen Konsums als Entitäten und der Ebene der Aneignung innovativer Praktiken und des individuellen Praxisvollzugs im Rahmen alltäglicher Lebensführung – mit einer Prozessperspektive, die sich am evolutionären Innovationsverständnis (siehe John 2005, 2013) orientiert. Eine innovationstheoretische Perspektive ermöglicht es, Veränderungsprozesse dahingehend zu untersuchen, wie sich alternative Praktiken entwickeln und durchsetzen, indem sie etablierte Routinen und Erwartungen aufbrechen und ersetzen. Diese Entwicklung lässt sich aus Perspektive eines evolutionären Innovationsverständnisses als ein dreiphasiger Prozess (1) der Problematisierung und Variation bestehender sozialer Praktiken(-arrangements), (2) des Experimentierens mit und der Selektion von Alternativen und (3) der strukturellen Restabilisierung der Alternativen (vgl. John 2005) beschreiben. Hierbei handelt es sich um ein idealtypisches Prozessverständnis, das als Heuristik der empirischen Beobachtung dient. Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass es sich hierbei um einen kausalen Prozess handelt, indem die Phasen notwendigerweise aufeinander folgen. Die Phasen sind nicht strikt miteinander gekoppelt. In die empirische Beobachtung fließen zudem Momente des Scheiterns und co-evolutionäre Prozesse mit ein.

Diese Prozessperspektive wurde in einer Vorgängerstudie⁶ angewendet, um eine Typologie sozialer Innovationen nachhaltigen Konsums zu entwickeln. Dabei wurde ein erweitertes Konsumverständnis zugrunde gelegt, das heißt, es wurden nicht nur die Praktiken der Beschaffung und Konsumption, sondern auch der Herstellung (beziehungsweise der Beteiligung an der Herstellung) sowie der Nachnutzung und Entsorgung im Hinblick auf ihre Nachhaltigkeit betrachtet. Der Fokus lag vor allem auf den innovativen sozialen Phänomenen und Prozessen als Entitäten sowie auf den Initiatorinnen und Initiatoren der Aktivitäten. Im vorliegenden Beitrag liegt der Fokus auf dem Prozess ihrer Alltagsintegration und der Stabilisierung alternativer Praktiken im individuellen und organisationalen Alltag. Ähnlich wie die Entstehung innovativer Praktiken als ein Prozess beschrieben werden kann, der mit der Problematisierung bestehender Praktiken beginnt und bei einer Stabilisierung der innovativen Praktiken als vollzogen betrachtet werden kann, lässt sich auch

6 | »Nachhaltiger Konsum durch soziale Innovationen – Konzepte und Praxis«.

die Aneignung der innovativen Praktiken als Prozess beschreiben. Die folgende Beschreibung der empirischen Fälle konzentriert sich auf drei idealtypische Phasen der Alltagsintegration bzw. der jeweiligen Hindernisse und Barrieren. Die erste Phase fokussiert auf die Öffnung von Gelegenheitsfenstern durch Krisen oder Störungen der Alltagspraxis, durch die eine Suche nach alternativen Lösungen beginnt. Die zweite Phase lässt sich als Experimentier- und Aneignungsphase beschreiben, in der sich über praktische Alltagserfahrungen im Ausprobieren der innovativen Konsummuster das alternative Konsumhandeln nach und nach herauskristallisiert. In der dritten Phase geht es um die Re-Stabilisierung und Routinisierung im Alltag durch die Integration in den Kontext alltäglicher Lebensführung.

3. NACHHALTIGER KONSUM IM ALLTAG – EMPIRISCHE BEFUNDE

Der vorgestellte konzeptionelle Ansatz bildete die Grundlage für zwei aufeinander aufbauende Forschungsprojekte. Das erste Projekt verfolgte das Ziel, die Vielfalt neuartiger, als innovativ angesehener Formen nachhaltigen Konsums zu systematisieren und eine Typologie zu entwickeln, die eine gezielte umwelt- und gesellschaftspolitische Beobachtung und Förderung unterstützen kann. Die Typologie basiert auf der Analyse von 62 Fallbeispielen, die nach ihrem Potenzial ausgewählt wurden, alltägliche Konsumpraktiken in Richtung Nachhaltigkeit langfristig zu verändern. Das empirische Material für die Analyse der Fallbeispiele bildeten primär die Selbstbeschreibungen der jeweiligen Initiativen, Projekte oder Unternehmen (wie Webseite, Flyer oder Broschüren), Veröffentlichungen in wissenschaftlichen und Populärmedien sowie gezielte Interviews. Im Ergebnis konnten sechs Innovationstypen⁷ identifiziert werden, die sich hinsichtlich der zentralen Merkmale Gemeinschaftlichkeit und Eigeninitiative sowie Innovativität und Formalisierung unterscheiden (Jaeger-Erben et al. 2015; Rückert-John et al. 2015).

Dabei wird unter der Innovativität der alternativen Praktiken das Ausmaß der Veränderung der etablierten Praktiken durch alternative Formen des Konsums verstanden. Der zweite Aspekt, die Formalisierung der alternativen Praxis, gibt einen Hinweis darauf, wie stabil die Strukturen sind, die durch oder mit der die alternative Praxis etabliert und aufrechterhalten wird. Mit Eigeninitiative ist das persönliche Engagement der Konsumentinnen und Konsumenten gemeint, das notwendig ist, um die innovativen Alternativen zu initiieren

7 | Die sechs Innovationstypen sind: »Do-it-together«, »Strategischer Konsum«, »Konsumgemeinschaften«, »Do-it-yourself«, »Nachnutzung« und »Mieten und Leihen«. Eine nähere Erläuterung zu den Innovationstypen ist nachzulesen in: Rückert-John, Jaeger-Erben und Schäfer (2014).

und zu praktizieren. Das Merkmal »Gemeinschaftlichkeit« bezieht sich darauf, ob zum Vollzug der Praxis Gemeinschaften gebildet werden müssen und wie stark die Gemeinschaftlichkeit der Beteiligten untereinander ausgeprägt ist.

Im zweiten Projekt wurden ausgehend von der Typologie 17 (jeweils 2-3 pro Innovationstyp) qualitative, problemzentrierte Interviews mit Konsumentinnen und Konsumenten durchgeführt. Das Ziel der Analyse der problemzentrierten Interviews ist die Rekonstruktion des Prozesses der Aneignung und Alltagsintegration innovativer Konsumpraktiken. Im Folgenden werden zwei Innovationstypen »Do-it-together« und »Konsumgemeinschaften« als Beispiele für typische Veränderungsprozesse beschrieben. Hierbei liegt der Fokus auf idealtypischen Aspekten, wie sie über die konkreten Einzelfälle hinweg beobachtet werden können. Die charakteristischen Merkmale werden jeweils für die Phasen (1) Gelegenheitsfenster, (2) Aneignung und (3) Routinisierung beschrieben, es werden Zitate aus den Interviews zur Illustration angefügt und förderliche sowie hinderliche Aspekte bei der Übernahme innovativer Praktiken beschrieben.

3.1 Do-it-together

Bei dem Typus Do-it-together handelt es sich um Bottom-up-Initiativen, in denen die Konsumentinnen und Konsumenten selbst die Rahmenbedingungen für ihren Konsum gestalten und organisieren. Dabei entstehen neue gemeinschaftliche Formen des Zusammenlebens beziehungsweise des Wirtschaftens, diese basieren häufig auf alternativen Werteorientierungen und einem partizipativen Ansatz. Die in den Interviews fokussierten Fallbeispiele waren: Food-Coop, Ökodorf, solidarische Landwirtschaft und Gemeinschaftsgarten (Urban Gardening).

In den betrachteten Fällen bildet das Bedürfnis oder der Wunsch, im (Alltags-)Leben etwas zu verändern den Ausgangspunkt. Die Interviewten beginnen beispielsweise neue Lebensphasen und es öffnen sich **biografische Gelegenheitsfenster**: *»Und dann sind wir nach Lüneburg gezogen und die Frage war: Wo kriegen wir unsere Lebensmittel her? Und so einen großen Biosupermarkt fanden wir eigentlich gar nicht so attraktiv. Und hätten vielleicht eigentlich sogar gerne so einen kleinen Laden wieder gehabt. Und haben uns dann eben an Foodcoops erinnert und dann halt geguckt wo es sowas gibt«* [weiblich, 31, Partnerschaft, 1 Kind; DIT 3]⁸. Autonomie wird also dadurch gewonnen, dass sich Lebens- und Kontextbedingungen ändern, neue Räume oder Rollen angeeignet werden

8 | Die Angaben in der Klammer beziehen sich auf das Geschlecht, das Alter, die Familienform, die Anzahl der im Haushalt lebenden Kinder und die Kurzbezeichnung des Interviews.

müssen und ein neuer Möglichkeitsraum erschlossen werden kann. Für die Interviewten war dies ein Anlass, bisherige Interessen, Werteorientierungen und latente soziale Bedeutungen (wieder) stärker in ihren Alltag zu integrieren. Die Veränderung von Konsummustern ist eine wesentliche Manifestation des Veränderungswunsches.

Prägend ist auch der Wunsch nach einer stärkeren sozialen Einbettung des Alltags: die Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft und eine neue Form der Bindung an andere im Rahmen gemeinsamer Ziele und zielorientierter Handlungen. »Und da ist dann eben auch diese, diese Unverpackt Geschichte und so, was noch viel mehr, viel mehr Gemeinschaft und viel mehr Gemeinsamkeit und sowas gibt« [weiblich, 31, Partnerschaft, 1 Kind; DIT 3]. Die innovativen Praktiken haben einen hohen Wert für das eigene Identitätsprojekt, sie ermöglichen soziale Markierung, das Empfinden von Alternativität und Exklusivität: »Ich habe das Gefühl ich entwickle mich immer weiter in Bereiche, die ich mir nie hätte vorstellen können. Einfach weil Menschen hier schon viel weiter sind« [weiblich, 48, Partnerschaft; DIT 1].

Charakteristisch für die **Phase der Aneignung** sind die lange Zeit und der starke Experimentiercharakter der Aneignung neuer Praktiken. Die Person erschließt für sich ein neues Praxisfeld und eignet sich zum Teil eine Vielzahl neuer Praktiken an: »Also ich übernehme hier ganz viele Rollen, die ich nicht kannte. Vorher. Ja, ich habe auch Gruppen geleitet, aber nie Vollversammlungen. Und ja, es ist ein sehr, sehr, also es hat sich sehr viel verändert. Ich möchte nicht damit sagen, dass es leichter geworden ist, es hat aber eine andere Qualität bekommen, in der ich einen viel höheren Lebensqualitätsstandard bewerte« [weiblich, 48, Partnerschaft; DIT 1]. Wenn eine Person nicht ihr komplettes Leben umstellt – wie bei einem Umzug in ein Ökodorf – gibt es hohe Opportunitätskosten bei der Integration der neuen Praktiken in den Alltag und der Koordinierung mit bestehenden Praktiken. Die Gemeinschaft, der man sich anschließt, wirkt als neues soziales Setting ebenfalls in andere Alltagsbereiche hinein: »Naja und dann schafft man sich ebenso eine weitere Struktur im Leben, wo man eben Leute irgendwie kennt und wo man sich irgendwie vertraut ist auf eine gewisse Art und Weise. Genau, also so ein ja wie dein, wie dein Ort, der halt nicht so anonym ist, sondern halt irgendwie ein bisschen vertrauter eben« [weiblich, 31, Partnerschaft, 1 Kind; DIT 3]. Ein Prozess der Vergemeinschaftung beginnt, durch den andere Personen Zugriff auf den eigenen Alltag erhalten, auf eigene zeitliche, kognitive und andere Ressourcen. Im Gegenzug erhält die Person Zugriff auf Andere und deren Kompetenzen und weitere Ressourcen. Auf diese Weise entstehen Abhängigkeiten und Interaktions- beziehungsweise Kooperationsbedarfe, die im besten Fall die kollektive Selbstwirksamkeit erhöhen, aber ebenso zur sozialen Überforderung führen können. Erlern werden müssen daher soziale Interaktions- und Koordinationspraktiken sowie Praktiken der gemeinschaftlichen Selbstverwaltung: »Also es kostet einfach nochmal Zeit, also man spart halt sozu-

sagen Geld und den Aufwand jetzt einkaufen zu gehen. Man ist dadurch dann eben personell ein bisschen mehr eingebunden« [weiblich, 31, Partnerschaft, 1 Kind; DIT 3]. Durch die Entwicklung und Selbstverwaltung alternativer Konsumräume wird Autonomie gewonnen, die Abhängigkeit von etablierten Konsumarrangements sinkt, gleichzeitig entsteht eine enge Bindung an eine neue Praxisform, für deren Erhalt das kontinuierliche Do-it-together der Beteiligten zentral ist. In dem Fall, wenn die Gemeinschaft selbst noch im Entstehungsprozess ist und die Aneignungsprozesse nicht formalisiert sind, kann die Informalität der Beziehungen und Rollen einerseits als Hindernis, andererseits aber auch als spannendes Experimentierfeld wahrgenommen werden.

Die **Phase der Routinisierung** war bei den befragten Personen von einer weiterhin hohen Dynamik geprägt. Die Routinen selbst behalten zum Teil eine hohe Unbestimmtheit, sie können sich weiterhin verändern. Es gibt zudem überraschende Wendungen, das Ergebnis von Entscheidungen oder Handlungen ist mangels Erfahrung nicht immer vorhersehbar. Bei Praktiken der teilweisen Selbstversorgung durch Gemeinschaftsgärten oder solidarische Landwirtschaft beispielsweise stellt sich immer wieder die Frage, ob das solidarische Teilen des gemeinsamen Guts funktioniert: *»Wir nehmen uns einfach von dem, was es gibt, dann was weg. Und wenn du der Erste bist, ist es ganz schwierig das jetzt einzuschätzen. Wenn, ja, weil genau, weil das ist ja jetzt, genau die Menge, die ist dann halt so da«* [weiblich, 48, 1 Kind; DIT 4]. Es kommt häufig zu einem »Spillover«, das heißt, die Veränderung betrifft nicht nur die innovativen Praktiken, die neu in den Alltag integriert werden, deren Bedeutungen wirken auch in andere Alltagsbereiche und -praktiken hinein, die nicht zwingend verändert werden müssten. *»Also ich habe mich auch jetzt mal entwickelt durch meinen Partner auf Rohkost. Dass sowieso mein ganzes Ernährungssystem am Entwickeln, Verändern ist. [...] Ich lerne auch so viele neue Rezepte, durch die Küche, durch die Gemeinschaftsdienste, die wir machen«* [weiblich, 48, Partnerschaft; DIT 1]. Insgesamt kommt es eher zu einer Anpassung des Alltags an die neuen Praktiken und weniger zu einer Einpassung der Praktiken in den sonst gleichbleibenden Alltag. Die etablierten werden rund um die innovativen Praktiken neu geordnet und sortiert, die innovativen Praktiken haben als Routine-Tätigkeiten eine höhere Relevanz für das Selbst- und Welterleben, sie werden zum maßgeblichen Sozialmodus im Alltag. Schwierig wird es bei einer hohen Widerständigkeit des etablierten alltäglichen Handlungssystems, insbesondere wenn es hier starke Abhängigkeiten gibt: Alleinerziehende, Familien mit kleinen Kindern, beruflich stark eingespannte Personen aber auch infrastrukturell bedingte Inflexibilität wie eingeschränkte Mobilitätsmöglichkeiten.

3.2 Konsumgemeinschaften

Beim Typus Konsumgemeinschaften handelt es sich um auf Gemeinschaft basierende Konsumformen, die die Bereitschaft zum Teilen und/oder Tauschen voraussetzen. Die Nutzungshäufigkeit ist sehr unterschiedlich und meist auf eine konkrete Lebensphase oder einen Lebensbereich beschränkt. Die Dienstleistungen werden meist von gemeinnützigen oder gewerblichen Anbietern organisiert. Die im Folgenden beschriebenen Fälle betreffen Couchsurfing, privates Wohnungsteilen und Fahrgemeinschaften.

Auch im Fall der Konsumgemeinschaften entstehen die **Gelegenheitsfenster** in den untersuchten Fällen im Kontext einer neuen Lebensphase, eines Lebensereignisses (Ausbildung, Berufstätigkeit, Trennung) oder neue Möglichkeiten und Bedürfnisse in verschiedenen Konsumbereichen (z.B. Mobilität). Im Vordergrund stehen dabei aber nicht nur pragmatische Erwägungen. Zu beobachten ist ebenso der Wunsch danach, die Autonomiegewinne dazu zu nutzen, etwas Neues auszuprobieren, was unkonventionell ist und nicht dem Mainstream entspricht. Die Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe, die diese besonderen Konsummöglichkeiten praktiziert, erscheint reizvoll und erlaubt die Markierung von Besonderheiten: »*Menschen, die beim Couchsurfing ein Profil machen, ich glaube, die ticken vielleicht auch schon ein bisschen anders als jetzt der Durchschnittsbürger, keine Ahnung*« [weiblich, 50, alleinstehend; KG 1].

Förderlich für die neue Praktik ist eine gewisse Unabhängigkeit, das heißt, das Ausprobieren muss beispielsweise nicht im eigenen Haushalt abgesprochen und koordiniert werden, die Bedürfnisse von Kindern oder Partnern müssen nicht berücksichtigt werden. Begünstigend ist zudem, wenn mit den innovativen Praktiken weitere Vorteile verbunden sind, das heißt, wenn sie zum Beispiel neben einer spannenden Möglichkeit auch kostengünstiger als die konventionellen Praktiken sind: »*Und ich habe mir das Ganze abgerechnet, das war der wichtigste Grund damals und entschieden, dass ich Mitfahrgelegenheit in Anspruch nehmen werde*« [weiblich, 39, verheiratet, ein Kind; KG 3]. Damit eröffnen sich zudem weitere Konsummöglichkeiten, »*dadurch kann ich auch öfter in Urlaub fahren, großartig*« [weiblich, 50, alleinstehend; KG 1]. Weitere Vorteile bestehen auch darin, dass hiermit positive Umwelteffekte verbunden sein können, nämlich, dass die Praktiken »... *CO₂ neutraler wahrscheinlich*« [männlich, 32, Partnerschaft ohne Kinder; KG 2] sind.

Zentral für die **Phase der Aneignung** der alternativen Praktiken ist das »In-Beziehung-Treten« mit der Konsumgemeinschaft, was meist im virtuellen Raum passiert: Menschen werden Mitglied einer Plattform, erstellen ein Profil und treten mit einzelnen Mitgliedern für das »peer-to-peer-sharing« in Kontakt. Eine Herausforderung ist dabei die Integration der Online-Präsenz und Online-Kommunikation in den Alltag und den jeweils betroffenen Le-

bensbereich (z.B. »Reiseroutinen«) und der Aufbau von Vertrauen zwischen den Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Strategien und Praktiken zum Vertrauensaufbau (ein vertrauenswürdiges Profil erstellen, Regeln für das Feststellen von »Vertrauenswürdigkeit« entwickeln, Profile bewerten, Austausch persönlicher Daten) werden schrittweise angeeignet und angewendet: *»Erstmal habe ich geschaut, wie man sich auf der Seite einloggt, wie diese ganze Seite funktioniert, wie die Profile von Mitfahrenden und von den Leuten, die Mitfahrten anbieten, hergestellt werden. Dass es um Bewertungen geht, das war für mich ein wichtiges Kriterium auch. Also als ich angefangen habe zu suchen, habe ich immer geschaut, wie viele Fahrten eine Person schon hinter sich hatte als Fahrer oder Fahrerin und welche Bewertung dahinten steckt und habe von Anfang an nur die Personen genommen, die mein Vertrauen erweckt haben, ja so ging es los«* [weiblich, 39, verheiratet, ein Kind; KG 3]. Hierbei muss eine gewisse Unsicherheit des Praxisvollzugs akzeptiert und in die neue Routine integriert werden. Häufig wird sie von den Betroffenen aber auch als »Abenteuergewinn« empfunden, der die Neuartigkeit und Besonderheit der Praktik markiert.

Im Fall der Konsumgemeinschaften ist die die Einfachheit der Integration der Praktiken in den Alltag vergleichsweise sehr viel entscheidender dafür, ob es zu einer **Routinisierung** kommt. Die Praktiken betreffen in den untersuchten Fällen meist keine alltäglichen Routinen, sondern vielmehr außeralltägliche Praktiken wie Urlaubsreisen oder Fahrten zu einem entfernten Ausbildungsort. Etablierte Routinen zu ersetzen, ist daher nicht besonders schwierig, da die Integrationserfordernisse oder der Bedarf der Koordination mit anderen Praktiken eher gering sind. Ein höherer Organisationsaufwand im Vergleich zu den konventionellen Praktiken muss in Kauf genommen werden; er wird aber zum Teil auch nicht als Belastung, sondern als Zusatzgewinn (wie andere Menschen oder die Gegend kennenlernen) empfunden, dem ein Eigenwert zugesprochen wird. *»Ich liebe das auch so neue Lebensgeschichten kennenzulernen, was Menschen tun, wie sie unterwegs sind, warum die beim Couchsurfing sind, das ist immer spannend, sich so ein bisschen auszutauschen, auch wenn es dann manchmal nur ein kurzer Austausch ist, aber das ist immer klasse«* [weiblich, 50, alleinstehend; KG 1]. Dabei entstehen auch zusätzlich Flexibilisierungskosten durch die weiterhin bestehenden Unsicherheiten, ob das »geteilte Gut« tatsächlich zur Verfügung steht beziehungsweise gestellt wird. Für eine Verstetigung der Praktiken müssen diese in die Routinen integrierbar sein (z.B. Verspätungen werden geduldet, es müssen kurzfristig Alternativen vorhanden sein, z.B. können Anbieter von Schlaf- oder Mitfahrplätzen auch kurzfristig kontaktiert werden).

4. DISKUSSION: BEDINGUNGEN DER ALLTAGSINTEGRATION

Die beiden beschriebenen Innovationstypen unterscheiden sich hinsichtlich des Grads der Gemeinschaftlichkeit und der Innovativität der entsprechenden Praktiken sowie im Ausmaß der notwendigen Eigeninitiative und der Formalisierung der Strukturen. Diese typologischen Unterschiede bilden sich auch ganz klar im Veränderungsprozess auf der Akteursebene ab. Die Veränderungsimpulse gehen in beiden Fällen mit biografischen Veränderungen einher, sind jedoch im Fall des Do-it-together stärker wertgetrieben beziehungsweise wertebasiert. Hierbei geht es auch um Identitätsprojekte, um Veränderungen des Selbst- und Welterlebens als wichtigen Modus des Alltags (Voß 2000). Während Werte und Einstellungen bei der Beteiligung an Konsumgemeinschaften auch als relevant für den Impuls zur Aneignung neuer Praktiken geschildert werden, geht es hierbei jedoch vor allem um die Nutzung bestehender Angebote und nicht – wie beim Do-it-together – um die Beteiligung an der Herstellung der Angebote. Der hohe Wert der innovativen Praktiken für das Selbst- und Welterleben ist in Anbetracht der umfangreichen und dynamischen Aneignungs- und Routinisierungsphasen beim Do-it-together sehr zentral. Denn er bewirkt eine hohe Toleranz gegenüber Schwierigkeiten und Rückschlägen und lässt pragmatische Erwägungen und die Praktikabilität in den Hintergrund treten. Das Motiv, die eigenen Werte im Alltag besser abzubilden – und damit möglicherweise auch die eigene Wertigkeit und Selbstwirksamkeit zu erhöhen –, schafft somit auch eine gewisse Autonomie, mindestens gegenüber den Frustrationen und Rückschlägen, die von Widersprüchlichkeiten der etablierten Strukturen ausgelöst werden können. In beiden Fällen war das Empfinden und Praktizieren von Alternativität für die Interviewten von Relevanz. Auch hierin kann eine Form des Autonomiegewinns gesehen werden: Die innovativen Praktiken erschienen den Interviewten subversiv und experimentell, es kommt zu kreativen Neu-Kombinationen von Praktiken (Social-Media- mit Sharing-Praktiken), der Entwicklung gänzlich neuer Praktiken (wie Couchsurfing) oder gar neuen Praxisformationen (wie Ökodörfern), die die Regeln und Konventionen geordneter Marktteilnahme (vgl. Lamla 2007) in unterschiedlich starken Ausmaß unterbrechen. In den innovativen Praktiken gibt es viele unbestimmte und unscharfe Momente, die Handlungsspielräume eröffnen und Kreativität anregen. Zudem ist man durch die Teilnahme an den innovativen Praktiken sowieso »anders als die Anderen« und weniger eingeschränkt durch gesellschaftliche Erwartungen.

Eine emanzipatorische Politik für verantwortungsvollen, nachhaltigen Konsum können solche Gelegenheitsfenster und Impulse nicht evozieren, aber – jenseits einer reinen Instrumentalisierung – aufgreifen und über geeignete Rahmenbedingungen fördern. So kann auf kommunaler Ebene an der sozialräumlichen Ermöglichung der Übernahme innovativer Praktiken gearbeitet

werden. In beiden oben beschriebenen Fällen sind fehlende oder begrenzte Zugangsmöglichkeiten zu den entsprechenden Gemeinschaften ein erstes Hindernis. Dies scheint insbesondere im Fall des Do-it-together schwieriger zu sein, denn die Praktiken stellen bisher noch Nischen im Mainstream dar, die in den betrachteten Fällen eher über eigene soziale Netzwerke und Kontakte zugänglich sind. Zudem sind die Einstiegshürden recht hoch, der Nischencharakter macht die innovativen Gemeinschaften zu einer knappen Ressource und die Gemeinschaften können schnell als exklusiv wahrgenommen werden. Auch Lamla (2007) nennt die soziale Teilhabe und Beteiligungsmöglichkeiten als wichtige institutionelle Rahmenbedingung für den Consumer Citizen.

In beiden untersuchten Fällen stoßen solche Personen auf größere Hürden, die umfangreiche bestehende Alltagserfordernisse und -zwänge haben wie eine Vollzeitanstellung oder viele Familienaufgaben. Je selbständiger und unabhängiger eine Person ist, je mehr Autonomie also bereits vorhanden ist, desto weniger muss erarbeitet werden und desto einfacher wird der Vollzug einer Veränderung. Für Familien und Erwerbstätige in Vollzeit ist daher die Möglichkeit der Kombination der innovativen Konsumpraktiken mit Familienaufgaben, alltäglichen Konsumerfordernissen oder auch einer Berufstätigkeit essentiell. Ein Beispiel für die strukturelle Ermöglichung von Kompatibilität und dessen institutionelle Einbettung ist das »Kreative Zentrum« in Potsdam, das in einem der Interviews erwähnt wurde. Hier befinden sich mehrere alternative Projekte in einem Gebäude, es werden eine Solidarische Landwirtschaft (SoLaWi), eine Einkaufsgemeinschaft, ein selbst betriebenes Café mit der Möglichkeit zum »Unverpackt-Einkauf« sowie gemeinschaftliche Freizeitaktivitäten räumlich miteinander verbunden. Die Gemeinschaften haben eigene Räume und Flächen und können hier beispielsweise auch Kinderbetreuung gemeinschaftlich organisieren. Ein anderes Beispiel sind die österreichischen Otelos (Offene Technologie-Labore), die – von der Gemeinde mit einer Basisinfrastruktur ausgestattet – Räume und Ressourcen für eine Vielzahl lokaler und nachbarschaftlicher Projekte bieten, von Bildungsangeboten über offene Werkstätten hin zu Eigenernte und Medienarbeit. Kommunalpolitische Akteure könnten daher solche Projekte und Initiativen besonders fördern, die im Hinblick auf relevante Alltagsbereiche und -tätigkeiten eher integrativ sind, die also eine Kombination von Konsum (im weitesten Sinne), Freizeit, sozialem Leben und anderen alltäglichen Aufgaben ermöglichen.

In beiden untersuchten Fällen, aber mit unterschiedlicher Gewichtung, ist die Formalisierung der Beziehungen ein zentrales Element, um Vertrauen aufzubauen und das Risiko der Alltagsveränderung einzugehen. Diese sollten jedoch nicht zu strikt sein und auch eine gewisse Volatilität gegenüber neuer Aushandlung zeigen, weil sie sonst zu einengend wirkt (z.B. keine formalen Verträge zwischen den Teilnehmenden, keine Kontrollinstanzen). Im Fall der Konsumgemeinschaften ist dabei eine Nähe oder Ähnlichkeit zu anderen »so-

cial media«-Strukturen und -Praktiken gewünscht und förderlich. Diese Räume für Interaktion, soziale Aushandlung und Vertrauens(re)produktion sind über alle Phasen des Veränderungsprozesses hinweg relevant, daher ist ihre Verlässlichkeit besonders wichtig. Generell scheint es förderlich zu sein, wenn unterschiedliche Formalisierungsmöglichkeiten vorliegen. Nicht jede Initiative muss sich als gemeinnütziger Verein oder eine Genossenschaft organisieren, nicht jede Internet-Plattform muss ein gewinnorientiertes Unternehmen sein. Dem Wunsch nach Verlässlichkeit bei gleichzeitiger Flexibilität – auch um die einmal gewonnene Autonomie zu sichern – könnte durch eine Ausweitung von Rechts- und Anerkennungsformen entsprochen werden.

Life(style)-Politics machen Nachhaltigkeit zu einem Alltagsproblem; sie laufen aber Gefahr, wenn sie relevante Fragen auf individuelle Entscheidungen und vielfältige Optionen der Konsumentinnen und Konsumenten reduzieren. Eine solche Strategie, die strukturelle Hemmnisse, Widerständigkeiten, Pragmatismen und Eigenlogiken alltäglicher sozialer Praxis zu wenig anerkennt, kann jedoch langfristig kaum erfolgreich sein. Denn nachhaltiger Konsum – und insbesondere solche Formen nachhaltigen Konsums, die tatsächlich innovativ wirken – ist mühsame Arbeit. Die empirischen Befunde machen deutlich, dass Menschen gewillt sind, die Mühen auf sich zu nehmen und sich gegen Widerstände Autonomie und Freiräume zu schaffen. Die Aufgabe einer nachhaltigkeitsorientierten Gesellschaftspolitik wäre es dann, hier Anschlüsse oder Schnittstellen zu schaffen. Das heißt beispielsweise, die Gelegenheitsfenster ausfindig zu machen, Zugangsmöglichkeiten und Räume für Aneignungsprozesse zu gewähren und insbesondere solche Strukturen und Orte nachhaltigen Konsums zu fördern, die alltagsrelevant sind.

LITERATUR

- Baringhorst, Sigrid. 2015. Konsum und Lebensstile als politische Praxis – Systematisierende und historisch kontextualisierende Annäherungen. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen: Analysen zu Demokratie und Zivilgesellschaft* 28:17-27.
- Baringhorst, Sigrid, Veronika Kneip, Annegret März, und Johanna Niesyto, Hg. 2007. *Politik mit dem Einkaufswagen. Unternehmen und Konsumenten als Bürger in der globalen Mediengesellschaft*. Bielefeld: transcript.
- Berger, Peter A. 1995. »Life politics«. Zur Politisierung der Lebensführung in nachtraditionalen Gesellschaften. *Leviathan* 23:445-458.
- Blühdorn, Ingolfur. 2013. *Simulative Demokratie. Neue Politik nach der postdemokratischen Wende*. Berlin: Suhrkamp.

- Brand, Karl-Werner. 2011. Umweltsoziologie und der praxistheoretische Zugang. In *Handbuch Umweltsoziologie*, Hg. Matthias Groß, 173-198. Wiesbaden: VS Verlag.
- Brundtland, Gro Harlem. 1987. *Our common future*. Oxford: Oxford Univ. Press.
- Dobson, Andrew. 2003. *Citizenship and the environment*. Oxford: Oxford University Press.
- Everett M. Rogers. 2003. *Diffusion of Innovation*, 5. Aufl. New York: The Free Press.
- Giddens, Anthony. 1993. *Modernity and self-identity. Self and society in the late modern age*. Cambridge: Polity Press.
- Giddens, Anthony. 1995. *Die Konstitution der Gesellschaft. Grundzüge einer Theorie der Strukturierung*, Studienausgabe Bd. 1., 3. Aufl. Frankfurt a.M.: Campus.
- Gronow, Jukka, und Alan Warde. 2001. *Ordinary consumption*. London: Routledge.
- Gross, Peter. 1994. *Die Multioptionsgesellschaft*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Grundmann, Christian, und Daniel Reitmeier. 2017. Die Carrotmob-Akademie – eine Aktionsform für den Klimaschutz macht Schule. In *Soziale Innovationen für nachhaltigen Konsum. Wissenschaftliche Perspektiven, Strategien der Förderung und gelebte Praxis*, Hg. Melanie Jaeger-Erben, Jana Rückert-John und Martina Schäfer, 325-332. Wiesbaden: Springer.
- Hillebrandt, Frank. 2014. *Soziologische Praxistheorien. Eine Einführung*. Wiesbaden: Springer VS.
- Hitzler, Ronald. 1994. Reflexive Individualisierung: Zur Stilisierung und Politisierung des Lebens. In *Sinnbasteln. Beiträge zur Soziologie der Lebensstile*, Hg. Rudolf Richter, 36-47. Wien: Böhlau.
- Jaeger-Erben, Melanie, Jana Rückert-John und Martina Schäfer. 2015. Sustainable consumption through social innovation: a typology of innovations for sustainable consumption practices. *Journal of Cleaner Production* 108:784-798.
- John, René. 2005. Innovation als irritierende Neuheit. Evolutionstheoretische Perspektiven. In *Innovation. Sozialwissenschaftliche Perspektiven*, Hg. Jens Aderhold und René John, 49-64. Konstanz: UVK.
- John, René. 2013. Innovation als soziales Phänomen. In *Innovationen im Bildungswesen. Analytische Zugänge und empirische Befunde*, Hg. Matthias Rürup und Inka Bormann, 71-86. Wiesbaden: Springer VS.
- Kudera, Werner, und Gerd Günter Voß, Hg. 2000. *Lebensführung und Gesellschaft: Beiträge zu Konzept und Empirie alltäglicher Lebensführung*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Lamla, Jörn. 2007. Die Autonomie des Verbrauchers und ihre politischen Formen. Bausteine einer Kulturtheorie des Consumer Citizen. In *Politik mit dem Einkaufswagen. Unternehmen und Konsumenten als Bürger in der globa-*

- len Mediengesellschaft, Hg. Sigrid Baringhorst, Veronika Kneip, Annegret März und Johanna Niesyto, 53-79. Bielefeld: transcript.
- Lange, Hellmuth. 2005. *Lebensstile. Der sanfte Weg zu mehr Nachhaltigkeit?* arte-paper. Bremen.
- Micheletti, Michele, Hg. 2006. *Politics, products, and markets. Exploring political consumerism past and present.* New Brunswick: Transaction Publ.
- Paterson, Mark, und Anthony Elliott. 2005. *Consumption and everyday life.* London: Routledge.
- Reckwitz, Andreas. 2003. Grundelemente einer Theorie sozialer Praktiken. Eine sozialtheoretische Perspektive. *Zeitschrift für Soziologie* 32:282-301.
- Rink, Dieter, Hg. 2002. *Lebensstile und Nachhaltigkeit. Konzepte, Befunde und Potentiale.* Wiesbaden: VS Verlag.
- Røpke, Inge. 2009. Theories of practice – New inspiration for ecological economic studies on consumption. *Ecological Economics* 68:2490-2497.
- Rückert-John, Jana, Melanie Jaeger-Erben und Martina Schäfer. 2014. *Soziale Innovationen im Aufwind. Ein Leitfaden zur Förderung sozialer Innovationen nachhaltigen Konsum.* Umweltbundesamt.
- Rückert-John, Jana, René John und Melanie Jaeger-Erben. 2015. Neue Formen des Konsums aus Sicht der Politik. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen: Analysen zu Demokratie und Zivilgesellschaft* 28:77-89.
- Schäfer, Hilmar. 2016. Einleitung. In *Praxistheorie. Ein soziologisches Forschungsprogramm*, Hg. Hilmar Schäfer, 9-25. Bielefeld: transcript.
- Schatzki, Theodore R. 1996. *Social practices. A Wittgensteinian approach to human activity and the social.* Cambridge: Cambridge University Press.
- Schatzki, Theodore R. 2002. *The Site of the Social.* Pennsylvania: Pennsylvania State University Press.
- Schatzki, Theodore R. 2009. *Social Practices.* Cambridge: Cambridge University Press.
- Shove, Elizabeth. 2007. *The design of everyday life.* Oxford: Berg.
- Shove, Elizabeth, Mika Pantzar und Matt Watson. 2012. *The dynamics of social practice. Everyday life and how it changes.* Los Angeles, Calif.: Sage.
- Voß, Gerd Günter. 2000. Alltag. Annäherungen an eine diffuse Kategorie. In *Neue Medien im Alltag. Begriffsbestimmungen eines interdisziplinären Forschungsfeldes*, Hg. Gerd Günter Voß, Klaus Boehnke und Werner Holly, 31-77. Wiesbaden: VS Verlag.
- Voß, Gerd Günter. 1991. *Lebensführung als Arbeit.* Stuttgart: Enke.
- Warde, Alan. 2005. Consumption and Theories of Practice. *Journal of Consumer Culture* 5:131-153.
- Zapf, Wolfgang. 1994. *Modernisierung, Wohlfahrtsentwicklung und Transformation. Soziologische Aufsätze 1987 bis 1994.* Berlin: Ed. Sigma.

Farmer, farmer, put away this DDT now

Umweltkonflikte und Verantwortungsdiskurse

im Spiegel des populären Liedes

Thorsten Philipp

EINLEITUNG

»Nirgends steht geschrieben, daß Singen not sei,« konstatierte Theodor W. Adorno 1956 gleichermaßen nüchtern wie skeptisch (Adorno 1973, S. 81). Dass Musik und Gesang Katalysatoren gesellschaftlicher Veränderung und Ausdruck einer engagierten Haltung zugunsten einer besseren Welt sein sollten, war dem Begründer der modernen Musiksoziologie vor allem mit Blick auf die Jugendmusikbewegungen des 20. Jahrhunderts suspekt, war es doch aus seiner Sicht »unmöglich, einen Zustand, der in den realen ökonomischen Bedingungen gründet, durch ästhetischen Gemeinschaftswillen zu beseitigen« (Adorno 1973, S. 437). Ohnehin hatte die Singkultur seit ihrer historisch beispiellosen Instrumentalisierung durch den Nationalsozialismus für Adorno jede Unschuld und Redlichkeit verloren. Seine vielzitierte Absage an das politische Singen, an die Singbewegung und letztlich an alle Arten populärer Musik verlief nicht nur diametral zu den musikpädagogischen Ansätzen ihrer Zeit; sie begünstigte auch die wissenschaftliche Vernachlässigung eines kulturellen und politischen Phänomens, das schon angesichts der ambivalenten Erfahrungen des 20. Jahrhunderts besondere Aufmerksamkeit verdient: Im Blick auf gesellschaftliche Praktiken, Normen und Ziele dienen Musik und Liedkultur keineswegs nur der Thematisierung, sondern ebenso sehr der Gestaltung, Zuspitzung, Verschärfung, aber auch Lähmung oder Blockade politischer Projekte. Indem sie soziale Zustände, Regierungssysteme, Herrschaftskonzeptionen und Machtverteilung zum Gegenstand künstlerischer Auseinandersetzung machen, sind Musik und Liedkultur seit jeher ein hochrelevantes Werkzeug des Politischen und zugleich selbst Produkt politischer Realität (Heister 1997, S. 1662).

Angesichts der Interdependenzen zwischen Musik, Textdichtung und Politik stellt sich zwangsläufig auch die Frage nach der Rolle der Liedkultur in einem Konfliktbereich, der im 20. Jahrhundert zur »Signatur einer Ära« (Radkau 2011, S. 7) und mit der weltweit zunehmenden ökologischen Sensibilisierung seit 1970 zum bestimmenden politischen Diskurs avancierte: Auch die Ökologische Frage und die sozialen Artikulationsformen, die sie provozierte, bildeten ein Praxisfeld politischer Musik und einen Versuch der Verarbeitung und Zuschreibung von Verantwortung. Inwieweit das populäre Lied als Medium politischer Kommunikation und ökologischer Responsibilisierung genutzt und als Spiegel zeitgenössischer Umweltkonflikte gelesen werden kann, bildet die Ausgangsfrage der nachfolgenden Überlegungen, die am Kreuzpunkt politik- und kulturwissenschaftlicher Perspektiven operieren und dazu zunächst die Annäherung an den Begriff der politischen Musik suchen, anschließend das populäre Lied auf seine politischen Dimensionen befragen und auf dieser Grundlage schließlich drei divergierende Beispiele neuerer Liedkultur in den Blick nehmen.

1. POLITISCHE MUSIK? APORIEN UND TRUGBILDER DER BEGRIFFLICHKEIT

Geht es um die politisch-kommunikative Leistung von Liedkultur, erweist sich indes schon die Ausgangsfrage als vielschichtig: Welches Lied ist überhaupt gemeint und wie realisiert sich seine politische Dimension? Die naheliegende Antwort auf diese scheinbar einfache Frage nimmt am expliziten Textinhalt ihren Ausgang und meint dann ein musikalisches Kunstwerk, dessen expliziter Gegenstand oder textueller Gehalt aus politischen Aussagen, Forderungen oder Fragestellungen besteht (Juhasz 1994, S. 13; Butler und Pointner 2007, S. 5). Als solcherart »politisches Lied« ist das Kunstwerk eine »sprachliche Darstellung und Gestaltung politischer, sozialer oder zeitkritischer Probleme«; es folgt dabei »einer mehr oder minder direkten persuasiven Intention« (Burel 2013, S. 24). Damit ist aber der Rahmen politischer Dimension längst nicht erschöpft, denn politisch ist das Liedwerk möglicherweise auch dann, wenn es keine explizite politische Botschaft enthält, nicht ausdrücklich zur Mobilisierung aufruft – und dennoch Produkt allgemeiner sozialer Sensibilisierung ist und auf seine Weise Lern- und Dialogprozesse spiegelt, die sich aus der Verarbeitung von Sozialkonflikten speisen. Das Politische des Liedes ist Verdichtung des Gesellschaftlichen, das sich in der Musik äußert, insofern sind Musik und Lied stets latent politisch (Heister 1997, S. 1663).

Ähnlich problematisch erweisen sich auch die sonst gängigen Definitionen des politischen Liedes: Schon das Kriterium der *Absicht* des Produzenten ist trügerisch: Welche Ziele der Künstler verfolgt, aus welchem Zweck heraus er

tätig wird, bestimmt keineswegs Wert und Wirkung seines Kunstwerks, die ebenso sehr vom systemischen Kontext, von musikalischer und außermusikalischer Umgebung abhängen. Der manifeste Wille zur Veränderung ist für das Politische des Liedes keineswegs ein Erfordernis, denn politisch ist das Lied ebenso, wenn es aus einer kontemplativen, passivistischen oder existentialistisch inspirierten Haltung heraus vorgebracht wird. Ebenso wenig hält das Kriterium der *Wirkung* der kritischen Prüfung stand, denn es unterstellt einen mehr oder minder linearen Ursache-Folge-Ablauf, der in der Praxis kaum nachweisbar ist. Wie auch immer die politischen Absichten und Aussagen gelagert sind: Die Akteure des populären Liedes sind eingebunden in marktwirtschaftliche Prozesse und insofern Produkt systemischer Regeln. Das Politische bleibt also nicht auf das Liedprodukt beschränkt, sondern wird Teil eines kreativen Prozesses, der von der Idee über die Wirkung, die rahmengebende musikalische und literarische Kultur, das Rezeptionsverhalten bis hin in die situativen Momente reicht, in denen das Lied umgesetzt wird (Heister 1997, S. 1664). Die eigentliche Herausforderung besteht also darin, das Politische des Liedes als Konzentration der gesellschaftlichen Realität einzuordnen, in der das Lied entsteht und sich bewegt. Was genau unter »politischer Musik« definiert werden kann, ist nicht erst heute angesichts der Vielzahl an denkbaren politisch-sozialen Bezügen des Liedes vollkommen offen (vgl. Pauli 1983, S. 371).

Die Komplexität der Ausgangsfrage resultiert zudem aus der Tatsache, dass das Lied Text, Musik und Performanz in sich vereint. Es realisiert sich über mehrere Medien (Körper, Stimme, Bühne, Kostüm usw.) und erfordert zur Analyse ein Perspektivenspektrum, das interdisziplinär operiert. Gerade in politischer Hinsicht bleiben die *Medien* des politischen Liedes – und ihr Zwischenraum, ihre Brechungen und Übergänge – geeignet, eine zusätzliche Sinndimension zu eröffnen, einen Zusatznutzen, der sozial prägend, stabilisierend oder destabilisierend wirken kann (Helbig 1998, S. 31). Die Analyse kann im begrenzten Rahmen dieses Artikels nur die Textarbeit berücksichtigen, obwohl Phänomene wie Rhythmus (Tempo, Metrik, Takt und Taktveränderungen usw.), Harmonie (Tonarten, dissonierende Akkorde, Modulationen, Intervallschritt usw.) und Klangbild (Instrumentierung, Register, Konsonantenartikulation, Textphrasierung usw.), ebenfalls Teil des kommunikativen Geschehens sind (vgl. Faulstich 1987).

2. DAS POPULÄRE LIED IN SEINEN POLITISCHEN POTENZIALEN

Die grundlegenden Fragen in der definitorischen Eingrenzung müssen hier nicht abschließend beantwortet werden, um der eigentlichen Frage nach der politischen Gestaltungskraft des Liedes nachzugehen. Worin bestehen die um-

weltethischen Ressourcen dieser Kunstgattung und inwieweit birgt sie eine Ertragskraft zur Unterstützung von Verantwortungsprozessen?

Zu den gesellschaftlich besonders starken Seiten dieser Kommunikationsform gehört zunächst ihr integrativer und grenzüberschreitender Charakter. Das Lied übergeht soziale, geografische und temporale Konventionen und kann dazu beitragen, konstruierte Barrieren zwischen Menschen zu überwinden. Das Lied ist Mittler und Indikator von Veränderung. Anders als Bodenschätze ist Musik eine unbegrenzt verfügbare Ressource; sie entsteht aus der sozialen Interaktion und erneuert sich ständig (Titon 2009, S. 5). Als künstlerischer Versuch der Integration von Konflikten verwirklicht das Lied sein politisches Potenzial in der Umweltbewegung zugleich als Stärkung von Autonomie, Selbstorganisation, Eigenverantwortlichkeit und Lebenssouveränität: Wie die Protestsongs der Anti-AKW-Bewegung eindrucksvoll zeigen, ist das Lied auf subtile Weise Teil eines in der sozialpädagogischen Forschung als *Empowerment* bezeichneten Lern- und Reifegeschehens, durch das hindurch Menschen das Dickicht ihrer Abhängigkeiten, Bevormundungen und Fremdsteuerungsmechanismen verlassen und eine Position der Stärke finden, in der sie Subjekt ihrer eigenen Entwicklung sind. Als »Prozeß der Selbst-Bemächtigung und der Selbst-Aneignung von Lebenskräften« (Herriger 2006, S. 16) fördert das Lied sowohl die Bewältigung ökologischer Veränderung wie auch die Stärkung von Gruppenprozessen: den mutvollen Zuspruch, die Dynamik der Selbstmotivation – und die gemeinschaftliche Vergewisserung, einer als bedrohlich empfundenen Umwelt nicht schutzlos ausgeliefert zu sein. Musik ist in vielfältiger Hinsicht Mittel, Ausdruck und Agens von Macht: Als Sänger oder Musiker aufzutreten, beinhaltet nicht nur Selbstdarstellung, sondern auch die subtile Bündelung und Übermittlung kommunikativer Botschaften (Canaris 2005, S. 25).

Entscheidend bleibt darüber hinaus die zivilisatorische Funktion des Liedes: In der Umweltbewegung besteht sie einerseits im Versuch der Bewältigung von Interessen und Konflikten und in der Erleichterung und Konstituierung sozialer Interaktion. Das Lied ist eine Sozialpraxis, die *Bedürfnisse* bedient und wahrnehmbar werden lässt (McCormick 2012, S. 736). Dabei geht es in kollektiver Hinsicht nicht allein um die Verarbeitung gesellschaftlicher Konventionen, sondern auch um die Entwicklung von Identitätsspeichern und die Stärkung individueller Unterscheidungs- und Urteilsfähigkeit. Das Lied stellt Erfahrungen der Vergangenheit zur Verfügung, die ohne die musikalische Brücke oftmals längst vergessen wären. Es ist gleichermaßen Augenzeuge wie Zeitgenosse kulturgeschichtlicher Entwicklungen und als solcher Teil des kollektiven Gedächtnisses. Das Lied wird also helfen, gesellschaftliche Erfahrungen und Lernprozesse zu reaktualisieren und nachrückenden Generationen bereitzuhalten. Und aus dieser gesamtheitlichen Zielsetzung heraus verdienen in der Frage nach den Potenzialen des Liedes als Vehikel der Re-

sponsibilisierung keinesfalls nur die »Protestlieder« im engeren Sinn Interesse, wie sie bei Liedermachern wie Franz Joseph Degenhart, Reinhard Mey, Karl Wolf Biermann und Dieter Dehm prominente Beispiele fanden. Die Aufgabe besteht zusätzlich darin, den Übergang des »Protestliedes« zu kommerziell orientierten Produktionsformen und deren Verschränkung zur Popularkultur zu betrachten.

3. GEGENKULTUR ODER POP? FRÜHE ANSÄTZE ÖKOLOGISCH INSPIRIERTER LIEDKULTUR

Dass sich das populäre Lied als Spiegel sozialer Konflikte und als Brennglas der Mensch-Umwelt-Beziehungen eignet, deutete sich spätestens mit der Ausdifferenzierung der ökologischen Bewegungen an, mit der Chansons, Balladen und Protestsongs ihr Vermögen zur Verarbeitung von Naturerfahrung und Umweltkonflikten schrittweise entfalten konnten. Eine frühe bleibende Ikone entstand im angelsächsischen Raum aus der Verbindung von Folk und Pop und im Spannungsfeld zwischen Idealismus und gegenkultureller Jugendbewegung, Kommerz und Suche nach künstlerischer Integrität: Die kanadische Sängerin und Songwriterin Joni Mitchell (geb. 1943), die seit den frühen 1960ern meist mit Westergitarre, seltener mit Bordunzither (*Dulcimer*), auf der Bühne stand und durch den außergewöhnlichen Ambitus ihrer Stimme auffiel, schilderte in ihrem 1970 veröffentlichten Song *Big Yellow Taxi* einen vermeintlich banalen Grundvorgang der Modernisierung und Stadtentwicklung: der Umwandlung von Natur- in Gewerbefläche. »They paved paradise/ And put up a parking lot«, lautet die im Refrain wiederkehrende, sardonische und in schnellem Sprachduktus vorgetragene Diagnose zum Umbau sozialer Lebenswelten: War der Baum bislang in freier Natur zu bewundern, konnte er nun gegen Eintrittsgeld im Museum bestaunt werden: »They took all the trees/ Put 'em in a tree museum/ And they charged the people/ A dollar and a half just to see 'em« höhnte Mitchell. Aber hinter dem Naturverlust verbarg sich eine weit grundsätzlichere Betrachtung über das Verschwinden der Dinge. Erst durch ihre Beseitigung schien sich ihr Wert zu bewahrheiten, kommentierte die Sängerin nicht ohne Ironie: »Don't it always seem to go/ That you don't know what you've got/ Till it's gone«. Und so integrierte Mitchell ganz in den Linien der frühen Proteste gegen Insektizide und Umweltgifte, denen Rachel Carsons *Silent Spring* (1962) ein beredtes Denkmal gesetzt hatte, in ihren Song ein Plädoyer an die Landwirtschaft, die ganz im Zenit der Grünen Revolution zu stehen schien: »Hey farmer farmer/ Put away that DDT now/ Give me spots on my apples/ But leave me the birds and the bees/ Please!« Umweltschutz erschien als simples Gegengeschäft: Schadsymptome auf der Fruchtoberfläche im Tausch gegen Vögel und Bienen. Der Verantwortungsträger wurde klar be-

nannt: Eher flehentlich denn kämpferisch adressierte Mitchell die Landwirte – allerdings folgte sie damit eher einem allgemeinen Trend. Als Insektenbekämpfungsmittel stand DDT längst in der Kritik. Eine Minderheitenposition bekleidete die Sängerin keineswegs.

Wie sie später in einem Interview mit der Los Angeles Times angab (Hilburn 1996), war die Sängerin offenbar während einer Hawaii-Reise zu diesem Lied inspiriert worden, als sie während einer Taxifahrt den Kontrast von Naturreichtum und urbaner Ignoranz spannungsvoll wahrnahm. In kommerzieller und medialer Hinsicht aber erzielte Mitchell mit ihrem Song, der zunächst als Single, später als Teil ihres Albums *Ladies of the Canyon* erschien und in England Platz 11 der Hitparade erklomm, eine beträchtliche Wirkung: Zahlreiche Cover-Versionen (1973 etwa von Bob Dylan, 1995 von Amy Grant) und Samples (1997 von Janet Jackson in einer Verbindung aus Pop und Hip-Hop unter dem Titel *Got Til It's Gone*) trugen dazu bei, dass Mitchells Melodie generationenübergreifend zum Evergreen geriet. Bemerkenswert für unsere Untersuchungsfrage bleibt freilich, dass trotz oder wegen des enormen Markterfolges *Big Yellow Taxi* niemals zu einem spezifischen Aushängeschild oder Schlüsseltext der Umweltbewegung avancierte. Rückblickend schrieb Mitchell ihrem Song zwar eine ganz konkrete empirische Wirksamkeit zu, indem sie behauptete, »there have been cases in a couple of cities of parking lots being torn up and turned into parks because of it« (Hilburn 1996), aber konkrete Nachweise für ihre These lieferte die Künstlerin nicht. Eher schien die auffällig häufige Verwendung ihres Hits ein Beleg dafür, dass sich eine umweltpolitische Beobachtung bruchlos in Formen des Kommerzes und der Konsumkultur einschrieb, ohne eine erkennbare ökologische Wirkungsgeschichte zu schreiben. *Big Yellow Taxi* vereinte damit alle – eingangs skizzierten – Schwierigkeiten in der Definition »politischer Musik«.

4. PROTESTKULTUR IM BÜRGERLICHEN UNTERHALTUNGSFORMAT: DEUTSCHE SCHLAGER ENTDECKEN DIE ÖKOLOGIE

Die ausgehenden 1960er Jahre waren freilich nicht nur in den USA, sondern auch in der Bundesrepublik Deutschland ein wirkungsvoller Katalysator für die weitere Politisierung des Liedes und das Eindringen spezifisch umweltpolitischer Anliegen in die Popularkultur. Der Weg hierhin war höchst bemerkenswert, stand doch das politische Lied in den Nachkriegsjahren angesichts seiner Instrumentalisierung durch den Nationalsozialismus weitgehend diskreditiert da. Dass es in den 1960er Jahren an die demokratischen Gesangstraditionen in Deutschland neu anknüpfen konnte (Burel 2013, S. 41), war das Ergebnis vielfältiger gesellschaftlicher Verschiebungen, die in den Studentenunruhen ihr besonders aussagekräftiges Fanal fanden: Die bundesdeutsche Gesellschaft,

die von den Wirkungen und Versprechungen des Wirtschaftswunders verzaubert schien und für die eine entsprechend saturierte und streckenweise apolitische Haltung kennzeichnend wurde, erlebte mit den neuen Liedern, die sich erstmals als Massenphänomen in den legendären Burg-Waldeck-Festivals artikulierten, eine tiefgreifende Zivilisierung und Politisierung. Kennzeichnend an dieser Entwicklung, die von intellektuellen Trägergruppen ausging und bald in großformatigen Veranstaltungen, Demonstrationen, Konzerten und Festivals ihren Ausdruck fand, war von Anfang an ihre offene Ausrichtung auf die Massenkultur (Burel 2013, S. 43).

In den Spuren solcher Reflexion bewegte sich in Deutschland keineswegs nur das politische Lied im engeren Sinn, das ausgiebig im Rahmen der Anti-AKW-Bewegung kultiviert wurde und schillernde Produkte hervorbrachte wie Walter Moßmans *KKW-Nein-Rag* – im öffentlichen Rundfunk seinerzeit mit Sperrvermerk und Sendeverbot belegt (James 1994). Augenscheinlich lieferten auch die Popular- und Rockkultur eine massenwirksame Infrastruktur, um politische Inhalte millionenfach an heterogene Hörerschaften mitzuteilen. Evident politisch – wenn auch nicht zwingend ökologisch interessiert – war die Musikkultur bei Vertretern des Deutschrocks wie Udo Lindenberg, Rio Reiser und Ton Steine Scherben. Weniger evident, aber möglicherweise kaum weniger wirksam war sie hingegen im deutschsprachigen Schlager der 1970er, 80er und 90er Jahre, für dessen ökologische Inhalte ebenfalls eine charismatische Sängerin die Vorlage geliefert hatte: Was die Liedsängerin Doris Nefedov (1942-1969) unter dem Künstlernamen Alexandra 1968 durch ihren gleichermaßen kindlichen wie unvergesslichen Hit *Mein Freund der Baum* vorlegte, ebnete sich über Künstler wie Katja Ebstein (*Diese Welt*, 1971), Vicky Leandros (*Verlorenes Paradies*, 1982), Peter Maffay (*Ich will leben*, 1982) und Nicole (*Ein bißchen Frieden*, 1982) seinen Weg in die Mitte der bürgerlichen Gesellschaft. Es waren nicht nur die sicherheitspolitischen Veränderungen, insbesondere die Stationierung US-amerikanischer Mittelstreckenraketen in Europa im Zuge der Nachrüstung, die eine apokalyptische Endzeit-Haltung nährten (Schormann 2005, S. 174); es waren zugleich die anwachsenden Nachrichten über Umweltkatastrophen, die Udo Jürgens 1982 in missionarisch-autoritativer Attitüde bediente, indem er am optisch effektvollen Acryl-Flügel der Marke Schimmel vor Millionen von Fernsehzuschauern den Zeitpunkt 5 *Minuten vor 12* verkündete. Offenkundig inspiriert von den Umweltprotesten gegen die »Startbahn West« des Frankfurter Flughafens, die seit den 1970er Jahren die ökologische Sensibilisierung zum Ausdruck brachten und in den Jahren 1980/81 ihren Höhepunkt erreichten, wählte Jürgens die Position des prophetischen Sehers, der die intertextuelle Nähe zur biblischen *Offenbarung des Johannes* suchte: »Und ich sah einen Wald,/wo man jetzt einen Flugplatz baut. Ich sah Regen wie Gift,/wo er hinfiel, da starb das Laub./[...] Ich sah grauen Beton,/wo vor kurzem die Wiese lag.« Der Schilderung trister Naturdegradation setzte er indes die

emphatische Vision einer ursprünglichen Idylle entgegen, die möglicherweise Zukunft sein sollte: »Doch ich sah auch ein Tal,/das voll blühender Bäume war/einen einsamen See./wie ein Spiegel so hell und klar./Und ich sah auf die Uhr: 5 Minuten vor 12.«

Tatsächlich war die Motivik der Umweltzerstörung ein häufig wiederkehrendes Thema der frühen 1980er Jahre, bevor die volkstümliche Musik zum dominierenden Format geriet und jede Landschafts- und Naturerfahrung in flache Heimat-, Schnulzen- und konfliktfreie Idyllbeschreibungen herabsank (Schormann 2005, S. 175). Adornos eingangs zitierte Befürchtung, das Singen fördere den Eskapismus in realitätsferne Räume, schien hier einen Anwendungsfall par excellence finden. Unbestreitbar lieferte Jürgens – möglicherweise gegen seine eigenen Überzeugungen – ein konsequentes Beispiel für die Vereinnahmung des Umweltdiskurses durch den Kommerz. Umwelt- und Nachhaltigkeitsfragen waren auf dem Konsumgütermarkt angenommen und konnten – obwohl sich ihr Text konsum- und gesellschaftskritisch gab – die für das populäre Lied so kennzeichnende Ware-Geld-Beziehung (Wicke 1997, S. 1064) mühelos erfüllen, Kaufanreize setzen und Marktanteile erzielen. Jürgens appellierte an einfache Hörgewohnheiten, textete sentimental, wählte Tanzbarkeit im Rhythmus und setzte auf wirkungsvolle Arrangementeffekte, um die für den Schlager konstitutive Distanz zwischen Musikprodukt und Konsument so gering wie möglich zu halten (Wicke 1997, S. 1066). Obwohl sein Lied besorgt und alarmistisch auftrat und der streng-mahnende Tenor in ein beunruhigendes Klanggewand (eine tickende Uhr, nervöse Querflöten-triller, orchestrale Verstärkereffekte) eingepasst war, fügte sich Jürgens doch nahezu linear in das Unterhaltungsbedürfnis der bürgerlichen Gesellschaft. Textuell folgte er einer allgemeinen Mode, zu der der Umweltschutz inzwischen in durchaus verschiedenen Bevölkerungsgruppen avanciert war.

Allerdings hatte Jürgens bereits 1971 durch seinen verkaufsträchtigen Skandal *Lieb Vaterland* und drei Jahre später – weit weniger kontrovers – mit *Griechischer Wein* kenntlich gemacht, dass er alles andere als ein unpolitischer Künstler war. Insofern fiel auch *Fünf Minuten vor Zwölf* in eine im weitesten Sinne sozial engagierte und politisch motivierte Suchbewegung. Hier lag der Reiz des Schlagers, aber auch der Grund seiner Wirkungslosigkeit: Die Distanzlosigkeit zum Hörer hatte ihren Preis. Zugleich brachte der Song – vergleichbar mit den früheren Beispielen ökologisch inspirierter Schlager – nicht nur die Wahrnehmung ökologischer Degradation, sondern zwischen den Zeilen auch die Verschiebungen im Naturbild der bundesdeutschen Gesellschaft zum Ausdruck: der Tribut gegenüber einer zunehmend um sich greifenden Unsicherheit und Ratlosigkeit; die Rhetorik der Katastrophe, die seit den Alarmrufen *Grenzen des Wachstums* (1972) und *Global 2000* (1980) zum Beschleuniger der Umweltbewegung wurde; die Perspektivierung von Natur als gefährdet; die oppositive Unvereinbarkeit von ökonomischem Fortschritt

und Naturerhalt; das Entsetzen über die Folgen der Rohölverbringung und zunehmender Tankerhavarien; die Interdependenz zwischen Umweltzerstörung und Sozialkonflikten und schließlich die vage und verheißungsvolle Ahnung einer globalen Handlungsalternative in freilich eng begrenztem Zeitfenster. Jürgens' gleichermaßen politisches wie marktgetriebenes Statement fügte sich in das Konzert dystopischer Untergangsszenarien, das die postmoderne Abkehr von großen Fortschrittserzählungen aufführte und in das Romanwerke spezifisch postmoderner Ästhetik wie Umberto Ecos *Il nome della rosa* (1980) neben den frühen Postwachstumstheorien Herman Dalys, Leopold Kohrs und Ernst F. Schumachers polyphon einstimmten. Mittler der Responsibilisierung war Jürgens' Lied äußerlich insofern, als die Möglichkeit des Handelns explizit eingeräumt wurde und eine argumentative Kette zwischen Umweltzerstörung und Zukunftschancen hergestellt wurde. Bei näherem Hinsehen war es aber als Zuschreibung von Verantwortung wenig praktikabel, denn wer genau hier für welche Zustände Verantwortung trug und insofern rechenschafts- und haftpflichtig gemacht werden konnte, blieb völlig offen. Der Appell an die gesamte Weltgemeinschaft, auf den der Song zwangsläufig hinauslief, war emotional eindrucksvoll, barg indes den Keim der Überforderung und der Orientierungslosigkeit, da er Verantwortungsträger nicht benennen, Aufgaben nicht zuschreiben und keine Lösung, dafür aber Unterhaltung anbieten konnte.

5. DEUTSCHER HIP-HOP: ÖKOLOGIE IM SPANNUNGSFELD VON SUBKULTUR UND KOMMERZ

Die Verarbeitung von Umweltkonflikten in der Massen- und Popularkultur erreichte in Deutschland aber keineswegs nur die Schlagertradition und das Genre der Volkstümlichen Musik, sondern in ganz anderer Weise auch den deutschsprachigen Hip-Hop, dessen Marktfähigkeit seit Anfang der 1990er Jahre maßgeblich durch die Formation Die Fantastischen Vier unter Beweis gestellt wurde. Aus ihrem Kreis meldete sich der Rapper Thomas Dürr alias Thomas D seit 1997 auch durch Soloauftritte und -alben zu Wort, in denen sich Überzeugungen von einem guten Leben, das Ringen um die eigene Freiheit und nicht zuletzt das Lebensgefühl der Jugendgeneration miteinander verbanden. 2001 veröffentlichte Thomas D, der bis hierhin keineswegs nur als Musiker, sondern überhaupt als Vegetarier, Tierschützer und Bio-Landwirt von sich reden machte, sein *Gebet an den Planet* als Teil des Albums *Lektionen in Demut*.

Auf eine spirituelle Denkbewegung lässt bereits der Titel des Stücks schließen, das mit dissonanten Klängen und sphärischen Toneffekten einsetzt und in seiner Eröffnungsgeste erste Zeichen des Tagesanbruchs nach nächtlicher Ruhe evoziert. Flüsternd beginnt der Sprecher seinen Refrain: »Hier ist mein Gebet an diesen Planet/Der Versuch, zu beschreiben, was mir nahe geht/So-

lang sich diese Welt noch dreht/Werdet ihr meine Stimme hören/Und immer wieder Menschen treffen/Die aufs Leben schwören/Wir alle beten für diesen Planeten.« Mit der eigenwilligen Ausrichtung seines »Gebets« gleichermaßen *an* wie *für* den Planeten legt Dürr ein Natur- und Menschenbild nahe, das die Grunderfahrung der Einheit und des Einsseins postuliert und auch sonst motivisch über weite Strecken an die Wahrnehmung von Natur als *Gaia* erinnert, wie sie James Lovelock (1996) als heilsame Theorie zur Einordnung des Menschen in das kosmische Geschehen durchbuchstabierte. Diagnostisch machte Lovelock die »Menschenplage« für die »Krankheiten« (Lovelock 1996, S. 153f.) verantwortlich, denen der Organismus Erde ausgesetzt war.

Anwaltschaftlich tritt der Sprecher an das Tier heran: »Es tut mir leid, Tier, denn sie mögen dich so sehr/Sie wollen alles von dir und am liebsten noch mehr/Deine Haut ist ihre Kleidung, dein Fleisch ist ihr Essen/Dein Geist ist vergessen.« Der beziehungsvergessenen Wertschöpfungslogik der industriellen Tierhaltung begegnet der Sprecher durch die bekenntnishafte Selbst-Zuschreibung von Verantwortung: »Deine Schreie zu erhören wurde leider verpasst/Weil du für Menschen keine verständliche Stimme hast/Erhebe ich meine Stimme für dich.« Die parteiliche Anwaltschaft an der Seite der Schwachen und Sprachlosen inszeniert Solidarität als Prinzip der Haftung und des Füreinander-Einstehens. Weiterhin im Zeichen der Gaia-Perspektive erweist sich auch das zugrundeliegende Naturbild, das trotz der Grunderfahrung der Einheit dichotomisch Mensch und Natur gegenüberstellt. Auch hier Empathie und implizite Anklage: »Es tut mir leid, Natur./Denn deine Erben erheben sich gegen dich [...] Du warst vollkommen in Vielfalt, mit allem im Einklang/Bis der Mensch mit Gewalt in dich eindrang.« Jeder müsse sein Ego »in Demut zurücknehmen« folgert der Sprecher in einer finalen Pointe. Solidarität mit der Natur ist offenbar auch der eigentliche Grund dafür, dass gerade im Vollzug des Sprechens »die dunkelste Stunde vor dem Sonnenaufgang« angebrochen erscheint.

Ist auch Hip-Hop ein Marktprodukt, das in kapitalistische Verwertungslogik verstrickt ist und auf Konsumwirkung zielt, so sind die inhaltlichen Parallelen zu einzelnen Theorien der Nachhaltigkeit bei Thomas D doch verblüffend zahlreich: die Personifikation von Erde und Naturgeschehen als Einheit und Organismus, wie sie Lovelock durch das Wahrnehmungsmodell *Gaia* postuliert; Anwaltschaftlichkeit für die sprachlose Natur und alle Phänomene der Erde, wie sie Bruno Latour (2001) in seinem »Parlament der Dinge« als politisches System vorschlägt; die Ausweitung der Solidargemeinschaft über den Menschen hinaus auf das Tier, wie sie Albert Schweitzer (1990, S. 341) unter dem Imperativ der Mitgeschöpflichkeit einfordert; die Selbstverpflichtung zur Demut und die Wiederentdeckung des Maßhaltens, wie sie Ernst F. Schumacher (1989) entlang buddhistischer Lehren herleitet. Inwieweit die Kenntnis dieser und ähnlicher Theorien für den Künstler ausschlaggebend war, den

Liedtext zu verfassen, muss hier nicht geklärt werden, um *Gebet an den Planet* doch als Spiegel gesellschaftlicher Suchprozesse zu begreifen, die im Gemenge der Frage nach Verantwortung eine erstaunlich anwendbare, wenn auch nicht widerspruchsfreie Antwort liefern und mit dieser Botschaft ein Massenpublikum in der Jugendgeneration erreichen: Ich erhebe meine Stimme – für dich. Angesprochen auf die politische Rolle des Musikers bestätigte Thomas D 2013 in einem Interview, dass der Wunsch, Musiker zu werden, oftmals mit dem kommunikativen Bedürfnis verbunden sei, »etwas mitzuteilen«; insofern müsse sich der Musiker der Verantwortung bewusst sein, dass seine Botschaft viele Menschen erreiche und für viele Menschen auch eine Vorbildfunktion ausübe (Wiesner 2013). Thomas Ds Kunst war zugleich auch der Versuch, Nachhaltigkeit mit Lifestyle und Lebensfreude zu verbinden. Das Release von *Gebet an den Planet* fügte sich in die Phase, in der sich der Künstler in seinen Auftritten in die Gestalt *Reflektor Falke* kleidete: eine Art fiktiver Superheld, der nach dem Verständnis seines Schöpfers Thomas D »die Fähigkeit hat, alles zu reflektieren, was ihm entgegengebracht wird. Die Menschen erkennen sich selbst, wenn sie den Reflektor Falken ansehen. Er konfrontiert sie mit ihrem wahren Ich.« (Böckem 2004)

Hip-Hop, ursprünglich reine Straßenkultur in Antwort auf Armut und Sozialkonflikte schwarzer Jugendlicher in der südlichen New Yorker Bronx, ist nach eigenem Anspruch und von seinen Wurzeln her insofern politische Musik, als hier der kreative Versuch entsteht, Systeme des Ausschlusses, der Benachteiligung und Erfahrungen der Armut künstlerisch zu verarbeiten. *Gebet an den Planet* fügt sich in einen der einflussreichsten Musikstile des späten 20. Jahrhunderts, der in einer Verbindung aus hochmoderner Musiktechnologie Elemente der Rückbesinnung auf die eigenen sozialen Wurzeln und Positionen der Gegenkultur ineinander vereint (Wicke et al. 2007, S. 320). In der typischen Verschränkung von Tanz, Performance, mündlicher Textkultur bietet Hip-Hop ein komplexes Zeichen-, Bewegungs- und Bedeutungsgefüge, das Kontinuum von Narrationen und als situativer semantischer Raum vielfältige Potenziale für die politische – oder zumindest politisierende – Bildung bereithält: Hip-Hop ist Konstruktion von Bedeutung, Identitätsentwicklung, Selbstdefinition und -inszenierung, und transkulturelle Verständigung im Alltag (Rappe 2005, S. 134f.). Tatsächlich zeigte Thomas D mit *Gebet an den Planet* selbst unter Bedingungen eines sich rasch wandelnden Musikmarktes, wie sich der normative Wert der Partizipation, der für Umweltregime, wie »Rio«, so kennzeichnend wird, in kulturelle Produktions- und Rezeptionsgewohnheiten einschreiben kann.

6. UMWELTBILDUNG UND NACHHALTIGKEITSKOMMUNIKATION: CHANCEN DER RESPONSIBILISIERUNG IM MEDIUM DES LIEDES

Dieser kurze Überblick über ausgesuchte Erscheinungsformen des populären Liedes und seine ökologischen Bezüge kann die Frage nach der Funktion von Liedkultur im Nachhaltigkeitsdiskurs und im Kontext reflexiver Responsibilisierung nicht abschließend beantworten. Nichtsdestoweniger gewährt schon der Rundgang durch die musikalischen Angebote, die hier allein in ihrer textuellen Botschaft – unter Umgehung aller anderen Medien wie Stimme, Kleidung, Performance usw. – betrachtet wurden, einige Einsichten in die Chancen des Nachhaltigkeitsdiskurses in Zeiten beschleunigter Konsum- und Kommunikationsgewohnheiten. Offensichtlich übt das Lied eine politische Rolle angesichts der gesellschaftlichen Grunderfahrung eines zunehmend als zerrüttet und durch vielfältige Interferenzen gekennzeichneten Mensch-Umwelt-Verhältnisses. Das Lied ist eben nicht einfach Plädoyer für umweltschützerisches Handeln, sondern, wie sich im Schlager zeigt, Spiegel sich wandelnder Natur- und Umweltbilder und insofern Schauplatz der Verarbeitung von Mensch-Natur-Erfahrungen in modernisierten Gesellschaften. In der Frage nach Formen, Chancen, Funktionen und Dysfunktionen ökologisch inspirierter Liedkultur kristallisiert sich zugleich die Leistungsfähigkeit des populären Liedes im Rahmen der politischen Bildung: Kann das Lied jenseits seines Unterhaltungswertes auch im Zeitalter beschleunigter Konsum- und Rezeptionskultur nicht trotz der kommerziellen Zwänge, denen es unterliegt, ein brauchbares Vehikel umweltpolitischer Auseinandersetzung sein? Die besprochenen Lieder eignen sich, wie sich zeigt, als Zwischenträger für Inhalte, die nicht nur einer Bildungselite dargereicht werden sollen, sondern auch der breiten Bevölkerung. Die Texte sind anschlussfähig an eine Reihe von Theorien der Nachhaltigkeit. Die Komplexitätsreduktion, die hier zwangsläufig vorliegt, öffnet die Tür zur Massenkultur, auf die das Leitbild nachhaltiger Entwicklung angewiesen ist. Umweltschutz benötigt kollektives Bewusstsein und in letzter Instanz kollektives Handeln.

Sind Musik und Liedkultur als gesellschaftliche Ressourcen anerkannt, die zur Diskussion um die Folgen ökologischer Degradation beitragen, stellt sich auch die Frage nach geeigneter Förderung partizipativer Strukturen, um liedmusikalische Zugänge zu stärken (Titon 2009, S. 6). Dass Liedmusik eine Rolle in der politischen Bildung, näherhin der Umweltbildung einnehmen kann, deutete sich in ersten Ansätzen durch die Multimedia-Initiative *Polarpalooza* an, mit der die NASA und die US National Science Foundation (NSF) erstmals musikalische Wege zur Vermittlung ihrer wissenschaftlichen Ergebnisse beschritten (Hickman 2009). Das 2009 in diesem Rahmen veröffentlichte Musikvideoprojekt *Take AIM at Climate Change* konnte auf Youtube mit ca.

5.000 Aufrufen in sieben Jahren zwar keine größere und vor allem keine überregionale Öffentlichkeit erreichen, war aber zumindest ein erster gezielter Versuch, Liedmusik als Medium der Responsibilisierung und Träger politischer Kommunikation für Umwelt- und Klimaschutzziele einzusetzen. Tatsächlich sind die Übergänge zur Massen- und Unterhaltungskultur fließend: So folgt auch die von Al Gore und Produzent Kevin Wall 2007 lancierte Konzertrevue *Live Earth*, die 24 Stunden lang weltweit ausgestrahlt wurde und Popkünstler wie Madonna, The Police und Snoop Dogg zusammenbrachte, einer vergleichbaren Zielsetzung politischer Bildung: der Mobilisierung zum Schutz des Klimas (Han 2010, S. 234).

So spiegelt der hier unternommene kurze Querschnitt, der die Produktions- und Rezeptionspraktiken des populären Liedes ausschnittsweise abbilden, aber keineswegs in der Tiefe analysieren konnte, zugleich die Spannkraft der Chancen und inneren Widersprüche der Popkultur im Kontext nachhaltiger Entwicklung: Im Energiefeld zwischen Kommerz und Norm können die hier gewählten Beispiele die eingangs zitierte Skepsis Adornos nicht widerlegen. Aber auch wenn die zunehmend entpersonalisierten Interaktionen des globalisierten Marktgeschehens eine zunehmende Verflachung und Banalisierung der Liedkultur befürchten lassen, so zeigt der hier unternommene Überblick doch zugleich, dass das populäre Lied im Rahmen politischer Kommunikation eine komplexe und widerspruchsvolle Funktion ausübt, die im Konzert der Nachhaltigkeitsagenten eine Leerstelle besetzt und die im Rahmen einer gesamtgesellschaftlichen Bewältigung der ökologischen Frage unverzichtbar bleibt. Ohne die Einbindung *aller* Kommunikations- und Ausdruckskanäle – und näherhin des populären Liedes – wird die Bewältigung von Umweltkonflikten auch in Zukunft nicht gelingen. In der integrativen Allianz ästhetischer Signale, textueller Botschaften und individueller Ausdruckschancen offeriert das Lied vielversprechende Potenziale, um Prozesse der Responsibilisierung zu moderieren und – allen apokalyptischen Untergangsszenarien zuwider – multiple Wege in eine zukunfts offene Gesellschaft aufzuzeigen.

LITERATUR

- Adorno, Theodor W. 1973. Dissonanzen. Einleitung in die Musiksoziologie. In *Gesammelte Schriften*, Bd. 14, Hg. Rolf Tiedemann. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Böckem, Jörg. 2004. Thomas Dürr. In *Die Zeit* 51, 9. Dezember 2004. www.zeit.de/2004/51/Traum_2fThomas_D_ (Zugegriffen: 20.05.2017).
- Burel, Simone. 2013. *Politische Lieder der 68er. Eine linguistische Analyse kommunikativer Texte*. Mannheim: Institut für Deutsche Sprache.

- Butler, Martin, und Frank Erik Pointner, Hg. 2007. »Da habt Ihr es, das Argument der Straße«. *Kulturwissenschaftliche Studien zum politischen Lied*. Trier: Wissenschaftlicher Verlag Trier.
- Canaris, Ute. 2005. Dienerin, Gefährtin oder Wegweiserin? Was Musik mit Politik zu tun hat. In *Musik//Politik. Texte und Projekte*, Hg. Ute Canaris, 22-47. Bochum: Kamp.
- Faulstich, Werner. 1987. *Rock, Pop, Beat, Folk. Grundlagen der Textmusikanalyse*. Tübingen: Gunter Narr Verlag.
- Han, Amy. 2010. Mit Musik beginnt Veränderung. In *Einfach besser leben. Nachhaltigkeit als neuer Lebensstil*, Hg. Gerhard de Haan, 230-237. München: Oekom.
- Heister, Hans-Werner. 1997. Politische Musik. In *Die Musik in Geschichte und Gegenwart*, 21 Bände, Hg. Ludwig Finscher, Band 7 Sachteil, 2. Aufl., 1662-1682. Kassel: Bärenreiter.
- Helbig, Jörg, Hg. 1998. *Intermedialität. Theorie und Praxis eines interdisziplinären Forschungsgebiets*. Berlin: Schmidt.
- Herriger, Norbert. 2006. *Empowerment in der Sozialen Arbeit. Eine Einführung*, 3. Aufl. Stuttgart: Kohlhammer.
- Hickman, Leo. 2009. *Nasa takes the rap on climate change*. <https://www.theguardian.com/environment/ethicalivingblog/2009/feb/18/nasa-rap-climate-change-video-hiphop> (Zugegriffen: 20.05.2017).
- Hilburn, Robert. 1996. *Both Sides, Later*. http://articles.latimes.com/1996-12-08/entertainment/ca-6804_1 (Zugegriffen: 20.05.2017).
- James, Barbara. 1994. Zensur von Anti-AKW-Liedern in den Medien der Bundesrepublik. In *Musikalische Volkskultur und die politische Macht*, Hg. Günter Noll, 540-543. Essen: Die blaue Eule.
- Juhasz, Christiane. 1994. *Kritische Lieder und Politrock in Österreich. Eine analytische Studie*. Frankfurt a.M.: Lang.
- Klein, Gabriele. 2011. *Is this real? Die Kultur des HipHop*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Latour, Bruno. 2001. *Das Parlament der Dinge: Für eine politische Ökologie*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Lovelock, James. 1996. *Gaia. Die Erde ist ein Lebewesen. Anatomie und Physiologie des Organismus Erde*. München: Heyne.
- McCormick, Lisa. 2012. Music Sociology in a New Key. In *The Oxford Handbook of Cultural Sociology*, Hg. Jeffrey Alexander, Ronald Jacobs und Philip Smith, 722-744. Oxford: Oxford University Press.
- Pauli, Hansjörg. 1981. Politische Musik. In *Funk-Kolleg Musik*, Hg. Carl Dahlhaus, Bd. 2, 369-387. Frankfurt a.M.: Fischer.
- Radkau, Joachim. 2011. *Die Ära der Ökologie. Eine Weltgeschichte*. München: C.H. Beck.

-
- Rappe, Michael. 2005. Ich rappe, also bin ich! Hip Hop als Grundlage einer Pädagogik der Actionality. In *Musik//Politik. Texte und Projekte*, Hg. Ute Canaris, 122-139. Bochum: Kamp.
- Schormann, Carola. 2005. Klassik, Jazz, Schlager, volkstümliche Musik. In *Die Kultur der 80er Jahre*, Hg. Werner Faulstich, 169-179. München: Wilhelm Fink.
- Schumacher, Ernst Friedrich. 1989. *Die Rückkehr zum menschlichen Maß. Alternativen für Wirtschaft und Technik. Small is beautiful*. Reinbek: Rowohlt.
- Schweitzer, Albert. 1990. *Kultur und Ethik*, 2. Aufl. München: Beck.
- Titon, Jeff Todd. 2009. Music and Sustainability. An Ecological Viewpoint. *The world of music* 51(1):119-137.
- Verlan, Sascha. 2015. *35 Jahre HipHop in Deutschland*. Höfen: Hannibal.
- Wicke, Peter, Wieland Ziegenrucker und Kai-Erik Ziegenrucker. 2007. *Handbuch der populären Musik. Geschichte, Stile, Praxis, Industrie*. Mainz: Schott.
- Wicke, Peter. 1997. Schlager. In *Die Musik in Geschichte und Gegenwart*, Sachteil. Bd. 8, Hg. Ludwig Finscher, 1063-1070. Kassel: Bärenreiter.
- Wiesner, Nikolaus. 2013. *Schaffen wir uns ein harmonisches Feld. Thomas D im Gespräch*. www.faz.net/-gsf-7ior4 (Zugegriffen: 20.05.2017).

Eigenverantwortung als neoliberale Regierungstechnologie und/oder emanzipatorische Selbst-Ermächtigung?

Über die Vielfalt von Responsibilisierungsweisen in einem
sozial-ökologischen Gemeinschaftsprojekt

Jędrzej Sulmowski

1. EINLEITUNG: INDIVIDUALISIERUNG VON VERANTWORTUNG FÜR NACHHALTIGKEIT

Fragen der Verantwortung sind integrale Elemente der Nachhaltigkeits- bzw. umweltpolitischen Diskurse und der damit verbundenen gesellschaftlichen Praxis. In der Fülle verschiedener seit den 1970er Jahren entstehenden Entwürfe der Transformationspfade in Richtung zukunftsfähiger Gesellschaften werden die Karten des Zuständigkeitsspiels unterschiedlich ausgeteilt – dies ist die Ausgangsthese des Forschungsprojekts »Reflexive Responsibilisierung«, in dessen Rahmen der vorliegende Beitrag entstanden ist (siehe Einleitung). Eingefaltet in Argumentationen von Gründungsdokumenten, Programmen, sozialwissenschaftlichen Texten zur Nachhaltigkeit, in Ratgebern und Informationsbroschüren sowie in Werbebotschaften scheint immer häufiger individuelle Verantwortung der Schlüssel zu transformativer Handlungsfähigkeit unter Bedingungen liberaler Demokratien zu sein (vgl. Hobson 2013, S. 57). So zeigt beispielsweise eine Handreichung für Kommunen, die als Transferleistung wissenschaftlicher Projekte entstand, wie einzelne Menschen für die Energiewende aktiviert und zu »Klimabürgern« (Müller et al. 2016) werden können. In einer Broschüre des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) wird den Leser/-innen das Konzept der Suffizienz erläutert und Wege zur Umsetzung einer suffizienten Lebensweise vorgestellt (BUNDjugend und BUND 2017). Dieser Trend zur Individualisierung von Verantwortung für Nachhaltigkeit wird seit längerem beobachtet, beschrieben und kritisiert (z.B. Hunter 1997; Maniates 2001; Grunwald 2010a, 2010b, 2012;

Fahlquist 2009; Walker 2015; Hellmann 2011; Shove 2010). Ein prominenter Strang solcher Kritik ist mit zahlreichen Arbeiten innerhalb der *Governmentality Studies* vertreten, in denen Responsibilisierung im Zeichen der Nachhaltigkeit als eine neoliberale Regierungstechnologie beschrieben wird. Konstitutiv für diese Perspektive ist einerseits, dass sie analytische Erkenntniswerkzeuge liefert, die für Fragen der Macht sensibilisieren – ein Merkmal, dessen Ausbleiben in der Nachhaltigkeitsforschung immer wieder beklagt wird (Partzsch 2015; siehe auch Wendt und Görgen in diesem Band). Damit ist es möglich, ein auf Nachhaltigkeit ausgerichtetes Handeln nicht (nur) als Ausdruck einer Tugend oder einer Einsicht zu betrachten, sondern auch als eine besondere Form zu begreifen, regiert zu werden. Andererseits erschwert diese Perspektive, Verantwortungsübernahme als Ausdruck einer selbstbestimmten Ermächtigung, eines Aufbegehrens oder eines Widerstands zu betrachten, der auf die Veränderung der »gesellschaftlichen Naturverhältnisse« (Becker und Jahn 2006) abzielt. Darüber hinaus kann mit einem solchen Blick womöglich die Vielfalt der zum Teil miteinander konkurrierenden Verantwortungsverhältnisse und deren verschiedene Funktionen nicht erfasst werden. Die Problematisierung der Perspektive der *Governmentality Studies* auf Responsibilisierung im Kontext der Nachhaltigkeit bildet den Ausgangspunkt dieses Beitrags (2). Anschließend werden die Begriffe Responsibilisierung und Verantwortung methodologisch erschlossen (3), um im Dialog mit der Gouvernementalitätsperspektive anhand einer ethnografischen Studie Verantwortungsverhältnisse im Ökodorf »Sieben Linden« zu rekonstruieren (4). Dabei zeigt sich, dass Verantwortung Teil verschiedener zu beobachtender Phänomene ist, wie beispielsweise Sorge, Selbst-Optimierung oder situierte Vielfalt, die jedoch nur fragmentarisch als eine neoliberale Instrumentalisierung verstanden werden können (5).

2. KRITIK DER RESPONSIBILISIERUNG IM ANSCHLUSS AN GOVERNMENTALITY STUDIES

Die *Governmentality Studies*, die auf Michel Foucaults Konzept der Gouvernementalität zurückgehen, befassen sich mit den Formen des modernen Regierens. Dieses bemächtigt sich immer weniger autoritärer Handlungsweisungen, disziplinierender und sanktionierender Maßnahmen. Vielmehr vollzieht sich das Regieren im Sinne einer »Führung der Führungen« (Lemke 2000, S. 33): Die Regierten werden in die Lage gebracht, sich selbst entlang der Rationalitäten der Regierenden zu verhalten. Hierbei kommen verschiedene »Technologien der Regierung« (Miller und Rose 2008, S. 15) zum Einsatz, die – zumindest programmatisch – individuelle Freiheitsgewinne versprechen. So kommt der Eigenverantwortung eine zentrale Rolle zu, suggeriert doch die Übernahme von Verantwortung (für die eigene Gesundheit, Sicherheit, die

Umwelt, das Arbeitsumfeld, gar das eigene Schicksal) zugleich einen hohen Grad an Selbstbestimmung. Durch die Responsibilisierung sollen Individuen und nicht-staatliche Akteure aktiviert werden, wobei diese Aktivierung innerhalb der *Governmentality Studies* stets im Zusammenhang mit dem neoliberalen Umbau der Gesellschaft betrachtet wird. Die Mobilisierung der Kräfte von Individuen zielt wiederum auf die Reduktion der Zuständigkeiten des Staates für bestimmte Aspekte des gesellschaftlichen Zusammenlebens wie Sicherheit, Arbeit, Gesundheit oder Bildung ab (Krasmann 2003, S. 183). Gekoppelt mit dieser Aktivierung und dem Rückzug des Wohlfahrtsstaates ist die Erhebung des freien Markts zu einem dominanten gesellschaftlichen Organisationsprinzip und – was damit einhergeht – die zunehmende Marktformigkeit von immer mehr Lebensbereichen, wie z.B. Erziehung, Persönlichkeitsentwicklung, Gesundheit; darüber hinaus die Deregulierung der (Finanz-)Märkte und die Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse (vgl. Brady 2014, S. 15f.; Trnka und Trundle 2014, S. 137). Gouvernamentalität im Sinne der Regierung durch »Technologien der Freiheit« (Rose 2000, S. 324) wird innerhalb der *Governmentality Studies* also stets als eine Regierungsform gedacht, die historisch mit dem Aufstieg des Neoliberalismus einhergeht.¹

Übernahme von Verantwortung für ein an Nachhaltigkeitskriterien orientiertes Handeln durch Individuen erscheint aus dieser Perspektive der »green governmentality« (Luke 1999; Rutherford 2007) oder »environmental governmentality« (Darier 1996) stets als ein Ergebnis der Umsetzung staatlich induzierter neoliberaler Programmatiken (Luke 1999, S. 121): Ganz im Sinne des Rückzugs des Staates, der Deregulierung und Marktorientierung werden Individuen nicht zu bestimmtem Verhalten durch Vorschriften oder Gesetze gezwungen, sondern vielmehr als autonome Subjekte angesprochen. Durch verschiedene »Technologien der Responsibilisierung« (Soneryd und Ugglå 2015, S. 914) werden sie zu selbstreflexiven, sich selbst-regulierenden, eigenverantwortlichen und »aktiven Agenten der Regierung« (Rutland und Aylet 2008, S. 642). Zu solchen Technologien gehören beispielsweise die Bereitstellung von digitalen Berechnungsinstrumenten für die Kontrolle des individuellen Carbon-Footprint (Paterson und Stripple 2010), Beratungsangebote und technische Unterstützung für Haussanierung (Rutland und Aylet 2008) oder Informations- und Bildungskampagnen, mit denen ressourcenschonendes Alltagsverhalten (Darier 1996) oder an Nachhaltigkeitskriterien orientierte Konsumentscheidungen bzw. Lebensstile gefördert werden sollen (Soneryd und

1 | Obwohl Neoliberalismus in der akademischen Literatur Unterschiedliches bezeichnet, z.B. die dominante Ideologie, politisches Programm, die dominante Kultur, die Form des anglo-amerikanischen Kapitalismus oder Gouvernamentalität (Brady 2014, S. 16), wird in den *Governmentality Studies* Neoliberalismus als Gouvernamentalität konzipiert (Brady 2014, S. 14).

Ugla 2015). Studien zur *green governmentality* zeigen nicht nur, wie staatliche Institutionen durch solche Technologien die Verantwortung für Nachhaltigkeitsbelange in die individuelle und oft private Sphäre verschieben. Cupples und Ridley (2008) beschreiben beispielsweise anhand einer Fallstudie, wie sich durch die Förderung des Radfahrens durch eine religiöse Organisation eine moralische Ordnung herausbildet, die ungeachtet der alltäglichen Verpflichtungen, über die Einzelne keine vollständige Kontrolle haben, eine pauschale Verurteilung der Autofahrer/-innen und eine pauschale Glorifizierung der Radfahrer/-innen ermöglicht. Dabei werden soziale wie kulturelle Unterschiede ignoriert und unterkomplexe moralisch wirksame Binaritäten eingeführt (Cupples und Ridley 2008, S. 257). Rutland und Aylet (2008) weisen wiederum auf die Selektivität der Responsibilisierungstechnologien hin, die auf ausgewählte Verhaltensweisen ausgerichtet sind, wie z.B. Installation von Photovoltaik-Anlagen durch Hauseigentümer, nicht jedoch auf andere, beispielsweise politisches Engagement für effektivere Regulation der Nutzung von erneuerbaren Energien (Rutland und Aylet 2008, S. 641).

Das kritische Potenzial der Gouvernamentalitätsperspektive auf Responsibilisierung macht es also einerseits möglich, nachhaltigkeitsbezogenes Handeln nicht nur als Ausdruck einer für die Spätmoderne charakteristischen erweiterten Reflexivität und der darauf gründenden »life politics« (Giddens 1991, S. 214) oder eines tugendhaften, gar auf Einsicht basierenden »environmental citizenship« (Dobson 2007), sondern auch als Ausdruck einer besonderen modernen Form, regiert zu werden, zu denken. Sowohl »life politics« als auch »environmental citizenship« erscheinen dann als Formen einer grünen bzw. ökologischen Gouvernamentalität. Damit kommen Machtfragen in den Blick, die sonst nicht selten beim Thema Nachhaltigkeit ausbleiben (Partzsch 2015). Entsprechend werden nachhaltigkeitsorientierte Verhaltensweisen nicht (nur) als Ausdruck einer fortschreitenden Zivilisierung menschlicher Entwicklung, als einsichtsvolle Politiken des Anthropozäns thematisiert, sondern auch als Materialisierung der Macht (Rutherford 2007, S. 302).

Andererseits lassen sich aus der Perspektive der *Governmentality Studies* jegliche Initiativen, seien es Repair-Cafés, Transition-Town-Netzwerke, solidarische Landwirtschaft sowie Alltagspraktiken, die der Rationalität der Ressourceneinsparung, Emissionsreduktion, sozialer Inklusion, Steigerung der Teilhabe an politischen Entscheidungen verpflichtet sind, als neoliberale Instrumentalisierung verstehen. Schließlich üben sich hier Einzelne sowie Gruppen in Selbst-Regulierung, Selbst-Disziplinierung und Selbst-Aktivierung und übernehmen Verantwortung für umwelt- und sozialpolitische Belange, für deren Bearbeitung der Staat genau dieses Programm der Aktivierung vorgesehen und auf eine anderweitige Regulierung verzichtet hat. Diese Perspektive lässt keine Möglichkeit zu, solche Initiativen und Alltagspraktiken als Ausdruck von Selbst-Ermächtigung, Mündigkeit, Subversion oder gar Emanzipation zu

betrachten (vgl. Harris 2009). Dies kann auf drei Basisannahmen der sich mit Umwelt- bzw. Nachhaltigkeitspolitik befassenden *Governmentality Studies* zurückgeführt werden:

Erstens wird *Gouvernementalität* zumeist als eine Form der Regierung in einem kohärenten und alle gesellschaftlichen Verhältnisse beherrschenden Machtfeld des Neoliberalismus verstanden. Neoliberalismus wird eher als eine singuläre und homogene und weniger als eine offene, sich entwickelnde Rationalität beschrieben, die neben vielen anderen Rationalitäten der Regierung besteht. Er wird zu einer Master-Kategorie, mit der die gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnisse verstanden und erklärt werden können (Brady 2014, S. 22ff.).

Zweitens – was mit der ersten Basisannahme eng zusammenhängt – wird den Technologien der Regierung, d.h. auch den Technologien der Responsibilisierung, eine absolute und ausschließliche Durchsetzungsmacht zugeschrieben, die sich ungebrochen ins Alltagsverhalten der Einzelnen einschreibt (Barnett et al. 2008; O'Malley et al. 1997). So erscheinen die Regierten den Programmen der Regierenden – und nur diesen – vollkommen ausgeliefert. Dabei werden zum einen die Komplexität und Routinehaftigkeit der Alltagspraktiken sowie der normalisierende soziale Druck, der Veränderungen erschwert, weitgehend außer Acht gelassen (Sonneryd und Ugglå 2015, S. 922ff.). Darüber hinaus bleiben hierbei andere mit den neoliberalen Responsibilisierungen konkurrierende Verantwortungsverhältnisse ausgeklammert. In Abgrenzung zu den ersteren zeichnen sie sich weniger durch Wahlfreiheit, sondern durch Reziprozität und Abhängigkeit aus, was beispielsweise für Care-Verhältnisse charakteristisch ist. In dieser differenzierenden Perspektive erscheint eine durch neoliberale Rhetorik hervorgebrachte Responsibilisierung als eine unter mehreren Formen der Individualisierung von Verantwortung (Trnka und Trundle 2014, 2017a).

Drittens können nachhaltigkeitsbezogene Initiativen und Alltagspraktiken als neoliberale Instrumentalisierung beschrieben werden, weil Nachhaltigkeit als eine Top-Down-Agenda verstanden wird, was mit einer klaren Trennung zwischen den Regierten und den Regierenden einhergeht. Sobald solche Initiativen eher als selbstermächtigte Bottom-Up-Phänomene begriffen werden oder wenn die Dualität der Regierten und den Regierenden verschwimmt, stößt diese Kritik der Individualisierung von Verantwortung an Grenzen.

Vor diesem Hintergrund schlagen beispielsweise Trnka und Trundle (2014, 2017a) sowie Rose und Lentzos (2017) vor, das Band zwischen Responsibilisierung und Neoliberalismus, das innerhalb der *Governmentality Studies* eng gezogen wurde, zu lockern. Dies würde ermöglichen, das Verständnis von Verantwortung – und wie es in den gegenwärtigen akademischen und öffentlichen Diskursen operiert – anhand der Heterogenität der sozialen Verhältnisse, in denen sich die Verantwortungsträger/-innen befinden, zu rekonstruieren

(Trnka und Trundle 2014, S. 150). Das Analysieren von Responsibilisierung würde damit nicht darauf hinauslaufen, sie als eine neoliberale Regierungstechnologie zu entlarven, sondern wäre vielmehr mit der Frage beschäftigt »who is being held responsible by whom for what, in relation to what, in what ways, and with what consequences« (Rose und Lentzos 2017, S. 34). Diesem Pfad folgend, möchte ich in der Untersuchung von Responsibilisierung im Kontext nachhaltiger Entwicklung zum einen die umfangreichen Erkenntniswerkzeuge der *Governmentality Studies* aufgreifen, um so eine machtsensible Perspektive auf nachhaltigkeitsorientiertes verantwortliches Handeln einzunehmen und seine einseitige romantisierende Beschreibung zu vermeiden. Zum anderen jedoch möchte ich über diese Ein-Punkt-Perspektive hinaus, in der das Gesamtbild der Gesellschaft nach der neoliberalen Regierungsrationale ausgerichtet ist, nach weiteren Fluchtpunkten suchen, um so Verantwortungsverhältnisse im Kontext der Nachhaltigkeit in ihrer Komplexität beschreiben zu können.²

3. METHODOLOGISCHE VORBEMERKUNGEN

Dieser Abschnitt ist der Klärung der Frage gewidmet, die innerhalb der oben vorgestellten Arbeiten ausbleibt: Wie lässt sich Responsibilisierung als empirisches Phänomen überhaupt fassen?

In den oben zitierten Gouvernamentalitätsforschungen, innerhalb deren der Begriff der Responsibilisierung lanciert wurde, bezeichnet er zumeist eine Delegation von Aufgaben, für die traditionell – aber gleichsam kontingenterweise – staatliche Institutionen zuständig waren, an nicht-staatliche und vor allem individuelle Akteure (Trnka und Trundle 2017a, S. 2). Diese Delegation, die auf die Aktivierung abzielt (Krasmann 2003, S. 183), ist zugleich mit einer Rekonstitution der adressierten Subjekte verknüpft: Individuen können beispielsweise für ihre Gesundheit oder ihre Berufskarrieren verantwortlich gemacht werden, weil ihre Verantwortungsfähigkeit, ihre Wahlfreiheit, ihre Fähigkeit, eigenes Leben autonom zu steuern, vorausgesetzt wird. In diesem Kontext stellt Responsibilisierung also eine doppelte Bewegung dar, die stets auf ein spezifisches gesellschaftstheoretisches Verhältnis von staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren (zumeist einzelnen Menschen) verweist: Erstens

2 | Ähnlich schlägt Rosol (2017, S. 27) für die Erforschung des Phänomens *Urban Gardening* vor, bottom-up-Initiativen der Stadtentwicklung nicht in der Logik des Entweder (neoliberal)-oder (emanzipatorisch) zu rahmen, sondern vielmehr die Potenzialität der Gleichzeitigkeit und der gegenseitigen Durchdringung von neoliberaler Vereinnahmung und emanzipatorischer Aneignung solcher Phänomene anzuerkennen und das Verhältnis der beiden Frames fallbezogen zu bestimmen (vgl. auch McClintock 2014).

werden Zuständigkeiten vom Staat zum Individuum bewegt und zweitens werden den Adressat/-innen Subjektdefinitionen aufgestülpt bzw. nahegelegt und somit eine Verantwortungs- und Handlungsfähigkeit unterstellt (vgl. Günther 2002).

Die Bedingung für die soziologische Beschreibung der so verstandenen Responsibilisierung ist zum einen die Kenntnis über die historisch gewachsene Aufgabenteilung in den modernen liberalen Demokratien. Das heißt: Nur weil der Staat bestimmten Wohlfahrtsidealen verpflichtet war oder für den alleinigen Hüter der Wohlfahrt gehalten wurde, lässt sich eine Verschiebung der Zuständigkeit weg vom Staat und hin zu nicht-staatlichen Akteuren konstatieren. Dies wird anhand einer Vielfalt von Phänomenen festgestellt, z.B. als sprachliche Anrufung der Einzelnen als »Unternehmer ihrer Selbst« (Bröckling 2007) durch staatliche Institutionen, als Bereitstellung von Beratungsangeboten für Menschen, die Photovoltaikanlagen auf ihren Dächern installieren möchten oder als Bildungsveranstaltungen oder -materialien, in denen Konsument/-innen ihr Einfluss auf die Produktionsverhältnisse erläutert und ihre Verantwortung für die Gestaltung dieser Verhältnisse deutlich gemacht wird. Für die Beschreibung von Responsibilisierung innerhalb der *Governmentality Studies* ist also zum einen der gesellschaftstheoretische Rahmen des »fortgeschrittenen Liberalismus« (Rose und Lentzos 2017, S. 32) notwendig. Zum anderen muss eine implizite oder explizite Adressierung von einzelnen Privatpersonen (aber auch anderen nicht-staatlichen Akteuren) feststellbar sein, die als bereits verantwortlich angesprochen oder ermutigt werden, z.B. zur Reduktion der Treibhausgase beizutragen. Ob eine solche Adressierung wiederum vorliegt, wird in den oben zitierten Studien zumeist anhand sprachlicher Evidenz (also einer konkreten Verwendung von Wörtern aus dem Bedeutungsfeld von Verantwortung und Nachhaltigkeit durch die untersuchten Akteure) und/oder anhand einer interpretativen Herstellung einer Verknüpfung zwischen der beobachteten Situation und dem Bedeutungsfeld der Nachhaltigkeit (z.B. bei einem Info-Stand in der Fußgängerzone, der über Möglichkeiten der Installation von Photovoltaikanlagen aufklärt) ermittelt.

Für die in diesem Artikel noch zu beschreibenden Verantwortungsverhältnisse in einer Versorgungsgemeinschaft übernehme ich weitgehend die oben erläuterte methodologische Haltung und ergänze sie um drei weitere Punkte. Erstens spielt für mich das Verhältnis zwischen Staat und Individuum und somit die Delegation von Verantwortung zwischen diesen beiden Akteurstypen keine zentrale und somit rahmende Rolle. Vielmehr versuche ich, gemäß des bereits im Abschnitt 2 explizierten Erkenntnisinteresses, zu verstehen, wer wie und von wem für den Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung mit welchen Konsequenzen verantwortlich gemacht wird. Die Frage nach den Verantwortungsverhältnissen ist für mich eine offene Frage und nicht eine, die gesellschaftstheoretisch im Voraus auf die Beziehung zwischen dem Staat und den

Individuen festgelegt wird.³ Dies hängt wiederum damit zusammen, dass Verantwortung – zweitens – keinen bereits vorausgesetzten Begriff, sondern selbst den Gegenstand der empirischen Untersuchung darstellt. Responsibilisierung bedeutet in diesem Zusammenhang das »Doing Verantwortung« innerhalb sozialer Praktiken (siehe Buschmann und Sulmowski in diesem Band). Drittes: Da ich Weisen des Verantwortlichmachens und der Verantwortungsübernahme in den spezifischen Alltagsbedingungen eines Ökodorf-Projekts beschreibe, das nachhaltige Entwicklung als eines seiner zentralen Werte bzw. Ziele ausdrücklich nennt, nehme ich an – angelehnt an die oben formulierten Bedingungen der Untersuchung von Responsibilisierung –, dass Nachhaltigkeit als einer der zentralen normativen Bezugspunkte und somit eines der zentralen Organisations- und Koordinierungsprinzipien der Gemeinschaft fungiert. Dies bedeutet, dass beobachtete Phänomene stets auf ihr Verhältnis zu diesem programmatischen Bekenntnis zur Nachhaltigkeit befragt werden und nicht – wie in den *Governmentality Studies* verbreitet – von der Programmatik abgeleitet werden (Reitz und Draheim 2007, S. 111ff.).

4. VERANTWORTUNGSVERHÄLTNISSE IM ÖKODORF »SIEBEN LINDEN«

4.1. »Sieben Linden« als sozial-ökologisches Modellprojekt

Das Ökodorf »Sieben Linden« ist ein Teil des Ortes Poppau in der Gemeinde Beetzendorf in der Altmark (Sachsen-Anhalt). In der Siedlung leben zurzeit etwa 140 Bewohner/-innen, von denen etwa ein Viertel unter 18 Jahre alt ist. Die genossenschaftlich erworbene und verwaltete Fläche, die u.a. Acker-, Bau- und Waldareale umfasst, beträgt etwa 80 Hektar. Die Idee für ein Gemeinschaftsprojekt entstand 1989 und fand ihren Ausdruck zunächst in einem Konzeptpapier »Selbstversorgung als Selbstbestimmung« (Adam et al. 1990), in dem das Projekt als Antwort auf die Krisen der Industriegesellschaft dargestellt wird. Bereits in diesem programmatischen Text äußern die Autor/-innen ihren Willen, durch eigenes Beispiel zur Lösung dieser Krisen beizutragen, indem sie ihre sich noch damals zu formierende »ökologische Lebensgemeinschaft« (Adam et al. 1990, S. 3) dezidiert nicht als Ausstieg, sondern vielmehr als eine politische Aktion begreifen, die in die Gesellschaft hineinwirken soll

3 | Brady (2014, S. 22) bescheinigt den *Governmentality Studies* eine starke deduktive Tendenz und nennt einige solcher Analysen »Ausstechform-Beschreibungen« der politischen Wandelprozesse.

(Adam et al. 1990, S. 23).⁴ Programmatisch ist somit das Projekt von Anfang an mit der Aufgabe der Transformation der Gesellschaft verknüpft. Die Richtung dieser Transformation sollte weg von einer Industrie- und Konsumgesellschaft und hin zu einer lustvollen, schönen, selbstbestimmten, gewaltfreien und im Einklang mit der Natur lebenden Gemeinschaft führen (Adam et al. 1990, S. 23ff.), was inzwischen öffentlichkeitswirksam mit dem Selbstverständnis als Modellprojekt für Entwicklung »nachhaltiger Lebensstile«⁵ signalisiert wird. In diesem Sinne ist »Sieben Linden« als eine »intentionale Gemeinschaft« (Grundmann und Kunze 2012, S. 358; Dierschke et al. 2006, S. 102-104) zu verstehen, die von den Mitgliedern bzw. den Initiator/-innen mit Blick auf gemeinsam festgelegte Ziele gegründet wurde. Entsprechend wurden und werden Handlungs- bzw. Bedürfnisfelder wie Wohnen, Heizen, Hygiene, Ernährung, Mobilität, Bildung, Freizeit usw. in konsensorientierten Entscheidungsprozessen gestaltet. So sind der Boden sowie die Häuser nicht im individuellen, sondern im genossenschaftlichen Privatbesitz. Die Häuser werden mit höchsten Dämmstandards und einer Grundfläche von 16 m² pro Person (bzw. 32 m² bei zweistöckigen Gebäuden) gebaut, um den Heizbedarf zu minimieren, der zu zwei Dritteln durch den Einsatz des Brennholzes aus eigenen Waldbeständen gedeckt werden kann. Straßen werden grundsätzlich nicht versiegelt, und die bestehenden Schotterwege dürfen nur ausnahmsweise mit Autos befahren werden, von denen einige als »Teilautos« gemeinschaftlich genutzt werden. Komposttoiletten bzw. die sogenannten Trocken-Trenn-Toiletten sorgen zum einen für wasserlose Toilettengänge und zum anderen für Einfügung menschlicher Exkremete in eine Kreislaufwirtschaft. Nach einer Veredelung werden diese beispielsweise im Waldbau verwendet. Eine so eingerichtete Infrastruktur und Organisation der Bedarfswelder trug laut einer 2004 durchgeführten Studie dazu bei, die Treibhausgasemissionen im Bedarfswelder »Wohnen« auf einer Höhe zu halten, die den Sechzehntel des bundesdeutschen Durchschnitts betrug; wiederum im Bedarfswelder »Mobilität« fielen im Ökodorf pro Kopf und Jahr etwa 65 % der durchschnittlichen bundesdeutschen Emissionen (Simon et al. 2004, S. 10ff.). »Sieben Linden« ist ein Hybrid aus marktferner Selbstversorgungsgemeinschaft, spendenbasierter Vereinigung sowie einer marktorientierten Organisation. Während die

4 | Dies bedeutet nicht, dass alle Dorfbewohner/-innen ihr Leben in »Sieben Linden« ausschließlich als eine politische Intervention begreifen, die auf eine Transformation der Gesellschaft im Sinne der nachhaltigen Entwicklung abzielt. Es lassen sich vielmehr verschiedene Motive des Zuzugs ins Ökodorf identifizieren, die nebeneinander gestellt werden können wie der Wunsch nach der Gemeinschaft, nach Selbstentfaltung, nach der Verbundenheit mit der Natur oder nach einer befriedigenden alltäglichen Lebensführung abseits einer unüberschaubaren Welt (vgl. Beck 2012).

5 | www.siebenlinden.org (Zugegriffen: 08.11.2017).

Versorgung mit Brennholz und Gemüse größtenteils mit innerdörflichen Mitteln bewerkstelligt wird, sind der Seminar-Betrieb oder der Waldkindergarten Angebote, die exogene Kapitalzuflüsse generieren, auf die »Sieben Linden« zur Aufrechterhaltung seiner Existenz angewiesen ist. Dazu gehört auch die Öffentlichkeits- und Imagearbeit, die das Ökodorf als einen angefragten und besuchswerten Akteur in der Nachhaltigkeitslandschaft positionieren.

Dabei ist Verantwortung eines der zentralen Motive des auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Handelns in »Sieben Linden«. Die Dorfbewohner/-innen betonen immer wieder, dass sie es ausdrücklich als ihre Aufgabe und nicht die Aufgabe von anderen Akteuren, seien es die politischen Entscheidungsträger/-innen oder Unternehmen, betrachten, die jeweiligen Alltagspraktiken so einzurichten, dass ihr Vollzug möglichst schonend Ressourcen in Anspruch nimmt und möglichst wenig Emissionen produziert. Die oben dargestellten Errungenschaften in »Sieben Linden« können insofern als Resultat der programmatisch deklarierten Übernahme von Verantwortung für die Krisen der Industriegesellschaft sowie der Sorge um die »Welt, in der wir leben«⁶, verstanden werden. Andererseits kann im Sinne der Gouvernementalitätsperspektive die Verantwortungsübernahme für eine derartige Einrichtung von Alltagspraktiken als eine Delegation von vormals staatlicher Verantwortung gerahmt werden. Schließlich tragen hier Einzelne in gemeinschaftlicher Eigenarbeit zu einer erheblichen Reduktion des Ressourcenverbrauchs und der Treibhausgasemissionen bei und beleben dabei den ländlichen Raum. Es wäre somit naheliegend, »Sieben Linden« als »Agent der Regierung« (Rutland und Aylet 2008, S. 642) in der Erledigung umweltpolitischer Aufgaben zu sehen, zumal das Projekt mehrere staatliche Auszeichnungen bekam. Aus Gründen, die ich im Abschnitt 2 erläutert habe, verfolge ich nicht das Ziel, die auf *Governmentality Studies* zurückgehende neoliberal-diagnostische Lesart des Alltags in »Sieben Linden« gegen eine emanzipatorische Lesart auszuspielen. Vielmehr interessiert mich, welche Analyse von Responsibilisierung durch eine gleichzeitige Zulassung beider Lesarten ermöglicht wird.

4.2 Responsibilisierung und Subjektivierung in der Aufnahmeprozedur in »Sieben Linden«

Im Folgenden stelle ich einige von mehreren identifizierten Weisen des Einsatzes von Verantwortung vor. In diesen Beispielen fungiert Eigenverantwortung als Eingangspforte bei der Aufnahme neuer Projektmitglieder und als ein notwendiges Element eines Ethos der Selbst-Entfaltung, das zwar als Selbst-Optimierung, allerdings nicht zwingend als eine neoliberale Optimierung begriffen werden kann.

6 | <https://siebenlinden.org/de/oekodorf/vision/> (Zugegriffen: 08.11.2017).

Die Form von Responsibilisierung, die ich hier vorstellen möchte, nimmt die Gestalt einer ausdrücklichen Thematisierung von Eigenverantwortung als einer Art personaler Qualität bzw. Fähigkeit an. Dies findet im Rahmen der sog. Ankommensprozedur statt, also einer Reihe formalisierter Begegnungen zwischen den Dorfbewohner/-innen und den am Projekt oder sogar am Zuzug Interessierten. Wer die Projektinformationstage als Wochenend- oder Wochen-seminar absolviert hat, kann an dem einwöchigen Intensivkurs teilnehmen. Unter den am Zuzug interessierten Teilnehmer/-innen des Intensivkurses werden durch die Gemeinschaft ausgewählte Personen zum zweiwöchigen Gemeinschaftskurs eingeladen, in dessen Anschluss einige ermutigt werden, einen Antrag auf eine einjährige Probezeit zu stellen. In Begleitung von zwei Pat/-innen bereiten sich die Kandidat/-innen auf einen Vorstellungsabend vor, an dem sie sich den anwesenden Dorfbewohner/-innen vorstellen und Fragen aus der Gemeinschaft beantworten. Mit einer anschließenden Abstimmung entscheiden die Gemeinschaftsmitglieder über die Zulassung zur einjährigen Probezeit. Ist diese zu Ende, wird in einer weiteren Abstimmung die Aufnahme in die Genossenschaft in der Regel besiegelt.

In den ersten zwei Veranstaltungen der vorgestellten Reihe, an denen ich teilnehmen konnte, wird Verantwortung im Sinne einer individuellen Fähigkeit konzipiert, die zugleich als eine Voraussetzung für die Aufnahme und das Leben in »Sieben Linden« gilt. Dabei ist Eigenverantwortung zum einen im Sinne einer Fähigkeit der endogenen Selbst-Aktivierung zu verstehen. So sagt eine Seminarleiterin: »Wir brauchen Leute, die von ihrem Wesen her selbst Initiative ergreifen, die selbst-verantwortlich sind.« Da das Ökodorf kein ehrenamtlich finanziertes Freizeit-Projekt ist, sondern eine auf (alternative) Existenzsicherung und somit auch auf ökonomische Produktivität ausgerichtete Organisation (s. oben), muss sie ihr Produktivitätspotenzial im Auge behalten. Für die Entwicklung und Aufrechterhaltung des Ökodorfs muss ihre Gesundheit beachtet werden: »Wir können hier nicht alles auffangen, es gibt therapeutische Gemeinschaften, aber hier ist Selbstverantwortung gefragt« – sagt die Leiterin einer der Einführungskurse.

Zum anderen wird Eigenverantwortung auf eine spezifische Kommunikations- und Konfliktkultur innerhalb der Gemeinschaft bezogen. Sie steht für eine Haltung im Umgang mit negativen Gefühlslagen hauptsächlich in Konfliktsituationen. Sie äußert sich in einer introspektiven Ausrichtung der Analyse von Gemütszuständen. Wenn im Streit negative Gefühle auftreten, soll die Einsicht, dass jede/-r für eigene Gefühlslagen eigenverantwortlich ist, dafür sorgen, dass die eigene Innenwelt nach den Ursachen des Konflikts durchsucht wird. Diese zu kultivierende Haltung ist nicht nur eine Voraussetzung für die Entwicklung und Aufrechterhaltung der Kommunikations- und Konfliktkultur in »Sieben Linden«, sondern auch für die angestrebte Selbst-Entfaltung, die diese Kultur fördern soll. Denn wachsen lässt es sich vor allem dann im

Verständnis der Dorfbewohner/-innen, wenn problematische Situationen, Unzufriedenheit oder seelischer Schmerz als Anlass für innere Lernprozesse und nicht für Abwendung, Kommunikationsunterbrechung oder Schuldzuweisung begriffen werden. In einem so kultivierten »Denkstil« (Fleck 1980/1935) über psycho-soziale Entwicklungsdynamik der Menschen fungiert das Ethos der Selbst-Entfaltung und die darin eingefaltete Eigenverantwortung als eine Art Übersetzungsinstanz (vgl. Latour 2007), mit der Kritik in produktive Entfaltungsarbeit übersetzt werden kann. So kommentiert ein Siebenlindner einen »Rückzieher« einer am Zuzug interessierten Familie folgendermaßen: »Ja, sie wollten kommen und haben sich dagegen entschieden. Ich kann es verstehen, denn sie haben ziemlich viel Feedback bekommen und wenn man an den inneren Wachstumsprozessen nicht interessiert ist, der versteht das nur als Kritik und leidet darunter.«

Eigenverantwortung sowie das auf ihr ruhende Ethos der Selbst-Entfaltung verlangen den Dorfbewohner/-innen die Bereitschaft ab, sich selbst zu beobachten, über ihre Gefühlslagen zu reflektieren und sich somit zu optimieren. Da in »Sieben Linden« aufgrund der Entscheidungsstrukturen und des eng gemeinschaftlich gestalteten Alltags zwangsläufig Reibungsmomente aufkommen würden, bestünden in einer solchen Gemeinschaft besonders viele Möglichkeiten für die Selbst-Entfaltung. An dieser Stelle könnte im Rückgriff auf die Gouvernamentalitätsperspektive Selbst-Entfaltung als Selbst-Optimierung im Sinne einer neoliberalen Zurichtung der Subjekte ausgelegt werden, die auf die Herausbildung von marktverwertbaren Kompetenzen aus ist, mit denen der Wettbewerb um die Humanressource »Mensch« bestritten werden kann (Gamm 2013, S. 51). Doch hierfür fehlen einige Elemente, die eine solche Beschreibung plausibel machen würden. Beispielsweise ist diese Optimierung nicht auf marktförmige Verwertung der erlernten Kompetenzen ausgerichtet, sondern vielmehr darauf, eine Kommunikations- und Konfliktkultur aufrecht zu erhalten, die eine Fortentwicklung und Pflege der Gemeinschaft gewährleistet. Sie ist auch darauf ausgerichtet, einen möglichst ressourcenschonenden naturharmonischen Lebensstil zu entwickeln. Auch wenn gerade diese Errungenschaft – eine funktionierende Gemeinschaft, in der sozial-ökologisch verträgliche Lebensweise ausprobiert wird – dem Ökodorf hohe Besucherzahlen beschert, Einnahmen generieren lässt und somit das Kapital des Projekts darstellt, ist ihre Marktverwertbarkeit jedoch vielmehr ein Nebenprodukt dieser Arbeit am (kollektiven) Selbst als ihr Ziel. In diesem Sinne lässt sich konstatieren, dass »Eigenverantwortung« zwar im Dienst einer Selbst-Optimierung steht, jedoch geht diese Optimierung nicht (vollständig) in einer neoliberalen Rationalität auf.

In den beschriebenen Beispielen wird darüber hinaus deutlich, dass »Verantwortung« ihre Wirksamkeit auch als ein Element der Selektion in der Aufnahme neuer Gemeinschaftsmitglieder entfaltet. Auch wenn aus der In-

nenperspektive ein Selektionsmechanismus als notwendig erscheint, ist das Ökodorf eindeutig nicht für alle offen: Wer sich nicht als verantwortlich zeigt oder als verantwortlich wahrgenommen wird, bleibt außen vor. So betont eine Kursleiterin: »Wenn Menschen es nicht einsehen, dass sie für ihre eigenen Gefühle, Körper, Taten zuständig sind, können sie hier nicht leben. Selbstverantwortung ist die Grundlage.« Auf diese Weise wird Eigenverantwortung institutionalisiert und hat daher eine normalisierende Funktion. Die im Projekt oft beschworene Formel »Einheit in der Vielfalt« muss vor diesem Hintergrund mit Skepsis betrachtet werden. Eingesetzt wird sie, um das Verhältnis zwischen Individualität und Kollektivität zu harmonisieren, um die Heterogenität der Lebensentwürfe und -stile in »Sieben Linden« zu betonen und damit ein Bild einer homogenisierenden Wirkung von Gemeinschaft abzuwenden. Es kann sich hierbei jedoch höchstens um eine situierte Vielfalt handeln, die ausgewählte Aspekte des Unterschiedlich-Seins umfasst, wie beispielsweise religiöse oder sexuelle Orientierung, Ernährungsstile, nicht aber andere, wie z.B. die Verantwortungsverhältnisse der Einzelnen in Bezug auf eigene Gemütszustände. Ein »internationalisiertes und damit globalisiertes und multikulturelles ›Wir««, dessen Entstehung Grundmann und Kunze (2012, S. 367) in den intentionalen Gemeinschaften – in Kontrast zu traditionellen Gemeinschaften – sehen, tritt vor dem Hintergrund der obigen Beschreibung weniger deutlich zu Tage. Eine solche Aussage ist zumindest in Bezug auf den programmatischen Anspruch zulässig. Mit Blick auf die alltägliche Praxis muss sie jedoch relativiert werden, denn »sobald du deine Genossenschaftsanteile gezahlt hast, kannst du eh machen, was du willst« – erläutert einer der Dorfbewohner.

5. FAZIT: DIE KOMPLEXITÄT DER VERANTWORTUNGSVERHÄLTNISSE

Der Ausgangspunkt dieses Beitrags war die Kritik der auf Nachhaltigkeit bezogenen Responsibilisierung und insbesondere jene Kritik, die im Rahmen der *Governmentality Studies* formuliert wurde. Die Gouvernamentalitätsperspektive macht es einerseits möglich, Bemühungen Einzelner oder Gruppen, seien es Kauf von Bio-Produkten, Trennen von Müll, Verzicht auf Produktverpackungen, Engagement in Repair-Cafés oder Selbsthilfe-Werkstätten, Gründung von ökologisch orientierten Wohn- und Gemeinschaftsprojekten, nicht ausschließlich als Ausdruck einer einsichtsvollen und tugendhaften Verantwortungsübernahme zu verstehen, sondern auch als Ausdruck eines Machtverhältnisses – einer besonderen Weise, regiert zu werden. Andererseits lassen sich mit dieser Perspektive Ressourcen und Emissionen sparende Verhaltensweisen nicht als Ausdruck von Emanzipation und Kritik oder eines Aufbegeh-

rens gegen die bestehenden gesellschaftlichen Naturverhältnisse beschreiben. Aufgrund dieser theoretischen Problemlage verfolgte der Artikel das Ziel, die Gouvernementalitätsperspektive auf Responsibilisierung zu richten, ohne jedoch die generalisierende Konzeption von Verantwortung als eine neoliberale Regierungstechnologie zu einem zentralen analytischen Fluchtpunkt zu erheben. Somit ging es ausdrücklich nicht darum, herauszuarbeiten, inwiefern ein auf Nachhaltigkeit ausgerichtetes Handeln *entweder* eine neoliberale Instrumentalisierung *oder* eine selbstbestimmte Verantwortungsübernahme darstellt. Mit anderen Worten: Der Annäherung an das Phänomen Responsibilisierung lag die Annahme zu Grunde, dass diese weder als vollständig autonomes noch als ein vollständig heteronomes Geschehen aufzufassen, sondern vielmehr im Sinne eines stets »bedingten Tuns« (Schürmann 2014, S. 226) zu verstehen ist. Dementsprechend sollten Verantwortungsverhältnisse in ihrer Situativität und Komplexität beschrieben werden, indem der von Rose und Lentzos (2017, S. 34) aufgeworfene Frage nachgegangen wurde: Wer wird wie von wem und wofür verantwortlich gemacht und mit welchen Konsequenzen?

Anhand einer ethnografischen Studie im Ökodorf »Sieben Linden« wurde rekonstruiert, wie die in die Programmatik dieses Gemeinschaftsprojekts eingeschriebene Verantwortung in der Gestaltung des Dorfes sowie bei der Annäherungs- und Aufnahme-prozedur neuer Mitglieder wirksam wird. Dabei zeigt sich, dass Verantwortung nicht nur – wie die *Governmentality Studies* nahelegen – im Sinne einer Regierungstechnologie zu einer Aktivierung anleitet. Wenn sie das tut, ist diese Aktivierung nicht nur auf eine individualistische Marktverwertbarkeit des eigenen Selbst ausgerichtet. Vielmehr können unterschiedliche Bedeutungen und Wirkungen im Zusammenhang mit Verantwortung beschrieben werden, je nach der Rationalität, in die sie eingespannt wird. Zum einen wird sie als eine personale Qualität konzipiert, die zugleich eine Voraussetzung dafür ist, Teil der Gemeinschaft zu werden. Gewissermaßen kommt der Eigenverantwortung also eine Bedeutung als Eingangspforte zu: Auch wenn in »Sieben Linden« Vielfalt ausdrücklich erwünscht und gefördert wird, so umfasst sie im Verständnis der Dorfbewohner/-innen ausgewählte Aspekte des Unterschiedlich-Seins (z.B. sexuelle oder religiöse Orientierung) und lässt andere (wie die Verantwortungsfähigkeit) außen vor. Zum anderen ist Eigenverantwortung in die pragmatische, eine Care- und eine Optimierungsrationalität verwickelt, die sich wechselseitig durchdringen. So ist eigenverantwortliches Handeln eine Grundlage für die Umsetzung der nachhaltigkeitsorientierten Programmatik des Projekts und gleichzeitig eine Bedingung für die Aufrechterhaltung der Gemeinschaft. Die komplexen gemeinschaftlichen Entscheidungs- und Anpassungsprozesse im Dorf gelingen dank einer gemeinsam entwickelten Kommunikations- und Konfliktkultur, für die Verantwortung für eigene Gemütszustände zentral ist. Diese Verantwortung impliziert eine Bereitschaft, sich in Konfliktsituationen permanent zu reflektie-

ren, zu disziplinieren und sich in Offenheit für Kritik zu üben, was wiederum als Motor der Selbst-Entfaltung aufgefasst wird. Gewiss kann diese Entfaltung als Optimierung gedeutet werden, da sie auf die Selbstverwertbarkeit ausgerichtet ist. Diese Verwertbarkeit ausschließlich in den Dienst einer marktförmigen Anpassung zu stellen, würde jedoch andere (oben beschriebene) Rationalitäten, die am Werk sind, ausblenden. Offensichtlich geht mit dem Leitbild Nachhaltigkeit eine soziale Ordnung einher, in der Responsibilisierung und Optimierung obligatorische Elemente von Subjektivierungsprozessen sind. Damit ist diese Ordnung und ihr Werden zwar mit neoliberalen Programmatiken verknüpft, kann jedoch durch den alleinigen Verweis auf diese nur einseitig beschrieben werden.

LITERATUR

- Adam, Gabriele, Arno Hauenschild, Harald Kust, Edeltrud Schmitt und Jörg Sommer. 1990. *Selbstversorgung als Selbstbestimmung. Wege zu einer ökologischen Lebensgemeinschaft*. Heidelberg.
- Barnett, Clive, Nick Clarke, Paul Cloke und Alice Malpass. 2008. The Elusive Subjects of Neo-Liberalism. *Cultural Studies* 22(5):624-653.
- Beck, Sylvia. 2012. Gemeinschaftliches Wohnen: Zwischen gelebter Sozialutopie, pragmatischer alltäglicher Lebensführung und instrumentalisierter Vergemeinschaftung. *Widersprüche: Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich* 32(124):33-53.
- Becker, Egon, und Thomas Jahn, Hg. 2006. *Soziale Ökologie: Grundzüge einer Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Brady, Michelle. 2014. Ethnographies of Neoliberal Governmentalities: from the neoliberal apparatus to neoliberalism and governmental assemblages. *Foucault Studies* 18:11-33.
- Bröckling, Ulrich. 2013. *Das unternehmerische Selbst: Soziologie einer Subjektivierungsform*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- BUNDjugend, und BUND, Hg. 2017: *Ein gutes Leben für alle! Eine Einführung in Suffizienz*. <http://kassel.bund.net/fileadmin/bundgruppen/bcmskvkassel/Veranstaltungen/gutes-leben.pdf> (Zugegriffen: 08.11.2017).
- Cupples, Julie, und Elisabeth Ridley. 2008. Towards a heterogeneous environmental responsibility: sustainability and cycling fundamentalism. *Area* 40(2):254-264.
- Darier, Éric. 1996. Environmental governmentality: The case of Canada's green plan. *Environmental Politics* 5(4):585-606.
- Dierschke, Thomas, Stephan Drucks und Iris Kunze. 2006. Intentionale Gemeinschaften: Begriffe, Felder, Zugänge. In *Soziale Gemeinschaften: Expe-*

- rimentierfelder für kollektive Lebensformen, Hg. Matthias Grundmann, Thomas Dierschke, Stephan Drucks und Iris Kunze, 101-118. Berlin: Lit-Verlag.
- Dobson, Andrew. 2007. Environmental citizenship: towards sustainable development. *Sustainable Development* 15(5):276-285.
- Fahlquist, Jessica Nihlén. 2009. Moral Responsibility for Environmental Problems – Individual or Institutional? *Journal of Agricultural and Environmental Ethics* 22(2):109-124.
- Fleck, Ludwik. 1980/1935. *Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache. Einführung in die Lehre vom Denkstil und Denkkollektiv*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- Gamm, Gerhard. 2013. Das Selbst und sein Optimum. Selbstverbesserung als das letzte Anliegen der modernen Kultur. In *Inszenierung und Optimierung des Selbst*, Hg. Ralf Mayer, Christiane Thompson und Michael Wimmer, 31-53. Wiesbaden: Springer.
- Giddens, Anthony. 1991. *Modernity and self-identity: self and society in the late Modern Age*. Cambridge: Polity Press.
- Grundmann, Matthias, und Iris Kunze. 2012. Transnationale Vergemeinschaftungen: Interkulturelle Formen der sozial-ökologischen Gemeinschaftsbildung als Globalisierung von unten? In *Transnationale Vergesellschaftungen*, Hg. Hans-Georg Soeffner, 357-369. Wiesbaden: Springer.
- Grundmann, Matthias, Thomas Dierschke, Stephan Drucks und Iris Kunze, Hg. 2006. *Soziale Gemeinschaften: Experimentierfelder für kollektive Lebensformen*. Berlin: Lit-Verlag.
- Grunwald, Armin. 2010a. Die Ökologie der Individuen. Erwartungen an individuelles Umwelthandeln. In *Ökologische Aufklärung*, Hg. Christian Büscher und Klaus Peter Japp, 231-257. Wiesbaden: VS Verlag.
- Grunwald, Armin. 2010b. Wider die Privatisierung der Nachhaltigkeit – Warum ökologisch korrekter Konsum die Umwelt nicht retten kann. *GAIA* 19(3):178-182.
- Grunwald, Armin. 2012. *Ende einer Illusion. Warum ökologisch korrekter Konsum uns nicht retten kann*. München: oekom.
- Günther, Klaus. 2002. Zwischen Ermächtigung und Disziplinierung. Verantwortung im gegenwärtigen Kapitalismus. In *Befreiung aus der Mündigkeit: Paradoxien des gegenwärtigen Kapitalismus*, Hg. Axel Honneth, 117-139. Frankfurt a.M.: Campus.
- Harris, Edmund. 2009. Neoliberal subjectivities or a politics of the possible? Reading for difference in alternative food networks. *Area* 41(1):55-63.
- Heidbrink, Ludger, Imke Schmidt und Björn Ahaus, Hg. 2011. *Die Verantwortung des Konsumenten: Über das Verhältnis von Markt, Moral und Konsum*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Hellmann, Kai-Uwe. 2011. Der Eigensinn der Konsumenten. Zur Frage der Verantwortung bei der Zurechnung von Konsumentenverantwortung. In

- Die Verantwortung des Konsumenten: Über das Verhältnis von Markt, Moral und Konsum*, Hg. Ludger Heidbrink, Imke Schmidt und Björn Ahaus, 269-283. Frankfurt a.M.: Campus.
- Hobson, Kersty. 2013. On the making of the environmental citizen. *Environmental Politics* 22(1):56-72.
- Honneth, Axel, Hg. 2002. *Befreiung aus der Mündigkeit: Paradoxien des gegenwärtigen Kapitalismus*, 117-139. Frankfurt a.M.: Campus.
- Hunter, Robert. 1997. *Simple Things Won't Save the Earth*. Austin: The University of Texas Press.
- Kaindl, Christina, Hg. 2007. *Subjekte im Neoliberalismus*. Marburg: BdWi-Verlag.
- Krasmann, Susanne. 2003. *Die Kriminalität der Gesellschaft: Zur Gouvernementalität der Gegenwart*. Konstanz: UVK.
- Kumnig, Sarah, Marit Rosol und Andreas Exner, Hg. 2017. *Umkämpftes Grün: zwischen neoliberaler Stadtentwicklung und Stadtgestaltung von unten*. Bielefeld: transcript.
- Latour, Bruno. 2007. *Eine neue Soziologie für eine neue Gesellschaft: Einführung in die Akteur-Netzwerk-Theorie*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Lemke, Thomas. 2000. Neoliberalismus, Staat und Selbsttechnologien. Ein kritischer Überblick über die governmentality studies. *Politische Vierteljahresschrift* 41(1):31-47.
- Luke, Timothy W. 1999. Environmentality as Green Governmentality. In *Discourses of the environment*, Hg. Éric Darier, 121-151. Oxford: Blackwell.
- Maniates, Michael F. 2001. Individualization: Plant a Tree, Buy a Bike, Save the World? *Global Environmental Politics* 1(3):31-52.
- Mayer, Ralf, Christiane Thompson und Michael Wimmer, Hg. 2013. *Inszenierung und Optimierung des Selbst*. Wiesbaden: Springer.
- McClintock, Nathan. 2014. Radical, reformist, and garden-variety neoliberal: coming to terms with urban agriculture's contradictions. *Local Environment* 19(2):147-171.
- Miller, Peter, und Nikolas S. Rose. 2008. *Governing the present: administering economic, social and personal life*. Cambridge: Polity Press.
- Müller, Ria, Jan Hildebrand, Frieder Rubik, Diana Rode, Sigrid Söldner und Sabine Bietz. 2016. *Der Weg zum Klimabürger. Kommunale Unterstützungsmöglichkeiten, Strategien, Methoden. Empfehlungen aus dem Forschungsprojekt Klima-Citoyen*. https://www.ioew.de/fileadmin/user_upload/BILDER_und_Downloaddateien/Publikationen/2016/Klima-Citoyen_Wegweiser_Klimabuerger.pdf (Zugegriffen: 05.09.2017).
- O'Malley, Pat, Shearing Clifford und Lorna Weir. 1997. Governmentality, criticism, politics. *Economy and Society* 26(4):501-217.
- Partzsch, Lena. 2015. Kein Wandel ohne Macht – Nachhaltigkeitsforschung braucht ein mehrdimensionales Machtverständnis. *GAIA* 24(1):48-56.

- Paterson, Matthew, und Johannes Stripple. 2010. My Space: Governing Individuals' Carbon Emissions. *Environment and Planning D: Society and Space* 28(2):341-362.
- Reitz, Tilman, und Susanne Draheim. 2007. Schattenboxen im Neoliberalismus. Kritik und Perspektiven der deutschen Foucault-Rezeption. In *Subjekte im Neoliberalismus*, Hg. Christina Kaindl, 109-121. Marburg: BdWi-Verlag.
- Rose, Nikolas. 2000. Government and Control. *British Journal of Criminology* 40:321-339.
- Rose, Nikolas, und Filippa Lentzos. 2017. Making Us Resilient: Responsible Citizens for Uncertain Times. In *Competing responsibilities: the politics and ethics of contemporary life*, Hg. Susanna Trnka und Catherine Trundle, 27-48. Durham: Duke University Press.
- Rosol, Marit. 2017. Gemeinschaftlich gärtner in der neoliberalen Stadt? In *Umkämpftes Grün: zwischen neoliberaler Stadtentwicklung und Stadtgestaltung von unten*, Hg. Sarah Kumnig, Marit Rosol und Andreas Exner, 11-32. Bielefeld: transcript.
- Rutherford, Stephanie. 2007. Green governmentality: insights and opportunities in the study of nature's rule. *Progress in Human Geography* 31(3):291-307.
- Rutland, Ted, und Alex Aylett. 2008. The Work of Policy: Actor Networks, Governmentality, and Local Action on Climate Change in Portland, Oregon. *Environment and Planning D: Society and Space* 26(4):627-646.
- Schürmann, Volker. 2014. Bedeutungen im Vollzug. Zum spezifischen Gewicht der Praxisphilosophie. *Sport und Gesellschaft* 11(3):212-231.
- Shove, Elizabeth. 2010. Beyond the ABC: Climate Change Policy and Theories of Social Change. *Environment and Planning A* 42(6):1273-1285.
- Simon, Karl-Heinz, Alexa Matovelle, Klaus-Peter Kilmer-Kirsch und Peter Dangelmayer. 2004. *Zusammenfassender Endbericht zum Vorhaben »Gemeinschaftliche Lebens- und Wirtschaftsweisen und ihre Umweltrelevanz«*. Kassel. <http://siebenlinden.org/wp-content/uploads/2016/06/Simon-KH-et-al-2004.pdf>. (Zugegriffen: 08.11.2017).
- Soneryd, Linda, und Ylva Ugglå. 2015. Green governmentality and responsabilization: new forms of governance and responses to »consumer responsibility.« *Environmental Politics* 24(6):913-931.
- Trnka, Susanna, und Catherine Trundle. 2014. Competing Responsibilities: Moving Beyond Neoliberal Responsibilisation. *Anthropological Forum* 24(2):136-153.
- Trnka, Susanna, und Catherine Trundle. 2017a. Introduction. Competing Responsibilities: Reckoning Personal Responsibility, Care for the Other, and the Social Contract in Contemporary Life. In *Competing responsibilities: the politics and ethics of contemporary life*, Hg. Susanna Trnka und Catherine Trundle, 1-24. Durham: Duke University Press.

-
- Trnka, Susanna, und Catherine Trundle, Hg. 2017b. *Competing responsibilities: the politics and ethics of contemporary life*. Durham: Duke University Press.
- Walker, Gordon. 2015. Beyond individual responsibility. Social practice, capabilities and the right to environmentally sustainable ways of living. In *Social practices, intervention and sustainability: beyond behaviour change*, Hg. Yolande Strengers und Cecily Maller, 45-59. London: Routledge.

Geteilte Verantwortung als Bedingung für eine ökologisch nachhaltige, sozial gerechte, geschlechtergerechte Postwachstumsgesellschaft¹

Sabine Carl

EINLEITUNG

In Anbetracht der Krisenhaftigkeit gegenwärtiger kapitalistischer Systeme kann – nicht nur in Bezug auf die Finanz- und Wirtschaftskrise von 2007 – von einer »strukturierten Verantwortungslosigkeit« (Honegger et al. 2010) gesprochen werden. Was Claudia Honegger und Kolleg/-innen für das als neo-liberal bezeichnete Wirtschaftssystem skizzieren, betrifft dabei auch die zu meist unsichtbar gemachten Grundlagen der Ökonomie: natürliche Prozesse und sorgende Tätigkeiten (Jochimsen und Knobloch 1997). Im Sinne eines starken Nachhaltigkeitsverständnisses beschäftigen sich Befürworter/-innen von Postwachstum daher mit der Frage nach einer wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Transformation von Gesellschaft, die es ermöglicht, innerhalb der Systemgrenzen des Planeten jetzt und auch zukünftig ein »gutes Leben« zu führen. Die genaue Definition vom guten Leben ist dabei keineswegs geklärt und kann vielleicht nie abschließend beantwortet werden. Daher ist der Diskurs um Postwachstum, auf den ich mich insgesamt beziehe, sehr heterogen (vgl. Latouche 2009; Jackson 2011; Acosta 2015; Rosa 2016). Sehr viele Postwachstumsbefürwortende verbinden mit dem guten Leben allerdings häufig intergenerationelle – und viele auch intragenerationelle sowie globale – soziale Gerechtigkeit. Sorgende Tätigkeiten werden dabei durchaus in die Betrachtungen mit einbezogen, selten werden allerdings bislang die gesellschaftlichen

1 | An dieser Stelle möchte ich mich recht herzlich bei Anna Henkel für das äußerst konstruktive und engagierte Lektorat bedanken. Ebenso gilt mein Dank Lars Hochmann.

Geschlechterverhältnisse und die daraus resultierenden Ungleichheiten thematisiert (Bauhardt 2013).

Für solch ein umfangreiches Projekt wie die Transformation der auf Wirtschaftswachstum strukturell angewiesenen Gesellschaft hin zu einer ökologisch nachhaltigen und sozial gerechten Postwachstumsgesellschaft ist die Frage nach der Verantwortlichkeit höchst relevant: Wem wird Verantwortung zugeschrieben? Wer entzieht sich der Verantwortung? Wie können gesellschaftliche Strukturen so organisiert werden, dass Verantwortung übernommen werden kann? Und umgekehrt: Wie muss Verantwortung gedacht werden, damit gesellschaftliche Strukturen im Sinne einer solchen Transformation überhaupt verändert werden können?

Ausgehend davon, dass Verantwortung aktuell häufig marginalisierten Gruppen zugeschrieben wird (Wichterich 1992; MacGregor 2006), argumentiere ich für eine *geteilte Verantwortung* (Young 2011) für die gesellschaftliche Transformation hin zu einer ökologisch nachhaltigen, sozial gerechten, geschlechtergerechten Postwachstumsgesellschaft. Denn diese ermöglicht erstens, dass die notwendigen Grundlagen für eine Übernahme von Verantwortung sozial gerecht verteilt werden und zweitens, dass (bereits bestehende) Verantwortlichkeiten ebenso gerecht verteilt werden.

Nachdem ich zunächst die diesem Beitrag zu Grunde liegenden Begriffe der sozialen Gerechtigkeit und der Verantwortung erläutere und mit Rückgriff auf verschiedene Konzepte (Nussbaum 2000; Fraser 2003; MacGregor 2006; Young 2011) operationalisiere (1), werde ich anhand meiner empirischen Forschung zu dem Projekt »Lebensenergie für das Dorf« (2) darlegen, warum soziale Gerechtigkeit für eine Übernahme von Verantwortung notwendig ist und warum dazu auch eine gerechte Verteilung von (bestehenden) Verantwortlichkeiten gehört (3). Ziel ist es, geteilte Verantwortung – sowohl für gesellschaftliche Transformation, als auch für soziale Reproduktion, als Schlüsselement für eine ökologisch nachhaltige, sozial gerechte, geschlechtergerechte Postwachstumsgesellschaft herauszuarbeiten (4).

1. SOZIALE GERECHTIGKEIT UND VERANTWORTUNG: BEGRIFFSBESTIMMUNG UND OPERATIONALISIERUNG

»Allein die objektivistischen Theorien sehen in der Gerechtigkeit üblicherweise einen zwingenden Bestandteil des guten Lebens.« (Goppel et al. 2016, S. 4) Gemäß dieser Definition erweist sich Gerechtigkeit als notwendiger Bestandteil der Debatten um Postwachstum als der Suche nach dem *guten Leben für alle*. Was – objektiv gesehen – das gute Leben für alle ausmachen könnte, wird derzeit vielfältig debattiert und ausprobiert: Vielen (wenn auch längst nicht allen) Postwachstumsbefürworter/-innen gilt dabei soziale Gerechtigkeit als

Kernelement einer anzustrebenden Postwachstumsgesellschaft, ohne die ein Leben ohne Wirtschaftswachstum nicht umsetzbar wäre (D'Alisa et al. 2015; Rätz 2011).

Unter der Voraussetzung von sozialer Ungleichheit und der Benachteiligung marginalisierter Gruppen muss eine libertäre Begriffsbestimmung von sozialer Gerechtigkeit den Anspruch der prinzipiellen Gleichheit der Menschen mit tatsächlichen individuellen und gruppenbezogenen Differenzen versöhnen. Das ist genau das Ziel der *Theory of Justice* (1975) von John Rawls. Mithilfe der Prinzipien von Gleichheit und Differenz argumentiert Rawls für einen Nachteilsausgleich bei ungleichen Voraussetzungen, das heißt, dass zum Beispiel Kinder aus bildungsfernen Haushalten eine größere Unterstützung im Schulsystem erhalten können sollten als Kinder aus bildungsaffinen Haushalten. Damit zielt Rawls auf eine soziale Gerechtigkeit ab, die auf dem Gleichheitssatz beruht und auf Gleichberechtigung abzielt, ohne jedoch soziale Ungleichheit vollständig abzulehnen. Er grenzt sich damit auch von libertären Ansätzen ab, die Gerechtigkeit eher darin verwirklicht sehen, dass soziale wie natürliche Unterschiede rechtmäßig besessen und weitervererbt werden können (Goppel et al. 2016, S. 4). Auf John Rawls Ansatz aufbauend und insbesondere in Weiterentwicklung von Amartya Sens *Verwirklichungschancen-Ansatz* (1984), beschreibt Martha Nussbaum mit dem *Capabilities Approach* eine Reihe von Befähigungen, die alle Menschen weltweit benötigten, um ein gutes Leben selbstbestimmt realisieren zu können (Nussbaum 2000). Neben eher materiellen Befähigungen wie die Befähigungen zu *Leben* und *körperlicher Integrität* bezieht sie dabei auch weitere Befähigungen wie z.B. *Sozialität und Beteiligungsmöglichkeiten*, *ökologische Verbundenheit* und eine *Vorstellung des Guten* entwickeln zu können, mit ein und geht damit, zusammen mit Sen, über rein ökonomische Ansätze sozialer Gerechtigkeit hinaus, wie sie sonst in libertären wie egalitären Denkrichtungen weit verbreitet sind. Der britische Ökonom und Postwachstumsbefürworter Tim Jackson nimmt gesellschaftliche Ungleichheitsverhältnisse aus dieser egalitär-liberalen Perspektive explizit in den Blick. Um soziale Gerechtigkeit in einer Postwachstumsgesellschaft zu ermöglichen, definiert er unter Bezug auf Amartya Sen und Martha Nussbaum Wohlstand als »unsere Fähigkeit, uns als menschliche Wesen zu entwickeln und zu gedeihen – und das innerhalb der ökologischen Grenzen eines endlichen Planeten« (Jackson 2011, S. 15). Für diesen Wohlstand bedarf es seiner Meinung nach einerseits materieller und immaterieller Grundlagen, andererseits Partizipationsmöglichkeiten (Jackson 2011, S. 32-33). Mit dem *Capabilities Approach* gehen Sen und Nussbaum auch einen Schritt auf kommunitaristische Gerechtigkeitsansätze zu, die die intersubjektive Beschaffenheit von sozialer Gerechtigkeit betonen, d.h. die soziale Akzeptanz in einer Gemeinschaft berücksichtigen, die zum Beispiel auch kulturelle oder religiöse Aspekte umfassen kann (MacIntyre 1984).

Mit kommunitaristischen Positionen vergleichbar wirft Axel Honneth liberalen wie egalitären Theorien vor, die intersubjektive Beschaffenheit von sozialer Gerechtigkeit zu vernachlässigen und tritt daher für Anerkennung als zentrale Dimension von sozialer Gerechtigkeit ein (Fraser und Honneth 2003). In Auseinandersetzung mit Axel Honneth entwickelt Nancy Fraser ihr *zwei-dimensionales Gerechtigkeitskonzept* (Fraser 2003, S. 34), das materieller Umverteilung und struktureller Anerkennung mit Bezug auf intersektionale Ungleichheitsverhältnisse zur Umsetzung verhelfen soll. Demnach stellen materielle und immaterielle Grundlagen nur eine Seite sozialer Gerechtigkeit dar: Hinzu kommt immer die existenziell bedeutsame Frage, wer zu welchen Grundlagen und Beteiligungsmöglichkeiten privilegierten Zugang hat und wer ausgeschlossen wird. Im *Capabilities Approach* ist das auch angelegt, denn menschliche Fähigkeiten werden von Nussbaum nicht als nutzenorientiert betrachtet (um z.B. »Arbeitskräfte« zu schaffen), sondern als Selbstzweck, für die Person an sich (Nussbaum 2000, S. 11ff.). Darum sei es wichtig, darauf hinzuwirken, dass alle Menschen qua ihres Status des Mensch-Seins über alle grundlegenden Fähigkeiten zur persönlichen Entfaltung verfügen. Um konkurrierende Ansprüche auf Anerkennung zu vermitteln, könne mit dem zwei-dimensionalen Gerechtigkeitsmodell laut Nancy Fraser je nach spezifischer Situation differenziert dargestellt werden, welche Gerechtigkeitsforderung warum angemessen ist: Dazu bedürfe es allerdings eines gleichberechtigten demokratischen Beteiligungsprozesses (Fraser 2003, S. 43). Dieser wird somit – nicht nur für Fraser – zur Bedingung von sozialer Gerechtigkeit.

Ebenso wie strukturelle Anerkennung ist gleichberechtigte demokratische Beteiligung vor dem Hintergrund bestehender intersektionaler, benachteiligender Strukturen jedoch keinesfalls selbstverständlich (Stiegler 2008). Sherilyn MacGregor reagiert darauf mit ihrem Konzept der feministisch-ökologischen Bürger/-innenschaft (*feminist ecological citizenship* 2006), mit dem sie gleichberechtigte Partizipation formal zu gestalten sucht. Diesem Konzept zufolge beträten Bürger/-innen als Individuen den öffentlichen Raum, um an demokratischen Aushandlungsprozessen teilzunehmen. Dabei könnten verschiedene Positionen eingenommen werden: Ob ich als Lesbe, als Schwarze, als Mutter, als Rollstuhlfahrerin, als Friseurin oder als Erwerbslose meine Stimme erhebe, hänge sowohl von mir selbst als auch von Zeit und Ort ab. Denn Identitäten veränderten sich, und nicht in jeder Diskussion erwiesen sich alle Aspekte von Bedeutung. Wichtig sei hingegen, keine dem Diskurs vorgängigen Wahrheiten vorauszusetzen, sondern stattdessen das eigene Wissen und die eigenen Überzeugungen als situiert zu verstehen und immer wieder zu hinterfragen (Haraway 1988; Code 1991). Für MacGregor erfordert das zuallererst »verantwortliches und wachsame Zuhören« (MacGregor 2006, S. 114) sowie eine zutiefst demokratische Überzeugung für und Bereitschaft zum Diskurs. Ihr Konzept hebt damit sehr stark auf die individuelle Beteili-

gung aller Bürger/-innen ab. Kann damit aber von einem Primat der individualisierten Verantwortlichkeit gesprochen werden? Nein, denn gerade das »verantwortliche und wachsame Zuhören« setzt den gemeinschaftlichen Dialog voraus und gemeinschaftliche Entscheidungs- und Gestaltungsprozesse entlasten das Individuum auch wieder von individualisierter Verantwortlichkeit.

Auf einer pragmatischeren Ebene stellt MacGregor zudem fest, dass die Partizipation an solchen demokratischen Aushandlungsprozessen viel Zeit erfordert, ein Gut, das vor allem Frauen aufgrund ihrer Zuständigkeit für reproduktive Tätigkeiten häufig fehlt (Phillips 1993). Anstelle der Erfüllung einer monolithischen Pflicht wird Bürger/-innenschaft als demokratische Teilhabe MacGregor zufolge daher vor allem durch die Umsetzung sozialer Rechte (vor allem Geschlechtergerechtigkeit) ermöglicht (MacGregor 2006, S. 111, 117). Am Beispiel der sozialen Reproduktion wird so die wechselseitige Verknüpfung der gerechten Verteilung der notwendigen Grundlagen für eine Übernahme von Verantwortung mit der gerechten Verteilung von bereits bestehenden Verantwortlichkeiten deutlich.

Tatsächlich verweisen soziale Gerechtigkeit und Verantwortung wechselseitig aufeinander wie zwei Seiten einer Medaille: Gerechtigkeitsforderungen lassen unmittelbar die Frage nach der Verantwortungsübernahme für ihre Erfüllung aufkommen; Verantwortung als moralische (aber auch ethische, oder rechtliche) Verpflichtung impliziert die Frage danach, wie die daraus entstehenden Handlungsbedarfe gerecht geteilt werden sollen.

Alltagsgebräuchlich scheint es weiterhin üblich, Verantwortung – dem klassischen Handlungsprinzip (Heidbrink 2017, S. 8) gemäß – personenbezogen zu denken: Jemand führt eine Handlung aus und wird dafür zur Rechenschaft gezogen; oder an jemanden wird eine Erwartung (resultierend aus einer sozialen Norm) herangetragen, und indem diese Person die Erwartungen erfüllt (oder auch nicht), wird der individuellen Verantwortung genüge getan (oder eben nicht). Es handelt sich um eine folgenbasierte Zuordnung von Verantwortung, die retrospektiv bewertet und gegebenenfalls sanktioniert wird. Im Zeitalter rasch voranschreitender Globalisierung mit ihren wechselseitig verstrickten politischen Macht-, den Produktions- und Handelsgeflechten und den daraus resultierenden sozialen Ungerechtigkeiten und Umweltproblemen wird es allerdings immer schwerer, Folgen zuzurechnen (Henkel und Åkerstrøm Andersen 2013/2014); während es gleichzeitig offenkundig immer wichtiger wird, Verantwortung für anstehende Veränderungen zuzuweisen (Heidbrink 2017, S. 7).

Anstatt Verantwortung primär als Zurechnungsfähigkeit und Zuständigkeit oder als folgenbasierte Legitimation zu analysieren, lege ich im vorliegenden Beitrag das Augenmerk daher verstärkt auf Verantwortung als Struktur- und Steuerungselement »kollektiver und systemischer Prozesse« (Heidbrink 2017, S. 8). Im Rahmen eines nachklassischen Systemprinzips (Heidbrink

2017, S. 8) liegt mein Fokus dabei erstens auf der Frage danach, wie Verantwortung übernommen werden kann, um strukturell bedingte soziale Ungerechtigkeiten abzubauen. Zweitens stellt sich die Frage, wie Verantwortung für eine ökonomische, kulturelle und soziale Transformation von Gesellschaft im Sinne ökologischer Nachhaltigkeit übernommen werden kann. Beide Fragen sind in Postwachstumsdiskursen häufig wechselseitig miteinander verknüpft, indem soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit als zentrale, sich gegenseitig bedingende Merkmale definiert werden (Latouche 2009).

Rawls oben bereits skizzierte, primär am Differenzprinzip ausgerichtete, soziale Gerechtigkeit ist institutionenbezogen (MacKeown 2014). Das könnte gemäß dem in der Sozialpsychologie, aber auch in der Organisationssoziologie beschriebenen Diffusionsprinzip (Bierhoff 2003, S. 338-349) dazu führen, dass niemand sich mehr verantwortlich fühlt, und zwar weder für soziale Gerechtigkeit, noch für ökologische Nachhaltigkeit. Iris Marion Youngs *social connection model for responsibility* (2006), beziehungsweise ihr pragmatisch-handlungsorientierter Ansatz einer *shared responsibility* (2011), also einer geteilten Verantwortung, könnte genau diesem Phänomen entgegenwirken. Bei Young ist Verantwortung zwar personenbezogen, allerdings ohne eine direkte Schuldzuweisung: »Social structure, then, refers to the accumulated outcomes of the actions of the masses of individuals enacting their own projects, often uncoordinated with many others« (Young 2011, S. 62). Daher wird Verantwortung bei Young zur »politische[n] Verantwortung« (Young 2011, S. 3), die aus struktureller Ungerechtigkeit resultiert und je nach sozialem Hintergrund der individuellen Person in ihrem Grad variiert: Menschen in einer sozial günstigeren Position haben demnach eine größere politische Verantwortung, soziale Ungerechtigkeit strukturell zu bekämpfen, als weniger Begünstigte (Young 2011, S. 142-151).

Seit den 1970er Jahren kann in politischen und gesellschaftlichen Debatten verstärkt eine individualisierende Zuschreibung von Verantwortung für eine ökologisch nachhaltige Lebensweise sowie seit den 1980ern zunehmend für soziale Absicherung beobachtet werden (Henkel und Åkerström Andersen 2013/2014). Auch im Rahmen von Postwachstumsdebatten werden teilweise individualisierende Zuschreibungen von Verantwortung fortgeführt (Muraca 2014). In einer Gesellschaft, die – unter anderen – durch zunehmende Prekarisierung, durch ungleiche Bildungschancen und hierarchische Geschlechterverhältnisse strukturiert ist, verstärkt eine individualisierende Verantwortungszuschreibung soziale Ungleichheiten jedoch. Verantwortung wird auf sozial Benachteiligte abgewälzt, die häufig kaum über die notwendigen Grundlagen verfügen, um dieser Verantwortung gerecht zu werden. Diese Grundlagen sind eine Frage sozialer Gerechtigkeit und umfassen gleichermaßen die Umverteilung materieller und immaterieller Grundlagen (Nussbaum), strukturelle Anerkennung (Fraser) und gleichberechtigte Partizipationsmöglich-

keiten (MacGregor). Den ungleichen Strukturen kann durch eine geteilte Verantwortung (Young) begegnet werden, die einerseits soziale Gerechtigkeit und andererseits eine gerechte Verteilung von bestehenden Verantwortlichkeiten voraussetzt und dadurch erst eine Übernahme von Verantwortung für gesellschaftliche Transformation ermöglicht.

In Auseinandersetzung mit dem Projekt »Lebensenergie für das Dorf« werde ich erstens veranschaulichen, wie soziale Gerechtigkeit und geteilte Verantwortung sich gegenseitig ermöglichen. Zweitens werde ich am Beispiel der ungleichen vergeschlechtlichten Arbeitsteilung zu Lasten von Frauen aufzeigen, warum eine Umverteilung bereits bestehender Verantwortlichkeiten für beides: soziale Gerechtigkeit sowie gesellschaftliche Transformation notwendig ist.

2. DAS PROJEKT »LEBENSENERGIE FÜR DAS DORF«

Im Rahmen der empirischen Forschungswerkstatt »Praxen des Postwachstums«², recherchierte ich Anfang 2015 zu Projekten und Initiativen, die ich auf die Frage hin untersuchen wollte, wie eine ökologisch nachhaltige, sozial gerechte, geschlechtergerechte Postwachstumsgesellschaft aussehen könnte. Ausgehend davon, dass es bereits heute viele Regionen gibt, in denen das Wirtschaftswachstum eher stagniert oder sogar rückläufig ist, interessierte mich dabei besonders die Frage, wie die Menschen in diesen Regionen mit den sich verändernden strukturellen Bedingungen umgehen. Bei meinen Recherchen stieß ich auf das Projekt »Lebensenergie für das Dorf«, das zwischen 2013 und 2015 in einem Dorf in der Uckermark in Brandenburg umgesetzt wurde. Nach mehreren Telefonaten und einem Vorgespräch führte ich im Sommer 2015 insgesamt vier Leitfaden-gestützte Interviews mit Organisator/-innen und zwei Leitfaden-gestützte Gruppeninterviews mit Beteiligten des Projektes. Über die Interviews wollte ich einerseits die Menschen direkt zu Wort kommen lassen und andererseits mithilfe des Leitfadens das Herausarbeiten von sozialen Strukturen ermöglichen. Die Daten wertete ich entsprechend der Methodologie der Grounded Theory (Glaser und Strauss 1967; Charmaz 2006) mit einem zweistufigen Kodierverfahren aus (Glaser 1978; Schmidt 1997). Im Folgenden werde ich zunächst das Dorf beschreiben, wie es sich mir aufgrund der Gespräche, der Interviews und der vorangegangenen Recherchen darstellt und dann auf die Kategorie »Erwerbsarbeit als soziale Norm« näher eingehen, die

2 | Die Forschungswerkstatt »Praxen des Postwachstums« formierte sich 2015 unter der Leitung von Christine Bauhardt an der Humboldt Universität zu Berlin und erreichte 2016 mit dem Symposium »Ein gutes Leben für alle? Postwachstum meets Gender« einen Höhepunkt (Wember et al. 2017).

ich während der Auswertung der Daten erarbeitet habe (Carl 2017, S. 77-79). Dies dient erstens dazu, den sozialen Kontext zu klären, in dem das Projekt organisiert wurde und zweitens die Orientierung an der Norm der Erwerbsarbeit als Strategie zu analysieren, mit der auf die sozialen Ungleichheiten vor Ort geantwortet wurde.

In ihrem Dorf in der Uckermark, kurz vor der Grenze zu Mecklenburg-Vorpommern, hatten meine Gesprächspartner/-innen ein Projekt organisiert und durchgeführt, das eigentlich aus drei Teilprojekten bestand: einer offenen Dorfwerkstatt, einem Gemeinschaftsgarten und einem neu zu bauenden Mehrgenerationenspielplatz. Die Gemeinde und die Robert-Bosch-Stiftung förderten das Projekt mit je knapp 50.000,00 € über einen Zeitraum von zwei Jahren. Dieses Dorf, das neue »Lebensenergie« erhalten soll, erlebt schon seit geraumer Zeit die Auswirkungen eines demografischen Wandels: Die Menschen werden weniger und sie werden älter. Statistischen Erhebungen zufolge verlassen vermehrt junge, gut ausgebildete Frauen die Region, während meist schlecht ausgebildete junge Männer in der Region verbleiben. Darüber hinaus sterben ältere Männer oft früher als ältere Frauen, weshalb es in diesem Alterssegment tendenziell einen geschlechtsspezifischen Überschuss von Frauen zu verzeichnen gibt. Im Dorf, beziehungsweise in der Gemeinde selbst stellt sich die Lage noch einmal anders dar. Es handelt sich um eine künstliche Industrieansiedlung, ein Ort, in dem zu DDR-Zeiten an der Massentierproduktion von Schafen geforscht wurde. Bedingt durch die »von oben« verordnete Ansiedlung hunderter (junger) Arbeiter/-innen etwa ab 1960 bis 1989 gibt es derzeit laut Angaben einer der Organisator/-innen, die gleichzeitig als Gemeinderätin und Leiterin der AWO-Ortsgruppe des Dorfes engagiert ist, kaum Menschen über 70 im Ort. Deshalb schein die Frage nach der Betreuung und Pflege älterer Menschen erst langsam ins breitere Bewusstsein zu dringen. Neben der Abnahme der Bevölkerungszahl und der signifikanten Anhebung des Durchschnittsalters der Menschen ist ein weiteres wichtiges Merkmal die überproportional hohe Anzahl an Langzeiterwerbslosen im Ort. Dies ist laut meiner Gesprächspartner/-innen darauf zurückzuführen, dass dort billiger Wohnraum in Form von unsanierten Plattenbauten zur Verfügung stehe und dadurch insbesondere Menschen mit einem Sozialhilfe-Hintergrund zum Zuzug bewegt würden (Vorgespräch mit TN₃ und TN₄, 20.06.2015). In dem Vorgespräch, das ich mit zwei der Organisator/-innen führte, betonten diese, dass ihr Projektziel vornehmlich gewesen sei, die soziale Kluft zwischen Erwerbslosen und Erwerbstätigen zu verringern, indem Gelder umverteilt würden. Gleichzeitig sollte »etwas für das Dorf« getan, es »lebenswert« gestaltet und dadurch der sozialen Zusammenhalt im Dorf – auch über die Integration Erwerbsloser hinaus – gestärkt werden. Die von mir als mögliche Postwachstumspraxen identifizierten Teilprojekte dienten also als Vehikel für das Ziel einer höheren sozialen Gerechtigkeit und einer Erweiterung der Dorfgemein-

schaft unter Einbezug der (teils neuzugezogenen) langzeiterwerbslosen Bevölkerung. Ökologische Nachhaltigkeit stand zunächst nicht auf der Agenda (Carl 2017).

In den Gesprächen mit meinen Interviewpartner/-innen wurde die Wirkmacht von Erwerbsarbeit als Norm für soziale Integration betont. So reagierten die Organisator/-innen auf die geringe soziale Teilhabe und das beobachtete kaum vorhandene Engagement für das unmittelbare Lebensumfeld gerade unter denjenigen, die von Erwerbslosigkeit betroffen sind, immerhin etwa die Hälfte der Dorfbewohner/-innen. Es wurde deutlich, dass sich unter der Voraussetzung dieser Norm Langzeiterwerbslosigkeit, beziehungsweise das charakteristische Gemisch aus Schubladendenken, Forderungen und Sanktionen, das die Hartz-IV-Gesetzgebung kennzeichnet, desintegrierend auf die Lebenslagen der Betroffenen auswirkt. Dabei geht es nicht nur um die massiven finanziellen und materiellen Einschränkungen, die Betroffene erleben. Die Verantwortung für ihr (vermeintlich) persönliches Scheitern wird häufig den individuell Betroffenen (selbst) zugeschrieben (vgl. Henkel 2013/2014). So berichtete zum Beispiel einer der Interviewten davon, dass er sich von langjährigen Freunden und Arbeitskollegen zurückzog, weil er »nicht mehr richtig mitreden« könne (Carl 2017, S. 77). Werden Erwerbslose – unter Androhung von Leistungsentzug – zu sogenannten »1€-Jobs« verpflichtet, so werden sie in ihren Tätigkeiten häufig so sehr eingeschränkt, dass die Arbeit eher wie eine fremdbestimmte Disziplinarmaßnahme wirkt: Vor Ort bedeutete das zum Beispiel, dass sogenannte »1€-Jobber« den Rasen auf Liegenschaften der Gemeinde mit der Handsense mähen sollten, aber nicht mit einem Rasenmähertraktor, um Firmen, die Rasenschnitt gegen Bezahlung anbieten, nicht die Auftragslage zu zerstören. Die Vermutung liegt nahe, dass in solchen ungleichen Verhältnissen, die die Befähigungen von Langzeiterwerbslosen eher einschränken als fördern, auch die Beteiligungsmöglichkeit an gesellschaftlichen Gestaltungsprozessen deutlich abnimmt. Gleichzeitig sind bestehende Verantwortlichkeiten nicht nur in Bezug auf die Ursachen von Erwerbslosigkeit, sondern auch in Bezug auf die Übernahme reproduktiver Tätigkeiten ungleich verteilt: Diese werden auch in diesem Ort überwiegend von Frauen geleistet (Carl 2017, S. 81-82).

In affirmativem Bezug auf die Norm der Erwerbsarbeit haben die Organisator/-innen materielle und immaterielle Grundlagen umverteilt, strukturelle Anerkennung ermöglicht und Partizipationsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt. Wie sich in der nachfolgenden Analyse zeigt, konnte durch diese Maßnahmen eine Form von geteilter Verantwortung eingeführt und stabilisiert werden, die eine Übernahme von Verantwortung für gesellschaftliche Transformation ermöglicht. Gleichzeitig verweisen die Daten aber auch auf eine fortgesetzte vergeschlechtlichte Arbeitsteilung zu Lasten von Frauen, die dem Konzept der geteilten Verantwortung entgegensteht – und damit negative Aus-

wirkungen auf das realisierte Maß sowohl von sozialer Gerechtigkeit als auch von gesellschaftlicher Transformation hat.

3. GETEILTE VERANTWORTUNG, GETEILTE REPRODUKTIONSARBEIT: ERKENNTNISSE AUS DEM PROJEKT »LEBENSENERGIE FÜR DAS DORF«

Materielle und immaterielle Grundlagen sind im Ort einerseits auf individueller Ebene ungleich verteilt, indem Langzeiterwerbslose über wesentlich weniger Geld verfügen, meist weniger mobil sind und insgesamt schlechtere Aussichten haben, in den ersten Arbeitsmarkt integriert zu werden. Wer erwerbsarbeiten will, hat häufig keine andere Wahl als fortzuziehen: »der Arbeit hinterher«, wie ein Interviewter anmerkt. Für Frauen sind die Bedingungen ungleich schwerer: Sie sind verantwortlich für alle anfallenden unbezahlten Tätigkeiten der sozialen Reproduktion (Haushaltstätigkeiten, Sorge für Kinder, Pflege älterer und kranker Menschen ...). Diese vergeschlechtlichte Arbeitsteilung geht einher mit einer Abwertung weiblich konnotierter, reproduktiver Arbeiten und führt dazu, dass Frauen am androzentrisch strukturierten Erwerbsarbeitsmarkt klar benachteiligt sind: »Für de Frauen is' auch schlechter irgendwo was zu finden« (Carl 2017, S. 78). Andererseits wirken sich fehlende Einkommens-, Gewerbe- und Grundsteuern auf kommunaler Ebene – alle diese Steuereinnahmequellen sind kaum bis gar nicht vorhanden – negativ auf den Gemeindehaushalt und damit auf öffentliche Dienstleistungen und Infrastrukturen aus: Das betrifft notwendige Sanierungen von Wohnraum genauso wie beispielsweise den Spielplatz im Ort, dessen Neuaufbau durch das Projekt (und hier wesentlich über Drittmittel) erst ermöglicht wurde.

In Reaktion auf die ungleiche Verteilung von Erwerbsarbeit und Einkommen beteiligte sich die Gemeinde dennoch finanziell maßgeblich, das heißt zur Hälfte, an dem untersuchten Projekt, indem Entschädigungszahlungen eines in der Region ansässigen Windenergieunternehmens, das seine Windräder auf Gemeindeland errichtet hat, dem Projekt zur Verfügung gestellt wurden. Die Entscheidung für die Unterstützung sozialer Projekte ist bemerkenswert, da kommunale Gelder in der Region sehr häufig für Straßenbau und ähnliche wirtschaftswachstumsbezogene Maßnahmen verwendet werden. Unter diesen Bedingungen orientierte sich das Projekt an der Norm der Erwerbsarbeit, um soziale Ungleichheit zu verringern. Den erwerbslosen Beteiligten wurde mit einer Aufwandsentschädigung ein geringes Einkommen ermöglicht. Die Umsetzung des Projektes wurde angelehnt an Erwerbsarbeitsstrukturen und fand von Montag bis Freitag zwischen 8:00 Uhr und 14:00 Uhr statt. Diese Umverteilung von Geldern und Arbeit und die zeitliche Struktur ermöglichen den Beteiligten für den Projektzeitraum eine soziale Integration,

die über die Umverteilung materieller und immaterieller Grundlagen hinausging, indem sie positive Effekte für die soziale Anerkennung der Beteiligten im Dorf hatte. Diese berichten zudem von einem stärkeren Zusammenhalt auf Grundlage der gemeinsamen Arbeit, die Identifikationspotenzial und vor allem Gesprächsstoff bot (Carl 2017, S. 78-79).

Die ungleiche Verteilung immaterieller Grundlagen zeigt sich in dem Dorf auch daran, dass viele Langzeiterwerbslose einen sehr geringen oder gar keinen Bildungsabschluss aufweisen. Die »Bildungsarmut« bezieht sich nicht nur auf schulisches Wissen, sondern auch auf berufsqualifizierende Abschlüsse sowie soziale Kompetenzen. Diese Tendenz scheint sich dem Eindruck der Interviewten nach intergenerationell zu verstärken: »Wenn die Eltern den Kindern nich' viel beibringen können, ... wird's ja immer weniger. Weil, ... wo soll da was herkommen, ne?« (Interview mit TN1, 20.07.2015). Durch gemeinsame Weiterbildungen in Bezug auf das Projekt – zum Beispiel der Besuch von ähnlichen Projekten, um sich Wissen und Inspiration zu holen – und durch gemeinschaftliche Entscheidungsprozesse, in die alle Beteiligten ihre Ideen, ihr Wissen und ihre unterschiedlichen Fähigkeiten einbringen und gemeinsam an der Umsetzung arbeiten konnten, wurden weitere immaterielle Grundlagen wie Bildungschancen und soziale Kompetenzen gemeinschaftlich erworben und gestärkt.

Materielle und immaterielle Grundlagen sowie strukturelle Anerkennung waren somit eine Voraussetzung für soziale Teilhabe. Im Rahmen des partizipativ angelegten Projektes trugen sie zudem zu einem erhöhten Engagement der Beteiligten bei, die von den prägenden Erfahrungen berichteten, mitentscheiden zu können und gemeinsam Spielgeräte zu entwickeln und zu bauen (Carl 2017, S. 80ff.). Die Beteiligten berichteten zudem von einem Anstieg an individueller und kollektiver Kreativität, die sie auf die Nutzung der Dorfwerkstatt und der Verfügung über Materialien und Gelder zurückführten, die aber gleichzeitig weit über die Beschaffung von neuen Sachen hinausging: Durch das Projekt angeregt fingen die Menschen an, eigene Ideen einzubringen und gemeinsam weiter zu entwickeln und dabei auch das, was in ihrer Umgebung zur Verfügung stand, mit einzubeziehen: ein alter Baumstamm, leere Kabeltrommeln und Fliesenbruch, ein alter Hühnerstall und alte Spielgeräte, die neu aufgearbeitet wurden, alles wurde verwendet. Auch ausrangierte Werkzeuge aus einer gemeinnützigen Bildungseinrichtung fanden in der Dorfwerkstatt neue Verwendung (Carl 2017, S. 80ff.).

Am Ende des Projektes zeigten sich meine Gesprächspartner/-innen hochmotiviert, die neu gestalteten Orte, insbesondere den Mehrgenerationenspielplatz, der das »Herzstück« des Projektes darstellt, über den Projektzeitraum hinaus zu erhalten. Diese Motivation erstreckt sich zudem über den Kreis der Projektbeteiligten hinaus in das Dorf hinein: »Das man so kleinere Schäden an anderen Sachen sind. Das mal'n Holz abbricht, oder sowas. Das wird ja auch

gleich repariert. Oder es wird eben gesacht. Von irgendeinem der's mitjekricht hat: »Hört zu. Das und das müsst ihr heil machen. Da guckt ne Schraube raus.« Oder: »Da is was angebrochen.« Also da sagen sie denn auch Bescheid. Die Leute, die wo hier sind. Das . recht gute Resonanz. Und sind alle zufrieden. Sind alle bestrebt, dat dat so bleibt denn, ne.« (Interview mit TN₁, 20.07.2015; Vgl. Carl 2017: 100)

Das Projekt hat dazu geführt, dass die Beteiligten gemeinsam geteilte Verantwortung für gesellschaftliche Gestaltungsprozesse übernommen haben und weiterhin übernehmen wollen. Auf der Grundlage einer erhöhten sozialen Gerechtigkeit wurden (wenn auch unreflektiert) darüber hinaus ökologisch nachhaltige Strategien implementiert: Der Mehrgenerationenspielplatz ist ein Ort für die Pflege zwischenmenschlicher Beziehungen, in der Dorfwerkstatt werden Werkzeuge und Wissen geteilt und im Gemeinschaftsgarten wird regionaler Früchteanbau betrieben, dessen Erträge in der Dorfküche für KiTa-Kinder und Senior/-innen weiterverarbeitet werden: Alle Teilprojekte stellen aus Sicht von Postwachstumsbefürworter/-innen wichtige alternative Strategien zur Konsumgesellschaft als Motor der »Wachstumsmühle« dar (Carl 2017, S. 95).

Wird neben den Verteilungsmechanismen für mehr soziale Gerechtigkeit jedoch die vor, während und nach dem Projekt bestehende vergeschlechtlichte Arbeitsteilung, allen voran die zu Lasten von Frauen ungleich verteilten Verantwortlichkeiten für soziale Reproduktion in den Blick genommen, so gibt es wichtige Beobachtungen und Überlegungen zu ergänzen.

Frauen sind in dem Projekt »Lebensenergie für das Dorf« häufiger beteiligt gewesen als Männer: »Die Hauptschlachkraft bei uns sind(...)die Frauen. Da machen wa auch gar kein Abstrich drauf.(...)Da hab ich auch . kein Hehl draus jemacht eben dat die Frauen auch von der Sache genauer sind. Und eben. . Von der Anzahl her mäßig mehr warn« (Interview mit TN₁, 20.07.2015). Dies berichtet der Projektleiter. Diese Beobachtung kann mit einem statistisch nachweisbaren Frauenüberschuss in der Region zusammenhängen oder aber mit der statistisch gesehen höheren Erwerbslosenquote und längeren Erwerbslosigkeit unter Frauen (»Für de Frauen is« auch schlechter, irgendwo was zu finden«). Vor allem aber deutet die höhere Beteiligung von Frauen im Projekt – genauso wie ihre größere Genauigkeit bei der Aufgabenerledigung – darauf hin, dass die höhere Arbeitslosenquote unter Frauen mit strukturellen Benachteiligungen auf dem Erwerbsarbeitsmarkt zusammenhängen dürfte (vgl. OECD 2017).

Darauf haben auch die Organisator/-innen von »Lebensenergie für das Dorf« reagiert. So wurde der Sorgeverantwortung von jüngeren beteiligten Frauen für ihre Kinder gerade dadurch Rechnung getragen, dass die Umsetzung von Montag bis Freitag am Vormittag, während der KiTa-Öffnungszeiten stattfand. Eine Organisatorin betonte in dem Zusammenhang, dass »auf

einmal Frauen dabei waren, sie sonst nie zu sehen waren« (Vorgespräch mit TN3 und TN4, 20.06.2015). Durch die zeitliche Struktur wurde ihnen erst eine Teilnahme ermöglicht.

An der heteronormativen Gesellschaftsstruktur ändern die sogenannten Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf (oder hier: Familie und freiwilligem Engagement) jedoch genauso wenig wie an der androzentrischen Bewertung verschiedener Arbeiten: Reproduktive Tätigkeiten wie Haushaltsarbeit, die Versorgung von Kindern, die Pflege älterer Menschen bleiben weiterhin die Aufgabe der Frauen, die zudem jederzeit zusätzlich prestigeträchtigere, männlich konnotierte Arbeiten übernehmen können. Dieser androzentrischen Bewertungsstruktur unterliegen auch verschiedene Tätigkeiten innerhalb des Projektes: Wenn Frauen beispielsweise Arbeiten durchführen wollen, die sonst eigentlich »Männersache« sind (zum Beispiel den Rasenmähertraktor fahren), dann ist das durchaus akzeptabel. Umgekehrt werden weiblich konnotierte Arbeiten wie das Unkrautjäten auf öffentlichen Wegen nur äußerst ungern von den Männern im Projekt übernommen, und nur dann, »wenn eben nichts anderes anliegt« (Carl 2017, S. 81). Das weist darauf hin, dass Frauen zugeschriebene Tätigkeiten generell als weniger wertvoll angesehen werden. Das betrifft vor allem die (unbezahlten) reproduktiven Tätigkeiten: Frauen gehen nach Hause, um Mittag zu kochen, Männer, um es zu essen; Frauen holen um 12:00 Uhr die Kinder aus der KiTa ab, während Männer (und Kinderlose) bis 14:00 Uhr weiterarbeiten. Im Gemeinschaftsgarten bestimmt ein Mann, was, wann, wo angebaut wird, aber Frauen kümmern sich hauptsächlich um die Pflege der Beete, und sie waschen und schnippeln das Gemüse, die Kräuter und verarbeiten sie weiter. Diese vergeschlechtlichte Arbeitsteilung im Projekt und darüber hinaus existiert unter der Vorgabe, dass die Aufgaben nach persönlicher Neigung und Befähigung aufgeteilt würden: »Und für'n Garten sind ja auch nich' ... jeder geeignet, da so. ... So von der eigenen Interesse her. Also. Sind da drei Frauen jewesen.« (Carl 2017, S. 90)

Die Einteilung erweckt den Eindruck, es handele sich bei diesen Neigungen und Befähigungen um natürliche, das heißt angeborene Eigenschaften, obwohl sie tatsächlich das Resultat einer aufwendigen und langwierigen geschlechtsspezifischen Sozialisierung sind (Beauvoir 1997/1949). Hieran wird deutlich, dass Geschlechtergerechtigkeit in dem Verständnis von sozialer Gerechtigkeit, wie es in dem Projekt angewandt wurde (Stichwort: »Vereinbarkeit von Beruf und Familie«), nicht aufgeht. Vielmehr muss Geschlechtergerechtigkeit vor diesem Hintergrund 1) eine Aufwertung (d.h. Anerkennung) von sozialer Reproduktionsarbeit und sonstiger weiblich konnotierter Tätigkeiten und 2) deren Umverteilung zwischen den Geschlechtern bedeuten.

4. DIE EMPIRISCHE NOTWENDIGKEIT GETEILTER VERANTWORTUNG AUCH FÜR SOZIALE REPRODUKTION

Das Dorf, in dem ich empirisch geforscht habe, hat sowohl im Hinblick auf Klasse und – eng damit verzahnt – Bildung mit Ungleichheitsstrukturen zu tun als auch im Hinblick auf Geschlecht.

Ganz offensichtlich sind Gestaltungsspielräume ungleich verteilt und sind Langzeiterwerbslose dabei in einer benachteiligten Position. Wie bereits verdeutlicht, ist Langzeiterwerbslosigkeit im Ort ein starker Marker für soziale Ungleichheit, und sie geht einher mit Bildungsungleichheit. So verfügen die meisten Langzeiterwerbslosen vor Ort über einen sehr geringen oder gar keinen Bildungsabschluss. Auch die Zahl derer, die nach der Schule keinen berufsqualifizierenden Abschluss mehr erlangen, steigt. Das wirkt sich zusätzlich negativ auf ihre Gestaltungsspielräume aus.

Aus feministischer Perspektive kommen geschlechtlich strukturierte Ungleichheiten hinzu, unter anderem eine vergeschlechtlichte Arbeitsteilung und Zeitregime, fehlende Anerkennung für unbezahlte reproduktive Tätigkeiten und auch geschlechtsbezogene Vorurteile. Anzumerken ist zudem, dass innerhalb dieser Strukturen sozial-ökologisch verantwortliches Handeln häufig einseitig auf Frauen übertragen wird. Im Klartext heißt dies: Frauen sind für die soziale Reproduktion verantwortlich: Sie kümmern sich um die Kinder und den Haushalt sowie die Pflege älterer Familienmitglieder und so weiter. Aber auch Tätigkeiten mit einer ökologischen Dimension (zum Beispiel die Pflege des Gemeinschaftsgartens) sind vor Ort häufig weiblich konnotiert.

Die Notwendigkeit struktureller Anerkennung von Care-Tätigkeiten lässt sich sehr gut daran zeigen, dass die Durchführungszeiten am Vormittag es Frauen mit Sorgeverantwortung ermöglichten, mitzuwirken. In Bezug auf Anerkennung ist aber noch deutlich Luft nach oben: So waren die Beteiligungschancen ungleich zwischen Müttern und Vätern sowie Kinderlosen verteilt. Zudem führte die zeitliche Struktur auch wieder zum Ausschluss von unselbstständig erwerbstätigen Frauen, die eigentlich hoch engagiert und maßgeblich an der Konzeption beteiligt, während der Umsetzung vormittags aber durch ihre Jobs verhindert waren. Die ungleiche Verteilung von Arbeiten der sozialen Reproduktion zulasten von Frauen wurde nicht verändert.

Anhand der weiterbestehenden vergeschlechtlichten Arbeitsteilung im Projekt und darüber hinaus zeigt sich, wie eine ungerechte Verteilung von Verantwortlichkeiten dazu führt, dass bestimmte soziale Gruppen, hier Frauen, selbst in jenen Projekten benachteiligt sein können, die eine höhere soziale Gerechtigkeit zum Ziel haben. Dies liegt nicht zuletzt an der unhinterfragten Norm der Erwerbsarbeit als Maßstab für soziale Teilhabe und Partizipation, denn diese verhindert die strukturelle Anerkennung unbezahlter reproduktiver Tätigkeiten. Eine an dieser Norm ausgerichtete Umverteilung von materiel-

len und immateriellen Grundlagen sowie auf sie bezogene konkrete Partizipationsangebote reichen daher nicht aus, um geschlechtergerechte Strukturen zu schaffen, selbst wenn sie teils gleichstellungspolitisch informiert sind. Eine Umverteilung von bestehenden Verantwortlichkeiten als zweite Dimension von geteilter Verantwortung erweist sich empirisch als notwendig.

LITERATUR

- Acosta, Alberto. 2015. *Buen Vivir: Vom Recht auf ein gutes Leben*. München: oekom.
- Bauhardt, Christine. 2013. Wege aus der Krise? Green New Deal – Postwachstumsgesellschaft – Solidarische Ökonomie: Alternativen zur Wachstumsökonomie aus feministischer Sicht. *GENDER* 5(2):9-26.
- Beauvoir, Simone. 1997/1949. *Das andere Geschlecht. Sitte und Sexus der Frau*. Hamburg: Rowohlt.
- Bierhoff, Hans-Werner. 2003. Prosoziales Verhalten. In *Sozialpsychologie: Eine Einführung*, Hg. Wolfgang Stroebe, Klaus Jonas und Miles Hewstone, 319-352. Berlin: Springer.
- Carl, Sabine. 2017. *Postwachstum und alles gut? Feministische Perspektiven für ein gutes Leben*. M.A.-Abschlussarbeit. Berlin: Humboldt-Universität.
- Charmaz, Kathy. 2006. *Constructing Grounded Theory. A Practical Guide Through Qualitative Analysis*. London: Sage.
- Code, Lorraine. 1991. *What Can She Know? Feminist Theory and the Construction of Knowledge*. Ithaka: Cornell University Press.
- D'Alisa, Giacomo, Federico Demaria und Giorgos Kallis, Hg. 2015. *Degrowth. A vocabulary for a new era*. New York: Routledge.
- Elson, Diane, und Nilüfer Çağatay. 2000. The Social Content of Macroeconomic Policies. *World Development* 28(7):1347-1364.
- Fraser, Nancy, und Axel Honneth. 2003. *Recognition or Redistribution? A Political-Philosophical Exchange*. London: Verso.
- Glaser, Barney G. 1978. *Theoretical sensitivity*. Mill Valley, CA: The Sociology Press.
- Glaser, Barney. G., und Anselm L. Strauss. 1967. *The discovery of grounded theory*. Chicago: Aldine.
- Goppel, Anna, Corinna Mieth und Christian Neuhäuser, Hg. 2016. *Handbuch Gerechtigkeit*. Stuttgart: J.B. Metzler.
- Haraway, Donna. 1988. Situated Knowledges. The Science Question in Feminism as a Site of Discourse on the Privilege of Partial Perspective. *Feminist Studies* 14(3):575-599.

- Heidbrink, Ludger. 2017. Definitionen und Voraussetzungen der Verantwortung. In *Handbuch Verantwortung*, Hg. Ludger Heidbrink, Claus Langbehn und Janina Loh, 3-34. Wiesbaden: Springer VS.
- Henkel, Anna. 2013/2014. Gesellschaftstheorie der Verantwortung. Funktion und Folgen eines Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität. *Soziale Systeme* 19(2):470-500.
- Henkel, Anna, und Niels Åkerstrøm Andersen. 2013/2014. Introduction: The Necessity of a New Understanding of Responsibility for Modern Society. *Soziale Systeme* 19(2):221-232.
- Honegger, Claudia, Sighard Neckel und Chantal Magnin, Hg. 2010. *Strukturierte Verantwortungslosigkeit – Berichte aus der Bankenwelt*. Berlin: Suhrkamp.
- Jackson, Tim. 2011. *Wohlstand ohne Wachstum. Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt*. München: oekom.
- Jochimsen, Maren, und Ulrike Knobloch. 1997. Making the hidden visible. The importance of caring activities and their principles for any economy. *Ecological Economics* 20(2):107-112.
- Latouche, Serge. 2009. *Farewell to growth*. Cambridge: Polity.
- MacGregor, Sherilyn. 2006. *Beyond Mothering Earth. Ecological Citizenship and the Politics of Care*. Vancouver: UBC Press.
- MacIntyre, Alasdair. 1984. *After Virtue: A Study in Moral Theory*, 2. Aufl. Notre Dame, Indiana: University of Notre Dame Press.
- MacKeown, Maeve Catherine. 2014. *Responsibility Without Guilt: A Youngian Approach to Responsibility for Global Injustice*, PhD Political Theory. London: UCL, School of Public Policy.
- Muraca, Barbara. 2014. *Gut leben*. Berlin: Wagenbach.
- Nussbaum, Martha C. 2000. *Women and Human Development. The Capabilities Approach*. Cambridge: Cambridge University Press.
- OECD. 2017. *Dare to Share – Deutschlands Weg zur Partnerschaftlichkeit in Familie und Beruf*. Paris: OECD Publishing. <http://dx.doi.org/10.1787/9789264263420-de> (Zugegriffen: 15.05.2017).
- Phillips, Anne. 1993. *Democracy and Difference*. University Park, PA: Pennsylvania UP.
- Rätz, Werner, Hg. 2011. *Ausgewachsen! Ökologische Gerechtigkeit, soziale Rechte, gutes Leben*. Hamburg: VSA-Verlag.
- Rawls, John. 1975. *Eine Theorie der Gerechtigkeit*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Rosa, Hartmut. 2016. *Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung*. Berlin: Suhrkamp.
- Schmidt, Christiane. 1997. »Am Material«: Auswertungstechniken für Leitfadeninterviews. In *Handbuch Qualitative Forschungsmethoden in der Erziehungswissenschaft*, Hg. Barbara Friebertshäuser und Annedore Prengel, 544-568. Weinheim: Juventa.

-
- Sen, Amartya. 1984. The living standard. In *The Ethics of Consumption*, Hg. David A. Crocker und Toby Linden, 287-311. New York: Rowman and Littlefield.
- Stiegler, Barbara. 2008. Wie Gender die Partizipation bestimmt oder: Die Mitarbeit von Bürgerinnen und Bürgern ist immer noch nicht gleich. *Newsletter Wegweiser Bürgergesellschaft* 19/2008.
- Wember, Carla, Maren Birkenstock, Mike Korsonewski und Sabine Carl. 2017. Ein gutes Leben für alle? Postwachstum meets Gender. *Feministische Studien* 35(2).
- Wichterich, Christa. 1992. *Die Erde bemuttern. Frauen und Ökologie nach dem Erdgipfel in Rio*. Köln: Heinrich Böll Stiftung.
- Young, Iris Marion. 2006. Responsibility and Global Justice: A Social Connection Model. *Social Philosophy and Policy* 23(1):102-130.
- Young, Iris Marion. 2011. *Responsibility for Justice*. Oxford: Oxford University Press.

Geplanter Verschleiß oder Wegwerfkonsum?

Verantwortungsdiskurse und Produktverantwortung

im Kontext kurzlebiger Konsumgüter

Melanie Jaeger-Erben und Tamina Hipp

1. DIE VERANTWORTUNG FÜR DAS »LEBEN DER DINGE«

»Ist es ethisch vertretbar, unseren Erzeugnissen das zu verweigern, was wir für uns selbst erhoffen: Ein langes Leben?« fragen sinngemäß die Macher des deutschen Dokumentarfilms »Kommen Rührgeräte in den Himmel« von 2016 auf ihrer Website.¹ Der Held der Dokumentation ist das Handrührgerät RG 28, ein für seine Robustheit und lange Haltbarkeit fast schon legendäres DDR-Produkt. Der Hersteller, das Elektrogerätekwerk Suhl, hat die Wende nicht überlebt. Das Rührgerät gibt es auf Flohmärkten und auf Internet-Plattformen jedoch weiterhin zu kaufen, und zwar fast zum Originalpreis. Auch einige Ersatzteile werden immer noch produziert. Die Hauptdarstellerin des Dokumentarfilms entdeckt das RG28, nachdem ihr neues Rührgerät bei der ersten Nutzung versagt und beginnt, dessen Geschichte zu erforschen. Trotz seines bisweilen pathetischen Charakters reflektiert der Film einige interessante Fragen zu den kulturellen Bedeutungen der von Menschen gemachten, genutzten und weggeworfenen Dingen. Und er fragt nach der Verantwortung der Hersteller und der Konsument/-innen für das »Leben der Dinge«.²

Das »digitale Zeitalter« ist von steigendem Sachbesitz, einer zunehmenden elektronischen Ausstattung des Alltags und hohen Austauschgeschwindigkei-

1 | www.Rg28.de (Abgerufen 29.06.2017).

2 | Obwohl die Begriffe »Lebensdauer« oder »Lebenszyklus« im Kontext der Produkt-haltbarkeit gängig ist, geht mit ihnen – sowie mit der Bezeichnung »Leben der Dinge« – eine Anthropomorphisierung einher, die auch kritisch gesehen werden kann, in Ansätzen, wie dem »new materialism«, bisweilen aber auch bewusst gesetzt wird. Ohne hierauf näher eingehen zu können, setzen wir den Begriff in der ersten Nennung in Anführungsstriche, um auf seine Ambivalenz hinzuweisen.

ten von Konsumgütern gekennzeichnet (Oetzel 2012). Dies geht einher mit problematischen sozialen Produktionsbedingungen in den Herstellerländern, steigenden ökologischen Kosten der Produktion und einer erheblichen Zunahme an – oft illegal exportiertem – Elektroschrott. Der in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts geprägte Begriff der »Wegwerfgesellschaft« thematisiert vordergründig vor allem einen fahrlässigen, doch gesellschaftlich normalisierten Umgang mit Ressourcen, stellt aber auch generell die Frage, wie lange Konsumgüter in einer Gesellschaft genutzt und wann oder wie früh sie »obsolet« werden. In wachstums- und konsumkritischen Debatten wie auch im politisch und wissenschaftlich geführten Nachhaltigkeitsdiskurs werden zu kurze oder gar kürzer werdende Nutzungs- und Lebensdauern als Treiber von Ressourcenverbrauch und sozial-ökologischen Problemen diskutiert (Cooper 2010; Weizsäcker et al. 1997; Packard 1960; Prakash et al. 2016). Obsoleszenz – verstanden als vorzeitiges »Aus-der-Mode-kommen« oder frühzeitiger Verschleiß von Produkten – wurde im 20. Jahrhundert zu verschiedenen Zeitpunkten intensiv als gesellschaftliches Problem thematisiert, insbesondere in Zeiten kritischer Wendepunkte der Massenkonsumgesellschaft (Weber 2014): Erstmals im öffentlichen Diskurs in der wirtschaftlichen Krise der Zwischenkriegszeit der 1920er Jahre thematisiert, wurde Obsoleszenz in Zeiten der Umweltkrise in den 1970ern wieder relevant. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts, als Themen wie Globalisierung, Schadstoffe, Ressourcenknappheit oder Digitalisierung besonders virulent werden, kommt der Kurzlebigkeit von Produkten insbesondere im Elektro(nik)bereich eine besondere Aufmerksamkeit zu. Unterstützt durch mediale Inszenierungen sowie zivilgesellschaftliche Initiativen und Kampagnen³ erhält das Thema Obsoleszenz konstante öffentliche Aufmerksamkeit.

Obsoleszenz hat somit gewissermaßen zwei Erscheinungsformen. Das zu kurze Leben von Produkten zeigt sich einerseits materiell, beispielsweise in der Beschleunigung von Stoffströmen oder der Höhe von Elektroschrotbergen. Andererseits ist es Thema von Diskursen, in denen sich eine reflexiv modernisierende Gesellschaft (Beck et al. 2003) ihrer fragilen materiellen Basis bewusst wird. Obsoleszenz ist damit ein Thema, das die problematischen Bedingungen und Konsequenzen moderner Produktions- und Konsumpraxis gleichzeitig verstärkt und sichtbar macht und somit Unbehagen erzeugt. Der vorliegende Beitrag rekonstruiert Obsoleszenz von Konsumgütern (mit Fokus auf Elektronikprodukten) als ein zentrales Phänomen gegenwärtiger materieller Kultur in Industrieländern. Die Frage der »nachhaltigen Produktverantwortung« soll dabei einen wichtigen Schwerpunkt darstellen. Gemeint

3 | Hierzu gehören insbesondere dokumentarische Filme wie »Kaufen für die Müllhalde« der Regisseurin Cosima Dannoritzer oder der Verein MurksNeinDanke e.V.

ist hiermit – im Unterschied zum politisch-rechtlichen Begriff⁴ –, dass mit einem Produkt und den hierfür eingesetzten Ressourcen verantwortlich umgegangen wird, dass ein Produkt weitgehend sachgemäß genutzt und in seiner Funktionsfähigkeit erhalten und somit die eingesetzten Ressourcen effizient (aus-)genutzt werden.

Im folgenden Abschnitt wird zunächst eine konzeptionelle Perspektive dazu entwickelt, was es heißt, Obsoleszenz als Teil materieller Kultur zu betrachten. Mit dieser Perspektive im Hintergrund wird in den darauffolgenden beiden Abschnitten zunächst die kommunikative Herstellung von Obsoleszenz durch Medien betrachtet. Hierbei geht es um die Fragen, welche Wahrnehmungen von den Ursachen, Erscheinungsformen und möglichen Lösungsansätzen (im Sinne einer Verantwortungsübernahme) in medialen Diskursen zu finden sind. Erste Erkenntnisse aus einer aktuell durchgeführten Medienanalyse werden zum Ausgangspunkt genommen, um im darauffolgenden vierten Abschnitt Obsoleszenz und die Frage der Produktverantwortung in die Praxis gegenwärtiger Mensch-Objekt-Beziehungen zu projizieren. Dabei stehen insbesondere soziale Praktiken von Konsument/-innen im Umgang mit Produkten und sowohl deren praktisch getätigte als auch deren diskursiv zugewiesene Produktverantwortung im Mittelpunkt. Abschließend wird diskutiert, welche Implikationen sich für die Frage reflexiver Responsibilisierung im Kontext kurz- bzw. langlebiger Produkte aus der konzeptionellen Perspektive sowie den empirischen Einblicken ergeben. Der Abschnitt mündet in Überlegungen zum weiteren Forschungsbedarf sowie möglichen Handlungsstrategien für die transformative Nachhaltigkeitsforschung.

2. OBSOLESZENZ ALS PHÄNOMEN MATERIELLER KULTUR

Studien zur materiellen Kultur sehen die Beziehungen zwischen Dingen und Menschen als dynamisch bzw. transaktional an, sie betrachten, wie Menschen auf Dinge einwirken und Dinge wiederum auf Menschen. Gegenstände des Alltags werden im Hinblick auf ihre Gebrauchsweisen und vielfältigen Bedeutungen betrachtet, aber auch als Vergegenständlichung von sozialen Beziehungen, Mentalitäten und Machtverhältnissen. Sie gelten dabei aber nicht als bloße Substrate einer eigentlich geistigen Kultur (vgl. Miller 2012), sondern sind an der Herausbildung von Wirklichkeit beteiligt und materiale Teilnehmer an sinnhaft regulierten sozialen Praktiken (Hörning 2015). Konsumprodukte verändern sich hierbei mit und durch Forschung und Technologieentwicklung, steigende Bedarfe, Erweiterung der Anwendungskontexte und ihre

4 | Der juristische Begriff der Produktverantwortung bezieht sich vorwiegend auf die Reduktion von Abfällen bei Herstellung und Gebrauch von Produkten.

fortschreitende Integration in Alltagsroutinen. Gleichzeitig wirken sie an der Veränderung der Praxis in diesen Settings mit. Das gilt umso mehr für moderne Elektronikprodukte und digitale, mobile Technologien, die durch ein immer umfangreicher werdendes »Eigenleben« zu bedeutenden Handlungs- und Rollenträgern in soziotechnischen Konstellationen werden (Rammert und Schulz-Schaeffer 2002).

Wissenschafts- und Technikforschung (z.B. Akrich 1992; Hughes 1986), Studien zur materiellen Kultur (Miller 2006) und Theorien sozialer Praktiken (Reckwitz 2002; Schatzki 2002, 2009; Shove 2007) entwickeln unterschiedliche, aber konvergierende Perspektiven auf Mensch-Objekt-Relationen. Konsumprodukte sind darin »neither finished nor inviolable forms at the points of production and acquisition, but [...] continually evolving, positioned within and affected by an ongoing flow of consumer practice« (Gregson et al. 2009, S. 250). In Akrichs (1992) Ansatz der Akteurs-Netzwerk-Theorie steht beispielsweise im Vordergrund, wie Designer ihre Visionen von der Welt und den Konsument/-innen in das Produktdesign zwar einschreiben (»inscribing«), die tatsächliche Nutzungspraxis (das »describing«) der Konsument/-innen sich davon aber deutlich unterscheiden kann. Die Analyse von Konsumprodukten, ihrer Wirksamkeit und Lebensdauer muss laut Akrich geprägt sein von einem Vor und Zurück zwischen den Praktiken der »inscription« und den Praktiken der »description«. Eine ähnliche Perspektive auf Objekte als fluide findet sich auch in Konzepten von »domestication« (Silverstone und Hirsch 1992) oder Affordanz (Fisher 2004). Auch praxeologische Ansätze gehen über die Annahme einer reinen Dinglichkeit von Objekten hinaus und untersuchen die formativen Prozesse der Herstellung von Materialität (Rinkinen et al. 2015). Ihr Fokus liegt insbesondere darauf, wie Objekte innerhalb eines Nexus sozialer Praktiken mobilisiert, kombiniert und wirksam werden (Hui et al. 2017) und wie der Umgang mit ihnen ihre soziale Bedeutung (re)produziert (Reckwitz 2003, 2002). Wichtig für die Betrachtung von Produktverantwortung sind unseres Erachtens die praxeologischen Begriffe praktisches Verständnis (oder praktische Kompetenz, »practical understanding«, Know-how, »tacit knowledge«) und praktische Bedeutung (»practical meaning«), die zentrale Elemente für die Performanz sozialer Praktiken sind. Diese – auf geteiltem Wissen und geteilten Verständnissen beruhenden Wissensformen – sollten bei der Analyse von Praktiken der Anschaffung, Nutzung, Wartung, Pflege, Reparatur und Weitergabe von Objekten im Zentrum stehen.

Obsoleszenz ist somit keine neutrale Beschreibung eines spezifischen »natürlichen« Zustands von Dingen oder einer sorgsam kalkulierten Zahl von Lebensjahren, die in das Design der Objekte eingeschrieben wird. Sie beschreibt vielmehr einen Prozess, in dem ein Objekt aktiv abgelegt oder ausrangiert wird, in dem etwas als antiquiert, überholt oder nicht mehr brauchbar und nützlich angesehen wird. Denn selbst wenn ein Objekt endgültig und unreparierbar

kaputt ist, ist die Frage nach der Nützlichkeit stets neu interpretierbar, und sei es für die Kunst.⁵ Was als unbrauchbar und nicht mehr – beispielsweise durch Reparatur, Upcycling oder Nachnutzung – erhaltenswert angesehen wird, ist daher sozial konstruiert. Die hohe mediale Aufmerksamkeit für Obsoleszenz insbesondere bei modernen Konsumprodukten kann auch als Zeichen dafür interpretiert werden, dass dieser Diskurs in Zeiten krisenhafter gesellschaftlicher Naturverhältnisse sehr dynamisch verläuft und intensiver Legitimationsarbeit bedarf. Der folgende Abschnitt beschreibt erste Ergebnisse aus einer Analyse von Mediendokumenten im Hinblick auf die hier beobachtbare (Re) Präsentation von Obsoleszenz.

3. GEPLANTER VERSCHLEISS? HERSTELLUNG VON OBSOLESENZ UND RESPONSIBILISIERUNG IN DEN MEDIEN

Wie wird Obsoleszenz diskutiert, welche Ursachen, Erscheinungsformen und möglicherweise auch Lösungen werden angeführt, und wie wird hier die Frage nach der Produktverantwortung behandelt? Vor dem Hintergrund dieser Fragen wurde eine intensive Recherche online verfügbarer Artikel überregionaler Leitmedien sowie regionaler Zeitungen⁶ unternommen und ein Dokumentenkörper von knapp 200 Artikeln der letzten rund 25 Jahre zusammengestellt. Die Analyse der Artikel war orientiert am Ansatz der Diskursanalyse (Keller 2011). Dabei handelt es sich um eine qualitativ-rekonstruktive Methode, die häufig in der Analyse von Medien genutzt wird, um herauszuarbeiten, wie soziale Ordnung und soziale Bedeutungen in Diskursen konstruiert und konstituiert werden. Im Folgenden werden einige erste Ergebnisse der laufenden Analysen berichtet.

Die online verfügbaren Archive erbrachten teilweise auch Texte aus den frühen 1990er Jahren, es war jedoch ein interessantes erstes Ergebnis, dass die inhaltlich relevanten Artikel mit dem Jahr 2011 begannen.⁷ Dieser Zeit-

5 | Vergleiche Baudrillards Anmerkungen zu den Möglichkeiten ästhetischer Transformation in der »old objects, being obsolete and hence useless, automatically acquire an aesthetic aura« (Baudrillard und Turner 2007).

6 | Die Recherche basierte auf Begriffen wie Obsoleszenz, Lebensdauer und Nutzungsdauer von Produkten. Der Korpus umfasst Artikel von 28 Tages- und Wochenzeitungen.

7 | Wir gehen davon aus, dass sich die oben genannten weiteren Höhepunkte der öffentlichen Auseinandersetzung mit dem Thema Obsoleszenz in den 1920er und 1970er Jahren in den von uns genutzten Online-Archiven nicht abbilden, da diese vor der Zeit stattgefunden haben, in der das Internet als Informations- und Kommunikationsmedium relevant wurde. Die meisten Zeitschriften bieten nur sehr selektiv Beiträge aus den Print-Medien vor 1990 an. Berücksichtigt wurden daher nur Beiträge seit 1990.

punkt koinzidiert mit dem Erscheinen der deutschen Version des Dokumentarfilms »Kaufen für die Müllhalde« von Cosima Dannoritzer, der »geplante Obsoleszenz« als die wesentliche Ursache der modernen Wegwerfgesellschaft inszeniert. Die Analyse der Konstruktion und Darstellung von Obsoleszenz und der Thematisierung der Lebensdauer von Konsumprodukten in den Artikeln zeigte, dass in den meisten Fällen die geplante Obsoleszenz im Vordergrund steht. Geplante Obsoleszenz wird dabei interpretiert als eine bewusste, in vielen Fällen auch arglistige, Entscheidung von Herstellern und Produktentwicklern, die Lebensdauer von Produkten durch bestimmte Aufbauten und Konstruktionen zu begrenzen.⁸ Als Deutungsmuster wird meist ein linearer Ursache-Wirkungs-Zusammenhang aufgebaut, der die Verantwortung für Langlebigkeit ausschließlich im Herstellungsprozess lokalisiert. In den medialen Repräsentationen ist der Vorsatz der Hersteller gleichsam eine Gewissheit, für die jedoch vor allem anekdotische Evidenzen die Grundlage bieten. Das narrative Muster der Artikel hatte in vielen Fällen eine ähnliche Struktur. Beginnend mit dem Aufbau einer Verbindung zur Erfahrungs- und Lebenswelt der Leser/-innen im Stile von »Darüber hat sich fast jeder Verbraucher schon einmal geärgert: Kaum ist das elektrische Gerät zwei, drei Jahre alt, gibt es den Geist auf«⁹, wird Obsoleszenz als normalisierte Erfahrung und Erwartung präsentiert. Wissenschaftliche Studien und Evidenzen werden wenig zitiert, eine Ausnahme bilden dabei Artikel, die als Reaktion auf verschiedene Veröffentlichungen des Umweltbundesamtes bzw. des Öko-Instituts im Rahmen der »Obsoleszenz-Studie« erschienen sind. Diese Studie, die zu dem Schluss kommt, dass es für arglistig geplante Obsoleszenz keine eindeutigen Belege gäbe, wird zwar oft so zitiert, dass sie »noch« keine Beweise für Arglist gefunden habe, regt in den jeweiligen Medienbeiträgen aber auch eine Reflektion über Billigproduktion und die damit geförderte sogenannte Wegwerfkultur an. Konsistent reproduziert und als historische Belege geplanter Obsoleszenz angeführt werden einige spezifische Erzählungen. Hierzu gehört das sogenannte »Phoebuskartell«, ein Zusammenschluss der weltweit größten Glühbirnen-Hersteller in den 1920/30ern, die in einer konzertierten Aktion die Lebensdauer von Glühbirnen von bis zu 5.000 Stunden auf 1.000 Stunden verringerten.¹⁰ Als lebendes Beispiel für die Macht der Hersteller und Produkt-

8 | Beispiele: »Der geplante Defekt«, Welt 21.3.2013; »Hersteller planen Lebensdauer von Geräten«, Handelsblatt 29.8.2013; »Hersteller sorgen mit perfiden Tricks für Umsatz«, Welt online 29.8.2013; »Der programmierte Schrott«, Frankfurter Rundschau 5.3.2015.

9 | »Geplanter Verschleiß ist ein Massenphänomen«, Süddeutsche Zeitung 20.3.2013.

10 | Während es für die Absprachen der Glühbirnenhersteller zur Begrenzung der Brenndauer von Glühlampen auf ca. 1.000 Stunden Belege gibt, ist umstritten, ob es sich hierbei um eine bewusste, absatzsteigernde Täuschung von Konsument/-innen

entwickler auf die Lebensdauer der Glühbirnen wird oft auf die sogenannte »Centennial Bulb« verwiesen, die mit kurzen Unterbrechungen seit über 100 Jahren in Livermore, Kalifornien brennt.¹¹ In denselben historischen Zeitraum fällt auch eine weitere oft reproduzierte Geschichte aus der Automobilindustrie. Der damalige Präsident von General Motors Alfred P. Sloan wird dabei bisweilen auch als Erfinder der (modischen) Obsoleszenz präsentiert, da er in seinem Unternehmen die Idee jährlicher Konfigurationsänderungen einführte und die Wahl eines Automobils als Frage von Geschmack, Mode und Status propagierte und nicht als Frage von Nützlichkeit. Auch hierzu findet sich in den Erzählungen ein Antagonist in der Person von Henry Ford, dessen langfristig erfolglose Strategie gewesen sein soll, Automobile herzustellen, die die Käufer/-innen durch das Leben begleiten. Diese historischen »Schurken- vs.-Helden«-Erzählungen werden in den jeweiligen Artikeln auf die heutige Zeit übertragen, in denen oftmals dem Apple-Konzern mit seiner offensiven Markenkommunikation, den fest verbauten Akkus und den schnellen Innovationszyklen die Rolle des Obsoleszenzbeschleunigers zugewiesen wird. Als Helden werden offizielle oder selbst ernannte Verbraucherschützer (Verbraucherschutzzentralen, Stiftung Warentest, die Zeitschrift Ökotest, der Verein MurksNeinDanke e.V.) präsentiert, die mit Aufklärung und Aufdeckung vermeintlicher Arglist, aber auch direkt mit dem Lötkolben in Repair-Cafés und offenen Werkstätten gegen »Elektroschrott-Lawinen«, den frühen »Gerätetod« und »Wegwerf-Irrsinn«¹² ankämpfen. Die Rolle der Konsumierenden ist in etwas mehr als der Hälfte der Artikel eher passiv, sie werden als systematisch ausgetrickst, zum Konsum verführt oder genötigt¹³ dargestellt. Auch wenn ca. ein Drittel der Artikel auch die Konsument/-innen und beispielsweise ihren »Innovationshunger« oder ihre »Elektroniksucht«¹⁴ als weitere Treiber der

oder eine Vereinbarung zur Standardisierung der Lichtqualität handelte (Krajewski 2014). Die für eine Glühbirne zentralen Parameter Lebensdauer, Lichtausbeute und Stromverbrauch können jeweils nur zu Lasten der anderen Parameter optimiert werden. Eine langlebigere Glühlampe gibt beispielsweise bei gleichem Stromverbrauch weniger Licht, der Wunsch nach helleren Glühlampen hat daher zwangsläufig Auswirkungen auf deren Brenndauer. Die Lichtleistung der seit über 100 Jahren betriebenen Centennial Bulb (siehe Fußnote 11) beträgt beispielsweise nur 4 Watt.

11 | Die Centennial Bulb verfügt sogar über eine eigene Kameraüberwachung: www.centennialbulb.org/photos.htm.

12 | Beispiel: »Mit dem Schraubenzieher gegen die Elektroschrott-Lawine«, Braunschweiger Zeitung 30.10.2012.

13 | Beispiel: »Verführung mit Methode«, Spiegel Online 6.10.2011.

14 | Beispiele in: »Gibt es die Kaputtmacher wirklich?: Geplante Obsoleszenz«, n-tv Wissen 6.7.2012; »Was passiert mit 40 Millionen Tonnen Elektroschrott weltweit?«, Westdeutsche Allgemeine Zeitung 12.04.2013.

Wegwerfkultur präsentiert: Die Helden-Schurken-Geschichte wird tendenziell durch eine Opfer-Täter-Gegenüberstellung ergänzt.

Diese narrativen Muster gehören gewissermaßen zum Standardrepertoire von Populärmedien. Interessant ist – auch im Hinblick auf die Frage nach der Thematisierung und Konstruktion von Mensch-Objekt-Beziehungen – jedoch, dass enttäuschte Konsument/-innen und vorzeitig ausrangierte oder defekte Objekte zwar Protagonisten der Erzählungen sind, aber beide erstaunlich unterbelichtet sind. Auch wenn die Lesenden mit einer vermeintlich lebensweltnahen Einleitung abgeholt werden, wird meist eine stereotype Standardgeschichte wiederholt (Gerät geht nach Ende der Gewährleistung kaputt) und es werden immer wieder dieselben Narrative reproduziert, die die Vielfalt möglicher Erfahrungen mit Produkten ausblenden. Die Produkte selbst sind passive »Marionetten«, die – von Unternehmen zur Steigerung des Profits und von Konsument/-innen zur Befriedigung der Kauflust – wahlweise als Manipulationsobjekte oder Projektionsflächen dienen. Als ein übergeordnetes Deutungsmuster lässt sich eine Form impliziter Komplizenschaft zwischen Produzierenden und Konsumierenden identifizieren, in denen im Prinzip die Konsumprodukte die eigentlichen »Opfer« sind. Möglicherweise ist diese implizite Vermutung der Komplizenschaft auch der Grund, warum in fast allen Fällen bei der Präsentation von Lösungen auf politische Regulation gehofft wird, die neue Standards, mehr Verbraucherrechte oder Lebensdauerlabels hervorbringen soll. Etwas überspitzt dargestellt, könnte ein vorläufiges Fazit der Medienanalyse lauten: Obwohl vor allem Hersteller für das kurze Leben der Dinge verantwortlich gemacht werden, können weder Hersteller noch Konsument/-innen Produktverantwortung übernehmen, denn ihre Beziehung zu Produkten ist rein egozentrisch, und nur ein kurzes Produktleben ist ihnen dienlich.

Die Medienanalyse hat überspitzt formuliert das Bild einer Wegwerfgesellschaft gezeichnet, in der Wegwerfproduktion und Wegwerfkonsum Hand in Hand gehen. Dies erzeugt einerseits Empörung, wird andererseits aber als gegeben hingenommen, mit einem mehr oder weniger expliziten Verweis auf das egoistische, (produkt)unverantwortliche Eigeninteresse der Beteiligten, dem nur über politische Regulation Einhalt geboten werden kann. Im folgenden Abschnitt wollen wir mit einem Blick in die Konsumpraxis beleuchten, welche Wirkungen mediale Diskurse auf die Repräsentation von Obsoleszenz bzw. der Lebens- und Nutzungsdauer von Produkten haben können. Zudem betrachten wir, inwieweit Medien die Konsumpraxis tatsächlich abbilden oder – wie oben vermutet – ein eher einseitiges und verkürztes Bild von Mensch-Objekt-Interaktionen darstellen. Im nächsten Abschnitt beschreiben wir einerseits publizierte Forschungsergebnisse anderer Autor/-innen sowie erste Ergebnisse eigener qualitativer und quantitativer Erhebungen zur Konsumpraxis. Dabei werden wir insbesondere die These des Wegwerfkonsums genauer beleuchten.

4. WEGWERFKONSUM? DIE HERVORBRINGUNG VON OBSOLESENZ IN KONSUMPRAKTIKEN

Grundsätzlich lässt sich zunächst einwenden, dass der Begriff »Wegwerfkonsum« den Konsum auf die Phase des Entledigens reduziert und andere Phasen des Konsumprozesses – wie Bedürfnisentstehung, Beschaffung, Nutzung, Wartung, Lagerung etc. – ausblendet. Das Wegwerfen wird damit als die dominante soziale Praktik nach Ablauf der Nutzungsdauer hervorgehoben, obwohl verschiedenen Studien zeigen, dass Alternativen zum Wegwerfen, wie die Produktweitergabe durch das Verkaufen, Verschenken und Tauschen in der Konsumpraxis, eine wichtige Rolle spielen. So stellen Cox und Kollegen in einer Untersuchung in Großbritannien fest, dass mit dem Wegwerfen ein negatives Gefühl verbunden ist und daher eher andere Kanäle gesucht werden, um sich Dingen zu entledigen (Cox et al. 2013). Auch bei einer Studie in Österreich (Wieser et al. 2015) konnte das Vorhandensein einer »Wegwerfmentalität« nicht bestätigt werden, wie am Beispiels von nicht mehr genutzten Mobiltelefone gezeigt wird: Diese werden überwiegend gelagert (51 %), gespendet (17 %) oder verschenkt (12 %) und nur zu einem sehr geringen Anteil von 3,3 % weggeworfen.

Die hervorragende Bedeutung des Wegwerfens während des Konsumprozesses konnte auch in unseren ersten qualitativen Interviews¹⁵ nicht bestätigt werden. Einige Interviewte berichteten, nicht mehr genutzte Geräte aufzubewahren, um den Akt des Wegwerfens bewusst hinauszuzögern, und grenzen sich von anderen Menschen ab, die elektronische Geräte frühzeitig wegschmeißen, wie beispielsweise die folgende Interviewpartnerin:

»Ich finde es halt furchtbar, dass so viel weggeschmissen wird, und, dass man was wegschmeißt, obwohl es noch gut ist. Also die Leute, die ständig ein neues Handy brauchen oder einen neuen Laptop. Der Laptop von meinem Freund ist beispielsweise schon zehn Jahre alt.« (weiblich, 38 Jahre, wohnt zusammen mit ihrem Partner und einem Kind)

Auch wurden häufig die unternommenen Anstrengungen dargelegt, Geräte einer Zweitnutzung zukommen zu lassen. In diesem Sinne scheint auch der Begriff der Wegwerfgesellschaft nicht als Begriff der Gegenwartsdiagnostik geeignet zu sein (Gregson et al. 2007).

15 | Bisher wurden fünf qualitative, problemzentrierte Interviews mit Nutzer/-innen durchgeführt und zunächst inhaltlich-deskriptiv ausgewertet. In diesem Beitrag werden Zitate vor allem zur Illustration angeführt. Im Rahmen der Promotion plant Tamina Hipp 24 problemzentrierte Interviews mit Konsument/-innen durchzuführen und diese mittels der Grounded Theory auszuwerten.

Einige Medienberichte stellen vor allem die Neuanschaffung in den Vordergrund und betonen den »Reiz des Neuen« als zentralen Aspekt in der Hervorbringung von Obsoleszenz. Dies steht im Einklang damit, dass die Verbraucherforschung generell den Fokus bisher meistens auf den Kaufakt legt (Fridrich et al. 2017). Dass das Interesse an Neuem beim Konsumprozess im Vordergrund steht, wird häufig mit Modebewusstsein und Konsum zur Statusaufwertung in Verbindung gebracht (Ullrich 2014; Klose 2015; Harrell und McConocha 1992). Dem liegt die Annahme zugrunde, dass der symbolische Wert den Gebrauchswert übersteigt und Konsument/-innen durch die Werbung zum Konsum (Haug 2010) und dadurch zum vorzeitigen Produktaus-tausch gedrängt werden (Packard 1960). Die bereits oben erwähnte Studie aus Großbritannien kommt zu dem Schluss, dass es für viele Konsumierende wichtig ist, das neueste Produkt zu besitzen, da sie dies als Indikator betrachten, im Leben erfolgreich zu sein. Produkte werden demnach vor allem deswegen kürzer genutzt, weil die Konsumierenden mit der Mode gehen möchten und sich dies auch finanziell leisten können (Cox et al. 2013). Eine Untersuchung in Österreich stellt hingegen fest, dass es nur für ein kleines Segment relevant ist, auf dem neuesten Stand zu sein, und es diesbezüglich große Unterschiede zwischen den Geräten gibt. Beispielsweise ist es demnach vielen Konsumierenden bei Mobiltelefonen deutlich wichtiger, »up-to-date« zu sein, als bei Haushaltsgroßgeräten. Letztere werden häufiger verwendet, bis sie nicht mehr funktionieren oder wegen eines Umzugs ausgetauscht werden (Wieser et al. 2015). Im Rahmen unserer eigenen quantitativen Repräsentativbefragung (Jaeger-Erben und Hipp 2017)¹⁶ in Deutschland gaben 41 % der Befragten an, ihr aktuelles Smartphones gekauft zu haben, da das alte Gerät kaputtgegangen ist, bei Waschmaschinen sind es mit 56 % deutlich mehr. Dass es maßgebliche Unterschiede bei verschiedenen Gerätekategorien gibt, bestätigen diverse Studien (Evans und Cooper 2010; Cox et al. 2013; Wieser et al. 2015; Cooper und Mayers 2000). Es erscheint plausibel, zwischen verschiedenen Geräten und den mit ihnen verbundenen Praktiken der Produktnutzung sowie ihrer jeweiligen Einbettung in den Alltag zu unterscheiden. So hat das Smartphone als »digitaler Dauerbegleiter« (Eisentraut 2016), das tiefgreifend in alltägliche Routinen und Praktiken der sozialen Beziehungsgestaltung integriert und für das soziale Umfeld permanent sichtbar ist, eine gänzlich andere Rolle als Geräte, die ggf. im Keller stehen und vor allem eine spezifische Funktion – z.B. saubere Wäsche – erfüllen. Dies lässt darauf schließen, dass nicht nur der

16 | Die repräsentative Online-Befragung (CAWI) von 2.000 Konsument/-innen (im Alter von 14-66 Jahren) fand im Juli und August 2017 statt. Die Befragung wurde im Auftrag des Zentrums Technik und Gesellschaft (BMBF-Nachwuchsgruppe Obsoleszenz als Herausforderung für Nachhaltigkeit – Ursachen und Alternativen) von der respondi AG durchgeführt.

Reiz des Neuen als Erklärung dienen kann, weshalb in Gebrauch befindliche Produkte obsolet werden. Vielmehr ist eine differenzierte Analyse soziotechnischer Praxis im Umgang mit bzw. in der Nutzung von unterschiedlichen Geräten und damit auch verschiedener Formen der Alltagsintegration notwendig. Als eine erste Annäherung könnte die Unterteilung in »workhorses«, »investment« und »up-to-date« sinnvoll sein, die Cox und Kollegen (2013) im Rahmen ihrer empirischen Forschung entwickelt haben.¹⁷

Wie oben dargelegt wurde, verstellt die Reduzierung auf die Phase des Wegwerfens oder des Beschaffens das Verständnis dafür, wie Obsoleszenz durch Konsumpraktiken hervorgebracht wird. Stattdessen erscheint es notwendig, den gesamten Konsumprozess in seiner Komplexität zu betrachten und zu analysieren, welche sozialen Praktiken und insbesondere welche praktischen Bedeutungen und praktischen Verständnisse im Umgang mit den Geräten in den verschiedenen Phasen des Konsums jeweils relevant sind und inwiefern diese förderlich oder hinderlich sind für das »Obsolet-Werden«. Dabei sollte der Analysefokus nicht nur reduziert werden auf die symbolischen Bedeutungen von Gegenständen zur Identitätsbildung und zur Distinktion, sondern stattdessen ebenso in den Blick genommen werden, welche Handlungen die Funktionen der Geräte ermöglichen. Shove stellt am Beispiel der Küche heraus, dass diese im Hinblick darauf gewünscht, ausgetauscht und umgestaltet wird, was kulturell und zeitlich spezifische Erwartungen sind von »doing and of having – not of having alone« und »There is a desire for the new, but it is often as much for a new way of life or new set of practices« (Shove 2007, S. 37, 15). Ebenso wichtig ist ein Blick darauf, wie sich die Nutzungspraxis auf die Funktionsfähigkeit von Produkten auswirkt. Wann und wie eine Waschmaschine gewartet und in welchen Situationen und wie lange ein Mobiltelefon geladen wird, wirkt sich auf Lebensdauer und Funktionsfähigkeit aus und ist in die routinierte Alltagspraxis eingebettet. Dabei erfordert die schonende Behandlung des Gerätes nicht

17 | »Workhorses« umfasst Gebrauchsgegenstände, die in erster Linie spezifische Funktionen erfüllen sollen und in der Regel erst ausgetauscht werden, wenn sie Funktionserwartungen nicht mehr erfüllen, wie bspw. ein Toaster oder Möbelstücke. Zu der Kategorie »Investment« zählen vergleichsweise teure Produkte, in die investiert wird, die lange halten sollen und gut gepflegt werden – nicht selten auch aufgrund einer engen Produktbindung – wie beispielsweise ein Auto einer speziellen Marke. »Up-to-date« hingegen bezieht sich auf Produkte, die empfänglich für ästhetische und technologische Updates sind und eine wichtige Rolle für die soziale Identität spielen. Sie werden häufig aus Modegründen und durch Impulskäufe ausgetauscht, wie beispielsweise Smartphones (Cox et al. 2013). Diese Einteilung lässt Raum für Überschneidungen und individuelle Unterschiede, entsprechend der Vielfalt der sozialen Praktiken, die im Umgang mit den Geräten verbunden sind. Die Kategorien wurden auf Basis qualitativer Analysen im Rahmen von 12 Fokusgruppen mit 115 Teilnehmenden im UK ermittelt.

zuletzt auch Wissen darüber, welches häufig nicht vorhanden ist: Im Rahmen unserer eigenen Befragung wussten nur 39 % der Befragten, dass ein Lithium-Ionen-Akku weder voll entladen noch voll aufgeladen werden sollte, damit seine Leistungskraft möglichst lange erhalten bleibt (Jaeger-Erben und Hipp 2017).

Generell ziehen Produkte vor allem dann die Aufmerksamkeit auf sich, wenn sie nicht funktionieren (van Hinte 1997). Dies lenkt den Blick darauf, wie die Strukturierung des Alltags das »Obsolet-Werden« beschleunigt oder hinauszögert. Beispielsweise werden in Umfragen zwar als Hauptgrund die unverhältnismäßig hohen Kosten angegeben, weshalb kaputte Geräte nicht repariert werden (Cooper und Mayers 2000; VZBV 2017), jedoch wird nur selten ein Kostenvoranschlag eingeholt, um die tatsächlichen Kosten für die Reparatur zu bemessen. Zudem legen eigene erste Interviews die Vermutung nahe, dass auch eine starke Abhängigkeit vom Gerät ein Hindernisgrund für eine Reparatur sein kann: Der Nutzer kann schlicht nicht auf das Gerät für die Dauer der Reparatur verzichten. Auch deuten die ersten qualitativen Interviews darauf hin, dass die enge Taktung des Alltags die notwendige Pflege von Produkten behindern kann. Auch in einer Umfrage in Deutschland geben immerhin 13 % der Befragten an, das letzte Gerät nicht reparieren lassen zu haben, weil dies zu viel Aufwand bedeutet hätte bzw. keine Zeit dafür vorhanden war, und 30 % weisen darauf hin, ihre Produkte aufgrund von Zeitmangel nicht ausreichend zu pflegen (Jaeger-Erben und Hipp 2017). Das lenkt den Blick auf einen interessanten Zusammenhang: Die erfolgreiche Alltagsgestaltung baut auf die Nutzung verschiedenster materieller Artefakte – und darunter zunehmend Elektronikprodukte – auf, gleichzeitig lässt der Alltag für Praktiken zum langfristigen Funktionserhalt eben dieser Artefakte nicht ausreichend Spielraum. Die schnelle Verfügbarkeit von funktionierenden Ersatzprodukten ist für das Gelingen des Alltags also essentiell. Damit wäre hier nicht der Reiz des Neuen oder die Abwertung des Alten ein wichtiger Treiber von Obsoleszenz im Konsum, sondern die Beschleunigung des Alltags. Das praktische Verständnis im Zusammenhang mit dem Funktionserhalt bezieht sich daher nicht auf ein Produkt selbst, da dieses als austauschbar erscheint. Der Austausch wird strukturell anscheinend eher unterstützt als Praktiken zur Förderung der Langlebigkeit eines einzelnen Produkts.

Hiermit korrespondiert, dass Langlebigkeit und ausgiebige Nutzung auch in den praktischen Bedeutungen, das heißt in den Bedeutungen der eigenen Umgangspraxis mit Produkten, eine geringe Relevanz hat. Studien in Großbritannien deuten darauf hin, dass der Produkthaltbarkeit nur eine geringe Rolle bei der Produktwahl zukommt¹⁸ (Cox et al. 2013; Cooper 2004), wobei

18 | Unsere Umfrage hat hingegen ergeben, dass bei der Auswahl sowohl von Waschmaschinen als auch von Smartphones Robustheit und lange Haltbarkeit zu den wichtigsten Kriterien bei der Auswahl eines Gerätes gehören (Jaeger-Erben und Hipp 2017).

durchaus Potenzial gesehen wird, dass eine Kennzeichnung der Lebensdauer hier einen Einfluss haben könnte (SIRCOME et al. 2016), da Interesse an Informationen zur Haltbarkeit geäußert wird (Evans und Cooper 2010; VZBV 2017). Gleichzeitig wird eine Art gelernter Hilflosigkeit formuliert, indem Befragte in Studien angeben, sich durch frühzeitiges technisches Versagen, aber auch durch Moden und Trends genötigt zu fühlen, Produkte schneller zu ersetzen (Echegaray 2016). Interessanterweise sind Konsumierende, die stärker auf Langlebigkeit achten, häufiger der Meinung, Hersteller würden die Haltbarkeit bewusst begrenzen (Echegaray 2016). Die Grenzen der eigenen Produktverantwortung werden also als stärker empfunden, wenn Langlebigkeit eine praktische Bedeutung hat.

Die erwartete Lebensdauer scheint einen maßgeblichen Einfluss darauf zu haben, wie lange Produkte genutzt werden und wann sie ersetzt werden (Cox et al. 2013). So wird bei einem Drittel der kaputten Geräte, die nicht repariert werden, als Grund für die Nicht-Reparatur angegeben, dass sich die Reparatur aus Kostengründen bzw. aufgrund der Annahme, das Gerät würde sowieso nicht mehr lange halten, nicht gelohnt hätte. Wie qualifiziert Nutzer-Diagnosen sind, muss an dieser Stelle offenbleiben (Jaeger-Erben und Hipp 2017). Wieser et al. (2015) kommen zu dem Schluss, dass das Vorurteil, Unternehmen würden durch »geplante Obsoleszenz« die Kund/-innen täuschen wollen, zu einer geringen Erwartungshaltung bezüglich der Haltbarkeit führt. In der Erwartung von geplantem Verschleiß wird daher nicht in teure und qualitativ hochwertigere Produkte oder Reparaturen investiert und ein verfrühter Produktaustausch begünstigt. Auch unsere ersten qualitativen Befragungen zeigen ein ähnliches Erklärungsmuster:

»Die Geräte sind heutzutage alle wesentlich kurzlebiger als früher. Die Gründe dafür sind der Verkauf, also die Wirtschaft. Ich glaube schon, dass die daran interessiert sind, dass die Leute sich [...]. Ob die was einbauen, das weiß ich nicht, vielleicht ist die Konstruktion nicht mehr so, dass die Geräte so lange funktionieren. [...] Weil man mehr verkaufen will, [...] heutzutage ist der Markt ja gesättigt.« (weiblich, 66 Jahre, wohnt alleine)

So stimmten auch 90 % in unserer Befragung der Aussage zu, dass manche Hersteller Geräte absichtlich so bauen, »dass sie kurz nach Ende der Gewährleistungsfrist von zwei Jahren kaputtgehen« (Jaeger-Erben und Hipp 2017). Beide Ergebnisse korrespondieren mit der Hypothese von Wieser (2017), dass der Diskurs um »geplante Obsoleszenz« auch dazu führen kann, das Phänomen vorzeitigen Obsolet-Werdens selbst aufrecht zu erhalten oder sogar zu begünstigen. Hier lässt sich ein starker Zusammenhang bzw. ein möglicher Einfluss von den medialen Diskursen vermuten. Das in den Medien kreierte eher

kulturpessimistische Bild, dass Produkte schlechter werden, weil Produzenten vor allem auf Wachstum setzen, findet sich auch hier wieder.

Die Wahrnehmung begrenzter Handlungsspielräume durch Konsument/-innen bezieht sich also auf zwei Aspekte: Die hohe Abhängigkeit von funktionierenden Geräten und die enge Taktung des Alltags erschweren zum einen die Praktiken des Pflegens, Wartens oder Reparierens, denn diese sind zeitaufwändig und unterbrechen gewissermaßen die Verfügbarkeit der Produkte. Zum anderen werden die Möglichkeiten, auf Geräte und ihre Funktionsfähigkeit technisch einzuwirken und so ihre Lebensdauer zu verlängern, auch als sehr begrenzt angesehen, denn »der Markt« kontrolliert die Lebensdauer.

Diese vorangegangenen Überlegungen beziehen sich zunächst vor allem auf die Lebensdauer von Produkten, die durch Einschränkungen der Funktionsfähigkeit und geringes Wissen zur Wiederherstellung der Funktionalität verkürzt wird. Dass Neukäufe aber oft auch bei voller Funktionsfähigkeit der alten Geräte vorkommen (Jaeger-Erben und Hipp 2017; Wieser et al. 2015; Cox et al. 2013; Echegaray 2016), zeigt, dass die praktische Bedeutung von Produkten nicht allein von deren technischer Funktionsfähigkeit bzw. Verfügbarkeit abhängt. Hier geht es vielmehr um Bedeutungen innerhalb von Mensch-Objekt-Beziehungen, die jenseits der physischen Ebene liegen, wie Neuartigkeit, Innovativität, Besonderheit, Erwünschtheit oder auch Unerwünschtheit. In der o.g. Literatur wird diese oft mit dem »Reiz des Neuen« beschrieben. Wenn Vodafone seine Mobilfunkverträge mit der Frage »Love the buzz of getting a new phone?« anpreist und – in der Annahme, die Antwort kann nur positiv sein – anbietet »Get that new phone feeling every 12 months with New Phone Every Year on Vodafone Red+«, dann steht hier nicht Praktikabilität im Vordergrund (ist es praktisch, sich alle 12 Monate an ein neues Gerät zu gewöhnen?). Langlebigkeit ist hier sogar eher ein Nachteil, denn je älter das Gerät, desto geringer das »New Phone Feeling«. »Up-to-date«-Produkte (Cox et al. 2013), wie das Smartphone, bilden hier möglicherweise eine Ausnahme, wenn jedoch auch Haushaltsgroßgeräte (nach Cox et al. häufig eher »workhorses«) trotz Funktionstüchtigkeit ausgetauscht werden, scheint Neuartigkeit einen besonderen Wert in Mensch-Objekt-Beziehungen einzunehmen.

Für die Annahme, dass der Diskurs zu Obsoleszenz in den Print- und Online-Medien einen bedeutenden Einfluss auf die gesellschaftliche Konstruktion von Obsoleszenz haben kann, lassen sich in der Literatur und den ersten eigenen Analysen einige Bestätigungen finden. Die klare lineare Ursachenattribution und das durch mediale Berichterstattung möglicherweise geförderte Misstrauen der Konsument/-innen in Richtung der Hersteller scheint ihrer Verweigerung der Übernahme von Produktverantwortung zumindest Vorschub zu leisten. Diese fühlen sich weder zuständig noch fähig, die Lebensdauer ihrer Produkte zu verlängern, und verweisen auf die Allmacht der Hersteller. Parallel dazu verweisen aber Produzierende wiederum auf den Wunsch

ihrer Kund/-innen nach immer neuen, möglichst günstigen Produkten sowie deren Desinteresse an langlebigen Gütern, wenn es um die unternehmerischen Gründe für kurze Innovationszyklen (Spinney et al. 2012) oder billige Produktion geht. Somit scheint es auch in der Verantwortungsabwehr eine Form impliziter Komplizenschaft zu geben. Die eher linear ausgerichtete Suche nach Ursachen und Verantwortlichen endet damit in einer Sackgasse.¹⁹ Sie hat außerdem zur Folge, dass systemische Zusammenhänge eher ausgeklammert werden. Denn auch wenn die Verantwortlichkeit von Konsument /- innen (wie ihre Entscheidung für immer neue Produkte, ihr steigender Sachbesitz) thematisiert wird, projiziert wird ein eher rationalistisches Handlungsmodell, in dem Entscheidungen auf Basis der Abwägung von Interessen und Vorteilen zentral sind.

Ein solches Handlungsmodell findet sich implizit oder explizit auch in verschiedenen wissenschaftlichen Auseinandersetzungen mit Obsoleszenz. Die Ursache für Obsoleszenz wird dabei oft in jenem ökonomischen Paradigma gesehen, in dem Forschung und Technik ökonomischen Prämissen untergeordnet sind bzw. die Erreichung eines ökonomischen Optimums die Lebensdauer von Produkten bestimmt und nicht das technisch und materiell mögliche (Krajewski 2014; Kreiß 2014; Feldmann und Sandborn 2007). Auch wenn individuelle Entscheidungen hier zum Teil systemisch gedeutet und in einen Zusammenhang mit Marktlogiken und dem Wirtschaftssystem gesehen werden, das Fazit ist häufig, dass andere Entscheidungen den wesentlichen Kern der Lösungen ausmachen. Ohne die Wirkmächtigkeit ökonomischer Logiken generell in Frage zu stellen, möchten wir in diesem Beitrag anregen, Entscheidungen eher als Epiphänomen einer »Kultur der Obsoleszenz« zu betrachten. Unmittelbar mit der Frage nach der Verantwortung für die Lebensdauer der Konsumprodukte zusammenhängend sind auch die Unterschiede, die sowohl in den Medien als auch in wissenschaftlichen Auseinandersetzungen im möglichen »Zugriff« auf die Eigenschaften der Produkte gemacht werden. Während die Macht der Hersteller – diesen Diskursen zufolge – in die Produkte selbst hineinzureichen scheint, die sie gewissermaßen nach Belieben manipulieren können, scheinen Konsument/-innen sie nur von außen, aber ebenso nach Belieben, symbolisch überformen zu können. Einen gewissen Bruch bekommt diese Darstellung durch die insbesondere in den letzten Jahren zunehmenden medialen aber auch mehr oder weniger wissenschaftlichen Thematisierungen von Repair-Cafés und offenen Werkstätten.²⁰ In diesem Zusammenhang wird die Geschichte von einer (Wieder-)Aneignung von Kompetenzen und der Emanzipation von der Abhängigkeit von Herstellern erzählt,

19 | Siehe auch den Beitrag von Harald Wieser im Blog Postwachstum: www.postwachstum.de/die-theorie-geplanter-obssoleszenz-als-sackgasse-20170127.

20 | Ein Beispiel ist der Sammelband »Die Welt reparieren« von Baier et al. (2016).

von einem »Eindringen« der Konsument/-innen in die Produkte und damit einem Eingriff in vorherbestimmte Lebensdauern. Diese Brüche in den gängigen Interpretationen von Mensch-Objekt-Beziehungen geben einen weiteren Anlass, Obsoleszenz – wie eingangs dargestellt – aus der Perspektive materieller Kultur zu betrachten.

5. VERANTWORTUNG FÜR OBSOLEZENZ ALS UNLÖSBARES PROBLEM? PERSPEKTIVEN UND STRATEGIEN FÜR DIE NACHHALTIGKEITSFORSCHUNG

Obsoleszenz als wichtigen Bestandteil gegenwärtiger materieller Kultur und ihrer Mensch-Objekt-Beziehungen zu untersuchen, trägt zum Verständnis der gesellschaftlichen Produktion von Obsoleszenz und der Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen von Produktverantwortung bei. Für die angewandte Nachhaltigkeitsforschung und ihre Suche nach Strategien zur Förderung nachhaltigen Konsums birgt die in diesem Beitrag angelegte Perspektive aber viele Herausforderungen.

Die erste Herausforderung liegt darin, dass das Phänomen Obsoleszenz sehr komplex ist und in der komplexen Verwobenheit menschlicher Akteure und technischer Artefakte in ihren sozialen Praktiken des Produzierens, Konsumierens, Entwertens, Nachnutzens, Neukaufens und Weitergebens etc. immer wieder materiell hervorgebracht wird. Mit der Performance jeder Praktik innerhalb dieses Gewebes werden Konventionen reproduziert, und es wird eine spezifische Normalität geschaffen (Shove et al. 2012). Eine übergeordnete Übereinkunft scheint hierin zu bestehen, dass kaum einer der Beteiligten für das Leben der Produkte Verantwortung übernehmen kann oder will. Das »locked-in« besteht dabei sowohl auf der materiellen als auch auf der kommunikativen Ebene. Unsere These ist dabei, dass es den Beteiligten nicht nur an praktischem Verständnis fehlt, um ein langes Leben der Produkte zu ermöglichen. Das lange Leben hat auch keine ausreichend relevante praktische Bedeutung, was aber in Anbetracht der negativen sozial-ökologischen Konsequenzen kurzlebiger Produkte Unbehagen erzeugt und die Verantwortlichkeit dem jeweils anderen (von Konsument zu Produzent und umgekehrt) zugeschoben wird. Die angewandte Nachhaltigkeitsforschung begibt sich daher gewissermaßen in ein Minenfeld und trifft nicht nur auf strukturelle, sondern auch semantische »Sackgassen«.

Eine zweite Herausforderung besteht daran, dass auch die Wissenschaft an der Herstellung von Obsoleszenz beteiligt ist. Allein das bisher zur Verfügung stehende Begriffsinstrumentarium – unterschieden wird meist in »geplante«, qualitative, funktionale und psychische Obsoleszenz – trägt relativ klare Verantwortungszuschreibungen mit sich und lenkt den Fokus der Untersuchung

auf Kognitionen und Entscheidungsprozesse und weg vom Gewebe der sozialen Praxis. Obsoleszenz verstehen und überwinden ist eine inter- und transdisziplinäre und wahrscheinlich auch langwierige Aufgabe. Einerseits kann der Referenzrahmen der Betrachtung nicht groß genug sein, gilt es doch globalisierte Produktionsprozesse und Megatrends in der Wirtschafts- und Technologieentwicklung genauso wie den globalen Siegeszug des Konsumismus (Zimmermann 2016) einzubeziehen. Andererseits ist auch der Blick »in die Tiefe« in Praktiken der Aneignung von Produkten, in Prozesse der Konstruktion und Aktualisierung der Bedeutung von Produkten sowie in Be- und Entwertungsprozesse notwendig. Die bisherige Forschung ist aber – von wenigen Bemühungen abgesehen (Brönneke und Wechsler 2015) – bisher eher disziplinär ausgerichtet oder im Bereich der selbst eher kurzlebigen Auftragsforschung angesiedelt. Hinzu kommt, dass auch dominante und gleichermaßen idealistische wie auch pessimistische Auffassungen der praktischen Entscheidungs- und Handlungsspielräume überwunden werden müssen. Es ist aus unserer Sicht zwar verkürzt anzunehmen, dass es nur von den Entscheidungen von Herstellern oder Konsument/-innen abhängt, dass es zu kurzen Nutzungs- und Lebensdauern kommt. Dennoch lassen sich aus einer Analyse der sozialen Praktiken und ihrer systemischen Einbettung (in Alltags- und Konsumstrukturen, in wirtschaftliche Logiken und Praxen) sowie einer Berücksichtigung der materiellen Eigenschaften der Artefakte Möglichkeitsräume erschließen. So lässt sich beispielsweise fragen, warum in der Forschung und Entwicklung von Produkten Ökodesign (das auch Design für Langlebigkeit einschließt) oder zirkuläre Geschäftsmodelle eher als Hemmnis und nicht als Innovationsfaktor gesehen werden (Lindner und Williander 2015), besonders im Vergleich zu ähnlich risikoreichen Innovationsinvestitionen. Mit Blick auf Konsument/-innen könnten beispielsweise Praktiken der Produktpflege oder -wartung sowie der Reparatur Möglichkeiten sein, die Verantwortung für die Lebensdauer zu übernehmen. Diese Möglichkeitsräume zu erschließen ist aus unserer Sicht eine zentrale Aufgabe inter- und transdisziplinärer Nachhaltigkeitsforschung.

Inter- und transdisziplinäre Zusammenarbeit ist im Kontext der Obsoleszenz jedoch besonders anspruchsvoll, denn nicht nur die potentiellen Praxispartner aus Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft haben – ihrer jeweiligen Praxislogik entsprechend – sehr heterogene Verständnisse von Obsoleszenz und neigen aufgrund der oben beschriebenen gegenseitigen Verantwortungszuweisung möglicherweise nicht zur Kooperation. Auch die für das Thema relevanten wissenschaftlichen Disziplinen – u.a. Technik-, Sozial-, Wirtschafts-, Rechts- und Politikwissenschaften – können sehr unterschiedliche Auffassungen von den Ursachen und Lösungen haben. Wichtig ist daher die Identifikation von gemeinsamen Themen (»epistemic objects«, Jahn et al. 2012) und Brückenkonzepten, auf die sich der Wissensaustausch und die Wissens-

produktion beziehen können. Ausgehend von der Grundannahme, dass das Beziehungsverhältnis zwischen Mensch und Ding vor allem auf praktischem Verstehen und sozialen Bedeutungen der Dinge beruht, lässt sich die Frage stellen, wie sich Konventionen über die »richtige« Art und Weise des Umgangs mit Produkten entwickeln und wie dieser Umgang mit den Bedeutungen der Produkte in den jeweiligen Praxis-Settings zusammenhängt. Entlang der »Biografie« eines Objekts kann dabei analysiert werden, wie sich Wissen und Bedeutungen in der Entwicklung und Konstruktion, der Vermarktung, dem Gebrauch, der Nach-, Ent- und Weiternutzung, der Destruktion sowie im Design der Produkte selbst materialisieren. Was wissen die Beteiligten über die Produkte, deren Aufbau, technische Funktion, Wartung, Pflege? Welches Repertoire steht ihnen zum »Ausreizen« der Haltbarkeit und Zuverlässigkeit beispielsweise durch ausgiebiges Testen, Modulieren, Reparieren, Wieder- und Nachnutzen zur Verfügung? Welche Möglichkeiten zur Wissens- und Kompetenzaneignung bestehen überhaupt in einer globalisierten Produktion²¹ und in Anbetracht technologischer Trends hin zur Digitalisierungsintegration und Automatisierung? Dabei werden durch die zunehmende Miniaturisierung von Unterhaltungselektronik und die Ausstattung von eigentlich elektrischen Geräten mit Mikroelektronik (Stichwort Smart Home) sowohl die Fehleranfälligkeit der Geräte erhöht, also auch die Reparierbarkeit erschwert. Der Slogan der sogenannten Repair-Bewegung »If you can't open it, you don't own it« weist darauf hin, dass eine vollständige Aneignung von Produkten auch dadurch verhindert wird, dass sie den Nutzer/-innen verschlossen bleiben. Nicht nur Konstruktion und Destruktion finden räumlich weit entfernt und wenig sichtbar statt, auch bei der Nutzung bleibt das Innere der Produkte verborgen, durch verklebte Gehäuse, das Zusammenfügen von Einzelteilen zu kompakten Modulen und geschlossene Oberflächen. Eine wichtige Frage ist daher auch, wie das Design von Objekten praktisches Verstehen fördern oder verhindern kann.

Wichtig ist sowohl beim Verstehen von als auch bei der Ableitung von Strategien gegen Obsoleszenz, dass deren kommunikative und materielle Hervorbringung in der sozialen Praxis eng ineinander verwoben sind, eine Unterscheidung zwischen semantischer und materieller Ebene jedoch ermöglicht, Verantwortung und Verantwortlichkeit differenziert zu betrachten. Denn – so die zentrale Aussage dieses Beitrags – eine Aktivierung von Verantwortung seitens der Konsument/-innen für Nachhaltigkeit im Kontext der nachhaltigen Ressourcennutzung und des nachhaltigen Konsums muss sowohl die kommunikative als auch die materielle Praxis tangieren. Akteure im Kontext nach-

21 | Moderne Produktionsweisen scheinen beispielsweise ein umfassendes Verstehen von Produkten auch für die Hersteller selbst zu erschweren, die schon Schwierigkeiten haben, die globalen Produktions- und Lieferketten ihrer eigenen Produkte zu überblicken (Jabii 2015; Alcantara und Brooks 2015; Lehmacher 2016).

haltiger Entwicklung und Ressourcennutzung sollten ihre Strategien daher sowohl auf den Diskurs kaprizieren und hier versuchen, ein Verständnis für die Komplexität und systemische Konstruktion von Obsoleszenz zu schaffen, die auf eine geteilte Verantwortung hindeutet. Gleichzeitig gilt es, realistische Möglichkeiten der Verantwortungsübernahme zu schaffen, indem beispielsweise Wartung, Pflege und Erhalt durch Reparatur und die hier jeweils relevanten praktischen Kompetenzen und infrastrukturellen Settings (wie offene Werkstätten, Reparaturdienstleistungen, Lernangebote) stärker gefördert werden.

LITERATUR

- Alcantara, Patrick, und Elliot Brooks. 2015. *Horizon Scan 2015 – Survey Report*. Caversham, UK: Business Continuity Institute. <https://www.bsigroup.com/Documents/BSI-BCI-Horizon-Scan-Report-2015-UK-EN.pdf> (Zugegriffen am: 08.11.2017).
- Akrich, Madeleine. 1992. The De-Description of Technical Objects. In *Shaping Technology, Building Society: Studies in Sociotechnical Change*, Hg. Wiebke Bijker und John Law, 205-224. Cambridge, Mass: MIT Press.
- Baier, Andrea, Tom Hansing, Christa Müller und Karin Werner, Hg. 2016. *Die Welt reparieren: Open Source und Selbermachen als postkapitalistische Praxis*. Bielefeld: transcript.
- Baudrillard, Jean, und Chris Turner. 2007. *The intelligence of evil or the lucidity pact*. Oxford: Berg.
- Beck, Ulrich, Wolfgang Bonß und Christoph Lau. 2003. The Theory of Reflexive Modernization. Problematic, Hypotheses and Research Programme. *Theory, Culture & Society* 20:1-33.
- Brönneke, Tobias, und Andrea Wechsler, Hg. 2015. *Obsoleszenz interdisziplinär. Vorzeitiger Verschleiß aus Sicht von Wissenschaft und Praxis*. Baden-Baden: Nomos.
- Cooper, Tim. 2004. Inadequate Life? Evidence of Consumer Attitudes to Product Obsolescence. *Journal of Consumer Policy* 27:421-449.
- Cooper, Tim, Hg. 2010. *Longer lasting products. Alternatives to the throwaway society*. Farnham: Ashgate.
- Cooper, Tim, und Kieren Mayers. 2000. *Prospects for Household Appliances, E-SCOPE Survey. An Investigation of the Implications and Effectiveness of Producer Responsibility for the Disposal of WEEE*. Halifax: Urban Mines.
- Cox, Jayne, Sarah Griffith, Sara Giorgi und Geoff King. 2013. Consumer understanding of product lifetimes. *Resources, Conservation and Recycling* 79:21-29.

- Echegaray, Fabián. 2016. Consumers' reactions to product obsolescence in emerging markets. The case of Brazil. *Journal of Cleaner Production* 134:191-203.
- Eisentraut, Steffen. 2016. Das Mobiltelefon als digitaler Dauerbegleiter. In *Dinge befremden*, Hg. Julia Reuter und Oliver Berli, 107-113. Wiesbaden: Springer.
- Evans, Sian, und Tim Cooper. 2010. Consumer Influences on Product Life-Spans. In *Longer lasting products. Alternatives to the throwaway society*, Hg. Tim Cooper, 319-350. Farnham: Ashgate.
- Feldmann, Kiri, und Peter Sandborn. 2007. *Integrating technology obsolescence considerations into product design planning*. Proceedings of the ASME 2007 International Design Engineering Conference. Las Vegas.
- Fisher, Tom H. 2004. What We Touch, Touches Us: Materials, Affects, and Affordances. *Design Issues* 20:20-31.
- Fridrich, Christian, Renate Hübner, Karl Kollmann, Michael-Burkhard Piorowsky und Nina Tröger, Hg. 2017. *Abschied vom eindimensionalen Verbraucher*. Wiesbaden: Springer VS.
- Gregson, Nicky, Alan Metcalfe und Louise Crewe. 2007. Identity, Mobility, and the Throwaway Society. *Environment and Planning D: Society and Space* 25:682-700.
- Gregson, Nicky, Alan Metcalfe und Louise Crewe. 2009. Practices of Object Maintenance and Repair. *Journal of Consumer Culture* 9:248-272.
- Harrell, Gilbert D., und Diana M. McConocha. 1992. Personal Factors Related to Consumer Product Disposal Tendencies. *Journal of Consumer Affairs* 26:397-417.
- Haug, Wolfgang Fritz. 2010. *Kritik der Warenästhetik*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Hörning, Karl H. 2015. Was fremde Dinge tun. Sozialtheoretische Herausforderungen. In *Vom Eigensinn der Dinge. Für eine neue Perspektive auf die Welt des Materiellen*, Hg. Hans P. Hahn und Jan Assmann, 163-176. Berlin: Neofelis Verlag.
- Hughes, Thomas P. 1986. The Seamless Web: Technology, Science, Etcetera, Etcetera. *Social Studies of Science* 16:281-292.
- Hui, Allison, Theodore R. Schatzki und Elizabeth Shove. 2017. *The nexus of practices. Connections, constellations and practitioners*. New York: Routledge.
- Jabil - Dimensional Research. 2015. *The state of supply chains in 2015. A survey of electronics manufacturing*. Jabil Circuit, Inc. <http://transparentplanetllc.com/wp-content/uploads/2016/10/JabilSupplyChainReport-State-of-Electronics-Manufacturing.pdf> (Zugegriffen: 08.11.2017).
- Jahn, Thomas, Matthias Bergmann und Florian Keil. 2012. Transdisciplinarity: Between mainstreaming and marginalization. *Ecological Economics* 79:1-10.

- Jaeger-Erben, Melanie, und Tamina Hipp. 2017. Letzter Schrei oder langer Atem? Erwartungen und Erfahrungen im Kontext von Langlebigkeit bei Elektronikgeräten. *OHA-Texte*, Hg. Nachwuchsgruppe Obsoleszenz, 1/2017. <https://challengeobsolescence.info/aktuelles/letzter-schrei-oder-langer-atem/> (Zugegriffen: 08.11.2017).
- Keller, Reiner. 2011. *Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen*, 4. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag.
- Klose, Sybille. 2015. Obsoleszenz – Obsolet weil auskuratiert!? In *Obsoleszenz interdisziplinär. Vorzeitiger Verschleiß aus Sicht von Wissenschaft und Praxis*, Hg. Tobias Brönneke und Andrea Wechsler, 169-184. Baden-Baden: Nomos.
- Krajewski, Markus. 2014. Fehler-Planungen. Zur Geschichte und Theorie der industriellen Obsoleszenz. *Technikgeschichte* 81:91-114.
- Kreiß, Christian. 2014. *Geplanter Verschleiß. Wie die Industrie uns zu immer mehr und immer schnellerem Konsum antreibt – und wie wir uns dagegen wehren können*. München: Europa Verlag.
- Lehmacher, Wolfgang. 2015. *Globale Supply Chain. Technischer Fortschritt, Transformation und Circular Economy*. Online-Ausg. Wiesbaden: Springer.
- Linder, Marcus, und Mats Willander. 2015. Circular Business Model Innovation: Inherent Uncertainties. *Business Strategy and the Environment* 26(2):182-196.
- Miller, Daniel, Hg. 2006. *Materiality*. Durham: Duke Univ. Press.
- Miller, Daniel. 2012. *Stuff*. Cambridge: Polity Press.
- Oetzel, Günter. 2012. Das Globale Müll-System. Vom Verschwinden und Wieder-Auftauchen der Dinge. In *Globale öffentliche Güter in interdisziplinären Perspektiven*, Hg. Matthias Maring, 78-98. Karlsruhe, Baden: KIT Scientific Publishing.
- Packard, Vance. 1960. *The waste makers*. New York: McKay Comp.
- Prakash, Siddharth, Günther Dehoust, Martin Gsell und Tobias Schleicher. 2016. *Einfluss der Nutzungsdauer von Produkten auf ihre Umweltwirkung: Schaffung einer Informationsgrundlage und Entwicklung von Strategien gegen »Obsoleszenz«*. Umweltbundesamt.
- Rammert, Werner, und Ingo Schulz-Schaeffer. 2002. Technik und Handeln – wenn soziales Handeln sich auf menschliches Verhalten und technische Artefakte verteilt. *TUTS – Working Papers* 4-2002.
- Reckwitz, Andreas. 2002. The Status of the »Material« in Theories of Culture. From »Social Structure« to »Artefacts«. *Journal for the Theory of Social Behaviour* 32:195-217.
- Reckwitz, Andreas. 2003. Grundelemente einer Theorie sozialer Praktiken. Eine sozialtheoretische Perspektive. *Zeitschrift für Soziologie* 32:282-301.
- Rinkinen, Jenny, Mikko Jalas und Elizabeth Shove. 2015. Object Relations in Accounts of Everyday Life. *Sociology* 49:870-885.

- Schatzki, Theodore R. 2002. *Social practices. A Wittgensteinian approach to human activity and the social*. New York: Cambridge University Press.
- Schatzki, Theodore R. 2002. *The Site of the Social*. Pennsylvania: Pennsylvania State University Press.
- Shove, Elizabeth. 2007. *The design of everyday life*. Oxford: Berg.
- Shove, Elizabeth, Mika Pantzar und Matt Watson. 2012. *The Dynamics of Social Practice: Everyday Life and How it Changes*. London: SAGE.
- Silverstone, Roger, und Eric Hirsch. 1992. *Consuming technologies. Media and information in domestic spaces*. London: Routledge.
- SIRCOME, Universität der Südbretagne und Universität Südböhmen. 2016. *ILIC-Studie »Wie beeinflussen Informationen über die Lebensdauer den Verbraucher?«*. Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss.
- Spinney, Justin, Kate Burningham, Geoff Cooper, Nicky Green und David Uzzell. 2012. What I've found is that your related experiences tend to make you dissatisfied: Psychological obsolescence, consumer demand and the dynamics and environmental implications of de-stabilization in the laptop sector. *Journal of Consumer Culture* 12:347-370.
- Ullrich, Wolfgang. 2014. *Habenwollen. Wie funktioniert die Konsumkultur?*, 4. Aufl. Frankfurt a.M.: Fischer.
- Van Hinte, Hrsg. 1997. *Eternally yours. Visions on product endurance*. Rotterdam: 010 Publishers.
- VZBV. 2017. *Haltbarkeit und Reparierbarkeit von Produkten*. Verbraucherzentrale Bundesverband e.V.
- Weber, Heike. 2014. Einleitung. »Entschaffen«. Reste und das Ausrangieren, Zerlegen und Beseitigen des Gemachten. *Technikgeschichte* 81:3-32.
- Weizsäcker, Ernst Ulrich von, Amory B. Lovins und L. H. Lovins. 1997. *Faktor vier. Doppelter Wohlstand – halbiertes [Natur]verbrauchen*. München: Droemer Knauer.
- Wieser, Harald. 2017. *Die »Theorie« geplanter Obsoleszenz als Sackgasse?* www.postwachstum.de/die-theorie-geplanter-obsoloeszenz-als-sackgasse-20170127 (Zugegriffen: 03.02.2017).
- Wieser, Harald, Nina Tröger und Renate Hübner. 2015. *Die Nutzungsdauer und Obsoleszenz von Gebrauchsgütern im Zeitalter der Beschleunigung. Eine empirische Untersuchung in österreichischen Haushalten*. Wien: AK Wien.
- Zimmermann, Friedrich M. 2016. *Nachhaltigkeit wofür?* Berlin: Springer.

Moralisierung der Marktsphäre? –

Verantwortungszuschreibungen in der

Inszenierung von Fairtrade

Michael Jonas

1. FAIRTRADE ALS BEISPIEL EINER MORALISIERUNG DER MARKTSPHÄRE

Marken, die nicht nur für bestimmte Produkte stehen, sondern darüber hinaus moralische Botschaften eines sogenannten »nachhaltigen Konsums« vermitteln sollen, erfreuen sich einer wachsenden Beliebtheit. Das fängt etwa im Lebensmittelbereich bei den Biomarken der Supermarktketten an und reicht bis zu internationalen Labeln wie *UTZ Certified*, *Rainforest Alliance* oder eben dem *Fairtrade*-Siegel, das ohne Zweifel nicht nur das älteste, sondern bislang auch das erfolgreichste und bekannteste dieser Art darstellt. Seit Fairtrade-Produkte ab den 1990er Jahren Einzug in die Regale von Supermarktketten gewährt wurde, ist das Siegel ökonomisch betrachtet ein Erfolgsmodell, das gerade auch deshalb verstärkt konkurrierende Nachahmer erhält und auf die zunehmende Relevanz von Labelingstrategien aufmerksam macht (Cliath 2007; Eden 2011). In einer Reihe von europäischen Ländern, insbesondere aber in Großbritannien, Deutschland, den Niederlanden, der Schweiz und Österreich liegt das Umsatzwachstum derart besiegelter Produkte jährlich durchschnittlich sehr hoch, und das schon seit Jahren. Der Homepage von Fairtrade-Österreich kann man entnehmen, dass in diesem Land 2016 schon mehr als 1.750 Produkte besiegelt waren und dass ihr Konsum für einen »Genuss mit gutem Gewissen« stehe. Fairtrade, so ist weiter zu erfahren, sei damit »zu einer Säule der Nachhaltigkeit geworden«.¹ Der Diagnose von Nico Stehr (2007) zufolge sind gerade Phänomene wie Fairtrade Vorreiter und damit Belege einer grundlegenden »Moralisierung der Märkte«, in deren Verlauf sich

1 | https://www.fairtrade.at/fileadmin/AT/Materialien/JB_Austria_2016.pdf (Zugegriffen: 29.05.2017).

ethische und ökologische Kriterien unmittelbar in die Herstellungs- und Vermarktungspraktiken der Unternehmen einschreiben würden. Folglich seien es nicht nur die einzelnen Konsument/-innen, die »Verantwortung haben« und diese übernehmen, sondern alle Akteure entlang den jeweils involvierten Wertschöpfungsketten, angefangen von den Rohstoffherstellern bis hin etwa zu den Supermärkten und Einzelhandelsgeschäften, in denen Kund/-innen derartige Produkte beziehen können.

Ausgehend von diesen Beobachtungen behandelt dieser Beitrag die beiden Fragestellungen, ob die Inszenierung des fairen Handels als Beleg für eine Moralisierung der Marktsphäre zu verstehen ist sowie, damit verbunden, welche unterschiedlichen Praktiken und praktiken-spezifischen Leitmotive der Verantwortungszuschreibung in dieser Inszenierung eine Rolle spielen.² Die Thematisierung dieser beiden Fragestellungen beruht auf der praxistheoretischen Annahme, dass Inszenierungen des fairen Handels maßgeblich durch spezifische Praktiken und deren Leitmotive der Verantwortungszuschreibung bestimmt werden. Es sind folglich spezifische Praktiken, deren Aktivierung und Verbreitung die Frage klären helfen, ob der faire Handel (und hier vor allem Fairtrade) als Beleg einer Moralisierung des Marktes gedeutet werden kann. Der Beitrag beruht auf Ergebnissen, die im Rahmen eines mehrjährigen Forschungsprojektes über Fairtrade in Österreich erarbeitet wurden (Jonas et al. 2014; Jonas 2016, 2017). In der Beantwortung dieser Fragen wird in mehreren Schritten vorgegangen. Um eine geeignete theoretische Rahmung zu entwickeln, bedarf es einer kritischen Auseinandersetzung mit Stehrs Ansatz, die dem Umstand Rechnung tragen kann, dass Stehr nicht nachvollziehbar macht, wie und warum sich Moralisierungsprozesse unmittelbar und geradezu unausweichlich in die unterschiedlichen Prozesse der Produktion und Konsumtion einschreiben. Deshalb wird zuerst auf Stehrs Diagnose einer Moralisierung des Marktes eingegangen und diese mit adäquaten Verantwortungskonzeptionen sowie dem Begriff der Öffentlichkeit verknüpft. Anschließend wird ein Einblick in die praxeologische Forschungsperspektive sowie die empirischen Daten (zu Fairtrade in Österreich) gegeben, die diesem Beitrag zugrunde liegen. Mithilfe dichter Beschreibungen der Inszenierungsaktivitäten von Fairtrade in Österreich wird in einem weiteren Schritt illustriert, ob und in welchem Sinne dieses Beispiel als Beleg für eine Moralisierung der Marktsphäre gelten kann. Abschließend werden die Konturen unterschiedlicher Praktiken und deren Leitmotive herausgearbeitet, die in der hier gewählten praxeologischen Perspektive den zuvor diskutierten Aktivitäten zugrunde liegen und in der Inszenierung von Fairtrade wirksam sind. Dies führt zu der Schlussfolgerung, dass eine Durchdringung der Wertschöpfungsketten mit Nachhaltigkeitsaspekten sowie Kriterien geteilter Verantwortung vornehmlich

2 | Für kritische Hinweise danke ich vor allem Anna Henkel und Lars Hochmann.

nur dort wirksam sind, wo enge Überlappungen mit einem öffentlichen Diskurs besteht, in dem Aspekte des fairen Handels kritisch diskutiert werden. Die Inszenierung von Fairtrade in Österreich belegt demnach keineswegs eine Moralisierung der Marktsphäre. Sie verdeutlicht vielmehr, dass der ökonomische Erfolg von Fairtrade vor allem mit einer Aufweichung zentraler Kriterien eines fairen Handels verbunden ist, die durch das in den Vordergrundstellen des Siegels sowie durch Fokussierung auf die individuelle Verantwortung der Konsument/-innen verdeckt wird.

2. ZUR DIAGNOSE EINER MORALISIERUNG DER MARKTSPHÄRE UND DER RELEVANZ VON VERANTWORTUNG

Stehr begreift den genannten Vorgang der Moralisierung als eine zunehmende kulturelle Durchdringung rein marktförmig vermittelter Prozesse, in deren Verlauf moralische Aspekte mit den in der Marktsphäre gehandelten Produkten und Dienstleistungen verbunden werden. Dadurch würden diese Aspekte »zu einem kennzeichnenden Merkmal und zur Eigenschaft der Produktions- und Konsumtionsprozesse und schließlich auch der am Markt geltenden Prozedere« (Stehr 2007, S. 70). Dieser als Kulturalisierung gefasste Prozess gehe weit über reine Zuschreibungen moralisch als positiv geltender Produkte und Dienstleistungen hinaus, weil er »ganz unmittelbar die Art und Konstitution der angebotenen Waren und Dienstleistungen« (Stehr 2007, S. 70) beeinflusse. Moralisch geleitete Aktivitäten nachhaltigen und fairen Wirtschaftens schreiben sich dieser Diagnose nach auf allen Wertschöpfungsstufen – angefangen von der Rohstoffherstellung über den Transport und die Weiterverarbeitung bis zum Verkauf und dem Verbrauch – in die jeweiligen Prozesse und Produkte ein und können zudem kaum rückgängig gemacht werden. Insofern lässt sich diese Moralisierung als eine Frage des Konsument/-innen- und Produzentenverhaltens thematisieren, das durch die Realitäten innerhalb der Marktsphäre regelrecht erzwungen werde. Für Stehr sind diese Kulturalisierungsprozesse Belege einer neuen Phase kapitalistischer Entwicklung, in der die Sphäre des Marktes mit ihren »Gesetzen« der Profitmaximierung und der ökonomischen Preisbildung in eine zivilgesellschaftliche Marktsphäre transformiert wird. In dieser hätten vor allem die Konsument/-innen so viel Mitgestaltungsmöglichkeiten (Stehr und Adolf 2010) – und damit aber auch Verantwortung – wie nie zuvor (Henkel 2013/2014).

Der konstatierte Anstieg dieser Möglichkeiten ist eng verkoppelt mit den Phänomenen der Verantwortung und ihrer Zuschreibung, sind es doch laut Stehr vor allem die Konsument/-innen, aber auch andere Akteure, deren Verhalten Einfluss auf die jeweils relevanten Wertschöpfungsketten hat. Verantwortungszuweisungen und -annahme(n) wirken, so meine These, als verbind-

dende Aspekte, mit deren Hilfe ganz unterschiedliche Akteure Einfluss auf die durch Marktprinzipien geprägten Wertschöpfungsketten bis hin zur Konsumtion nehmen. Generell, so Ludger Heidbrink und Imke Schmidt, steht »Verantwortung« hierbei deshalb im Vordergrund, »weil es nicht nur darum geht, an das moralische Gewissen von Marktakteuren zu appellieren, sondern auch das Bewusstsein für komplexe ökonomische Handlungszusammenhänge zu erzeugen« (Heidbrink und Schmidt 2011, S. 35). Der Begriff der Verantwortung beziehe sich nicht nur auf das Erkennen von Ursachen spezifischer Fehlentwicklungen. Verantwortung bedeute auch, »dass Akteure die Verantwortung für die intendierten und nicht intendierten Folgen ihres Handelns übernehmen und sich um die Beseitigung von Missständen kümmern« (Heidbrink und Schmidt 2011, S. 35).

Dies gibt zwar schon Hinweise, wie der Begriff der Verantwortung sinnvoll gefasst werden kann. Offen ist aber noch, welcher weitergehenden Überlegungen es bedarf, wenn Verantwortung soziologisch nicht als individuelles, sondern als gesellschaftliches Phänomen begriffen wird. Erst dann geht es darum, Verantwortung als etwas zu begreifen, bei dem die Zurechnung und die Übernahme von Verantwortung – auch im Fall von Eigenverantwortung – Bestandteile und Resultate spezifischer kollektiver Handlungs- und Verhaltensmuster sind, in denen sich viele Akteure engagieren. »Verantwortung als Zurechnung einer spezifischen Verpflichtung einer Person gegenüber anderen hinsichtlich eines Sachverhalts auf Grund kausaler, ethischer oder rechtlicher Annahmen« (Eckert 2016, S. 247) wird damit als grundlegender gesellschaftlicher Vorgang thematisierbar, der explizit macht, »welche Vorstellung von Individualität« (Eckert 2016, S. 248) einer betreffenden gesellschaftlichen Ordnung zugrunde liegt. Julia Eckert zufolge erscheint in diesem Zusammenhang »die Bewertung der Kapazität, für sein eigenes Handeln Rechenschaft abzulegen, allerdings weit weniger zentral als die Unterschiede verschiedener Verantwortungskonzeptionen hinsichtlich der zeit-räumlichen Dimensionen, die sie umfassen, und die die rechtsrelevante Reichweite von Handlungsketten in Vergangenheit und Zukunft sowie sozial bestimmen« (Eckert 2016, S. 247). Eckert unterscheidet diesbezüglich unter anderem zwei hier relevante (idealtypische) Verantwortungskonzeptionen, nämlich eine Juridifizierung von Verantwortung und eine Moralisierung von Verantwortung, die ihrer Ansicht nach beide dominant in hochindustrialisierten Gesellschaften sind. Die Juridifizierung von Verantwortung basiert auf rechtlich bindender Zurechnung, Berücksichtigung weltgesellschaftlicher Handlungszusammenhänge sowie weitgehender Irrelevanz emotionaler oder affektiver Aspekte. Die Moralisierung von Verantwortung setzt zwar wie die Juridifizierung auf eine Erweiterung der Handlungszusammenhänge. In ihr wird aber auf rechtlich bindende Verpflichtungsaspekte verzichtet und Verantwortungszuschreibung wie Übernahme in Richtung emotional und affektiv motivierter Barmherzig-

keit verschoben. In den hier relevanten Verantwortungszuschreibungen geht es »vornehmlich um die moralische Qualität der verantwortlichen Person (›der ethische Konsument‹, ›die faire Firma‹), nicht um die Qualität der Beziehung zwischen Verantwortlichen und den vom Sachverhalt Betroffenen« (Eckert 2016, S. 255). Verantwortungszuschreibung (und die Übernahme von Verantwortung) wird folglich auf den Aspekt aktEURsspezifischer Freiwilligkeit fokussiert. In sogenannten Gewissensentscheidungen, beispielsweise ein nachhaltiges und Fairtrade-besiegeltes Produkt zu kaufen, »entscheide« sich der oder die einzelne Person freiwillig zur Verantwortungsübernahme, wodurch aber »die Interdependenzen derer, zwischen denen asymmetrische Verantwortungsbeziehungen bestehen, aus dem Blick« (Eckert 2016, S. 255) verschwinden. Wie laut Stehrs Diagnose etwa Nachhaltigkeitsaspekte auf dieser Grundlage zwingend »zu einem kennzeichnenden Merkmal und zur Eigenschaft der Produktions- und Konsumtionsprozesse und schließlich auch der am Markt geltenden Prozedere« (Stehr 2007, S. 70; siehe oben) werden können, ist nicht nachvollziehbar. Denn die solcherart moralisch angeleiteten individuellen Aktivitäten der Konsument/-innen können von den Unternehmen als »beliebige subjektive Präferenzen« (Neuhäuser 2012, S. 291) behandelt werden, die kaum Einfluss auf die davor liegenden Wertschöpfungsschritte nehmen und dadurch relativ wirkungslos verpuffen.

Christian Neuhäuser argumentiert, dass diese Interdependenzen erst dann sichtbar werden, wenn auch die Konsument/-innen die »Unternehmen unmittelbar als moralische Akteure adressieren« (Neuhäuser 2012, S. 291). Erst dann »werden Prozesse der wechselseitigen Be- und Verstärkung in der Übernahme von Verantwortung möglich« (Neuhäuser 2012, S. 291). Neuhäuser bezieht sich auf das *social connection model of responsibility* von Iris Marion Young (2011).

Young geht davon aus, »[that] individuals bear responsibility for structural injustices because they contribute by their actions to the processes that produce unjust outcomes. Our responsibility derives from belonging together with others in a system of interdependent processes of cooperation and competition through which we seek benefits and aim to realize projects. [...] All who dwell within the structures must take responsibility for remedying injustices they cause, though none is specifically liable for the harm in a legal sense« (Young 2011, S. 105).

Im Gegensatz zu den zuvor genannten Konzeptionen differenziert Young zwischen der Zuschreibung, Verantwortung zu haben, und der Zuschreibung, Verantwortung zu übernehmen, wobei das Tragen von Verantwortung empirisch konstatiert, das Übernehmen von Verantwortung hingegen normativ gefordert wird (Young 2011, S. 96). Folgt man Youngs Ansatz der geteilten Verantwortung, reicht die wechselseitige Verantwortungszuweisung zwischen Konsument/-innen und Produzenten allerdings nicht aus: Verantwortlich zu

handeln bedeutet vielmehr »to recognise our constitutive relationships with other humans and non-humans around the world« (Gunder und Hillier 2007, S. 73). Verantwortung wird nicht als individuell zurechenbares, sondern als ein ge- und verteiltes Phänomen begriffen, dessen Ausprägungen sich aus den Weisen und dem Ausmaß ergeben, in denen die unterschiedlichen Akteure in gesellschaftliche Prozesse der Erzeugung von Ungleichheiten eingebunden sind. Demnach ist Verantwortung »not a ›thing‹ but a continuously unfolding and emerging process« (Gunder und Hillier 2007, S. 87ff.).

Vergleicht man diese Verantwortungskonzeption mit dem zuvor thematisierten individualistisch gefassten Pendant und fragt, inwiefern diese Konzeption nachvollziehbar macht, ob und wie Aspekte eines nachhaltigen und gerechten Wirtschaftens zu einem kennzeichnenden Merkmal der Produktions- und Konsumtionsprozesse (siehe oben) werden können, so kann Youngs Konzept als bislang fehlendes Bindeglied in einer Erklärung eines grundlegenden Wandels wirtschaftlicher Aktivitäten im Sinne Stehrs genutzt werden. Die »unmittelbare« Weise, mit der sich laut Stehr die genannten Kulturalisierungsaspekte in die Wertschöpfungsketten und Wirtschaftsprozedere einschreiben, wird dann nämlich an entsprechende Aktivitäten involvierter Akteure gebunden. Sie resultiert folglich erst aus Aushandlungsprozessen geteilter Verantwortungszuweisung und -übernahme, die immer wieder neu initiiert und damit auf Dauer gestellt werden.

Im Gegensatz zu Stehr vertritt Neuhäuser zusätzlich die Position, dass eine solche Kulturalisierung der Wertschöpfungsketten nur gelingen kann, wenn ihre politische Dimension nicht in der Marktsphäre einzuhegen gesucht, sondern auch in der Sphäre der Öffentlichkeit thematisiert wird. Denn nur dann können sich »Konsumenten und Unternehmen über einzelne Kaufakte hinaus wechselseitig als moralische Akteure adressieren und in einen durchaus kooperativ orientierten Dialog über Verantwortung eintreten« (Neuhäuser 2012, S. 292). Das Konzept der Öffentlichkeit ist vor allem durch die Arbeiten von Jürgen Habermas zu einem Schlüsselbegriff einer kritischen und demokratietheoretischen Perspektive geworden. Insbesondere die in seinem Werk *Strukturwandel der Öffentlichkeit* (2013) entwickelte Konzeption betont die Relevanz der Formierung eines öffentlichen Körpers durch die Bürger/-innen eines Staates, dem sich alle ohne jegliche Restriktionen anschließen können. Dieser Körper fungiert als der Ort, in dem Aspekte von öffentlichem Interesse von Privatpersonen in einer nicht restringierten Weise deliberativ ausgehandelt werden und anschließend Einfluss auf Politik oder Wirtschaft nehmen können. Der von Habermas vorgeschlagene Begriff der Öffentlichkeit ist einerseits für empirische Forschung (Hartley und Green 2006; Sanli 2011) fruchtbar gemacht worden. Andererseits wurde seine Konzeption schon früh einer kritischen Diskussion (Negt und Kluge 1972; Fraser 1990) unterzogen. Kritisiert wurde, dass das von Habermas konzipierte Modell von Öffentlichkeit auf das

Idealbild partizipierender Bürger (aber nicht: Frauen, Proletarier oder Mitglieder anderer sozialer Gruppen oder Ethnien) begrenzt ist und andere, nicht-liberale, nicht-bürgerliche Öffentlichkeiten unter den Tisch fallen. In diesem Sinne, so Nancy Fraser, war die bürgerliche Öffentlichkeit nie *die* Öffentlichkeit: »On the contrary, virtually contemporaneous with the bourgeois public there arose a host of competing counterpublics« (Fraser 1990, S. 61), die zur bürgerlichen Öffentlichkeit in antagonistischen Beziehungen standen beziehungsweise stehen.

Die Öffentlichkeit konstituiert sich – genauso wie ihr Pendant, die Marktsphäre – demnach aus verschiedenen Arenen. Sie besteht aus hegemonialen bürgerlichen Arenen und entsprechenden Gegenarenen, die »emerge in response to exclusions within dominant publics« (Fraser 1990, S. 67). Im Gegensatz zu Habermas Auffassung, es sei möglich, eine demokratische Form des Politischen auf der Basis sozio-ökonomischer Praktiken zu verwirklichen, die systematisch Ungleichheiten erzeugen, hält Fraser (2007) die Abschaffung derartiger Praktiken und Ungleichheiten neben dem offenen Zugang für unabdingbar. Angesichts der fortschreitenden Globalisierungsprozesse ist es Fraser zufolge zudem sinnvoll, die Arenen der Öffentlichkeit als transnationale Phänomene zu begreifen, damit sie überhaupt noch einer kritischen Funktion nachkommen können. Diese Arenen müssten Bedingungen für eine offene und gleichberechtigte Beteiligung möglichst aller involvierten Akteursgruppen in einer breiten öffentlichen Debatte erfüllen als auch effektive, wenn auch poröse institutionelle Veränderungen schaffen (Nash 2007, S. 54).

3. UNTERSUCHUNG DER INSZENIERUNG VON FAIRTRADE AUS PRAXEOLOGISCHER PERSPEKTIVE

Die in diesem Beitrag vorgelegte Analyse basiert auf umfangreicher praxeologischer Forschung zur Inszenierung von Fairtrade vor allem im österreichischen Kontext, die im Zeitraum zwischen Anfang Juni 2013 und Ende Februar 2016 durchgeführt wurde. Der Begriff *praxeologisch* zielt auf die drei zentralen Dimensionen ab, um die es dabei geht. Verwiesen wird erstens auf den sogenannten Gegenstand, auf den diese Forschung fokussiert, nämlich auf die gesellschaftliche Praxis in denjenigen Arenen der Marktsphäre, in denen fair (und mitunter nachhaltig) erzeugte Rohstoffe bezogen sowie besiegelte Produkte hergestellt, vertrieben und konsumiert werden, als auch in denjenigen Arenen der Öffentlichkeit, in denen über fairen Handel und Nachhaltigkeit positiv berichtet oder kritisch-reflexiv gestritten wird. Zweitens enthält der Begriff den Hinweis auf eine spezifische, nämlich eine praxistheoretische Perspektive (Schatzki 2002; Reckwitz 2002; Warde 2005), mit der diese Praxis in den genannten Sphären fokussiert und analysiert werden kann (Wheeler

2011; Jonas 2016). Dieser Perspektive folgend wird davon ausgegangen, dass der faire Handel in den genannten Sphären der Öffentlichkeit und des Marktes sowohl durch spezifische Praktiken als auch durch soziomaterielle Ordnungen in Szene gesetzt, konstituiert und verändert wird: In Anlehnung an Theodore Schatzki (1996) gilt als eine Praktik ein *nexus of doings and sayings*, der durch spezifische Leitorientierungen gekennzeichnet ist und in dem sich menschliche Akteure situationsspezifisch sowie in spezifischen Kontexten engagieren (Alkemeyer et al. 2017). Diese Kontexte werden als soziomaterielle Ordnungen gefasst, die sich aus den Beziehungen zwischen den Aktivitäten jeweils involvierter menschlicher Akteure, einer Vielzahl von Artefakten wie etwa den betreffenden Fairtrade-Produkten (samt ihrer Verpackungen) sowie den beteiligten materiellen Räumlichkeiten (wie etwa den Herstellungs- oder den Distributionsorten) konstituieren. Drittens schließlich wird der Anspruch erhoben, über eine elaborierte Methodologie (Jonas et al. 2017) zu verfügen, die nicht nur über die reine Vorgehensweise empirischer Forschung Auskunft erteilt, sondern auch darauf reflektiert, wie die genannte Inszenierung von Fairtrade adäquat erforscht werden kann. Schon die eingangs erwähnte Vielzahl an Produkten wie auch die Heterogenität der beteiligten Akteure macht deutlich, dass sich die Inszenierungspraxis von Fairtrade nur unzureichend etwa durch Interviews erforschen lässt. Um die Vielschichtigkeit des genannten Phänomens aus möglichst unterschiedlichen Blickwinkeln einzufangen, wurden verschiedene Methoden und Techniken der Datengenerierung und -auswertung miteinander kombiniert: Insgesamt wurden 36 bis zu zweistündige Interviews (Interview 1-36) mit politischen Akteuren aus Fairtrade-Bezirken in Wien, VertreterInnen der österreichischen Fairtrade-Organisation, den Weltläden und der Weltladenbewegung, der Wissenschaft, Gewerkschaften und NGOs sowie ganz unterschiedlichen Unternehmen, die vor allem in Österreich, aber auch in Deutschland, Großbritannien oder der Schweiz ihren Sitz haben und entweder Fairtrade-Produkte herstellen oder/und an Endkonsument/-innen vertreiben, durchgeführt. Zusätzlich beruht die Analyse auf einer Reihe von Veranstaltungsbesuchen, die von Podiumsdiskussionen über den fairen Handel, Vorträgen, Messen wie der BIOFACH 2015 in Nürnberg sowie Konferenzen wie der Fairtrade-Konferenz in Wien (2015) bis hin zu Veranstaltungen der Weltladenbewegung reichen. Zudem habe ich eine Vielzahl autoethnografischer Einkaufsbeobachtungen durchgeführt, in denen ich in den Distributionsorten des fairen Handels, also den Weltläden, vielmehr aber noch den Supermärkten sowie etwa diversen Bekleidungsgeschäften, Bäckereien oder Einrichtungshäusern viele Male als Kunde auftrat und Beratungsgespräche durchführte. Weiterhin fließen in diesen Beitrag Analysen ganz unterschiedlicher Filme ein, die entweder von Organisationen des fairen Handels oder von TV-Sendern stammen, sowie Artefaktanalysen, die sich auf eine umfangreiche Sammlung von Fairtrade-Produktverpackungen beziehen. Ergänzt wird die Analyse durch

Diskussionen präsentierter Zwischenergebnissen im Rahmen der Weltladenkonferenz 2015 (Salzburg) sowie durch eine Vielzahl informeller Gespräche. Abgerundet wird sie schließlich durch Analysen ganz unterschiedlicher Primärdokumente, die von den involvierten Akteuren etwa vertrieben, verteilt, ins Internet gestellt, in Medien publiziert oder anders weiter vermittelt werden, von denen hier aber nur ein Bruchteil erwähnt werden kann.³

4. ZUR MULTIPLLEN INSZENIERUNG VON FAIRTRADE

Das Phänomen Fairtrade wird durch vielfältige Aktivitäten in Szene gesetzt, deren dichte Beschreibung die Frage zu beantworten helfen, ob Fairtrade als Beleg für eine grundlegende Moralisierung der Marktsphäre gedeutet werden kann. Ein zentraler Akteur ist die Dachorganisation Fairtrade Österreich, die 1994 in Form eines gemeinnützigen Vereins mit Sitz in Wien gegründet wurde, seitdem das Fairtrade-Siegel an Lizenzpartner vergibt und als intermediärer Akteur eine wichtige Rolle in der Vermittlung zwischen Anbietern besiegelter Produkte und Endkonsument/-innen wahrnimmt. Vergleichbar zur Entwicklung in anderen Ländern wie Deutschland, Großbritannien, den Niederlanden oder der Schweiz forciert die Dachorganisation seit ihrer Gründung den breitflächigen Einzug von Fairtrade Produkten in die Supermärkte und setzt auf Steigerung der Marktdurchdringung, Suche nach neuen Lizenzpartner/-innen und Absatzsteigerung. Parallel hierzu entwickelt und führt die Dachorganisation eine Vielzahl von Aufklärungsaktivitäten durch, die unmittelbar an potentielle Endkonsument/-innen gerichtet sind und diese zum Kauf besiegelter Produkte bewegen sollen. Die Aktivitäten von Fairtrade Österreich sind laut Selbstdarstellung der Vision einer Welt verpflichtet, »in der alle Kleinbauernfamilien und Beschäftigten auf Plantagen in sogenannten Entwicklungsländern ein sicheres und gutes Leben führen, ihr Potenzial ausschöpfen und über ihre Zukunft selbst bestimmen können«. ⁴ Hierbei verbinde Fairtrade »Konsumentinnen und Konsumenten, Unternehmen und Produzentenorganisationen, ermöglicht faire Handelsbedingungen« und stärke »damit Kleinbauernfamilien sowie Beschäftigte auf Plantagen in sogenannten Entwicklungsländern«. ⁵

3 | Das Projekt wurde von den Jubiläumsfonds der Oesterreichischen Nationalbank (Projekt 15216) mitfinanziert. Mein Dank geht nicht nur an die vielen Gesprächspartner/-innen, sondern auch an Katja Schönian, die in die Datengenerierung involviert war.

4 | <https://www.fairtrade.at/was-ist-fairtrade/fairtrade-system/fairtrade-international.html> (Zugegriffen: 29.05.2017).

5 | <https://www.fairtrade.at/fairtrade-oesterreich/aufgaben.html> (Zugegriffen: 29.05.2017).

Fragt man nun danach, wie Fairtrade Österreich öffentlich auftritt, fällt auf, dass die genannten Aktivitäten bezogen auf Informationsvermittlung in der Medienarbeit, Werbekampagnen, E-Newsletter und den sozialen Medien vor allem individualisierte Verantwortungszuschreibungen und -appelle beinhalten. Auch wenn die Informationsvermittlung in den letzten Jahren differenzierter geworden ist, lässt sich das hierbei dominierende Verantwortungsverständnis immer noch in zwei etwas älteren Kurzfilmen von Fairtrade Österreich identifizieren und auf den Punkt bringen. Hierbei handelt es sich um den etwa fünf Minuten langen, im Jahr 2007 entstandenen Beitrag *Fairtrade – der Film (Für ein paar Cent mehr)*⁶ sowie den etwa sieben Minuten langen, im darauf folgenden Jahr geschaffenen Beitrag *Fairtrade Österreich*⁷. In den Filmen werden die Menschen in Österreich in ihrer Rolle als verantwortungsvolle Konsument/-innen aufgerufen, eine Verbindung zu den Rohstoffherstellern im Süden zu suchen. In den genannten Filmen wird diese Verbindung prägnant auf den Punkt gebracht: In beiden Fällen sind Schlüssel-Sequenzen enthalten, in denen das Scannerpiepen hiesiger Supermarktkassen, das den Kaufakt besiegelter Produkte an den Kassen hörbar macht, im unmittelbaren Anschluss Kindern in Ländern des globalen Südens ein Lächeln ins Gesicht »zaubert«. Verantwortung für das Wohl der Menschen im Süden wird folglich auf ein *shoppen for change* reduziert, das maßgeblich als Folge einer emotionalen und affektiven Barmherzigkeit hiesiger Konsument/-innen entstehen soll.

Der faire Handel – vor allem in seiner hier primär relevanten besiegelten Fairtrade-Variante – weist auch in Österreich inzwischen eine Vielzahl von Orten auf, an denen Endkonsument/-innen mit den betreffenden Produkten in Berührung kommen können. Neben den über 4.000 Supermarktkettenfilialen in Österreich vertreiben weitere konventionelle Marktakteure wie *Heindl* (Schokolade) oder die Bäckereikette *Ströck* Fairtrade-Lebensmittel oder Getränke. In *OMV*-Tankstellen wie in *Starbucks*-Cafés kann man Fairtrade Kaffeetränke konsumieren, in den Filialen etwa von *Tchibo* auch Packungen gemahlener oder ungemahlener Bohnen beziehen. Besiegelte Lebensmittel erhalten Konsument/-innen zudem in Biosupermärkten, Bioläden, Reformhäusern, veganen Fachgeschäften sowie in etwa 120 Weltläden. Letztgenannte bieten zudem andere Produkte des fairen Handels wie Schmuck oder Bekleidungsartikel an. Bettwaren wie Decken oder Kissen sowie Handtücher werden entweder in den Filialen der großen Einrichtungshausketten, oder in den Filialen von *Betten Reiter* vertrieben. Importierte besiegelte Bekleidung wird bis dato, sieht man von den Weltläden ab, in wenigen urbanen Fachgeschäften sowie bei *Peek & Cloppenburg* angeboten, Stücke heimischer Marken wie *Anokuu* (von der größten inländischen Importorganisation fair gehandelter Produkte *EZA*)

6 | <https://www.youtube.com/watch?v=qBhqteDqdHw> (Zugegriffen: 29.05.2017).

7 | <https://www.youtube.com/watch?v=wAPWkFblzGg> (Zugegriffen: 29.05.2017).

oder *Göttin des Glücks*, auch in deren an der Hand abzählbaren Boutiquen sowie über das Internet. Vor allem weil in den Supermärkten inzwischen mehr als 80 Prozent des Umsatzes an besiegelten Produkten gemacht wird, lohnt es sich, einen Blick auf die dortige Inszenierung von Fairtrade zu werfen. Gerade hier müssten sich Belege für eine Kulturalisierung konventioneller, (also im Sinne Stehrs) nicht moralisierter Wertschöpfungsketten und Marktprozedere finden, wenn die Inszenierung von Fairtrade als Beispiel einer Moralisation der Marktsphäre gelten können soll. Insbesondere hier müsste deutlich werden, dass die involvierten Akteure über die einzelnen Stufen der je relevanten Wertschöpfungsketten nicht nur über eine rein marktliche Beziehung, sondern auch über entsprechende Prozesse geteilter Verantwortungszuweisung und -übernahme verbunden sind. Aufzufinden sein müssten beispielsweise angemessene Umgangsweisen mit anderen Herstellern Fairtrade-zertifizierter Produkte, die darauf ausgerichtet sind, auch den Absatz besiegelter Konkurrenzprodukte zu fördern, oder adäquate Informationen, die über die Herstellungsbedingungen der besiegelten Produkte Auskunft geben.

Aufgenommen wurden die ersten Fairtrade-Produkte in den Supermärkten Ende der 1990er Jahre. Die anfangs beschauliche Anzahl von etwa 40 Produkten ist inzwischen auf mehrere hundert Produkte gestiegen. Neben dem »Mega-Seller« (Interview 31) Biobanane und »Rennern« wie Kaffee, Reis, Tee und Schnittblumen oder auch Orangensäften sind in den Regalen inzwischen etwa auch Schnittbohnen (aus Ägypten), Ananas(-dosen), Artischockenherzen oder Trocken- und Hülsenfrüchte hinzugekommen. Die Supermarktketten haben sich in den vergangenen Jahren darin engagiert, ihre Eigenmarken auszubauen und insbesondere die Produkte ihrer Premiummarken mit dem Siegel zu veredeln. Sieht man von Besuchen von SortimentmanagerInnen bei entsprechenden Fairtrade-Rohstoff- oder Produktherstellern ab, die diese wie etwa im Fall zertifizierter Rosen aus Äthiopien vor der Markteinführung durchführten, gibt es in der Regel keine Kontakte zwischen Akteuren der Supermarktketten und Produzenten in der südlichen Hemisphäre. Wie die Supermärkte die Kaufbereitschaft der Konsument/-innen einschätzen und auf Vorschläge von Fairtrade-Partnern aus der südlichen Hemisphäre eingehen, mag das Beispiel des von der EZA vertriebenen Jasminreis *Hom Mali* illustrieren. Lange Jahre in den Supermärkten gelistet, weigerten sich diese, eine von der betreffenden thailändischen Produzenten-Kooperative vorgeschlagene Preiserhöhung mitzutragen. Seitdem kann der weiße *Hom Mali* nur noch in Welt- und Bioläden vermarktet werden. In den Supermärkten hingegen wird der Reis einer anderen, günstiger anbietenden Kooperative, mit fast identischer Verpackung und unter der Bezeichnung *Nam Om*, an Stelle des *Hom Mali* vermarktet. Während die Supermarktketten verstärkt darauf setzen, mit ihren besiegelten Eigenmarkenprodukten Wettbewerbsvorteile gegenüber Konkurrenten zu generieren, gehen sie mit Produzenten anderer besiegelter Produkte

mitunter unangemessen um, wie das folgende Beispiel zeigt: Ein Chips- und Salzstangenproduzent hatte im Jahr 2013 eine Premiumproduktlinie unterschiedlicher Nusssorten auf den Markt gebracht, deren Einzelprodukte entweder Fairtrade oder Rain Forrest Alliance zertifiziert sind. Anstatt die Produktlinieneinführung mit einem moderaten Preisaufschlag zu honorieren, um die Erfolgsaussichten zu unterstützen, wurden etwa die 125g Packungen Macadamia-Nüsse bei einem der Supermarktkonzerne für knapp fünf Euro angeboten und damit einen Euro teurer als bei der Konkurrenz. In den Filialen werden Fairtrade Produkte üblicherweise (und sieht man von Produkten der EZA ab), seien sie nun von der Konkurrenz oder entstammen sie aus den Eigenmarken, unmittelbar neben ihre nicht fair gehandelten Pendant einsortiert. Ihre Verpackung, lange Zeit das Medium, um über den fairen Handel und die jeweiligen Produzenten vor Ort zu informieren, ist von denen nicht besiegelter Produkte nicht mehr zu unterscheiden. Nur mehr allein das Siegel dient als Platzhalter und Vertrauensgarant von Fairtrade, dessen Anblick, Wiedererkennung und positive Attribuierung das Kaufverhalten der Konsument/-innen beeinflussen soll. Für Konsument/-innen bleiben Aspekte der Preisbildung, der Gewinnspannen sowie auch des ökonomischen und sozialen Nutzens für die involvierten Menschen im globalen Süden intransparent. Da der konventionelle Lebensmittelhandel generell das Produkt und seine Verpackung, nicht aber seine Herstellungs- und Distributionsbedingungen in den Vordergrund rückt, mag ihnen zwar auffallen, dass Fairtrade eine Inszenierung einer wachsenden Vielfalt von Produkten darstellt. Nicht registrierbar ist aber, dass diese Vielfalt auch in eine zunehmende Unterschiedlichkeit der Fairness einmündet, die durch ungleich verteilte Verantwortungsübernahmen einerseits und Verantwortungsanrufungen an die Endkonsument/-innen andererseits geprägt ist.

Relevant sind in diesem Zusammenhang die in den Arenen des fairen Handels umstrittenen Regelungen zu sogenannten Mischprodukten, dem Mengenausgleich und den jüngst aufgelegten Fairtrade-Programmen zu Zucker, Kakao und Baumwolle⁸, in denen sich vornehmlich konventionelle Massenanbieter in Allianz mit der Fairtrade-Dachorganisation und überwiegend im Biosegment verortete, spezialisierte Produzenten in Koalition etwa mit den Weltläden und der EZA gegenüberstehen.⁹ Im Biobereich können Regelungen für Mischprodukte – also solche Produkte, in denen wie beispielsweise in einem Schokoriegel verschiedene Rohmaterialien verarbeitet werden – in etwa

8 | Zur vertiefenden Information über diese Regelungen sei auf die Internetseiten der Fairtrade-Dachorganisationen oder der GEPA verwiesen.

9 | In Deutschland haben diese Auseinandersetzungen inzwischen dazu geführt, dass die der EZA vergleichbare GEPA das Fairtrade-Siegel nicht mehr nutzt, sondern das eigene Siegel »fair+«. <https://www.gepa.de/gepa/mission/gepa-kriterien.html> (Zugegriffen: 02.09.2017).

Kriterien einer transparenten und über alle Schritte der Wertschöpfungskette zurück verfolgbaren Produktion genügen. Sie können damit der vermittelten Imagination eines fair produzierten und gehandelten Produktes entsprechen – vor allem auch deshalb, weil es hier rechtliche Vorgaben gibt, die die Zusammensetzung und Verarbeitung von Bioprodukten regeln. Im konventionellen Handel weisen hingegen zunehmend mehr Mischprodukte Komponenten auf, auf deren Herstellungsbedingungen und -orte bewusst nicht eingegangen wird und die in keiner Weise etwa für eine Transformation ganzer Wertschöpfungsketten im Sinne nachhaltigen oder fairen Wirtschaftens stehen. Auch Erklärungen zur Mengenausgleichsregelung werden auf den Produktverpackungen konventioneller Produzenten ins Kleingedruckte verschoben: Wer einen Orangensaft eines der beiden konventionellen Anbieter in Österreich kauft, geht angesichts nicht nur der durch die Fairtrade Werbung, sondern auch auf den Verpackungen visuell und textuell suggerierten Imagination einer direkten Verbindung zwischen Rohstoffproduzent und Endkonsument/-innen üblicherweise davon aus, dass letztgenannte auch den Saft der Orangen jener »Kleinbauern und Arbeiter« – wie auf den Produktverpackungen eines Anbieters zu lesen ist – trinken können, zu denen sie als Individuen durch den Kaufakt eine verantwortungstragende Verbindung geschaffen haben sollen. Dass die fair erzeugten Apfelsinen vielleicht gar nicht in dem gekauften Produkt enthalten sind und stattdessen der Saft aus dem Konzentrat nicht fair gehandelter Früchte stammt, wird so nicht vermittelt. Dafür kostet die besiegelte Variante in der Regel knapp zwei Euro. Sie ist damit um etwa 30 Cent teurer als ihr nicht besiegeltes Pendant, von denen aber nur ein geringer Bruchteil die besagten Orangenpflücker überhaupt erreichen kann.

Konventionelle Unternehmen, die einzelne Produkte oder Produktlinien in welcher Weise auch immer besiegeln lassen, können außerdem davon profitieren, mitunter entstehende Mehrkosten von Fairtrade-Produkten sowohl über große Stückzahlen als auch über Mischkalkulationen auszugleichen. Hausintern vorgegebene Gewinnmargen können also bei besiegelten Produkten geringer ausfallen. Sie werden teils quer finanziert, »weil wir«, so ein Interviewpartner, »damit auch Kunden ins Geschäft holen, was uns wieder bei anderen Produkten hilft« (Interview 31). Über diese Vorteile verfügen hingegen jene Unternehmen nicht, die nur oder vorwiegend besiegelte Produkte in ihrem Angebotsrepertoire haben. Das betrifft eine Reihe kleiner, etwa kakaoverarbeitender Unternehmen, die sich durch die Besiegelung eine Veredelung ihrer Produkte erhoffen. Darunter fallen aber auch diejenigen Unternehmen, die etwa aus den Arenen der Biowirtschaft sowie der Gemeinwohlökonomie oder ursprünglich aus den zivilgesellschaftlichen Arenen des fairen Handels stammen. Solche Unternehmen orientieren ihre Geschäftsaktivitäten an den in der zivilgesellschaftlichen Arena ausgehandelten Kriterien konsequent fairer Handelspraktiken, verkoppeln also falls möglich Bio und fairen Handel. Zudem

arbeiten sie vorwiegend nur mit Kooperativen und ausgesuchten kleineren rohstoffverarbeitenden Produzenten (und nicht mit Plantagen oder anderen Großbetrieben) »auf Augenhöhe« (Interview 17) zusammen. Sie pflegen langfristige Wertschöpfungsketten, bauen Vertrauensverhältnisse über persönlichen Kontakt und wechselseitige Besuche auf und engagieren sich in den von Young thematisierten Prozessen wechselseitiger Verantwortungszuweisung und -übernahme, in dem sie (mit begründeten Ausnahmen) weder Gebrauch von Mengenausgleichsregelungen machen, noch sich in den jüngst geschaffenen Fairtrade-Programmen engagieren: »Wir machen den fairen Handel auch kompliziert und können trotzdem davon leben« (Interview 25). Im extremsten Fall geben solche Unternehmen nicht nur einen Einblick über ihre Kooperationspartner im Süden und in die eigenen Herstellungsprozesse, sondern erlauben auch einen detaillierten Einblick in die Organisation und die Kostenstrukturen ihrer Wertschöpfungsketten bis hin zur Preisgestaltung und belegen auf diese Weise eine konsequente Ausrichtung auf Kriterien nachhaltigen und fairen Wirtschaftens.

Diese Unternehmen sowie die Weltläden verorten sich sowohl in einer Arena des alternativen Handels als auch in einer Arena der kritischen Öffentlichkeit. Vor allem ihre Mitglieder sind es, die enge Kontakte zu entwicklungspolitischen NGOs wie *Südwind* pflegen. Teils sind ihre Mitglieder selbst in weiteren Arenen kritischer Öffentlichkeit wie der Gemeinwohlökonomie engagiert. Zusammen mit weiteren Aktivist:innen in den zivilgesellschaftlichen Arenen der Öffentlichkeit engagieren sich Akteure des fairen Handels in Podiumsdiskussionen etwa über Kinderarbeit oder Arbeitsbedingungen in der globalisierten Bekleidungsindustrie. Informationsveranstaltungen mit eingeladenen Vortragenden aus den Produzentenkooperativen – wie beispielsweise im Rahmen der Einführung des Frauenkaffees *Adelante!* – bieten Räume, um sowohl die Chancen als auch Probleme eines fairen Handels aus der Perspektive der in der Rohstoffherstellung involvierten Menschen wie etwa hohe Zertifizierungskosten, ungleicher Wettbewerb zwischen Großplantagen und Kooperativen, Benachteiligung von Frauen, fehlende Absatzmöglichkeiten, (falls überhaupt) zu geringer Einfluss der Arbeiter/-innen in Lohnverhandlungen oder Vorstellungen, aus dem Lohnarbeitsverhältnis etwa im Kontext von Blumen-Plantagen herauszukommen (Brown 2013; Das 2011; N.N. 2017), der interessierten Öffentlichkeit vorzustellen, ohne vorhandene Antagonismen sowohl in der nördlichen als auch der südlichen Hemisphäre mit dem einfachen Slogan *shopping for change* zu verdecken.

5. UNTERSCHIEDLICHE ASPEKTE DER VERANTWORTUNGSZUSCHREIBUNG IN DEN INSZENIERUNGSPRAKTIKEN VON FAIRTRADE

Der durch die erfolgreiche Kommerzialisierung des Labels erzielte Boom nach besiegelten Produkten hat dazu geführt, dass seine Inszenierung inzwischen primär in der Sphäre des Marktes und hier vor allem in den Arenen der konventionellen Produzenten und des konventionellen Handels stattfindet. Es sind die hier entfalteten Aktivitäten, die maßgeblich prägen, wie und als was Fairtrade den Konsument/-innen gegenübertritt sowie welche Verantwortungszuschreibungen an wen adressiert werden. Diese Aktivitäten sind Bestandteile unterschiedlicher Praktiken, die als *nexus of doings and sayings* (Schatzki) diese Inszenierung auf Dauer stellen. Dazu zählen Praktiken der Rohstoffbeschaffung, der Wertschöpfungskettenorganisation, der Produktentwicklung, der Sortimentsgestaltung, der Produktherstellung, der Preisgestaltung, der Transparenz aber auch des Umgangs mit anderen Marktteilnehmer/-innen, der Produktplatzierung, der Konsumenteninformation wie der Personalqualifizierung. Den Akteuren aus den genannten Arenen kommt dabei zugute, dass nicht sie, sondern Fairtrade Österreich sich mithilfe des Internets, der Kampagnen oder der Medien in der Praktik der Bewerbung besiegelter Produkte engagiert. Als gemeinsamen Aspekt weisen die genannten Praktiken auf, dass primär das Siegel selbst als Vertrauens- und Qualitätsgarant im *shopping for change* fungiert. Die damit verbundene Inszenierung eines moralischen Zusatzwertes dient dazu, die besiegelten Produkte im Vergleich zu denen der Konkurrenz positiv hervorzuheben. Vor allem deshalb zeichnen sich diese Praktiken durch eine spezifische Leitorientierung der Profitmaximierung und Absatzsteigerung moralisierter Produkte aus, die über den Vertrauensgehalt des Fairtrade-Siegels an die verantwortungsübernehmende Barmherzigkeit der Endkonsument/-innen appelliert. Dieses Leitmotiv ist mit entsprechenden Regeln sowohl des wirtschaftlichen Austausches als auch des Umgangs mit anderen involvierten Akteuren verbunden. Diesen zufolge spielen direkte Kontakte zu den Rohstoffherstellern im globalen Süden, wenn überhaupt, nur eine untergeordnete Rolle, werden die Herstellungs- und Verarbeitungsprozesse, wie sonst auch, ausgeblendet, werden Informationen über die genaue Zusammensetzung der Produkte beziehungsweise der Gehalt an fair produzierten Rohstoffen ins Kleingedruckte verschoben, unterbleiben Informationen über Herstellungsprozesse und den unmittelbaren, konkreten Nutzen des fairen Handels für die Menschen im globalen Süden und sind ökologische Kriterien vernachlässigbar. Erst recht gibt es keine Transparenz über Preisbildung, Querfinanzierung und Gewinnmargen. Abgeschirmt werden die Konsument/-innen schließlich auch von den Kooperations- und Konkurrenzpraktiken zwischen den Akteuren, in denen Marktmacht oftmals dazu

eingesetzt wird, die eigene Position zu festigen und auszubauen, auch wenn das auf Kosten anderer Fairtrade-Produkte anbietender Unternehmen geht. Verantwortungszuschreibung, wie sie in diesen Praktiken an den Schnittstellen zu den Endkonsument/-innen inszeniert wird, erfolgt demnach einseitig und wird zudem auf das Verkäufer/Käufer-Verhältnis reduziert: Es sind die Konsument/-innen, die durch Werbung, *nudging* und den Wiedererkennungswert des positiv konnotierten Fairtrade-Siegels verantwortlich für das Wohl der Menschen in der südlichen Hemisphäre gemacht werden. Es ist ihr individuelles Gewissen, gefasst als Präsentation eines komplexen Zusammenspiels des Bewertens, Fühlens und Handels (Thome und Terpe 2012), das in der Inszenierung der betreffenden Praktiken angerufen wird und an dessen Barmherzigkeit (aber nicht: Verpflichtung) gerade wegen der genannten Einseitigkeit appelliert wird.

Die betreffenden Unternehmen in den konventionellen Produktions- und Handelsarenen der Marktsphäre befinden sich zwar mit teils stärkeren, teils schwächeren weiteren Akteuren in Konkurrenz- und Kooperationsbeziehungen, die entweder gar keine Zertifizierungssiegel, die schon genannten UTZ- und Rainforest Alliance oder wie Mondelez mit *cocoa life* ein eigenkreiertes Siegel nutzen, deren Standards bislang nicht an die des Fairtradesiegels heranreichen (Südwind 2015). Zusätzlich sind diese Siegel, wenn überhaupt, weit weniger unabhängig von den betreffenden Unternehmen. Sie sind zudem, im Gegensatz zu Fairtrade, kaum in den zivilgesellschaftlichen Arenen der Öffentlichkeit verankert. Auch wenn es in diesen Arenen konventionellen Wirtschaftens Ausnahmen gibt, bei denen darauf geachtet wird, dass die angebotenen besiegelten Produkte keinen Mengenausgleichregelungen unterliegen und auch ökologische Kriterien eine wichtige Rolle spielen, engagiert sich die Mehrzahl der das Siegel nutzenden Akteure aber in einem Bündel von Praktiken, das vornehmlich auf den Mehrwert des Siegels selbst fokussiert ist und nur sekundär an den Grundsätzen eines gerechten und ökologisch nachhaltigen Welthandels. Deren Beachtung wäre aber Voraussetzung für eine grundlegende Transformation der Wertschöpfungsstufen durch Verantwortungs-, Gerechtigkeits- und Nachhaltigkeitsaspekte. Von einem grundlegenden Einschreiben von Fairnessnormen auf allen Stufen der betreffenden Wertschöpfungsketten und von der Anerkennung einer geteilten Verantwortung in den betreffenden arenaspezifischen Praktiken der Marktsphäre, die zudem darauf ausgerichtet sind, bestehende Ungleichheiten signifikant abzubauen, kann deshalb keine Rede sein. Vor allem auch deshalb ist die Anrufung individueller Konsument/-innen zentraler Bestandteil dieses Praktikenbündels, die Konsumtion besiegelter Produkte »then resounds with banal cosmopolitanism in the sense that ethical consumer choices are presented as opportunities to connect through the ethical marketplace« (Lekakis 2013, S. 331).

Von einer Moralisierung des Ökonomischen und von einer Orientierung an geteilter Verantwortung und Verantwortungszuschreibung kann folgerichtig nur in Bezug auf die Arena des alternativen Handels gesprochen werden, deren Praktiken als solche im erheblichen Maße Überlappungen mit denen der zivilgesellschaftlichen Arenen in der Öffentlichkeit aufweisen (Dubuisson-Quellier und Lamine 2008). Es wäre wohl vermessen, wenn man diese Arenen grundsätzlich als Bereiche einer kosmopolitischen Öffentlichkeit im Sinne Frasers bezeichnen würde. Dem Vorschlag von Kate Nash (2007) folgend, stellen sie aber proto-kosmopolitische Arenen sowohl eines globalen gerechtigkeits- (und nicht nur fairness-)orientierten Wirtschaftens als auch einer globalen Öffentlichkeit dar. In diesen Arenen kann zwar nicht sichergestellt werden, dass alle Betroffenen inkludiert werden. Es werden aber durch wechselseitige Anerkennung geprägte Markt- und Kommunikationsbeziehungen, die sich durch gemeinsame, möglichst gleichberechtigte Projektplanungen und -gestaltung ausdrücken und in der Arena einer kritischen Öffentlichkeit beispielsweise in Einladungen etwa von VertreterInnen der Kooperativen manifest werden, diejenigen zu integrieren gesucht, die in den Arenen des konventionellen Wirtschaftens nur als imaginierte Andere auftauchen. Solche anerkennungs-basierte Markt- und Kommunikationsbeziehungen stellen Resultate proto-kosmopolitischer Kooperationspraktiken dar, deren Leitorientierung durch Aspekte einer geteilten Verantwortungsübernahme geprägt ist. In diesen Praktiken wird die Inszenierung fairen Handels gerade nicht auf das Marktgeschehen selbst reduziert, sondern zugleich in ganz unterschiedlichen Weisen in den zivilgesellschaftlichen Arenen thematisiert. Erst dadurch kann das politische Moment des fairen Handels überhaupt zum Ausdruck gebracht und nicht auf ein reines *shopping for change* reduziert werden. Nur die in diesen Praktiken enthaltene Leitorientierung und daraus abgeleiteten Regeln eines gerechten und nachhaltigkeitsorientierten ökonomischen Austauschs inklusive entsprechender Prozesse der Verantwortungszuschreibung und -übernahme erlauben es, fairen Handel als demokratisches Projekt zu begreifen, dem tatsächlich das Potenzial tiefgreifender wie erforderlicher gesellschaftlicher Transformationen innewohnt.

LITERATUR

- Alkemeyer, Thomas, Nikolaus Buschmann und Matthias Michaeler. 2017. Critique in praxis: arguments for a subjectivation theoretical expansion on practice theory. In *Praxeological Political Analysis*, Hg. Michael Jonas und Beate Littig, 67-84. Routledge: London.

- Brown, Sandy. 2013. One hundred years of labor control: violence, militancy, and the Fairtrade banana commodity chain in Colombia. *Environment and Planning A* 45:2572-2591.
- Cliath, Alison Grace. 2007. Seeing Shades. Ecological and Socially Just Labeling. *Organization & Environment* 20:413-439.
- Das, Ranjana. 2011. Gender in Practices of Fair Trade and Decent Work. Production Chain Analysis in a Fair-trade Organization in India. *Gender, Technology and Development* 15:101-125.
- Dubuisson-Quellier, Sophie, und Claire Lamine. 2008. Consumer involvement in fair trade and local food systems: delegation and empowerment regimes. *GeoJournal* 73:55-65.
- Eckert, Julia. 2016. Tugend, Recht und Moral: Tendenzen der Verantwortungszuschreibung. *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 64:246-257.
- Eden, Sally. 2011. Food labels as boundary objects: How consumers make sense of organic and functional foods. *Public Understanding of Science* 20:179-194.
- Fraser, Nancy. 1990. Rethinking the Public Sphere: A Contribution to the Critique of Actually Existing Democracy. *Social Text* 25/26:56-80.
- Fraser, Nancy. 2007. Transnationalizing the Public Sphere: On the Legitimacy and Efficacy of Public Opinion in a Post-Westphalian World. *Theory, Culture & Society* 24:7-30.
- Gunder, Michael, und Jean Hillier. 2007. Planning as urban therapeutic. *Environment & Planning A* 39:467-486.
- Habermas, Jürgen. 2013. *Strukturwandel der Öffentlichkeit*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Hartley, John, und Joshua Green. 2006. The public sphere on the beach. *European Journal of Cultural Studies* 9:341-362.
- Heidbrink, Ludger, und Inke Schmidt. 2011. Mehr Verantwortung für den Konsumenten. *Ökologisches Wirtschaften* 26:35-38.
- Henkel, Anna. 2013/2014. Gesellschaftstheorie der Verantwortung. Funktion und Folgen eines Mechanismus der Reduktion von Komplexität. *Soziale Systeme* 19:470-500.
- Jonas, Michael, Beate Littig und Angela Wroblewski, Hg. 2017. *Methodological Reflections on Practice Theory Based Research*. Dordrecht: Springer.
- Jonas, Michael, Beate Littig und Otto Penz. 2014. Kaufen für eine nachhaltige Welt? Das Beispiel Fairtrade. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 43:91-109.
- Jonas, Michael. 2016. Nachhaltigkeit und Konsum – Eine praxissoziologische Kritik. In *Praxistheorie – Ein Forschungsprogramm*, Hg. Hilmar Schäfer, 341-361. Bielefeld: transcript.
- Jonas, Michael. 2017. Societal Transformation, Social Innovations and Sustainable Consumption. In *Social Innovation and Sustainable Consumption: Research and Action for Societal Change*, Hg. Julia Backhaus, Audley Ge-

- nus, Sylvia Lorek, Edina Vadovics und Julia M. Wittmayer, 41-53. London: Routledge.
- Lekakis, Eleftheria. 2013. A liquid politics? Conceptualizing the politics of fair trade consumption and consumer citizenship. *Ephemera – theory & politics in organization* 13:317-338.
- N.N. 2018. Fairtrade International and the Displacement of Development Politics into the Realm of Measurement. *Third World Quarterly*. (in Begutachtung).
- Nash, Kate. 2007. Transnationalizing the Public Sphere – Critique and Critical Possibilities. *Theory, Culture & Society* 24:53-57.
- Negt, Oskar, und Alexander Kluge. 1972. *Öffentlichkeit und Erfahrung: Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Neuhäuser, Christian. 2012. Drei Dimensionen der Verantwortung von Konsumenten und Unternehmen. *Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik* 13:278-296.
- Reckwitz, Andreas. 2002. Toward a Theory of Social Practices. A Development in Culturalist Theorizing. *European Journal of Social Theory* 5:245-265.
- Sanli, Solen. 2011. Public Sphere and Symbolic Power: ›Woman's Voice‹ as a Case of Cultural Citizenship. *Cultural Sociology* 5:281-299.
- Schatzki, Theodore R. 1996. *Social Practices. A Wittgensteinian Approach to Human Activity and the Social*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Schatzki, Theodore R. 2002. *The site of the social. A philosophical account of the constitution of social life and change*. University Park: The Pennsylvania State University Press.
- Stehr, Nico, und Marian Adolf. 2010. Consumption between Markets and Morals: A Socio-cultural Consideration of Moralized Markets. *European Journal of Social Theory* 13:213-328.
- Stehr, Nico. 2007. *Die Moralisierung der Märkte. Eine Gesellschaftstheorie*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Südwind. 2015. *Gütesiegel für fairen und nachhaltigen Handel im Vergleich*. Wien (Manuskript).
- Thome, Helmut, und Sylvia Terpe. 2012. Das Gewissen – (k)ein Thema für die Soziologie? *Zeitschrift für Soziologie* 41:258-276.
- Warde, Alan. 2005. Consumption and Theories of Practice. *Journal of Consumer Culture* 5:131-153.
- Wheeler, Kathryn. 2012. The Practice of Fairtrade Support. *Sociology* 46:126-141.
- Young, Iris M. 2011. *Responsibility for Justice*. Oxford: Oxford University Press.

Reflexion der Beiträge

Verantwortung als Komplizenschaft oder als gesellschaftskritischer Gegen-Entwurf?

Thomas Alkemeyer

1. UMWELTVERANTWORTUNG ALS SPIELART NEO-SOZIALER ADRESSIERUNG?

»Verantwortung« hat Konjunktur. Sie ist in den vergangenen zwei Jahrhunderten von einem »marginalen Rechtsbegriff« zu einem »ethischen Schlüsselkonzept« (Vogelmann 2014) geworden, an das seither in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen appelliert wird, um das Verhalten und Handeln der Menschen zu beurteilen, zu bewerten und zu regulieren. So werden Menschen beispielsweise unter dem Stichwort »Umweltverantwortung« in kommunalen Handreichungen zum Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse in politisches Handeln als »Klimabürger« adressiert, um sie für die »Energiewende« zu aktivieren (siehe Sulmowski in diesem Kapitel). Soziologisch lässt sich solche Adressierung als eine Spielform gegenwärtiger neo-sozialer Politik (Lessenich 2008) dechiffrieren, die darauf abzielt, die Einzelnen so zu subjektivieren, dass sie sich statt aus bloßem Pflichtgefühl aus Überzeugung für das Wohl der Gemeinschaft engagieren: Gesolltes möge in Gewolltes umgewandelt werden, auf dass sich der »verantwortliche Bürger« aus freien Stücken normgerecht verhalte.

Die Ansicht, dass in der Verantwortungsübernahme der Zentralschlüssel für eine gesellschaftliche Wende zum Besseren liege, wird offenbar von einem Großteil der Beiträge zu diesem Kapitel geteilt. Die Deutungsmacht dieses Schlüsselkonzepts wird in diesen Fällen nicht zur Disposition gestellt, sondern ist die Disposition für das eigene Nachdenken. In dessen Mittelpunkt steht dann nicht die in dem Beitrag von Nikolaus Buschmann und Yen Sulmowski aufgeworfene, gleichsam tiefergelegte genealogische Frage nach dem Zustandekommen von gesellschaftlichen Verhältnissen, in denen das Konzept der Verantwortung überhaupt erst auf die Agenda treten und in entsprechen-

den Normensystemen, Diskursen und Praktiken sich artikulieren und derart wirksam werden konnte, dass sich diejenigen Wesen, die unter den Bedingungen dieser Verhältnisse prinzipiell als Verantwortungsträger/-innen infrage kommen, fortlaufend als verantwortliche Subjekte adressieren, einsetzen und derart zur Verantwortungsübernahme *befähigen* (vgl. Alkemeyer und Buschmann 2017), sondern das praxisbezogene Problem, wie sich verantwortliches Verhalten bewirken und verbessern ließe.

2. LESARTEN NEUERER PRAXISTHEORIE

Ein zentraler theoretischer Bezugspunkt ist dabei die neuere Praxistheorie, die vor dem Hintergrund der prinzipiellen Akzeptanz des gegenwärtigen Verantwortungsdiskurses einer besonderen, selektiven Lesart unterzogen wird. Denn während das weite Feld der Praxistheorien auch solche Ansätze vorsieht, die das menschliche Subjekt und seinen soziologischen Wiedergänger, den Akteur, so weit aus dem Zentrum rücken, dass nicht nur andere Entitäten, wie die Dinge, als Ko-Akteure des Sozialen hervortreten, sondern mitunter auch Praktiken selbst die Regie und somit die Theoriestelle des Subjekts zu übernehmen scheinen, stehen in einem Großteil der hier versammelten Beiträge weiterhin menschliche Subjekte im Fokus. Dinge und materielle Settings finden zwar als Mitwirkende Berücksichtigung, sie werden jedoch nicht als gleiche und gleichberechtigte Teilnehmer behandelt, sondern unter dem Aspekt ihres Einflusses auf das menschliche Verhalten. Das ist deshalb durchaus plausibel, weil Steine, Schraubenzieher, Computer, Roboter, Sonnenblumen oder Ameisen zwar Wirkungen, also *agency*, in den Handlungsgeflechten der sozialen Praxis haben und durch ihr innerweltliches Wirken soziale Existenz erlangen können, jedoch wird man ihnen kaum eine Affizierbarkeit z.B. durch Missstände, ein Gefühl der Zuständigkeit und eine Potenzialität zur Verantwortungsübernahme zurechnen können. Dafür kommen (bisher) wohl nur solche gesellschaftlichen Wesen infrage, die in neuzeitlich-modernen Gesellschaften für gewöhnlich zum Kreis der Menschen gezählt werden.

Einerlei in welcher Spielart: Praxistheorie sieht in der *Praxis* die entscheidende geschichts-, gesellschafts- und somit auch menschen- bzw. subjektbildende Instanz. Es kann sich demzufolge nichts und niemand ändern, es sei denn, es änderte sich die Praxis (vgl. Haug 2017, S. 165). Akzeptiert man nun die Annahme, Verantwortung und Verantwortungsübernahme seien in liberalen Demokratien *der* Schlüssel zu einer »transformativen Handlungsfähigkeit« (Sulmowski), ist es unter dem Blickwinkel der Praxis nur folgerichtig, die Handlungsgeflechte der Praxis so zu gestalten, dass sie Verantwortungsübernahme bedingen. Während die Forderung nach einer – möglichst breitenwirksamen, also populärkulturellen (siehe Philipp) – Vermittlung eines nachhal-

tigkeitsorientierten Wissens (über die Umwelt, den Gebrauch, die technische Beschaffenheit, die Pflege und Wartung etc. der Dinge; siehe Jaeger-Erben und Hipp) noch recht nah an klassischen Aufklärungskampagnen ist, setzen praxistheoretisch informierte Vorschläge einen anderen Akzent, indem sie sich die vom *practice* (oder mit anderen Schwerpunkten vom *material* und *body*) *turn* forcierte Einsicht in die Verteilung von Handlungsträgerschaft zwischen Menschen (Körpern) und Dingen zum Zwecke der Verhaltenssteuerung zunutze machen: Weil gutgemeinte Aufklärung zumeist wirkungslos verpufft, werden nun die Settings, in denen gehandelt wird, die Dinge, mit denen gehandelt wird, und die Lebensstile, an denen die Einzelnen ihre Lebensführung orientieren, als materielle Bedingungen alltäglichen Verhaltens und in der Folge als Stellschrauben entdeckt, an denen gedreht werden könne und müsse, um Verhaltensänderungen zu initiieren oder gar zu erzwingen. Zumindest dann, wenn an diesen Stellschrauben ›von oben‹ (durch den Staat, durch Unternehmen usw.) gedreht wird, um Nachhaltigkeit zu erzeugen, droht Praxistheorie – gegen ihren kritischen Anspruch – zum Instrument einer Menschenführungstechnik zu verkommen, die arg jenem *nudging* ähnelt, dessen sich auch moderne Staaten zunehmend intensiv bedienen, um ihre Bürger durch intelligente *choice architecture* unmerklich zu einem ›vernünftigen‹ Verhalten zu ›schubsen‹ und so strukturelle Defizite buchstäblich an den Mann oder die Frau zu bringen, d.h. zu subjektivieren: »Kantinen ersetzen Fritten durch Karotten, mehr Treppen und weniger Lifts werden gebaut, Sünder werden darüber informiert, wie gesund andere Menschen leben etc. pp« (Fach 2018).¹ »Libertären Paternalismus« nennt ihr Erfinder, der Nobelpreisträger Richard Thaler, solche Verhaltensökonomie – und manch ein Sozialwissenschaftler folgt ihm darin, da das »neoliberale Subjekt« zur Verantwortungsübernahme nicht fähig sei und deshalb »Handlungskontexte« gezielt so gestaltet werden müssten, dass die Konsument/-innen gar nicht anders könnten, als »aus freiem Willen« Nachhaltigkeitsziele zu verfolgen (Heidbrink und Reidel 2011, S. 254f.). Dieser Paternalismus vertraut weder auf den erhobenen Zeigefinger, noch appelliert er länger an Bewusstsein und Reflexion, da diese gegen eingefleischte Gewohnheiten ohnehin keine Chance hätten, sondern macht sich die Einsicht in das Mitwirken von Dingen und verkörperten Routinen in sozialtechnologischer Absicht zunutze: Die Erziehung zur Verantwortung und die Bildung verantwortlicher Subjekte werden zu einem Gutteil an solche Settings und Dinge delegiert, deren »Gebrauchsgewährleistungen« (Schmidt 2012) und Handlungsskripte den ›Fortschritt‹ durch das Einschleifen anderer, nachhaltigkeitswirksamer Routinen geschehen zu lassen: Die Ausführung von Normen soll der Reflexion ent-

1 | In diesem Zusammenhang stellt sich dann auch die Frage, inwiefern bestimmte, tendenziell funktionalistische Varianten von Praxistheorie eine solche Rezeption nahelegen (zur Kritik dieser Varianten vgl. Alkemeyer et al. 2015).

zogen werden, indem man sie in Praktiken direkt in die Körper sich ›einschreiben‹ lässt. So hofft man, mit einer schönen Formulierung Pierre Bourdieus (1992, S. 206), »vom Körper jene Zustimmung zu bekommen, die der Geist verweigern könnte«. Zwar unterscheidet sich solche »Regulierung durch Anstoßen« (Smeddinck 2011) dann von autoritärer Manipulation, wenn die Konsumenten »aktiv an der Gestaltung ihrer eigenen Handlungsumgebung beteiligt werden« (sollen), so dass sich »auf intelligente Weise politische Steuerung mit individueller Selbstbestimmung« koppelt (Heidbrink und Riedel 2011, S. 154f.) und also demokratisch legitimiert (vgl. Grunwald in diesem Band); aber selbst dann, wenn es überhaupt möglich sein sollte, die Zivilgesellschaft in ihrer Pluralität zu beteiligen, zu der – wie bereits Antonio Gramsci gezeigt hat und ja auch im politischen Raum der Gegenwart immer wieder mit beklagenswerter Penetranz sich zeigt – beileibe nicht nur die sogenannten ›Vernünftigen‹, sondern eben auch ›die Anderen‹ gehören, bleibt doch das Problem, dass strukturell bzw. systemisch bedingte Probleme durch Menschenführungstechnik bearbeitet werden sollen. An diesem Kern ändert sich auch dann nichts, wenn Fremd- und Selbsttechnik harmonisch zueinanderkommen.

3. VERANTWORTUNG(SZUWEISUNG) UND MACHT(KRITIK)

Vor allem dann, wenn ausdrücklich selbstbestimmt und selbsttechnologisch ›genudget‹ wird, wie im Falle jener Öko-Gemeinschaften, die selbst noch das materielle Setting ihrer intimsten Lebenssphären, z.B. »Komposttoiletten«, bewusst so einrichten, dass diese nicht nur ohne Wasserspülung auskommen, sondern ihren Benutzer/-innen auch ein ›gekonntes‹ Sitzen abverlangen, damit der ökologische Nutzen des eingebauten »Urinabscheiders«, die Gewinnung von Düngemittel, auch zur Geltung kommen kann (Sulmowski) und so selbst noch der Toilettengang nachgerade zu einem politischen Akt gerät, »der für ein ›gutes und gleichzeitig verantwortungsbewusstes Leben‹ steht« (Alkemeyer und Buschmann 2018), lässt sich von einer hinterhältigen Manipulation ›von oben‹ schwerlich sprechen; es handelt sich allenfalls um eine Selbst-Gängelung für die ›gute Sache‹. Gleichwohl stellt sich in diesem wie in jenem Fall die Frage nach der Reichweite und Radikalität des Eingriffs in das Soziale. Denn ob selbstbestimmt oder nicht: Die Gestaltung der materiellen Handlungsbedingungen zielt auf die Transformation des Verhaltens ab, jedoch nicht unbedingt auch auf die Veränderung jener gesellschaftlichen Ausbeutungs-, Klassen- und Geschlechterverhältnisse, die jede konkrete lokale Praxis durchziehen. Also auch nicht auf die von Falko Schmieder den gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnissen im vorliegenden Band diagnostizierte »eingebaute Verantwortungslosigkeit«, die sich sowohl in einer »Systemlogik« von ökonomischer Verwertung und grenzenlosem Wachstum als auch in den ver-

innerlichten mentalen Strukturen zentraler politischer Entscheidungsträger /-innen zeige und aufgrund dieser zweifachen – objektiven und subjektiven – Existenz so überaus hartnäckig sei. Wenn aber die Handlungsgeflechte der Praxis nicht ohne die sie bedingenden gesellschaftlichen Verhältnisse existieren, dann setzt die Veränderung der Praxis (und damit des Selbst) auch entsprechende Veränderungen in den gesellschaftlichen Verhältnissen voraus.

Vollkommen zu Recht wird also in einigen Beiträgen zu diesem Kapitel auf die Probleme, Widersprüche und Aporien individueller Verantwortungszurechnung hingewiesen (Carl; Rückert-John und Jaeger-Erben): Sie sei unfair, weil sie die Aufmerksamkeit einer derart gleichzeitig als Bewertungs- und Sanktionsinstanz eingesetzten Öffentlichkeit gerade auf solche Akteure lenke, die sich ohnehin bereits stärker als andere für eine gerechtere, nachhaltigere Welt einsetzen, so dass letztlich mit zweierlei Maß gemessen werde; sie trage zur Reproduktion sozialer Ungleichheiten bei, indem sie alle Menschen formal gleich behandle, d.h. so, als hätten alle völlig unabhängig von ihrer wirklichen sozialen Lage, ihren ökonomischen und kulturellen Ressourcen und ihren in der Sozialisation inkorporierten Dispositionen die gleichen Möglichkeiten und dieselbe Bereitschaft zur Sorge um das Gemeinwohl und die Nachwelt; sie nehme Frauen aufgrund der diesen attribuierten Neigung zur Übernahme sozialer Verantwortung weitaus eindringlicher für ein umweltbewusstes Verhalten in die Pflicht als Männer usw. Zumindest diskussionswürdig ist allerdings, ob die von Sabine Carl postulierte »Responsibilisierung von Gemeinschaften« ein Ausweg aus diesen Problemlagen sein kann. Zumindest dann, wenn Gemeinschaften (oder Institutionen wie Unternehmen) so adressiert werden und sich selbst so verstehen, *als ob* es sich um Einzelpersonen handelt, sie derart als zu Verantwortung fähige »Kollektivsubjekte« subjektiviert werden und sich selbst als solche subjektivieren (vgl. Alkemeyer et al. 2018), sind Zweifel angebracht. Denn diese Form der Kollektivierung von Verantwortung ändert im Grundsatz nicht viel: Es bleibt dabei, dass in einer verantwortungsvollen Lebensweise der Königsweg zu einer positiven Gestaltung der Mensch-Natur-Verhältnisse gesehen wird, ohne dass damit unbedingt auch schon die »Systemlogik« kapitalistischer Ausbeutungsverhältnisse zur Disposition gestellt werden würde.

4. VERANTWORTUNG ALS GESELLSCHAFTLICHER PROZESS

Wenn ich es richtig verstehe, ist der Vorschlag von Michael Jonas insofern anders gelagert als das Postulat einer »Responsibilisierung von Gemeinschaften«, als dass es Jonas gerade *nicht* um eine Responsibilisierung von – individuellen oder kollektiven – Akteuren geht, sondern um die Responsibilisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse selbst, d.h. jener Beziehungen, welche die Menschen unter Einschluss der Dinge untereinander eingehen. Analog zur

Rede von einer in die kapitalistischen Produktionsverhältnisse »eingebauten Verantwortungslosigkeit« (Schmieder) wird Verantwortung so nicht länger als ein ›Ding‹ begriffen, das sich Subjekten bzw. Akteuren zurechnen ließe, sondern als ein Prozess, der sich zwischen den (Ko-)Akteuren des Sozialen entfaltet. Es kommt unter diesem Blickwinkel darauf an, diesen Prozess *politisch* so zu gestalten, dass sowohl das Verhältnis der Menschen untereinander als auch ihr Verhältnis zur Natur von Ausbeutung und Gewinnstreben frei ist. Für Jonas obliegt diese Gestaltung einer »kosmopolitischen Öffentlichkeit«, in der sich verschiedene lokale Öffentlichkeiten durch wechselseitige Bezugnahme transformieren. Einen »proto-kosmopolitischen« Ansatz dazu sieht Jonas in der »Arena« eines alternativen Handels, in der Fairtrade nicht nur publikumswirksam als ein distinktiver »moralischer Zusatzwert« inszeniert wird, um hinter der glänzenden Fassade solcher »Warenästhetik« (W.F. Haug) das unvermeidlich verantwortungslose Geschäft der Gewinnmaximierung nur umso ungehemmter betreiben zu können, sondern in der die Beziehungen zu den Produzenten tatsächlich fair(er) gestaltet werden. Fairtrade bleibt dann kein bloßes warenästhetisches Versprechen, sondern wird – ansatzweise und begrenzt – wirklich praktiziert. Das hebelt eine kapitalistische Weltwirtschaftsordnung zwar noch nicht aus, aber implementiert doch in diese Ordnung Vorboten anderer gesellschaftlicher Verhältnisse und Kommunikationsbeziehungen, die über diese Ordnung hinausweisen und insofern ein Potenzial zur gesellschaftlichen Transformation haben. Statt die Marktlogik durch Moralisierung umpolen zu wollen und die (lokale, nationale?) Öffentlichkeit als eine Instanz zu adressieren, die ›unmoralisches‹ Verhalten negativ sanktioniert – bis hin zum *Public Shaming* als einer auch von Umweltwissenschaftlerinnen und -aktivisten propagierten Form der sozialen Kontrolle² –, sieht Jonas in einer kosmopolitischen Öffentlichkeit den politischen Raum, in dem diese Logik durch die Einrichtung menschenwürdiger Arbeitsbedingungen, bessere Preise und adäquate Bezahlung eingehegt wird. Die proto-kosmopolitischen Arenen eines alternativen Handels wären so gesehen Orte einer praktizierten Sozialkritik, die sich nicht – wie die sogenannte »Künstlerkritik« (vgl. Boltanski und Chiapello 2003) – in erster Linie an der »Entzauberung und fehlenden Authentizität« der kapitalistischen Welt stößt, an Entfremdung, Sinnverlust, Konsumdruck und mangelnder Selbstverwirklichung, um dem als positive Fluchtpunkte Werte wie Entschleunigung, Mobilitätsreduktion, Einklang mit der Welt, Selbstbestimmung und Eigenverantwortung entgegenzuhalten, sondern sich auf die Ausbeutungs- und Ungleichheitsverhältnisse der kapitalistischen Ordnung bezieht – wobei man beide Kritiken wohl nicht unbedingt so streng gegenüberstellen muss, wie es Boltanski und Chiapello tun.

2 | Vgl. das in der SZ vom 21.8.2017 unter dem Titel »Schämt euch!« abgedruckte Interview mit der US-amerikanischen Umweltwissenschaftlerin Jennifer Jacquet.

Es fiele nun zweifellos nicht schwer, die Lebensgestaltung in »Öko-Dörfern« demgegenüber als kulturelle Manifestation einer Künstlerkritik zu entlarven, die sich längst vom »Störfaktor« zu einer »Produktivkraft« (van Dyk 2009) entwickelt habe. Allerdings entgeht einer solchen entlarvenden Theaterperspektive auf die Welt das ebenso unübersichtliche wie ambivalente Gewimmel des Alltagsgeschehens. Denn hier koexistieren die Machtwirkungen, die sich im kontinuierlichen, am Maßstab der Nachhaltigkeit orientierenden, wechselseitigen Beobachten und – oft in nur kleinen Gesten (ein Naserümpfen, ein nahezu unmerkliches Hochziehen der Augenbraue u.Ä.) sich äußern – Beurteilen und Bewerten, Korrigieren und Sanktionieren des Verhaltens zwischen den Akteuren entfalten, mehr oder weniger unvermittelt mit emanzipatorischen Ansprüchen auf Selbstbestimmung, Gewaltfreiheit und Pluralität. Solcher Widersprüche wird nur gewahr, wer im Wechselspiel von distanzierender Objektivierung und mimetischem Eintauchen ins Feld forscht (vgl. Sulmowski). Allein das Wechselspiel der Perspektiven kann jene Zerrissenheit zu sehen geben, die darin liegt, dass in der Übernahme von Verantwortung (für die Natur, die Nachkommen usw.) unter den obwaltenden Verhältnissen einerseits ein Moment der Komplizenschaft mit einer neo-sozialen Politik steckt, welche die öffentlich-rechtliche Verantwortung ›der Gesellschaft‹ für die Bürger auf die Subjekte abwälzt, aber doch darin andererseits auch das »Grundversprechen der Moderne, ein selbstbestimmtes Leben führen« (Rosa 2007, S. 17; zit.n. Lessenich 2008, S. 138) und sich selbst verwirklichen zu können, aufbewahrt und gelebt wird. So gesehen steckt in diesen Praktiken der Verantwortungsübernahme immer auch der *Entwurf* eines anderen Lebens, in dem sich bereits im Hier und Jetzt ein schöpferisches Imaginäres zeigt, das über die bestehende Ordnung hinaus weist und drängt (vgl. mit Bezug auf Castoriadis Alkemeyer und Buschmann 2018).

LITERATUR

- Alkemeyer, Thomas, Ulrich Bröckling und Tobias Peter, Hg. 2018. *Jenseits der Person. Zur Subjektivierung von Kollektiven*. Bielefeld: transcript.
- Alkemeyer, Thomas, und Nikolaus Buschmann. 2017. Befähigen. Praxistheoretische Überlegungen zur Subjektivierung von Mitspielfähigkeit. In *Pierre Bourdieu: Pädagogische Lektüren*, Hg. Markus Rieger-Ladich und Christian Grabau, 271-297. Wiesbaden: Springer VS.
- Alkemeyer, Thomas, und Nikolaus Buschmann. 2018. Das Imaginäre des Diagnostischen. Einsatzstellen einer praxistheoretischen Kultursoziologie der Gegenwartsgesellschaft. In *Einsatzpunkte und Spielräume des sozialen Imaginären in der Soziologie*, Hg. Regine Herbrink und Tobias Schlechtriemen (in Begutachtung).

- Alkemeyer, Thomas, Nikolaus Buschmann und Matthias Michaeler. 2015. Kritik der Praxis. Plädoyer für eine subjektivierungstheoretische Erweiterung der Praxistheorien. In *Praxis denken. Konzepte und Kritik*, Hg. Thomas Alkemeyer, Volker Schürmann und Jörg Volbers, 25-50. Wiesbaden: Springer VS.
- Boltanski, Luc, und Ève Chiapello. 2003. *Der neue Geist des Kapitalismus*. Konstanz: UVK.
- Bourdieu, Pierre. 1992. Programm für eine Soziologie des Sports. In *Rede und Antwort*, 193-207. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Fach, Wolfgang. 2018. Die Nation als Subjekt. Thema mit Variationen. In *Jenseits der Person. Zur Subjektivierung von Kollektiven*, Hg. Thomas Alkemeyer, Ulrich Bröckling und Tobias Peter. Bielefeld: transcript (im Erscheinen).
- Haug, Wolfgang F. 2017. Editorial. Philosophie der Praxis – Elemente eines Neuanfangs. *Das Argument* 322:163-167.
- Heidbrink, Ludger, und Johannes Reidel. 2011. Nachhaltiger Konsum durch politische Selbstbindung. *GAIA* 20(3):152-156.
- Lessenich, Stefan. 2008. *Die Neuerfindung des Sozialen*. Bielefeld: transcript.
- Rosa, Hartmut. 2007. Wir wissen nicht mehr, was wir alles haben (Interview). *Die Zeit* 52/2007:17.
- Smeddinck, Ulrich. 2011. Regulieren durch ›Anstoßen‹. Nachhaltiger Konsum durch gemeinwohlverträgliche Gestaltung von Entscheidungssituationen? *Die Verwaltung* 44:375-395.
- Van Dyk, Silke. 2009. Grenzüberschreitung als Norm? Zur ›Vereinnahmung‹ von Gegenstrategien im Kapitalismus und den Konsequenzen für eine Soziologie des Widerständigen. In *Grenzverschiebungen des Kapitalismus: Umkämpfte Räume und Orte des Widerstands*, Hg. Karin Becker, 33-54. Frankfurt a.M.: Campus.
- Vogelmann, Frieder. 2014. *Im Bann der Verantwortung*. Frankfurt a.M.: Campus.

IV. Standpunkte

Warum Konsumentenverantwortung allein die Umwelt nicht rettet

Ein Beispiel fehllaufender Responsibilisierung

Armin Grunwald

1. RESPONSIBILISIERUNG ALS DAUERTHEMA DER NACHHALTIGKEITSDEBATTE

Auch wenn der Begriff der Responsibilisierung in diesem Kontext üblicherweise nicht verwendet wird, ist es leicht, die Debatte zur Nachhaltigkeit seit den 1980er Jahren zumindest auch als eine Debatte über Verantwortungszuschreibung und entsprechende Erwartungen zu verstehen. Ein Teil dieser Debatte kreist genau um die Frage nach den verantwortlichen Akteuren: Welche gesellschaftlichen Gruppen haben den Schlüssel zur Nachhaltigkeit in der Hand? Wer kann Schritte unternehmen, um andere Akteure und wenn möglich die ganze Gesellschaft in Richtung Nachhaltigkeit zu ziehen? Wer hält die Fahne hoch, hinter der sich die Gesellschaft im Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung versammeln kann? Seit den 1980er Jahren ist die Geschichte der Nachhaltigkeit in Bezug auf die Schlüsselakteure von Hoffnungen und Enttäuschungen begleitet. War in den 1990er Jahren, insbesondere nach dem Rio-Gipfel, das Vertrauen in das politische System und seine internationale Handlungsfähigkeit deutlich größer als heute, so dienten in der folgenden Debatte nacheinander die Wirtschaft und die Zivilgesellschaft als Projektionsflächen für hohe Erwartungen. Alle drei Großgruppen enttäuschten diese jedoch. Nach allem, was wir heute sagen können, hat keine der genannten Gruppen den zentralen Schlüssel zur Nachhaltigkeit in der Hand. Doch die Suche nach entsprechenden Gruppen und Akteuren geht weiter. Seit etwa zehn Jahren entsteht eine neue Orientierung: die Konsument/-innen. Sie werden gelegentlich als »schlafende Riesen« bezeichnet (z.B. Hannen 2013). Wenn sie nur aufwachen und

sich ihrer Macht bewusst würden, könnten sie, so glauben viele, große Dinge in Richtung Nachhaltigkeit bewegen.¹

Insbesondere in der öffentlichen Meinung und den Massenmedien hat sich diese Form der Responsibilisierung de facto weitgehend durchgesetzt. Wir sollen die Umwelt retten und für nachhaltige Entwicklung sorgen, indem wir ›nachhaltig‹ konsumieren: regional und ökologisch produzierte Lebensmittel kaufen, auf fair gehandelte Textilprodukte achten, öffentliche Verkehrsmittel und Fahrrad nutzen, mit Strom, Gas und Wasser sparsam umgehen und den Urlaub nach der Ökobilanz ausrichten. Zur Unterstützung hat sich ein umfangreicher Informationsmarkt gebildet. Im Angebot sind Kurse zur Umweltbildung und ökologischen Ernährung, Workshops und Bildungsveranstaltungen in Akademien und Bildungswerken, Energie- und Umweltberatung in Kommunen und Verbänden, Öko-Lifestyle-Ratgeber und einschlägige Internetportale. Umweltaspekte in privatem Lebensstil und Konsum zu berücksichtigen, gilt in Öffentlichkeit und Massenmedien als Schlüssel zur Lösung der Umweltprobleme.

Sicher ist es ethisch geboten und damit auch Teil der Konsumentenverantwortung, mit Ressourcen verantwortungsvoll umzugehen. Wenn aber erwartet wird, dass die Konsument/-innen durch Änderungen des individuellen Verhaltens den Übergang zu einer nachhaltigeren Gesellschaft insgesamt bewerkstelligen könnten, z.B. weil veränderte Konsumgewohnheiten die Wirtschaft zwingen würden, nachhaltigere Produkte und Dienstleistungen anzubieten, wäre das naiv. Es wäre eine Verniedlichung, so die These dieses Beitrags, der Herausforderung der Nachhaltigkeit, zu meinen, die globalen Probleme könnten dadurch gelöst werden, dass die Menschen bewusster essen, Fernreisen reduzieren, Müll trennen und beim Einkauf auf Nachhaltigkeitskriterien achten. Diese Form der Responsibilisierung würde weder der komplexen Governance des Konsumgeschehens gerecht, noch wäre es ein erfolgversprechender Weg zu einer nachhaltigen Gesellschaft. Falls sie zu einer dominanten Erzählung in der Nachhaltigkeitsdebatte würde, drohen die Risiken des Selbstbetrugs und der Illusion (Grunwald 2012).

Nun besteht zugleich kein Zweifel, dass eine nachhaltigere Gesellschaft eines nachhaltigeren Konsums bedarf. Der nachhaltige Konsum (RNE 2011) ist ein Ziel, gegen das man nicht sein kann, genauso wenig, wie es unmöglich ist, rational gegen Nachhaltigkeit insgesamt zu sein. Jedoch, auch wenn in Bezug auf das Ziel Konsens besteht, können im Hinblick auf die Mittel, die zur Erreichung des Ziels für geeignet gehalten werden, erhebliche Kontroversen bestehen.

1 | In diesem Beitrag werde ich nur die ökologische Seite der Nachhaltigkeit betrachten und sprachlich der Abwechslung halber zwischen Umwelt- und Nachhaltigkeitsproblemen wechseln.

Das Verursacherprinzip scheint nahezuzeigen, dass die Wende hin zu einem nachhaltigen Konsum von den Konsument/-innen selbst herbeigeführt werden könnte. Denn schließlich sind es die konsumierenden Menschen, die einkaufen, Auto fahren, Strom verbrauchen und Urlaubsreisen buchen und die damit kausale Verursacher der mit dem Konsum verbundenen Schattenseiten sind. Demnach müssten sie in die Pflicht genommen werden, um Linderung oder Abhilfe zu schaffen (Scherhorn und Weber 2002). Die dahinter stehende Hoffnung ist, dass die ganze Wirtschaftsweise auf Nachhaltigkeit und Umweltverträglichkeit umgestellt werden könnte, wenn alle nachhaltig konsumierten und die Wirtschaft auf diese Weise dazu zwingen würden, nachhaltige Produkte und Dienstleistungen anzubieten (Busse 2006).

Meine These ist jedoch, dass mit einer solchen Anforderung die Konsument/-innen doppelt überfordert werden (Grunwald 2012).² Ihnen wird eine Verantwortung zugeschrieben, die sie demokratietheoretisch weder tragen sollen noch empirisch tragen können. Um diese These zu plausibilisieren, werde ich zunächst den Verantwortungsbegriff strukturieren (Teil 2), Verantwortungszuschreibung handlungstheoretisch deuten (Teil 3) und auf dieser Basis die Überforderungsthese entfalten und begründen (Teil 4). Schließlich werde ich eine Verantwortungszuschreibung vorschlagen, die unsere Verantwortung als Bürgerinnen und Bürger für eine nachhaltigkeitsförderliche Ausgestaltung der Rahmenbedingungen für den Konsum in den Mittelpunkt stellt. Dadurch wird unsere Konsumentenverantwortung zwar nicht obsolet, jedoch relativiert.

2. VERANTWORTUNG ALS ZUSCHREIBUNGSBEGRIFF

Verantwortung ist kein ›Naturgegenstand‹, den man hat oder nicht hat, sondern *Ergebnis einer Zuschreibung* (Grunwald 1999), indem entweder Handelnde sich Verantwortung selbst zuschreiben und damit etwas über die Beurteilung ihrer eigenen Handlungen oder den Umgang mit deren Folgen ex ante oder ex post aussagen, oder durch die Verantwortungszuschreibung durch andere. Die Zuschreibung von Verantwortung erfolgt unter Verfolgung von Zwecken, relativ zu Zuschreibungsregeln und in Zuschreibungsprozessen (vgl. dazu auch Jonas 1979, S. 173). Zuschreibungen sind rechtfertigungspflichtig, d.h. es sind Gründe anzugeben, wenn für oder gegen bestimmte Verantwortungszuschreibungen argumentiert wird.

2 | Dieser Beitrag baut auf vorangegangenen Arbeiten auf. Hier ist insbesondere ein Vortrag am Umweltbundesamt zu nennen, der in Grunwald (2013) dokumentiert ist. Aus dieser Dokumentation wurden größere Textpassagen in teils identischer, teils modifizierter Form übernommen, insbesondere in den Abschnitten 2 und 4.

Die Gründe für Zuschreibungen können unterschiedlicher Herkunft sein. Wenn für das Zustandekommen von Ereignissen oder Zuständen das Handeln bestimmter Akteure als Ursache festgestellt werden kann, wird diesen eine *Kausalhandlungsverantwortung* (Lenk 1992) zugeschrieben, woran sich das Verursacherprinzip (s.u.) orientiert. Dass dieser Grund vielfach jedoch nicht ausreicht, ist zum einen daran zu erkennen, dass wir gelegentlich nachvollziehbar Personen verantwortlich für etwas machen, was sie persönlich gar nicht verursacht haben, was aber z.B. in ihren Zuständigkeitsbereich fällt; umgekehrt ist aus ähnlichen Gründen immer wieder auch kausal wirkendes Handeln von Verantwortung freigestellt. Kausalverhältnisse entscheiden nicht allein über die Verantwortungszuschreibung, sondern sind auch an die normativen Rahmenbedingungen in dem betreffenden Handlungskontext gebunden. Denn Verantwortungszuschreibung hängt eben auch von Kriterien wie der formalen oder moralischen Zuständigkeit von Personen ab. Dies sei daher als die *normative Herausforderung* an Verantwortungszuschreibung bezeichnet.

Ein anderer Typ von Gründen für Verantwortungszuschreibung operiert mit spezifischen Zwecken, die durch die Zuschreibung erreicht werden sollen. Zum Beispiel wird durch die Verantwortungszuschreibung bei Zulassung, Inspektion, Wartung und Bedienung großtechnischer Anlagen die Sicherstellung eines möglichst störungsfreien Betriebs angestrebt. Der Zweck der Verantwortungszuschreibung im Falle des Eintretens unerwarteter Ereignisse durch Krisenmanagement und Katastrophenschutz hat den Zweck, für diese Situationen Schäden für Gesundheit, Umwelt und Güter möglichst gering zu halten. In diesem Sinne haben Verantwortungszuschreibungen eine *funktionelle* Seite. Sie werden so eingerichtet, dass dadurch spezifische Zwecke erreicht und Funktionen sichergestellt werden können. Damit dieser Grund für Verantwortungszuschreibungen stichhaltig ist, müssen zwei Voraussetzungen erfüllt sein: (a) müssen die Akteure, denen diese Verantwortung zugeschrieben wird, auch die Handlungskompetenzen und Eingriffsmöglichkeiten haben, um die erwarteten Effekte in der aktiven Wahrnehmung der ihnen zugeschriebenen Verantwortung zu realisieren. Und (b) muss eine ›Gelingenszuversicht‹ hinzukommen, diese Zwecke, wenn die verantwortlich gemachten Akteure in der erwarteten Weise handeln, auch erreichen zu können. Es muss sozusagen eine ›gute Aussicht‹ bestehen, dass der erwartete Effekt real eintritt, wenn die Verantwortungszuschreibung in der Praxis umgesetzt wird.

Der Verantwortungsbegriff hat damit eine kausale, eine normative und eine funktionale Seite. Auf der *kausalen* Seite wird über empirisch prüfbare Wirkungsketten befunden. Für eine zweifelsfreie Verantwortungszuschreibung müssen *normative* Kriterien hinzukommen, etwa der Zuständigkeit für Abläufe und Prozesse durch in der Hierarchie von Institutionen übergeordnete Personen. Schließlich geht es auf der *funktionalen* Seite darum, ob es gute

Gründe gibt, dass die mit bestimmten Zuschreibungen verbundenen Erwartungen und Zweckrealisierungen auch erfüllt werden können.

3. RESPONSIBILISIERUNG HANDLUNGSTHEORETISCH BETRACHTET

Responsibilisieren, um damit den Zentralbegriff dieses Buches in Verbform zu bringen, ist damit eine komplexe Aufgabe. Responsibilisierung ist eine Zuschreibungshandlung, passend zur Einführung des Verantwortungsbegriffs als Zuschreibungsbegriff. Damit ist es möglich, die simple handlungstheoretische Struktur der Zweck/Mittel-Rationalität anzulegen und nach Zwecken, Mitteln und Folgen von Responsibilisierungen zu fragen.

Einige Zwecke für Verantwortungszuschreibungen wurden bereits genannt. In der Frage des nachhaltigen Konsums sind vor allem funktionale Gründe relevant: Dadurch, dass die Konsument/-innen von sich aus nachhaltig konsumieren, werde das ganze Gesellschafts- und Wirtschaftssystem in diese Richtung gedrängt. Der Zweck der Responsibilisierung in Richtung auf die Konsumenten ist also letztlich, zu einer nachhaltigeren Gesellschaft zu kommen.

Zur Realisierung dieses Zwecks müssen geeignete Mittel der Umsetzung identifiziert werden, die ›gute Aussicht‹ (s.o.) auf Erfolg bieten: Wie kann Konsument/-innen nahegebracht werden, dass sie nachhaltig konsumieren sollen? Die Grenzen bloßen Appellierens sind bekannt, ebenso die der Moralisierung. Verweise auf Eigenrechte der Natur oder Rechte zukünftiger Generationen geraten häufig ins Hintertreffen, sobald kurzfristige Interessen berührt werden. Der Aufbau von Drohkulissen bis hin zum Weltuntergang ist ein anderes Modell, wenn etwa Leggewie und Welzer einen »Katalog biblischer Plagen« als Folge des Klimawandels (Leggewie und Welzer 2011, S. 26) androhen oder konstatieren (Leggewie und Welzer, S. 121):

»Wenn sich die Autoproduktion tatsächlich erhöht, wie gegenwärtig prognostiziert, versetzt der Ausstoß von zehn oder mehr Milliarden CO₂-Äquivalent pro Jahr dem Planeten den endgültigen Todesstoß.«

Freilich, diese Art des Alarmismus verbraucht sich rasch (Grunwald 2004). Bildung und neue Formen der Governance, wie etwa das sanfte »nudging« (Sunstein und Thaler 2003), sind Mittel, die bereits auf die Misserfolge anderer Mittel (bzw. zumindest auf Zweifel an ihnen) Bezug nehmen.

Der Einsatz von Mitteln hat Folgen, und dann zeigt sich, ob die im Vorfeld angenommene ›gute Aussicht‹ auf Erfolg realisiert wird. Im Rahmen der Zweck/Mittel-Rationalität ist die zentrale Frage, in welchem Verhältnis diese Folgen zu den vorab gesetzten Zwecken und Zielen stehen. Hier gibt es zwei

Fragerichtungen: (a) wurden die Ziele ganz, nur teilweise oder gar nicht erreicht, und (b) gab es nicht intendierte Folgen des Einsatzes der Mittel (diese können positiv oder negativ sein)? Die Frage im Folgenden ist daher: Ist die Zuschreibung der überwiegenden Verantwortung für nachhaltige Entwicklung an die Konsument/-innen, wie sie zurzeit in der öffentlichen Meinung und den Massenmedien vorgenommen wird, gerechtfertigt; und zwar gerechtfertigt sowohl normativ in Bezug auf die Struktur der Governance als auch funktional in Bezug auf eine »gute Aussicht« für einen Erfolg?

4. DIE DOPPELTE ÜBERFORDERUNG DER KONSUMENT/-INNEN

In Bezug auf Verantwortungszuschreibungen für den Konsum und seine Umsteuerung hin zu mehr Nachhaltigkeit werde ich im Folgenden die These der doppelten Überforderung vertreten: Erstens ist zweifelhaft, dass die mit der Zuschreibung von Konsumentenverantwortung verbundenen Erwartungen auch erreicht werden können (funktionale Überforderung, 4.2), und zweitens ist die normative Zurechnung der Folgen des Konsums auf die individuellen Konsument/-innen keineswegs so selbstverständlich, wie es den Anschein hat (normative Überforderung, 4.3). Hierzu ist es zunächst erforderlich, die hinter dieser Verantwortungszuschreibung stehende Argumentationsstruktur kurz zu analysieren (4.1).

4.1 Konsumentenverantwortung und Verursacherprinzip

Konsument/-innen werden seit einigen Jahren verstärkt mit Erwartungen konfrontiert, *aktiv und von sich aus* ihr Konsumverhalten umzustellen. Müll zu trennen, öffentliche Verkehrsmittel und Fahrrad zu nutzen, mit Strom, Gas und Wasser sparsam umzugehen, gelten als ökologische Tugenden. Beim Einkauf im Supermarkt sollen die Umweltbelastungen der Produkte mit als Kriterium für den Kauf angesetzt werden, nicht allein Preis und Preis-Leistungs-Verhältnis. Beim Kauf eines Autos oder von Elektrogroßgeräten genau wie in der Wohnungseinrichtung und Unterhaltungselektronik, überall müsse die Ökobilanz kaufentscheidend werden, natürlich bezogen auf den gesamten Lebenszyklus der Produkte, d.h. von der Gewinnung der ursprünglichen Rohstoffe über Produktion und Nutzung bis hin zur Entsorgung. Touristen sollen sich darum kümmern, ob und wie ökologische Belange an ihren möglichen Zielorten beachtet werden. Der moralische Druck auf die Konsument/-innen wächst, in dieser Richtung »verantwortlich« zu handeln und ihr Leben umzustellen (Busse 2006; RNE 2011).

Das Verursacherprinzip – einfach formuliert: wer Probleme verursacht, soll sie auch lösen bzw. ihre Ursache beseitigen – scheint hier einen augenschein-

lich eindeutigen und einfachen Schluss nahezulegen. Es sind nun einmal die konsumierenden Menschen, die einkaufen, Auto fahren, Strom verbrauchen und Urlaubsreisen buchen. Damit verursachen sie die mit dem Konsum ökologischen Probleme. Demnach müsse sich der Blick auf die Konsument/-innen richten, wenn es um die Umstellung auf nachhaltigere Alternativen im Bereich von Mobilität, Nahrungsmittelkonsum oder Urlaubsgewohnheiten geht. Konsumentenverantwortung drängt sich als das passende Wort zur Umschreibung dieses Sachverhaltes auf (Heidbrink und Schmidt 2011).

Diese Überlegung scheint intuitiv überzeugend. Beginnend mit der trivialen Ausgangsbeobachtung, dass die Konsument/-innen konsumieren, ergibt sich folgende Argumentationskette:

- a. dadurch, dass die Konsument/-innen konsumieren, verursachen sie Umweltprobleme
- b. daher sind sie als die Verursacher/-innen für eine Verbesserung der Situation verantwortlich
- c. also sollen sie ihr individuelles Handeln auf Umweltverträglichkeit und Nachhaltigkeit umstellen und den Konsum an entsprechenden Kriterien ausrichten
- d. dann besteht gute Aussicht, die Umweltproblematik in den Griff zu bekommen.

Diese Kette scheint so überzeugend, dass eine eigene Rechtfertigung der enthaltenen Verantwortungszuschreibung gar nicht mehr als erforderlich angesehen werden könnte. Die Identifikation der *funktionalen Herausforderung* ist jedenfalls leicht: Sie verbirgt sich in der Erwartung einer ›guten Aussicht‹, die Probleme auf diesem Weg in den Griff zu bekommen, und damit hinter (d). Die normative Herausforderung ist in (b) und (c) der Argumentationskette eher versteckt. Sie aufzuspüren bedarf daher einer eigenen Überlegung (4.3). Zunächst sei jedoch die ›gute Aussicht‹ auf eine grundsätzliche Umsteuerung in Richtung Nachhaltigkeit in Zweifel gezogen.

4.2 Die funktionale Überforderung

Es ist nun zu prüfen, ob eine ›gute Aussicht‹ besteht, dass durch den nachhaltigeren Konsum auf der individuellen Ebene eine grundsätzliche Umsteuerung hin zu mehr Nachhaltigkeit erreicht werden kann. An erster Stelle ist nach den bisherigen empirischen Erfahrungen zu fragen, da Umweltsensibilisierung und Umweltbildung nun doch bereits einige Jahrzehnte etabliert sind.

In Deutschland und einigen anderen westlichen Ländern hat der sogenannte nachhaltige Konsum in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Beispielsweise haben Lebensmittel mit Öko-Siegeln und aus regionaler Pro-

duktion einen größeren Konsumentenkreis gefunden. Die Sensibilität gegenüber dem eigenen Konsumverhalten ist gewachsen (z.B. Balderjahn und Peyer 2012; Hannen 2013). Dennoch erfolgt je nach Bereich meist nur etwa zehn bis 20 Prozent des Konsums unter Beachtung von Umwelt- oder Nachhaltigkeitsüberlegungen. Auch wenn dies mit einigem Recht als beachtlicher Erfolg bewertet wird, gemessen an den extrem niedrigen Werten vor zehn oder zwanzig Jahren, so bleibt es dennoch dabei, dass rund 80 bis 90 Prozent des Konsums nach traditionellen Präferenzen erfolgen, oft einfach nach dem Preis. Beispielsweise besteht nach wie vor ein erheblicher Druck in Richtung auf niedrigere Preise auf dem Lebensmittelmarkt, so dass allzu oft Nachhaltigkeitsziele keine Beachtung finden. Dadurch, dass immer mehr außer Haus konsumiert wird, werden Wertschöpfungsketten institutioneller Akteure immer wichtiger, die unter starkem Wettbewerbsdruck stehen und daher billige Grundstoffe verwenden, wenn möglich (Rückert-John 2015). Ein Beispiel für die Ambivalenzen: Trotz der stark zunehmenden Zahl von Vegetarier/-innen und Veganer/-innen stagniert der Fleischkonsum in Deutschland auf hohem Niveau, verglichen mit den Jahrhunderten zuvor. Nur im Mittelalter war er höher.

Die ganz erheblichen und bereits seit zwei bis drei Jahrzehnten laufenden Bemühungen in Umweltbildung und Umweltkommunikation haben bislang also zwar Effekte, aber keinen Durchbruch gebracht. Daraus, dass viele Menschen heute einiges über Umwelt und Nachhaltigkeit wissen, auch darüber, wie man nachhaltiger konsumieren kann, folgt nicht unbedingt eine Änderung des Verhaltens. Die viel beklagte Lücke zwischen Wissen und Handeln bleibt bestehen (Reisch und Hagen 2011). Die Mobilisierung von Konsument/-innen gelingt nur in seltenen, zumeist medienwirksamen Fällen. Beispielsweise haben die Mobilisierung von Autofahrern und der Kundenboykott gegen Shell verhindert, dass die Ölbohrplattform »Brent Spa« in der Nordsee versenkt wurde. Es ist jedoch etwas ganz Anderes, in medienwirksamen und damit kampagnenfähigen Fällen Konsument/-innen zu mobilisieren, als im grauen Alltag.

Global gesehen beschränkt sich nachhaltiger Konsum im Wesentlichen auf bestimmte Bevölkerungsschichten in einigen westlichen Ländern. Die rasche Industrialisierung in Schwellenländern wie China, Indien, Brasilien und Südafrika führt zu ebenso rasch anwachsendem Konsum, der häufig ohne viel Rücksicht auf Umwelt und Nachhaltigkeit genossen wird. Dies ist kein Grund zum Moralisieren, denn es ist den breiten Schichten in diesen und mittlerweile auch vielen weiteren Ländern nicht zu verdenken, dass sie die neuen Möglichkeiten nutzen und sich dabei am westlichen, vorwiegend amerikanischen, Vorbild orientieren. Empirisch bedeutet dies jedoch, dass der nachhaltige Konsum auf einen kleinen Bereich der Welt beschränkt ist. Sein Anteil am globalen Konsum dürfte dabei trotz der Wachstumsraten in einigen westlichen Ländern eher sogar fallen. Um einen Durchbruch in Richtung Nachhaltigkeit

zu erzwingen, müssten jedoch Konsument/-innen weltweit ihre Gewohnheiten umstellen – hierfür gibt es aber keinerlei Anzeichen.

Erschwerend wirkt sich sicher die Komplexität von Nachhaltigkeitsbewertungen aus. Eine Vielzahl von teils inkommensurablen Kriterien ist zu berücksichtigen, es muss der ganze Lebenszyklus von Produkten oder Dienstleistungen betrachtet werden, und oft müssen widersprüchliche Kriterien und Ziele gegeneinander abgewogen werden. Es ist nicht zu erkennen, wie Konsument/-innen mit dieser Komplexität adäquat umgehen sollen. Hier liegt eine objektive kognitive Überforderung vor. Teilweise wird versucht, diese Komplexität auf Indizes oder andere Formen der Produktkennzeichnung zu reduzieren (Revermann et al. 2014). In einigen Bereichen wie beim Kauf von Haushaltsgeräten, wo Konsument/-innen auch bereit sind, sich näher mit den Produkteigenschaften zu befassen, ist dies ein guter Ansatz. Andere Bereiche des Konsums wie der tägliche Einkauf im Supermarkt lassen sich dadurch erheblich schlechter erreichen. Beipackzettel und andere Formen der Produktkennzeichnung werden dort nur von einem sehr kleinen Kundenkreis ernsthaft wahrgenommen. In diesen Bereichen des Konsums regieren Alltagstrott und Gewohnheiten, Wunsch oder Notwendigkeit, den Einkauf möglichst schnell zu bewerkstelligen, oder triviale Randbedingungen (etwa: die Nichtverfügbarkeit der Lesebrille oder das Achten auf kleine Kinder). In diesen Alltagssituationen die Aufmerksamkeit für die Beachtung von Nachhaltigkeitsüberlegungen zu erwarten, geht an der Realität weit vorbei.

Einfacher scheint es mit Verhaltensweisen zu sein, die unmittelbar eine Entlastung der Umwelt versprechen, wie bei der direkten Einsparung von Strom, Gas oder Wasser sowie in der Mülltrennung. Jede eingesparte Kilowattstunde müsste doch einen entsprechend geringeren Einsatz von Primärressourcen, wie zum Beispiel Braunkohle, und damit entsprechend geringere Umweltbelastung durch Emissionen bedeuten. Ganz so selbstverständlich ist das jedoch nicht. Denn zwischen dem individuellen Handeln und seinen Folgen für die Umwelt liegen systemische, zumeist technische und ökonomische Zwischenebenen, die die gewünschten Folgen individuellen Umwelthandelns verändern oder gar konterkarieren können (Grunwald 2010). Ein bekanntes Beispiel ist das Einsparen von Wasser, von dem vielfach angenommen wird, dass es zur Lösung der Wasserprobleme und zur Entlastung der Umwelt beitrage. Stattdessen führt jedoch eine Verringerung des Wasserverbrauchs in Deutschland, in einigen Regionen durch sinkende Bevölkerungszahlen verstärkt, zu Problemen für die Ver- und Entsorgungssysteme. Umgekehrt sind viele Systemeffekte, über die erhebliche Einsparungen möglich wären, für Konsument/-innen nicht auf den ersten Blick sichtbar. Um Wasser zu sparen, wäre es beispielsweise sinnvoller, weniger Fleisch zu essen als weniger zu duschen. Denn Tierhaltung und Fleischproduktion verbrauchen große Mengen an Wasser – nicht selten in Regionen, in denen Wassermangel, anders als in

Deutschland, ein erhebliches Problem darstellt. Die Überforderung der Konsument/-innen zeigt sich hier darin, dass das Wissen über die systemischen Zusammenhänge hinter dem individuellen Handeln oft nicht vorhanden ist und meiner Einschätzung nach auch nicht erwartet werden darf.

Ein weiteres systemisches Problem stellen die bekannten Rebound-Effekte dar. Viele Konsumartikel werben mittlerweile mit verbesserter Effizienz, geringerem Stromverbrauch bei gleicher oder höherer Leistung, Autos mit weniger Benzin- oder Dieserverbrauch, Spül- und Waschmaschinen mit weniger Wasserbedarf. Effizienzgewinne werden jedoch häufig durch Veränderungen der Konsumgewohnheiten und der Kundenansprüche kompensiert oder sogar überkompensiert. Statt Ressourcenverbrauch und Umweltbelastung zu senken, kommen Effizienzgewinne häufig einer weiteren Steigerung des Konsums zugute. Rebound-Effekte sind von daher besonders negativ, weil sie positive Nachhaltigkeitseffekte verhindern, obwohl die Konsumenten auf Nachhaltigkeit setzen, sich informieren und entsprechend entscheiden. In Bezug auf die ›gute Aussicht‹ mittels verantwortlicherem Handeln der individuellen Konsumenten mehr Nachhaltigkeit zu erreichen, ist das ein besonders starkes Gegenargument.

Schließlich ist ein nicht nebensächlicher Grund, an der ›guten Aussicht‹ auf Problemlösung durch Responsibilisierung an die Konsument/-innen zu zweifeln, die Diskrepanz zwischen dem Wunsch nach einem stabilen und dauerhaften Umsteuern auf eine nachhaltige Entwicklung einerseits und der Launenhaftigkeit und Volatilität des Konsums andererseits. Konsumverhalten ist ausgesprochen kurzlebig, zeitgeist- und modeabhängig. Trends und Entwicklungen kommen und gehen. Die Konsumgesellschaft lebt zu einem guten Teil von diesem Kommen und Gehen von Moden. In einem solchen System eine stabile Orientierung der Konsumenten an Grundsätzen nachhaltiger Entwicklung zu erwarten, erscheint zumindest mutig. Natürlich ist es nicht logisch ausgeschlossen. Dennoch, sich die Orientierung an Nachhaltigkeit als stabile Größe in den Modewellen des Konsums vorzustellen, fällt zumindest nicht leicht.

Alle diese Sorgen und Wahrnehmungen sind keine *zwingende* Widerlegung der These, dass die Konsument/-innen ›von unten‹, durch Umstellung ihres alltäglichen Handelns, die Wende zur Nachhaltigkeit bewirken könnten. Jedoch wecken sie starke Zweifel daran, dass auf diesem Weg eine ›gute Aussicht‹ besteht, Nachhaltigkeit dauerhaft zu realisieren. Die funktionale Erwartung hinter dem Druck in Richtung Konsumentenverantwortung ist nicht plausibel, sondern hier besteht die große Gefahr von Wunschenken, Illusion und Selbstbetrug (Grunwald 2012).

4.3 Die normative Überforderung

Zweifel an der Berechtigung der normativen Schlussfolgerungen in der in 4.1 kurz skizzierten Argumentationskette, insbesondere an der Schlussfolgerung (b), entstammen der kritischen Nachfrage, ob der Schluss, dass die Konsument/-innen über ihr Konsumhandeln für die dadurch entstehenden Umweltprobleme (ausschließlich oder überwiegend) verantwortlich seien, wirklich so überzeugend ist, wie er intuitiv wirkt. In der Tat ist das gerade nicht der Fall. Denn Verantwortungszuschreibungen hängen nicht nur von kausalen Zurechnungen ab. Vielmehr müssen auch die Möglichkeiten und Strukturen berücksichtigt werden, in denen das betreffende Handeln stattfindet und die über die Handlungsspielräume und Randbedingungen entscheiden. Der Schluss, dass die kausale Verursachung zu einer vollständigen Verantwortungszuschreibung an den Verursacher führt, ist nur dann zwingend, wenn dieser Verursacher in seinen Handlungsmöglichkeiten völlig frei war, also in einem liberalistischen Bild von Individuen, die sich frei entscheiden können.

Dies ist nun jedoch in vielen Handlungskontexten nicht der Fall. Stattdessen gibt es Rahmenbedingungen für das Handeln, Anreizsysteme, die bestimmte Handlungen anderen gegenüber bevorzugen, Ge- und Verbote, die die Handlungsfreiheit einschränken. In unterschiedlichem Maße wird so das individuelle Handeln trotz kausaler Verursachung der Folgen von Verantwortung ganz oder teilweise freigestellt. Beispiele sind das Handeln in stark regulierten Systemen wie Behörden, Unternehmen oder im Militär. Wenn sich hier Tätige an die Regeln des Systems halten und daraus ethisch problematische Folgen resultieren, wird Verantwortung üblicherweise nicht, zumindest nicht allein, den kausalen Verursachern dieser Folgen zugeschrieben, sondern denen, die für die Einrichtung der Regeln zuständig sind, häufig also Vorgesetzten. Derartige Regularien und Handlungssysteme machen individuelle Verantwortung nicht obsolet, relativieren sie aber (Bayertz 1995; Lenk 1992, 2015).

Genau hier liegt der Fehler der Argumentationskette. Denn der Konsum findet nicht in einem abstrakten Raum in absoluter Handlungsfreiheit statt, sondern inmitten einer realen Gesellschaft mit ganz realen Rahmenbedingungen. Diese sind kultureller Art. Lebensstile, Gewohnheiten, Wertmuster und Anerkennungsstrukturen, soziale Verhaltensmuster und ungeschriebene Regeln, letztlich soziale und kulturelle »Befindlichkeiten« haben Einfluss darauf, wie die individuellen Konsument/-innen ihren Konsum ausgestalten (Shove et al. 2012). Denn sie entscheiden mit darüber, welche Bedürfnisse welchen gesellschaftlichen Stellenwert haben, und welche Arten der Bedürfnisbefriedigung, z.B. in den Bereichen Tourismus oder Mobilität, welche gesellschaftliche Anerkennung genießen. Da jedoch diese gesellschaftlichen »Befindlichkeiten« sich entwickeln und nicht intentional gestaltet werden, ergibt sich auf

den ersten Blick keine Handhabe, die Verantwortungszuschreibung neu zu gestalten. Auf den zweiten allerdings fällt auf, dass die »Befindlichkeiten« nicht einfach so entstehen, sondern sich aus den Handlungen der vielen einzelnen Menschen ergeben. Wenn sich viele von diesen auf einen Weg »nachhaltigerer« Einstellungsmuster begeben würden, dann könnte die gesamte »Befindlichkeit« in die Richtung Nachhaltigkeit verschoben werden, natürlich auch mit Folgen für den Konsum. Das wäre jedoch ein Weg über sehr stark vermittelte und indirekte Kanäle und daher in seinen Folgen ex ante schwer einzuschätzen und ex post schwer zu messen.

Einfacher stellt sich dies bei einem anderen Typ von externen Rahmenbedingungen für den Konsum dar. Das sind die allgemein verbindlichen, politisch festlegbaren und damit öffentlich zu diskutierenden *Rahmenbedingungen*, innerhalb derer er stattfindet. Politische Bedingungen, Steuern, die Rechtslage, Wirtschaftsstrukturen, Anreizsysteme und weitere nationale und internationale Faktoren beeinflussen die Art und Weise, in der individuell gehandelt und konsumiert wird. Ein Beispiel stellen die vor Jahrzehnten beschlossenen Steuerbegünstigungen für Dieselfahrzeuge im Straßenverkehr in Deutschland dar. In anderen Ländern ohne diese politisch gewollte Privilegierung ist der Anteil der Dieselaautos (teils deutlich) niedriger. Es sind diese politisch gewollten Strukturen, in denen wir leben, handeln, arbeiten und konsumieren. Also müssen Rahmenbedingungen, Systemzwänge und Anreizsysteme geändert werden, die in Konsum und Lebensweisen bislang nicht nachhaltige Ausprägungen nahegelegt haben (Grunwald 2012; Petersen und Schiller 2011).

Auf diese Weise wird einerseits das Verursacherprinzip ernst genommen, andererseits aber die Einseitigkeit einer Attribution von Verantwortung ohne Ansehung der politisch gestaltbaren Rahmenbedingungen des Konsums überwunden. Sicher tragen die Konsument/-innen einen *Teil* der Verantwortung und können durch bewussten Konsum hier und da etwas ändern. Aber es gibt eben auch einen anderen Teil der Verantwortung, und dieser liegt nicht im privaten Bereich, sondern in den öffentlichen und damit politisch gestaltbaren Aspekten des Konsums. Für diese Rahmenbedingungen sind nicht die Konsument/-innen *als Konsument/-innen* verantwortlich – allerdings auch nicht die Politiker als Akteure eines politischen Systems. In einem demokratischen System sind letztlich die Bürgerinnen und Bürger der Souverän. Politisch gestaltbare und nachhaltigkeitsförderliche Rahmenbedingungen für den Konsum wären danach Gegenstand einer öffentlichen Debatte, die mittels transparenter und demokratisch legitimierter Verfahren für alle verbindlich gemacht werden können (Henkel 2013/2014).

Damit wird die Verantwortungsstruktur für den Konsum transparent: Wir tragen diese Verantwortung als individuelle Menschen gleichsam auf zwei unterschiedlichen Schultern. Mit der einen sind wir Verbraucher/-innen und Konsument/-innen und mühen uns in den Dingen des Alltags im Bereich pri-

vaten Handelns. Mit der anderen sind wir Bürger/-innen eines Gemeinwesens, in dem wir Mitverantwortung für die Regelung der uns gemeinsam betreffenden Angelegenheiten haben (Petersen und Schiller 2011). Eine Beschränkung der Verantwortungszuschreibung für den Konsum auf die Konsument/-innen übersieht diesen zweiten Aspekt und ist daher keine gerechtfertigte Responsibilisierung. Das Sichtbarmachen der politischen Seite der Verantwortung für den Konsum führt darauf, die Rolle der individuellen Menschen in einer Annäherung an eine nachhaltigere Wirtschaftsweise nicht auf ihr Konsumhandeln zu beschränken, sondern auch ihre Rolle als verantwortliche Bürgerinnen und Bürger in den Blick zu nehmen (Grunwald 2011).

Dies rückt die Bedeutung der Rolle der Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt. Durch individuelles Handeln kann Druck auf Institutionen aufgebaut bzw. vergrößert werden, relevante gesellschaftliche Bereiche ökologisch »umzubauen« (Grunwald 2012). Bürger/-innen nehmen oft Vorreiterrollen ein und zeigen, dass »etwas geht«, z.B. im Bereich der Energiewende in lokalen und kommunalen Aktivitäten. Bürger/-innen können als Agenten des Wandels gesehen werden und neue Rollenmodelle entwickeln, die die Verantwortung für öffentliche Belange wie die Nachhaltigkeit und die Umwelt stärker ins Bewusstsein bringen und Motivation zur Veränderung zu schaffen (Leggewie und Welzer 2011, S. 149). Bürger/-innen können auf diese Weise etablierte gesellschaftliche Strukturen, die allzu oft nicht nachhaltig sind, in Frage stellen und Alternativen vorschlagen. Dies kann im Rahmen der traditionellen politischen Institutionen und Verfahren erfolgen, wie zum Beispiel im Bereich der politischen Parteien, aber auch durch Engagement auf öffentlichen Plattformen, in Dialogen, den (Massen-)Medien, oder auch im Rahmen zivilgesellschaftlicher Organisationen.

Eine in Bezug auf Umwelt und Nachhaltigkeit ideale Welt würde den Konsum den Konsument/-innen überlassen und ihnen volle Konsumentensouveränität zugestehen – aber gleichfalls dafür sorgen, dass dieser Konsum »quasi automatisch« nachhaltig und umweltverträglich wäre. Dazu müssen verbindliche Regelungen im Sinne der Nachhaltigkeit erreicht werden statt einer bevorzughenden Beeinflussung des privaten Konsums. Eine zentrale Aufgabe auf dem Weg zu einem nachhaltigeren Konsum ist damit die Gestaltung nachhaltigkeitsförderlicher Rahmenbedingungen und Anreizstrukturen. Umsteuerungen auf dieser Ebene müssen demokratisch legitimiert, allgemeinverbindlich und perspektivisch auch übernational sein. Derartig auf Basis öffentlicher Debatte politisch gesetzte Rahmenbedingungen liefern auch eine gewisse zeitliche Stabilität über Modewellen des Konsums hinaus. Schließlich eröffnet diese Flexibilität auch die Möglichkeiten des Lernens und des Weiterentwickelns von Rahmenbedingungen, die den umweltbewussten Konsum unterstützen (Henkel 2013/2014).

5. SCHLUSSFOLGERUNGEN

Das Ergebnis der Überlegungen ist, dass Responsibilisierung zur Ermöglichung oder sogar zur Einforderung eines nachhaltigen Konsums erheblich komplexer ist, als sie ein naives Verständnis des Verursacherprinzips (Abschnitt 4.1) nahelegt. Verantwortung für mehr Nachhaltigkeit ruht auf »zwei Schultern«, die in ihren Möglichkeiten und Grenzen sicher sehr verschieden sind. Engagement im politischen Bereich und die Beachtung von Nachhaltigkeitskriterien z.B. beim Einkaufen im Supermarkt sind unterschiedliche Weisen, dieser Verantwortung zu entsprechen. Konsequenterweise geht Verantwortung für Nachhaltigkeit weit über die Konsumentenverantwortung (Heidbrink und Schmidt 2011) hinaus, die damit zwar nicht obsolet, aber in ihrem Anspruch und ihren Möglichkeiten stark relativiert wird.

Einseitige Responsibilisierung in Richtung auf Konsument/-innen ist riskant, weckt falsche Erwartungen und hat letztlich den Charakter einer großen Illusion. Bastian (2002) formulierte rhetorisch geschickt, fast polemisch:

»Ich denke aber, dass es nötig ist, sich kritisch mit dieser gigantischen Beruhigungspille, dieser ökologischen Selbstbeschäftigungstherapie auseinanderzusetzen. Nicht um der persönlichen Verantwortungslosigkeit das Wort zu reden, aber es ist wichtig, die Dimensionen korrekt abzustecken, innerhalb derer individuelles Tun und Lassen überhaupt seine Bedeutung hat – und wo es, wenn diese Dimensionen nicht erkannt und veranschlagt werden, zum Selbstbetrug entarten kann.« Bastian (2002)

Es ist eine gefährliche Illusion und bloßer Selbstbetrug, die Wende zur Nachhaltigkeit allein oder auch nur hauptsächlich von den Konsument/-innen und vom privaten Umwelthandeln zu erwarten. Responsibilisierung mit »guter Aussicht« auf Erfolg in Richtung Nachhaltigkeit und adäquat gemessen an den realen gesellschaftlichen Verhältnissen muss komplexere Ansätze in den Blick nehmen, vor allem in Bezug auf nachhaltigkeitsförderliche gesellschaftliche Rahmenbedingungen und entsprechende Anreizsysteme.

LITERATUR

- Balderjahn, Ingo, und Mathias Peyer. 2012. Das Bewusstsein für fairen Konsum: Konzeptualisierung, Messung und Wirkung. *DBW. Die Betriebswirtschaft* 72(4):343-364.
- Bastian, Till. 2002. Vom Sinn, vom Zweck und vom ökologischen Ablasshandel. *Scheidewege* 32. www.scheidewege.de/archiv_lieferbar/testseiten32/406_407_Till_Bastian.pdf (Zugegriffen: 05.04.2017).
- Bayertz, Kurt. 1995. *Verantwortung. Prinzip oder Problem?* Darmstadt: WBG.

- Busse, Tanja. 2006. *Die Einkaufsrevolution. Konsumenten entdecken ihre Macht*. München: oekom.
- Dahl, Jürgen. 1992. Zwölfzylinder, schadstoffarm. Von den Aporien des so genannten Umweltschutzes. *Scheidewege* 21:230-236.
- Dauvergne, Peter. 2008. *The Shadows of Consumption. Consequences for the Global Environment*. Cambridge, Mass.: MIT Press.
- Geden, Oliver. 2009. Strategischer Konsument statt nachhaltiger Politik? Ohnmacht und Selbstüberschätzung des »klimabewussten Verbrauchers«. *Transit* 36:132-141.
- Grunwald, Armin. 1999. Verantwortungsbegriff und Verantwortungsethik. In *Rationale Technikfolgenbeurteilung. Konzeption und methodische Grundlagen*, Hg. Armin Grunwald, 175-194. Berlin: Springer.
- Grunwald, Armin. 2004. Die gesellschaftliche Wahrnehmung von Nachhaltigkeitsproblemen und die Rolle der Wissenschaften. In *Dynamiken der Nachhaltigkeit*, Hg. Dieter Ipsen und Jan C. Schmidt, 313-341. Marburg: Metropolis.
- Grunwald, Armin. 2010. Die Ökologie der Individuen. Erwartungen an individuelles Umwelthandeln. In *Ökologische Aufklärung. 25 Jahre »Ökologische Kommunikation«*, Hg. Christian Büscher und Klaus Japp, 231-257. Wiesbaden: VS Verlag.
- Grunwald, Armin. 2011. Statt Privatisierung: Politisierung der Nachhaltigkeit. *GAIA* 20:17-19.
- Grunwald, Armin. 2012. *Ende einer Illusion. Warum ökologisch korrekter Konsum die Umwelt nicht retten kann*. München: oekom.
- Grunwald, Armin. 2013. Überforderte Verbraucher – warum Konsumentenverantwortung die Umwelt nicht rettet. In *Umweltverträglicher Konsum durch rechtliche Steuerung. Dokumentation des Symposiums in der Landesvertretung Sachsen-Anhalt in Berlin am 27.11.2012*, Hg. Umweltbundesamt, 6-18. Berlin: Umweltbundesamt.
- Hannen, Petra. 2013. Der schlafende Riese ist erwacht. *Akzente* 04/2013:14-24.
- Heidbrink, Ludger, und Imke Schmidt. 2011. Das Prinzip der Konsumentenverantwortung – Grundlagen, Bedingungen und Umsetzungen verantwortlichen Konsums. In *Die Verantwortung des Konsumenten. Über das Verhältnis von Markt, Moral und Konsum*, Hg. Ludger Heidbrink, Imke Schmidt und Björn Ahaus, 25-56. Frankfurt a.M.: Campus.
- Henkel, Anna. 2013/2014. Gesellschaftstheorie der Verantwortung: Funktion und Folgen eines Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität. *Soziale Systeme* 19(2):470-500.
- John, René, Melanie Jaeger-Erben und Jana Rückert-John. 2016. Elusive Practices: Considerations on limits and possibilities of environmental policy for sustainable consumption. *Journal of Environmental Policy and Governance* 26(2):129-140.

- Jonas, Hans. 1979. *Das Prinzip Verantwortung. Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Leggewie, Claus, und Harald Welzer. 2009. *Das Ende der Welt, wie wir sie kennen*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Lenk, Hans. 1992. *Zwischen Wissenschaft und Ethik*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Lenk, Hans. 2015. *Human-soziale Verantwortung*. Bochum: Projektverlag.
- Petersen, Thomas, und Johannes Schiller. 2011. Politische Verantwortung für Nachhaltigkeit und Konsumentensouveränität. *GAIA* 20:157-161.
- Reisch, Lucia, und Kornelia Hagen. 2011. Kann der Konsumwandel gelingen? Chancen und Grenzen einer verhaltensökonomisch basierten sozialen Regulierung. In *Die Verantwortung des Konsumenten. Über das Verhältnis von Markt, Moral und Konsum*, Hg. Ludger Heidbrink, Imke Schmidt und Björn Ahaus, 221-244. Frankfurt a.M.: Campus.
- Revermann, Christoph, Thomas Petermann und Maik Poetzsch. 2014. *Chancen und Kriterien eines allgemeinen Nachhaltigkeitssiegels*. TAB Arbeitsbericht 163. Berlin: Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag.
- RNE – Rat für nachhaltige Entwicklung. 2011. *Nachhaltiger Warenkorb*. www.nachhaltigkeitsrat.de/projekte/eigene-projekte/nachhaltiger-warenkorb/ (Zugegriffen: 05.04.2017).
- Rückert-John, Jana. 2015. Der Wandel des Ernährungsalltags als Herausforderung für die Ernährungs- und Verbraucherkommunikation. *HiBiFo. Haushalt in Bildung & Forschung* 3/2015:39-50.
- Scherhorn, Gerhard, und Christoph Weber, Hg. 2002. *Nachhaltiger Konsum. Auf dem Weg zur gesellschaftlichen Verankerung*. München: oekom.
- Shove, Elizabeth, Mika Pantzar und Matt Watson. 2012. *The Dynamics of Social Practice: Everyday Life and how it changes*. London: Sage.
- Thaler, Richard, und Cass Sunstein. 2003. Libertarian Paternalism. *American Economic Review* 93:175-179.

Überforderte Politik – warum nur individuelle Verantwortungsübernahme die Ökosphäre rettet

Niko Paech

1. EINLEITUNG

Die Nachhaltigkeitsdebatte evoziert unterschiedlichste Reaktionen und Antworten auf drängende Überlebensfragen, was zwangsläufig Kontroversen heraufbeschwört. Deren heftigste ist jene zwischen der Position einer ökologischen Modernisierung auf der einen Seite, oft mit Begriffen wie »grünes« oder »qualitatives Wachstum« (Binswanger 1991) sowie »Green Growth« bzw. »Green Economy« (Hawken et al. 2000) belegt, und wachstumskritischen Konzeptionen auf der anderen Seite, zuweilen als »Degrowth« (Martínez-Alier 2009), »Postwachstumsökonomie« (Paech 2008, 2012b), »Décroissance« (Latouche 2006) oder »Decrescita« (Pallante 2005) bezeichnet. Den Dreh- und Angelpunkt bildet dabei eine gegensätzliche Einschätzung der Möglichkeiten, das ohne Wirtschaftswachstum nicht zu stabilisierende Konsummodell mittels »grüner« Innovationen von ökologischen Schäden zu entkoppeln.

In ihren Implikationen für eine Transformation moderner Gesellschaften sind beide Ansätze, dies ist eine der Thesen des vorliegenden Beitrags, weitaus disparater, als gemeinhin angenommen. Dies gilt insbesondere mit Blick auf mögliche Schlüsselakteure und Institutionen des Wandels sowie die daraus abzuleitenden Verantwortungszuweisungen. Im Folgenden soll begründet werden, dass eine Nachhaltigkeitsstrategie, die von demokratisch zu legitimierenden Politikinstanzen initiiert oder durch institutionelle Rahmenveränderungen herbeigeführt werden soll (nachfolgend als »politische Nachhaltigkeitsstrategie« bezeichnet), aussichtslos ist, weil sie auf Voraussetzungen beruht, die sowohl theoretisch als auch empirisch gegenstandslos sind. Politische Nachhaltigkeitsstrategien sind von der Durchführbarkeit einer ökologischen Modernisierung, also grünem Wachstum abhängig. Letzteres setzt wiederum voraus, dass eine Entkopplung industriellen Wohlstandes möglich ist.

Zusehends offenkundiger wird, dass alle erdenklichen Entkopplungsversuche systematisch ins Leere laufen oder über sogenannte »Rebound-Effekte« (Paech 2012a) kontraproduktiv wirken können. Als Alternative verbleibt nur eine Degrowth- bzw. Postwachstumsstrategie, also eine prägnante Reduktion oder Begrenzung materieller Ansprüche. Eine derartige Transformation ist unter den empirischen Bedingungen zeitgenössischer Konsumgesellschaften inkompatibel mit einer politischen Nachhaltigkeitsstrategie. Sie ist bestenfalls als autonome Diffusion postwachstumstauglicher Lebensführungen und Versorgungsmuster darstellbar. Dies setzt wiederum voraus, dass hinreichend viele Konsument/-innen ihrer besonderen Verantwortung für den damit anvisierten Wandel gerecht werden. Hierzu bedarf es eigenständiger Initiativen, getragen von Pionieren, die reduktive Lebenspraktiken glaubwürdig ausführen, damit diese als Kommunikationsinstrument fungieren können, um im nächsten Schritt die Imitation bzw. Adoption derartiger Praktiken zu induzieren. Die als Träger dieses Szenarios unabdingbaren funktionalen Eliten können durch eine Politik, die von den Wählerstimmen einer konsum- und kosmopolitisch orientierten Mehrheit abhängig ist, nicht adressiert werden. Deshalb kann sich deren Agieren allein aus individueller ökologischer Verantwortung speisen, die sich als hinreichend widerständig gegenüber dominanten Fortschritts- und Wachstumsparadigmen erweist.

Die Notwendigkeit und Möglichkeit einer derartigen Verantwortungsübernahme, die sich als materielle Selbstbegrenzung konkretisiert, wird von Befürwortern eines grünen Wachstums mittels diverser Argumentationsmuster zurückgewiesen. Erstens wird die Entkopplungshypothese verteidigt, zweitens Konsumreduktion als probates Mittel tabuisiert und drittens die notwendige Konsumentenverantwortung als unbillige Überforderung deklariert. Diese Begründungen werden im Folgenden zu prüfen sein.

2. ENTKOPPLUNGSVERSUCHE SIND AUSSICHTSLOS

Die Green Growth-Strategie fußt auf drei Maßnahmenkategorien, denen zugetraut wird, industrielle Wertschöpfung ökologisch zu entkoppeln. Es handelt sich dabei erstens um Effizienzmaßnahmen, die darauf zielen, den Ressourceninput pro Wertschöpfungseinheit zu minimieren (vgl. Schmidt-Bleek 2000, von Weizsäcker et al. 2010), zweitens um geschlossene Ressourcenkreisläufe, die einen industriellen Metabolismus ermöglichen sollen, der ökologisch unschädlich ist (vgl. Huber 1995; Braungart und McDonough 2003), und drittens um den Einsatz erneuerbarer Energieträger, um decarbonisierte Produktions- und Verkehrssysteme, zumal eine »solare Weltwirtschaft« (Scheer 1999) erschaffen zu können. Mittels dieser Designprinzipien sollen nachhaltige Substitute für derzeit genutzte Produkte, Dienstleistungen, Mobilitätsformen,

Technologien, Infrastrukturen und sonstige Artefakte menschlicher Wertschöpfung erzeugt werden.

Nichts ist indes spektakulärer gescheitert als die unzähligen Versuche, Zuwächse an Güterproduktion – ohne die das aktuelle Wohlstandsniveau aufgrund seiner Wachstumsabhängigkeit nicht zu stabilisieren ist (vgl. Binswanger 2006; Paech 2007) – durch »grüne« Innovationen ökologisch zu neutralisieren. Dabei handelt es sich um kein vorübergehendes, sondern systematisches Phänomen. Steigerungen des Bruttoinlandsproduktes (BIP) setzen *zusätzliche Produktion* voraus, die als Leistung von mindestens einem Anbieter und zu einem Empfänger übertragen werden muss und einen Geldfluss induziert, der *zusätzliche Kaufkraft* entstehen lässt. Der Wertschöpfungszuwachs hat somit eine materielle Entstehungsseite und eine finanzielle Verwendungsseite des Einkommenszuwachses. *Beide* Wirkungen wären ökologisch zu neutralisieren, um die Wirtschaft ohne Verursachung zusätzlicher Umweltschäden wachsen zu lassen. Das heißt: Selbst wenn sich die Entstehung einer geldwerten, damit BIP-relevanten Leistungsübertragung jemals entmaterialisieren ließe – was abgesehen von singulären, nicht übertragbaren Laborversuchen bislang nicht absehbar ist –, bliebe das Entkopplungsproblem solange ungelöst, wie sich mit dem zusätzlichen Einkommen beliebige Güter finanzieren lassen, die nicht vollständig entmaterialisiert sind. Beide Entkopplungsprobleme sollen kurz beleuchtet werden.

2.1 Entstehungsseite des BIP: Materielle Rebound-Effekte

Wie müssten Güter beschaffen sein, die als geldwerte Leistungen von mindestens einem Anbieter zu einem Nachfrager übertragen werden, deren Herstellung, physischer Transfer, Nutzung und Entsorgung jedoch aller Flächen-, Materie- und Energieverbräuche enthoben sind? Bisher ersonnene Green Growth-Lösungen erfüllen diese Voraussetzung offenkundig nicht, ganz gleich ob es sich dabei um Passivhäuser, Elektromobile, Ökotextilien, Photovoltaikanlagen, Bio-Nahrungsmittel, Offshore-Anlagen, Blockheizkraftwerke, Smart Grids, solarthermische Heizungen, Cradle to Cradle-Verpackungen, Carsharing, digitale Services etc. handelt. Nichts von alledem kommt ohne physischen Aufwand, insbesondere neue Produktionskapazitäten, Distributionssysteme, Mobilität und hierzu erforderliche Infrastrukturen aus, was somit zu einer weiteren materiellen Addition führen muss, solange sich daraus wirtschaftliches Wachstum speisen soll.

Aber könnten die »grünen« Produkte den weniger nachhaltigen Output nicht einfach ersetzen, anstatt addiert zu werden, so dass im Saldo eine ökologische Entlastung eintritt? Diese Strategie scheitert in zweierlei Hinsicht: Erstens würde es nicht ausreichen, nur Output-Ströme zu ersetzen, solange der hierzu zwangsläufig nötige Strukturwandel mit einem Zuwachs an mate-

riellen Bestandsgrößen und Flächenverbräuchen (wie bei Passivhäusern oder Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien) einhergeht. Die bisherigen Kapazitäten und Infrastrukturen wären zu beseitigen. Aber wie könnte die Materie ganzer Industrien, Gebäudekomplexe oder etlicher Millionen an fossil angetriebenen PKW (um sie durch E-Mobile zu ersetzen) und Heizungsanlagen (um sie durch Elektro- oder solarthermische Anlagen zu ersetzen) ökologisch neutral verschwinden?

Zweitens könnte das BIP gerade nicht systematisch wachsen, wenn jedem grünen Wertschöpfungsgewinn ein Verlust infolge des Rückbaus alter Strukturen entgegensteht. Dies lässt sich exemplarisch an der deutschen ›Energie-wende‹ nachzeichnen. Zunächst entpuppen sich die momentan von der Green Growth-Gemeinde bestaunten Wertschöpfungsbeiträge der erneuerbaren Energien bei genauerer Betrachtung bestenfalls als Stroheffekt. Nachdem nämlich die vorübergehende Phase des Kapazitätsaufbaus abgeschlossen ist, reduziert sich der Wertschöpfungsbeitrag auf einen Energiefluss, der vergleichsweise geringe Zuwächse des BIP verursacht und nicht beliebig gesteigert werden kann – es sei denn, die Produktion neuer Anlagen wird ohne Begrenzung fortgesetzt. Aber dann nähmen die schon jetzt unerträglichen Landschaftszerstörungen entsprechend zu.

Daran zeigt sich ein unlösbares Dilemma vermeintlich »grüner« Technologien: Insoweit auch diese niemals zum ökologischen Nulltarif zu haben sind, verlagern sie Umweltschäden nur in eine andere physische, räumliche, zeitliche oder systemische Dimension, in der früher oder später eben andere Wachstumsgrenzen erreicht werden. Entsprechend unbrauchbar sind die Versuche, Entkopplungserfolge empirisch zu belegen, zumal Verlagerungseffekte kaum berechenbar sind: Wie lassen sich CO₂-Einsparungen mit Landschaftszerstörungen saldieren? Eine weitere Implikation materieller Rebound-Effekte besteht darin, dass per se ›nachhaltiger Konsum‹ schon theoretisch nicht existieren kann. Nachhaltig können bestenfalls in Gänze betrachtete, also unter Einbeziehung aller ökologisch relevanten Aktivitäten bilanzierte Lebensstile sein (vgl. Paech 2011).

2.2 Verwendungsseite des BIP: Finanzielle Rebound-Effekte

Selbst wenn entmaterialisierte Produktionszuwächse je möglich wären, müssten die damit unvermeidlich korrespondierenden Einkommenszuwächse ebenfalls ökologisch neutralisiert werden. Aber es erweist sich als schlicht undenkbar, den Warenkorb jener Konsument/-innen, die das in den »grünen« Branchen zusätzlich erwirtschaftete Einkommen beziehen, von Gütern freizuhalten, in deren globalisierte Produktion fossile Energie und andere Rohstoffe einfließen. Würden Personen, die in den Branchen (vermeintlich) »grüner« Produktion beschäftigt sind, keine Eigenheime bauen, nicht mit dem Flug-

zeug reisen, kein Auto fahren und nicht übliche Konsumaktivitäten in Anspruch nehmen – und zwar mit steigender Tendenz, wenn das verfügbare Einkommen wächst? Ein zweiter finanzieller Rebound-Effekte droht, wenn grüne Investitionen den Gesamt-Output erhöhen, weil nicht zeitgleich und im selben Umfang die alten Produktionskapazitäten zurückgebaut werden (die gesamte Wohnfläche nimmt durch Passivhäuser zu, die gesamte Strommenge steigt durch Photovoltaikanlagen), was tendenzielle Preissenkungen verursacht und folglich die Nachfrage erhöht. Es ist nicht einmal auszuschließen, dass davon der fossile Sektor mitprofitiert. Ein dritter finanzieller Rebound-Effekt tritt ein, wenn Effizienzerhöhungen die Betriebskosten bestimmter Objekte (Häuser, Autos, Beleuchtung etc.) reduzieren.

Finanzielle Rebound-Effekte ließen sich vermeiden, wenn der Einkommenszuwachs abgeschöpft würde – aber damit würde das Wachstum gleichsam verhindert. Was könnte absurder sein, als Wachstum zu generieren, um die damit intendierten Einkommenssteigerungen zu neutralisieren? Die Behauptung, durch Investitionen in grüne Technologien könne Wirtschaftswachstum mit einer Senkung von Umweltbelastungen einhergehen, ist also nicht nur falsch, sondern kehrt sich ins genaue Gegenteil um: Grüne Technologien haben allein unter der Voraussetzung eines nicht wachsenden BIPs überhaupt eine Chance, die Ökosphäre zu entlasten. Und dies ist nicht einmal eine hinreichende Bedingung, wie sich im Abschnitt 2.1 zeigte.

3. MIT DER ENTKOPPLUNG SCHEITERT NICHT NUR DIE ÖKOLOGISCHE MODERNISIERUNG

Die immense Attraktivität, zumal politische Anschlussfähigkeit einer auf Entkopplung beruhenden Modernisierungsstrategie versteht sich von selbst. Sie verspricht nichts Geringeres als eine verzichtsfreie Umbettung etablierter Konsum- und Mobilitätsmuster in eine ökologisch optimierte Technikumgebung. Was Konsument/-innen unter dem Green Growth-Regime noch an eigener Verantwortung wahrzunehmen haben, beschränkt sich darauf, bisherige Produkt- und Dienstleistungen durch nachhaltigere Substitute zu ersetzen: Passivhaus statt konventionelles Haus, E-Mobil statt Verbrennungsmotor, Car-Sharing statt eigenen PKW, Tofu statt Fleisch, LED statt Glühbirne, Ökostrom statt Kohlestrom etc. Statt Individuen Reduktionsleistungen oder Komforteinbußen abzuverlangen, sollen ihnen – gemessen am bisherigen Wohlstandsniveau – adäquate Substitute, also nachhaltiger Konsum angedient werden. Obwohl dies nicht mehr erfordern würde, als die Wahl des Anbieters, den Griff ins Regal oder den Mausclick lediglich anderes zu positionieren, findet sich innerhalb des sozialwissenschaftlichen Nachhaltigkeitsdiskurses tatsächlich die Position, dass selbst dieses Minimum an eigener Verantwortung

eine Überforderung darstellen würde, prominent vertreten von Grunwald (2010, 2012, 2013).

Folgerichtig wären Konsument/-innen in zweifacher Hinsicht von einer Verantwortung für die Konsequenzen des eigenen Handelns zu entbinden. Entlastet werden sollen sie zum einen von unangenehmen Reduktionserfordernissen, die stattdessen über ein technologisches Abfuhrmittel – etwa die Energiewende – einem innovativen, nunmehr dafür zuständigen wirtschaftlichen Teilsystem zugewiesen werden. Letzteres soll nachhaltige Substitute bereitstellen, getreu der Green Growth-Maxime »Nicht weniger, sondern ›anders‹ konsumieren!« (Grunwald 2012, S. 12). Zum zweiten bedarf es geeigneter Politikinstrumente, um Konsument/-innen nicht damit zu überfordern, die nachhaltigen Alternativen eigenverantwortlich auswählen zu müssen. »Es wäre zynisch, an das private Handeln zu appellieren, wenn plausible Zweifel bestehen, dass dieses Handeln die erhofften positiven Folgen haben wird.« (Grunwald 2010, S. 181). Bevor darauf eingegangen wird, wie überzeugend diese Einschätzung ist, soll ausgelotet werden, ob die Option einer politischen Gestaltung überhaupt besteht.

Viele der politischen Instrumente, die im Nachhaltigkeitskontext diskutiert werden, entstammen der tradierten Umwelt- und Wohlfahrtsökonomik (vgl. Pigou 1920). Dazu zählen monetäre Anreizsysteme wie Umweltsteuern, Verschmutzungslizenzen oder Subventionen, die das Güterpreisverhältnis zugunsten nachhaltigerer Alternativen verändern und somit die Nachfrage verlagern sollen. Ähnliche Effekte werden öffentlichen Investitionen und staatlichen Förderprogrammen zugetraut. Weitaus stringendere Maßnahmen erstrecken sich auf Genehmigungspraktiken, Ge- oder Verbote, Auflagen oder Mengenbeschränkungen und Quoten. Derartige Eingriffe suggerieren im Vergleich zu monetären Anreizsystemen eine hohe Wirksamkeit, weil sie die Handlungsfreiheit der adressierten Akteure unmittelbar einschränken, doch selbst diese, wie ohnehin alle anderen Instrumente, wurden stets damit begründet und unter dem Vorbehalt angewandt, dass hinreichend adäquate Alternativen verfügbar sind, um die zu vermeidenden Optionen problemlos, vor allem ökonomisch zumutbar substituieren zu können. Diese Prämisse gilt erst recht für »weiche« Maßnahmen, wie etwa freiwillige Verpflichtungen, Aushandlungsprozesse, (Multi-)Stakeholder-Dialoge sowie Beratungs-, Informations- oder Bildungsangebote. Besondere Beachtung erfährt seit einiger Zeit das sog. »Nudging« (Sunstein und Thaler 2008). Es stellt darauf ab, bisherige Handlungsmuster unverbindlich und – im Gegensatz zu Verboten und Anreizsystemen – sanktionsfrei zugunsten erwünschter Alternativen umzulenken; Konsumenten sollen lediglich sanft »angestubst« werden. Theoretisch basiert dieses Vorgehen auf der »Behavioral Economics« (Kahneman und Tversky 1979), die sich, gestützt auf Erkenntnisse der kognitiven Psychologie, vom klassischen Rationalitätsparadigma abgrenzt.

Ganz gleich, an welchen dieser oder davon abgewandelten Instrumenten sich die Debatte über geeignete Nachhaltigkeitspolitiken orientiert, definitiv nie vorgesehen war und ist, dadurch die weitere Expansion der Güterproduktion – genauer: die unbegrenzte Steigerung materieller Freiheiten – auch nur vorsichtig zu hinterfragen. Von der Glaubwürdigkeit dieses Versprechens hängt ab, ob die Wählermehrheit eine politische Nachhaltigkeitsstrategie akzeptiert. Sie baumelt somit am seidenen Faden der Entkopplung, denn anders können keine zumutungsfreien Problemlösungen generiert werden.

Wenn aber gerade die Entkopplung industriellen Wohlstandes systematisch versagt, verliert die grüne Modernisierungsstrategie ihre Basis. Würde dieser Sachverhalt akzeptiert und in den Kontext einer politischen Nachhaltigkeitsstrategie übersetzt, könnten entsprechende Programme, Gesetzeswerke oder Rahmenbedingungen – sofern sie unter diesen Bedingungen eine ökologische Entlastung bewirken sollen –, allein darin bestehen, ruinöse Lebenspraktiken mit materiellen Restriktionen zu versehen, also den Wählern Anspruchsmäßigkeiten aufzuerlegen. Aber dieser Weg ist versperrt: Wie wahrscheinlich ist es, dass die Insassen wattierter Komfortzonen einer Politik zustimmen, die ihnen genau das zumutet, wogegen sich sämtliche Entwicklungsprogramme seit dem Zweiten Weltkrieg gestemmt haben, nämlich Mäßigung?

Marxistische oder kapitalismuskritische Positionen innerhalb des Postwachstumdiskurses suggerieren zuweilen, dieses Dilemma ließe sich als »Machtfrage« oder Verteilungsproblem lösen, indem die Reduktionsleistungen höheren Einkommensgruppen zugewiesen werden, so dass die Mehrheit verschont bleibt. Aber es ist schon lange keine Elite mehr, die das Gros der Ressourcen verbraucht. In vorherrschenden Konsumdemokratien und vielen Schwellenländern ist es umgekehrt nur noch eine Minderheit, die nicht über ihre ökologischen Verhältnisse lebt, weil Flugreisen, Elektronik und andere Konsumgüter für Massen so erschwinglich geworden sind. Jede auch noch so bemüht gerechte Postwachstumspolitik müsste sich also zwangsläufig mit demokratischen Mehrheiten anlegen. Dass die zusehends hedonistisch geprägten Mittelschichten auch nur daran denken können, sich einer politisch erzwungenen Entzugskur zu unterwerfen, würde voraussetzen, die notwendigen Praktiken der Genügsamkeit, Sesshaftigkeit und graduellen Selbstversorgung erst eingeübt zu haben, um sie verkraften zu können.

Politischen Entscheidungsträger/-innen würde es als grobe Verantwortungslosigkeit angelastet, vollends von industrieller Fremdversorgung abhängige Individuen mit Begrenzungen zu traktieren, denen alle Alltagspraktiken entgegenstehen, die parteiübergreifend seit jeher als sozialer Fortschritt zelebriert und forciert wurden. Die Systemlogik zeitgenössischer Konsumdemokratien gleicht einem Überbietungswettbewerb: Wer verspricht glaubhaft die meisten Freiheits- und Wohlstandszuwächse für möglichst viele Menschen? Politische Nachhaltigkeitsstrategien, die einerseits von demokratischen Mehr-

heiten abhängig sind, andererseits eingedenk nicht existenter Entkopplungsoptionen nur reduktiv sein können, gleichen einer Quadratur des Kreises.

Insbesondere betroffen ist davon der momentan favorisierte »Nudging«-Ansatz. Dieser scheitert bereits an einem inhärenten Dilemma, weil er aufgrund seines »libertären Paternalismus« auf einer versteckten Bevormundung basiert. Nun sei dieses »Manko überraschend einfach heilbar« (Grunwald 2012, S. 85), wenn das Vorgehen in einem »transparenten und demokratischen Beratungs- und Entscheidungsprozess« legitimiert würde. Aber eine derartige »Selbstüberlistung als Trick der Demokratie« (Grunwald 2012, S. 98) beruht auf der Kuriosität, jemanden austricksen zu wollen, der den Trick nicht nur kennt, sondern dessen Anwendung vorher zugestimmt hat.

Hinzu kommt, dass ein derartiges »Regulieren durch Anstupsen« (Smedinck 2011) vollends der Green Growth-Logik entlehnt ist, also nur mit Umlenkung und Substitution vereinbar ist. Ohne Entkopplung fehlen jedoch adäquate Ersatzlösungen, insbesondere für die verheerendsten Praktiken (z.B. Flugreisen), oder es werden Scheinlösungen bemüht, die wegen materieller Rebound-Effekte nur Probleme verlagern (z.B. Energiewende). Es verbliebe also nur die ersatzlose Reduktion nachhaltigkeitsdefizitärer Praktiken. Genau damit ist das Nudging schlicht inkompatibel.

Daraus folgt eine Unvereinbarkeit: Politisch durchsetzbar ist nur, was die Verbrauchermehrheit nicht verängstigt, also die gewohnte Komfortzone nicht tangiert – aber genau deshalb ökologisch wirkungslos ist. Umgekehrt wäre eine Strategie der Mäßigung politisch inkompatibel, denn keine demokratisch gewählte Regierung eilt einem reduktiven Wandel voraus, sondern aus Furcht vor überforderten Wählern bestenfalls hinterher. Aber wenn alles, was mehrheitsfähig ist, langfristig ins Desaster führt, enden die Gestaltungsmöglichkeiten demokratischer Politikinstanzen.

4. EIN DRITTER WEG: SOZIALE DIFFUSION VERANTWORTBARER LEBENSFÜHRUNGEN

Wenn die Entkopplungsoption ausscheidet, entspricht es keinem ethischen Imperativ, sondern einer mathematischen Konsequenz, dass nur die Abkehr vom Wachstum als Lösung verbleibt – mehr noch: Die industrielle Wertschöpfung und fossile Mobilität wäre in den Konsumgesellschaften derart zu reduzieren, dass die Ressourcenverbräuche pro Kopf auf ein ökologisch global übertragbares Niveau sinken. So impliziert das Zwei-Grad-Klima-Ziel bei weltweiter Gleichverteilung der damit kompatiblen Gesamtmenge an CO₂-Emissionen ein individuelles Budget von maximal ca. 2,5 Tonnen pro Jahr. Tatsächlich liegt dieser Wert in Deutschland bei ca. 11 Tonnen. Die Folgen des somit notwendigen Rückbaus an Industrieproduktion und Verkehr würden zwangsläufig

direkt oder indirekt bis zur individuellen Ebene durchdringen und müssten durch Selbstbegrenzung sowie graduell subsistenten Versorgungsleistungen umgesetzt werden. Dies bewältigen zu können ist keine Frage der Einsicht oder bekundeten Intention, sondern setzt genau das voraus, woran es in zeitgenössischen Konsumdemokratien am stärksten mangelt: Belastbarkeit und eingeübte Fertigkeiten, um genügsamen Versorgungsmodi gewachsen zu sein.

Je höher das aktuelle Fremdversorgungsniveau ist, desto wahrscheinlicher wird die Rückkehr zu global übertragbaren Mobilitäts- und Konsummustern als Entbehrung empfunden. Situationen, die den bislang beanspruchten Komfort vermissen lassen, rufen die Angst hervor, an bescheideneren Daseinsformen mangels hinreichender manueller Befähigung zu scheitern. Zu meistern wäre überdies nicht nur das Gefälle zwischen dem bisherigen Komfortniveau und einer postwachstumstauglichen Lebensführung, sondern auch die Konfrontation mit den Erwartungen und Normalitätsvorstellungen des sozialen Umfeldes. Damit einhergehende Beziehungskonflikte, Scham- und Ausgrenzungsgefühle sind ohne entsprechende Übung schwer zu ertragen. Die nötige Disziplin ist mit dominierenden Freiheitsvorstellungen, ganz zu schweigen von antiautoritären Erziehungs- bzw. Bildungsidealen, unvereinbar.

Allein die Dynamik sozialer Diffusionsprozesse (vgl. Rogers 1995) könnte die zunächst punktuelle Stabilisierung, sodann allmähliche Ausbreitung postwachstumstauglicher Konsum- und Mobilitätspraktiken befördern. Je tiefgreifender der Bruch mit Routinen ist, der Individuen abzuverlangen ist, umso notwendiger ist es, die resultierenden Lebensführungen zunächst in Nischen vorzubereiten, zu erproben, um sie darauf aufbauend sukzessive vervielfältigen zu können. Die sozialwissenschaftliche Diffusionsforschung unterstellt, dass die Bereitschaft eines Individuums, eine anspruchsvolle Neuerung, zumal Handlungsänderung zu übernehmen, mit der Anzahl beobachteter Übernahmen durch andere Individuen korreliert ist. Die individuelle Adoptionsneigung lässt sich als mindestens erforderliche Anzahl vorhergehender Übernahmen modellieren, die eine Person innerhalb des für sie relevanten sozialen Umfeldes wahrgenommen haben muss, um fähig und willens zu sein, die Neuerung selbst zu adoptieren. Diese Untergrenze (Adoptionsschwelle) variiert interpersonal und gilt als normalverteilt.

Unter diesen alles andere als heroischen Prämissen beginnt eine Transformation typischerweise in Nischen, wo sich Neuerungen zuerst als Minderheitenphänomen bewähren können. Die solchermaßen durch Vorreiter/-innen (Pioniere, »early adopters«) in Erscheinung gebrachten Praktiken können von der Kohorte mit der nächsthöheren Adoptionsschwelle übernommen werden. Das damit gesteigerte Quantum an beobachtbaren Adoptionen kann wiederum die Kohorte mit der abermals nächsthöheren Adoptionsschwelle zur Übernahme veranlassen etc. (vgl. Schelling 1978).

Ohne vorhergehende und eigenständige Verantwortungsübernahme durch ein hinreichendes Quantum an Vorreiter/-innen und frühen Adopter/-innen, die den sukzessiven Diffusionsvorgang initiieren, könnte niemals eine kritische Masse an real ausgeführten Reduktionspraktiken entstehen. Ohne Erfüllung dieser Vorbedingung ist eine wirksame Transformation nicht darstellbar. Im Übrigen: Selbst eine politische Entscheidungsinstanz bedürfte eines beweiskräftigen Rückhaltes, basierend auf einem empirischen Minimum an bewährter Umsetzung, um weniger bequeme Rahmenbedingungen auch nur erwägen zu können. Anspruchsreduktion lässt sich eben nicht delegieren, sie muss im Gegensatz zur bloßen Umlenkung des Konsums eingeübt, in sozialen Strukturen stabilisiert und individuell beherrscht werden können. Aber wer soll die hierzu notwendigen Pioniere und frühen Adopter verkörpern, wenn die dafür Prädestinierten mit sogar wissenschaftlicher Expertise als »überfordert« deklariert werden, was schnell zu einer fatalen Mischung aus Alibi und self-fulfilling prophecy werden kann?

5. DIE VERMEINTLICH ÜBERFORDERTEN KONSUMENT/-INNEN

Die allen voran von Grunwald (2010, 2012, 2013) bemühten Argumente gegen eine mögliche Verantwortungszuweisung an Konsument/-innen verinnerlichen die Green Growth-Logik per definitionem: »Es geht also nicht darum, den Konsum einfach herunterzufahren, sondern ihn anders auszugestalten, damit er weniger Umwelt- und Gerechtigkeitsprobleme verursacht.« (2012, S. 12f.) Aber letzteres könne von Konsument/-innen nicht durch eigenverantwortliche Handlungen erfolgen, sondern sei nur über den Umweg, dass – dieselben – »Bürger politisch Druck ausüben« (Grunwald 2012, S. 107), erreichbar. Im Idealfall sollen »Weltbürger«, die sich zu einem neuen »Kosmopolitismus« formieren und »auf den verschiedenen Foren miteinander diskutieren und die politischen Systeme dazu bringen, den umweltbewussten Konsum zu fördern« (Grunwald 2012, S. 103). Als Beispiel wird die als Blaupause für Green Growth geltende (wenngleich inzwischen als gescheitert betrachtete) Energie-wende angeführt (vgl. Grunwald 2012, S. 98).

Wie wird die Zurückweisung einer Konsumentenverantwortung begründet?

- a. Die zunehmende Moralisierung des Konsumverhaltens drohe, wenngleich informell, diktatorische Züge anzunehmen (vgl. Grunwald 2012, S. 6of.).
- b. Moralischem Druck sei leicht auszuweichen, denn »es existieren genügend Strategien, gegen besseres Wissen zu handeln« (Grunwald 2012, S. 47). Zudem würden »ökologisch korrekte« Handlungen einem »Ablasshandel« (Grunwald 2010, S. 180) oder »als bloßes Schmiermittel fürs Gewissen«

- (Grunwald 2012, S. 78) dienen. Sogar eine »Lust am Selbstbetrug« (Grunwald 2012, S. 86) sei nicht auszuschließen.
- c. Es mangle an Transparenz und Informationen über die Folgen bestimmter Konsumhandlungen. Der Komplexität von Entscheidungsprozessen zugunsten ökologisch tragfähiger Optionen seien Konsument/-innen nicht gewachsen. Eine »handlungsbezogene Interpretation sowie Bewertung von Lebenszyklusbilanzen überfordern privat Handelnde« (Grunwald 2010, S. 179). Nachhaltigkeitskennzeichen, Zertifikate und Gütesiegel etc. würden keine Abhilfe schaffen.
 - d. Die »funktionale Überforderung« zeige sich auch darin, dass keine »gute Aussicht« darauf bestünde, den angestrebten Zweck erreichen zu können. Denn die »seit zwei bis drei Jahrzehnten laufenden Bemühungen in Umweltbildung und Umweltkommunikation [haben] keinen Durchbruch gebracht« (Grunwald 2013, S. 11).
 - e. Eigenverantwortliches Nachhaltigkeitshandeln könne nur wenig bewirken, weil »ein Durchbruch« voraussetzen würde, dass die Verbraucher »weltweit mitspielen« (Grunwald 2013, S. 11), wofür aber keinerlei Anzeichen erkennbar seien.
 - f. Im Zuge der Finanzkrise, so wird argumentiert, sei nicht ein Fehlverhalten der Banker/-innen, sondern »Regeln und Zwänge« sowie eine bestimmte »Systemlogik«, denen sich die Akteure nicht hätten entziehen können, ursächlich für den Crash gewesen. Es sei daher nicht »Privatsache der Banker«, sondern »Aufgabe politischer Regulierung durch Setzung besserer Rahmenbedingungen« (Grunwald 2012, S. 92), Missständen abzuhelpfen. Eine derartige »attributive Überforderung« (Grunwald 2013, S. 13) läge auch im Konsumbereich vor, denn »Anreizsysteme, die bestimmte Handlungen anderen gegenüber bevorzugen sowie Ge- und Verbote [würden] die Handlungsfreiheit einschränken« (Grunwald 2013, S. 14). Es sei somit fragwürdig, Individuen die Verantwortung für die Folgen eigener Konsumentscheidungen zuzuweisen.
 - g. Zu befürchten seien Rebound-Effekte nachhaltiger Konsumhandlungen.

Ad a. Es dürfte nicht leicht zu begründen sein, dass in einem formal nicht regulierten Handlungsfeld stärkerer diktatorischer Druck herrschen soll als unter einem Regime handlungslenkender Rahmenbedingungen, die Grunwald gerade fordert.

Ad b. Hier drängt sich die Frage auf, wie der Umwelt-, Öko- und Nachhaltigkeitsdiskurs ohne moralischen Druck, der von einer gesellschaftlichen Minderheit ausgeübt wurde, überhaupt hätte entstehen können. Ganz zu schweigen davon, wie vorstellbar eine demokratische Gesellschaft ist, deren Mitglieder frei von moralischen Erwägungen und Diskursen allein auf Basis regulierender Rahmenbedingungen entscheiden und handeln. Zudem: Wenn

nachhaltiger Konsum nicht durch moralischen Druck, sondern mittels demokratisch zu legitimierender Rahmenbedingungen veranlasst, also letztlich dasselbe Ziel nur mit anderen Mitteln anvisiert werden soll, ergibt sich ein Dilemma. Entweder handelt auch die Politik amoralisch, aber warum sollte sie dann nachhaltigen Konsum befördern, statt beliebiger moralfreier Zweckrationalität den Weg zu bahnen? Sollte die politische Entscheidungsinstanz dennoch eine moralisch zu begründende Nachhaltigkeitsstrategie verfolgen, woraus sollte sich der moralische Gehalt dann speisen, wenn die Gesellschaft ansonsten frei von (nachhaltigkeitsrelevanten) Moralisierungen ist?

Ad c. Diese Begründung wäre annähernd gegenstandslos, wenn Suffizienz als Handlungsoption berücksichtigt würde. Jede punktuelle und/oder graduelle Reduktion von Mobilitäts- und Konsumansprüchen – gerade wenn sie ersatzlos erfolgt – erfordert eben keine besonderen Kenntnisse über den Lebenszyklus der betreffenden Güter. Jedes Haus, das nicht gebaut, jede Flugreise, die nicht stattfindet, und jeder Kunststoffgegenstand, der nicht gekauft wird etc., kann die Ökosphäre trivialerweise nur entlasten. Im Irrgarten kaum auflösbarer Komplexitäten verliert sich, wer jede Infragestellung eines Konsumanspruchs unter den Green Growth-Vorbehalt stellt, dass Handlungsänderungen nur in einer Umlenkung auf adäquate Alternativen bestehen können. Erst dann türmt sich eine Kaskade unlösbarer Vergleiche auf. Ob eingedenk des aktuellen Strommixes ein Elektroantrieb klimafreundlicher als ein sparsamer Verbrennungsmotor ist, lässt sich angesichts undurchdringlicher Abwägungsprobleme kaum eindeutig beantworten. Der Befund hingegen, dass die unterschlagene dritte Alternative, nämlich gar kein (eigenes) Auto zu beanspruchen, die in jedem Fall ökologischere ist, kommt ohne Life Cycle Assessment (LCA) aus.

Wie sich Verantwortungs- und Nachhaltigkeitsbelange verschränken, haben technikkritische Diskurse verdeutlicht, die als Vorläufer der Umweltbewegung gelten können (vgl. z.B. Jünger 1946; Anders 1956; Wagner 1964; Carson 1964; Mumford 1967). Chronische Verantwortungsdefizite wurden darin gesehen, dass eine sich aufgeklärt wählende Zivilisation stets neue Risiken eingeht, um Chancen auf zusätzlichen Fortschritt und Wohlstand zu wahren. Risikobehaftete Maßnahmen zwanglos zu wählen, die aufgrund ihrer hohen Wirkmächtigkeit und Unsicherheiten vollendete Tatsachen schaffen, deren Ex-post-Konsequenzen zuvor nicht bekannt und kontrollierbar sein können, wäre demnach als ex ante unverantwortbar einzustufen.

Wer oder was gibt Konsument/-innen das Recht, ohne Not oder Zwang fortlaufend neue, zunehmend komplexere Güter in Anspruch zu nehmen, über deren Herkunft und Nebenfolgen keine Gewissheit bestehen kann, statt sich im Zweifelsfall für die sicherere, wenngleich genügsamere Alternative, zuweilen für die gänzliche Verweigerung zu entscheiden? Die Option, sich auf regionale Nahrungsmittel zu beschränken – selbst wenn die Auswahl geringer

und die Preise höher sind –, oder ein Smartphone, dessen Produktionskette und Nebenfolgen per se nicht rekonstruiert werden können, einfach nicht zu kaufen, ist innerhalb vorherrschender Strukturen jederzeit verfügbar. Verantwortung, die erstens nichts kosten und zweitens niemandem abverlangen darf, Chancen ungenutzt zu lassen, ist das Gegenteil dessen, was sie vorgibt zu sein.

Langfristig hieße dies, »die Drosselung der verselbständigten Gefahr, das Zurück-schrauben der Tat ins Vorstellbare, Steuerbare, Verantwortbare« (Beck 1988, S. 161) als notwendige Voraussetzung dafür zu begreifen, überhaupt verantwortlich handeln zu können. Es entspräche einer geradezu perfekten Immunisierungsstrategie gegen jedes Verantwortungsprinzip, sich ex post auf die Unkontrollierbarkeit einer zuvor selbst erschaffenen »organisierten Unverantwortlichkeit« (Beck 1988, S. 161) zu berufen, um innerhalb dieser Struktur für eigenes Handeln nicht mehr verantwortlich sein zu müssen.

Das Wesen des Konsumierens entspricht notwendigerweise einer derartigen Imprägnierung gegen ethische oder andere außerökonomische Logiken. Konsument/-innen nehmen grundsätzlich Dinge in Anspruch, die sie nicht selbst hergestellt haben. Verbrauch und Herstellung bilden somit getrennte Sphären. Zwischen der Entstehung eines Bedarfes und der damit ausgelösten Produktion liegen unzählige, über beträchtliche Distanzen miteinander verkettete Einzelhandlungen. Indem die Ausführung über viele Stufen hinweg delegiert wird, erfolgt eine »Mediatisierung« (Lachs 1981), das heißt eine Vermittlung von Handlungen. Diese werden grundsätzlich von einem Dritten ausgeführt, der »zwischen mir und den Folgen meines Tuns steht, so dass diese mir verborgen bleiben« (Bauman 2002, S. 38). Industrielle und entgrenzte Arbeitsteilung neutralisiert nicht nur jede moralische Signifikanz, sondern bedingt geradezu eine »Entpersönlichung« der von den Folgen Betroffenen.

Komplexe, zumal unkalkulierbare Wertschöpfungsketten von vornherein zu vermeiden oder nötigenfalls zurückzubauen, ist die einzige ursachenadäquate Behandlung dieser Herausforderung. Sie ist zudem kompatibel mit einer Postwachstums- oder Degrowth-Strategie. Deren Versorgungssysteme beruhen tendenziell auf geringeren Spezialisierungsgraden, einfacheren (konvivialen) Technologien und kürzeren Distanzen zwischen Entstehung und Verwendung von Leistungen: »Verantwortung, das Grundelement moralischen Verhaltens, entsteht aus der Nähe des Anderen. Nähe bedeutet Verantwortung und Verantwortung ist Nähe« (Bauman 2002, S. 198).

Ad d. Lässt sich ein theoretisch-normativ begründeter Anspruch damit entkräften, dass er sich empirisch bislang nicht durchsetzen ließ? Diese Logik würde eine bizarre Konsequenz implizieren: Individuen könnten sich jeglicher Verantwortung entledigen, indem sie dieser nur hinreichend oft zuwiderhandeln, um damit den empirischen Befund zu nähren, dass der funktionale Zweck der betreffenden Verantwortungszuschreibung offenbar nicht erfüllt werden kann. Demnach ließe sich sogar die Position vertreten, dass ein Fest-

halten an Menschenrechten keinen Sinn ergibt, wenn es nur häufig genug zu deren Verletzung kommt.

Ad e. Die im Abschnitt 4 angesprochene Diffusionslogik impliziert, dass eine politische Nachhaltigkeitsstrategie, die sich direkt an Mehrheiten orientiert, nur mit der Green Growth-Konzeption kompatibel ist, die ökologisch gescheitert ist (siehe Abschnitt 3). Postwachstumstaugliche Praktiken wären dagegen zwar ökologisch wirksam, würden die überwiegende Mehrheit aber absehbar überfordern. Sie können deshalb nicht politikfähig sein, sondern vorläufig nur autonom von Minderheiten eingeübt werden, um darauf aufbauend weiter verbreitet zu werden – das ist immerhin eine Chance. Eine Nachhaltigkeitspolitik hingegen, die sich den Komfortmaßstäben der Mehrheiten unterwerfen muss, führt in die Sackgasse reiner Symbolproduktion.

Ad f. Gegen das bequeme Alibi des strukturell unfreien, unter Systemzwang stehenden Individuums sträubt sich eine Empirie, die gekennzeichnet ist von überbordender Multioptionalität, ausdifferenzierter Individualität, dramatischer Kaufkraftentwicklung sowie einer politischen Allergie gegen alles, was mit Autorität oder punktueller Freiheitseinschränkung auch nur verwechselt werden könnte. Im Übrigen erweist sich auch dieses Argument als artifizielles Konstrukt der Green-Growth-Blickverengung: Das ersatzlose Fallenlassen der meisten besonders ruinösen Praktiken würde gerade durch keinen Systemzwang behindert. Welche Rahmenbedingungen zwingen ein Individuum, Urlaubsflüge zu buchen, Häuser zu bauen oder SUVs zu kaufen?

Ad g. Sich zunächst auf die Green-Growth-Prämisse festzulegen, also aus Zumutbarkeitserwägungen allein eine Umlenkung – anstelle einer Reduktion – bisheriger zu nachhaltigen Konsumroutinen zu erwägen, um dann die damit unvermeidbar korrespondierende Rebound-Wahrscheinlichkeit als Grund gegen eine mögliche Verantwortungsübernahme zu verwenden, könnte widersprüchlicher kaum sein.

5. FAZIT

Würde aus dem Fehlschlagen der Entkopplungs- bzw. Green Growth-Konzeption geschlussfolgert, eine politische Nachhaltigkeitsstrategie – ganz gleich auf Basis welcher der zur Auswahl stehenden Instrumente – ließe sich durch einen Richtungswechsel beliebig korrigieren, etwa indem anstelle »grüner« Innovationen bzw. Konsumlösungen, die an Rebound-Effekten scheitern, nunmehr postwachstumskompatible, also reduktive Entwicklungsschritte wie Suffizienz, Subsistenz, Regionalökonomie nebst graduellem Industrierückbau fokussiert werden, entspräche das einem fatalen Missverständnis. Denn mit der Entkopplung ist zugleich die moderne und fortschrittstrunkene Vision einer

bequemen Politikgestaltung gescheitert, die den Konsument/-innen oder Bürger/-innen jede eigene Verantwortung abnimmt.

Reduktive Lebensführungen und Versorgungsmodelle übernehmen zu können setzt weitaus mehr voraus als deren Notwendigkeit anzuerkennen. Postwachstumstaugliche Praxis inklusive aller Begleiterscheinungen, die vorerst noch als Komforteinbußen empfunden werden, muss eingeübt, beherrscht und sich innerhalb geeigneter sozialer Strukturen bewährt werden. Erst wenn genügend Reallabore entstanden sind, in denen sich transformative Wirtschaftsformen als gelebtes Erfahrungswissen etablieren, können anfängliche Wellen einer Diffusion einsetzen. Nur auf Basis derartiger Signale eines hinreichenden Teils der Gesellschaft, den unvermeidlichen Strukturwandel aushalten zu können, würden politische Instanzen – wenn überhaupt – es jemals vorsichtig wagen, reduktive Rahmensetzungen zu erwägen.

Dieser Entwicklungsstrang ist abhängig davon, dass ausreichend viele Pioniere oder frühe Adopter eigenständig Verantwortung übernehmen, um zukunftsfähige Daseinsformen vorwegzunehmen, die darauf aufbauend diffundieren können. Angesicht einer systematisch überforderten Politik könnte selbstredend nichts wichtiger sein, als möglichst viele derjenigen zu mobilisieren, die den reduktiven Wandel eigenverantwortlich und glaubwürdig vorwegzunehmen in der Lage sind. Folglich wurden im vorliegenden Beitrag jene Einwände kritisch reflektiert, die gegen eine Verantwortungszuweisung auf individueller Ebene gerichtet sind. Was dabei offengelegt wurde, ähnelt einer Gespensterdebatte: Versuche, gegen die Verantwortungsfähigkeit von Konsument/-innen zu argumentieren, gründen auf einer Prämisse, die angesichts hoffnungsloser Entkopplungsversuche ohnehin obsolet ist, nämlich Konsumhandlungen auf nachhaltigere Alternativen umlenken zu können, statt diese generell zu hinterfragen. Das Zweigestirn aus Green Growth-Orientierung und der darauf basierenden Verneinung von Konsumentenverantwortung ist nicht nur fehlgeleitet, sondern fehlleitend. Sie bedient eine doppelte Schimäre: Weder nachhaltiger Konsum (als Alternative zu einer Suffizienzstrategie) noch eine von politischen Mehrheiten abhängige Nachhaltigkeitsstrategie lassen sich als plausibles Szenario begründen.

Die an einer Transformation interessierte Sozialwissenschaft, insbesondere die Ökonomik, sollte sich daher von der Sisyphos-Routine lösen, eine Politik beraten zu wollen, die kulturbedingt nichts anderes als beratungsresistent sein kann. Anstatt einen leckgeschlagenen, zunehmend manövrierunfähigen Tanker zu beschwören, er möge seinen Kurs korrigieren, dürften autonome Rettungsboote, die sich auch unterhalb des politischen Radars dezentral und kleinräumig gestalten lassen, die effektivere, erst recht verantwortbarere Strategie darstellen. Dies impliziert, sich vom längst gescheiterten »Die-Menschen-dort-abholen-wo-sie-sind«-Diktum abzuwenden und jene Avantgarde

und sonstige Teile der Zivilgesellschaft zu adressieren, die für einen Wandel affin sind, der über symbolische Kompensationshandlungen hinaus reicht.

So entstünde ein Vorrat an »lebenden Kommunikationsinstrumenten« und imitierbaren Praktiken – ähnlich der von Beuys so bezeichneten »sozialen Plastiken« –, auf die zurückgegriffen werden kann, wenn Krisenszenarien dies nahelegen. Möglichst viele Individuen resilient werden zu lassen, um in einem »by design or by disaster« heraufziehenden Zeitalter der reduzierten Wohlstandsansprüche ein würdiges Dasein meistern zu können, ist die demokratische Alternative zu einer Strategie, die auf unerreichbare Mehrheiten oder makroökonomische Strukturveränderungen setzt. Und die seit langem so erfolgreich ist wie ein Hund, der den Mond anbellt.

LITERATUR

- Anders, Günter. 1956: *Die Antiquiertheit des Menschen*, Bd. 1. München: C.H. Beck.
- Bauman, Zygmunt. 2002. *Dialektik der Ordnung. Die Moderne und der Holocaust*. Hamburg: EVA.
- Beck, Ulrich. 1988. *Gegengifte. Die organisierte Unverantwortlichkeit*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Binswanger, Hans Christoph. 1991. *Geld und Natur*. Stuttgart: Weitbrecht.
- Binswanger, Hans Christoph. 2006. *Die Wachstumsspirale. Geld, Energie und Imagination in der Dynamik des Marktprozesses*. Marburg: Metropolis.
- Braungart, Michael, und William McDonough. 2003. *Einfach intelligent produzieren*. Berlin: Berlin Verlag.
- Grunwald, Armin. 2010. Wider die Privatisierung der Nachhaltigkeit. Warum ökologisch korrekter Konsum die Umwelt nicht retten kann. *GAIA* 19(3):178-182.
- Grunwald, Armin. 2012. *Ende einer Illusion. Warum ökologisch korrekter Konsum die Umwelt nicht retten kann*. München: oekom.
- Grunwald, Armin. 2013. Überforderte Verbraucher – warum Konsumentenverantwortung die Umwelt nicht rettet. In *Umweltverträglicher Konsum durch rechtliche Steuerung*, Hg. Umweltbundesamt, 6-18. Berlin: Umweltbundesamt.
- Hawken, Paul, Amory Lovins und Hunter Lovins. 2000. *Ökokapitalismus*. Sonthofen: Riemann.
- Jünger, Friedrich Georg. 1946. *Die Perfektion der Technik*. Frankfurt a.M.: Klostermann.
- Kahneman, Daniel, und Amos Tversky. 1979. Prospect theory: An analysis of decision under risk. *Econometrica* 47(2):263-291.

- Lachs, John. 1981. *Responsibility of the Individual in Modern Society*. Brighton: Harvester Press.
- Latouche, Serge. 2006. *Le pari de la décroissance*. Paris: Fayard.
- Martínez-Alier, Joan. 2009. Socially Sustainable Economic De-Growth. *Development and Change* 40(6):1099-1119.
- Mumford, Lewis. 1967. *Mythos der Maschine*. Frankfurt a.M.: Fischer.
- Paech, Niko. 2007. Woher kommt der Wachstumszwang? *GAIA* 16(4):299-300.
- Paech, Niko. 2008. Regionalwährungen als Bausteine einer Postwachstumsökonomie. *Zeitschrift für Sozialökonomie* 45(158-159):10-19.
- Paech, Niko. 2011. Adios Konsumwohlstand: Vom Desaster der Nachhaltigkeitskommunikation und den Möglichkeiten der Suffizienz. In *Die Verantwortung des Konsumenten*, Hg. Ludger Heidbrink, Imke Schmidt und Björn Ahaus, S. 285-304. Frankfurt a.M.: Campus.
- Paech, Niko. 2012a. Grünes Wachstum? Vom Fehlschlagen jeglicher Entkopplungsbemühungen: Ein Trauerspiel in mehreren Akten. In *Ökonomie der Nachhaltigkeit – Grundlagen, Indikatoren, Strategien*, Hg. Thomas Sauer, 161-181. Marburg: Metropolis.
- Paech, Niko. 2012b. *Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie*. München: oekom.
- Pallante, Maurizio. 2005. *La decrescita felice. La qualità della vita non dipende dal PIL*. Roma: Editori riuniti.
- Rogers, Everett M. 1995. *Diffusion of Innovations*. New York, NY: Free Press.
- Scheer, Hermann. 1999. *Solare Weltwirtschaft. Strategie für die ökologische Moderne*. München: Kunstmann.
- Schelling, Thomas C. 1978. *Micromotives and Macrobehavior*. New York: Norton.
- Schmidt-Bleek, Friedrich. 2000. *Das MIPS-Konzept. Weniger Naturverbrauch – mehr Lebensqualität durch Faktor 10*. München: Knaur.
- Smeddinck, Ulrich. 2011. Regulieren durch »Anstoßen«. Nachhaltiger Konsum durch gemeinwohlverträgliche Gestaltung von Entscheidungssituationen? *Die Verwaltung* 44(3):375-395.
- Thaler, Richard. H., und Cass Sunstein. 2008. *Nudge: Improving Decisions about Health, Wealth, and Happiness*. New Haven: Yale University Press.
- Von Weizsäcker, Ernst Ulrich, Karlson Hargroves und Michael Smith. 2010. *Faktor Fünf: Die Formel für nachhaltiges Wachstum*. München: Droemer.

Autorinnen und Autoren

Alkemeyer, Thomas, Prof. Dr. phil. Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, Institut für Sportwissenschaft und Institut für Sozialwissenschaften. Arbeitsgebiete: Soziologische Praxistheorien, Soziologie des Körpers und des Sports, Subjektivierungsforschung, Kultursoziologie von Gegenwartsdiagnosen.

Baatz, Christian, Dr. Philosophisches Seminar der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel. Arbeitsgebiete: Gerechtigkeits-, Menschenrechts- und Nachhaltigkeitstheorien sowie Umwelt- und Klimaethik.

Block, Katharina, Dr. phil. Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Soziologische Theorie des Instituts für Soziologie der Leibniz Universität Hannover. Arbeitsgebiete: Soziologische Theorie, Philosophische Anthropologie, Phänomenologie, Sozialtheorie, Wissenschaftstheorie (insb. das Verhältnis von Anthropologie und Soziologie sowie gesellschaftliche Naturverhältnisse), Kultursoziologie, Umweltsociologie, Soziologie der Nachhaltigkeit.

Bösch, Stefan, Dr. Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse (ITAS), Karlsruher Institut für Technologie (KIT). Arbeitsbereiche: Sozialwissenschaftliche Wissenschafts- und Technikforschung, Theorie moderner Gesellschaften.

Braun, Florian, Dr. Philosophisches Seminar der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel. Arbeitsgebiete: Philosophie und Ethik der Naturwissenschaften, Technik- und Umweltphilosophie (Schwerpunkt: Energiekultur), erkenntnistheoretische Grundlagen der Tierphilosophie.

Burger, Paul, Prof. Dr. Leiter Fachbereich Nachhaltigkeitsforschung im Departement Gesellschaftswissenschaften der Universität Basel; Leiter des Direktoriums des Upper Rhine Cluster for Sustainability Research (Universitäten Basel, Haute Alsace, Strasbourg, Freiburg, Koblenz-Landau & KIT); Mitglied der Leitungsgremien des SCCER-CREST (Center for Research in Energy, So-

ciety, Transition) & Head Arbeitsbereich 2 SCCER-CREST »Change of Behavior«. Arbeitsbereiche: Theoretische Fundierung von Nachhaltiger Entwicklung; Beziehungen zwischen normativen und deskriptiven Grundlagen in der Nachhaltigkeitsforschung; Governance of SD; Änderungen von Energie-bezogenem Verhalten von Haushalten; Lebensqualität – Messung von Wohlergehen.

Buschmann, Nikolaus, Dr. phil. Wissenschaftliches Zentrum Genealogie der Gegenwart, Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. Arbeitsgebiete: Kulturgeschichte des Mensch-Natur-Verhältnisses, Gegenwartsdiagnosen in der Moderne, Geschichte der politischen Fügsamkeit, Subjektivierungsforschung und Praxistheorie.

Carl, Sabine, Dipl.-Kulturwiss., M.A. Aktiv im Netzwerk Care Revolution sowie im Gender- und Nachhaltigkeitsnetzwerk (GeNaWerk). Mitglied AG Gender und Nachhaltigkeit der Fachgesellschaft für Geschlechterstudien (im Aufbau). Forschungsinteressen: gesellschaftliche Geschlechterverhältnisse, gesellschaftliche Naturverhältnisse, Postwachstum, Feministische Ökonomiekritik, Ökofeminismus, Queer Ecologies.

Drews, Nikolai, M.A. Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt »Reflexive Responsibilisierung. Verantwortung für nachhaltige Entwicklung«, Institut für Soziologie und Kulturorganisation, Leuphana Universität Lüneburg. Arbeitsgebiete: Soziologische Theorie, Systemtheorie, Umweltsoziologie, empirische Sozialforschung.

Görgen, Benjamin, M.A. Institut für Soziologie, Universität Münster. Arbeitsgebiete: Soziologie der Nachhaltigkeit, Umweltsoziologie, Sozialisationstheorien, Praxistheorien, Bewegungsforschung und empirische Sozialforschung.

Grunwald, Armin, Prof. Dr. rer. nat. Leiter des Instituts für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse (ITAS) am Karlsruher Institut für Technologie (KIT), Leiter des Büros für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) und Professor für Technikethik und Technikphilosophie am KIT. Arbeitsgebiete: Theorie und Methodik der Technikfolgenabschätzung, Technikphilosophie, Technikethik, nachhaltige Entwicklung.

Henkel, Anna, Prof. Dr. Professur für Kultur- und Mediensoziologie, Leuphana Universität Lüneburg. Arbeitsgebiete: Soziologische Theorie sowie Wissens-, Materialitäts- und Nachhaltigkeitsforschung. Zentrales Anliegen ist, gesellschaftstheoretische Perspektiven mit empirischer Forschung zu verbinden.

Herberg, Jeremias, Dr. phil. Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS) Potsdam, Projekt »Ko-Kreation und zeitgemäße Politikberatung«. Arbeitsgebiete: Wissenschafts- und Technikforschung, Nachhaltigkeitsforschung, politische Soziologie und Feldsoziologie.

Hipp, Tamina, M.A. Zentrum Technik und Gesellschaft, TU Berlin. Arbeitsgebiete: Nachhaltiger Konsum, Umwelt-, Natur- und Klimabewusstsein, qualitative Sozialforschung.

Hochmann, Lars, Dr. Leuphana Universität Lüneburg. Arbeitsgebiete: Unternehmertum, Mensch-Natur-Beziehungen, Lebendigkeit, transformative Unternehmen.

Hoffmann, Jessica, B.A. Studentische Hilfskraft am Lehrstuhl für Sozialisationsforschung, Institut für Soziologie der Westfälischen Wilhelms Universität Münster (Arbeitskreis für Gemeinschafts- und Nachhaltigkeitsforschung). Arbeitsgebiete: transformative Forschung, zivilgesellschaftliches Engagement, soziale Bewegungen, Solidarische Ökonomie, nachhaltige Stadtentwicklung, qualitative Sozialforschung.

Jaeger-Erben, Melanie, Dr. Zentrum Technik und Gesellschaft, TU Berlin und Institut für Sozialinnovation, Berlin. Arbeitsgebiete: Umwelt- und Konsumsoziologie, sozialwissenschaftliche Technikforschung, alltägliche Lebensführung, soziale Innovation, Strategien zur Förderung nachhaltigen Konsums in Alltag und Gesellschaft.

Jonas, Michael, PD Dr. Senior Researcher am Institut für Höhere Studien (Wien) und Privatdozent für Soziologie an der Europa-Universität Viadrina (Frankfurt/Oder). Arbeitsgebiete: praxistheoretische empirische Forschung, Transformationsforschung (Produktion/Konsumtion), Stadt- und Raumsoziologie, Nachhaltigkeitsforschung.

Lindemann, Gesa, Prof. Dr. Institut für Sozialwissenschaften an der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg. Forschungsschwerpunkte: Sozial- und Gesellschaftstheorie, Soziologie der Menschenrechte, Methodologie der Sozialwissenschaften, Anthropologie, Medizinsoziologie.

Lüdtke, Nico, Dr. phil. Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt »Reflexive Responsibilisierung. Verantwortung für nachhaltige Entwicklung«, Institut für Soziologie und Kulturorganisation, Leuphana Universität Lüneburg. Arbeitsgebiete: nachhaltigkeitsorientierte transdisziplinäre Forschung, projektformige Forschung, Wissenschaftssoziologie, soziologische Theorie (insb.

Sozialtheorie), qualitative Sozialforschung, Wissenssoziologie, historische Soziologie.

Paech, Niko, apl. Prof. Dr. Universität Siegen, Plurale Ökonomik. Arbeitsgebiete: Nachhaltigkeitsforschung, Mikroökonomik, Postwachstumsökonomik, Ökologische Ökonomik, Konsumforschung, Supply Chain Management, Innovations- und Diffusionsforschung.

Pfriem, Reinhard, Prof. (i.R.) Dr. Bergische Universität Wuppertal. Arbeitsgebiete: (Kulturalistische) Theorie der Unternehmung, Nachhaltigkeitsökonomik, transformative Unternehmen.

Philipp, Thorsten, Dr. phil. ZU Executive Education, Zeppelin Universität gemeinnützige GmbH. Arbeitsgebiete: Nachhaltigkeitstheorien, Sozialethik, Populärmusikforschung.

Rückert-John, Jana, Prof. Dr. Hochschule Fulda und Institut für Sozialinnovation e.V. Arbeitsgebiete: Konsum-, Ernährungs- und Umweltsoziologie.

Schmieder, Falko, Dr. Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Literatur- und Kulturforschung Berlin, Privatdozent am Institut für Kulturwissenschaft der Humboldt Universität Berlin. Arbeitsgebiete: Begriffsgeschichte/Historische Semantik, Theorien der Moderne, Wissenschaftsgeschichte, Kulturphilosophie, Zeitkonzepte.

Schulz, Reinhard, apl. Prof. (i.R.) Dr. rer. nat. Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, Institut für Philosophie. Arbeitsgebiete: Hermeneutik, Naturphilosophie, Subjektivierungs- und Jaspersforschung.

Sulmowski, Jędrzej, Dr. rer. soc. Wissenschaftliches Zentrum Genealogie der Gegenwart (WiZeGG) an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. Arbeitsschwerpunkte: Soziologie der Nachhaltigkeit, Praxistheorie, Ethnographie, Science and Technology Studies.

Wendt, Björn, M.A. Institut für Soziologie, Universität Münster. Arbeitsgebiete: Politische Soziologie, Elitensoziologie, Armuts- und Reichtumsforschung, Bewegungsforschung, Umweltsoziologie, Soziologie der Nachhaltigkeit, Wissenssoziologie, Utopieforschung.

Soziologie



Heidrun Frieze

Flüchtlinge: Opfer – Bedrohung – Helden

Zur politischen Imagination des Fremden

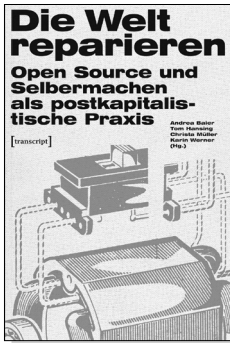
August 2017, 150 S., kart.

14,99 € (DE), 978-3-8376-3263-7

E-Book

PDF: 12,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-3263-1

EPUB: 12,99€ (DE), ISBN 978-3-7328-3263-7



Andrea Baier, Tom Hansing, Christa Müller, Karin Werner (Hg.)

Die Welt reparieren

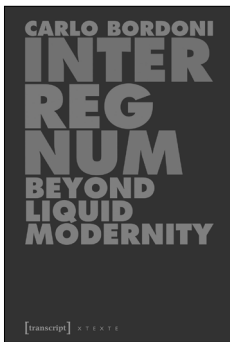
Open Source und Selbermachen
als postkapitalistische Praxis

2016, 352 S., kart., zahlr. farb. Abb.

19,99 € (DE), 978-3-8376-3377-1

E-Book: kostenlos erhältlich als Open-Access-Publikation

ISBN 978-3-8394-3377-5



Carlo Bordoni

Interregnum

Beyond Liquid Modernity

2016, 136 p., pb.

19,99 € (DE), 978-3-8376-3515-7

E-Book

PDF: 17,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-3515-1

EPUB: 17,99€ (DE), ISBN 978-3-7328-3515-7

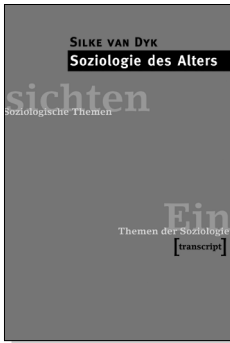
**Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten
finden Sie unter www.transcript-verlag.de**

Soziologie



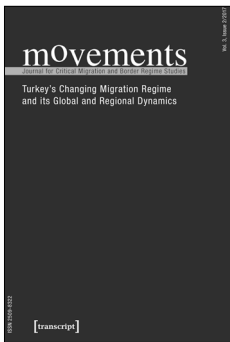
Sybille Bauriedl (Hg.)
Wörterbuch Klimadebatte

2015, 332 S., kart.
29,99 € (DE), 978-3-8376-3238-5
E-Book: 26,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-3238-9



Silke van Dyk
Soziologie des Alters

2015, 192 S., kart.
13,99 € (DE), 978-3-8376-1632-3
E-Book: 12,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-1632-7



Ilker Ataç, Gerda Heck, Sabine Hess, Zeynep Kasli,
Philipp Ratfisch, Cavidan Soykan, Bediz Yilmaz (eds.)
**movements. Journal for Critical Migration
and Border Regime Studies**
Vol. 3, Issue 2/2017: Turkey's Changing Migration Regime
and its Global and Regional Dynamics

November 2017, 230 p., pb.
24,99 € (DE), 978-3-8376-3719-9

**Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten
finden Sie unter www.transcript-verlag.de**